Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter frieden bis ...

Gottlob Egelhaaf

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Digitized by Google

Geschichte der neuesten Zeit

vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart

Digitized by Google

Geschichte der neuesten Zeit

vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart

von

Gottlob Egelhaaf

Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage

Stuttgart
Carl Krabbe Verlag
Erich Gußmann
1911

Digitized by Google

746739 D395
.E29

Alle Rechte, insbesondere das der Uebersetzung in fremde Sprachen und das des Abdruckes einzelner Teile, vorbehalten.

Copyright 1911 by Carl Krabbe Verlag,
Erich Gussmann in Stuttgart

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Carl Hammer Hofbuchdruckerei, Stuttgart

Digitized by Google

9-18-57

Vorwort zur ersten Auflage

Seit 1875, also seit 33 Jahren, habe ich begonnen, systematisch Stoff zur Zeitgeschichte zu sammeln, und ihn Jahr um Jahr auch in eine schriftstellerische Form zu bringen. Im Jahr 1903 habe ich für den achten Band von Helmolts Weltgeschichte die Geschichte Westeuropas in den Jahren 1866 bis 1902 bearbeitet. Im Wintersemester 1903—04 habe ich als amtlich bestellter Lehrer der Geschichte und Kulturgeschichte an der hiesigen technischen Hochschule eine Vorlesung über die Geschichte der neuesten Zeit bis zum Burenkrieg gehalten. Im laufenden Wintersemester 1907—08 hielt ich sie abermals, mit Erstreckung bis zum Frieden von Portsmouth. Im Winter 1904—05 habe ich über Gegenwartsprobleme in historischer Beleuchtung vorgetragen. Im Winter 1906—07 habe ich eine Vorlesung über historisch-politische Weltschau der letzten zwölf Jahre gehalten. Auf diesen Grundlagen ist das vorliegende Werk erwachsen, das vielleicht manchem erwünscht kommt, der die Hauptereignisse der letzten Jahrzehnte gern in gedrängter Form überblicken möchte. Die Schwierigkeiten, welche ein Darsteller der zeitgenössischen Geschichte zu überwinden hat, liegen auf der Hand; aber sie können kein Grund sein, von einer solchen Darstellung ganz abzusehen, und wenn Lessing den Namen des Geschichtsschreibers nur dem zuerkennen wollte, der die Geschichte seiner eigenen Zeit geschrieben hätte, so liegt darin wie eine Mahnung, so eine Rechtfertigung für Werke wie das vorliegende. Wer dieselbe Zeit in zehn und zwanzig Jahren beschreibt, wird erheblich mehr wissen, als uns heute zugänglich ist; den Pulsschlag dieser Zeit wird er nicht mehr so unmittelbar fühlen als wir. Mögen die Leser das Werk so freundlich aufnehmen, als es in Bescheidenheit und gutem Willen sachlich und ohne Voreingenommenheit zu erzählen dargeboten wird.

Digitized by Google

Ich bemerke noch, daß die Darstellung bis Anfang Februar 1908 fortgeführt ist.

Stuttgart, im Februar 1908.

Gottlob Egelhaaf

Vorwort zur zweiten Auflage

Die erste Auflage dieses Buches ist binnen Jahresfrist vergriffen. Die zweite ist bis zu Anfang April 1909 fortgeführt und mannigfach verbessert, auch mit Zusätzen versehen worden (so S. 395 ff.). Ich habe Anlaß, für vieles Wohlwollen, das dem Buche durch Fachgenossen und Interessenten aller Kreise zuteil geworden ist, herzlich dankbar zu sein; daß auch andere Stimmen laut geworden sind, kann mich nicht überraschen. Die Schwächen und Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens liegen offen zu Tage; ich habe ihrer im Vorwort zur ersten Auflage selber Erwähnung getan. Daß aber ein Rezensent mir vorhält, ich behandle viele Dinge, welche hätten entwickelt werden müssen, als „fertige Größen", so z. B. die Sozialdemokratie, ist mir doch auffallend gewesen; der Mann hat nicht einmal den Titel des Buches genau gelesen, der deutlich besagt, daß es mit dem Jahr 1871 beginnt, in welchem Jahr eben sehr vieles, so auch die Sozialdemokratie, eine „fertige Größe" war: wie sie sich seither entwickelt hat, hatte ich natürlich darzustellen und habe ich dargestellt, in dem Rahmen, in den das Ganze gespannt ist. Gelegentliche Rückblicke habe ich nicht ausgeschlossen; ihnen sind aber natürlich durch die Anlage des Buches Grenzen gezogen. Am heftigsten ist meine Auffassung von Bismarcks Entlassung angegriffen worden, worüber ich auf S. 227 ff. einiges erwidert habe. Auch nach Prüfung der Einwände, die zum Teil im Ton höchster Überlegenheit, freilich ohne jeden Nachweis der Berechtigung dazu, vorgebracht worden sind, muß ich bei meiner

Digitized by Google

Anschauung verbleiben. Ich weiß, daß auch Bismarck seine Schwächen und Schattenseiten gehabt hat; denn er war ein Mensch: und daß ich auch seine Taten als Historiker zu würdigen habe, ist von mir keinen Augenblick außer Acht gelassen worden. Aber er ragt über alle andern Staatsmänner unseres Volkes seit Jahrhunderten hervor; er ist der Moses, der uns, oft gegen unsern Willen und unter unserem Murren und Hadern, aus der Wüste der Zerrissenheit und Machtlosigkeit heraus nicht nur an die Schwelle des gelobten Landes der nationalen Einheit und Macht, sondern in dieses Land geführt hat, und viele, welche ihn bei seinen Lebzeiten heftig befehdeten, haben nach seinem Tode ihm in Sack und Asche Abbitte getan und anerkannt, daß in seinem Wirken nach innen und außen eine Summe von patriotischer Einsicht und staatsmännischer Kraft sich offenbarte, von der wir noch lange zehren werden; von seiner rein menschlichen Größe will ich gar nicht erst reden. Ich habe von Bismarck im persönlichen Verkehr Güte und Freundlichkeit erfahren, aber keinerlei äußeren Vorteil bei ihm gesucht und keinen von ihm gehabt. Als freier, aufrechter Mann neige ich mich demütig und dankbar vor seinem Schatten, und ich verharre bei dem, was ich einer treuen und eifrigen Hörerin meiner letzten Vorlesung über die Zeit von 1871—1908, Baronesse Gabrielle von Plessen, vor Jahresfrist zum Gedenken schrieb:

Ich hab' die dreißig Vaterländer noch gesehen;
Ich sah auch ihn, der uns das Vaterland erschuf.
Als jung ich war, ergriff mich seines Geistes Wehen;
Als alt ich wurde, schien es mir Beruf,
So weit die Kraft mir reiche, den zu preisen,
Ohn' den wir heut noch wären vaterlose Waisen.

Stuttgart, an Bismarcks Geburtstag, 1909.

Gottlob Egelhaaf

Digitized by Google

Vorwort zur dritten Auflage

Diese dritte Auflage enthält eine beträchtliche Anzahl von Verbesserungen, die mir großenteils Herr Professor a. D. Neukirch in Göttingen zur Verfügung gestellt hat. Für die Sorgfalt, mit der er das Buch durchgelesen hat, bin ich ihm zu größtem Dank verpflichtet, und es drängt mich, ihn auch hier auszusprechen. Sonst ist auf Seite 54—56 ein Abschnitt über die Vorgeschichte der Sozialdemokratie, vielfachen Wünschen gemäß, eingefügt worden, und die Erzählung ist bis 15. Juli 1911 fortgeführt.

Stuttgart, im Juli 1911.

Gottlob Egelhaaf

Bemerkung.

Die jetzt immer mehr überhandnehmende Unsitte, die Eigenschaftswörter — nicht nur bei Titeln — groß zu schreiben, widerstrebt mir. Man ist jetzt glücklich soweit zu schreiben: die Vorläufige Regierung, die Silberne Hochzeit. Ich hielte es am liebsten mit den Brüdern Grimm, welche die großen Anfangsbuchstaben außer bei Völkernamen ganz verwarfen.

Digitized by Google

Inhalt

Seite

Einleitung. Der friedliche Grundcharakter des deutschen Reichs 1

Erstes Buch. Die bismarckische Zeit: Vormachtstellung Deutschlands in Europa 1871—1890

1. Kapitel. Der Ausbau der Reichseinrichtungen 3
2. Kapitel. Entstehung des Kulturkampfs 16
3. Kapitel. Die Maigesetze von 1873 und der Kulturkampf bis 1878 32
4. Kapitel. Beginn der Verhandlungen mit Rom. Sozialistengesetz. Zollreform 45
5. Kapitel. Ende des Kulturkampfes 66
6. Kapitel. Frankreich 1871—1879 79
7. Kapitel. Dreikaiser-Verhältnis. Verfassungs- und Nationalitätenkämpfe in Österreich. Revolution und Restauration in Spanien. Italien 1871—1882. Kriegsgefahr 90
8. Kapitel. Die Vorgeschichte des bulgarischen Kriegs . . . 113
9. Kapitel. Der Verlauf des bulgarischen Kriegs 1877—1878. Die Balkanangelegenheiten 1878 bis zum Sommer 1908 . 129
10. Kapitel. Deutsch-österreichisches Bündnis. Franzosen in Tunis. Dreibund. Engländer in Ägypten 159
11. Kapitel. Die sozialen und wirtschaftlichen Reformen und die kolonisatorischen Maßnahmen Deutschlands 1879—1890 . 175
12. Kapitel. Die letzten Jahre Kaiser Wilhelms I. 1885—1888 205
13. Kapitel. Die neunundneunzig Tage Kaiser Friedrichs III. 219
14. Kapitel. Die Anfänge Kaiser Wilhelms II. Bismarcks Sturz 225

Digitized by Google

Zweites Buch. Die nachbismarckische Zeit: Verschiebung der Machtverhältnisse in Europa

Seite

1. Kapitel. Deutschland von 1890—1894. Reichskanzlerschaft Caprivis 260
2. Kapitel. Deutschland von 1894—1907. Reichskanzlerschaft Hohenlohes und Bülows 275
3. Kapitel. Österreich-Ungarn 1878—1911 311
4. Kapitel. Skandinavien 1871—1911 330
5. Kapitel. Italien 1882—1911 333
6. Kapitel. Frankreich 1879—1911 342
7. Kapitel. Englands innere Entwicklung 1871—1911 . . . 361
8. Kapitel. Englands Ausbreitung 1871—1911. Der Burenkrieg 379
9. Kapitel. Schweiz, Belgien, Niederlande, Portugal 1871 bis 1911 420
10. Kapitel. Die ostasiatischen Wirren 1894—1901. Auftreten der vereinigten Staaten 434
11. Kapitel. Der russisch-japanische Krieg 1904—1905 . . . 460
12. Kapitel. Die russische Revolution 478
13. Kapitel. Die marokkanische Angelegenheit 494
14. Kapitel. Innerer Umschwung in Deutschland. Block-Politik 507
15. Kapitel. Balkanwirren 1908—1911 523
16. Kapitel. Reichsfinanzreform von 1909. Sturz Bülows. Erste Jahre der Reichskanzlerschaft v. Bethmann Hollwegs . . 536

Druckfehler und Zusätze 551
Zeittafel 552
Tabellen 556
Register 559

Digitized by Google

Einleitung

Der friedliche Grundcharakter des deutschen Reichs

Am 18. Januar 1871 war das deutsche Kaisertum im Spiegelsaal des Königsschlosses zu Versailles feierlich ausgerufen worden; am 1. März zogen 30 000 deutsche Soldaten als Sieger durch die Tore von Paris, und am gleichen Tage genehmigte die Nationalversammlung zu Bordeaux den vorläufigen Friedensvertrag, der Frankreich die Abtretung von ganz Elsaß (außer Belfort) und eines Fünftels von Lothringen (mit Metz), sowie die Zahlung einer Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Franken auferlegte. Mit unwesentlichen Abänderungen wurde auf diesen Grundlagen am 10. Mai der endgültige Friede zu Frankfurt am Main abgeschlossen. Der blutige, aber kurze und folgenreiche, durch eine fast ununterbrochene Reihe deutscher Siege ausgezeichnete Krieg war zu Ende; als Frucht brachten die siegreichen deutschen Heere die Einheit der Nation, verkörpert im Kaisertum, und die Sicherung der deutschen Westgrenzen durch den Rückgewinn von Straßburg und Metz mit nach Hause. Am 16. Juni hielt Kaiser Wilhelm I., umgeben von Abordnungen aller deutschen Truppenteile, unter unbeschreiblichem Jubel des Volkes seinen triumphierenden Einzug in Berlin.

Der Geist, in dem der greise Kaiser sein Amt zu führen gedachte, fand seinen klassischen Ausdruck in jenem Satze der am 18. Januar „an das deutsche Volk" gerichteten Ansprache: „Uns

Digitized by Google

und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung." Im Hinblick auf das frühere römische Reich deutscher Nation, welches im Grundsatz nach derselben Weltherrschaft gestrebt hatte, wie das römische Reich römischer Nation, und in Erwägung der gewaltigen kriegerischen Macht, welche Deutschland unter Preußens Führung gewonnen hatte, schenkten die Völker Europas den feierlichen Friedensversicherungen des greisen Kaisers nur zögernd Glauben; weithin war das Mißtrauen verbreitet, daß Deutschland seine Grenzen werde ausdehnen und der Selbständigkeit namentlich seiner kleinen Nachbarn werde zu nahe treten wollen, die durch gemeinsame Abstammung den Deutschen verwandt waren und einst Teile ihres Reiches gebildet hatten. Aber die folgerichtige Betätigung einer ehrlich auf den Frieden gerichteten Politik — die durchaus den Interessen einer Nation entsprach, welche in Europa das hatte, was sie brauchte, und welche Bismarck deshalb am 11. Januar 1887 im Reichstag mit einem Ausdruck Metternichs den „saturierten" (gesättigten) Nationen beizählte — diese friedfertige Haltung in allen europäischen Krisen hat am Ende doch über das Mißtrauen obgesiegt, und wenn auch die Scheelsucht an der Themse und das böse Gewissen an der Seine gelegentlich immer wieder die Ziele der deutschen Politik verdächtigte, so ist doch heute die urteilsfähige Welt in allen Ländern davon überzeugt, daß Deutschland auch unter seinem dritten Kaiser das Schwert nur dann ziehen wird — dann aber allerdings ohne Zaudern — wenn man durch Mißachtung seines Rechts oder seiner Interessen es dazu zwingen wird.

Digitized by Google

Erstes Buch

Die bismarckische Zeit: Vormachtstellung Deutschlands in Europa

1871—1890

Erstes Kapitel

Der Ausbau der Reichseinrichtungen

Durch die in Versailles und Berlin zwischen dem norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Verträge vom November 1870 war die Verfassung des norddeutschen Bundes mit gewissen Vorbehalten auf diese Staaten ausgedehnt und so das deutsche Reich geschaffen worden. Diese Vorbehalte heißen Reservatrechte; sie sicherten Bayern, Württemberg und Baden den Fortbezug ihrer Bier- und Branntweinsteuer, wogegen sie an die Reichskasse eine jährliche Abfindungssumme (ein sog. Aversum) zu zahlen hatten. Bayern und Württemberg behielten ferner ihre eigenen Posten und Telegraphen (auf die Eisenbahnen erstreckte sich die Reichszuständigkeit ohnehin nur im allgemeinen), und Bayern wurde von der Anwendung der Reichsgesetze über Heimats- und Niederlassungsverhältnisse befreit. Über die Reservatrechte in Absicht auf das Heerwesen wird unten (S. 11) zu sprechen sein. Auch die Hansestädte Hamburg und Bremen hatten ursprünglich ein Reservatrecht: daß sie mit einem gewissen Gebiet als Freihäfen außerhalb des Zollvereins sollten stehen dürfen; dieses Recht wurde aber 1881 und 1885 mit Zustimmung der beiden Städte abgeschafft — wovon unten in Kapitel 11 näher zu sprechen sein wird.

Digitized by Google

Die Geschäfte des Reichs führte der verantwortliche Reichskanzler Otto v. Bismarck (1815—98), dessen Ernennung zu diesem Amt zugleich mit seiner Erhebung in den erblichen Fürstenstand (jeweils für den ältesten Sohn) am 21. März 1871 erfolgte. Bismarcks wichtigster Gehilfe war Rudolf Delbrück (1817—1903), der Präsident des früheren „Bundeskanzleramts", jetzt Reichskanzleramts, in dem alle Fäden der Reichsverwaltung zusammenliefen und alle Fragen bearbeitet wurden.

Der deutsche Reichstag trat erstmals am 21. März zusammen und wählte den Mann zu seinem Vorsitzenden, der 1848—49 die verfassunggebende Nationalversammlung in Frankfurt a. M. und seit 1867 den norddeutschen Reichstag geleitet hatte, Eduard Simson (1810—99). Schon damit war zum Ausdruck gebracht, daß die Mehrheit der deutschen Volksvertretung der mittleren Richtung angehörte, welche sich in den beiden Fraktionen der Nationalliberalen und der Reichspartei (in Preußen Freikonservative genannt) organisiert hatte. Die äußerste Rechte (die Konservativen), das katholische Zentrum (mit den ihm nahestehenden Polen und bald auch den Elsässern) und die Linke (die Fortschrittspartei) sowie die noch sehr schwache sozialdemokratische Partei konnten gegenüber den Mittelparteien bis gegen das Ende des ersten Jahrzehnts des Reiches, 1871—81, keinen oder doch keinen maßgebenden Einfluß gewinnen. Die Konservativen grollten Bismarck, weil er unter dem Druck der politischen Notwendigkeit mit den Liberalen Hand in Hand ging, ohne welche der Ausbau des vor allem von ihnen seit 1848 ersehnten und angebahnten Reiches nicht möglich war. Einige von ihnen gingen so weit, in der Presse Bismarcks Privatcharakter als der Bestechung durch die Börse zugänglich zu verunglimpfen. Erst allmählich vollzog sich die Zurückdrängung dieser frondierenden Elemente: am 7. Juli 1876 organisierten sich die Konservativen in Frankfurt a. M. als „deutschkonservative Partei" neu, und ohne ihre auf Verteidigung und Stärkung von Königtum, Mittelstand und Christentum abzielenden Grundsätze aufzugeben, unterstützten sie nun mit den beiden Mittelparteien zusammen Bismarcks nationale Politik.

Zunächst hatte der Reichstag die Aufgabe, über den ihm vor-

Digitized by Google

gelegten Entwurf der Reichsverfassung zu beschließen; er nahm sie am 14. April 1871 in dritter Lesung an. Dann hatte er bei der Verwendung der französischen Kriegsentschädigung von fünf Milliarden mitzuwirken. Von dieser Summe wurden die Anleihen getilgt, die der norddeutsche Bund zu Kriegszwecken gemacht hatte; dann wurden für den baren Kriegsschatz, der im „Juliusturm" zu Spandau aufbewahrt wird und im Fall eines Krieges über die ersten Schwierigkeiten weghelfen soll, 120 Millionen Mark ausgeworfen; für den Invalidenfonds 560; für Festungen und Kasernen 350; für den Ersatz von Kriegsschäden in Kehl, Altbreisach, Saarbrücken und Elsaß-Lothringen 116; für die Schiffsreeder, welche durch den Krieg Nachteile erlitten hatten, 17; für die Flotte 66; für bare Belohnungen (Dotationen) für 28 verdiente Generale und den Präsidenten des Reichskanzleramtes Delbrück 12; für Angehörige der Reserve und Landwehr (Offiziere, Ärzte und Mannschaften) 12; für die 1870 aus Frankreich ausgewiesenen Deutschen 12. Der Rest wurde an die einzelnen Bundesstaaten verteilt, und zwar nach Preußens hochherzigem Antrag nicht nach Maßgabe der militärischen Leistungen, wobei der Süden, der 1870 in der Entwicklung seiner Streitkräfte noch sehr zurück war, gegen Norddeutschland hätte zurückstehen müssen, sondern nach der Volkszahl.

Der Reichstag hatte sodann über das Schicksal der Frankreich abgenommenen Landschaften zu beschließen. Die Einverleibung in Preußen, welche von vielen entschlossenen Patrioten als die natürlichste, durchgreifendste und zweckmäßigste Lösung befürwortet wurde, erwies sich leider als nicht rätlich, weil dadurch der Anschein erweckt worden wäre, als ob Preußen sich allein an der französischen Beute bereichern wolle und seine Verbündeten wohl an den Opfern teilnehmen lasse, nicht aber am Gewinn. Auch fiel die Erwägung ins Gewicht, ob die schneidige und straffe preußische Art die süddeutschen Bevölkerungen an Rhein, Saar und Mosel nicht eher abstoßen als anziehen werde. So wurde beschlossen, die eroberten Landschaften unter dem Namen Elsaß-Lothringen als sog. Reichsland einzurichten, über das der Kaiser im Namen des Reichs die Souveränität ausüben sollte; die Ver-

Digitized by Google

antwortung hatte der Reichskanzler, der im Nebenamt „alleiniger regierender Minister" des Reichslandes war (Bismarck im Reichstag 21. März 1879). Die Gesetzgebung geschah durch Bundesrat und Reichstag. Bismarck hoffte aber nach seinen Reden im Reichstag vom 2. und 25. Mai 1871 „durch Gewährung eines viel höheren Grades von kommunaler und individueller Freiheit, als die französischen Einrichtungen und Traditionen dies je vermochten", die Elsässer und Lothringer für Deutschland zu gewinnen. Etwa 150000 Einwohner machten von der im Frieden vorbehaltenen Freiheit, sich für das französische Staatsbürgerrecht zu entscheiden (für Frankreich zu „optieren"), Gebrauch, und hatten demgemäß bis 1. Oktober 1873 auszuwandern; sie bildeten in Paris den Kern der nach Rache für Sedan schreienden Richtung. Die Evangelischen im Reichsland, etwa ein Fünftel der Einwohnerschaft, schlossen sich verhältnismäßig rasch an das Reich an, das ihnen völlige Sicherheit für Glauben und Eigentum gewährte, welche bei einem französischen Sieg 1870 nach dem Zeugnis des Elsässers Schneegans mindestens vorübergehend gefährdet gewesen wären. Die oberste Verwaltung des Reichslandes wurde dem in Hessen-Nassau bestens bewährten Oberpräsidenten Eduard v. Möller (1814—1880) übertragen, dessen erste Tat die von dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm und allen gebildeten Deutschen lebhaft geforderte und geförderte Neubegründung der durch die französische Revolution zerstörten Straßburger Universität war (1. Mai 1872). Am 1. Januar 1874 hörte mit Einführung der Reichsverfassung der Ausnahmezustand (die Diktatur) auf, welcher unmittelbar nach dem Krieg noch als notwendig erachtet worden war; nur § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871 blieb bestehen, nach dem der Oberpräsident bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen und selbst die im Reichsland stehenden Truppen aufbieten konnte (sog. Diktaturparagraph). Durch kaiserliche Verordnung vom 29. Oktober 1874 ward ein Landesausschuß, aber nur mit beratender Stimme, eingesetzt; er eröffnete seine Tätigkeit im Sommer 1875. Bei den Reichstagswahlen von 1874 wurden 10 Ultramontane und 5 Protestler gewählt, die am 18. Februar im Reichstag versuchten, nachträglich eine Abstimmung

Digitized by Google

der Bevölkerung über ihre Zugehörigkeit zu Frankreich oder Deutschland herbeizuführen; der Antrag wurde aber ohne Debatte mit allen gegen 23 Stimmen abgelehnt. Im Jahre 1877 hatte sich schon eine erhebliche Besserung der Lage vollzogen, insofern abermals 10 Ultramontane, aber statt der Protestler 5 sog. Autonomisten gewählt wurden, deren Ziel auf die Regierung des Landes durch das Land selbst gerichtet war. Im Jahr 1877 ward auch der Landesausschuß mit dem Recht der Genehmigung oder Verwerfung der Gesetze und des Landeshaushalts ausgestattet. Bismarck kam, seinem oben angegebenen allgemeinen Standpunkt gemäß, dem Wunsch der Autonomisten entgegen und brachte das Gesetz vom 4. Juli 1879 durch, nach welchem 1. eine Statthalterschaft und 2. ein reichsländisches Ministerium geschaffen wurden. Der vom Kaiser ernannte Statthalter hatte seinen Sitz in Straßburg und übte kraft kaiserlicher Vollmacht die Rechte aus, die dem Kaiser im Reichsland zustehen, also u. a. das Ausschreiben der Wahlen zu den Kreis- und Bezirkstagen, die Feststellung des Haushalts der Bezirke, die Ernennung der Bürgermeister, die Bestätigung der vom Bischof oder dem evangelischen Konsistorium ernannten Pfarrer. Das Ministerium bestand aus einem Staatssekretär und vier Unterstaatssekretären, die den Abteilungen für Inneres, Kultus und Unterricht, für die Justiz, für die Finanzen und Domänen, für Gewerbe, Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten vorstanden. Das Recht, den Haushalt zu genehmigen und über die Gesetze abzustimmen, fiel, wie gesagt, dem Landesausschuß zu, dessen 58 Mitglieder teils von den Bezirkstagen (10 vom Oberelsaß, 13 vom Unterelsaß, 11 von Lothringen), teils von den Gemeinderäten von Kolmar, Metz, Mülhausen und Straßburg (je eines), teils von den 20 Landkreisen gewählt werden sollten. Der erste Statthalter war der Feldmarschall Edwin v. Manteuffel (1809—1885), der die besondere Gunst des Kaisers Wilhelm I. genoß, aber als Befehlshaber der deutschen, in Frankreich nach dem Friedensschluß zurückgebliebenen Besatzungstruppen gegenüber den Franzosen eitle Schwäche, gegenüber Bismarck ein scheelsüchtiges Übelwollen bekundet hatte, das ihn gelegentlich bis an die Grenze des Landesverrats führte; er hat sich nicht gescheut, gegenüber Thiers Bismarck napoleonischer Brutalität zu be-

Digitized by Google

schuldigen! Eitelkeit und Ruhmsucht waren auch in seiner neuen Stellung, obschon sie seinen Ehrgeiz endlich befriedigte, bei ihm wirksam. Er hatte den an sich zu billigenden Wunsch, mit den maßgebenden Personen des Landes in unmittelbare Beziehung zu treten, um die Wünsche des Landes zu erfahren und wo möglich zu erfüllen; er glaubte, daß bisher die deutsche Verwaltung zu wenig Fühlung mit den Landeseingesessenen gehabt habe. Er geizte aber nach dem Beifall angesehener und einflußreicher Männer, und so gedieh unter ihm die „Notabelnwirtschaft"; d. h. die Notabeln des Landes, vornehmlich Gutsbesitzer und Notare, hatten das Ohr des Statthalters, setzten durch, was sie wollten, und die eingewanderten Deutschen und die Beamten traten ihnen gegenüber in zweite Linie zurück; ja bei der Auswahl und Beförderung der Beamten fiel Lob und Tadel der Notabeln schwer in die Wagschale. Es wurde deshalb von den Deutschen des Landes als eine Art Erlösung empfunden, als Manteuffels Regiment am 17. Juni 1885 durch seinen Tod ein Ziel fand. Der Staatssekretär Manteuffels, der frühere hessische Ministerpräsident und Präsident des Reichskanzleramts Karl v. Hofmann (1827—1910), trat erst 1887 infolge der oppositionellen Wahlen zum Reichstag zurück, da diese den Bankerott des Manteuffelschen Systems besiegelten. Manteuffels Nachfolger, der bisherige Botschafter in Paris und einstige bayerische Ministerpräsident, Fürst Chlodwig v. Hohenlohe-Schillingsfürst (1819—1901), brachte eine genaue Kenntnis der Franzosen und — als Katholik — der katholischen Kirche in sein Amt mit, woran es Manteuffel völlig gefehlt hatte; seine Art zu regieren ward angenehm empfunden, weil er Wohlwollen mit Festigkeit paarte. Zum Staatssekretär bestellte er 1889 Maximilian v. Puttkamer, der politisch zu den Nationalliberalen zählte (bis 1901). Unter dem dritten Statthalter, dem Fürsten Hermann v. Hohenlohe-Langenburg (geb. 1832), dem Oheim der Kaiserin, der 1894 nach Fürst Chlodwigs Übernahme des Reichskanzlerpostens ins Land kam, wurde am 18. Juni 1902 ein alter Wunsch der Elsaß-Lothringer erfüllt: es wurde der sog. Diktaturparagraph (S. 6) aufgehoben. Damit fingen die Elsaß-Lothringer nach ihrer Auffassung erst an „aus Deutschen zweiter Klasse Deutsche erster Klasse zu

Digitized by Google

werden". Sie verdankten dies vor allem dem Eingreifen des Kaisers Wilhelm II. selbst, der sich in Urville in Lothringen angekauft hatte, gern im Kaiserpalast zu Straßburg weilte und dem die Stadt Schlettstadt 1899 die Ruine Hohkönigsburg zum Geschenk machte, damit er als nunmehriger Landgraf des Elsasses die alte Burg der Landgrafen besitze und erneuere. Im Oktober 1903 wurde an der Universität Straßburg auf Grund eines Abkommens zwischen Kaiser und Papst eine katholisch-theologische Fakultät eröffnet, und im November 1903 ward verfügt, daß die elsaß-lothringischen Rekruten zum größten Teil nicht mehr in entlegene preußische Garnisonen verschickt, sondern in die im Land stehenden Regimenter selbst eingereiht werden sollten. Ungefähr ein Drittel der Reichstagsabgeordneten des Reichslandes trat im Reichstag den alten deutschen Fraktionen der Nationalliberalen und der Reichspartei bei, und der scharfe Gegensatz, der sich seit 1901 zwischen Frankreich und der katholischen Kirche bildete, trieb selbst die Ultramontanen zum Teil auf die deutsche Seite hinüber; im Jahre 1910 schlossen sie sich in der Mehrzahl der Zentrumspartei an. Ihre Ansprüche vergaßen sie darüber nicht; im März 1904 konnte der (aus Maria Laach vom Kaiser selbst berufene) Bischof Benzler von Metz es versuchen, den Friedhof des Dörfleins Fameck, weil dort ein Protestant begraben worden war, mit dem Interdikt (Bann) zu belegen, mußte aber seinen Erlaß dann auf einen Wink aus Rom doch zurückziehen. Am 7. Oktober 1907 nahm Hohenlohe wegen hohen Alters seinen Abschied; sein Nachfolger wurde der Wiener Botschafter Graf Karl v. Wedel (geb. 1842). Unter seiner Verwaltung wurde die Stelle des Staatssekretärs, welche 1901—08 der Altpreuße Ernst v. Köller bekleidet hatte, dem Elsässer Zorn v. Bulach übertragen und 1910 ein Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der Elsaß-Lothringen den Wünschen seiner Einwohner gemäß im wesentlichen die Stellung eines selbständigen Bundesstaats gewähren sollte. Hierüber siehe unter zweites Buch, fünfzehntes Kapitel.

Die nächsten Jahre nach der Entstehung des Reiches brachten gewichtige Fortschritte in der Richtung auf die Durchführung der nationalen Einheit: die Schaffung einer einheitlichen Münze; die

Digitized by Google

Herstellung einer festen Grundlage für das Reichsheer; den Gewinn der Einheit des Rechts.

1. Schaffung einer einheitlichen Münze. Die Einführung des metrischen Maßes für die Hohl- und Flächenmaße und des einheitlichen Gewichts hatte schon das norddeutsche Bundesgesetz vom 17. August 1868 verfügt, und am 1. Januar 1872 trat dieses Gesetz für das ganze Reich in Kraft. 1873 kam hinzu die Annahme der Goldwährung und auf ihrer Grundlage die Einführung der Markrechnung. Die einzelnen Landesmünzen verschwanden bis 1878 aus dem Verkehr; die preußische Bank ging auf in der Reichsbank, deren Notenausgabe durch das hauptsächlich von den Nationalliberalen Lasker, Bamberger und Michaelis betriebene Bankgesetz vom 14. März 1875 auf 250 Millionen Mark festgesetzt wurde; den anerkannten 33 Privatbanken wurden 135 Millionen zugestanden — die Papiergeldwirtschaft, die es auf 1440 Millionen gebracht hatte, ward in enge Grenzen eingespannt. Heute sind von jenen 33 Noteninstituten nur noch 4 übrig, die bayerische Notenbank, die sächsische Bank, die württembergische Notenbank und die badische Bank: sie dienen in erster Linie dem Kleingewerbe, das aber auch von der Reichsbank allein ausreichend versorgt werden könnte. Alle Geldstücke sollten auf der Vorderseite die Umschrift „deutsches Reich“ und die Jahreszahl tragen, die Markstücke noch die von einem Kranz eingefaßte Bezeichnung „eine Mark“, während ihre Rückseite den einköpfigen Reichsadler zeigt. Die größeren Silber- und die Goldmünzen hatten auf der Vorderseite die Umschrift „deutsches Reich“, die Jahreszahl und den Reichsadler, auf der Rückseite das Bild des jeweiligen Herrschers des Staates, in dem sie geprägt waren. Es hat im Reichstag im November 1871 einen harten Kampf um die Frage gegeben, ob die Bilder der Fürsten zuzulassen seien; die strengen Anhänger der Einheit, so Graf Münster, verlangten, daß alles wegbleibe, was auf die Einzelstaaten hinweise. Bismarck aber erklärte am 17. November: „Wenn es sich wirklich um die Einheit, die Festigkeit und den Vorteil des Reiches handelt, dann halten partikularistische Bedenken unserer Bundesgenossen mich unter Umständen nicht ab, das Recht und die Majorität, die wir etwa im Bundesrat haben, so weit

Digitized by Google

geltend zu machen, als die Verfassung uns erlaubt, auch wenn die Grenze zweifelhaft ist. In dieser Frage aber darf kein politisch in hohem Grade verstimmender Druck auf die Bundesgenossen geübt werden." Selbst ein so feuriger Unitarier wie der große Historiker der Einheitsbewegung unserer Nation im 19. Jahrhundert, der damals in Heidelberg wirkende Heinrich v. Treitschke, nationalliberaler Abgeordneter für Kreuznach, sagte, daß die tatsächlichen Verhältnisse, die nationale Einheit auf der Grundlage des Bundesstaates, sich richtig darin widerspiegelten, daß vorn das Reich und auf der Rückseite der Einzelstaat zur bildlichen Darstellung gelangen, und so wurde dem föderativen Prinzip dieses Zugeständnis der doppelten Abzeichen gemacht.

2. Herstellung einer festen Grundlage für das Reichsheer. Schon 1867 war im Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes der Grundsatz ausgesprochen worden, daß im Frieden ein Prozent der Bevölkerung unter der Fahne dienen solle; die Verfassung selbst bestimmte, daß dies nur bis 31. Dezember 1871 gelte und bis zu diesem Zeitpunkt eine Pauschsumme von 225 Talern für den Kopf des Heeres zu zahlen sei. Für die spätere Zeit sollte die Feststellung der Friedenspräsenzstärke im Weg der Reichsgesetzgebung erfolgen. Durch Gesetz vom 9. Dezember 1871 wurden die bisher geltenden Bestimmungen vom 1. Januar 1872 bis 31. Dezember 1874 verlängert. Bei Errichtung des norddeutschen Bundes 1866 hatte Preußen am 26. Juni 1867 mit den sämtlichen norddeutschen Staaten (außer Sachsen und Braunschweig*) Militärverträge abgeschlossen, wodurch deren Truppenteile dem preußischen Heer kurzerhand einverleibt wurden; 1867 folgte Hessen diesem Vorgang. Auch Baden verzichtete 1870 auf seine militärische Selbständigkeit; nur behielt es sich vor, daß seine Truppen ein eigenes Armeekorps des preußischen Heeres bilden sollten.

*) Dieses traf nach dem Tode seines Herzogs Wilhelm unter der Regentschaft des preußischen Prinzen Albrecht 1886 auch ein Militärabkommen mit Preußen. Koburg, Waldeck und Altenburg hatten übrigens schon 1860—62 solche Verträge mit Preußen vereinbart, welche durch die vom 26. Juni 1867 außer Kraft gesetzt wurden.

746709

Digitized by Google

Württemberg und Sachsen dagegen bedangen sich eigene Militärverwaltung und das Recht der Ernennung der Offiziere durch ihre Könige aus; den Befehlshaber des 12. (sächsischen) Korps aber sollte der Kaiser auf Vorschlag des Königs, den des 13. (württembergischen) der König nach vorheriger Zustimmung des Kaisers ernennen. Das bayerische Heer sollte laut Vertrags vom 23. November 1870 einen selbständigen in sich geschlossenen Teil des deutschen Heeres unter der Militärhoheit des Königs von Bayern bilden; sein Haushalt unterlag also der Beschlußfassung nicht des Reichstags, sondern des bayerischen Landtags. Aber der deutsche Kaiser erhielt als Bundesfeldherr das Recht, durch Vornahme von Besichtigungen sich davon zu überzeugen, daß das bayerische Heer nach Organisation, Truppenformation, Ausbildung und Zahl mit den übrigen deutschen Truppen übereinstimmte, und mit dem Augenblick, da der Kaiser die Mobilmachung des gesamten Reichsheeres befiehlt, tritt auch das bayerische Heer sofort unter den ausschließlichen Oberbefehl des Kaisers, und es hat daher auch im Fahneneid dem Kaiser für den Fall des Kriegs unbedingten Gehorsam zu schwören. Im Jahr 1872 kam ein Militärstrafgesetzbuch für das Reichsheer zustande (das 1898 einer zeitgemäßen Reform durch Annahme des öffentlichen und mündlichen Verfahrens unterzogen wurde).

Im Februar 1874 legte die Regierung ein Militärgesetz vor, dessen erster Artikel bestimmte, daß im Frieden 401 659 Mann bis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung bei der Fahne gehalten werden sollten. Moltke empfahl diesen Vorschlag in einer gedankenreichen, seiner Art gemäß gedrängten und knappen Rede, worin er den Wert einer militärischen Erziehung für die Erweckung strengen Pflichtgefühls darlegte, den weit verbreiteten Wahn bekämpfte, als ob „der preußische Schulmeister", d. h. das bloße Wissen, bei Königgrätz gesiegt habe, und die Notwendigkeit einer gewaltigen Rüstung mit dem Hinweis darauf begründete, daß wir das Errungene noch 50 Jahre lang zu verteidigen haben würden. Das besiegte Frankreich habe 50 neue Regimenter errichtet und halte 471 000 Mann unter den Fahnen. Das Verlangen der Regierung stieß gleichwohl auf Widerstand im Reichstag, weil man

Digitized by Google

es für unstatthaft ansah, das Bewilligungsrecht des Parlaments auf unabsehbare Zeit zu binden: wenn die Regierung auf eine Herabsetzung der Heeresziffer nicht einging, so mußte ja nach dem Wortlaut des Entwurfs diese beständig weiter aufrecht erhalten werden, selbst wenn der Reichstag sie einmal für unnötig hoch ansah. Der französische Oberst Stoffel, der 1870 Napoleon aus Berlin so zutreffend über die deutschen Verhältnisse berichtet hatte, erklärte freilich diese Opposition (gemäß den Berichten des deutschen Gesandten in Paris, des Grafen Arnim) für unglaublich unverständig, da gerade dadurch, daß das Heer auf dauernde Grundlagen gestellt werde, Deutschland ein militärisches Übergewicht über seine Nachbarn erhalte; es sei doch mehr als seltsam, daß in Frankreich, wo das Heer seinen Ruhm eingebüßt habe, niemand am Bestand des Heeres rüttle, in Deutschland aber, das seinem Heer alles verdanke, dessen Festigkeit und Stärke angetastet werde. Bismarck, dessen angebliche Einflußlosigkeit auf das Parlament Manteuffel dem Kaiser höhnend vorhielt, war so ungehalten, daß er mit Auflösung des Reichstags drohte. Während der Osterpause entwickelte sich eine kräftige Volksbewegung zugunsten des Gesetzes, welche einen Schluß auf den Ausfall von etwaigen Neuwahlen zuließ. Das Ansehen des leitenden Staatsmannes, die frische Erkenntnis von dem unermeßlichen Wert eines starken und tüchtigen Heeres und das Gefühl der Bedrohlichkeit der Weltlage, sobald das nach Rache dürstende Frankreich an eine Schwächung der deutschen Wehrkraft glauben durfte, wirkten zusammen, so daß der Reichstag schließlich im April 1874 sich zu einem Ausgleich bereit finden ließ, den der nationalliberale Führer Rudolf v. Bennigsen (1824—1902) mit dem damals krank zu Bette liegenden, aber mit voller Geistesfrische den Knoten entwirrenden Bismarck vereinbart hatte. Nach diesem Ausgleich wurden die 401 000 Mann nicht „bis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung", sondern nur auf sieben Jahre (vom Januar 1875 bis 31. Dezember 1881) bewilligt, und dieses „Septennat" wurde dann noch zweimal erneuert (1880 und 1887), und dabei die Friedensstärke auf 427 000, bezw. 468 000 Mann erhöht. Im Jahr 1875 wurde der Landsturm aus einem ungeordneten Massenaufgebot in ein

Digitized by Google

geordnetes verwandelt; alle Wehrfähigen von 17—42 Jahren, welche nicht dem Heer oder der Flotte angehörten, wurden ihm eingereiht, in besondere Abteilungen gegliedert und den militärischen Gesetzen unterstellt. 1887 wurde die Organisation der Landwehr und des Landsturms noch weiter verbessert; 1893 wurde die zweijährige Dienstzeit probeweise, 1905 endgültig eingeführt, und 1893 statt des Septennats das Quinquennat (Feststellung auf fünf Jahre) errichtet.

3. Einheit des Rechts. Schon der norddeutsche Reichstag hatte 1869 einen Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Eduard Lasker (1829—84) angenommen, daß die Zuständigkeit des Bundes auf das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht, das gerichtliche Verfahren und die Organisation der Gerichte ausgedehnt werden solle. Die verbündeten Regierungen hatten der einheitlichen Gestaltung des Strafrechts aus naheliegenden, zwingenden Gründen zugestimmt — man konnte doch z. B. ein Vergehen auf die Dauer nicht in Preußen anders bestrafen als in Sachsen, in Hamburg anders als in Braunschweig —, und 1870 war das gemeinsame Strafgesetzbuch zustande gekommen. Weiter wollten die Einzelstaaten aber nicht gehen, weil sie ihre Justizhoheit nicht schmälern lassen wollten; auch bestritten sie die Notwendigkeit der Rechtseinheit z. B. bezüglich des Familien- und Erbrechts. Gleichwohl ging der ganze Zug der Zeit auf die Ausgestaltung der Einheit. Preußen war von Anfang an bereit Ja zu sagen, und einzelne Teile des bürgerlichen Rechts, so das ganze Obligationenrecht, waren schon durch die Bundesverfassung für einheitlich erklärt: eine gedeihliche Weiterbildung des Rechts schien nicht möglich, wenn es nicht einheitlich gestaltet wurde. Das Zentrum (S. 17), das jeden weiteren Schritt in der Richtung der Einheit für verderblich ansah, leistete den äußersten Widerstand und wirkte auch auf König Ludwig II. von Bayern, der damals in seiner Zickzackentwicklung wieder partikularistisch gestimmt war und dem Bürgermeister von Garmisch unter Mißbilligung des Aushängens schwarzweißroter Fahnen zurief: „Man ehrt mich nur in meinen Landesfarben!“ Aber der damals noch überwiegend liberale bayerische Landtag selbst sprach sich in seinen beiden Häusern für die Einheit des Rechts aus, und

Digitized by Google

am 12. Dezember 1873 stimmte der Bundesrat mit Ausnahme der beiden Mecklenburg und der beiden Reuß der Annahme des Antrages Laskers zu. Nun wurden Ausschüsse für die Ausarbeitung eines einheitlichen bürgerlichen Gesetzbuches, eines einheitlichen Verfahrens im Zivil- und Strafprozeß und einer einheitlichen Organisation der Gerichte niedergesetzt. An der glücklichen Durchführung der Arbeiten für die letztgenannten drei Gebiete hatte der ausgezeichnete preußische Justizminister Leonhardt (1815—80), ein Hannoveraner, ein großes Verdienst. Der Reichstag stimmte der neuen Ordnung des Zivil- und Strafprozesses und der Gerichte nach langen Beratungen 1876 zu. Nachdem der Bundesrat alle Beschlüsse des Reichstags mit Ausnahme von vier angenommen hatte, wurde am 21. Dezember 1876 eine Verständigung zwischen Bundesrat und Reichstag erzielt. Die entsprechenden drei Gesetze wurden darauf mit 190 gegen 100 Stimmen im Reichstag endgültig genehmigt. Am 1. Oktober 1879 traten sie ins Leben. Der Sitz des Reichsgerichts, das den Schlußstein der ganzen Gerichtsorganisation bildete, wurde entgegen den Wünschen Preußens, das für Berlin war und in dieser Frage sich kraft der Reichsverfassung überstimmen lassen mußte, nach Leipzig verlegt. Maßgebend hiefür war, daß man erstens das höchste deutsche Gericht vor aller höfischen Beeinflussung durch Verlegung an einen Ort, der keine Residenz war, möglichst sicher stellen, und daß man zweitens den föderativen Charakter des Reiches durch Wahl einer nicht preußischen Stadt hervorheben wollte. Daß dann Leipzig gewählt wurde, geschah mit Rücksicht auf dessen Bedeutung für Handel und Wissenschaft. Zum ersten Präsidenten des Reichsgerichts wurde der bisherige Präsident des Reichstags, Eduard Simson, ernannt. Die für das bürgerliche Gesetzbuch bestellte Kommission, an deren Spitze der Präsident des Reichsoberhandelsgerichts Pape stand, löste ihre Aufgabe in langjähriger, umsichtiger und emsiger Arbeit, so daß der Reichstag 1894 sich mit ihren Entwürfen befassen und 1896 sie verabschieden konnte, wobei von allen Seiten große Entsagung betreffs mancher besonderen Wünsche geübt wurde. Am 1. Januar 1900 trat das gewaltige Werk ins Leben; Deutschland hatte von da an in allen wesentlichen Dingen

Digitized by Google

ein einheitliches Recht und damit ein neues Bindemittel seiner Einheit überhaupt.

Die Reichspost wurde durch den genialen Generalpostdirektor (1876 Generalpostmeister, 1880 Staatssekretär) Heinrich v. Stephan (1813—97) in mustergültiger Weise ausgestaltet; 1876 ward die Reichstelegraphenverwaltung mit der Post vereinigt. 1874—78 rief Stephan den Weltpostverein ins Leben, der alle Postsachen zu sehr niedrigen Einheitssätzen beförderte und dem allmählich alle Kulturstaaten beitraten. Im Jahr 1860 hatte der deutsche Physiker Philipp Reis (1834—74, Lehrer in Friedrichsdorf bei Hamburg) den Fernsprecher (das Telephon) erfunden; 1877 ward es von dem Schotten Bell (Professor in Boston) vervollkommnet, und allmählich entwickelte es sich zu einem in staatlicher Verwaltung stehenden Verkehrsmittel ersten Ranges. Im Jahre 1908 gab es in Deutschland nicht weniger als 28065 Fernsprechanstalten, mittelst deren jährlich 1353000 Gespräche geführt wurden.

Zweites Kapitel

Entstehung des Kulturkampfs

Kurz nach der Begründung des deutschen Reichs durch Preußen geriet dieser Staat in einen heftigen Streit mit der römischen Kirche, der mit Naturnotwendigkeit sehr bald auch auf das Reich übergriff. Der letzte Grund des Zusammenstoßes lag zweifellos darin, daß seit 1814 und wieder, nach Überwindung der revolutionären Bewegung von 1848, seit 1849 die römische Kirche beständig an Macht und Machtansprüchen zunahm und daß der Verlust ihrer weltlichen Gewalt an das Königreich Italien 1860 und 1870, den sie so hart empfand und unablässig beklagte, ihr auch wieder Vorteil brachte: einerseits erschien sie als beraubt, und gewann dadurch Mitleid und Anhänglichkeit der Gläubigen in verstärktem Maß; andererseits fiel die Verwundbarkeit, welche jeder weltlichen Macht innewohnt, für den Papst von nun an weg. Im gleichen Augenblick, wo Roms Kraft durch die Treue der

Digitized by Google

Mehrzahl der katholischen Christen gestärkt ward und der Papst am 18. Juli 1870 seine amtliche Unfehlbarkeit als Lehrsatz der Kirche verkünden konnte, erhob sich in denselben Landen, die einst den Hauptteil und das Rückgrat des heiligen römischen Reiches deutscher Nation ausgemacht hatten, eine im wesentlichen protestantische Großmacht unter einem seit Jahrhunderten zur Vorkämpferherrschaft für den Protestantismus berufenen Herrscherhaus. Es war, wie der große Kirchenhistoriker Hase einmal gesagt hat, nicht zu erwarten, daß zwei in ihrem Wesen so verschiedene Gewalten, die nunmehr Aug in Aug einander gegenüberstanden, sofort ohne Kampf ein friedliches Verhältnis zu einander finden würden. Ein solches konnte vielmehr nur aus einem Zusammenstoß hervorgehen, in dessen Verlauf beide Teile die eigene Kraft und die des Gegners ermaßen und jeder zur Erkenntnis kam, wie viel der andere ihm schaden, aber auch nützen konnte.

Die Empfindung, daß die große Mehrheit der Bevölkerung (62,7 %) in Deutschland seit dem Ausscheiden Österreichs protestantisch war und daß von ihr die katholische Minderheit leicht unbillig behandelt werden könnte, hatte schon seit 1866 die Haltung des katholischen Volksteils wesentlich beeinflußt; in Baden, Württemberg, Hessen und namentlich in Bayern war der Hauptwiderstand gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund und gegen die Annahme von Preußens Führerstellung gerade von den katholischen Volkskreisen ausgegangen. Im ersten deutschen Reichstag bildete sich auf Grund eines Beschlusses vom 13. Dezember 1870 sofort eine fast bloß aus katholischen Abgeordneten (unter Hinzutritt einiger hannöverischen Welfen und des preußischen Altkonservativen Ludwig v. Gerlach) bestehende, 59 (nach anderer Zählung 67) Mann starke Fraktion des Zentrums, welche ihr Gepräge durch ihren schlauen und gewandten Führer, den früheren hannöverischen Justizminister Dr. Ludwig Windthorst (1812—91), empfing. Neben ihm traten bald durch politisches Ansehen und Schlagfertigkeit hervor die beiden Brüder August (1808—95) und Peter Reichensperger (1810—92), beides hohe richterliche Beamte, Hermann v. Mallinckrodt (1821—74, Regierungsrat), der Freiherr v. Schorlemer-Alst (1825—95, „der westfälische Bauernkönig“)

Digitized by Google

und der Bayer Freiherr Georg v. Franckenstein (1825—90). Windthorst war Welfe nicht bloß in dem neuen und nächsten Sinn, daß er die Zurückführung des 1866 vertriebenen Welfenhauses auf den hannöverischen Königsthron wünschte, sondern auch in dem alten, historischen, daß er der Ausbildung und Kräftigung der Kaisermacht und der nationalen Einheit sich widersetzte und für die Erhaltung und möglichste Stärkung der Einzelstaaten, des „Partikularismus", eintrat. Zugleich verfocht er die Rechte der katholischen Kirche gegenüber dem modernen Staat mit größter Zähigkeit. So verschmolzen sich in ihm politische und kirchliche Bestrebungen in einer Weise, daß schwer zu sagen ist, ob er mehr Welfe oder mehr Ultramontaner war; eine Richtung benützte er mit großer Gewandtheit als Stütze und Vorspann für die andere, und seine hervorragende Befähigung als Redner und Leiter einer Partei machte ihn zu einem sehr gefährlichen Gegner. Auf sein Betreiben oder doch unter seiner Mitwirkung suchte das Zentrum das junge Reich zur Einmischung in die italienischen Verhältnisse zu drängen, damit durch gütliche oder gewaltsame Mittel die weltliche Herrschaft des Papstes hergestellt werde, ohne die dieser nach der Ansicht der Mehrheit der Katholiken die zur Ausübung seiner geistlichen Obliegenheiten nötige Unabhängigkeit nicht besaß. Eine zweite Forderung des Zentrums ging auf die Aufnahme von sechs Artikeln der preußischen Verfassung, welche den sog. „Grundrechten" der deutschen Reichsverfassung von 1849 entsprachen, in die Verfassung des neuen Reichs. Diese sechs Artikel gewährleisteten die freie Meinungsäußerung durch Wort, Schrift, Druck und Bild, die Freiheit des Versammlungs- und Vereinswesens, des religiösen Bekenntnisses und die Verwaltung der Angelegenheiten der Religionsgesellschaften durch diese Gesellschaften selbst. Dem Zentrum war es natürlich vorwiegend um die letzte Bestimmung zu tun, welche den Einfluß des Staates und seiner Organe auf die Kirchen abschneiden sollte; die andere aber gedachte es zur Agitation für seine politisch-religiösen Ziele zu verwerten. Das Zentrum erlitt aber mit seinen beiden Forderungen eine Niederlage. Der Reichstag trat den Worten der Thronrede vom 21. März, die jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker weit weg-

Digitized by Google

wies, mit 243 gegen 63 Stimmen in feierlicher Weise bei, und der Antrag betr. der sechs Artikel erhielt am 4. April 1871 im Reichstag nur die 59 Stimmen des Zentrums selbst, während 223 Abgeordnete aller anderen Parteien mit Nein stimmten. Die Tiefe der Gegensätze trat in der Erörterung dadurch zutage, daß Heinrich v. Treitschke die Selbstverwaltung der Kirchen nur insoweit für zulässig erklärte, als eine ausführliche Gesetzgebung vorher die Grenzen zwischen Staat und Kirche aufs genaueste abgesteckt habe, und ihm entgegen Windthorst es aussprach, daß der Staat keinesfalls alleinige Quelle alles Rechtes sei, vielmehr die Kirche auf ihrem Boden allein zuständig sei und das Recht habe, die staatliche Gesetzgebung daraufhin zu prüfen, ob sie den Geboten Gottes entspreche oder nicht. Ebenso rief der Mainzer Bischof Emanuel v. Ketteler (1811—77) aus: „Machen Sie keine Gesetze, die Rebellen sind gegen Gottes Gesetze; dann werden wir Bischöfe gegen die Landesgesetze nicht rebellieren!"

Aus diesen parlamentarischen Kämpfen ergab sich die Erkenntnis, daß das Zentrum zur Mehrheit des Reichstags wie zur Regierung in einem scharfen Gegensatz stand, der sich sowohl auf die auswärtige Politik wie auf die inneren Fragen erstreckte. Nun kamen aber sofort noch zwei weitere Reibungsflächen hinzu. Einmal unterwarfen sich auch diejenigen deutschen Bischöfe, welche auf dem vatikanischen Konzil im Juli 1870 gegen die Lehrsätze von der Unfehlbarkeit und von dem Universalepiskopat und der damit gegebenen unmittelbaren Gerichtsbarkeit des Papstes über die ganze Kirche*) gestimmt hatten, nachträglich den Beschlüssen des Konzils. Dies tat selbst Bischof Joseph Hefele (1809—93) von Rottenburg, einer der ersten Kenner der Kirchengeschichte und deshalb lange Zeit einer der entschiedensten Gegner der Unfehlbarkeit — die württembergische Regierung, an die sich Hefele mit der Frage wandte, ob er

*) Vermöge dieser universalen Bischofswürde gilt der Papst überall als Bischof, und die einzelnen Bischöfe, ursprünglich an Rang und Rechten dem römischen Bischof gleich, erscheinen nur noch als seine Stellvertreter, die er jeden Augenblick zur Seite schieben kann. Daß die Neuerung vorsichtig in schonende Redensarten eingewickelt wurde, nimmt ihr natürlich nichts an ihrer Bedeutung.

Digitized by Google

äußerstenfalls an ihr eine Stütze finden werde, gab ihm den bezeichnenden Bescheid, er solle ihr keine Schwierigkeiten machen! Natürlich mußten die Bischöfe, seitdem sie, um die Einheit der Kirche nicht zu gefährden, ihre eigene Überzeugung geopfert, das sacrifizio dell' intelletto gebracht hatten, von allen ihnen unterstellten Priestern und Religionslehrern die Unterwerfung unter die constitutio dogmatica de ecclesia Christi vom 18. Juli 1870 fordern, und wo sie dabei auf Widerstand stießen, mußten sie mit kirchlichen Strafen vorgehen. So verlangte der Erzbischof Melchers (1813—95) in Köln von den Professoren der katholisch-theologischen Fakultät in Bonn eine schriftliche Erklärung, daß sie das Dogma anerkennen sollten, und beantwortete ihre Weigerung mit dem Verbot geistlicher Amtshandlungen und der Untersagung des Besuchs ihrer Vorlesungen seitens der Studierenden der katholischen Theologie. Der Fürstbischof Förster (1799—1881) von Breslau bannte den Priester Kaminski in Kattowitz, weil er das Dogma verwarf, und der Bischof Krementz (1819—99) von Ermland stellte an die preußische Regierung die Forderung, daß drei Religionslehrer in Braunsberg (Dr. Wollmann vom Gymnasium, Dr. Treibel vom Lehrerseminar und Professor Michelis vom Lyceum Hosianum daselbst) abgesetzt werden sollten, weil sie wie Kaminski offen das Vatikanum ablehnten. In Bayern spielten sich ähnliche Vorgänge ab. Eine Anzahl von Münchener Professoren, voran der erste katholische Kirchenhistoriker der Zeit, Ignaz v. Döllinger (1799—1890), und der Philosoph Johannes Huber, Archivar Zirngiebl und Pfarrer Renftle von Mering bei Augsburg traten offen dem neuen Dogma entgegen.

Nun fragte es sich, ob der Staat, von dem fast alle jene Männer ihre Ämter unter Zustimmung der Kirche erhalten hatten, dem Standpunkt der Kirche sich in stummem Gehorsam unterwerfen, jene Männer nicht mehr als Katholiken betrachten und sie also auch von sich aus fallen lassen würde. Ohne sich moralisch aufzugeben und sich zum gefügigen Knecht der Kirche herabzuwürdigen, konnte der Staat offenbar das nicht tun; noch war das Vatikanum von keinem Staat, nicht einmal von vorwiegend katholischen, anerkannt und seine Rechtsverbindlichkeit also noch nirgends

Digitized by Google

zugestanden. Indem der liberale bayerische Kultusminister Dr. v. Lutz (1826—90) und der preußische Kultminister v. Mühler (1813—74), dieser trotz seines streng kirchlichen Standpunktes, jene Männer in ihren Ämtern schützten, war der Streit zwischen Staat und Kirche da.

Der zweite Gegenstand des Kampfes war die Volksschule. Die katholische Kirche beansprucht grundsätzlich das Recht, für die religiöse Erziehung der heranwachsenden Jugend zu sorgen, und damit ergibt sich für sie die Forderung, daß die katholischen Kinder tunlichst in katholischen Konfessionsschulen unterrichtet werden, daß alle Lehrer an sämtlichen katholischen Schulen (bis zur Hochschule hinauf) den streng katholischen Standpunkt einnehmen sollen und daß keine Schulbücher gebraucht werden, die den Lehren der katholischen Kirche irgendwie widerstreiten. Daß mit der Durchführung dieser im Namen der Gewissenspflicht erhobenen Forderungen die Kirche zur wahren Herrin der Volksschule werden müßte, liegt auf der Hand. Der Staat betrachtet umgekehrt das ganze Schulwesen als seine Angelegenheit, da er die Zersprengung der Volkseinheit durch konfessionelle Einseitigkeit nicht zugeben kann, und das preußische Landrecht wie Artikel 23 der preußischen Verfassung sprechen den staatlichen Charakter der Schule in allen ihren Arten und Stufen ausdrücklich aus. Bisher wurde aber die Schulaufsicht durch die katholische und die evangelische Geistlichkeit ausgeübt, und das hatte schlimme Wirkungen in denjenigen preußischen Provinzen, in denen die Polen überwiegen oder doch zahlreich sind, in Posen, Westpreußen und Oberschlesien. Die dortige katholische Geistlichkeit bevorzugte die Polen, weil sie, abgesehen von 150 000 Masuren und etwa 1000 Kassuben, katholisch sind, und leistete der Polonisierung der deutschen Schulkinder Vorschub, weil diese dadurch vor der Ansteckung mit protestantischen Ansichten am gründlichsten gesichert zu sein schienen.

Aus allen diesen Dingen gewann Bismarck die Überzeugung, daß er dem Treiben der ultramontanen Partei und ihrer Anhänger nicht länger mit gekreuzten Armen zusehen dürfe. Ursprünglich hatte er alle Mahnungen des preußischen Gesandten in Rom, des Herrn (seit Juli 1870 Grafen) Harry von Arnim (1824—81),

Digitized by Google

der ihn zur Stellungnahme gegen das werdende Vatikanum drängen wollte, abgelehnt. Verfassungsmäßig wie politisch, schrieb er am 26. Mai 1869 an Arnim, gebe es für Preußen nur einen Standpunkt: den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen, und der entschiedenen Abwehr jedes kirchlichen Übergriffs auf das staatliche Gebiet. Gerade dies aber lag jetzt vor, ein Eingriff der Kirche in die Rechte des Staats: so entschloß sich Bismarck, den dem Staat hingeworfenen Handschuh aufzunehmen. Zuerst wurde die seit 1843 bestehende sog. „katholische Abteilung" im Kultusministerium, welche ihrer Bestimmung gemäß die Rechte des Staats gegenüber der römischen Kirche wahrzunehmen hatte, am 8. Juli 1871 aufgehoben, weil sie tatsächlich zu einem kirchlichen Organ gegenüber dem Staat geworden war, statt ein staatliches Organ gegenüber der Kirche zu sein; auch war sie, wie Bismarck am 3. Dezember 1884 im Reichstag ausführte, unter der Leitung ihres Direktors Krätzig „ein polonisierendes Organ innerhalb der preußischen Verwaltung und ein Werkzeug einiger großer polnischer Familien geworden". An ihrer Statt trat eine und dieselbe Abteilung für die Wahrung der Staatsrechte gegenüber allen Kirchen. In einer späteren Rede im preußischen Abgeordnetenhaus (vom 30. Januar 1872) hat Bismarck erklärt: „Entweder hat der Kultusminister die Verpflichtung, den Ansichten seiner katholischen Räte zu folgen, und dann kann er für diesen Teil seiner amtlichen Tätigkeit verfassungsmäßig nicht mehr verantwortlich sein; oder er hat diese Verpflichtung nicht, dann ist es auch nicht erforderlich, daß diese Räte in eine besondere Abteilung formiert werden, welche statutenmäßig einem bestimmten Bekenntnis angehören muß." In derselben Rede fiel auch der bezeichnende Ausdruck: „Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiet betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete ... Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung gegen den Staat."

Nicht lange nach diesem Ereignis fand der erste Zusammenschluß derjenigen Katholiken statt, die das Vatikanum 1. für eine

Digitized by Google

dem alten katholischen Glauben zuwiderlaufende und 2. auf unrechtmäßige Weise, weil nicht mit Einstimmigkeit der Konzilsväter, durchgesetzte Neuerung ansahen. Sie nannten sich wegen ihres Standpunktes Altkatholiken und hielten vom 22.—24. September 1871 ihren ersten Kongreß in München ab; es waren dabei etwa 300 altkatholische Gemeinden vertreten. Damals war ihr angesehenster Vorkämpfer der schon genannte berühmte Kirchenhistoriker Ignaz v. Döllinger in München (S. 20), ein feiner Kopf von unerbittlicher Schärfe des Verstandes, welche bei ihm noch das kräftig entwickelte religiöse Empfinden überwog. In den 40er Jahren war er als schneidiger und geistesgewaltiger Bekämpfer Luthers und der Reformation hervorgetreten; aber bei den ersten Anzeichen der auf Verkündung der Unfehlbarkeit gerichteten Strömung hatte er sich, von seinem wissenschaftlich-historischen Gewissen gedrängt, 1861 entschlossen dem Ultramontanismus entgegengeworfen. Von Döllinger stammte das berühmte Werk „der Papst und das Konzil, von Janus", das 1869 die Entwicklung des Papsttums zur absoluten Macht in der Kirche mit hervorragender Sachkunde beleuchtete und diese Entwicklung als unkatholisch verurteilte. Von dem Münchener Erzbischof v. Scherr zur Unterwerfnng aufgefordert, antwortete Döllinger am 28. März 1871 ablehnend, weil die neue Lehre, welche dem Papst Allgewalt über jeden einzelnen und über die gesamte Kirche verlieh, gegen die einstimmige Auffassung der Kirchenväter verstoße und mit den Verfassungen der europäischen Staaten, besonders mit der bayerischen Verfassung unvereinbar sei, auf die er eidlich sich verpflichtet habe. Der tapfere Mann wurde auf dies hin von Scherr aus der Kirchengemeinschaft ausgeschlossen, aber von König Ludwig II. und dessen Regierung in seinen Ämtern geschützt; er starb, bis an seinen Tod seiner Überzeugung getreu, am 10. Januar 1890. Neben Döllinger war der hervorragendste Führer der Altkatholiken der Bonner Kirchenrechtslehrer Friedrich v. Schulte (geb. 1825), einer der bedeutendsten Kanonisten der ganzen neueren Zeit, der auch 1874—79 als Mitglied der nationalliberalen Fraktion im Reichstag saß. Der erste Altkatholikenkongreß beschloß nun, am alten katholischen Glauben und Gottesdienst festzuhalten, den Primat

Digitized by Google

des Papstes nur in der Form, wie ihn Kirchenväter und Konzilien festgestellt hätten, anzuerkennen, bei Feststellung von Glaubenslehren den Laien und den Theologen das Recht des Widerspruchs zu wahren, eine Reform der Kirche im Sinne einer Teilnahme des Volks an den kirchlichen Angelegenheiten zu erstreben, den Gebrauch der deutschen Sprache im Gottesdienst einzuführen und für Verständigung mit den übrigen christlichen Bekenntnissen und für Aussöhnung mit der morgenländischen Kirche tätig zu sein. Döllinger schloß sich, weil die Altkatholiken sich förmlich organisierten, sich einen Bischof (1873 Reinkens, 1896 Weber, 1907 Demmel) und eine Synode gaben und die Ehelosigkeit (Zölibat) der Priester abschafften, der Bewegung nicht eigentlich an; er mißbilligte den Weg einer „Sektenkirche" und wünschte, daß die Altkatholiken in der Kirche (welche sie aber ausstieß!) als Sauerteig verbleiben sollten; doch ist er bis an seinen Tod ihr Berater und Freund geblieben. Der bald lichterloh entbrennende Kampf zwischen Preußen, bezw. dem Reich und der katholischen Kirche war der altkatholischen Sache eher schädlich als nützlich; ihre Anhänger erschienen dem katholischen Volk nun als Feinde der Kirche; wenigstens ein Teil der Altkatholiken war auch mehr politisch als religiös interessiert, und die Voraussetzungen für eine große religiöse Volksbewegung fehlten in dem „naturwissenschaftlichen Jahrhundert". So brachte es die Bewegung nur auf etwa 50 000 Anhänger, eine bei 16 Millionen deutscher Katholiken verschwindende Zahl.

Inzwischen hatte der Kampf eines Teils der katholischen Geistlichkeit gegen den die Gegner der Unfehlbarkeit beschützenden Staat und seine Rechte eine solche Schärfe angenommen, daß sogar die Kanzel für sie mißbraucht und gegen diejenigen Pfarrer, die vor politischen Hetzereien auf der Kanzel als vor einer Entweihung des Heiligen zurückschreckten, der Vorwurf der Lauheit und Pflichtversäumnis erhoben wurde. Um einerseits die Hetzarbeit einzudämmen und andrerseits den friedliebenden Geistlichen zu Hilfe zu kommen, beantragte das bayerische Ministerium, dessen treibende Kraft der Kultusminister v. Lutz war, einen Zusatz § 130a zum Reichsstrafgesetzbuch, nach dem ein Geistlicher, der in Ausübung seines Berufs öffentlich vor einer Menschenmenge, oder in der

Digitized by Google

Kirche vor mehreren, Angelegenheiten des Staats in einer den öffentlichen Frieden störenden Weise behandle, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft werden sollte. Das Zentrum leistete diesem sog. Kanzelparagraphen entschiedenen Widerstand und verlangte, daß mindestens der Ausdruck „störend" durch „gefährdend" ersetzt werde. Mit dieser Abänderung ging die Vorlage der verbündeten Regierungen am 28. November 1871 mit der großen Mehrheit von 179 gegen 108 Stimmen im Reichstag durch.

Um diese Zeit war im Schoße der preußischen Regierung ein Schulaufsichtsgesetz ausgearbeitet worden, dessen Einbringung im Landtag am 4. Dezember 1871 durch den Kultusminister v. Mühler erfolgte. Dieser war aber bei seiner streng kirchlichen Gesinnung für die neue Lage nicht der richtige Mann; er hatte schon der Aufhebung der katholischen Abteilung als einziger unter allen Ministern widerstrebt und erklärte nun durch ein Schreiben an den König sich außer stande, das Gesetz vor dem Landtag zu vertreten. So wurde er unter dem Aushängeschild einer Meinungsverschiedenheit über eine Personalfrage der Museenverwaltung am 22. Januar 1872 entlassen und der geheime Oberjustizrat Adalbert Falk (1827—1900) zu seinem Nachfolger ernannt. Dieser war aus Metschkau in Schlesien gebürtig und hatte sich als ausgezeichneter Jurist bei der Ausarbeitung der Gesetze des norddeutschen Bundes bewährt; hohe Begabung, wissenschaftliche Schärfe und Klarheit des Denkens und praktische Umsicht waren ihm eigen; dazu war er von patriotischer Gesinnung und von vornehmem, durchaus selbstlosem Charakter, unberührt von Ehrgeiz und Strebertum, durchaus auf die Sache und das öffentliche Wohl gerichtet, schneidig im Kampf und doch mild und bescheiden im Umgang mit den Menschen. Die erste Tat Falks war, daß er die von der liberalen Seite als engherzig orthodox bezeichneten, hart befehdeten Volksschul-Regulative des Kultusministers Karl v. Raumer und seines vortragenden Rats Stiehl (erlassen 1854) aufhob. Dann vertrat er das Schulaufsichtsgesetz im Landtag. Dieses Gesetz überwies 1. die Aufsicht über alle öffentlichen und privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staat; 2. schied es ihm die Ernennung der

Digitized by Google

Orts- und Kreisschulinspektoren und die Abgrenzung ihrer Aufsichtsbezirke zu. Das Wesentliche war, wie Falk im Abgeordnetenhaus betonte, daß der Grundsatz: „Alle Beamten üben die Aufsicht über die Schule von Staatswegen aus," klar formuliert wurde und daß der Staat das Recht erhielt, solche Personen, welche das Amt dem Staatsinteresse zuwider handhabten, zu entfernen und durch zuverlässige Männer zu ersetzen. Dazu war namentlich erforderlich, daß der Staat in dieser Hinsicht nicht an den Personalbestand gebunden war, den die Kirchen ihm in ihren, nach andern als schultechnischen Gesichtspunkten ausgewählten, Geistlichen darboten. Das Gesetz wurde im Abgeordnetenhaus von Bismarck und Falk verfochten; der erstere machte mit sieghafter Logik geltend, daß der Artikel 23 der Verfassung, der alle Schulen der Staatsaufsicht unterstellte, die Ernennung der Aufsichtsbeamten in sich schließe, daß also die Regierung nichts verlange, als eine klare und unzweifelhafte Formel für ihr jetzt schon verbrieftes Recht. Ohne die Ausübung dieses Rechts in einem gewissen mäßigen Grade könne die Regierung die Verantwortung für die Sicherheit der staatlichen Fortentwicklung, welche durch die Polonisierung der Deutschen in Posen und Westpreußen bedroht sei, nicht übernehmen. Das Gesetz ward am 13. Februar 1872 vom Abgeordnetenhaus mit 207 gegen 155, am 8. März vom Herrenhaus mit 126 gegen 76 Stimmen angenommen und am 11. März vom König unterzeichnet. Die starken Minderheiten gegen das Gesetz erklärten sich daraus, daß die Konservativen zu einem großen Teil sich dem Nein des Zentrums und der Polen anschlossen, weil sie in dem Gesetz eine Schmälerung der Rechte auch der evangelischen Kirche und eine Gefährdung der religiösen Volkserziehung erblickten. Tatsächlich wurden indes schon aus Ersparnisgründen alle diejenigen geistlichen Schulaufseher beibehalten, welche dem Staat genügende Bürgschaft für eine befriedigende Verwaltung ihres Aufsichtsamtes boten; denn die Geistlichen erhielten nur eine Dienstzulage, während weltliche Schulaufseher vollständige Besoldungen erforderten.

Nicht lange nachher verbot der Papst Pius IX. dem deutschen Kardinal Gustav Hohenlohe (1823—96), dem kunstsinnigen und mildtätigen Bruder des früheren bayerischen Ministerpräsidenten

Digitized by Google

(S. 8. 28), die Annahme des ihm von Kaiser Wilhelm I. zugedachten Postens eines deutschen Gesandten beim heiligen Stuhl. Dies ward in Berlin, wo man ausdrücklich durch die Betrauung eines Kardinals mit einer solchen Stelle der Sache des Friedens zwischen Staat und Kirche dienen zu wollen erklärt hatte, sehr unangenehm empfunden, und Bismarck sagte mit Bezug hierauf im Reichstag am 14. Mai 1872: „Ich halte es nach den neuerdings bekannt gemachten Dogmen der katholischen Kirche nicht für möglich für eine weltliche Macht, zu einem Konkordat zu gelangen, ohne daß diese weltliche Macht bis zu einem Grade effaciert (zunichte gemacht) würde, den das deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. Seien Sie außer Sorge: nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig!"

Hohenlohe war vor allem deshalb dem Papste nicht genehm, weil er auf dem Konzil ein Gegner der Unfehlbarkeit gewesen war, und die Jesuiten haßten ihn darum besonders: ein Haß, den er ihnen aufrichtig zurückgab, wie er sie denn einmal geradezu „eine Landplage" genannt hat. Die Überzeugung, daß der jesuitische Geist, der den Papst und die römische Kirche beherrschte, und der nationale und moderne Geist in einem unversöhnlichen Gegensatz stünden, war allgemein, und so erhob sich in dem evangelischen Deutschland die zornige Frage: sollen wir ruhig zusehen, wie dieser Orden auch in unserem katholischen Volksteil die ihm entgegenstehenden Bestrebungen und Elemente niederringt, um so zur Alleinherrschaft in dem katholischen Deutschland zu gelangen und von da aus den inneren Frieden, die Sicherheit und den Bestand des Reiches zu unterwühlen? Man wußte wohl, daß 1640, bei der ersten Jahrhundertfeier des Ordens, die damals veröffentlichte amtliche Festschrift es ausgesprochen hatte: „Was Hamilkar dem Hannibal war, das war Ignatius von Loyola uns; auf sein Anstiften haben wir an den Altären einen ewigen Krieg für die katholische Religion gegen die Ketzerei geschworen. Kein Friede ist zu hoffen; die Samenkörner des Hasses sind uns eingeboren." Es wäre ein Wunder gewesen, wenn in diesen Tagen, da der nationale deutsche Geist nach langem Schlummer in seiner Vollkraft erwacht war, da das moderne Freiheitsgefühl den An-

Digitized by Google

spruch absoluter Herrschaft eines einzelnen über die Gewissen vieler Millionen als unerträglich empfand, die Gegnerschaft nicht direkt gegen den mächtigen, klugen und zähen Orden sich gerichtet hätte, der alle diese nationalitätslosen und autoritären Bestrebungen sozusagen in sich verkörperte. Eine lange Reihe von Bittgesuchen lief beim Reichstag ein, welche Maßregeln gegen die Jesuiten forderten; sofort aber sammelte das Zentrum Gegenbittschriften, welche die Vorwürfe gegen den Orden für falsch und gehässig, seine Wirksamkeit für segensreich, ja patriotisch erklärten und namentlich auf die Jesuiten hinwiesen, welche 1866 und 1870 im Krieg als Krankenpfleger mit den deutschen Heeren ausgezogen seien. Der Reichstag beschloß an die verbündeten Regierungen das Gesuch um Vorlage eines Gesetzes gegen den Orden zu richten, der die mächtigste religiöse Körperschaft darstelle, in Deutschland nirgends ausdrücklich durch Verordnung zugelassen sei und folglich nur auf Grund des Vereinsrechtes bestehe. Dieses Gesetz beziehe sich aber nur auf Privatvereine mit erlaubten Zwecken und unter Vorständen, die innerhalb des Landes wohnen; der Jesuitenorden dagegen sei eine geschlossene Körperschaft, deren Mitglieder eidlich verpflichtet seien, ihren im Ausland, in Rom, wohnhaften Oberen unbedingt zu gehorchen. Die Jesuiten, erklärte Bismarcks Vertrauter Wagener, tasten die Grundlagen des Staates an; denn sie behaupten, Gesetze, welche die Kirche verwerfe, seien für die katholischen Staatsbürger nicht bindend!

Der Bundesrat entsprach dem Wunsch des Reichstags und legte am 11. Juni 1872 einen Gesetzesentwurf vor, der bestimmte, daß den Jesuiten und den Mitgliedern der ihnen verwandten Kongregationen der Aufenthalt an jedem Ort Deutschlands durch die Landespolizei untersagt werden könne, auch wenn sie deutsche Staatsbürger seien. Das Zentrum bekämpfte durch zwei seiner besten Redner, den kernigen Westfalen v. Mallinckrodt und Windthorst selbst, diese Vorlage als ungerecht, ja rechtswidrig. Die Mehrheit des Reichstags war aber der Ansicht, daß der Entwurf noch zu wenig biete; vor allem forderte der schon öfters genannte frühere bayerische Ministerpräsident Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, selbst katholisch, aber ebenso liberal

Digitized by Google

als national, daß der Orden und seine Anhängsel schlechtweg verboten werden sollten; jeder Deutsche, der in den Orden eintrete, müsse eben damit sein Staatsbürgerrecht verlieren, und kein Jesuitenzögling dürfe künftig mehr in Deutschland angestellt werden. Der Hauptvorschlag Hohenlohes fand die Zustimmung der Mehrheit, und das Gesetz wurde wie folgt vervollständigt. Nach § 1 wurde der Orden und alle mit ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen vom Reichsgebiet ausgeschlossen; alle Niederlassungen des Ordens sollten binnen sechs Monaten aufgelöst werden. Durch § 2 wurde den Regierungen gestattet, alle ausländischen Jesuiten, wenn es nötig befunden werde, aus Deutschland auszuweisen, alle inländischen aber aus gewissen Orten auszuweisen, d. h. ihnen die den Reichsbürgern gewährleistete Freizügigkeit zu entziehen. In dieser Form fand das Gesetz am 19. Juni 1872 in 3. Lesung eine Mehrheit von 181 gegen 93 Stimmen; es fehlten also zu einer Zweidrittelmehrheit nur 5 Stimmen. Der Bundesrat erteilte dem Gesetz sofort seine Genehmigung; am 4. Juli ward es veröffentlicht, und am Ende des Jahres bestand innerhalb der Grenzen des Reiches keine jesuitische Niederlassung mehr. Für den Verlust, der für den Orden in dieser Einbuße innegehabter Stellungen lag, wurde er aber dadurch entschädigt, daß ihn nun in den Augen der katholischen Massen, und nicht bloß dieser, die Märtyrerkrone umgab; mit Recht ist gesagt worden, daß die so viel gehaßten Jesuiten nie so volkstümlich gewesen sind, als sie es jetzt durch die Verfolgung wurden. Die Wirkung des Gesetzes wurde dadurch durchkreuzt, und wenn die Jesuiten körperlich von Deutschland ferngehalten wurden, so beherrschten sie dafür geistig den katholischen Volksteil und dessen Presse fast unbedingt. Papst Pius IX., der ganz in den Händen der Jesuiten war, gab seiner Erbitterung über „die Verfolgung der Kirche", welche er mit den Jesuiten gleich setzte, am 16. Juni 1872 den schärfsten Ausdruck, indem er Bismarck — ohne ihn zu nennen, aber mit deutlicher Bezeichnung („den ersten Minister einer mächtigen Regierung") — beschuldigte, sich in einen wahnsinnigen Kampf gegen die Wahrheit und die Kirche eingelassen zu haben, und die Hoffnung ausdrückte, daß bald sich das Steinchen von der Höhe loslösen

Digitized by Google

werde, das den Fuß des Kolosses (Bismarck) zerschmettere (Daniel 2, 34).

In dem Kampf gegen die römische Kirche und den Ultramontanismus fand Bismarck bei der Fraktion, der er selbst ursprünglich angehörte, den Konservativen, nicht die Unterstützung, die er wünschte und bedurfte. Wir sahen dies schon beim Schulaufsichtsgesetz, in dem die Konservativen eine Maßregel gegen das Christentum überhaupt erblickten. Der Gegensatz verschärfte sich durch die Vorlage einer auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung beruhenden neuen Kreisordnung für die fünf östlichen Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und Sachsen*). Nach dieser sollten künftig die Landgemeinden ihre Vorsteher selber wählen, während bisher die Rittergutsbesitzer das Recht hatten, die Schulzen zu ernennen. Die Landgemeinden und die Städte unter 25 000 Einwohnern sollten zu Kreisen zusammengefaßt werden, deren Geschäfte die (von allen ansässigen Kreisgenossen indirekt gewählten) Kreistage von mindestens 25 Mitgliedern, bezw. die Kreisausschüsse von 6 Mitgliedern, unter Vorsitz der Landräte besorgen sollten. Die Landräte sollte der König aus der Zahl der von den Kreistagen vorgeschlagenen Personen ernennen: auch dies minderte die Befugnisse der (meist adligen) Rittergutsbesitzer, die bisher den Landrat vorzuschlagen gehabt hatten. Alle Städte mit mehr als 25 000 Seelen sollten eigene Kreise bilden. Die Konservativen sahen in diesem Gesetzesentwurf ein neues Zugeständnis an die liberale Staatsauffassung mit ihrem Mehrheitsprinzip, und wenn auch das Abgeordnetenhaus den Entwurf annahm, so verwarf ihn doch das Herrenhaus am 31. Oktober 1872 mit 145 gegen 18 Stimmen. Nun erbaten die Minister Graf Roon, Graf Friedrich Eulenburg und v. Selchow ihre Entlassung; der König nahm aber nur die des letzten an und ernannte, nachdem im Gesetz einige Punkte abgeändert waren, 25 neue Pairs („Pairsschub"), um die Mehrheit des Herrenhauses zu verändern. Am 7. Dezember 1872 ging dann

*) Später haben auch die andern Provinzen eine Reform der innern Verwaltung erhalten, so 1884 Hannover, 1888 Schleswig-Holstein.

Digitized by Google

das Gesetz mit 114 gegen 87 Stimmen durch; so viele Unbeugsame waren doch im Herrenhaus vorhanden, welche auch jetzt, wo der König so deutlich seine Meinung kundgab, nicht umzustimmen waren*). Bismarck hat, obwohl er Ministerpräsident war, sich an dem Kampf nicht beteiligt und weilte, nervös in hohem Grade angegriffen, in Varzin auf seinem hinterpommerschen Landgut. Verstimmt über den König, „der als Reiter im Sattel wohl kaum weiß, daß und wie er in mir ein treues Pferd zuschanden geritten hat," indem er die dem Minister feindlichen Einflüsse nicht energisch genug sich fernhielt, und empört „über die ruchlose Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen," nahm er seine Entlassung als Ministerpräsident und zog sich auf das „diplomatische Altenteil" des auswärtigen Ministers und Reichskanzlers zurück. Am 1. Januar 1873 übernahm für ihn Graf Roon (1803—79), den die Konservativen als einen der Ihrigen ansehen durften, den Vorsitz im Ministerrat. Die Verbitterung zwischen Bismarck und den Konservativen war so groß, daß, als am 14. Januar 1873 der nationalliberale Abgeordnete Lasker im Abgeordnetenhaus den sog. Gründungsschwindel an den Pranger stellte und den Fürsten Putbus, den Prinzen Biron und den Rat im auswärtigen Amt Wagener, Bismarcks Vertrauten, bezichtigte, daß sie durch Erlangung von Eisenbahnkonzessionen sich in unsauberer Weise bereichert hätten, ein paar konservative Blättchen, die Eisenbahnzeitung und die noch schlimmere Reichsglocke des Joachim Gehlsen, gegen Bismarck selbst ähnliche Verdächtigungen aussprachen (s. S. 4). In den nächsten Jahren ging selbst die Kreuzzeitung so weit, in verhüllter Weise anzudeuten, daß der Reichskanzler durch seine Beziehungen mit der Hochfinanz sich rechtswidrig bereichert habe; der ultrakonservative Abgeordnete v. Diest-Daber (so nach seinem Wahlkreis zubenannt) verdichtete das zu der Anklage, daß Bismarck für die Erteilung der Erlaubnis zur Gründung der preußischen Zentralbodenkreditbank 83 000 Taler

*) Das Werk der Selbstverwaltung ist 1875 durch eine Provinzial- und 1891 durch eine Landgemeindeordnung, sowie durch ein Gesetz über die Verwaltungsgerichte fortgesetzt und abgeschlossen worden.

Digitized by Google

bezogen habe. Er wurde dafür gerichtlich wegen Verleumdung verurteilt und ihm die Ehre, den Offiziersrock zu tragen, aberkannt; gegen die Kreuzzeitung aber richtete Bismarck im Reichstag am 9. Februar 1876 einen scharfen Angriff und forderte alle auf, gegen solche ehrlose Verleumdung Front zu machen und ein derartiges Blatt nicht länger zu halten. Darauf veröffentlichte die Kreuzzeitung in den nächsten Wochen eine Reihe Namen von Männern, die Bismarcks Anklage als ungerecht bezeichneten und sich mit der Haltung des Blattes einverstanden erklärten (sog. „Deklaranten"). Es waren meist Angehörige des Landadels und des Pastorenstandes; bei den zweiten herrschte die Besorgnis, daß Bismarcks Bund mit den Liberalen das Christentum im Volke erschüttern könnte. Diejenigen Konservativen, welche das Verhalten der Kreuzzeitung nicht billigten, schlossen sich damals zur „neukonservativen" Richtung zusammen. Als dann Bismarck unter dem Einfluß der Zoll- und Wirtschaftsreform von den Liberalen sich wieder trennte und den Konservativen sich wieder näherte, gaben ihm die meisten Deklaranten entschuldigende Erklärungen ab, und die deutsch-konservative Partei vereinigte die beiden Richtungen, die entschiedene und die gemäßigtere, wenigstens dem äußeren Anscheine nach wieder in einem geschlossenen Parteiverband (S. 4).

Drittes Kapitel

Die Maigesetze von 1873 und der Kulturkampf bis 1878

Um die Übergriffe der Kirche auf das staatliche Gebiet abzuwehren und womöglich in die Kirche selbst einen neuen, dem modernen Staat und der modernen Weltauffassung freundlicheren Geist hineinzutragen, arbeitete Falk im Jahre 1872 vier Gesetzesentwürfe aus, deren ersten er am 18. November 1872 im Abgeordnetenhause einbrachte; die andern drei folgten am 8. Januar 1873 nach.

Der erste Entwurf betraf die Grenzen des Rechts zum

Digitized by Google

Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel und bestimmte, daß die Religionsdiener gegen Mitglieder von Kirchen nur solche Strafen verhängen dürften, welche dem rein religiösen Gebiet angehörten und lediglich in Entziehung kirchlicher Rechte bestünden (einschließlich des Ausschlusses aus der Kirche, der sog. Exkommunikation). Strafen wegen einer vom Staat gebotenen Handlung zu verhängen und die gesetzlich gestatteten Strafen öffentlich bekannt zu machen, sollte untersagt sein.

Der zweite Entwurf enthielt Bestimmungen über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, nach denen bloß deutsche Staatsbürger, welche die Reifeprüfung eines deutschen Gymnasiums abgelegt, drei Jahre auf einer deutschen Universität Theologie studiert und eine besondere „wissenschaftliche Staatsprüfung" (sog. Kulturexamen) in Geschichte, Philosophie, deutscher Literatur und klassischen Sprachen bestanden hätten, zur Bekleidung geistlicher Ämter zugelassen sein sollten. Ein kirchliches Seminar, hieß es weiter, darf anstatt der Universität besucht werden, wenn der Kultusminister es als einer Universität gleichwertig anerkennt. Alle kirchlichen Anstalten zur Vorbildung von Geistlichen (Knaben-, Studenten-, Predigerseminare und Konvikte) stehen unter staatlicher Aufsicht. Die geistlichen Oberen sind verpflichtet, die Personen, denen sie ein geistliches Amt übertragen wollen, vorher dem Oberpräsidenten der Provinz zu benennen; dieser kann binnen 30 Tagen Einsprache erheben, wenn der Betreffende die geforderte Vorbildung nicht besitzt oder bürgerliche, bezw. staatsbürgerliche Gründe gegen ihn vorhanden sind. Geistliche Obere, welche entgegen diesem Gesetz geistliche Ämter besetzen, werden mit Geldstrafen von 200—1000 Talern belegt; Personen, die ein kirchliches Amt gesetzwidrig ausüben, mit solchen bis zu 100 Talern.

Ein drittes Gesetz schrieb vor, daß zum Austritt aus einer Kirche die entsprechende Erklärung vor dem Richter des Wohnorts erforderlich sei; ihre Abgabe sollte sofortige Befreiung von allen kirchlichen Lasten zur Folge haben.

Endlich eine vierte Vorlage betraf die Disziplinargewalt der kirchlichen Behörden gegen Religionsdiener und die Errichtung eines kirchlichen Gerichtshofes. Die kirchliche

Digitized by Google

Disziplinargewalt sollte in Preußen nur noch von deutschen Staatsbürgern ausgeübt werden dürfen, also jede Disziplinargewalt römischer Behörden ausgeschlossen sein. Freiheits- und Vermögensstrafen sollten nur nach erfolgter Anhörung des Beschuldigten statthaft sein, Geldstrafen einen monatlichen Gehaltsbetrag nicht übersteigen. Von allen Strafen über 20 Taler und über 14 Tage Freiheitsentziehung sollte dem Oberpräsidenten Kenntnis gegeben werden, ebenso von der Strafe der Amtsentsetzung; der Verurteilte konnte bei Verstößen gegen das Gesetz an den Staat Berufung einlegen. Diese Berufung ging an den zu errichtenden kgl. Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten, der aus elf Mitgliedern bestehen sollte und zu dessen Befugnis auch die Aburteilung solcher Geistlicher gehörte, die gegen die Staatsgesetze ungehorsam seien. Der Gerichtshof sollte endgültig entscheiden ohne Berufung, und seine Urteile sollten im Verwaltungsweg vollstreckt werden.

Zur Begründung dieser Vorlagen erklärte Falk im Abgeordnetenhaus: der deutsche Klerus sei innerlich und äußerlich von Mächten abhängig geworden, die außerhalb unserer Nation stehen und denen deshalb nationales Bewußtsein nicht eigen sein könne; innerlich durch seine Bildung, äußerlich durch seine Stellung. Hier müsse Wandel geschaffen werden; die Regierung wolle das tun, und sie wolle ganze, nicht halbe Arbeit machen; die Erfahrungen anderer Länder seien bei Aufstellung der Entwürfe zu Rate gezogen worden. Bismarck reihte am 10. März 1873 im Herrenhaus den jetzigen Kampf ein in die lange Reihe von Kämpfen, welche das Priestertum seit uralten Zeiten mit dem Königtum führe: ein Kampf, in dem schon Agamemnon in Aulis mit seinen Sehern lag, der ihn die Tochter kostete, und der im Mittelalter das deutsche Reich zersetzte. Der preußische Staat sei in der Notwehr und müsse die Grundlagen seiner Existenz verteidigen, welche die Herrschsucht der römischen Kirche bedrohe. Da das Zentrum die Zulässigkeit der gesamten Vorlagen vom Standpunkt der Verfassung bestritt, welche den Kirchen das Recht verleihe, ihre Angelegenheiten selbständig zu regeln und ihre Diener selbst zu ernennen, so schlug die Kommission des Abgeordnetenhauses vor, die betreffenden Artikel 15 und 18 der Verfassung anders zu fassen,

Digitized by Google

dahin, daß (Artikel 15) die Kirchen zwar ihre Angelegenheiten selbständig verwalten, aber den Staatsgesetzen und der gesetzlich geordneten Staatsaufsicht unterworfen bleiben; und daß (Artikel 18) zwar das staatliche Ernennungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen aufgehoben sei, aber das Gesetz die Befugnisse des Staats bei Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen regele und die Grenzen der kirchlichen Disziplinargewalt feststelle. Dieser Antrag wurde auch unverweilt von den beiden Häusern des Landtags zum Beschluß erhoben. Obwohl der evangelische Oberkirchenrat das Abgeordnetenhaus und die Regierung bat, die Gesetzesentwürfe mindestens nicht auf die evangelische Kirche anzuwenden, deren inneres Leben dadurch empfindlich geschädigt werden müsse und die keinen Anlaß zu solcher Behandlung gegeben habe, so gingen die Vorlagen doch im Abgeordnetenhaus mit durchschnittlich 200 gegen 100, im Herrenhaus mit 70 gegen 40 Stimmen durch. Das Abgeordnetenhaus strich übrigens im sog. Kulturexamen das Erfordernis der klassischen Sprachen und faßte die Bedingungen genauer, unter denen der Einspruch des Oberpräsidenten gegen die Bestellung eines Geistlichen statthaft sein sollte. Der König erteilte darauf den Gesetzen vom 11. bis 14. Mai seine Unterschrift, und bereits am 15. wurden sie in der Gesetzessammlung veröffentlicht; wegen des Monats, in dem sie erlassen wurden, hieß man sie Maigesetze. Der westfälische Zentrumsabgeordnete Freiherr v. Schorlemer-Alst aber erklärte: „Diese Gesetze werden niemals ausgeführt werden!“

Damit war die Losung ausgegeben, die nun entschlossen von den Bischöfen, vom Zentrum und der großen Mehrheit der Katholiken aufgenommen wurde: die des passiven Widerstandes gegen die Gesetze, die einfach als nicht vorhanden behandelt wurden. Die Folge war natürlich, daß der kirchliche Gerichtshof sofort reichliche Arbeit bekam und eine lange Reihe von Strafen gegen Bischöfe und Pfarrer als Übertreter der Staatsgesetze verhängt wurden — im Lauf der Jahre 1873—81 wurden von zwölf Bischöfen vier, die von Köln (Melchers) Posen-Gnesen (Graf Ladochowski), Limburg und Münster, abgesetzt. Der Papst Pius IX. erließ am 7. August 1873 ein Schreiben an König Wilhelm, worin

Digitized by Google

er die Zuversicht aussprach, daß der König diese Gesetze, welche auf Zerstörung des Katholizismus abzielen, nicht billige: „Ich spreche mit Freimut; denn die Wahrheit ist mein Panier, und jeder, der die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Art dem Papst an.“ Darauf antwortete der König am 3. September: „Daß ich die Bahnen meiner Regierung nicht billige, ist durch die Verfassung ausgeschlossen, nach welcher alle Gesetze und Regierungsmaßregeln meiner landesherrlichen Genehmigung bedürfen. Ich habe von Gott die Aufgabe, das Ansehen der Gesetze zu wahren. Zum Panier der Wahrheit bekenne ich mich rückhaltslos; sie und die Religion Jesu Christi haben mit den Umtrieben eines Teils meiner katholischen Untertanen nichts zu tun. Ihrer Äußerung, daß jeder Getaufte dem Papst angehöre, muß ich widersprechen. Der evangelische Glaube, zu dem ich mich gleich meinen Vorfahren mit der Mehrheit meiner Untertanen bekenne, gestattet uns nicht in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unsern Herrn Jesum Christum anzunehmen.“ Diese Antwort erregte bei der protestantischen Mehrheit des deutschen Volkes wegen ihrer männlich-ernsten Sprache und Wucht, an der man Bismarcks Löwentatze sofort herausfühlte, ebenso große Begeisterung, wie die Worte des Papstes den Eifer der Katholiken anfeuerten. Zwar traten die Altkatholiken bei ihrem Gegensatz gegen die päpstliche Allmacht naturgemäß auf die Seite des Staats, und eine neue Richtung trat hervor, die der Staatskatholiken, welche, ohne an irgend einem Lehrsatz der Kirche zu rütteln, doch dem Staat das Recht zuerkannten „die Grenzbestimmung zwischen Kirche und Staat selbständig zu gestalten“ (Adresse an den König vom 14. Juni 1873). Die Mehrzahl der Katholiken aber blieb den Bischöfen und dem Zentrum treu; bei den Wahlen zum Reichstag vom 10. Januar 1874 wuchs die Zahl der für das Zentrum abgegebenen Stimmen von 696 000 im Jahr 1871 auf 1 443 000 an; die Zahl der Abgeordneten, die dem Zentrum beitraten, erhöhte sich von 59 auf 91 — mit andern Worten, 32 bisher konservativ, freikonservativ und fortschrittlich vertretene Wahlkreise wurden vom Zentrum erobert. Dagegen hatten die Nationalliberalen anderwärts solche Erfolge, daß ihre Zahl im Reichstag

Digitized by Google

auf 150 sich erhöhte und sie drei Achtel der ganzen Versammlung bildeten; sie aber waren die entschiedensten Gegner des Zentrums. Die Art, wie der „Kulturkampf" — das Wort stammt aus dem von Professor Dr. Virchow verfaßten Wahlaufruf der Fortschrittspartei vom 23. März 1873 — vielfach von den Gegnern des Zentrums in Presse und Reden geführt wurde, trug aber nur dazu bei, die Glut des Kampfes zu schüren und die katholische Bevölkerung zu fanatisieren. Alle Feinde des positiven Christentums glaubten ihre Zeit gekommen, diesem nunmehr den Rest zu geben, und ergingen sich in wütenden Angriffen gegen „das katholische und evangelische Pfaffentum", „gegen die vaterlandslosen und vaterlandsfeindlichen Römlinge". Auf katholischer Seite blieb man den Gegnern nichts schuldig. Ein Graf Friedrich v. Stolberg äußerte: „Wenn Bismarck gehangen würde, so würde ich am Stricke ziehen helfen," und er ward trotzdem oder gerade deswegen in Neustadt (in Oberschlesien) mit mehr als 6000 gegen 2100 Stimmen in den Reichstag gewählt*). Herr v. Mallinckrodt bezichtigte Bismarck, er habe 1866 Frankreich durch den italienischen General Govone die Abtretung der bayerischen Pfalz und der preußischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier rechts der Mosel angeboten, und mußte dafür den Vorwurf „dreister, lügenhafter Erfindung" von Bismarck einstecken. Der Freiherr v. Schorlemer-Alst sagte am 9. Mai 1873 im Abgeordnetenhaus: „Es gibt nur eine catilinarische Existenz im Staate," also nur einen Brandstifter, natürlich Bismarck. Es war unter solchen Umständen nicht zu verwundern, wenn ein katholischer Böttchergeselle Kullmann, der die Versammlungen des katholischen Männervereins zu Salzwedel in der Altmark besucht hatte, übrigens als erblich belastet und gewalttätig bezeichnet wurde, am 13. Juli 1874 auf den die Kur in Kissingen gebrauchenden Reichskanzler schoß; aber zum Glück streifte er ihm nur das Handgelenk. Vor dem Untersuchungsrichter erklärte der Mörder, daß er Bismarck habe „wegen der Kirchengesetze" erschießen wollen, und nannte das Zentrum „seine Fraktion", womit natür-

*) Majunke, Geschichte des Kulturkampfes in Preußen-Deutschland, Paderborn 1890, S. 96.

Digitized by Google

lich nicht von ferne bewiesen wird, daß er mit dem Zentrum des Reichstags und Landtags in irgend welchem greifbarem Zusammenhang gestanden hätte. Die psychologische Erklärung des Mordanschlags ist aber darin zu suchen, daß Bismarck von der Zentrumspresse und den Zentrumsrednern als das verkörperte böse Prinzip Preußens und Deutschlands, als Landesverräter und Friedenstörer bezeichnet und damit in einem verworrenen und zu Gewalttaten geneigten Kopf sehr leicht der Gedanke erweckt wurde, Kirche und Land müßten von einem solchen Unhold befreit werden. Kullmann wurde vom Schwurgericht zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bismarck rief aber dem Zentrum am 4. Dezember 1874 im Reichstag zu: „Mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich doch an Ihre Rockschöße fest; er nennt Sie seine Fraktion!"

Der erbitterte Kampf der Atheisten gegen die Kirche als solche, der neben dem staatlichen Kampf in jenen Tagen herläuft, spiegelt sich in einem berühmten Buche, das Ende 1872 erschien und in den nächsten Jahren großen Absatz fand, in dem „alten und neuen Glauben" des berühmten württembergischen Theologen und Kritikers David Friedrich Strauß (1808—74). Der alte Glaube ist für Strauß der christliche an einen persönlichen Gott; von ihm sind viele unbefriedigt, weil sein Kern, die Vorstellung eines Erlösungstodes, wobei der Unschuldige sterben muß, der Schuldige frei ausgeht, ihnen eine Vorstellung rohester Art scheint; mit Recht habe Diderot gesagt: „Es gibt keinen guten Vater, der unserem guten Vater im Himmel gliche". Aber auch der persönliche Gott selbst ist uns nach Strauß unfaßlich geworden — „wir" sind keine Christen mehr, und im alten Sinn haben wir keine Religion mehr. Der neue Glaube besteht darin, daß man erkennt, ohne Kampf und Schmerz gibt es keinen Fortschritt in der Welt; somit ist diese Unvollkommenheit als unabänderlich hinzunehmen; und ferner: der Zweck des so bestimmten Lebens liegt nicht an dessen Ende oder über das Leben hinaus, sondern er liegt im Leben, und er ist in jedem Augenblick erreicht, wo Emporringen zu geistigen Gütern stattfindet. Die Entwicklung der Menschheit hat durch Not, Kampf und Verzweiflung hindurch doch reiche

Digitized by Google

Kulturgüter in Wissenschaft und Kunst geschaffen, deren „wir" uns erfreuen können. Wir brauchen nun nicht lange nachzuweisen, daß Strauß' Auffassung von Christi Erlösungstod diesem tiefsinnigen und erhebenden Mysterium völlig oberflächlich und verständnislos gegenübersteht, und daß, wenn die wenigen „Wir" sich philosophisch über die Mängel der Welt zu trösten und deren Kulturgüter zu genießen wissen, damit den Millionen nicht geholfen ist, welche im harten Kampf ums tägliche Brot und in der Not des Lebens stehend die Muße und die Bildung nicht besitzen, um sich an den Werken der Kunst zu erholen, und also ohne Religion völlig des Trostes und der Ideale entbehren müßten. Aber bezeichnend bleibt, daß der fein organisierte Geistesaristokrat, der zu unsern hervorragendsten Schriftstellern gerechnet werden muß, damals die Zeit für gekommen erachtete, die „Wir" um das Banner des von ihm entwickelten „neuen Glaubens" zu scharen.

Dem gewaltigen Wachstum der katholischen Presse, die schon im Januar 1874 nicht weniger als 120 neue Blätter zählte, suchte Bismarck eine Kampfpresse für die Regierung und ihre Ziele entgegenzusetzen und verwendete dazu unbedenklich die Zinsen des sog. Reptilienfonds. Darunter verstand man gewisse, von Preußen mit Beschlag belegte Gelder. Dem 1866 entthronten König Georg V. von Hannover war laut Vertrags vom 29. September 1867 eine Summe von 16 Millionen Talern unter der Voraussetzung gewährt worden, daß er auf jeden Versuch sein Land zurückzugewinnen verzichte. Da er darauf nicht einging, so wurde das Geld 1868 mit Beschlag belegt; und ähnlich verfuhr Preußen mit dem 4 Millionen Talern betragenden Vermögen des ehemaligen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Hessen, der trotz des von ihm mit Preußen am 17. September 1866 abgeschlossenen Vertrags Wühlereien gegen die Sicherheit des preußischen Staats betrieb. Die Zinsen dieser Summen wurden zur Abwehr der Zettelungen beider Fürsten verwendet, und zwar im weitesten Sinn des Worts, so daß Zeitungen und Schriftsteller, die zur Unterstützung der Regierungspolitik schrieben, davon besoldet wurden. Bismarck hat zur Rechtfertigung dieses Vorgehens am 30. Januar 1869, wo es sich um den Kurfürsten handelte, im Abgeordnetenhaus ge-

Digitized by Google

sagt: „Sprechen Sie doch nicht von Spionierwesen! Ich bin nicht zum Spion geboren, meiner ganzen Natur nach; aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hinein, und zu beobachten, was sie treiben" *). Freilich gestand er selbst zu, daß man dabei keine Glacéhandschuhe gebrauchen könne, und die Zentrumsredner führten seit 1872 die bittersten Klagen, daß jetzt käufliche Gesellen der zweifelhaftesten Art im Dienst der Regierung die Katholiken mit Schmutz bewürfen und eine Verderbnis ohnegleichen unter der Leitung des Ministeriums um sich greife. Die Angriffe richteten sich mehr noch als gegen Falk direkt gegen Bismarck, der seit 9. November 1873 an Stelle Roons (der ins Privatleben zurücktrat, bis zu seinem Tode 1879 durch die Freundschaft seines Königs ausgezeichnet) wieder das Ministerpräsidium übernommen hatte. Der Versuch, das preußische Ministerpräsidium in andere Hände als die des Reichskanzlers zu legen, hatte sich als völlig verfehlt herausgestellt und Bismarck seine Arbeit nicht erleichtert, sondern erschwert.

Merkwürdig war es, daß der Papst die preußischen Gesetze am 5. Februar 1875 alle in formellster Weise als irritae, als ungültig erklärte, während er doch in Württemberg und in Österreich ähnliches duldete. In Württemberg müssen alle Priesterzöglinge den Unterricht in den staatlichen Gymnasien besuchen und dann in der katholischen Fakultät der Tübinger Universität eingeschrieben werden; erst nach Vollendung der Universitätsstudien treten sie in das unter bischöflicher Leitung stehende Priesterseminar zu Rottenburg über. In Österreich aber war 1871, nach der Unfehlbarkeitserklärung, das Konkordat, d. h. der zwischen Staat und Kirche 1855 geschlossene Vertrag über das Verhältnis von Staat und Kirche, vom Staat gekündigt worden, da die Kirche seit dem 18. Juli 1870 eine andere geworden sei, als sie 1855

*) Durch Gesetz vom 10. April 1892 wurde der sog. Welfenfonds dem Sohn Georgs V., dem Herzog Ernst August von Cumberland, mit der Maßgabe zugesprochen, daß der Oberpräsident von Hannover das Kapital verwaltet und dem Herzog die Zinsen ausgezahlt werden.

Digitized by Google

war, und 1874 wurden von der österreichischen Regierung mit den beiden Häusern des Reichsrats vier Gesetze verabschiedet, welche die Rechtsverhältnisse der Kirche, die Staatsbeiträge zu den Kultuskosten, die Bedingungen der gesetzlichen Anerkennung der Religionsgesellschaften und die äußeren Rechtsverhältnisse der Orden zwar unter Anlehnung an die Bestimmungen des Konkordats, aber ohne Befragung des Papstes einseitig durch Staatsgesetz regelten. Im einzelnen wurde dem Staat das Recht zuerkannt, den Orden aus Gründen der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten und aus staatswirtschaftlichen Erwägungen die Zulassung in Österreich zu versagen, bezw. etwa schon bestehende Ordensniederlassungen aus solchen Gründen wieder aufzulösen. Zur Erlangung von kirchlichen Ämtern wurde erfordert die österreichische Staatsbürgerschaft und ein in sittlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht vorwurfsfreies Verhalten, sowie die gesetzlich vorgeschriebene besondere Befähigung, und die Bischöfe wurden verpflichtet, jeden zu Ernennenden vorher der betreffenden Landesbehörde anzuzeigen. Erhebt diese binnen 30 Tagen Einspruch und rufen die kirchlichen Organe dagegen den Staat an, so entscheidet den Fall der Staatsminister des Kultus in endgültiger Weise. Wie man sieht, verlangte Österreich in einigen grundlegenden Fragen dasselbe wie Preußen, und logischerweise hätte Pius IX. auch mit Österreich anbinden und auch dessen Gesetze für ungültig erklären müssen. Dies geschah aber nicht, weil man in Rom doch Bedenken trug gleichzeitig nach zwei Fronten hin zu kämpfen. So begnügte man sich nach dem Rat des staatsklugen Nuntius Jacobini in Wien die Bischöfe theoretisch gegen die Gesetze von 1874 Protest erheben zu lassen, setzte aber der Durchführung der Gesetze weiter keinen Widerstand entgegen. Zur Beschönigung dieses widerspruchsvollen Verhaltens wurde gesagt, daß Württemberg ein kleiner, unbedeutender Staat unter einem übrigens den Katholiken sehr wohlwollenden König (Karl I., 1864 bis 1891) sei, dem man etwas nachsehen könne, und daß Österreich als ein katholischer Staat anders zu behandeln sei als das protestantische Preußen. Daß in beiden Fällen man auch zu den entgegengesetzten Schlüssen hätte kommen können, leuchtet ein.

In Europa fand der Kampf zwischen Preußen und der römischen

Digitized by Google

Kirche natürlich verschiedene Beurteilung. Die Ultramontanen brauchten überall die schärfsten Worte über die, wie es auch in Deutschland hieß, neronische und diokletianische Verfolgung der Kirche durch die preußischen Ketzer, vollends seit ein Reichsgesetz vom 4. Mai 1874 die preußische Landespolizeibehörde ermächtigte, gerichtlich abgesetzte Priester, die trotzdem fortfuhren, ihres Amtes zu walten, aus irgend einem Ort im Reich oder äußersten Falls aus dem ganzen Reichsgebiet auszuweisen*). In Frankreich, wo man in dem Ultramontanismus einen Hauptfeind der demokratischen Republik erkannte, sah die republikanische Partei und ihr Führer Leon Gambetta mit einem seltsam gemischten Gefühl diesen Dingen zu. Einerseits haßte man Preußen und Bismarck von dem Kriege her ingrimmig; andrerseits fühlte man, daß dieses Preußen jetzt auch die Schlachten des neu erstehenden Frankreich mitschlage. In England wurde zu London am 30. Januar 1874 unter dem Vorsitz von Lord Murray ein großes Meeting gehalten, dem eine große Zahl angesehener Männer anwohnte und das dem Kaiser und dem deutschen Volk bei ihrem Kampf gegen den die bürgerliche und religiöse Freiheit bedrohenden Ultramontanismus die tiefste Sympathie ausdrückte. Bismarcks Sprachrohr, die „norddeutsche allgemeine Zeitung", bemerkte dazu: „Eine Freistätte des Geistes zu schaffen hat Deutschland sich vorgesetzt, zur Abwehr einer geistigen, aber darum nicht minder zivilisationsfeindlichen Invasion als die der Hunnen und Mongolen!"

Weil aber in Preußen der Widerstand der Katholiken nicht nachließ, sondern die Bischöfe, solange sie im Amte waren, einfach verfuhren, wie wenn die Gesetze gar nicht bestünden, so wurden im Mai 1874 außer dem Expatriierungsgesetz noch weitere gesetzliche Vorkehrungen getroffen. Den Gemeinden wurde das Recht erteilt, sich selber Pfarrer zu wählen, was aber nicht eine einzige tat. Durch das sog. Sperrgesetz vom 22. April 1875

*) Dieses „Expatriierungsgesetz" ist erst nach Bismarcks Sturz durch Reichsgesetz vom 6. Mai 1890 aufgehoben worden, nachdem der Reichstag dreimal, Januar 1882, Juni 1884 und Januar 1885, auf Windthorsts Betreiben die Abschaffung beschlossen hatte.

Digitized by Google

wurden alle Leistungen des preußischen Staats an die katholische Kirche eingestellt, die Gelder angesammelt und so lange zurückbehalten, bis die Bischöfe sich den Staatsgesetzen unterwerfen würden. Die Artikel 15 und 18 der Verfassung, welche auch in der 1873 abgeänderten Form (S. 35) der Kirche noch einen gewissen Rückhalt boten, wurden gänzlich aufgehoben, und dieses Schicksal traf nun auch den Artikel 16, der den Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen und die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen freigab. Alle Orden mit einziger Ausnahme derer, welche sich ausschließlich der Krankenpflege widmeten, wurden (mit über 900 Klöstern und 8800 Insassen) binnen sechs Monaten aufgehoben; nur diejenigen, die Jugendunterricht erteilten, erhielten aus Rücksicht auf die anderweitige Unterbringung der Schüler eine etwas längere Frist. Ein Gesetz schrieb vor, daß die Altkatholiken überall da, wo sie einen erheblichen Teil der Kirchengenossen bildeten, das Recht auf Mitbenutzung der Kirchen haben sollten; für den altkatholischen Bischof (S. 24), Dr. Hubert Reinkens (1821—96), bisher Professor der Theologie in Breslau, und sein Bistum wurden seit 1874 in den Staatshaushalt 48 000 Mark eingestellt, was nicht mehr als billig war, solange der Staat auch andere Kirchen unterstützte. Ein Gesetz über die Verwaltung des Kirchenvermögens durch gewählte Ausschüsse der Kirchengemeinden wurde selbst von den Bischöfen nicht beanstandet, da dem Pfarrer gesetzlich eine Stelle im Ausschuß (und damit tatsächlich dessen Leitung) eingeräumt war. Auch das Reich, das schon durch Kanzelparagraph, Jesuiten- und Expatriierungsgesetz am Kulturkampf beteiligt war, wurde nunmehr noch weiter in Mitleidenschaft gezogen. Dadurch, daß die römischen Priester die Altkatholiken nicht mehr als Katholiken anerkannten, wurde diesen die Eingehung einer gültigen Ehe sehr erschwert; und da eine große Anzahl von Pfarrern wegen Widerstands gegen die Staatsgesetze zu Haft oder gar Absetzung verurteilt wurde und Neubesetzungen auf Grund der Maigesetze nicht erfolgten, so fehlte es vielfach an Geistlichen, welche die Eheschließung vornehmen konnten. Das Zentrum ließ Aufstellungen machen, laut deren noch im Jahr 1880 ganz verwaist waren 601 Pfarreien mit 646 697 Seelen, halb verwaist 584 mit

Digitized by Google

1 501 994 Seelen. Auf Grund dieser Schwierigkeiten wurden für Preußen durch Landesgesetz vom 9. März 1874 und für das deutsche Reich durch Gesetz vom 6. Februar 1875 die Vorschriften über die Bekundung des Personenstandes und über die Eheschließung abgeändert; es wurden alle kirchlichen Hindernisse gegen die Bekundung von Geburt, Sterbefällen und Eheschluß für abgeschafft erklärt und die Vornahme dieser Bekundung staatlichen Behörden, den Standesämtern übertragen, also die Zivilehe allgemein eingeführt. Dabei gab die Regierung die Erklärung ab, daß ihr jeder Gedanke fern liege, das religiöse Gefühl zu beleidigen oder das kirchliche Ansehen zu untergraben; indem sie alle diese Verhältnisse verweltliche, wünsche sie gleichwohl, daß das Volk aus freiem Willen für Eheschluß, Geburt und Tod die Mitwirkung der Kirche nachsuche. Es war ein offenes Geheimnis, daß der streng religiöse König Wilhelm I. nur schwer und nur in dieser Hoffnung, daß die Sitte festhalten werde, was das Gesetz abschaffte, seine Zustimmung zu den beiden Gesetzen erteilt hatte. Die katholische Bevölkerung ließ sich aber durch kein Gesetz umstimmen oder beugen; je mehr Pfarrer und Bischöfe an Geld oder Freiheit oder am Amt gestraft wurden, desto mehr Märtyrer wurden geschaffen; Nero und Diokletian wurden gar als milder bezeichnet denn Bismarck und Falk; und da die Regierung ihrerseits auf den wachsenden Widerstand mit wachsender Strenge und Schärfe der Handhabung der Gesetze antwortete, so nahm die Zerklüftung des öffentlichen Lebens immer mehr zu. An Mißgriffen fehlte es dabei naturgemäß nicht; so erlangte der patriotisch gesinnte und duldsame Leopold Kaufmann, der von den Bonner Stadtverordneten zum Bürgermeister gewählt wurde, die staatliche Bestätigung nicht, bloß weil er als Abgeordneter zum Landtag auf den Bänken des Zentrums saß. Die Regierung glaubte dieser ihr tödlich verfeindeten Partei jede amtliche Anerkennung und Förderung versagen zu müssen.

Von den anderen deutschen Einzelstaaten wurden besonders zwei in den Kulturkampf hineingezogen. In Baden war schon 1860 das Konkordat beseitigt und über das Verhältnis von Kirche und Staat neue gesetzliche Regelung getroffen worden. Das liberale

Digitized by Google

Ministerium Jolly (1868—76) entzog nunmehr mit Genehmigung der zu fast $^5/_6$ nationalliberalen zweiten Kammer den Orden das Recht zum Volksunterricht, forderte von den Theologen den Nachweis allgemeiner wissenschaftlicher Bildung und des Besuchs einer Universität, hob die Knabenseminare auf, erkannte die altkatholische Kirche und ihren Bischof in Baden an und führte 1876 die Simultanschule an Stelle der konfessionellen Volksschule mit der Maßgabe ein, daß da, wo drei Jahre lang 20 Kinder vom Bekenntnis der Minderheit vorhanden seien, ein Lehrer dieses Bekenntnisses angestellt werden sollte. In Hessen wurden unter dem Ministerium v. Hofmann (S. 8) 1874 ähnliche Gesetze wie in Preußen über die Bildung und Anstellung der Geistlichen und gegen den Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt erlassen und das gesamte Schulwesen der Leitung staatlicher Behörden unterstellt.

Viertes Kapitel

Beginn der Verhandlungen mit Rom · Sozialistengesetz · Zollreform

Durch die große Erbitterung, welche der Kulturkampf im katholischen Volk hervorrief, wurde allmählich auch die Regierung bedenklich gemacht, und der Wunsch erwachte, daß man wieder zu friedlichen Verhältnissen gelangen möchte. Bismarck hat von Anfang an diesen Kampf wie jeden andern nicht als Selbstzweck angesehen, sondern als Mittel, zu besseren Zuständen zu gelangen, die Stellung des Staats gegenüber der Kirche zu befestigen. War dies erreicht, so war er sofort erbötig einzulenken und alles an den neuen Gesetzen, was nicht unbedingt für die Staatshoheit notwendig war, zum Opfer zu bringen. In der Rede, die er am 6. März 1872 im Herrenhaus über das Schulaufsichtsgesetz hielt, sagte er: „Gesetze sind wie Arzneien; sie sind gewöhnlich nur Heilung einer Krankheit durch eine geringere oder vorübergehende Krankheit". Und am 16. April 1875 äußerte er im Abgeordnetenhaus: „Wie uns die Geschichte kriegerische Päpste und friedliche,

Digitized by Google

fechtende und geiſtliche zeigt, ſo, hoffe ich, wird doch auch wieder einmal demnächſt die Reihe an einen friedliebenden Papſt kommen, der bereit iſt, auch andere Leute leben zu laſſen nach ihrer Art und mit dem ſich Friede ſchließen laſſen wird."

Nun trat der von Bismarck angenommene Fall am 7. Februar 1878 ein: Papſt Pius IX. ſtarb in einem Alter von faſt 86 Jahren, und am 20. Februar wurde der (1810 geborene) Kardinal Joachim Pecci zum Papſt gewählt, als welcher er den Namen Leo XIII. (1878—1903) annahm. Noch am ſelben Tage zeigte er dem deutſchen Kaiſer ſeine Wahl mit dem Ausdruck der Hoffnung an, daß die Hochherzigkeit des Kaiſers dazu helfen werde, die früheren guten Beziehungen zwiſchen Rom und Preußen wieder herzuſtellen. Die Antwort des Kaiſers lautete: er beglückwünſche den Papſt zu ſeiner Wahl und wünſche ihm eine geſegnete Regierung, hoffe aber, daß der Papſt ſeinen mächtigen Einfluß auf die Diener der Kirche geltend machen werde, damit dieſe gleich der ihrer geiſtlichen Pflege befohlenen Bevölkerung den Geſetzen ſich fügen. Trotz dieſer zurückhaltenden, auf den Maigeſetzen, wie es ſchien, ohne Wanken beſtehen bleibenden Haltung des Staats war aber das Eis doch gebrochen; die Waſſer ſetzten ſich in Bewegung.

Dazu trugen die allgemeinen Verhältniſſe im Reich ihr gutes Teil bei: die nahen Beziehungen, die zwiſchen Bismarck und der vor allem für die Rechte des Staats gegen die Kirche eintretenden nationalliberalen Partei beſtanden hatten, waren ſeit geraumer Zeit getrübt.

Wir müſſen über dieſen Punkt etwas weiter ausholen.

Bismarck war an ſich geneigt, mit den Liberalen auch ferner zuſammenzugehen, eben weil ſie in dem Kampf mit der römiſchen Kirche ſeine Hauptſtütze bildeten, weit mehr als die Konſervativen, welche den Kulturkampf wegen ſeiner Folgen für die evangeliſche Kirche beklagten. Ohne daß dieſe dem Staat irgendwie Anlaß zur Feindſeligkeit gegeben hatte, wurden doch, um der ſog. „Parität" oder gleichmäßigen Behandlung der Kirchen willen, die kirchlichen Geſetze auch auf ſie angewandt; ſie verlor infolge davon durch die Einführung der Zivilehe, welche die Unentgeltlichkeit der kirchlichen Eheſchließung zur notwendigen Folge hatte, und durch das Geſetz

Digitized by Google

über die Bekundung des Personenstandes durch staatliche Behörden einen großen Teil ihrer Einnahmen, ohne daß sofort Ersatz da war, und die evangelischen Theologen mußten, obwohl sie fast alle auf preußischen Gymnasien vorgebildet waren, ebenso wie die katholischen, die ihre Vorbildung meist in Knabenseminaren genossen, sich der in ihrem Fall vollends nutzlosen Plackerei des „Kulturexamens" (S. 33) unterziehen. Bismarck brauchte den Rückhalt der Liberalen auch in seinem Ringen mit seinen Gegnern bei Hof, die namentlich an der Kaiserin Augusta eine Stütze hatten. Diese, eine weimarische Prinzessin, die Enkelin Karl Augusts, war in so ausschließlich protestantischer Luft erzogen worden, daß sie einmal von einer durch Rom drohenden Gefahr nichts ahnte und dann von allem Katholischen, gerade weil es ihr von Hause aus fremd und unbekannt war, sich um so mehr angezogen fühlte. Im Frühjahr 1877 fand Bismarck, weil der Kaiser in einem Konflikt des Kanzlers mit dem Marineminister v. Stosch diesen nicht fallen ließ, sich so verletzt, daß er beschloß, den Kampf mit den ihm feindlichen Einflüssen bei Hof, der seine Nerven unterwühlte, aufzugeben; auch empfand er bitter, daß er für seine Reformpläne zum Wohl des Reichs im Kreise seiner berufenen Mitarbeiter teils kein Verständnis, teils keine entschlossene Unterstützung fand;*) so bat er am 27. März um seine Entlassung. Der Kaiser schrieb aber an den Rand des Gesuchs das berühmte „Niemals!" und gewährte Bismarck zunächst einen längeren Urlaub zur Herstellung seiner Gesundheit; weiterhin sollten Maßnahmen zu seiner dauernden Entlastung getroffen werden. Mit dieser Entscheidung hatte Bismarck die Gewißheit, daß er die Widerstände gegen seine Reformpolitik zu überwinden imstand sein werde.

Während hierüber Erwägungen gepflogen wurden, trat Bismarck mit Gedanken hervor, welche eine tiefgreifende Wendung der gesamten inneren Politik einleiteten. Durch die praktischen Erfahrungen des Wirtschaftslebens war er zur Überzeugung gelangt, daß Deutschland unter der Zersplitterung seines Eisenbahnwesens, dessen einheitliche Verwaltung doch Artikel 42 der

*) Siehe Horst Kohl, Bismarcks Reden 7, 74.

Digitized by Google

Reichsverfassung vorschrieb, und unter dem seit 1862, bezw. 1865 mit dem französischen Handelsvertrag eingeführten Freihandelssystem schwer leide, das — da die Nachbarn dem Schutzzollsystem huldigten — geradezu eine auszehrende Wirkung auf unsern Volkswohlstand ausübe. Um den ersten Übelstand zu beseitigen, setzte Bismarck durch Gesetz vom 27. Juni 1873 die Errichtung des Reichseisenbahnamtes als Aufsichtsbehörde durch und erstrebte ein Reichseisenbahngesetz, scheiterte aber am Widerstand Sachsens und des preußischen Handelsministeriums, dem die Eisenbahnen damals noch unterstanden. Dann, im März 1875, beschloß er ein radikales Mittel anzuwenden, den Erwerb der wichtigsten Eisenbahnen für das Reich, und bot zu diesem Zweck, um einen entscheidenden Vorgang zu schaffen, nach erlangter Zustimmung von König und Landtag 1876 dem Reich den Ankauf der preußischen Staatsbahnen an; aber die Mittelstaaten, welche von diesem „Reichseisenbahnprojekt" den Verlust eines erheblichen Stücks ihrer Souveränität befürchteten, brachten den Vorschlag im Bundesrat zu Fall. Bei dem andern Punkt, beim Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll, stieß Bismarck auf den Widerstand der Nationalliberalen, besonders ihres linken Flügels, dessen wortgewandter Führer, der Jude Lasker Bismarck schon lange aus liberaler Grundsatzreiterei große und beständige Schwierigkeiten bereitete. Der Vorschlag, der schwer notleidenden Eisenindustrie durch einen Vergeltungszoll auf fremdes Eisen aufzuhelfen, wurde am 27. April 1877 im Reichstag mit 212 gegen 111 Stimmen abgelehnt, und als nun Bismarck, um die nationalliberale Fraktion mehr an die Regierung zu fesseln, im Juli und wieder im Dezember 1877 deren Führer Rudolf v. Bennigsen das durch den Rücktritt des längst verbrauchten Grafen Friedrich Eulenburg erledigte Ministerium des Innern anbot, verlangte Bennigsen, der als Minister des Innern mit den durchweg konservativen Landräten sich schwer hätte einrichten können, daß ihm das Finanzministerium übertragen und daß außer ihm seine politischen Freunde Herr v. Forckenbeck, Oberbürgermeister von Breslau (1821—92) für das Innere und Freiherr v. Stauffenberg, ein Bayer (1834—1901), als Staatssekretär für die Reichsfinanzen berufen würden. Er wollte, sagt Bismarck in seinen

Digitized by Google

„Gedanken und Erinnerungen“ 2, 181, seine Fraktion gewissermaßen mit in das Ministerium nehmen und ein konstitutionelles Majoritätsministerium schaffen. Dafür war aber die Zustimmung des Königs nicht zu erlangen, der höchstens v. Bennigsen, und diesen ungern, weil er ihn für eine Art Abtrünnigen von seinem hannöverischen Königshaus ansah, sich gefallen lassen wollte; Wilhelm I. wollte sich die Richtung seiner Politik von keiner Partei vorschreiben lassen, am allerwenigsten von Männern, die wie Forckenbeck und Stauffenberg auf dem linken Flügel der Liberalen standen. Im Ministerium gehörte der Finanzminister Camphausen (1812—96) der liberalen Richtung an; er ließ sich mit Mühe im Januar 1878 zur Vorlage eines Steuerentwurfs bewegen, der auf den besseren Ausbau des dem Reich vorbehaltenen indirekten Steuersystems, namentlich der Tabaksteuer, abzielte und daraus für das Reich einen Mehrertrag von 42 Millionen Mark jährlich erreichen wollte. Bismarck aber entrollte am 22. Februar 1878 in großen Zügen ein Bild seiner Pläne: er wolle den Zustand beseitigen, daß das Reich vor den Türen der Einzelstaaten seinen Bedarf in Matrikularbeiträgen (die für den Kopf der Bevölkerung von den Bundesstaaten zu leisten sind) einsammeln müsse; er wolle vielmehr das Reich durch Entwicklung der indirekten Steuern instand setzen, noch Geld an die Einzelstaaten herauszuzahlen. Zu diesem Zweck sei die Vorlage eingebracht, von der er offen zugab, daß sie bloß eine Durchgangsmaßregel zu seinem letzten und eigentlichen Ziel, dem Tabakmonopol, sein solle. Auch Camphausen hatte sich, wenn auch unter vielen Bedenken, dieser Politik angeschlossen und in einem Schriftstück vom 17. Februar 1877 „den Weg des Tabakmonopols als im Interesse einer angemessenen und dauernden Vermehrung der Reichseinnahmen liegend“ bezeichnet; aber er tat es mit halbem Herzen, und weil seine politischen Freunde (die Nationalliberalen) entschieden dagegen waren und am 23. Februar 1878 darüber eine „öffentliche Abschlachtung“ mit ihm vornahmen (so drückte er sich, nach Bismarcks Worten am 21. Februar 1879 im Reichstag, aus), so nahm er unmutig und verstimmt seine Entlassung; denn „ohne die freundliche Zustimmung“ der Liberalen wollte er sein Amt nicht führen. An seiner Stelle

Digitized by Google

übernahm das Finanzministerium Ende März 1878 der Oberbürgermeister von Berlin, Arthur Hobrecht (geb. 1824), der politisch zu den Nationalliberalen zählte; statt des Grafen Friedrich Eulenburg trat sein Vetter Graf Botho Eulenburg (geb. 1831) ins Ministerium des Innern ein, und an die Spitze des Handelsministeriums, zu dessen Amtsbereich damals noch das Eisenbahnwesen gehörte, trat als Nachfolger Achenbachs Albert Maybach (1822—1904), der die Eisenbahnfrage zweckmäßig zu lösen so gewillt wie befähigt war. Mit diesen Personalveränderungen begann die lang angestrebte Weiterbildung des Ministeriums, wodurch es zu einem einheitlichen, von Bismarcks Willen erfüllten Körper wurde. Am 17. März 1878 erging auch das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers, das Bismarcks Entlastung regeln sollte. Es bestimmte in § 1, daß ein Stellvertreter allgemein für den gesamten Umfang der Geschäfte und Obliegenheiten des Reichskanzlers ernannt werden könne, und daß für die einzelnen Amtszweige, die sich in der unmittelbaren Verwaltung des Reichs befänden, die Vorstände der dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden mit der Stellvertretung desselben im ganzen Umfang oder in einzelnen Teilen ihres Geschäftskreises beauftragt werden könnten. Doch blieb es dem Reichskanzler vorbehalten, auch während der Dauer der Stellvertretung jede Amtshandlung selbst vorzunehmen, und darin lag ein Riegel gegen etwaige Bestrebungen, die Vorstände der obersten Reichsbehörden vermittelst der Stellvertretung zu verantwortlichen Reichsministern zu entwickeln, was der Fortschritt (vgl. die Rede des Professors Hänel) hoffte. Auf Grund dieses Gesetzes wurde Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode zum Vertreter des Reichskanzlers ernannt und ihm durch preußisches Gesetz, das die nötigen Geldmittel auswarf, die Stelle eines Vizepräsidenten des Staatsministeriums übertragen; auch wurden die Vorstände der obersten Reichsbehörden mit der Stellvertretung für ihren Geschäftskreis beauftragt. Allmählich sind so die sieben hohen Reichsämter des Auswärtigen, des Innern (des früheren — bis 1879 — Reichskanzleramtes), der Finanzen, des Post- und Telegraphenwesens, der Justiz, der Marine und seit Mai 1907 auch der Kolonien er-

Digitized by Google

wachsen, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, die als Gehilfen des Reichskanzlers die Geschäfte leiten und ihre Angelegenheiten vor dem Reichstag vertreten.

Neue Männer, neue Ziele — das war unverkennbar das Bezeichnende dieser Veränderungen. Gerade derjenige, der vor kurzem noch als der „kommende Mann" angesehen wurde, v. Bennigsen, war nicht unter den neuen Ratgebern der Krone. Er hat dem Reichskanzler im Reichstagsgebäude offen erklärt, daß er die am 22. Februar 1878 von Bismarck bezeichneten Wege nicht gehen, insbesondere bei der Durchsetzung des Tabakmonopols nicht mitwirken könne; was sein Parteigenosse Hobrecht zugestand, ließ sich der Führer der Partei nicht abringen. Im Augenblick, wo Bismarck eine Steuer- und Wirtschaftsreform größten Stils in Angriff nahm, verließ ihn die Partei, mit der er seit dem Herbst 1866 in enger Waffenbrüderschaft, trotz mancher Gegensätze, gestanden war. Wie hing das alles zusammen? Abgesehen von dem Gegensatz der wirtschaftlichen Auffassungen ist es sehr wahrscheinlich, daß der Wechsel in der Person des Papstes, der Tod Pius IX. am 7. Februar 1878 und die Wahl Leos XIII., und Leos sofortige friedliche Kundgebung an den deutschen Kaiser hier bestimmend eingewirkt hat; es eröffnete sich die Aussicht auf die Beilegung des Kulturkampfes, und darauf konnte Bennigsens Eintritt ins Ministerium nicht förderlich, sondern nur störend einwirken. Was sich an Weihnachten 1877 noch empfahl, das widerriet sich jetzt. Bismarck erfaßte die Situation sofort, und um so weniger hat er Anstoß genommen, am 22. Februar 1878 seine wirtschaftlichen Pläne zu entrollen. Sie führten ihn nicht minder als der Frontwechsel im kirchenpolitischen Kampf von den Liberalen weg. Die Tage des Zentrums waren noch nicht da: aber wenn es die Zeit verstand, so zogen sie herauf.

Wenige Wochen nach Leos XIII. Telegramm an den Kaiser näherte sich der bayerische Graf Holnstein, von den Novembertagen 1870 her Bismarcks Vertrauter, auf einem Hoffest der Erzherzogin Gisela, der Gemahlin des Prinzen Leopold, in München dem Nuntius Masella und sagte zu ihm: „Monsignore, wir

Digitized by Google

sollten uns vereinigen und gegen den gemeinsamen Feind, den Sozialismus, kämpfen". Masella antwortete entgegenkommend. Am 5. Mai 1878 erhielt der liberale Präsident des preußischen Oberkirchenrats, Dr. Herrmann, mit dessen Hilfe Falk der evangelischen Kirche Alt-Preußens eine Synodalverfassung und damit eine gewisse Selbständigkeit in modernem Geiste gegeben hatte, seine Entlassung; es war ein Zeichen, wohin die Dinge trieben, und Falk selbst, im Gefühl, daß seine Stellung schwanke, daß der König namentlich Falks Begünstigung der liberalen evangelischen Elemente sehr mißbillige, bot seine Entlassung an, ließ sich aber durch Bismarck noch einmal bestimmen, auszuharren; sein Rücktritt wäre auch in der Tat in diesem Augenblick noch verfrüht gewesen. In Dresden traf Masella bei der silbernen Hochzeit des Königspaares mit des Kaisers Schwiegersohn, dem Großherzog Friedrich von Baden, zusammen, und er, der in München bisher nach dem Willen des Ministers Dr. v. Lutz, der das Preußen schuldig zu sein glaubte, als Luft behandelt worden war, genoß von dem hohen Herrn, der sehr unter dem Einfluß seiner kaiserlichen Schwiegermutter stand, eine ihn auszeichnende Behandlung. Als Bismarck im Sommer 1878 nach Abschluß des Berliner Kongresses die Kissinger Kur gebrauchte, begab sich Masella zufolge vorheriger Abrede, der auch Falk nicht entgegen war, nach diesem Bade, und trug dem Reichskanzler nach dem Befehl des päpstlichen Staatssekretärs Kardinals Franchi zwei Forderungen vor: 1. Abschaffung der Maigesetze, worunter man allmählich in weiterem Sinn alle Kulturkampfgesetze verstand, 2. Herstellung des kirchlichen Zustandes in Preußen, wie ihn 1821 die Bulle De salute animarum zur Voraussetzung hatte. Natürlich hoffte Franchi selbst nicht, daß Bismarck diese Bedingungen auch nur ernsthaft erörtern werde; aber er dachte wenigstens die Antwort zu erhalten, daß zwar nicht alle Maigesetze, aber doch ein Teil zurückgenommen werden könnten. Ein klerikaler Franzose, der damalige Gesandte in München, Graf Lefèbvre de Béhaine, dessen Aufzeichnungen *) wir folgen, gesteht selbst, daß einige Ge-

*) Léon XIII. et le prince de Bismarck, Paris o. J. (1898), S. 88—89.

Digitized by Google

setze für die Kirche zwar unbequem, aber nicht unerträglich waren, so das über die Schulaufsicht, das über die Aufhebung der drei Verfassungsartikel, das über die Verwaltung des Kirchenvermögens, das über die Zivilehe und endlich — was besonders interessant ist — auch das über die Aufhebung des Jesuitenordens in Deutschland. Andere Gesetze aber hätten das Wesen der Kirche selbst angetastet, nämlich drei der eigentlichen Maigesetze von 1873, das über den Gebrauch der kirchlichen Zuchtmittel, das über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen und das über die kirchliche Disziplinargewalt über die Geistlichen und die Errichtung eines kirchlichen Gerichtshofs. Diese Gesetze seien mit dem Bestand der Kirche, wie Christus sie geordnet habe, unvereinbar und hätten vom Papst deshalb, nach Lefèbvres Ansicht, nie und nimmer angenommen werden können. Bismarck begegnete Masella sehr höflich, wollte aber, noch durchaus gewillt Falk und die staatlichen Schutzwehren gegenüber der Kirche zu halten, vorerst nur von einem Waffenstillstand und der Rückkehr einiger Bischöfe, nicht aber von Abänderung der staatlichen Gesetze etwas wissen. Gegen diesen Standpunkt erhoben sich das Zentrum und die Jesuiten mit aller Macht. Infolge davon wies der neue, nach Franchis plötzlichem Tod ernannte, ihm an diplomatischen Fähigkeiten bedeutend nachstehende Staatssekretär Kardinal Nina den Nuntius an, die Verhandlungen nach mehrwöchentlicher Dauer (31. Juli bis 16. August) abzubrechen; denn was könne die Rückkehr einiger Bischöfe helfen, wenn sie denselben Gesetzen, wegen deren Verletzung sie abgesetzt worden waren, sich sofort wieder gegenüber sähen? So Lefèbvre. Bismarck in seinen Reden im Reichstag vom 3. Dezember 1884 und im Herrenhaus vom 12. April 1886 hat die Sache so dargestellt, als ob er mit Masella „über eine Art von zweiteiligem Abkommen" so gut wie einig gewesen wäre, als „der unerwartete und auffällige Tod von Franchi" die Vertagung der Verhandlungen herbeiführte. Franchi starb am 1. August, nach den amtlichen Angaben an einer Art Cholera, nach der Ansicht mancher an Gift, das ihm die Jesuiten als einem Gegner ihrer unversöhnlichen Politik beigebracht hätten. Bismarck scheint das zweite für wahr gehalten zu haben.

Digitized by Google

Um diese Zeit hatte die sozialistische Bewegung in Deutschland eine solche Entwicklung und eine so bedrohliche Gestalt angenommen, daß die Staatsgewalt sich gegen sie erhob. Der Entstehungsgrund der Bewegung liegt in dem wirtschaftlichen Umschwung, der aus der Ausnutzung der Dampfkraft durch die von dem Schotten James Watt (1774) erfundene, bezw. vervollkommnete Dampfmaschine allmählich erwuchs. Früher, im ganzen Mittelalter namentlich, waren die Handarbeiter auch Besitzer der zu ihrem Betrieb nötigen Werkzeuge (Produktionsmittel); seit aber die mächtigen und kostspieligen, mit Dampf betriebenen Maschinen aufkamen, bildete sich der Gegensatz der Unternehmer, die über das zum Ankauf der Maschinen erforderliche Kapital verfügten, und die Lohnarbeiter, welche um ihres Unterhalts willen sich an die Fabriken verdingten und von der Hand in den Mund lebten. Allmählich kamen sie zur Ansicht, daß sie mit ihrer Arbeit die Unternehmer bereicherten, selbst aber in hoffnungsloser Dürftigkeit leben müßten. Der jüdische Nationalökonom aus Trier Karl Marx (1818—83), der seit dem Scheitern der deutschen Revolution 1849 in London lebte, stellte in seinem Werk „das Kapital" (1867) das wissenschaftliche System auf, auf das heute noch, wenn es auch vielfach durchlöchert ist, der radikale Sozialismus wie auf seine Bibel schwört. Die Hauptsätze sind: 1) alle geschichtliche Entwicklung ist ausschließlich durch wirtschaftliche Verhältnisse, nicht durch geistige (besonders religiöse) Momente bedingt (materialistische Geschichtsauffassung). 2) Die Arbeit ist die einzige Quelle aller Werte. 3) Sie ist selbst eine Ware, deren Tauschwert durch die auf sie zu verwendenden Unterhaltsmittel bestimmt wird. Zur Ernährung eines Arbeiters genügen etwa 6 Stunden Arbeit; wenn er 10—12 Stunden zu arbeiten gezwungen wird, so entsteht ein Mehrwert, den der Unternehmer für sich einstreicht. 4) Dieser Unternehmergewinn häuft sich immer mehr an, da die Zahl der zur Verfügung stehenden Lohnarbeiter immer größer ist, als der Bedarf an solchen (industrielle Reserve-Armee), die Arbeiter also zum Frohndienst gezwungen sind. Schließlich werden alle kleineren Unternehmer von den größeren, die größeren von den größten aufgefressen, während das Proletariat gleichzeitig immer mehr ver-

Digitized by Google

elendet. 5) Daraus entsteht schließlich eine unerträgliche Spannung der Gegensätze, und aus ihr eine allgemeine Katastrophe, der Umsturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, an deren Stelle dann der Zukunftsstaat tritt. In diesem wird die Gesellschaft, welche nunmehr nur noch aus der einen Klasse der Arbeiter besteht (dies das Ergebnis des „Klassenkampfes"), Eigentümerin aller Produktionsmittel (Maschinen), Leiterin der Produktion der Güter (Waren) und Verteilerin der Erzeugnisse, unter Ausschluß jeder Möglichkeit neuer Kapitalbildung; damit wird ein vollkommener Zustand der Dinge erreicht. Als wissenschaftlicher Vorkämpfer des Sozialismus, d. h. der auf eine neue soziale, nicht individuell-kapitalistische Gesellschaftsordnung hinarbeitenden Bewegung, trat neben Marx sein Freund Friedrich Engels auf (1820—75), der auch meist in London lebte. In Deutschland gab der glänzend begabte Jude Ferdinand Lassalle (1825—64) 1863 den Anstoß zur Gründung des „allgemeinen deutschen Arbeitervereins", als dessen Leiter er Produktivgenossenschaften der Arbeiter erstrebte, welche vom Staat unterstützt werden und dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zuwenden sollten. Um die Mitwirkung des Staats zu erreichen, verlangte Lassalle das allgemeine Wahlrecht als Mittel zur Erlangung politischer Macht; er hatte aber im Unterschied von Marx Verständnis für die idealen Triebfedern der Geschichte, war deutsch-national gesinnt und selbst einem sozialen Königtum geneigt, weshalb Bismarck 1863—64 mit ihm als einem Bundesgenossen gegen die fortschrittlichen besitzenden bürgerlichen Klassen (die Bourgeoisie) Beziehungen gehabt hat, welche von Lassalle gesucht, von Bismarck genährt worden sind. Eine Anzahl Arbeitervereine, welche politisch zur Fortschrittspartei hielten, wurden von dem Volkswirt und Großkaufmann Max Hirsch (1832—1905) und dem aus Köln stammenden Drechslermeister August Bebel (geb. 1840) 1863 zum „Verband deutscher Arbeitervereine" zusammengeschlossen. Allein unter dem Einfluß des ganz marxistisch gesinnten Schriftstellers Wilhelm Liebknecht (1826—1900) fiel 1860 auf dem Eisenacher Kongreß der größte Teil der Vereinsmitglieder, auch Bebel, von Hirsch ab, und gründete die „sozialdemokratische Arbeiterpartei".

Digitized by Google

Nur ein Teil der Vereine schloß sich unter der Führung von Max Hirsch, Schulze-Delitzsch (1808—83), dem Gründer des Genossenschaftswesens für Arbeiter und Handwerker, und Franz Duncker (1822—88), dem Besitzer der demokratischen „Volkszeitung", zu den sog. „Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen" zusammen, welche heute noch bestehen, langsam wachsen und zur Zeit etwa 120 000 Mitglieder haben.

Noch standen innerhalb der sozialdemokratischen Richtung die national gesinnten und gemäßigten Lassalleaner unter der Führung des Frankfurter Patriziers Jean Baptist v. Schweitzer (1833 bis 1875) den internationalen radikalen Marxisten (den „Eisenachern") scharf entgegen; 1870 stimmte v. Schweitzer für die Kriegsanleihe, Liebknecht und Bebel dagegen. Aber die Gegnerschaft der Regierungen und der andern politischen Parteien schliff die Gegensätze ab und führte, nachdem v. Schweitzer 1871 nicht mehr in den Reichstag gewählt war, im Mai 1875 zu Gotha zur Verschmelzung der beiden Richtungen und zur Gründung der „sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" (1890 „sozialdemokratische Partei Deutschlands"), in welcher der Marxismus unbedingt zur Herrschaft kam; an Lassalle erinnerte bald nichts mehr als „ein rein äußerlicher Götzendienst an seinem Todestage". Die Botschaft vom unversöhnlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, von der Notwendigkeit „rücksichtslosen Klassenkampfes" zum Zweck der „Emanzipation des Proletariats" fand, genährt durch die tatsächlich unbefriedigenden Verhältnisse, den Gründungsschwindel, der 1871 begann und 1873 zu einem großen Krach führte, und das unsoziale Verhalten der meisten Unternehmer, in immer weiteren Kreisen der Arbeiterschaft Anklang; 1871 fielen bei den Reichstagswahlen den Sozialisten 124 010 Stimmen und 1 Mandat zu, 1874 schon 352 000 und 10, 1877 aber 493 000 und 12.

Schließlich kam es durch die leidenschaftliche Verhetzung der Massen so weit, daß betörte und fanatisierte Menschen die Mordwaffe gegen den ehrwürdigen, wohlwollenden und pflichtgetreuen Kaiser Wilhelm I. erhoben, wie wenn er der Vertreter des kapitalistischen, die Arbeiter knechtenden Systems wäre und durch seinen Tod entweder dieses System selbst getroffen oder doch ein warnendes Bei-

Digitized by Google

spiel aufgestellt werden könnte. Der erste Mordgeselle, der verkommene Klempnergeselle Hödel, der sozialdemokratische Zeitungen vertrieb, feuerte auf den Kaiser, als er am 11. Mai 1878 mit seiner Tochter, der Großherzogin Luise von Baden, von einer Spazierfahrt in Berlin nach Hause zurückkehrte, in der Straße „Unter den Linden" aus einem Revolver mehrere Schüsse ab, ohne aber zu treffen; Hödel büßte später seine Tat dem Strafgesetz gemäß auf dem Blutgerüst. Aber am 2. Juni wiederholte sich der Mordversuch, und diesmal mit besserem Erfolg. Ein Dr. Nobiling aus Posen, also ein Mann von akademischer Bildung, schoß an jenem Tag aus dem Fenster eines Hauses der Straße „Unter den Linden" aus einem mit Rehposten geladenen Doppelgewehr zwei Schüsse auf den Kaiser ab, der an Kopf, Hals und Armen etliche 30 Wunden empfing und blutüberströmt auf seinem Wagensitz zurücksank. Nobiling brachte sich darauf durch einen Revolverschuß in den Kopf eine schwere Wunde bei, an deren Folgen er, ohne eigentlich vernehmungsfähig gewesen zu sein, am 10. September starb, so daß seine Beweggründe nicht sicher ermittelt werden konnten; die wenigen Worte, die er auf die Fragen des Richters antwortete, schufen kein volles Licht. Die Tat selbst aber und ihr zeitlicher Zusammenhang mit der Hödels weisen zweifellos auf dieselbe Quelle hin. Der Kaiser ordnete aus freiem Entschluß an, daß, so lange er selbst krank darniederliege, der Kronprinz seine Stellvertretung übernehmen solle; darin lag, daß der Kronprinz nicht Regent war, sondern der Kaiser der Herr blieb. Der Reichstag, der ein gesetzgeberisches Einschreiten gegen die Sozialdemokratie nach dem 11. Mai abgelehnt hatte und überdies der von Bismarck geplanten Wirtschafts- und Steuerreform zweifellos in seiner Mehrheit abgeneigt war, wurde nun auf Antrag Preußens durch den Bundesrat aufgelöst, und die am 30. Juli vorgenommenen Neuwahlen gestalteten das Parlament wesentlich um. Die Sozialdemokraten sanken von 13 auf 9, die Nationalliberalen von 128 (welche Ziffer sie bei den Wahlen von 1877 noch gehabt hatten) auf 98, die Fortschrittspartei von 35 auf 26; die Linke, wenn man für diesen Fall diese Bezeichnung gebrauchen darf, ward also um 43 Mann geschwächt und zählte mit 133 Abgeordneten

Digitized by Google

nur noch ein Drittel des Parlaments. Die Konservativen und Freikonservativen aber, also die Rechte, erlangten 59, bezw. 56 Sitze und wuchsen somit von 78 auf 115 Mann an. Das Zentrum mit 103 Mitgliedern war jetzt die stärkste Fraktion und gab bald den Ausschlag dafür, daß der Reichstag einen konservativen Präsidenten — da für einen vom Zentrum die Dinge erst 1895 reif wurden — erhielt.

Diesem neuen Reichstag wurde nicht ohne Widerstreben des Kronprinzen eine Vorlage unterbreitet, welche den bezeichnenden Titel führte „wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Nicht diese selbst also sollte vernichtet werden — das war unmöglich, da sie aus der unbefriedigenden und nach Besserung verlangenden wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ihr Dasein herleitete —, wohl aber ihre gemeingefährlichen Bestrebungen. Es muß das im Auge behalten werden, damit man Bismarck nicht falsch und ungerecht beurteilt; er erhob sich gegen die Partei am 9. Oktober im Reichstag in seiner ganzen Wucht, „weil sie alles untergräbt, alles, was unsere Väter begeistert hat, als Schwindel hinstellt, den Leuten den Glauben an Gott, die Anhänglichkeit an König, Vaterland, Familie und Besitz nimmt und lediglich einreißt, aber nichts baut": dadurch wirke sie im höchsten Grad gemeingefährlich. Darüber, daß dem die Gefahr unterdrückenden Vorgehen des Staats ein aufbauendes, auf das Wohl der Arbeiter gerichtetes zur Seite gehen müsse, daß man mit dem Polizeistock allein die Gefahr nicht beschwöre, war der Mann, der schon anderthalb Jahrzehnte früher mit Lassalle verhandelt und an Staatshilfe für die schlesischen Weber gedacht hatte, sich vollkommen und von vornherein klar. Zunächst aber galt es den Hetzern zu fühlen zu geben, daß der Staat sich nicht über den Haufen rennen lasse, und so schlug das Gesetz vor: 1. alle Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten; 2. Versammlungen mit denselben Zwecken sind zu untersagen; 3. Druckschriften, welche jenen Bestrebungen dienen, sind zu unterdrücken; 4. Personen,

Digitized by Google

welche dafür tätig sind, aus gewissen Orten, wo sie besonders schädlich sein können, auszuweisen; 5. an Orten, wo die öffentliche Sicherheit besonders gefährdet ist, sind entsprechende *außerordentliche Maßregeln* zu treffen; 6. sozialistische *Druckereien* sind zu schließen; 7. das *Vermögen* der aufgelösten Vereine ist für den Staat einzuziehen. Nach längeren, öfters sehr erregten Verhandlungen in der Kommission und im Plenum wurde auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen der 7. Punkt (Einziehung des Vermögens) gestrichen, an manchen Stellen Änderungen vorgenommen und ein neuer Artikel eingefügt, der die Dauer des von der Regierung ohne Zeitgrenze geforderten Gesetzes auf zweieinhalb Jahre einschränkte. Damit wurde freilich dem Gesetz von vornherein seine Hauptwirkung entzogen, weil die Sozialdemokraten nun hoffen konnten, daß über kurz oder lang sich eine Mehrheit im Reichstag finden werde, welche die Fortdauer des Gesetzes ablehnen werde; es galt also für sie nicht etwa einem ein für allemal feststehenden Zustand sich zu fügen, sondern es galt auszuharren, bis dieser Zustand wieder ein Ende nehme. Der so abgeschwächte Entwurf wurde am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen genehmigt. Die drei Kompromißparteien und die 1874 (S. 13) vom Fortschritt abgetrennte „Gruppe Löwe" stimmten geschlossen mit Ja, ebenso einige von der Fortschrittspartei und einzelne „Wilde"; die andern lehnten das Gesetz ab, Zentrum, Polen und Sozialdemokraten geschlossen. Die Gründe der Mehrheit waren: die große Gefahr für Staat und Gesellschaft; die Hoffnung durch das Gesetz der weiteren Verbreitung sozialistischer Ansichten vorzubeugen, eine Zeit der Ruhe zu gewinnen und dadurch eine Heilung der erkrankten Volksseele anzubahnen. Das Ausnahmegesetz wurde damit gerechtfertigt, daß eine allgemeine Beschränkung der Vereins- und Preßfreiheit und der Freizügigkeit da, wo doch nur eine einzige Partei den Staat bedrohe, nicht geboten erscheine. Die Minderheit dagegen ließ sich von der Erwägung leiten, daß ein Ausnahmegesetz gegen eine einzige Partei die Gleichheit aller vor dem Gesetz verletze; daß die Regierung die weitreichenden Vollmachten, die ihr das Gesetz an die Hand gab, leicht auch gegen

Digitized by Google

andere ihr mißliebige Parteien mißbrauchen könne; daß endlich Zwangsmaßregeln das sozialistisch beeinflußte Volk nicht umstimmen, sondern noch revolutionärer machen würden.

Die Opposition der 149 wurde zu zwei Dritteln vom Zentrum gestellt, das dem Fürsten Bismarck und den Nationalliberalen aufs entschiedenste mißtraute; das Sozialistengesetz hatte nach der Meinung des Zentrums keinen anderen Zweck als dem Fürsten die Erdrückung seiner Gegner zu erleichtern und der „nationalliberalen Oligarchie" neue Waffen zu liefern. Der wegen Gesetzesverletzung abgesetzte und nach Holland geflohene frühere Kölner Erzbischof Melchers kam nach Lefèbvres Bericht als Bücherhändler verkleidet nach München und setzte Masella dort diese Auffassung auseinander; Bismarck werde die Katholiken gewiß nur an der Nase herumführen oder sie spalten und einen Teil zum Verrat verlocken; besser sei es, sich gar nicht mit ihm einzulassen und auf seinen Sturz zu warten, der nach dem doch nicht mehr allzu fernen Tod des 81 jährigen Kaisers sicher bald erfolgen werde. So versumpften die Unterhandlungen zwischen Preußen und der Kurie völlig. Inzwischen wurde das Sozialistengesetz mit großer Tatkraft ausgeführt, die Vereine geschlossen, die Zeitungen eine nach der anderen unterdrückt; nach einigen Monaten schien die ganze Organisation der sozialdemokratischen Partei so gut wie völlig zerstört, ihre Preßagitation auf Einschmuggeln schweizerischer Parteiblätter beschränkt.

Wenn der Gegensatz zwischen dem leitenden Staatsmann und dem Zentrum aus Anlaß des Sozialistengesetzes nochmals in aller Schärfe hervorgetreten war, so ergab sich doch alsbald ein ganz anderes Verhältnis, als Bismarck nunmehr zu der Verwirklichung seiner Steuer-, Zoll- und Wirtschaftsreform schritt. Hier standen die Liberalen fast ohne Ausnahme in allen ihren Schattierungen auf dem Boden des wirtschaftlichen Individualismus, der die Bahn der Erwerbstätigkeit dem einzelnen völlig frei gibt und jede Einwirkung der staatlichen Gesetzgebung in das „freie Spiel der Kräfte" als störend und unberechtigt abweist. Wenn sich Übelstände aus der Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung ergeben, so werden sie allmählich ganz von selbst auch ohne Staatshilfe wieder verschwinden; werden z. B. in einem Geschäfts-

Digitized by Google

betrieb die Arbeiter zu sehr angestrengt, so werden sie weniger leisten, der Zugang wird nachlassen, und so wird der Betriebsherr von selbst darauf geführt, mäßigere Ansprüche zu stellen. Dieser „Manchestertheorie" gegenüber bildete sich seit 1872 unter den Lehrern der Volkswirtschaft die Richtung der „Kathedersozialisten" aus, als deren Haupt der Berliner Professor Gustav Schmoller (geboren 1838 in Heilbronn) gelten kann; sie wurden von ihren Gegnern so genannt, weil sie angeblich auf dem Katheder Sozialismus lehrten — sie verlangten, daß der Staat sich um die Zustände der arbeitenden Klasse, insbesondere um ihre Wohnungsverhältnisse, ihre Arbeitszeit, ihre gesundheitliche Lage bekümmere, daß er gesetzliche Vorschriften über diese Dinge erlasse und durch Anstellung von Fabrikinspektoren deren Durchführung beaufsichtige und sicher stelle. Da auch das Bank- und Börsenwesen große Übelstände zeitigte, so verlangten sie auch hier staatliches Eingreifen; überhaupt forderten sie weniger graue Theorie und mehr Rücksichtnahme auf die Wirklichkeit. Der „Verein für Sozialpolitik" faßte die Anhänger dieser Richtung zusammen. Das Zentrum hatte von Anfang an (vermöge seines Ausgehens von christlichen Grundsätzen und seiner Todfeindschaft gegen den Liberalismus mit dessen Forderung individueller Freiheit) auf seinem Programm den staatlichen Schutz der wirtschaftlich schwächeren Klassen, vornehmlich auch des Handwerks, und besonders Franz Hitze (geb. 1851, katholischer Priester, seit 1893 Professor in Münster) vertrat diesen Standpunkt mit großer Sachkunde und ehrlicher Hingabe in Wort und Schrift. Als besten Freund der Schwachen betrachtet das Zentrum die christliche Kirche; der Staat soll auf seinem Gebiete ihr Helfer sein. Ähnlich verhielt sich zu diesen Fragen auf evangelischer Seite die von dem Hofprediger Stöcker (1835—1909) 1878 gestiftete christlichsoziale Partei, die wegen ihres stark antisemitischen Einschlags besonders in Berlin großen Anhang gewann. Anfänglich eine Gruppe innerhalb der konservativen Partei, stellte sie sich 1895 auf eigene Füße. So ergab sich von vornherein die Tatsache, daß Bismarck bei wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformen mit einer anderen Mehrheit arbeiten mußte als im Kulturkampf.

Digitized by Google

So lange der hochverdiente Präsident des Reichskanzleramts, Rudolf Delbrück, im Amte war, folgte Bismarck, wie er am 4. Februar 1881 im Abgeordnetenhaus gesagt hat, ihm in wirtschaftlichen Dingen unbedingt und hielt also den Freihandel aufrecht. Als aber Delbrück im April 1876 unter Berufung auf seine Gesundheit zurücktrat, mußte Bismarck, da Delbrücks Nachfolger, der hessische Ministerpräsident Karl v. Hofmann (S. 45) — der erste Süddeutsche, der ein hohes Reichsamt erhielt — für ihn nicht ebenso Autorität war, sich selbst in wirtschaftlichen Fragen einarbeiten, und der fast einjährige Gesundheitsurlaub, den er 1877—78 nahm, gewährte ihm die dazu notwendige Muße. Dabei kam er zu der Erkenntnis, daß er bisher im Irrtum gewesen sei, wenn er das Freihandelssystem gutgläubig hingenommen hatte, daß Deutschland bei diesem System, das im Gegensatz zu der preußischen Zollgesetzgebung von 1818 und zu dem Grundgedanken des Zollvereins von 1834 mit dem französischen Handelsvertrag 1862 eingeführt worden war, allmählich vollständig sich verbluten müsse. Die andern Staaten schützten ihre Industrie durch hohe Schutzzölle gegen die deutsche Einfuhr, konnten aber ihre Waren auf den jedermann nahezu offenen deutschen Markt werfen und die deutschen Erzeugnisse in Deutschland selbst unverkäuflich machen. Die deutsche Landwirtschaft, für welche die fetten Jahre bei dem steigenden Wettbewerb selbst überseeischer Länder, wie z. B. Argentiniens, zu Ende gingen, befand sich in noch schlimmerer Lage wie die deutsche Industrie; auf fremde Industrieartikel waren doch wenigstens kleine Schutzzölle gelegt; landwirtschaftliche Erzeugnisse gingen ganz frei ein. So faßte Bismarck, im Einklang mit seinen zwei Vertrauten, den vortragenden Räten Lothar Bucher (1817—92) und Christoph Tiedemann (1836—1907), der besonders in den rheinischen Industrieverhältnissen gründlich bewandert war, den Plan, Industrie und Landwirtschaft, die sich bisher bekämpft hatten, unter ein Banner zu scharen durch die Losung: Schutz der gesamten einheimischen Arbeit, sowohl der Industrie als der Landwirtschaft! Für diesen Gedanken war in der Öffentlichkeit besonders der tapfere Herr v. Kardorff tätig (1828—1907, Führer der Reichspartei, Grund-

Digitized by Google

besitzer und Industrieller in Schlesien). Er veröffentlichte 1875 eine Flugschrift in schutzzöllnerischem Sinn „Wider den Strom", die großes Aufsehen hervorrief, und begründete am 15. Februar 1876 den „Zentralverband deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit", der bald großen Einfluß gewann. Im neuen Reichstag von 1878 hatte die Losung: Schutz der nationalen Arbeit! von vornherein eine feste Mehrheit, weil die 115 Konservativen und Freikonservativen und die 103 Abgeordneten vom Zentrum dafür eintraten; sie erhielten aber auch aus den kleineren Fraktionen der Polen und Elsässer und selbst aus den Reihen der Liberalen noch beträchtlichen Zuzug. Der Bundesrat setzte im Dezember 1878 eine Tarifkommission nieder, welche die gesamten Zollfragen einer umfassenden Prüfung unterzog und bis Ostern 1879 eine Vorlage über den neuen Zolltarif fertig stellte. Man kann keineswegs behaupten, daß dieser Tarif maßlos schutzzöllnerisch gewesen wäre; vielmehr ist es durchaus richtig, was Bismarck hervorhob, daß nur die ärgsten Fehler einer allzu optimistischen, ganz einseitig und rein theoretisch vorgehenden, vom Ausland im Stich gelassenen Freihandelspolitik verbessert wurden. Wenn ein liberaler Schriftsteller Oppenheim z. B. im Eifer behauptete, die neuen Kornzölle seien höher als die 1846 durch Robert Peel abgeschafften englischen, so lag die schreiende Unwahrheit solcher hetzerischer Phrasen offen zutage; die englischen Schutzzölle, die sich nach dem Marktpreis des Getreides richteten (gleitende Skala"), betrugen bis 1846, wo sie abgeschafft wurden, nach einem Durchschnittsanschlag etwa 30 % vom Wert des Korns; der deutsche Tarif von 1879 aber belegte 100 kg Roggen und Weizen mit 1 Mark Zoll, d. h. den Roggen mit 4 %, den Weizen mit 6 % vom Wert!*) Die Palme unter den Kämpfern für die Vorlage gebührte Bismarck selbst, der in einer Reihe von Reden im Reichstag (so am 2. Mai 1879) den maßvollen Charakter der Reform

*) Erst durch die Zolltarifnovelle vom 22. Mai 1885 ward der Weizen- und Roggenzoll auf 3 Mark für 100 kg, durch die vom Jahr 1887 auf 5 Mark erhöht. 1891 ward er auf 3,5 Mark vermindert, 1902 wieder auf mindestens 5 Mark für Roggen, 5,50 für Weizen erhöht.

Digitized by Google

betonte und darauf hinwies, daß es gelte, einmal der nationalen Arbeit durch mäßige Schutzzölle zu helfen und dann durch Finanzzölle*) für das Reich ergiebige Steuerquellen zu schaffen, damit es aus einem lästigen Kostgänger bei den Einzelstaaten deren freigebiger Versorger werde. Statt der Matrikularbeiträge, welche einen Kopf gleich dem andern belasten und das arme Thüringen ebenso anlegen wie das reiche Bremen oder Hamburg, statt der aufs höchste gesteigerten direkten Steuern müßten Steuern gesucht werden, die leichter getragen würden, indirekte Steuern auf Verbrauchsgegenstände, die nur in ganz kleinen Beträgen und über das ganze Jahr hin erhoben werden und auf die überdem das Reich durch seine Verfassung angewiesen sei. Bismarck unterließ auch nicht, die nationale Saite anzuschlagen; die Schaffung eines nationalen Wirtschaftsgebiets gegenüber den andern europäischen Wirtschaftsgebieten mußte auch der politischen Zusammengehörigkeit förderlich sein, und wenn die Einzelstaaten, statt vom Reich ausgesogen zu werden, von ihm mit Geldmitteln versorgt wurden, mußte ihr Interesse am Reich entsprechend wachsen.

Am 16. Mai 1879 fiel der erste Schlag, indem die Mehrheit, auf Betreiben des Liberalen Löwe-Calbe (S. 59) jeden Versuch der Zerlegung des Tarifs nach Finanz- und Schutzzöllen vereitelnd und entschlossen ihn als Ganzes, wie er gedacht war, anzunehmen, mit 228 gegen nur 88 Stimmen den erst 1877 gänzlich abgelehnten (S. 48) Eisenzoll (eine Mark für 100 Kilo Roh- und Brucheisen) herstellte. Auf dies hin trat der Präsident des Reichstags, der nationalliberale Oberbürgermeister Max v. Forckenbeck von Berlin (S. 48) vom Vorsitz zurück, und nun wurde der Konservative v. Seydewitz (1818—98) zum Präsidenten und ein Zentrumsmann, der Bayer Freiherr v. Franckenstein,

*) Die Schutzzölle haben den Zweck, die einheimische Arbeit vor fremdem Wettbewerb zu sichern; sie erfüllen ihren Zweck desto mehr, je weniger sie ertragen. Die Finanzzölle sollen dem Staat Geld schaffen, werden also auf Artikel gelegt, die das Land selbst nicht erzeugt, aber verbraucht (Kaffee, Tee usw.), und erfüllen ihren Zweck desto mehr, je mehr sie ertragen.

Digitized by Google

zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Die liberale Flagge, die von 1867—79 über dem Reichstag geweht hatte, ward herabgeholt und ist bis auf diesen Tag nicht wieder gehißt worden. Die Annahme des Zolltarifs wurde durch diese Vorgänge nur noch gewisser; aber noch bestand ein großes Bedenken. Wenn der Reichstag namhafte Zölle von voraussichtlich großem Ertrag bewilligte, so setzte er die Regierung in stand, von der Rücksichtnahme auf das Parlament, wenn sie wollte, abzusehen; die nötigen Geldmittel flossen ihr ja dann ganz von selber zu, ohne daß das Parlament noch etwas zu bewilligen brauchte; es wurde insoweit eigentlich aus der Reichsmaschinerie ausgeschaltet. Allerdings konnte ja von den eingehenden Geldern kein Pfennig ohne Genehmigung des Parlaments rechtmäßig verausgabt werden; aber den Parteien war gleichwohl der Gedanke, daß das Einnahmebewilligungsrecht tatsächlich größtenteils verloren gehen sollte, sehr unbehaglich. So schlug v. Bennigsen vor, den Kaffeezoll nicht für immer, sondern stets nur für ein Jahr in einer beweglichen, jeweils vom Reichstag zu bestimmenden, Höhe zu bewilligen und so wenigstens einen Teil der Einnahmen der regelmäßigen parlamentarischen Beschlußfassung vorzubehalten; ähnlich wird es in England gehalten. v. Franckenstein aber beantragte, den Jahresertrag aus den Zöllen und der Tabaksteuer, der die Summe von 130 Millionen Mark übersteige, nach Maßgabe der Bevölkerungsziffern den Einzelstaaten auszuzahlen; diese sollten dafür nach wie vor die Matrikularbeiträge in der jährlich vom Reichstag festzusetzenden Höhe entrichten. Dadurch sollten zwei Ziele mit einem Schlag erreicht werden: das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstags sollte erhalten und die Einzelstaaten an einer möglichst sparsamen Wirtschaft im Reich interessiert bleiben, da andernfalls das Reich sich an ihnen schadlos halten mußte. Die Nationalliberalen erblickten im Antrag Franckenstein einen Angriff auf die Reichsverfassung, deren Artikel 39 den gesamten Ertrag der Zölle dem Reich vorbehielt; v. Bennigsen erklärte, daß in diesem Antrag eine Änderung der Reichsverfassung in föderalistischem Sinne liege; er sei an sich für das Tarifgesetz; aber wegen dieser Zugabe müsse er es ablehnen. Vergebens bestritt Bismarck diese Wirkung der „Franckensteinschen Klausel“ und be-

Digitized by Google

tonte, daß die Hauptsache erreicht werde, die Eröffnung eigener Steuerquellen für das Reich; dessen Recht, nötigenfalls, wenn diese Steuerquellen nicht zureichen, von den Einzelstaaten Matrikularbeiträge zu fordern, worauf ja die Liberalen so großes Gewicht legten, und mit ihm die Finanzhoheit des Reichs über die Einzelstaaten bleibe bestehen. Der ganze Streit machte ihm ungefähr den Eindruck, „ob ich spreche von einem schwarzen Tuchrock oder einem Rock von schwarzem Tuch". Die Nationalliberalen in ihrer großen Mehrheit verharrten gleichwohl bei dem Entschluß, das mit der Klausel Franckenstein beschwerte Gesetz abzulehnen, was nicht verhinderte, daß es am 12. Juli mit 217 gegen 117 Stimmen (Nationalliberale, Fortschrittspartei, deutsche Volkspartei und Sozialdemokraten), also mit fast Zweidrittelmehrheit, genehmigt wurde. In einer Frage von einschneidender Bedeutung trat damit die Partei, welche bisher trotz mancher Reibungen als zuverlässige Stütze Bismarcks gegolten hatte, zu dem Reichskanzler in scharfen Gegensatz; aber 18 nationalliberale Abgeordnete, welche teils den Tarif billigten, teils den Ruck nach links nicht mitmachen wollten, voran Heinrich v. Treitschke, der Prophet und Historiker des neuen Reichs, die treuen Bayern Völk und v. Schauß, der wackere Schwabe Hölder, dann Bähr, Bauer, Feustel, Jäger, Klein, Kreutz, v. Ohlen, Max v. Puttkamer, Rentzsch, Römer, Servaes, Vogel, Wehrenpfennig und Zinn, traten darüber aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion — wenn auch nicht aus der Partei — aus. Am gleichen Tage, 12. Juli, ward der Reichstag unter Dankesbezeugung für seine mühevolle Arbeit geschlossen.

Fünftes Kapitel

Ende des Kulturkampfes

Nunmehr erfolgte auch das Ereignis, das seit längerer Zeit in der Luft lag: der Rücktritt des Kultusministers Dr. Falk. Es war nicht etwa Bismarck, der ihn zur Aufgabe seiner Stellung zwang; wenn auch der Kanzler niemals alle Einzelheiten der Maigesetze gebilligt, ja einzelne Bestimmungen, wie den Ausdruck „Absetzung" von Bischöfen — statt „Verhinderung an der Ausübung

Digitized by Google

ihres Amtes" —, für verfehlt gehalten hatte, so achtete er doch Falks ausnehmende Tüchtigkeit und die Lauterkeit seines Charakters hoch, war auch noch keineswegs geneigt, der rasenden ultramontanen See ein so hohes Opfer hinzuwerfen. „Ich will mir nicht vorwerfen lassen," sagte er nach Falks eigenem Zeugnis zu ihm, „daß ich Sie für 30 Silberlinge an das Zentrum verschachert habe", und er ließ sich von Falk am 1. Juli es schriftlich bestätigen, „daß dieser nicht deshalb zurücktrete, weil Bismarck seinen grundsätzlichen Standpunkt aufgegeben habe". Aber gleichwohl konnte auch Bismarck sich nicht verhehlen, daß Falk Grund hatte zu gehen und daß es wesentlich nur noch eine Frage der Zeit sein könne, wann er gehen solle oder müsse. Wir wissen, daß der König die liberalen Bestrebungen in der evangelischen Kirche und Theologie, welche Falk förderte, persönlich für unberechtigt und schädlich hielt; schon vor Jahresfrist war diese Verschiedenheit des Standpunkts so scharf in die Erscheinung getreten, daß Falk deshalb, nicht aber wegen des Kampfes mit Rom, um seine Entlassung gebeten hatte (S. 52). Noch schlimmer war das Verhältnis zur Königin Augusta, die nach dem Zeugnis ihrer Hofdame, der Gräfin Schimmelmann, mit den Jahren sich mehr und mehr der katholischen Weltanschauung näherte, mit dem fanatisch ultramontanen, von den Schweizern wegen Rechtswidrigkeiten 1873 ausgewiesenen Bischof Mermillod von Genf (1824—92) in Briefwechsel trat und in Zuschriften an katholische Vereine offene Kritik übte an einer Kirchenpolitik, die jedenfalls amtlich die ihres Gemahls war. Der Nuntius Galimberti, der etwas später eine Audienz bei ihr hatte, sagte von ihr: „Sie sprach fürwahr wie eine Katholikin". Bismarck empfand diese einflußreiche Gegnerschaft aufs bitterste. Man kann sich aber denken, wie erst Falk, der den Ultramontanen so tief verhaßte Staatsmann, unter der Ungnade und Mißbilligung der hohen Frau gelitten haben muß, welche es als ihre besondere Aufgabe ansah, sich der katholischen Preußen anzunehmen, selbst gegen ihren Gemahl und dessen Minister. Endlich aber: die neue Mehrheit des Reichstags war zum Teil protestantisch-konservativ und orthodox, zum Teil ultramontan, wie sie wirtschaftlich schutzzöllnerisch war; die gesamte Lage hatte sich, wie Falk selbst in seinem zweiten Ent-

Digitized by Google

lassungsgesuch vom 29. Juni sagte, gänzlich verändert. Falk hatte keine Mehrheit im Reichstag mehr hinter sich; er mußte sie, das war zweifellos und das haben die Wahlen vom Herbst 1879 bewiesen, demnächst auch im preußischen Abgeordnetenhaus verlieren; sein Bleiben konnte nur noch das Gelingen der Zoll- und Steuerreform gefährden, falls das Zentrum den Standpunkt einnahm, einem Ministerium, in dem Falk saß, nichts zu bewilligen. So wurde vereinbart, daß der Rücktritt erfolgen solle, daß er aber sozusagen des Anstands wegen noch ein paar Wochen verschoben werde bis nach Schluß des Reichstags. Das Justizministerium, das durch des trefflichen Leonhardt (S. 15) Rücktritt eben frei wurde und das Bismarck Falk auch jetzt noch anbot, lehnte er ab; er mochte nicht, nachdem er ein politischer Minister gewesen war, ein bloßer Geschäftsminister werden und wollte auch an dem nun zu erwartenden Abbruch seiner Gesetzgebung nicht mitwirken. Auch den persönlichen Adel lehnte er ab. So erhielt er am 13. Juli 1879 seine Entlassung. Sein Nachfolger war ein Vollblutkonservativer, wie das der gesamten Lage entsprach, Robert v. Puttkamer (1828—1900), bisher Oberpräsident von Schlesien, der indessen keineswegs die Maigesetze grundsätzlich preisgab, sie zunächst nur milder handhabte. Kurz vorher, am 5. Juli, hatte auch der nationalliberale Hobrecht das Finanzministerium an den Konservativen Bitter abgegeben.

Die politische Annäherung, welche der Kampf um den Zolltarif zwischen Bismarck und dem Zentrum herbeigeführt hatte, und die Erkenntnis, daß mit Leo XIII. eher als mit seinem Vorgänger zu einem billigen Abkommen zu gelangen war, gaben den Anlaß, daß im Sommer 1879 durch den deutschen Botschafter in Wien, den Prinzen Heinrich VII. Reuß, Verhandlungen mit dem dortigen Pronuntius Jacobini gepflogen wurden. Bismarck hatte dann selber, während er in Gastein zur Kur war, vom 15.—19. September mit Jacobini Besprechungen, und der Botschafter spann in Wien den Faden mit dem römischen Diplomaten fort. Man kam aber keinen Schritt weiter, weil Bismarck nicht mehr anbieten zu dürfen glaubte als das Niederlegen der Waffen, nicht aber deren Auslieferung; er wollte wohl die Anwendung der Maigesetze zeit-

Digitized by Google

weilig unterlassen, nicht aber diese Gesetze selbst abschaffen. Jeder neue Papst, erklärte er, kann eine neue Haltung einnehmen, eine friedliche oder eine kriegerische; man kann also dem Staat nicht zumuten, daß er, weil der gegenwärtige Papst friedlich gesinnt ist, sich auch für eine möglicherweise ganz anders geartete Zukunft wehrlos mache. „Wir müssen auf beiden Seiten in der Lage sein, daß ein Schwert das andere in der Scheide hält." Die Kardinalskommission aber, von der Jacobini Anweisungen erhielt, wollte die Unterwerfung Preußens unter die römische Kirche. Dazu kam, daß Bismarcks Hoffnung, das Zentrum werde sich der Regierung gegenüber dauernd freundlich verhalten, sich durchaus nicht erfüllte. Der Kanzler führte vielmehr in einer zunächst vertraulichen, bald auch veröffentlichten Depesche an Prinz Reuß vom 20. April 1880 bittere Klage über das Zentrum, das die Regierung im Landtag auf allen Gebieten angegriffen habe, ihr in der Militärfrage (wo es sich gegen die Erneuerung des 1874 beschlossenen Septennats aussprach), beim Sozialistengesetz (dessen Erstreckung auf weitere $2^1/_2$ Jahre es ablehnte) und bei den Steuervorlagen (hierüber siehe weiter unten in Kapitel 11) geschlossen gegenüberstehe und jede reichsfeindliche Bestrebung unter seinen Schutz nehme. „Mag eine solche von den Sozialisten, von den Polen oder von der welfischen Fronde ausgehen — das System bleibt konstant dasselbe: die Regierung des Kaisers nachdrücklich zu bekämpfen. Wenn man nun sagt, daß diese Fraktion irre geleitet werde durch einige Führer, so ist mir das nicht glaublich angesichts der Tatsache, daß so viele Geistliche, hohe und niedere, unmittelbare Mitglieder dieser regierungsfeindlichen Fraktion sind und daß deren Politik, den Sozialisten Beistand zu leisten, von den Mitgliedern des reichsten und vornehmsten Adels unterstützt wird. Ein Wort vom Papst oder von den Bischöfen, auch nur der diskretesten Abmahnung, würde diesem unnatürlichen Bunde des katholischen Adels und der Priester mit den Sozialisten ein Ende machen. Solange statt dessen die Regierung in den Grundlagen ihrer Existenz durch die römisch-katholische Fraktion bekämpft wird, ist für sie eine Nachgiebigkeit ganz unmöglich . . . Die Priester verweigern die Seelsorge aus politischen, dem Laien schwer verständlichen Motiven (nämlich weil

Digitized by Google

sie die Maigesetze, welche dem widerspenstigen Geistlichen die Seelsorge unmöglich machen, nicht anerkennen wollen; sobald sie das täten, wäre die Seelsorge unbehindert) . . . Zu andern Zeiten und in andern Ländern haben wir gesehen, daß die katholische Geistlichkeit unter sehr viel härteren Bedingungen, ja unter großen Gefahren und Demütigungen dennoch die Gläubigen, die ihrer bedurften, nicht unbefriedigt ließ . . . Wenn die heutige Hierarchie lieber den Gläubigen die Wohltaten der Kirche versagt, als sich den weltlichen Gesetzen fügt, so werden Kirche und Staat die Folgen tragen müssen, welche Gott und die Geschichte darüber verhängen."

Da sonach ein direkter Friedensschluß mit dem Papst, der das Zentrum ruhig seine regierungsfeindliche Haltung weiter einnehmen ließ, und mit dem Zentrum selbst nicht angängig war, so betrat Bismarck einen anderen Weg: er suchte durch einseitig staatliche Gesetzgebung, ohne Hereinnahme des Papstes, ohne vorherige Vereinbarung mit dem Zentrum, den friedlichen Zustand herzustellen. Wenn, so rechnete er, die gerechten Beschwerden der katholischen Bevölkerung — trotz der feindseligen Haltung des Zentrums gegen die Regierung — durch die Regierung und den Landtag abgestellt wurden, so mußte diese Bevölkerung Dank gegen die Regierung empfinden und sich vom Zentrum ganz oder doch so überwiegend abwenden, daß das Zentrum bei den Wahlen geschwächt und also für die Regierung weniger lästig und gefährlich wurde. Vielleicht, daß dann auch der Papst Anlaß nahm, dem Zentrum ins Gewissen zu reden und es zu einer regierungsfreundlicheren Haltung zu bestimmen. Dem Papst wurde mit allen diesen Erwägungen freilich ein gewisser Einfluß auf die inneren preußischen Dinge zuerkannt, aber doch nur einer, den er tatsächlich, wie nun einmal die Sache auf der katholischen Seite liegt, wirklich besaß. Aus längeren Beratungen ging schließlich eine Vorlage hervor, welche Puttkamer am 20. Mai 1880 bei dem Landtag einbrachte und welche der Regierung betreffs der Vorbildung der Geistlichen, des Bischofseides, der Wiedereinsetzung abgesetzter Bischöfe und der Wiederauszahlung der staatshaushaltgemäßen Zuschüsse an die katholische Kirche „diskretionäre Vollmachten" ge-

Digitized by Google

währen sollte; d. h. die Regierung sollte ermächtigt werden, die betreffenden Bestimmungen der Maigesetze je nachdem anzuwenden oder nicht. Der Landtag nahm diese Vorlage mit Abänderungen an (die Wiedereinsetzung abgesetzter Bischöfe z. B. wurde gestrichen); das Zentrum stimmte mit Nein, weil es der Regierung solche diskretionäre Vollmachten nicht zugestehen wollte. Auf Grund dieses Gesetzes vom 14. Juli 1880 drückte das Ministerium nunmehr bei kleineren Übertretungen der Maigesetze ein Auge zu; während von 4604 im ganzen vorhandenen katholischen Pfarreien 1103 ohne ordnungsmäßige Besetzung gewesen waren, wurden 963 wieder mit regelmäßigen Seelsorgern versehen, und nur 150 blieben noch ohne solche; aber auch in ihnen wurden von Zeit zu Zeit die Sakramente gespendet. Eine Wirkung auf die katholische Wählerschaft hatte dieses Einlenken aber nicht; bei den Reichstagswahlen vom 27. Oktober 1881 sanken die Konservativen auf 50, die Reichspartei auf 28, die Nationalliberalen (von denen sich im August 1880 ihr linker, schroff freihändlerischer Flügel unter Bamberger, Forckenbeck, Rickert und Lasker durch die sog. Sezession losgetrennt hatte, von 98 auf 47 herab, so daß die alte Mehrheit nur noch 125 Mann zählte, nicht einmal ein Drittel des Reichstags. Dagegen erstarkte die Linke sehr; der Fortschritt zählte 60, die Sezession 46, die deutsche Volkspartei 9, die Sozialdemokratie 12 Abgeordnete, die Polen 18, die Elsässer 15, die Dänen 2, und das Zentrum, statt zurückzugehen, brachte es mit den Welfen auf volle 110 Mann, nicht viel weniger als die drei bisher regierungsfreundlichen Fraktionen zusammen. Es hatte durchaus die Entscheidung in der Hand; je nachdem es ihm gut dünkte, konnte es eine Mehrheit für oder gegen Bismarck, eine mit der Rechten oder mit der Linken, bilden.

Auf die Herstellung des kirchlichen Friedens übten diese politischen Veränderungen insofern Einfluß, als die Regierung, wie Bismarck im Herrenhaus am 23. März 1887 gesagt hat, nur um so entschiedener sich bemühte, die gemäßigte katholische Bevölkerung, die den Streit lediglich aus kirchlichen Beweggründen, nicht aus politischen führte, zufrieden zu stellen und so dem Zentrum allmählich die Wurzeln abzugraben. Am 4. April 1882 wurde der

Digitized by Google

erfahrene Diplomat Kurt v. Schlözer (1822—94), nachdem der Landtag die Mittel bewilligt hatte, zum preußischen Gesandten beim Vatikan ernannt; er förderte die Sache des Friedens mit großem Geschick, indem er, den eigensten Absichten des Königs entsprechend, betonte, daß der ganze Kulturkampf schließlich von der Frage ausgegangen sei, ob in Preußen der König oder eine ausländische Macht regiere, daß nach Anerkennung des Grundsatzes von der Selbständigkeit der preußischen Gesetzgebung der Staat der Kirche tatsächlich alle erlaubte Rücksicht beweisen werde, daß aber zu dieser Anerkennung Nachgiebigkeit der Kurie in Sachen der Anzeigepflicht betreffs der vom Bischof zu ernennenden Geistlichen gehöre. Nach einem Brief des Königs Wilhelm I. an den ihn immer mit Denkschriften gegen den Kulturkampf bestürmenden katholischen Historiker Alfred v. Reumont (vom 9. Februar 1882) „verstand Leo XIII. die Berechtigung dieses Standpunkts vollkommen und bewies bei jeder Gelegenheit sein Entgegenkommen"; wer das nicht nachahmte, „war päpstlicher als der Papst". Freilich enthielt das Problem der Anzeigepflicht eine große Schwierigkeit. Wurde sie ernst genommen, so mußte, wenn der Staat einen zur Ernennung dem Oberpräsidenten angezeigten Priester aus bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gründen beanstandete, dem Staat das letzte Wort verbleiben; dann stand einem wesentlich protestantischen Staat die letzte Entscheidung über die Besetzung der katholischen Pfarreien zu. Wurde die Pflicht nicht ernst genommen, so sank die Anzeige zur bloßen Form herab, „zur Abgabe einer Visitenkarte der Kirche beim Staat". So ist es kein Wunder, wenn die Herstellung des Friedens sehr lange Zeit bedurfte und nach dem Gesetz von 1880 nicht weniger als vier weitere „Friedensgesetze", also zusammen fünf, von dem Kultminister v. Goßler (1838—1902), der im Juni 1881 nach Puttkamers Übertritt ins Ministerium des Innern dessen Nachfolger geworden war, beim Landtag eingebracht wurden, 1882, 1883, 1886 und 1887. Für das zweite Gesetz (1882), das die Wiederanerkennung abgesetzter Bischöfe gestattete und das sog. Kulturexamen (S. 33) für diejenigen Kandidaten der Theologie beseitigte, welche auf einer Universität oder einem entsprechenden kirchlichen Seminar Vorlesungen über Philosophie, Geschichte und deutsche

Digitized by Google

Literatur mit Fleiß gehört hatten, stimmte auch das Zentrum. Das dritte Gesetz (1883) befreite die Bischöfe von der Pflicht, auch Aushilfspfarrer anzuzeigen, und gestattete den gesetzmäßig angestellten Pfarrern, in erledigten Kirchspielen aushilfsweise Amtshandlungen vorzunehmen. Das vierte Gesetz (1886), zu dessen Verabschiedung der ins Herrenhaus berufene Bischof Kopp von Fulda (geb. 1837) viel beitrug, schaffte das „Kulturexamen" ganz ab, gestattete den künftigen Geistlichen den Besuch kirchlicher Seminare statt der Hochschulen (wobei dem Minister das Recht die betreffende Seminare zu bezeichnen verblieb), beseitigte den kirchlichen Gerichtshof samt den staatlichen Rechten, um derentwillen er 1873 geschaffen worden war, erlaubte den Orden für Krankenpflege auch Waisenanstalten, Rettungshäuser und Haushaltschulen zu errichten, und gab das Lesen stiller Messen und das Spenden der Sterbesakramente unter allen Umständen frei. Das fünfte Gesetz endlich (1887) ließ auch beschauliche Orden in Preußen wieder zu, gestattete den Orden die Aushilfe in der Seelsorge, die Übung christlicher Nächstenliebe und den Unterricht von Mädchen, hob das Gesetz über die kirchlichen Straf- und Zuchtmittel auf, ließ auch ausländische Studenten zum Besuch der kirchlichen Seminare zu und bestimmte bezüglich der Anzeigepflicht, daß sie bloß auf endgültig zu ernennende Pfarrer sich beziehe und daß der Einspruch des Oberpräsidenten gegen einen Pfarrer sich auf bestimmte Tatsachen aus dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiet gründen müsse (also nicht bloß auf Ansichten, bezw. Vorurteilen beruhen dürfe). Dieses letzte Gesetz wurde unter dem Eindruck eines päpstlichen Schreibens an den neuen Erzbischof von Köln, Krementz, zustande gebracht, in welchem Schreiben Leo XIII. alle bisher erreichten Vorteile — Wiedereinsetzung von Bischöfen und Pfarrern, Rückgabe des Rechts der Priestererziehung an die Bischöfe, Rückkehr einiger Orden — hervorhob, dem neuen Gesetz es nachrühmte, daß es den Zugang zum Frieden eröffne, und, „um nicht ein sicheres Gut der unsicheren Erwartung eines größeren Gutes vorzuziehen", seinen Entschluß ankündigte, zu halten, was er habe, und — getreu seinen schon vor sieben Jahren gemachten Versprechungen — die Anzeige der auf Dauer zu ernennenden Geistlichen durch die Bischöfe

Digitized by Google

an die Oberpräsidenten zuzugestehen. Infolge dieser Entscheidung stimmte das gesamte Zentrum am 27. April 1887 für das Gesetz, mit ihm die große Mehrzahl der Konservativen; mit Nein dagegen stimmten die Deutsch-Freisinnigen, wie sich die seit 1884 auf den Rat des liberalen Kronprinzen *) vereinigten Fortschrittler und nationalliberalen Sezessionisten nannten, die Mehrzahl der Nationalliberalen und der Freikonservativen und ein Teil der Konservativen. Das Stimmenverhältnis war 243 gegen 99; 43 von den Nationalliberalen und Konservativen enthielten sich der Abstimmung.

Kurz nach diesem bedeutsamen Beschluß wurde die Frage der Anzeigepflicht durch Verhandlungen mit Rom vollends zum Abschluß gebracht. Die preußische Regierung gab dem Papst die bestimmte Zusage, daß sie das ihr gewährte Einspruchsrecht gegen Geistliche nur dann anwenden werde, wenn bestimmte Tatsachen aus dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiet seitens eines Geistlichen vorlägen, welche ihn als ungeeignet für die betreffende Stelle erscheinen ließen, nicht aber, wenn ein Geistlicher nur seine staatsbürgerlichen Rechte ausgeübt oder eine kirchliche Amtspflicht erfüllt habe. Der Sinn dieser Klausel war, daß ein Geistlicher nicht deswegen beanstandet werden darf, wenn und weil er als politischer Agitator tätig gewesen ist oder etwa gegen gemischte Ehen und evangelische Kindererziehung in solchen Ehen auftritt. Beanstandungen aus den erwähnten Gründen aber hatte nun auch die Kirche als endgültig anzunehmen.

Hierauf erfolgte die förmliche Ankündigung seitens Leos XIII., daß der Kulturkampf als beendigt zu erachten sei. Es geschah dies am 23. Mai 1887 durch eine Ansprache des Papstes an ein öffentliches Kardinalskonsistorium, in welcher er

*) Diese Tatsache des Eingreifens des Kronprinzen ist von dem früheren Reichstagsabgeordneten Schmidt-Elberfeld auf dem Parteitag der freisinnigen Volkspartei am 13. September 1907 öffentlich mitgeteilt worden. Die Vereinigung der beiden Parteien sollte dem Liberalismus mehr Gewicht und Einfluß verschaffen; sie ging aber 1893 wieder in die Brüche.

Digitized by Google

bezeugte: „Erledigt ist, dank der Hilfe Gottes, eine langwierige und mühevolle Aufgabe; jenem erbitterten Kampfe, welcher die Kirche schädigte und dem preußischen Staat keinesfalls nützte, ist ein Ende gesetzt" — finis impositus. Dem preußischen Beispiel folgend haben auch Baden (1880) unter dem Ministerium Turban (1876—93) und Hessen (1887 und 1889) die von der römischen Kirche für unannehmbar erklärten Gesetze über die Vorbildung des Klerus, bezw. über den Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt wieder aufgehoben.

Die Art, wie dieses Ende eines mehr als fünfzehnjährigen Kampfes bei den verschiedenen Parteien aufgenommen wurde, ist für eine gerechte Beurteilung der maßgebenden Personen sehr bedeutsam. Auf der einen, der liberalen, Seite herrschte das Gefühl einer schweren Niederlage der Staatsgewalt vor. Der nationalliberale Abgeordnete Professor Dr. Gneist (1816—95), einer der ersten Staatsrechtslehrer der Zeit, bezeichnete es als ein schweres Unglück, daß der Staat, in dem beide Konfessionen überall durcheinanderwohnen und der auf deren friedliche Gesinnung angewiesen sei, sich jeden Einflusses auf die Erziehung des katholischen Klerus begebe, dem er doch maßgebenden Einfluß auf die Volksschule einräume. Gneist sprach auch die Besorgnis aus, daß die Anzeigepflicht dadurch werde umgangen werden, daß die Bischöfe Hilfspfarrer statt dauernder Pfarrer bestellen oder daß sie das Pfarramt einen „Auftrag zur Lesung der Messe und Spendung der Sakramente" nennen werden, welche Handlungen ja nunmehr durchaus freigegeben waren. Selbst Professor Virchow von der Fortschrittspartei, welche manche Gesetze wie das gegen die Jesuiten als dem Liberalismus zuwiderlaufend bekämpft hatte, hielt die Anzeigepflicht für mangelhaft geschützt und war deshalb gegen den Frieden, während allerdings wieder sein Fraktionsgenosse Eugen Richter, der rührigste Agitator seiner Partei und Bismarcks verbissenster Gegner, diesem aus der Festhaltung der Anzeigepflicht ein Verbrechen machte und darin die Absicht sah, die katholische Priesterschaft zu knechten und den „Kanzlerabsolutismus" noch weiter auszudehnen. Im ganzen traf doch Virchow die damalige Stimmung der liberalen Kreise, wenn er Bismarck an sein Wort vom 14. Mai 1872 „nach Canossa

Digitized by Google

gehen wir nicht!" (S. 27) erinnerte und meinte, der Kanzler habe jetzt eine Umkehr vollzogen, die mit dem Weg nach Canossa auf derselben Linie stehe. Es war kein Wunder, wenn schon 1886 der „evangelische Bund zur Verteidigung der deutsch-protestantischen Interessen" sich bildete, um in die Lücke zu treten, welche das Zurückweichen der Staatsregierung eröffnet habe.

Urteilten so die Liberalen, so ertönten entgegengesetzte Stimmen aus dem ultramontanen Lager. Ein Blatt vom Rhein schrieb: „Es ist in der Weltgeschichte nicht selten vorgekommen, daß eine siegreiche Armee gerade in dem Augenblick, wo sie im Begriff steht, den stolzen Feind zur Übergabe seiner letzten Bollwerke zu zwingen, sich durch diplomatische Ränke verraten und verkauft sieht . . . Dann knirschen die Soldaten einer solchen Armee vor Wut und Ärger . . . Was über die traurigen Resultate der diplomatischen Verhandlungen zwischen Rom und Berlin verlautet, ist leider wohl geeignet, aus dem Geduldigsten die Nöte des Zornes in das Angesicht zu treiben." Und ein anderes Blatt äußerte: „Der heilige Vater Leo XIII. hat im Gegensatz zu seinem Vorgänger Pius IX., zu den preußischen Bischöfen, zum Klerus, zum katholischen Volk Preußens der Staatsregierung die Falksche Anzeige zugestanden, gegen die wir vierzehn Jahre siegreich gekämpft haben. Es ist eine schwere Prüfung über uns verhängt. Auf den Grabstein des Zentrums müssen die Worte kommen: ‚Von den Feinden nie besiegt, von den Freunden nie verlassen, aber vom Papste, für dessen Rechte es siebzehn Jahre gestritten und gelitten, verleugnet.'" In einer großen Bischofsstadt, erzählt der klerikale Geschichtschreiber des Kulturkampfes, Paul Majunke, pflegte ein Vincenzverein alljährlich ein Papstfest zu veranstalten. Die Mißstimmung gegen Leo XIII. war 1887 in jener Stadt so groß, daß der Vorsitzende des Vereins zu dem Leofeste keinen Festredner aus dem zahlreichen Klerus des Bischofssitzes bekommen konnte, er sich vielmehr an einen Landgeistlichen wenden mußte.

Diese ganz entgegengesetzten Urteile zeigen schon von selbst, daß es unrichtig wäre, in dem Ausgang des Kulturkampfes einen völligen Sieg einer der beiden streitenden Parteien zu sehen. Gewiß hat der Staat eine Reihe von Stellungen wieder räumen müssen,

Digitized by Google

die er im Laufe des Kriegs besetzt hatte, und es hat ganz den Anschein, als ob das Schlachtfeld schließlich mit den Leichen von Staatsgesetzen übersät gewesen wäre. Aber Bismarck hat von Anfang an nicht im Sinn gehabt, alle „Maigesetze" dauernd aufrecht zu halten; er hatte von Anfang an die Hoffnung ausgesprochen, daß in Rom auch wieder andere Strömungen obenan kommen würden, so daß man zum Frieden gelangen werde (vgl. S. 45). Schon am 10. März 1873 hat er gesagt: „Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum ist zu beurteilen wie jeder andere Kampf; er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse; es hat friedliche Päpste gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben." Der Friedensschluß war nun erfolgt, und wenn der Staat ihn mit Opfern erkaufen mußte, so hatte die römische Kirche deren nicht minder zu bringen. Es überdauerten den Kulturkampf und bestehen heute noch zu Recht die Aufhebung der katholischen Abteilung, die Anzeigepflicht, der Kanzelparagraph, die Zivilehe, das Verbot jesuitischer Niederlassungen im Reich, die Teilnahme der Gemeinden an der kirchlichen Vermögensverwaltung, das Verbot von Knabenschulen der Mönchsorden, die staatliche Schulaufsicht. Aufgegeben wurde der Versuch, den katholischen Klerus durch staatliche Vorbildung zu nationalisieren, die Kirche in ihrer Disziplinargewalt gegen die Geistlichen zu beschränken, einen kirchlichen Gerichtshof als oberste Instanz über die Kirche zu stellen, Mönchs- und Nonnenorden mit Ausnahme der Orden für Krankenpflege abzuschaffen; die Anzeigepflicht wurde nun für endgültig anzustellende Pfarrer, nicht aber für Hilfspfarrer aufrecht erhalten; nach Bismarcks Sturz, am 6. Mai 1890, fiel auch das Expatrierungsgesetz. Vergleicht man Soll und Haben beider Teile, so kann man unmöglich behaupten, daß der Staat vollkommen die Waffen gestreckt habe; er verzichtete im wesentlichen nur auf die Gesetze, welche ins innerste Wesen der römischen Kirche, wie sie nun einmal ist, eingriffen, denen gegenüber sie sagen mußte: sit ecclesia, ut est, aut non sit, und die deshalb besser nie erlassen worden wären. Wenn man allerdings recht hätte zu behaupten, daß Bismarck und Falk die katholische Kirche in Deutschland zu einer nationalen Kirche hätten umgestalten wollen — wie dies

Digitized by Google

Heinrich VIII. von England im 16. Jahrhundert getan hatte und wie es in Frankreich die Gallikaner erstrebten —, dann müßte man sagen, daß dieser Versuch gründlich gescheitert ist; die römische Kirche kam in Deutschland durch den Kulturkampf weit leichter über die Folgen der Unfehlbarkeitserklärung weg, als es vielleicht sonst geschehen wäre, und sie stand nachher dank der im Kampf geschaffenen Organisation des Zentrums machtvoller in unserem Vaterlande da als jemals zuvor. Die Katholiken, welche dem Staat in diesem Kampf gegen den Ultramontanismus beigestanden waren, galten ihren Glaubensgenossen als schnöde Verräter; die wenigen „Staatspfarrer" ließ der preußische Staat selbst schließlich 1886 notgedrungen im Stich, so daß sie ihre Stellen aufgeben mußten und fern von ihren Gemeinden ihre Pension verzehrten, die ihnen meist vom Staat, nur in einer Diözese aus kirchlichen Mitteln gewährt wurde.

Wenn man nach den Gründen fragt, aus denen Bismarck den Frieden mit der Kurie abschloß, so ist in erster Linie darauf hinzuweisen, daß der Kampf die Stellung der Nation nach innen und außen schwächte; nach innen, wo die Sozialdemokratie von dem Hader der bürgerlichen Parteien, die auch bei Stichwahlen sich zu verständigen nicht vermochten, großen Nutzen zog; nach außen, wo die Feinde Deutschlands auf dessen Zerfall zu hoffen anfingen. In einer Rede vom 21. April 1887 hat Bismarck diesen Gesichtspunkt selbst ausgesprochen, „daß wir, ehe wir schweren Prüfungen in auswärtigen und inneren Kämpfen ausgesetzt werden, alle inneren Streitigkeiten achten sollten, die in der Tat entbehrlich für uns sind".

Ein weiterer Grund war, daß das Zentrum sich nach Bismarcks Wort als ein „unüberwindlicher Turm" erwies und man, wenn es nicht zu besiegen war, wohl oder übel mit ihm rechnen mußte.

Drittens unterstützte das Zentrum, wie wir sahen, die Zoll- und Steuerreform von 1879 und leistete später auch bei der Sozialreform wertvollen Beistand. Gegen eine Fraktion aber, von der sie gelegentlich unterstützt wird, kann eine Regierung auf die Dauer nicht feindselig bleiben, sondern wird das Entgegenkommen gleichmäßig erwidern. Die liberalen Parteien dagegen ließen Bismarck

Digitized by Google

1879 völlig im Stich, und die Konservativen waren von Anfang an Gegner des Kulturkampfes, was besonders seit ihrer Verstärkung durch die Wahlen von 1878 schwer ins Gewicht fiel.

Schließlich kann man nicht verkennen, daß die Maigesetzgebung in verschiedenen Punkten zu weit ging und von dem Gedanken getragen war, daß der Staat die Quelle alles Rechts sei, daß er gesetzlich festsetzen könne, was er für gut finde, und daß er für alles derart unbedingten Gehorsam zu fordern befugt sei. Wenn das Zentrum diesem Standpunkt mit aller Kraft sich entgegenstemmte, so hatte es die Autorität für sich, welche der Kirche und der Familie unveräußerlich neben dem Staat innewohnt, und es verteidigte deren Rechte und Freiheiten gegen den „omnipotenten" Staat, den ein berühmter englischer Schriftsteller des 17. Jahrhunderts, Thomas Hobbes, einen Leviathan, ein alles verschlingendes Ungeheuer genannt hat — allerdings unter voller Billigung dieser schrankenlosen Staatsmacht.

Sechstes Kapitel

Frankreich 1871—1879

Die große Mehrheit der am 8. Februar 1871 gewählten französischen Nationalversammlung bestand aus Anhängern des Königtums; zu den Republikanern gehörten unter 750 Mitgliedern nur etwa 230. Von der royalistischen Mehrheit von ungefähr 500 Abgeordneten entfielen drei Viertel auf die Orleanisten, ein Viertel auf die Legitimisten. Bonapartisten waren bei dem durch Sedan hervorgerufenen Umschwung der nationalen Stimmung, die noch im Mai 1870 so überwiegend für das Kaisertum gewesen war, nur etwa 30 vorhanden. Die Nationalversammlung gab ihrer royalistisch-konservativen Grundfarbe sofort dadurch Ausdruck, daß sie am 10. März 1871 ihren Sitz von Bordeaux weg nicht nach Paris verlegte, das den Konservativen als „Vorort des organisierten Aufstandes, als Brutstätte der revolutionären Ideen" verhaßt war, sondern nach Versailles, der stillen, aristokratischen, von großen

Digitized by Google

Erinnerungen an die alte Monarchie erfüllten Landstadt, die von 1682—1789, über hundert Jahre lang, die amtliche Residenz Frankreichs gewesen war. So trat sofort ein scharfer Gegensatz zwischen der Volksvertretung und dem „Herzen Frankreichs", Paris, hervor; diese Stadt, unter Napoleon III. die glänzendste Metropole Europas, verlor ihren Vorrang im eigenen Land, wurde sozusagen vom Thron gestoßen, und was für den Augenblick geschehen war, wurde voraussichtlich für immer festgelegt, wenn es der Nationalversammlung gelang, das Königtum herzustellen. Schon am 15. Februar, als die Absichten des Parlaments sich enthüllten, bildete sich ein „Zentralkomitee" in Paris, das am 6. März beschloß, falls die Nationalversammlung Paris nicht mehr als Hauptstadt anerkenne, das Departement der Seine, d. h. eben Paris, als unabhängige Republik einzurichten. Die Gärung wuchs, als die Nationalversammlung den „Sold der Arbeitslosen" (im Betrag von anderthalb Franken für den Tag) aufhob und nur denen, welche einen Bedürftigkeitsnachweis erbringen könnten, fernere Unterstützung gewähren wollte; damit wurden 2—300 000 Männer, die bisher auf öffentliche Kosten gelebt hatten und deren einzige Leistung im Tragen eines Gewehrs bestand, aufs Pflaster gesetzt. Diese „Nationalgarde" besaß aber 170 Kanonen, die auf dem Montmartre untergebracht waren. Bismarck hatte die Hauptstadt beim Waffenstillstand entwaffnen wollen; aber der verblendete Jules Favre hatte sich aufs äußerste gegen diesen Schimpf gesträubt; nun hatte Frankreich die Folgen zu tragen. Natürlich konnte man diese Geschütze jetzt nicht in den Händen der Nationalgarde lassen, ohne zugleich ihr Paris zu überantworten; also befahl Thiers (1797 bis 1877), der als erfolgreicher Unterhändler des Friedens für den Retter Frankreichs angesehen ward und von der Nationalversammlung zum „Oberhaupt der ausführenden Gewalt" (chef de l'exécutive) erwählt worden war, daß die Generäle Thomas und Lecomte die Kanonen wegschaffen sollten. Es war ihr Verderben: beide wurden am 18. März von der Nationalgarde festgenommen und kurzerhand als Volksverräter erschossen. Thiers verlegte nun auch den Sitz der Regierung aus Paris nach Versailles, wo allein ihre Mitglieder des Lebens sicher waren, und ließ aus Mangel an Truppen auch

Digitized by Google

die Forts links der Seine räumen, aus denen die Deutschen nach Annahme des Friedensschlusses durch die Nationalversammlung (am 1. März) abgezogen waren; die Forts rechts der Seine waren noch im Besitz der Deutschen, unter deren Augen nun der Bürgerkrieg begann. Paris wählte einen Stadtrat, den conseil général des Departements, wobei freilich von 481 000 Wählern nur 224 000 ihr Stimmrecht ausübten; die Mehrheit der Generalratsmitglieder, 70 unter 90, gehörte der Partei der Aufrührer an, und Generalrat und Zentralkomitee bildeten am 28. März die Regierung der sog. Commune de Paris, der Pariser Gemeinde. Der Name der Kommune hat an sich mit dem Kommunismus und Sozialismus noch nichts zu tun; an sich konnte eine solche Kommune auch aristokratisch und royalistisch verwaltet werden; tatsächlich aber gehörten allerdings die treibenden Geister dieser Kommune den Kommunisten oder Sozialisten an, nach der Ausdrucksweise von 1793 den Sansculotten oder Jakobinern, und das neue Regiment erließ auch am 20. April eine Erklärung, daß es jakobinisch sein und die Überlieferungen von 1793 neu beleben wolle. Während aber damals Paris Frankreich tyrannisierte und wie an Fäden gelenkt hatte, besagte die Erklärung, daß zwar die Republik die endgültige Regierungsform Frankreichs sein sollte, aber nicht die einheitliche, zentralisierte, sondern die föderative, dezentralisierte Republik. Paris sollte sich innerhalb dieser Republik der vollsten Selbstregierung erfreuen, die ihre Grenze nur an der ebenso unbedingten Autonomie der anderen Gemeinden finden sollte. Der Kommune sollte unterstehen der Gemeindehaushalt, die Festsetzung und Verteilung der Steuern, die Wahl aller Gemeindebeamten, die innere Polizei, das Schulwesen, die Organisation der Nationalgarde (Bürgerwehr), welche selbst ihre Offiziere wählen und die Ordnung aufrecht halten sollte. Das bedeutete, nachdem eben erst die Deutschen Frankreich überwältigt und ihm anderthalb Provinzen abgenommen hatten, die völlige Auflösung des Rests von Frankreich in fast souveräne Gemeinden. Die Zentralgewalt, soweit man überhaupt eine bestehen lassen wollte, sollte durch einen Ausschuß der zur Republik „föderierten" Gemeinden gebildet werden.

Digitized by Google

Frankreich hätte seine ganze Geschichte verleugnet, die ein stetig engeres Zusammenwachsen aller seiner Teile aufweist, wenn es diese Bestrebungen hätte gewähren lassen; das Werk der Jahrhunderte, die Arbeit dreier Dynastien wäre mit einem Schlag vernichtet worden. Man kann begreifen, daß das Übermaß an Zentralisation, das allmählich sich in Frankreich entwickelt hatte, eine Reaktion hervorrief; auch kann man es mit Staunen bemerken, daß nunmehr gegen jenes Erbe der Monarchie, der das französische Volk abermals sich zuzuwenden schien, die republikanischen und sozialistischen Tendenzen sich erhoben. Aber diese Bestrebungen liefen doch dem französischen Geist so sehr zuwider, daß ihr Sieg nur bei dessen völliger innerer Umwandlung denkbar gewesen wäre. Der Widerstand der Nation gegen die neuen Bestrebungen war um so tatkräftiger, als das Prinzip der Gemeindeselbständigkeit sich mit dem Sozialismus offen verband; das Ziel dieser Kommune war der Kommunismus; die Gewalt und der Besitz, so sagte die Erklärung vom 20. April, sollen nicht mehr nur einigen wenigen gehören, sie sollen allgemein werden.

Die Anhänger der Kommune machten den Versuch, ihre Ansichten auch anderwärts zur Geltung zu bringen, in Lyon, St. Etienne, Toulouse, Limoges, Marseille; aber diese Versuche wurden überall unterdrückt, und der Marsch auf Versailles, den die „Kommunards" am 3. April auf drei Straßen unternahmen, wurde von dem Heer, das der Regierung treu blieb, blutig zurückgeschlagen und einige gefangene Anführer der Aufständischen ohne lange gerichtliche Verhandlung kurzweg erschossen. Als dann das Heer durch die aus der deutschen Gefangenschaft zurückkehrenden Soldaten verstärkt war, ging es unter dem Oberbefehl des Marschalls Mac Mahon zum Angriff auf Paris vor, machte sich nach heftiger Beschießung wieder zum Herrn der Forts und drang am 21. Mai, 70000 Mann stark, an einer nicht bewachten Stelle bei Point du Jour in die Stadt ein, die dann in der „blutigen Woche" vom 21. bis 28. Mai durch einen fürchterlichen Straßenkampf eingenommen wurde. Nicht weniger als 500 Barrikaden mußten mit dem Bajonett erstürmt werden. Als die Kommunards sahen, daß ihre Sache verloren war, erschossen sie die angesehenen

Digitized by Google

Männer, welche sie als Geiseln für die Sicherheit ihrer in Gefangenschaft geratenen Gesinnungsgenossen festgenommen hatten, unter ihnen den Erzbischof Darboy von Paris und den Gerichtspräsidenten Bonjean, und zündeten in Ausübung des „wissenschaftlichen Krieges", wie sie mit grimmigem Hohn sagten, eine Anzahl öffentlicher Gebäude an, nachdem sie diese mit Erdöl begossen hatten. So verbrannten das stolze Kaiserschloß der Tuilerien, der Justizpalast, das Finanzministerium, der Rechnungshof und das Rathaus. „Es ist wie einst in Münster," schrieb ein Augenzeuge an seine Frau, „es sind Rasende wie die Wiedertäufer". Kein Wunder, daß die erbitterten Truppen keine Schonung walten ließen, daß alle, welche man mit den Waffen ergriff, sofort niedergeschossen wurden. Auf Grund kriegsgerichtlichen Spruches wurden die Führer Ferré, Rossel, Gaston Cremieux und Philippe durch Pulver und Blei hingerichtet. Es war das größte Gemetzel der französischen Geschichte, die an solchen Greueltaten wahrlich nicht arm ist; 17 000 Leichen sind nachher begraben worden, mit denen aber die Zahl der Toten nicht erschöpft ist. Der Verlust der Sieger bezifferte sich auf 7500 Tote und Verwundete. Gefangen wurden 46 800 Menschen, darunter 622 Frauen und 458 Kinder. Bis zum Ende des Jahres 1875 hatten die Gerichte zu tun, um alle Angeklagten abzuurteilen; 10 137 Verurteilungen wurden ausgesprochen, worunter aber nur 215 Todesurteile gewesen sind. Die übrigen Strafen lauteten auf Gefängnis oder Überführung in die Strafkolonie Neukaledonien im stillen Ozean. Solcher „Deportierter" waren es 3417, unter ihnen der leidenschaftliche Hetzer Rochefort, der schon unter dem Kaiserreich sich durch seinen bissigen Witz und die Schärfe seiner Sprache den Herrschenden sehr unliebsam gemacht hatte.

Durch diesen Sieg über eine Bewegung, welche die Sozialdemokratie heute noch, aber vergebens zu verherrlichen sucht, ward das Ansehen Thiers', des Hauptes der ausführenden Gewalt, noch gesteigert. Der 74jährige Greis, der 1840 der Minister Louis Philipps gewesen war, der als Geschichtschreiber und Redner einen hervorragenden Ruf besaß, stand nun auf dem Höhepunkt seines Lebens, in einem Augenblick, da sein Volk, dessen Herrschaft über

Digitized by Google

Europa ihm der naturgemäße Zustand schien, bei dem Versuch diese Herrschaft herzustellen, so völlig besiegt und gedemütigt worden war. Die nächste Aufgabe der Regierung war, durch Zahlung der Kriegsentschädigung das Land von der Besetzung durch die Deutschen zu befreien. Daß es gelang, zwei große Anleihen von zwei und drei Milliarden aufzunehmen, war ein Zeichen von der unverwüstlichen Lebenskraft und dem durch kein Unglück zerstörten Kredit Frankreichs, aber auch ein Ruhmestitel für Thiers selbst, dessen Person man das Zutrauen schenkte, daß er den Staat mit sicherer Hand zu leiten vermöge; seine Eitelkeit und seine Vaterlandsliebe wurden gleicherweise befriedigt, als (am 16. September 1873) die letzten deutschen Truppen das Land räumten. Dann stellte Thiers das völlig zersprengte und aufgelöste Heer wieder her, und zwar auf der Grundlage der fünfjährigen Dienstzeit: er wollte lieber ein gründlich geschultes und deshalb unbedingt zuverlässiges Heer als ein größeres, aber schlechter geübtes. Im Gegensatz zur deutschen Rekrutierungsweise, welche die Regimenter geographisch aus geschlossenen Bezirken aushebt, setzte Thiers das sog. recrutement universel durch, nach welchem die Rekruten aus dem ganzen Land über alle Regimenter verteilt wurden. Dadurch sollte die Einheitlichkeit von Nation und Heer gewahrt, das Zerfallen in einzelne Provinzen und provinzielle Heere vermieden werden.

Kraft der sog. „Abkunft von Bordeaux" (12. Februar 1871, erneuert 10. März) zwischen den Parteien galt die Republik nur als vorläufige Staatsform, die bestehen sollte, bis Frankreich, des deutschen Druckes ledig, frei über seine Verfassung entscheiden könne; ihr Oberhaupt erhielt am 31. August 1871 den Titel „Präsident der Republik". Thiers strebte aber allmählich danach, die Republik dauernd zu machen, weil sie in seinen Augen die Staatsform war, „welche uns am wenigsten spaltet". Für die Monarchie waren drei Bewerber vorhanden, der Kaiser Napoleon III., bezw. nach seinem durch ein Steinleiden herbeigeführten Tod in Chislehurst (9. Januar 1873) sein Sohn Louis Napoleon (1856—79), der Graf Heinrich v. Chambord (1820—83), als Haupt der im Juli 1830 gestürzten bourbonischen Hauptlinie, und der Graf Ludwig Philipp von Paris (1838—94) als Haupt der 1830

Digitized by Google

durch die Revolution auf den Thron erhobenen, 1848 aber ebenfalls vertriebenen Orleans. Keine dieſer drei Parteien der Bonapartiſten, Legitimiſten und Orleaniſten gönnte der anderen den Sieg; wem auch die Krone zufiel — er hatte ſie ſofort gegen unverſöhnliche Feinde zu verteidigen. Dieſer Gegenſatz der Monarchiſten unter ſich erhielt die Republik am Leben, die ſonſt verloren geweſen wäre, und der Wunſch, auf alle Fälle nicht ſchlechtweg Amboß zu werden, bewog die Nationalverſammlung, die herkömmliche harte Zentraliſation des Landes zu mildern und den Gemeinden die Wahl ihrer Bürgermeiſter und den Generalräten (Departementslandtagen) die Beſorgung der Departementsangelegenheiten einzuräumen; ſo konnte man hoffen, auch unter der Regierung einer anderen Partei ſich einigermaßen rühren und atmen zu können. Je länger aber die Republik ſich behauptete, deſto mehr gewöhnte ſich das Volk an ſie, deſto ſchwerer mußte ihre Abſchaffung werden; auch gewann der Radikalismus unter der Führung Gambettas, den Thiers einen „wütenden Narren“ nannte, mehr und mehr Boden. So drang die Nationalverſammlung auf eine „entſchloſſen konſervative Politik“, d. h. auf Unterdrückung des Radikalismus durch die Verwaltung. Thiers gab ſeiner Überzeugung Ausdruck, „daß die Republik entweder konſervativ ſein oder gar nicht ſein werde“; aber ſein Konſervatismus und der der monarchiſtiſchen Mehrheit der Nationalverſammlung waren zwei ſehr verſchiedene Dinge. Darüber kam es zu einer Mißtrauenskundgebung gegen das Miniſterium, das am 24. Mai 1873 mit 345 gegen 360 Stimmen in der Minderheit blieb; und da Thiers ein anderes Miniſterium nicht bilden konnte, ohne ſeine Überzeugung zu opfern, ſo trat der „Befreier des Gebietes“, wie man ihn im Hinblick auf die Räumung des Landes nannte, nunmehr ſelbſt von ſeinem Amte zurück, das er nicht mehr gemäß ſeiner Anſicht von den richtigen Wegen und Mitteln verwalten konnte.

An ſeiner Stelle wurde der „glorreiche Beſiegte von Sedan“, der Bändiger der Kommune, der den Klerikalen und Monarchiſten ſehr genehme Marſchall Mac Mahon (1808—93) zum Präſidenten der ausführenden Gewalt gewählt, und der Herzog von Broglie bildete ein Miniſterium der Rechten, deſſen offenes Be-

Digitized by Google

streben darauf gerichtet war, in Frankreich die Monarchie und dann in Italien den Kirchenstaat wieder herzustellen. Das erste Ziel schien plötzlich erreichbar zu werden, als der Graf von Paris sich entschloß, seinem Vetter Heinrich in Frohsdorf bei Wien am 5. August 1873 einen Besuch abzustatten, ihn damit als rechtmäßigen König anzuerkennen und den seit 1830 klaffenden Riß zwischen den beiden Linien des Königshauses, der älteren und der jüngeren, zu schließen. Dieser Schritt ward den Orleans dadurch sehr erleichtert, daß der Graf von Chambord kinderlos war, also mit seinem Tode die bourbonische Hauptlinie erlöschen und den Orleans die Nachfolge zufallen mußte. Die Anhänger beider Linien hatten in der Nationalversammlung eine unzweifelhafte Mehrheit, und einem Beschluß der Volksvertretung auf Herstellung der Monarchie schien kein Hindernis mehr im Wege zu stehen. Man einigte sich dahin, daß die Versammlung erklären solle, Heinrich V. sei als Haupt des Hauses Frankreich zum Thron berufen, daß er dann eine Verfassung vorschlagen und die Versammlung sie annehmen solle; daß diese Verfassung den König, das Zweikammersystem, Gleichheit aller vor dem Gesetz, bürgerliche und religiöse Freiheit, Teilung der Gesetzgebung unter den König und die beiden Kammern, das Recht des Königs auf Ausübung der ausführenden Gewalt enthalten sollte. Als Fahne sollte die blauweißrote Trikolore beibehalten werden, welche 1789 und wieder 1830 amtlich eingeführt worden war, und eine etwaige Änderung sollte nur durch Vereinbarung zwischen Krone und Volksvertretung zulässig sein. Damit schien alles in Ordnung, und man traf in Paris schon die Vorbereitungen für den feierlichen Einzug des Königs, als der Graf von Chambord durch seinen Brief vom 27. Oktober 1873 alle Hoffnungen jäh zerstörte. Er erklärte, daß er der weißen Fahne des Hauses Bourbon nicht entsagen, die Trikolore nicht annehmen könne. Die erstere war das Sinnbild des monarchischen Rechts von Gottes Gnaden, die zweite das Sinnbild der Revolution, geboren 1789 im Jahr des Aufruhrs: der Graf wollte auch nicht den leisesten Anschein aufkommen lassen, als ob er etwas von seinen geheiligten Grundsätzen aufgebe. Die Preisgabe der Trikolore aber hielten nicht bloß die Orleanisten, sondern auch viele

Digitized by Google

Legitimisten für unmöglich, wenn man nicht den Bürgerkrieg entfesseln wolle; die Menschen würden glauben, daß Heinrich V. das ancien régime mit Fronden und Zehnten wiederbringe; „die Chassepots," sagte selbst Mac Mahon, „würden von selbst losgehen". So war geschehen, was Thiers immer vorher gesagt hatte: die Vereinigung der alten Monarchie mit dem modernen Frankreich war unmöglich, und es blieb nichts übrig, als die Republik einstweilen zu organisieren, in der schwachen Hoffnung, daß vielleicht nach dem Tode des Grafen von Chambord sein rechtmäßiger Erbe, der Graf von Paris, das Opfer, das Heinrich V. versagt hatte, bringen werde und daß dann die Gelegenheit noch nicht verpaßt sei. Der Graf von Chambord wurde vielfach, auch von ehrlichen Royalisten, herb getadelt, daß er so unnachgiebig gewesen sei; andere aber erkannten an, daß bei der in Frankreich vorhandenen starken demokratischen Unterströmung die Monarchie doch keine Aussicht auf lange Dauer gehabt hätte und daß selbst ein großer Teil der angeblichen Anhänger der monarchischen Ideen von deren Betätigung im Sinne Heinrichs V. nichts hätte wissen wollen.

Nun wurde beschlossen, die Vollmachten Mac Mahons als Präsidenten der Exekutive auf sieben Jahre, bis 1880, zu verlängern. Dann gab die Versammlung im Juli 1875 durch ein neues Gesetz die Ernennung der Bürgermeister dem Staate zurück, um die größeren, republikanisch gesinnten Städte in der Hand der Exekutive zu behalten, und schuf 1875 die Freiheit des Unterrichts, d. h. die Erlaubnis, „freie", will sagen katholische, Universitäten und Lehranstalten, auch solche der Orden, neben den staatlichen Anstalten zu errichten. Die freien Universitäten erhielten teilweise auch das Recht die akademischen Grade zu verleihen und damit ihren Studenten die juristische und medizinische Laufbahn zu eröffnen; damit ward die Klerikalisierung der höheren Stände Frankreichs in die Wege geleitet. Da aber die Herstellung der Monarchie Jahr um Jahr gleich unmöglich blieb, so fiel ein Teil des rechten Zentrums zur Republik ab, und am Januar 1875 ging der Antrag Wallons mit 353 gegen 352 Stimmen durch, daß an der Spitze der Republik ein Präsident mit siebenjähriger Amts-

Digitized by Google

dauer stehen sollte; damit ward seine Würde, die bisher außerordentlich war, regelmäßig. Aus diesem Anfang erwuchs dann eine förmliche Verfassung, kraft deren der Präsident nach der Weise des belgischen Königs alle Rechte eines konstitutionellen Staatsoberhaupts ausüben, also die Regierung ernennen — aber nicht selbst regieren — und den Staat nach außen vertreten sollte. Die gesetzgebende Gewalt wird durch zwei Kammern ausgeübt, eine Kammer der (damals 584) Abgeordneten, die von 4 zu 4 Jahren nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Stimmrecht gewählt wird, und einen Senat (von 300 Mitgliedern), der auf neun Jahre (mit Drittelerneuerung alle drei Jahre) departementsweise durch die Senatoren, die Abgeordneten, die General- und Bezirksratsmitglieder des betreffenden Departements und je einen Vertreter jeder Gemeinde gewählt wird. Ursprünglich sollten nur 225 Senatoren durch dieses beschränkte Stimmrecht, 75 aber durch Wahl der Nationalversammlung (d. h. der beiden zum „Kongreß" vereinigten Kammern) gewählt werden und diese 75 lebenslänglich sein; dieses konservative Element ließ man aber allmählich aussterben, und seit dem Gesetz vom 9. Dezember 1884 werden sämtliche 300 Senatoren durch jenes beschränkte Stimmrecht gewählt. Der Präsident der Republik wird auch vom Kongreß gewählt; ein Veto gegen ein von beiden Kammern beschlossenes Gesetz, wie es der Präsident in den vereinigten Staaten hat, steht ihm nicht zu. Die Nationalversammlung löste sich nach Abschluß dieser Verfassung im November 1875 auf.

Mac Mahon übernahm nur widerwillig die Stellung, welche die Umstände ihm aufzwangen; er würde lieber dem König seinen Platz eingeräumt haben. Am 16. Mai 1877 entließ er im Einverständnis mit der (durch die Wahlen von 1876 sehr zusammengeschmolzenen) royalistischen Partei der Abgeordnetenkammer und des Senats das gegen die radikalen Gegner des Ultramontanismus nicht energisch auftretende Ministerium Jules Simons und versuchte durch Berufung eines reaktionären Kabinetts unter dem Herzog von Broglie einen Umschwung herbeizuführen; er rechnete darauf, daß Gambettas Losungswort: le cléricalisme, c'est l'ennemi! die ultramontanen Wählerschaften zur Urne treiben werde. Aber das

Digitized by Google

„Ministerium des 16. Mai", das „Ministerium der moralischen Ordnung", erlitt bei den Wahlen vom 14. Oktober 1877 eine schwere Niederlage; die Besorgnis, daß durch Mac Mahons Sieg ein Regiment ans Ruder kommen werde, das Frankreich klerikalisieren und das ancien régime herstellen werde, schlug bei den Wählern durch, und das Ergebnis war die Wahl von 320 Republikanern und nur 210 Monarchisten, worunter nun wieder 100 Bonapartisten (vergl. S. 79) waren. Als auch die Generalratswahlen des 4. November 1877 800 Republikaner und nur 600 Konservative ergaben und damit auch die Aussicht auf die Erhaltung einer monarchistischen Mehrheit wenigstens im Senat zerging, trat das Ministerium zurück, und Mac Mahon hatte nur noch die Wahl, wie Gambetta ausgerufen hatte, se soumettre ou se démettre, sich zu unterwerfen oder abzudanken. Am liebsten hätte er das Beispiel seiner Minister nachgeahmt; er ließ sich aber von den Klerikalen bestimmen, noch auszuhalten, um nicht die ganze Stellung den Republikanern auszuliefern, und bequemte sich dazu, am 14. Dezember 1877 das Ministerium Dufaure zu ernennen, in dem statt der Jesuitenschüler des Ministeriums des ordre moral nicht weniger als fünf Protestanten saßen, darunter der berühmte Archäologe und Staatsmann Waddington für das Auswärtige. Die Senatswahlen vom 5. Januar 1879 beseitigten auch in dieser Körperschaft die klerikale Mehrheit von 26 Stimmen; der neue Senat bestand aus 180 Republikanern und 120 Monarchisten, und damit hatte das Aushalten Mac Mahons auf seinem Posten keinen Sinn mehr; er stand völlig vereinzelt und verlassen inmitten feindseliger Gewalten. So trat er am 30. Januar 1879 aus Anlaß militärischer Ernennungen, die der Kriegsminister ihm vorschlug und die er nicht billigte, zurück, weil er bei der Stimmung des Parlaments einen Wechsel im Kriegsministerium nicht vornehmen könne und doch auch der Armee keine nach seiner Ansicht unfähigen Generale setzen wolle. Der Kongreß wählte darauf mit 563 gegen 150 Stimmen den alten Republikaner Jules Grévy (1813—91) zum Präsidenten, und die Republikaner atmeten auf, daß nun der „Präsident im Frack" den in der Uniform verdrängt habe, also die oberste Stelle im Staat für die Zivilisten

Digitized by Google

errungen sei; im Heer lebten immer noch vermöge des Offizierkorps monarchische Sympathien. Das neue Ministerium, an dessen Spitze der Protestant Waddington trat, setzte eine Amnestie für alle politisch Verurteilten, also auch die Kommunards in Neukaledonien, mit Ausnahme der eigentlichen Verbrecher, durch und ließ im Juni 1879 durch den Kongreß den § 9 der Verfassung aufheben, der Versailles zum Sitz der Kammern gemacht hatte; diese bezogen nunmehr wieder ihre Sitzungspaläste in der Hauptstadt.

Siebentes Kapitel

Dreikaiser-Verhältnis · Verfassungs- und Nationalitätenkämpfe in Österreich · Revolution und Restauration in Spanien · Italien 1871—82 Kriegsgefahr

Der Sieg, den die deutsche Nation 1871 über Frankreich erfochten hatte und der als ein Sieg des Germanentums überhaupt erschien, hat auf die slawische Welt eine sehr starke Rückwirkung geübt; man suchte durch den Zusammenschluß aller Slawen, durch die Idee des Panslawismus ein Gegengewicht gegen die „deutsche Hegemonie" zu schaffen, und der Natur der Sache nach konnte dann nur Rußland die Vormacht des Slawentums sein. Die Panslawisten, deren Führer die Journalisten Katkow und Aksakow, der Prokurator des heiligen Synod Pobjedonoszew und der General Skobelew waren, arbeiteten also darauf hin, daß sich alle Slawen um Rußland scharen und dessen Regierung die Fahne des Panslawismus entfalten sollte. Hiefür fand man nun freilich in der amtlichen Welt Petersburgs nicht das erwünschte Verständnis. Der Panslawismus verlangte kraft innerer Logik, daß auch die Polen als slawische Brüder anerkannt werden sollten; diese standen aber den Russen seit Jahrhunderten, vollends seit 1772, wo Katharina II. die Aufteilung Polens eingeleitet hatte, mit unauslöschlichem Haß gegenüber. Eine panslawistische Politik mußte ferner Rußland in Feindschaft mit Deutschland und Österreich

Digitized by Google

verwickeln, welche die slawischen Elemente ihrer Bevölkerung aus naheliegenden Gründen nicht freigeben können; Deutschland müßte auf $1^1/_2$ Millionen Deutscher, die in Posen und Westpreußen wohnen, verzichten, Österreich seine Vormauer jenseits der Karpathen mit $7^1/_2$ Millionen Menschen opfern. An dem guten Verhältnis mit den mächtigen Nachbarn hielt aber Alexander II. fest, schon in Erinnerung an das Waffenbündnis von 1813, aus dem 1815 die „heilige Allianz" hervorgegangen war, die allen drei Reichen eine große Sicherheit ihres Bestandes namentlich auch gegenüber inneren revolutionären Bestrebungen gewährt hatte. Bismarck war auch seinerseits bemüht, den Zusammenhalt der drei Ostmächte, der durch die Ereignisse von 1866 zerrissen war, wieder zu beleben und so eine gefährliche Verbindung der katholischen Staaten Österreich und Frankreich und des panslawistisch beeinflußten Rußland gegen das überwiegend evangelische deutsche Reich, den Grenzwall Westeuropas gegen das Slawentum, zu verhindern. Die Republik in Frankreich war in seinen Augen der Herstellung der Monarchie daselbst im deutschen Interesse deshalb vorzuziehen, weil sie zu dem selbstherrlich regierten Rußland in einem grundsätzlichen Gegensatz stand und es dahin drängte, zur Abwehr des „jakobinischen" Geistes mit seinen alten Verbündeten zusammenzuhalten. Daß der Botschafter in Paris, Graf Harry Arnim, dies nicht einsah und aus legitimistischem Eifer für die Herstellung der Monarchie wirkte, führte im März 1874 zu seiner Abberufung aus Paris.*) Das „Dreikaiserbündnis" oder richtiger das „Dreikaiserverhältnis" kam, da auch Österreich die vollzogenen Tatsachen ehrlich annahm und von nun an in einem guten Einvernehmen mit Deutschland und Italien eine Bürgschaft seiner Sicherheit und Ruhe erblickte, 1871 zustande. Am 11. August 1871 erschien Kaiser Wilhelm erstmals seit sechs Jahren wieder auf österreichischem Boden in Gastein, und im September 1872 kamen die drei Kaiser in Berlin zu-

*) Daß der Graf damals amtliche Akten mit sich nahm und sie später publizistisch („Pro nihilo") gegen Bismarck verwendete, hatte 1876 seine Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus wegen Landesverrats zur Folge, der er sich aber durch Flucht ins Ausland (nach Nizza) entzog.

Digitized by Google

sammen, um dadurch vor ganz Europa ihren politischen Zusammenhalt darzutun.

Diese allgemeine Kombination kam nun den Deutschen in Österreich zu statten. Dort hatte Kaiser Franz Joseph im Februar 1871 das „föderalistische", von den Slawen, den Klerikalen und einem großen Teil der hohen Aristokratie gestützte Ministerium des Grafen Hohenwart (1824—99) eingesetzt, um den vermeintlich durch die deutschen Siege bedrohten Kaiserstaat auf die Slawen zu gründen; man fürchtete, daß durch die Anziehungskraft des deutschen Nationalstaats die deutschen Nägel aus dem habsburgischen Staatsschiff gezogen werden könnten. Vermittelst einer durch Neuwahlen gewonnenen föderalistischen Mehrheit des Reichsrats und böhmischen Landtags wurden in Prag die berüchtigten „Fundamentalartikel" zur Annahme gebracht, laut denen die „Länder der Wenzelskrone", d. h. Böhmen mit Mähren und Schlesien, innerhalb des habsburgischen Reiches innere Selbständigkeit erhalten, als „historisch-politische Individualität" anerkannt werden sollten. Was den Tschechen recht war, mußte den Polen, Slowenen, Italienern billig sein; nach dem in Prag gegebenen Vorbild mußte Österreich sich aus einem straff einheitlich verfaßten, zentralistischen Staat in einen losen Staatenbund auflösen. Dagegen erhoben nun aber der Reichskanzler Graf Beust (1809—86), den der Kaiser 1866 aus Sachsen an die Spitze des auswärtigen Amtes berufen hatte, und der ungarische Ministerpräsident Graf Julius Andrassy (1823 bis 1890) sehr entschiedene Einsprache. Der erstere erklärte es dem Kaiser gegenüber für seine Gewissenspflicht vor dem Betreten einer Bahn zu warnen, welche dahin führen müsse, daß es in Wien weder ein Abgeordnetenhaus noch ein Herrenhaus noch ein Reichsministerium mehr geben werde, sondern nur einen zeitweiligen Kongreß der Königreiche und Länder und Beratungen unter den Ministern der mit eigenen Regierungen ausgestatteten Reichsteile. Von Beust nach dessen Angabe gedrängt erklärte Andrassy, daß der Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn vom 21. Dezember 1867 ein geschlossenes, nicht aber ein aufgelöstes Österreich voraussetze. Am 30. Oktober entließ der durch diese Vorstellungen umgestimmte Kaiser den Grafen Hohenwart und seine Kollegen, darunter

Digitized by Google

den von den Deutschen als Verräter gebrandmarkten Handelsminister Schäffle (1831—1903), einen geborenen Württemberger, der früher Professor der Volkswirtschaft an der Tübinger und später der Wiener Universität gewesen war. Um aber den Besiegten ein Pflaster auf die Wunde zu legen, wurde am 8. November 1871 auch Beust entlassen, der als Protestant und Ausländer den Klerikalen und den auf einem engherzigen Eingeborenenstandpunkt stehenden Österreichern schon lange ein Dorn im Auge war. Der Umschwung nach der zentralistischen Seite, wobei naturgemäß die Deutschen als stärkster Bruchteil des Volkes das führende Element darstellten, war aber entschieden; der Fürst Adolf Auersperg (1821—85), das Haupt der liberalen Deutschen, bildete am 15. November 1871 sein zweites Ministerium und setzte am 2. April 1873 eine Verfassungsänderung durch, nach der das Abgeordnetenhaus des Reichsrats nicht mehr aus Wahlen der Landtage, sondern aus eigenen Wahlen hervorgehen sollte. Die Zahl seiner Mitglieder ward von 203 auf 353 erhöht; sie wurden von vier „Kurien" gewählt, 85 von den Großgrundbesitzern, 116 von den Städten und Marktflecken, 21 von den Handels- und Gewerbekammern und 131 von den Landgemeinden. Die Wahlen der drei erstgenannten „Kurien" sollten direkt, die der Landgemeinden indirekt sein, d. h. in ihnen wurden von den Urwählern zunächst Wahlmänner, von diesen dann erst die Abgeordneten gewählt. Das Herrenhaus bestand aus 235 Mitgliedern (17 Prinzen, 66 erblichen, 135 lebenslänglichen und 17 kirchlichen Pairs). Die Wahlreform ließ den Reichsrat nicht mehr als ein Erzeugnis der Kronländer, als einen Absud ihrer Landtage, sondern als eine selbständige Körperschaft des gesamten Reichs erscheinen und wurde deshalb von den Föderalisten aller Zungen heftig, aber erfolglos bekämpft. Noch mehr ergrimmten diese Politiker, die mit den Klerikalen eng verbrüdert waren, als das liberale Kabinett das 1855 mit Rom geschlossene Konkordat aufhob, weil der Papst seit der Unfehlbarkeitserklärung von 1870 ganz andere Machtbefugnisse habe, als sie der Papst von 1855 besessen habe; weil also der Vertragschließende, dem der österreichische Staat die Zugeständnisse von 1855 gemacht habe, nicht mehr vorhanden sei. Die weitere Folge war, daß der Staat im Mai 1874, ermutigt

Digitized by Google

durch das Vorgehen Preußens gegen die Kurie, das ganze Verhältnis von Staat und Kirche durch Gesetze neu regelte (s. S. 40 f.). Dabei ward u. a. die Anzeigepflicht der Bischöfe bei Ernennung von Pfarrern eingeführt, das „Placet" des Landesherrn hergestellt, vermöge dessen päpstliche und bischöfliche Erlasse für rechtlich unwirksam erklärt werden können, und das Aufsichtsrecht des Staats über die Klöster erneuert. Die Tschechen blieben dem Reichsrat fern und organisierten durch Presse und Vereine die Abwehr der „Germanisation" und umgekehrt die Tschechisierung der deutschen Grenzgegenden innerhalb Böhmens: Stück um Stück vom deutschen Lande sollte durch die steigende tschechische Flut weggerissen und verschlungen werden. Leider leistete der böhmische Hochadel überwiegend diesen Bestrebungen Vorschub, selbst Geschlechter von ursprünglich deutscher Herkunft wie die Schwarzenberg, die den Deutschen deshalb als Verräter ihres Volkstums galten.

In Ungarn, wo seit dem Ausgleich von 1867 das Magyarentum herrschte, führte das Ministerium Koloman Tisza's, des Führers der liberalen Partei, 1875—90 den Gebrauch der magyarischen Sprache auf den Eisenbahnen, auf den Universitäten und bei den Gerichten durch, bedrohte die kerndeutschen Sachsen in Siebenbürgen mit Magyarisierung und suchte, gewarnt durch das Sprachengewirr und die Nationalitätskämpfe in Österreich, selbst in den höheren Schulen und den Volksschulen die „Staatssprache" durchzusetzen. Westlich der Leitha sollten die Deutschen herrschen und die slawischen Trennungsgelüste niederhalten; östlich der Leitha sollten die Magyaren allmählich alle „Nationalitäten", auch die deutsche, auffaugen und so die habsburgische Monarchie aus zwei innerlich geschlossenen Hälften bestehen, welche die auswärtige Politik, das Heer und die dazu nötigen Finanzen gemeinsam haben sollten. Die Organe der gemeinsamen Interessen waren auf Grund der 1867 erlassenen „Ausgleichsgesetze" die drei Reichsministerien für die soeben aufgezählten Geschäftszweige und die „Delegationen" (Ausschüsse) der beiden Häuser des österreichischen Reichsrats und des ungarischen Reichstags. Diese Delegationen bestanden je aus 60 Mitgliedern (von denen die Oberhäuser je 20, die Abgeordnetenhäuser je 40 entsendeten) und versammelten sich jährlich einmal, abwechselnd in

Digitized by Google

Wien und in Budapest, aber in getrennten Sitzungen. Sie empfingen vom gemeinsamen Minister des Auswärtigen, als welcher nach Beusts Sturz Graf Andrassy bestellt wurde, und seinen Amtsgenossen Auskunft über die gemeinsamen Angelegenheiten, besonders die auswärtige Politik, und entschieden über die Bewilligung der erforderlichen Geldmittel.

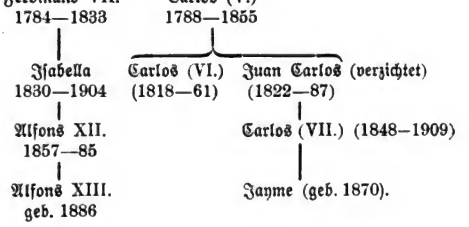
Wenn das Dreikaiserverhältnis eine Stärkung des monarchischen Gedankens bezweckte und erreichte und Frankreich dadurch in Europa in eine vereinzelte Stellung gedrängt wurde, so waren die Ereignisse, die sich in Spanien vollzogen, in derselben Richtung wirksam. Dort war die Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern unter den bekannten Umständen am 12. Juli 1870 zurückgezogen worden, und auch nach der völligen Niederlage Frankreichs, welches diese Kandidatur mit den Waffen hatte verhindern wollen, kam man auf diese abgetane Sache nicht mehr zurück. Dagegen wählten die Cortes, der spanische Reichstag, am 16. November 1870 mit 191 gegen 88 Stimmen den zweiten Sohn Viktor Emanuels II., den Herzog Amadeo von Aosta (1845—1890) zum König, und die Hoffnung war nicht unberechtigt, daß dieser tapfere, gerade, liebenswürdige und gebildete Fürst das Land nach schweren Erschütterungen einer gedeihlichen Zukunft entgegenführen werde. Dazu gehörte aber vor allem, daß sich die Spanier in patriotischer Hingabe um ihren neuen König scharten, und daran fehlte es von vornherein. Der hohe Adel des Landes sah auf den Fremdling mit kühlem Stolze herab, obschon er einem der ältesten Herrscherhäuser Europas entstammte; den Klerikalen war der Sohn des Mannes verhaßt, der dem Papst seine weltliche Herrschaft entrissen hatte; die Liberalen waren nicht einig und zuverlässig, und die Republikaner, deren Führer Emilio Castelár (1832—99), Professor der Geschichte in Madrid, war, verwarfen natürlich die Monarchie im Grundsatz, wie die Konservativ-Klerikalen wenigstens die Person des Monarchen verwarfen. Diese betrachteten als rechtmäßigen Herrscher den Infanten Don Carlos*), den Enkel des zweiten Sohnes Karls IV. Carlos (V.), dem der König

*) Stammbaum der spanischen Bourbonen seit Karl IV. (Den

Digitized by Google

Ferdinand I. 1830 durch eine Änderung der Erbfolge („pragmatische Sanktion" von 1830) sein Erbrecht entzogen hatte: unter Anrufung der alten kastilianischen Erbfolge, nach der auch Frauen zur Thronfolge berechtigt waren, stieß Ferdinand I. damals das bourbonische Hausgesetz, das nur Männer für thronberechtigt erklärte, um und übertrug seiner Tochter Isabella (1830—1904) das Recht der Nachfolge. Sofort nach Ferdinands Tod 1833 hatte Carlos V. die Waffen erhoben, war aber 1839 besiegt worden. Jetzt brach in Navarra und in dem baskischen Biscaya im April 1872 ein neuer Aufstand der „Karlisten" aus; sie riefen den (übrigens beschränkten und ausschweifenden) Infanten, der den Titel eines Herzogs von Madrid angenommen hatte, als Karl VII. zum König aus, und da sie von der französischen klerikalen Partei insgeheim unterstützt wurden, welche durch die Herstellung der rechtmäßigen Monarchie in Spanien der Herstellung der rechtmäßigen Monarchie in Frankreich vorarbeiten wollte, so gelang es nicht, den Aufstand bleibend zu unterdrücken; ja er sprang im Herbst 1872 auf Catalonien über, das seit langen Zeiten gewohnt ist, jeder Madrider Regierung Widerstand zu leisten, um sich so womöglich von dem Zusammenhang mit dem verhaßten Castilien zu lösen. Erschöpft durch ein Ringen gegen offene und versteckte Feindschaft und von

Karlisten gilt als Karl V. Don Carlos selbst, als Karl VI. sein Sohn, als Karl VII. der Enkel.)



Digitized by Google

niemand tatkräftig unterstützt, entsagte der wackere Amadeo am 11. Februar 1873 der Krone, die ihm nur Enttäuschung und Kummer gebracht hatte, und kehrte nach seiner italienischen Heimat zurück, wo er, mit Lätitia Bonaparte in zweiter glücklicher Ehe vermählt, als Generalinspektor der Reiterei 1890 gestorben ist.

Nun blieb den Spaniern keine andere Wahl, als sofort die Republik auszurufen; einen auswärtigen Prinzen würden sie nach solchen Vorgängen nicht mehr zur Annahme der Krone vermocht haben, und die Rückberufung der 1868 verjagten Königin Isabella war so unmöglich wie die Anerkennung Karls VII., dessen schroff klerikalen Ansichten die Liberalen und Republikaner aufs entschiedenste widerstrebten. Isabellas Sohn Alfons aber zählte damals erst fünfzehn Jahre (geb. 28. November 1857). Die Republik wurde von ihren, teils freiwilligen teils der Not gehorchenden, Anhängern ganz verschieden verstanden; die einen, Castelár voran, wollten die Föderativ-Republik errichten, welche aus 13 im Innern selbständigen Staaten gebildet werden sollte; eine zweite Richtung erstrebte die Selbständigkeit sogar jeder Stadt, bezw. jedes Kantons; endlich ein Teil wünschte die Einheit des Landes, welche seit dem Ende des 15. Jahrhunderts bestand, aufrecht zu erhalten. Die zweite Parteischattierung hatte offenbare Berührungspunkte mit der französischen Kommune (S. 81 f.). Während Castelár, zum Präsidenten der Republik gewählt, sein Amt in Madrid antrat, kam es in Barcelona, Sevilla, Cadix, Malaga, Granada, Cartagena zu sozialistisch-kantonalistischen Aufständen; die Aufrührer in Cartagena bemächtigten sich der dortigen Kriegsflotte, und die Auflösung des Landes in eine große Zahl sozialistischer Republiken schien bevorzustehen. Da griff der entschlossene deutsche Seeoffizier Reinhold v. Werner, der Kapitän des Friedrich Karl, ein, indem er am 1. August 1873 zusammen mit dem englischen Schiff Swiftsure und unter ausdrücklicher Billigung des Befehlshabers der englischen Mittelmeerflotte die Rebellenschiffe Vitoria und Almansa, mit denen der General Contreras Malaga brandschatzen und eventuell bombardieren wollte, auf der See festnahm, entwaffnete und der rechtmäßigen Regierung Spaniens zur Verfügung stellte. Bismarck zog ihn für dieses auf eigene Verantwortung geschehene

Digitized by Google

Vorgehen der Form wegen vor ein Kriegsgericht, das aber seine Handlungsweise, da die Rebellen eine völlig ungesetzliche Gewalt darstellten und in Malaga auch erhebliche deutsche Interessen bedroht gewesen waren, einstimmig billigte und ihn demgemäß freisprach. Castelár sah sich zu seinem Leidwesen gezwungen, gegen die Sonderbündler, die seiner Partei so nahe standen, Waffengewalt zu gebrauchen, und dankte in dieser für einen Mann von seinen Ansichten heillosen, widerspruchsvollen Lage am 2. Januar 1874 ab, worauf der Marschall Serrano, nachdem die republikanischen Cortes durch Waffenaufgebot gesprengt waren, als „Präsident der Exekutivgewalt" mit diktatorischen Vollmachten an die Spitze des Staates trat. Er zwang am 6. Januar 1874 Cartagena zur Übergabe; aber kaum, daß die Sozialisten überwältigt waren, drohte die karlistische Gefahr mit um so größerer Schwere. Von ihren französischen Gesinnungsgenossen fast ohne Scheu und Rückhalt in einer Weise unterstützt, welche Serrano zu sehr scharfen Vorstellungen in Paris nötigte, durch Zulauf von wirklich oder angeblich legitimistisch denkenden Abenteurern aus allen Herren Ländern bis auf 80 000 Mann verstärkt, sich mit der Sympathie des streng legitimistischen Petersburger Hofes über das erlaubte Maß hinaus brüstend, von der großen Mehrzahl des katholischen Klerus auf jede Weise gefördert, drangen die Karlisten erfolgreich über die ihnen völlig ergebenen Landschaften Navarra und Biscaya hinaus vor, verübten Raub und Brand gleich den verwilderten Banden des 30jährigen Krieges und schossen die republikanischen Gefangenen ohne Gnade nieder. In der Stadt Olot wurden einmal 183 Soldaten und 25 Offiziere durch den karlistischen Bandenführer Saballs als Rebellen gegen den rechtmäßigen König „zu Pulver und Blei begnadigt". Dabei wachten die Landtage der einzelnen Provinzen mit solcher Eifersucht über ihre altverbrieften Vorrechte (fueros), daß der von Alava den Versuch Karls VII., dessen Sitzungen durch einen kgl. Kommissär eröffnen und leiten zu lassen, als Angriff auf die fueros des Ländchens (das nur 3045 qkm und nicht ganz 100 000 Einwohner zählte) mit Entrüstung zurückwies. In einem dreitägigen Kampfe gegen die karlistische Stellung bei Estella wurde das

Digitized by Google

republikanische Heer unter Marschall Concha am 25.—27. Juni 1874 mit herben Verlusten abgewiesen. Dabei ereignete sich der Zwischenfall, daß ein früherer deutscher Offizier Schmidt, der als Berichterstatter für deutsche Zeitungen den Krieg mitmachte, von den Karlisten gefangen und auf ausdrücklichen Befehl Karls VII., weil er Deutscher und Protestant war, erschossen wurde. Diese Grausamkeit wurde von der ganzen zivilisierten Welt streng verurteilt und erregte namentlich in Deutschland gewaltige Erbitterung. Fürst Bismarck, der mit den den Karlisten gesinnungsverwandten Ultramontanen damals im heftigsten Kampfe lag, faßte die Sache unter dem doppelten Gesichtspunkt des verletzten Völkerrechts und der Politik auf; er bewog sämtliche Großmächte — selbst Frankreich: nur Rußland schloß sich aus — zur Anerkennung der Regierung Serranos als einer gesetzlichen Staatsgewalt, als der rechtmäßigen Vertreterin der spanischen Nation. Serrano gab bei der feierlichen Auffahrt aller Gesandten das Versprechen, daß sein Bestreben darauf gerichtet sein solle, die bürgerliche Ordnung zu erhalten und die Grundlagen der Zivilisation nicht noch einmal der Demagogie preiszugeben. Damit waren die Karlisten von Europa als Rebellen gegen die rechtmäßige Obrigkeit gekennzeichnet und jede Unterstützung derselben künftig als völkerrechtswidrig gebrandmarkt. Das Heer war aber der Überzeugung, daß Spanien von der karlistischen Monarchie bloß durch diejenige Monarchie befreit werden könne, welche ihr 1830 entgegengesetzt worden war; der General Martinez Campos rief am 29. Dezember 1874 in Murviedro, dem Sagunt des Altertums, Isabellas Sohn Alfons XII., der inzwischen ins 18. Lebensjahr eingetreten war, zum König aus, und das gesamte Heer folgte jubelnd diesem Beispiel. Serrano legte seine Würde nieder; der junge, gut begabte, mannigfach gebildete und willenskräftige König hielt am 14. Januar 1875 seinen Einzug in Madrid und wandte dann alle Kräfte gegen die Karlisten, denen er auch dadurch den Boden zu entziehen suchte, daß er die fueros der Landschaften anerkannte. An der Spitze von 100 000 Mann wurden die Generale Alfons XII. nunmehr über die Gegner Meister: sie entsetzten das hart bedrängte Pampelona, unterwarfen Catalonien, eroberten Estella am 19. Februar 1876 und zwangen Karl VII.

Digitized by Google

schließlich zur Flucht über die Pyrenäen. Etwa 10 000 Männer, welche bis zuletzt gegen Alfons XII. gefochten hatten, wurden des Landes verwiesen, und die Räuberbanden, welche auf die gewohnten Plünderungen nicht verzichten wollten und die Eisenbahnzüge zwischen Madrid und Lissabon angriffen, wurden durch unbarmherzige Strenge schließlich ausgerottet. Da der Aufstand am Ende doch nur vor der Waffengewalt zusammengebrochen war, so wurden die baskischen Landschaften nun des Kerns ihrer fueros beraubt: sie mußten die allgemeinen Gesetze des Reichs anerkennen, die Grund- und Gewerbesteuer bezahlen und Rekruten stellen — lauter Pflichten, von denen sie bisher befreit gewesen waren.

Der junge König überließ sich der Führung des Staatsmannes Cánovas del Castillo (1828—97), der ein berühmter Geschichtschreiber und Redner war, über die feinen Formen eines Mannes von Welt und eine bezaubernde Gabe der Unterhaltung verfügte, aber in echt romanischer Weise auch der Leichtfertigkeit, dem Skeptizismus und der politischen Verderbnis huldigte. Von Hause aus liberal und innerlich überzeugt, „daß die ungeheure Mehrheit der Spanier religiös ganz gleichgültig sei," hatte er doch aus dem Karlistenkrieg erneut die Einsicht geschöpft, daß der Klerus in Spanien eine gewaltige politische Macht darstelle, und suchte deshalb die Monarchie Alfons XII. auf die klerikal-konservative Partei zu stützen. Zwar gab er 1876 Spanien nach der modernen Schablone eine tadellos liberale Verfassung mit zwei Kammern (Senat und Abgeordnetenhaus), mit Vereins-, Preß- und Gewissensfreiheit; aber diese schönen Dinge standen nur auf dem Papier; die Regierung lenkte durch den Druck der Beamtenschaft die Wahlen ganz nach ihrem Belieben, so daß ein liberales Ministerium stets eine liberale Mehrheit, ein konservatives eine konservative erhielt, und die nicht katholischen Gottesdienste blieben tatsächlich so geächtet wie früher. Gegen die oppositionelle Presse ergingen in vier Jahren unter Canovas 110 Verurteilungen, und in derselben Zeit kettete er über 1000 politische Persönlichkeiten durch Titel und Orden an seine Partei, während solche, die sich nicht beugen wollten, auf jede Weise übergangen wurden. Dagegen war Canovas wenigstens in der auswärtigen

Digitized by Google

Politik nicht ohne große Ziele; er dachte durch ein enges Bündnis mit Portugal die Vorteile der „iberischen Union“ zu erreichen, d. h. die gesamten Kräfte der Halbinsel zusammenzufassen; er wollte den Engländern Gibraltar abkaufen und in Marokko den spanischen Einfluß ausbreiten, und er brachte 1878 durch Martinez Campos das aufständische Cuba dadurch zur Rückkehr zum Gehorsam, daß er der Insel das Recht gab Abgeordnete in die Cortes zu wählen. Daß es an industrieller Rührigkeit in Spanien nicht ganz fehlte, bewies eine Gewerbe-Ausstellung in Barcelona, wobei die Waren Cataloniens den Beifall bewährter Kenner aus andern Ländern fanden; der König bereiste selbst das Land, um sich von dessen Stand zu überzeugen und da, wo es not tue, helfend und fördernd einzugreifen. Die liberale Partei wurde 1875 durch Sagasta (1828—1903) reorganisiert und erkannte die Monarchie als die zweckmäßigste und von der Mehrheit der Nation gewollte Staatsform an; infolge davon gelangte sie 1881 und wieder 1885 in den Besitz der Gewalt, konnte aber beidemale ihre Programmforderungen nicht durchführen. Alfons XII. heiratete 1878 seine Base Donna Mercedes, und als diese nach fünf Monaten einem typhösen Fieber erlag, 1879 die österreichische Erzherzogin Marie Christine, welche ihm zwei Töchter schenkte, aber in Spanien stets als Fremde betrachtet wurde und nicht recht wurzelfest werden konnte. Später trat Alfons XII. in sehr innige Beziehungen zu Kaiser Wilhelm I., wohnte 1883 den Manövern bei Homburg bei und erhielt die Würde eines Chefs der Straßburger Ulanen, weshalb die Pariser ihn bei seiner Heimkehr auspfiffen. Ein Streit zwischen Spanien und Deutschland über die Karolinen-Inseln wurde 1885 infolge dieses guten Verhältnisses gütlich geschlichtet. Durch Arbeit und Genüsse erschöpft, von der Schwindsucht befallen, erlag der im ganzen doch sehr sympathische und tüchtige König am 25. November 1885 einer Luftröhrenentzündung, die er auf einer Jagd sich geholt hatte. Marie Christine, die er schwanger hinterließ, gebar am 17. Mai 1886 einen Sohn, Alfons XIII., für den sie bis zu seiner Volljährigkeit (1902) die Regentschaft führte. Unter dieser Regentschaft ward 1893 durch Sagasta das allgemeine Wahlrecht eingeführt; 1898 ging Spaniens Kolonialbesitz (mit Ausnahme

Digitized by Google

der kanarischen und einiger westafrikanischer Inseln, der Presidios in Marokko und der Karolinen und Marianen im stillen Ozean) an die vereinigten Staaten von Amerika verloren.

Im Mai 1902 trat der junge König selbst die Regierung an und heiratete im Juni 1906 die englische Prinzessin Ena von Battenberg, welche den Thron durch Übertritt zur katholischen Religion erkaufen mußte. Beide entgingen aber am Hochzeitstag mit Not einem anarchistischen Bombenanschlag, durch den 28 Menschen getötet, 98 verwundet wurden. Den spanischen Einfluß auf Marokko suchte der König teils 1904 durch ein Zusammengehen mit Frankreich, das in eine eventuelle Teilung des Landes willigte, teils 1909 durch eine scharfe Züchtigung der unruhigen und räuberischen Bewohner des „Rif" (des Küstengebirges) zu wahren, welche im Juli die Arbeiter einer spanischen Bergwerksgesellschaft überfallen und einige getötet hatten; durch 19000 Spanier wurden die trotzigen Berberstämme zu Paaren getrieben. Da aber der kostspielige Krieg wesentlich im Interesse des Großkapitals unternommen schien, kam es in Madrid und Barcellona zu sozialistischen Aufständen. In Barcellona wurden 65 Kirchen und 31 Klöster von der wütenden Menge niedergebrannt; ganz Spanien mußte in Belagerungszustand erklärt werden, und 12000 Mann schlugen in Barcellona durch Erstürmung von 130 Barrikaden den Aufruhr mit Mühe nieder. Der Vorsteher der „modernen Schule", der Anarchist Ferrér, wurde daselbst am 13. Oktober 1909 wegen Anstiftung zum Aufruhr und Königsmord standrechtlich erschossen. 1910 entstand ein scharfer Gegensatz zwischen dem liberalen Ministerium Canalejas und dem Vatikan, der dagegen protestierte, daß an altkatholischen Gotteshäusern äußere Abzeichen (Kreuze) angebracht werden dürften, obwohl die Verfassung in Artikel 11 (unter Aufrechthaltung der katholischen Religion als Staatsreligion) Religionsfreiheit gewährte und nur „öffentliche Kundgebungen" nichtkatholischer Religionen untersagte. Der Papst erklärte äußere Abzeichen für öffentliche Kundgebungen. Auch die Frage der Einschränkung der Mönchsorden, welche in Spanien steuerfrei waren und deren gewerbliche Erzeugnisse deshalb billiger verkauft werden konnten als die der besteuerten Handwerker, gab Anlaß zu Zwist zwischen der Regierung

Digitized by Google

und dem Papst; die Regierung suchte die Entfaltung der Orden überhaupt einzudämmen, und hatte dabei die große Mehrheit des Landes für sich.

Italien hatte im Jahr 1870 infolge der deutschen Siege seine nationale Geschlossenheit, zu der der Besitz von Rom noch gefehlt hatte, vollends erreicht. Die französische Besatzung zog nach der Schlacht von Sedan aus Civita Vecchia ab, um das von den Deutschen überschwemmte Vaterland zu verteidigen, und da Pius IX. jedes gütliche Abkommen mit dem Königreich ablehnte, weil er Rom nicht aufgeben wollte und auch nicht aufgeben konnte, so griff Viktor Emanuel II. zur Gewalt, wenn auch ungern genug: am 20. September 1870 legte das italienische Heer unter General Cadorna durch eine mehrstündige Beschießung bei der Porta Pia Bresche in die Mauern Roms und erzwang die Übergabe der ewigen Stadt, deren Einwohner dann in einer Abstimmung sich mit großer Mehrheit (133 681 gegen 1507 Stimmen) für den Anschluß an das Königreich aussprachen. Ehe der König seine Residenz nach Rom verlegte, brachte das Ministerium Lanza, das wie alle Ministerien von 1861—76 der konservativen Partei angehörte, nach längerem Schwanken, ob man den Papst möglichst schonen oder ihn durch drakonische Maßnahmen möglichst in seiner Freiheit beschränken und so für alle Fälle unschädlich machen solle, beim Parlament das sog. Garantiegesetz ein, welches aus Rücksicht auf die Gefühle des katholischen Teils von Europa von der Politik der Schonung eingegeben war. Der Papst erhielt zugesichert die Unverletzlichkeit seiner Person unter denselben Bürgschaften, wie sie der Person des Königs zustanden; eine bewaffnete Leibgarde; den Genuß und die Unantastbarkeit (aber nicht mit Souveränitätsrechten) der Paläste des Vatikans, des Laterans und Castel Gandolfo's im Albanergebirge; eine Zivilliste von drei Millionen Lire; die Gewährleistung freien Verkehrs mit der katholischen Welt durch Post und Telegraphen; das Recht fremde Vertreter zu empfangen, welche alle Vorrechte der Gesandten beim italienischen Staat selbst genießen sollten; das Recht der Ernennung der Bischöfe ohne Einmischung des Staats, die Aufhebung des Placet (S. 94) und des Exequatur (Bestätigung) für die Bischöfe; endlich die Gewährleistung der vollen Freiheit des

Digitized by Google

Konklave, d. h. der zur Papstwahl versammelten Kardinäle. Ausdrücklich aber war dem Gesetz der Charakter eines gewöhnlichen italienischen Staatsgesetzes, ohne internationalen Charakter, auch ohne Einreihung unter die Verfassungsgesetze, gewahrt, so daß an sich seine Abschaffung im Weg der gewöhnlichen Gesetzgebung jederzeit möglich blieb. In dieser Gestalt ward das Garantiegesetz am 13. Mai 1871 vom Parlament genehmigt, in der letzten Sitzung, die es in Florenz hielt, das von 1864—71 Hauptstadt des Reiches gewesen ist. Pius IX. konnte durch die Annahme des Gesetzes Italien eine große Wohltat erweisen und dem Papsttum eine Lage ersparen, welche diesem selber mit der Zeit äußerst peinlich werden mußte und aus der es später voraussichtlich nur schwer einen Ausweg gab. Aber man kann es verstehen, daß er, tief verletzt und gereizt durch die erlittene Gewalt; auf irgend eine Hilfe gegen das usurpatorische Königreich hoffend, auf deutsche, was die deutschen Ultramontanen auch betrieben, oder auf französische; an den Anfang des Jahrhunderts gedenkend, wo Pius VII. nach fünfjährigem Verlust seiner weltlichen Macht (1809—14) im Triumph nach Rom zurückgekehrt war: daß er, sagen wir, jeden Gedanken an eine vielleicht voreilige Nachgiebigkeit von sich stieß und in einer Enzyklika vom 15. Mai 1871 einen feierlichen Protest gegen die erlittene Vergewaltigung erließ, das Garantiegesetz unbedingt verwarf, sich als moralisch im Vatikan gefangen erklärte, da jeder Schritt aus seinem Palast heraus ihn unter italienische Staatshoheit gebracht hätte, und schließlich den Katholiken jede Teilnahme am politischen Leben untersagte, namentlich an den Wahlen; denn darin würde ja eine Anerkennung des italienischen Staats und seiner Einrichtungen liegen. Nè elettori, nè eletti! weder Wähler noch Gewählte! ward von da ab das Losungswort für alle ihrer Kirche treuen Katholiken Italiens; wenn der Staat, des konservativen Rückhalts dieser Bürger beraubt, den Radikalen anheimfiel, so mochte er wohl ins Verderben fahren oder aber sich im letzten Augenblick reuig zu den Füßen des Statthalters Christi niederwerfen und in extremis um seine Hilfe flehen. Nur an den Gemeindewahlen, welche ja in jedem Staat erfolgen und mit dessen Form nicht notwendig verknüpft sind, durften die Katholiken

Digitized by Google

sich beteiligen. Auf diesem Standpunkt ist das Papsttum grundsätzlich bis heute verblieben, obschon seit dem Tode Leos XIII. am 20. Juli 1903 aus später zu erörternden Gründen eine gewisse Wendung sich angebahnt hat.

Die Übersiedelung der Regierung von Florenz nach Rom fand am 1. Juli 1871 statt; am 2. hielt Viktor Emanuel seinen feierlichen Einzug und nahm seinen Sitz auf dem Quirinal. Dem Bürgermeister, der ihn namens der Stadt begrüßte, sagte er das berühmt gewordene Wort: „Ja, wir sind in Rom und werden hier bleiben!" Daher wurde das Schlagwort geprägt Roma intangibile, Rom, an dem man nicht rühren soll! Die Folge der Unversöhnlichkeit des Papstes war, daß die Aufhebung aller Orden auch auf Rom ausgedehnt, ihr Besitz vom Staat eingezogen und die theologischen Fakultäten aufgehoben wurden.

Die Finanzlage des Staats, der seit 1861 das im Süden tief eingewurzelte Räuberwesen auszurotten und 1866 einen großen Krieg zu führen gehabt hatte und für eine Menge Pensionen und einen ungeheuren Zinsbetrag aufkommen mußte, war sehr schlecht; das Defizit betrug über 200 Millionen Lire im Jahr; die Steuern waren von 458 Millionen im Jahr 1861 auf 801 gestiegen, die Staatsschuld von 2300 auf 8300! „Das war," sagt ein neuerer Historiker, „der Kaufpreis, den Italien für seine Einheit zu entrichten hatte." Unter solchen Umständen war nichts möglich als „Sparsamkeit bis zum äußersten", wie der geschäftsgewandte Finanzminister Sella sagte; sie wurde aber auf einen wichtigen Zweig des Staats nicht ausgedehnt, auf das Heer, das 1866 den Aufgaben nicht entsprochen hatte und nun nach den Erfahrungen des Kriegs von 1870 gemäß dem deutschen Beispiel auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht (mit dem Einjährigfreiwilligeninstitut) neu aufgebaut und auf zehn Armeekorps gebracht wurde. Rom sollte mit einem Kranz vorgeschobener Forts umgeben und so zu einer gewaltigen, vor jedem Handstreich gesicherten Festung umgestaltet werden. Da Frankreich unter Thiers, diesem abgesagten Feind der italienischen und der deutschen Einheit, und unter dem klerikalen Regiment Mac Mahons sich Italien sehr unfreundlich gegenüberstellte (der französische Gesandte hielt sich

Digitized by Google

bei dem Einzug des Königs in Rom zu Hause), so näherte sich das Ministerium Minghetti (1873—76) Deutschland und Österreich; Viktor Emanuel folgte im September 1873 einer Einladung Franz Josephs zu der Wiener Weltausstellung und reiste von Wien nach Berlin. Im Jahr 1875 gaben die beiden Kaiser den Besuch — freilich nicht in Rom, Franz Joseph in Venedig, Wilhelm I. in Mailand — heim, und der greise Kaiser Wilhelm I. ward in dieser Stadt mit ungeheurer Begeisterung vom Volk begrüßt, das in dem Besieger des abgeneigten Frankreich ganz von selbst den Freund Italiens erblickte. Im März 1876 kam das Ministerium Minghetti über einer Steuerfrage zu Fall; der König berief jetzt zum ersten Mal seit 1861 ein Kabinett der Linken unter Depretis, und obwohl die Konservativen sich rühmen konnten, die Finanzen inzwischen gebessert, Italien im Innern beruhigt und gegen außen gesichert zu haben, so hatten sie doch infolge der unvermeidlichen Steuerlast und ihrer schroffen Abschließung gegen andere Volkskreise (woher sie consorteria = Coterie genannt wurden) die Neigung der Massen eingebüßt. Die Anhänger von Depretis erlangten bei den Neuwahlen 385 Sitze, die Konservativen nur noch 90; die Republikaner brachten es nur auf 20.

Die Linke blieb nun bis 1891 am Ruder; doch zog Depretis durch den sog. „Transformismus“ („Umformung“) allmählich auch die der Linken nächststehenden konservativen Elemente in die Regierungsmehrheiten herein. In der römischen Frage teilte die Linke den Standpunkt der gestürzten Partei, und weder der Tod Viktor Emanuels II. (9. Januar 1878) und die Thronbesteigung seines Sohnes Humbert (geb. 1844, König 1878—1900), eines tapferen und liberalen Fürsten, noch das Ableben Pius IX. (7. Februar 1878) und die Wahl des klugen, feinen Kardinals Joachim Pecci, der sich Leo XIII. nannte (20. Februar 1878 bis 20. Juli 1903, geb. 1810), änderten irgend etwas an dem feindseligen Verhältnis der beiden in Rom residierenden Gewalten. Leo XIII. hielt die Vorstellung von der Gefangenschaft des Papstes im Vatikan aufrecht und nicht minder seinen Anspruch auf die weltliche Herrschaft (vergl. die erste Enzyklika dieses Papstes vom 25. April 1878). Auch in der Frage der Staatsform bestand zwischen der Rechten

Digitized by Google

und Linken keine Kluft; das von Sardinien übernommene Wahlgesetz, das das Wahlrecht an das 25. Lebensjahr und eine Steuerleistung von 40 Lire knüpfte, ließ nur 600 000 Männer zur Wahl zu, und diese gehörten durchschnittlich den besitzenden und gebildeten Schichten der Nation an, welche aus Überlieferung, Überzeugung oder Interesse monarchisch gesinnt waren. Die Persönlichkeiten der beiden ersten Könige, des ritterlichen, lebensfrohen und leidenschaftlich patriotischen Viktor Emanuel, des wackeren, ernsten Humbert, dessen religiöse Ansichten ihn dem Protestantismus innerlich sehr nahe brachten, trugen noch wesentlich zur Befestigung der monarchischen Neigungen der Nation bei. Angesichts solcher Übereinstimmung der beiden Hauptparteien in den großen kirchenpolitischen und politischen Fragen blieben der Linken als ihr Tätigkeitsfeld wesentlich nur persönliche Kämpfe um die Macht, um die sich ihre Führer Crispi, Nicotera, Zanardelli, Cairoli und Depretis balgten, und daneben die Durchführung sozialer und finanzieller Reformen. Da die meisten Wortführer der Linken aus dem Süden stammten, aus Sizilien und Neapel, so vollzog sich auch eine gewisse lokale Verschiebung der Macht; denn die Konservativen hatten ihren Boden mehr in Ober- und Mittelitalien. Was die Reformen angeht, so wurde 1877 ein Gesetz über die allgemeine Schulpflicht angenommen, das freilich nur langsam und mangelhaft zur Durchführung gelangte; 1881 wurde die Mahlsteuer abgeschafft, die durch Besteuerung von Mehl und Brot dem Staat 76 Millionen jährlich eingebracht, aber die Armen bedrückt hatte, und 1882 wurde das Wahlrecht allen 21 Jahre alten Bürgern, die 19 Lire 80 Centesimi Steuer bezahlten, eingeräumt. Dadurch vermehrte sich die Zahl der Wähler auf 2 Millionen; der politische Takt und Blick der Wahlkollegien aber nahm natürlich mit der Heranziehung breiterer, ungebildeter Massen zum Wahlrecht ab, und die Verzettelung der Staatsgelder durch allerlei unüberlegte Versprechungen und Zugeständnisse an die Wahlkreise begann gerade jetzt, wo durch Sparsamkeit und durch Ersatzsteuern auf Schnaps, Erdöl und Adelstitel der Ausfall der Mahlsteuer ausgeglichen und ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben erzielt ward (1881 z. B. ein Mehr von 21 Millionen). Der tatkräftige Staatsmann Francesco Crispi (1819—1901) hat deshalb trotz seiner von Haus

Digitized by Google

aus radikalen Gesinnung das Wahlgesetz 1885 dahin geändert, daß es an den Nachweis der Fähigkeit des Lesens geknüpft wurde; dadurch ging die Zahl der Wähler um 800 000 zurück und erhöhte sich der Einfluß der gebildeten Klassen.

In der auswärtigen Politik hat die Linke die Freundschaft mit Österreich und Deutschland, welche der Minister des Äußeren Minghetti in dem letzten konservativen Kabinett angebahnt hatte, wieder aufgegeben; sie liebäugelte mit den „Irredentisten", d. h. der Partei, welche Welschtirol, Triest, Istrien — folgerichtigerweise aber auch Nizza, Tessin, Korsika und Malta! — als das von fremdem Joch „unerlöste Italien", l'Italia irredenta, ansah und es zum nationalen Staate herbeibringen wollte: also die italienische Spielart derselben scharf nationalen Bestrebungen, welche in der slawischen Welt den Panslawismus, in der deutschen die „alldeutsche" Richtung gezeitigt haben. Während aber die Alldeutschen wesentlich den moralischen Zusammenschluß der Deutschen aller Länder betreiben, geht die Irredenta auf staatlichen Zusammenschluß der Italiener aus. Cairoli ließ als Minister eine Reihe antiösterreichischer Kundgebungen ungehindert sich vollziehen und strebte 1878 beim Berliner Kongreß danach, Trient als Ausgleich für den Anfall Bosniens und der Herzegowina an Österreich zu gewinnen. Mit den französischen Republikanern, welche 1877 die Oberhand erlangt hatten, unterhielten die Ministerien der Linken schon wegen des antiklerikalen Charakters der Republikaner freundliche Beziehungen. Aber alles änderte sich, als gerade das Streben Cairolis, für das entgangene Trient in Tunis Ersatz zu finden, umgekehrt die Franzosen 1881 erst recht antrieb sich dieses Land, auf das sie schon lange ihr Auge geworfen hatten, zu sichern. Der endgültige Verlust der Aussicht auf die so lockend vor Sizilien liegende alte provincia Africa rief in Italien eine wütende Erbitterung gegen Frankreich hervor und entschied den Anschluß des Landes an Österreich und Deutschland, also die Errichtung des Dreibundes (20. Mai 1883).

Wir haben mit diesen Dingen aber schon der übrigen Erzählung vorgegriffen und brechen daher hier vorerst ab. Ehe wir aber die Geschichte des bulgarischen Kriegs entwickeln, haben wir

Digitized by Google

noch einer Episode des Jahres 1875 zu gedenken, welche ein bezeichnendes Licht auf die damalige Lage Europas wirft.

Am 5. April 1875 veröffentlichte die „Kölnische Zeitung" einen Artikel über die Vermehrung des französischen Heeres, dem am 8. April einer über denselben Gegenstand in der Berliner „Post" folgte. Der wesentliche Inhalt war: die Errichtung vierter Bataillone durch das sog. Cadresgesetz führe dahin, daß die Streitkräfte Frankreichs um 144 000 Mann vermehrt würden und in absehbarer Zeit denen Deutschlands überlegen werden müßten; das könne nur kriegerischen Absichten entspringen, und demselben Zweck diene in Österreich-Ungarn eine Unterwühlung der Stellung des Grafen Julius Andrassy (der seit November 1871 als Nachfolger Beusts die auswärtige Politik der habsburgischen Monarchie leitete, S. 93); nach seinem Sturz hoffe man ein Bündnis zwischen Frankreich, Österreich, dem Papst und Italien (an deren Ausföhnung gearbeitet werde) gegen das deutsche Reich zustande zu bringen. Die zum Schluß offen aufgeworfene Frage der „Post": ob Krieg in Sicht sei? erregte in ganz Europa ungeheures Aufsehen, und vielfach sah man diese Preßfehde als das Vorspiel eines bevorstehenden kriegerischen Angriffs der Deutschen auf Frankreich an.

Über diese Artikel, welche man auf Bismarck zurückführte, entstand große Erregung in der europäischen Presse, und der französische Botschafter in Berlin, Vicomte Gontaut de Biron, hörte bei einem diplomatischen Essen von dem Botschaftsrat von Radowitz, dem Sohn des bekannten Generals: „die Rache ist euer innerster Gedanke; sollen wir warten, bis ihr eure Kräfte hergestellt habt und Allianzen findet, welche euch heute fehlen?" Moltke entwickelte gegen den belgischen Minister Nothomb denselben Gedankengang — wir wollen keinen Krieg mit Frankreich; aber dieses will ihn und rüstet fieberhaft; sollen wir da geduldig zusehen, bis der Feind zum Losschlagen fertig ist? Diese Lage benutzte nach dem französischen Historiker Hanotaux, der in die Dinge offenbar gut eingedrungen ist, der französische Minister des Auswärtigen, Herzog von Decazes, dazu, um den Unschuldigen zu spielen und gegen Bismarck, „dessen barsches Benehmen gegen Frankreich ihm schon lange mißfiel,"

Digitized by Google

ameuter l'Europe, Europa aufzuhetzen. „Für Decazes war seine Stunde gekommen; die Gelegenheit war einzig; man mußte sie ergreifen; aber es galt zu manövrieren.“ Obwohl der Kaiser Wilhelm bereits am 15. April 1875 auf einem Ball der Fürstin Hatzfeldt zu dem französischen Militärbevollmächtigten de Polignac gesagt hatte: „Man hat uns entzweien wollen; aber jetzt ist alles vorbei; ich lege Gewicht darauf, es Ihnen zu sagen;“ obwohl die Gefahr eines deutschen Angriffs also, wenn sie je bestanden hätte, nach dem Zeugnis des unbedingt maßgebenden Mannes beseitigt war, richtete doch der Herzog von Decazes volle vierzehn Tage nachher, am 29. April, durch den Botschafter in Petersburg, Le Flô, die direkte Aufforderung an Zar Alexander II., „daß er eine solche Ungerechtigkeit nicht dulden und die mit seinem Degen decken möge, welche sich auf seine Hilfe verlassen haben.“ Der Zar antwortete, daß Frankreich beruhigt sein solle; Deutschland denke nicht an den Krieg; es würde ja sonst so ungerecht und unklug handeln wie Bonaparte 1870. „Die Interessen unserer Länder,“ schloß der Zar, „sind gemeinsam; wenn Sie je eines Tages ernsthaft bedroht sein sollten, so würden Sie es schnell erfahren, und zwar,“ setzte er nach einer Pause hinzu, „durch mich“.

Auch die englische Regierung ließ sich „aufhetzen“; die Königin Viktoria schrieb an den Kaiser einen Brief, der zum Frieden mahnte, und Lord Derby fragte in Wien an, ob sich Österreich nicht mit England zum Zweck der Friedensvermittlung vereinigen wolle. Graf Andrassy ließ den Lord aber gründlich abfahren, indem er antwortete, er habe keinen Grund zur Annahme, daß Deutschland den Frieden stören wolle; eine Vermittlung sei also gar nicht notwendig. Am 6. Mai goß die stets und unentwegt deutschfeindliche „Times“ noch Öl ins Feuer, indem sie, wenn auch unter heuchlerischem Vorbehalt, einen Brief ihres Pariser Berichterstatters, des Juden Oppert aus Blowitz, der sich „Herr von Blowitz“ nannte, veröffentlichte, nach welchem die deutsche Regierung den Frieden von Frankfurt für einen Fehler ansehe, Belfort als Pfahl im Fleisch empfinde und durch einen Vormarsch bis zum Fort auf dem Mont Avron bei Paris einen neuen Vertrag erzwingen wolle, der die Abtretung Belforts und eine feste zahlenmäßige Begrenzung der französischen

Digitized by Google

Rüſtungen enthalten ſolle. Hanotaux iſt ſelbſt der Anſicht, daß dieſer — namenlos tückiſche — Artikel von Decazes eingegeben war; „von ihm war Blowitz auf die Fährte gebracht worden“ (lancé sur la piste). Während dieſer ſyſtematiſchen Brunnenvergiftung hatte Decazes die Stirn, ſich gegen den deutſchen Botſchafter Hohenlohe über das rauhe Verhalten Deutſchlands, will ſagen Bismarcks, gegen Frankreich zu beklagen und zu äußern: „Statt uns ſo zu behandeln, ſollten Sie uns, den Feind und Beſiegten von geſtern, zum Freund von morgen und ſpäter machen; dann würde die erdrückende Laſt der Rüſtungen von den Völkern genommen werden können.“ Er erklärte auch, daß Frankreich gegen einen deutſchen Angriff gar keine Gegenwehr verſuchen, ſondern ſein Heer hinter die Loire zurücknehmen werde — natürlich um zu zeigen, daß es das leidende Lamm war, Deutſchland der reißende Wolf.

Einige Tage nachher, am 10. Mai, kam der Zar Alexander II. mit Gortſchakow in Berlin an, und von hier aus verſandte der ruſſiſche Kanzler am 12. Mai nach einer Unterredung mit Bismarck ein Rundſchreiben an die ruſſiſchen Geſandten, das mit den Worten anfing: „Maintenant — alſo unter ruſſiſchem Druck — la paix est assurée“. Damit war angedeutet, daß vorher der Friede nicht geſichert, ſondern — durch das brutale und kriegsluſterne Deutſchland — gefährdet geweſen ſei, das beabſichtigt habe, Frankreich aufs neue niederzuſchlagen, ehe es wieder zu Kräften gekommen ſei.

Nach Bismarcks Überzeugung waren es die Ultramontanen und der ganz auf ihrer Seite ſtehende franzöſiſche Botſchafter in Berlin, Vicomte de Gontaut-Biron, welche Deutſchland ſolcher Abſichten verdächtigten; den letzten Urheber der Hetze ſcheint er nicht erkannt zu haben, nur deſſen Vordermänner. Bismarck hat den Gedanken des Generalſtabs, eventuell einen Präventivkrieg zu führen, aber nicht geteilt, wie nicht bloß aus ſeinen „Gedanken und Erinnerungen“ (2, 172 ff.), ſondern noch weit beweiſender aus ſeinem Schreiben vom 13. Auguſt 1875 hervorgeht, das kurz nach dieſen Ereigniſſen abgefaßt und an Kaiſer Wilhelm I. gerichtet iſt: dieſem gegenüber konnte Bismarck ja die Unwahrheit über Dinge, welche er drei Monate vorher mit dem Kaiſer erörtert hatte, gar nicht ſprechen. Hier heißt es: „Man kann ja ſagen, daß es für

Digitized by Google

den Frieden nicht förderlich sei, wenn Frankreich die Sicherheit habe, daß es unter keinen Umständen angegriffen wird, es mag tun, was es will. Ich würde [aber] noch heute, wie 1867 in der Luxemburger Frage, Euer Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn bald beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im voraus erkennen." Überdem hat Bismarck die Andeutung von Decazes, daß Deutschland suchen solle, Frankreich zum Freund zu gewinnen, durch Hohenlohe dahin beantworten lassen, daß er einen Boden für eine solche Verständigung suchen wolle. Was er damit meinte, sollte Frankreich 1881 bei Tunis erfahren. Man wird den ganzen Sachverhalt sich schließlich so zurecht legen dürfen, daß der deutsche Generalstab pflichtmäßig auf die Gefahr, welche für uns in den unmäßigen französischen Rüstungen liege, aufmerksam machte und daß er bemerkte, daß wir jetzt noch stark genug seien Frankreichs wachsende Macht zu erdrücken; daß aber Bismarck den Gedanken eines solchen Präventivkriegs, der Deutschland in die napoleonischen Bahnen des Strebens nach einer stets allmächtigen Stellung gedrängt und alles Zutrauen zu uns in Europa zerstört hätte (s. Gedanken und Erinnerungen 2, 175 ff.), aus wohl erwogenen Gründen abwies. Er hat es aber „nicht getadelt" (s. Reichstagsrede vom 9. Februar 1876), als durch einen „kalten Wasserstrahl" mittelst der Presse die Franzosen auf das Gefährliche ihres Verhaltens aufmerksam gemacht und so gewarnt wurden, uns nicht zu sehr auf die Probe zu stellen. In diesem Sinn sagte der österreichische Militärattaché in Paris, Frankreich solle offenbar eingeschüchtert und zur Zurücknahme des Cadresgesetzes veranlaßt werden. Das Verhalten Rußlands aber ist ein Beweis, daß seine Politik schon damals von Deutschland abzurücken und sich Frankreich zu nähern begann.

Bismarck machte zum Schluß dem russischen Reichskanzler scharfe Vorwürfe über sein Verhalten; es sei nicht freundschaftlich, wenn man einem vertrauenden und nichts ahnenden Freunde plötzlich und hinterrücks auf die Schulter springe, um dort auf seine Kosten eine Zirkusvorstellung in Szene zu setzen; ein solches Gebaren gereiche beiden Monarchien zum Schaden. Spottend erklärte er sich

Digitized by Google

bereit, in Berlin Fünffrankenstücke mit der Umschrift drucken zu lassen: Gortschakow protège la France, und ihn auf dem Theater als Schutzengel im weißen Kleid und mit Flügeln in bengalischem Feuer vorzuführen. Er beklagte sich auch beim Zaren, der lachend sagte, Bismarck solle diese greisenhafte Eitelkeit (daß Gortschakow als Friedensengel Europas glänzen wollte) nicht zu ernsthaft nehmen. Hinter dieser „greisenhaften Eitelkeit" verbarg sich aber ein Zusammenwirken der russischen Politik mit der französischen, wodurch Deutschland ein falscher Verdacht angehängt wurde, auf den das Wort Anwendung fand: calumniare audacter; semper aliquid haeret. Wenn man auf die Vorgeschichte des russisch-französischen Bündnisses zurückgeht, wird man immer der Vorgänge von 1875 zu gedenken haben.

Achtes Kapitel

Die Vorgeschichte des bulgarischen*) Kriegs

Es ist schon oben (S. 90) darauf hingewiesen worden, daß der Sieg der Deutschen im Jahr 1870 auf die slawische Welt anspornend wirkte und die Bestrebungen mächtig belebte, alle Slawen unter russischer Führung zusammenzufassen und sie so in wuchtiger Masse den Germanen gegenüber zur Geltung zu bringen. Es bildete sich in Rußland die „slawische Wohltätigkeitsgesellschaft", der sogar der Thronfolger Alexander angehörte; unter dem Aushängeschild, daß sie lediglich ausländische slawische Krankenhäuser, Kirchen und Schulen zu unterstützen beabsichtige (so daß sie also etwa dem Bonifatiusverein der Katholiken, dem Gustav-Adolfsverein der Evangelischen zu vergleichen gewesen wäre), betrieb sie in Wahrheit eine ausgedehnte politische Tätigkeit, deren Ziel das des Panslawismus war, der Zusammenfassung aller Slawen zu einer

*) Da die Zahl der russisch-türkischen Kriege sehr groß ist, so empfiehlt es sich, die einzelnen durch passende Namen kenntlich zu machen. Da der Krieg von 1877—78 Bulgarien befreit hat, so möchte ich ihn den bulgarischen nennen.

Digitized by Google

mächtigen Völkermasse unter russischer Führung. Die russischen Vertreter Nowikow in Wien und Ignatjew in Konstantinopel hielten die Fäden der Organisation ganz unmittelbar in der Hand; diese setzte die österreichischen und die türkischen Slawen in enge und beständige Verbindung mit Rußland; besonders flossen die Gelder der Gesellschaft, deren Agenten überall mit den Konsuln Rußlands enge Fühlung hielten, nach Serbien, Montenegro, Bulgarien und Bosnien. Die russische Regierung sah der Arbeit der „Wohltätigkeitsgesellschaft" lange Zeit mit innerem Behagen zu, nicht bloß aus slawischem Gemeingeist, der natürlich auch in den höchsten Schichten Rußlands anzutreffen war, sondern auch weil diese Arbeit die verschiedenen Klassen des russischen Volkes einander näherte, und weil sie eine Ablenkung für die unruhigen Köpfe bildete, die an den inneren Zuständen Rußlands, namentlich an der absolutistischen Regierungsform herummäkelten (schon 1873 verbot deshalb die Regierung den russischen Studenten den Besuch der Universität Zürich, wo sie mit republikanischen Ideen durchtränkt wurden). Weiter verstärkte die panslawistische Agitation Rußlands Einfluß in der Welt, und endlich konnte die Regierung anderen Mächten gegenüber sie als ein Druckmittel bei Durchsetzung gewisser Forderungen benützen, indem man erklärte, der Zar müsse mit dieser Strömung rechnen und könne ihr bei seiner politischen Haltung nicht alle Rücksicht versagen. Daran war etwas Wahres, und die Zeit blieb sogar nicht aus, wo „das geheime Rußland", wie man die Wohltätigkeitsgesellschaft nannte, „dem amtlichen Rußland" über den Kopf wuchs und die Regierung des Zaren zu der Erkenntnis kam, daß sie die Geister, die sie gerufen hatte, nicht mehr los werde.

Seit dem Krimkrieg, der zunächst Rußlands Ansehen in der östlichen Welt einen harten Stoß versetzt hatte, war allmählich dieses Ansehen doch wieder gewachsen; der Umstand, daß 1870 Rußland sich von dem Verbot des Pariser Kongresses 1856, daß es in dem für neutral erklärten schwarzen Meer eine Seemacht halte, einfach losgesagt hatte, und die andern Mächte sich, wenn auch widerstrebend, ihm anbequemt hatten, zeigte den Orientalen, daß der Zar wieder die alte Macht in den Händen habe. Dieser Ein-

Digitized by Google

druck verstärkte sich 1872 noch dadurch, daß der russische Botschafter General Ignatjew den Bulgaren beim Sultan Abdul Asis das Recht auswirkte, unter Loslösung vom griechischen Patriarchat in Konstantinopel eine selbständige Kirche zu bilden und einen eigenen Eparchen (d. h. Primas ihrer Kirche) zu wählen. Dieses Zugeständnis des Sultans ward als Sieg des slawischen Gedankens und seines natürlichen Vorfechters, des Zaren, empfunden; die Griechen waren natürlich von dem Vorgang sehr schmerzlich berührt. Abdul Asis war überhaupt ganz in den Händen des russischen Botschafters. Der Sultan behauptete zwar einmal im Ministerrat, daß er fünfzehn Jahre lang daran gearbeitet habe, seinem Reich das schönste Heer zu geben, das die Türkei jemals hatte; aber er wollte den Degen nur ziehen, wenn vom Kampf auch eine Frucht zu erwarten stand; bei einem Krieg gegen Rußland hatte aber die Türkei nach seiner Ansicht und der seines ersten Ministers, des Großwesirs Mahmud Nedim, alles zu verlieren und nichts zu gewinnen. Mahmud, persönlich von eiserner Willenskraft und großem Mut, ward deshalb von seinen Gegnern nur „der Russe" genannt; man glaubte, daß er, dessen Habsucht bekannt war, sogar von Ignatjew bestochen sei; ebenso stand die Mutter des Sultans ganz unter russischem Einfluß. Der englische Gesandte Sir Elliot war Mahmuds geschworener Gegner; er wünschte sich natürlich einen Großwesir, der sich von London statt von St. Petersburg beeinflussen ließ; aber vorerst war gegen Mahmud, dessen Ansicht der Sultan teilte, nicht aufzukommen, und auch als er einmal 1872 vorübergehend gestürzt und nach Trapezunt verbannt wurde, kehrte er, nach drei Jahren, im August 1875, da Abdul Asis den ihm willfährigen Minister nicht entbehren mochte, wieder ans goldene Horn und in sein Amt zurück.

Nun brachen aber am 9. Juli 1875 in der Herzegowina, die auf ungefähr 9100 qkm etwa 200000 Einwohner zählte, im Bezirk Nevesinje Unruhen aus, weil die türkischen Landjäger Steuern, die vor einigen Tagen erhoben waren, ein zweites Mal einforderten; und der Aufruhr pflanzte sich bald auf Bosnien fort, das bei ungefähr 42000 qkm etwa 1 300 000 Einwohner hatte, von denen 37% Mohammedaner, 43% orthodoxe und 20% römische Christen

Digitized by Google

waren. Die Aufständischen erließen eine Ansprache an die Welt, worin die Sätze standen: „Wer nicht selbst die türkische Barbarei kennt, wer nicht Zeuge der Leiden und Quälereien des christlichen Volkes gewesen ist, der kann sich auch nicht annähernd vorstellen, was die Raja ist (d. h. die dem türkischen Joch unterworfene „Herde" der Christen): ein stummes Geschöpf, geringer als das Tier, zu ewiger Sklaverei geboren. Jeder Fußbreit Boden ist mit dem Blut und den Tränen unserer Ahnen getränkt. Jetzt hat sich die Raja entschlossen, für ihre Freiheit zu streiten oder bis zum letzten Mann unterzugehen." Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Sprache echt ist, daß in der Tat die christliche Bevölkerung durch harten und rücksichtslosen Druck zum äußersten getrieben war; nicht minder sicher aber ist, daß die russischen Sendboten ihre Hand im Spiele hatten und namentlich Ignatjew hier, in Montenegro, Serbien, Bulgarien, Ägypten (wo er den Vizekönig Ismail zum Abfall aufhetzte) und selbst in Arabien gegen das türkische Regiment wühlte. Geheime Schriftstücke, welche der türkische Gesandte in Wien, Khalil Pascha, durch Kauf an sich brachte, lassen hierüber nicht den geringsten Zweifel. Der Aufstand breitete sich bald immer weiter aus, da die türkische Regierung nicht einmal 1800 Mann in den beiden Provinzen stehen hatte und bei der tollen Verschwendung, die der Sultan für Bauten und Weiber, für seine Menagerie (er hatte eine leidenschaftliche Freude an seltenen Tieren) und seine Fasanerie betrieb, am 6. Oktober 1875 den Staatsbankerott erklären mußte. Die Gläubiger der Türkei wurden benachrichtigt, daß man ihnen nur noch die Hälfte der Zinsen bezahlen könne; diese betrugen bis dahin zwischen 9 und 10%! Wie weit auch bei den Ausgaben für Panzerschiffe und Kanonen, die bei Armstrong in England und Krupp in Deutschland bestellt wurden, Verschwendung und Betrug getrieben worden ist, wird schwer zu entscheiden sein.

Da die Aufrührer ihren Anschluß an das stammverwandte Fürstentum Serbien erklärten und die serbische Skupschtina (Volksvertretung) ihre Bereitwilligkeit zu jedem Opfer für die geknechteten Brüder aussprach, so fürchtete man in Wien, daß ein Großserbien, ein Staat von 86 000 qkm und 3 Millionen Menschen, entstehen und auf die österreichischen Serben eine Anziehungskraft ausüben

Digitized by Google

könnte. Deshalb suchte der auswärtige Minister Österreich-Ungarns, Graf Andrassy, den Brand noch vorher zu löschen und trat an die verbündeten Kaiserhöfe mit Vorschlägen heran, welche auf Anhörung der Aufständischen und dann auf gemeinsame Schritte beim Sultan abzielten. Die Aufständischen forderten nun volle religiöse Freiheit und die Fähigkeit vor Gericht zu zeugen — man sieht schon daran, wie viel der Raja zu wünschen blieb —: weiterhin verlangten sie eine einheimische Polizei, auch daß die Natur und der Betrag der von der Raja zu leistenden Steuern genau festgesetzt werde; willkürliche Erhöhung sollte in Zukunft ausgeschlossen sein. Der Sultan glaubte sich dem Drängen der Großmächte mit dem alten Kniffe entziehen zu können, daß er am 12. Dezember 1875 durch einen Ferman (Erlaß) alle gewünschten Reformen scheinbar bereitwilligst zugestand. Aber jedermann wußte, daß das nur papierene Reformen waren, die schon oft ebenso versprochen und nie durchgeführt worden waren; „ein Ferman des Sultans," sagten die Empörer, „ist keine Bohnenhülse wert," und die Großmächte drangen nachdrücklich auf „greifbare Beweise für die Ehrlichkeit der Versprechungen, auf Tatsachen, nicht bloß auf Programme." Als solche Tatsachen bezeichneten sie u. a. die sofortige Aufhebung der Verpachtung der Steuern (wobei die Pächter ähnlich den Zöllnern des neuen Testaments die Steuerpflichtigen unbarmherzig aussogen), die Verwendung der Steuererträge für die örtlichen Bedürfnisse der Provinzen und die Einsetzung eines halb muselmännischen, halb christlichen Ausschusses, der die Ausführung der Reformen überwachen sollte; endlich Hebung der Lage der Bauern und die Möglichkeit für die Raja selbst Grund und Boden zu erwerben. Der agrarische Charakter der Rajafrage tritt an diesen von den Großmächten übernommenen Forderungen deutlich hervor. Die Pforte nahm am 13. Februar 1876 diese Forderungen der Großmächte an; allein die Aufrührer sahen auch darin bloß Worte und forderten als Beweis des tatsächlichen Entgegenkommens des Sultans die Zurückziehung der türkischen Soldaten und die Übergabe eines Drittels des den muselmännischen Grundherren (den „Begs") gehörigen Landes an die christlichen Landarbeiter.

Während die drei Kaiserhöfe über diese Punkte verhandelten,

Digitized by Google

brach auch in Bulgarien wegen der Gewalttätigkeiten, welche die aus dem Kaukasus ausgewanderten und nach Bulgarien verpflanzten Tscherkessen verübten, ein Aufstand aus (April 1876). Der Sultan sandte nun 10000 Baschibosuks (irreguläre Truppen), die voll Fanatismus und Raubsucht, aber ohne stramme Mannszucht waren und gegen die Bulgaren furchtbare Greuel verübten. In der Stadt Batak, die nach den einen 13000, nach den andern 7000 Bewohner hatte, wurden 6000 Menschen hingeschlachtet, darunter Weiber, Knaben und Mädchen; viele von diesen hatten, ehe sie unter Martern starben, noch die Befriedigung der viehischen Gelüste der Mörder zu erdulden; auf einer Anhöhe über Batak verwesten, als der Berichterstatter der Kölnischen Zeitung dorthin kam, unter freiem Himmel die Leichen von 300 Frauen und Mädchen, die niemand begrub, da die überlebenden Bataker alle in die Wälder geflohen waren. Im ganzen wurden 79 bulgarische Städte und Dörfer zerstört, 15000 Menschen getötet und 80000 von Haus und Hof vertrieben. Der muselmännische Fanatismus loderte auch anderwärts auf; man hatte das Gefühl, daß alle Giaurs gegen die Söhne des Propheten zusammenhielten; daß sie früher mit diplomatischen Ränken, mit geheimer Unterminierung der türkischen Macht, jetzt mit Aufruhr und Waffen arbeiteten; daß man sich ihrer mit jedem Mittel erwehren müsse. Am 6. Mai 1876 wurden der deutsche und der französische Konsul in Saloniki von dem türkischen Pöbel ermordet und ihre Leichen verstümmelt. Diese Untat veranlaßte das Berliner Memorandum vom 13. Mai 1876, in welchem die drei Kaiserhöfe die Annahme der Forderungen der Aufrührer und eine Waffenruhe von zwei Monaten verlangten; andernfalls würden wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Frankreich schloß sich dem Memorandum an; für den Mord der Konsuln erzwangen Deutschland und Frankreich unter Entsendung ihrer Flotten in Konstantinopel Genugtuung. Aber England, wo ein Toryministerium unter Disraëli (1804—81; im August 1876 zum Lord Beaconsfield erhoben) die Geschäfte leitete, lehnte am 19. Mai den Beitritt zu den Schritten der andern Mächte ab, weil dadurch die Aufständischen noch anmaßender werden würden und der Friede dann noch weniger einkehren werde. Nun war es

Digitized by Google

alte englische Überlieferung, die Türkei zu stützen, um Rußland den Weg nach Konstantinopel zu verlegen; allein hier fragte es sich doch, ob es richtig war, sich an Maßregeln nicht zu beteiligen, welche Österreich, das ebenso wie England Konstantinopel nicht den Russen zufallen lassen konnte, gebilligt hatte. Rechtzeitige Reformen waren vielleicht das einzige Mittel, der Türkei wirklich Dauer zu verleihen. Deshalb kann man es verstehen, daß Disraëlis Politik von berufenen Beurteilern als eine satanische angesehen wurde, welche es absichtlich auf einen Krieg zwischen Rußland und der Türkei angelegt habe. Wie er auch enden mochte — England fand dabei seine Rechnung. Siegte die Türkei, so war es gut; dann war Rußland auf längere Zeit nicht mehr zu fürchten. Siegte aber der Zar, so brach allerdings das osmanische Reich vielleicht zusammen; aber dann konnte England sich seinen Teil an der Erbschaft durch sofortiges Zugreifen sichern, um so mehr, als Frankreich, das noch von 1870 her geschwächt war, ihm nicht entgegentreten konnte. Das Augenmerk Disraëlis war auf Ägypten gerichtet, durch das seit der Eröffnung des Suezkanals (1869) der nächste Weg nach Indien führte. Schon im November 1875 hatte England die 176 602 Suezkanalaktien, welche der in Geldnot geratene Vizekönig Ismail Pascha von Ägypten an den Markt bringen mußte, um 4 Millionen Pfund Sterling gekauft und sich damit den Besitz von ungefähr $^9/_{20}$ der 400 000 Aktien des Kanals gesichert, dessen Schiffahrtsverkehr zu 70% englisch war. Kam der „kranke Mann" am Bosporus zu sterben, so nahm England Ägypten als seinen Beuteteil: wer wollte dem seegewaltigen Albion dies wehren? Disraëlis großer liberaler Gegner Gladstone, der mit flammenden Worten ganz England, ja die Welt gegen die Urheber der „bulgarischen Greuel" aufrief, hat dem merkwürdigen Mann noch ein anderes Motiv zugetraut. „Dieschen (so nannte er im vertrauten Kreis Disraëli) ist insgeheim trotz seiner Taufe immer noch Jude; er ist nicht so ganz Türke, wie ich dachte. Was er haßt, ist christliche Freiheit und Wiedergeburt. Die Juden des Ostens hassen die Christen, die sie nicht immer gut behandelt haben, bitter." Und zu seinem Sohne Herbert Gladstone sagte er: „Es kann sein, daß Disraëli gewillt ist, seine Stellung an der Spitze

Digitized by Google

des Staats um seines jüdischen Gefühls willen aufs Spiel zu setzen — um das Tiefste und Wahrste, was seit dem Tod seiner Frau in seinem Gemüt ist."

Der muselmännische Fanatismus entlud sich bald auch in Konstantinopel in einem furchtbaren Ausbruch. Es gab dort zwei Parteien, die sog. Alttürken, welche jeder Veränderung des nationalen Charakters durch europäische Einflüsse widerstrebten, und die Jungtürken, welche durch Übernahme der westlichen politischen Einrichtungen, des Konstitutionalismus und sogar des Parlamentarismus an Stelle des greisenhaften absoluten Regiments das Volksleben zu verjüngen hofften. Die erste Partei hatte die Masse des Volks hinter sich; die zweite gab es eigentlich nur in Konstantinopel, wo nach einer Schätzung 3000 jüngere Beamte, darunter etwa 100 Offiziere, ihr angehörten. Auch die Jungtürken, deren blasierte Ableger „in Paris mit Monocle, Zylinderhüten und Röcken nach der neuesten Mode herumlungerten", hatten einen scharf nationalen Zug; die Reformen sollten dazu dienen, den Osmanli die verlorene Kraft und Stellung in Europa und Asien zurückzugeben, und der Schlachtruf: Die Türkei für die Türken! Fort mit der fremden Bevormundung! erscholl bald gerade aus ihren Reihen mit besonderer Kraft und besonderem Nachdruck. An der Spitze der Jungtürken stand Midhat Pascha (1822—1884), ein Osmanli aus Bulgarien, der als hoher Verwaltungsbeamter sich durch Tatkraft und feste Ziele ausgezeichnet hatte und nun beschloß, den Sultan Abdul Asis als den Mann, der durch Gefügigkeit gegen Rußland und planlose Verschwendung das Reich ruiniere, zu stürzen. Manche glaubten, daß der englische Botschafter Sir Elliot der ganzen Angelegenheit nicht fremd gewesen sei. Zuerst brach unter den 5—6000 Softas, den Studenten der Theologie in Konstantinopel, unruhigen Köpfen, die sich für die geborenen Verteidiger des rechtgläubigen Volkes und des Korans ansahen, eine Bewegung aus, durch die im Mai 1876 der abermalige Rücktritt Mahmud Nedims (S. 115) erzwungen wurde. In diesen Kreisen betrachtete man den Islam wegen seiner scharf monotheistischen Zuspitzung als die einzig wahre Gottesverehrung, während das Christentum mit seiner Dreieinigkeit ins Heidentum zurückgefallen sei; es gab hier Schwärmer, welche

Digitized by Google

die reuige Einkehr Europas ins Haus des Propheten für wahrscheinlich hielten, also die Auflösung des Christentums, von dessen inneren Krisen man wußte, zugunsten des Islam; ein Engländer, Monroe Butler Johnstone, der für den Islam begeistert war, kam dieser Richtung entgegen und ließ unter Aufwand von 90 000 Mark Broschüren verbreiten, welche den Europäern den Islam empfahlen. Der Sultan wich vor der Bewegung der Softas zurück und erhob zwar nicht Midhat selbst, aber den jungtürkisch gesinnten Mehemed Ruschdi zum Großwesir. Da man aber befürchtete, daß Asis sich rächen und bei sich bietender Gelegenheit, wie sein Vater Mahmud die unruhigen Janitscharen, so selbst die unruhigen Softas ausrotten werde, so ging man weiter. Bereits erzählte man sich glaubwürdig, daß Ignatjew dem Sultan angeboten habe, der Zar wolle ihn mit 40 000 Mann russischer Truppen gegen seine rebellischen Untertanen schützen; es ward in St. Petersburg natürlich mit Besorgnis gesehen, daß die Anhänger einer türkischen Verfassung Oberwasser erhielten: das Beispiel, daß ein seit Alters schroff selbstherrlich regierter Staat sich konstitutionell umgestaltete, konnte auf Rußland, das in gleicher Lage war, nicht ohne Rückwirkung bleiben. Der Kriegsminister Hussein Avni Pascha nahm die Sache in die Hand, ehe man die Russen vor Konstantinopel habe: ein Saal des Seraskierats (= Kriegsministerium) ward als Thronsaal hergerichtet und hier des Sultans Neffe, der Prinz Murad, in der Nacht vom 29. auf den 30. Mai 1876, während eines furchtbaren Gewitters, als Kalif ausgerufen. Sofort verlas der Obermufti oder Scheich ül Islam, der oberste Ausleger des Korans, der im Rang auf den Großwesir folgt, eine amtliche Erklärung, daß die Absetzung des Kalifen Asis erstlich dem Koran gemäß und zweitens unter den obwaltenden Umständen durch das Staatswohl geboten sei: sofort knieten alle Anwesenden vor Murad V., der an allen Gliedern bebte, nieder und küßten seine Füße. Merkwürdig, wie in einer und derselben Handlung jene Theorien, die im 12. Jahrhundert der politische Schriftsteller Mawerdi entwickelt hatte, wieder auflebten, nach denen das Volk Gottes souverän und unfehlbar ist und einen Kalifen absetzen darf, der nicht in den Wegen des Volkes und Allahs wandelt: und wie sofort der über

Digitized by Google

Menschenmaß erhöhten Gewalt des neuen Kalifen in Demut gehuldigt wurde. Auf die flehentlichen Bitten seiner Mutter, er solle sich fügen und so sein Leben retten, bändigte Asis seinen schäumenden Zorn und verzichtete auf die Krone (30. Mai 1876). Ein paar Tage hielten die Verschwörer inne; aber es kam ihnen zum Bewußtsein, daß Asis sich nicht für immer unterworfen haben könne, daß er bei erster Gelegenheit sein Recht zurückfordern und den Bürgerkrieg entfesseln werde. Da sagten sie sich, wie einst die ägyptischen Staatsmänner, als sie Pompejus, der vor Cäsar floh, weder aufzunehmen noch zurückzustoßen wagten: „Ein Toter beißt nicht mehr", und am 4. Juni fand man Asis in seinen Gemächern tot; wie ausgesprengt wurde, hatte er sich mit einer Papierschere die Pulsader durchschnitten. Le sultan déposé a été suicidé, sagte hierüber ein geistreicher Franzose im Journal des débats. Mit diesem Verbrechen war nach den Behauptungen der Jungtürken der Weg frei, das Reich so zu reformieren, daß alle berechtigten Wünsche der Bewohner erfüllt und somit alle Anlässe zu europäischer Einmischung abgeschnitten waren.

Die Vorgänge in Konstantinopel waren nur zu geeignet, die Leidenschaften auf christlicher Seite zu schüren; denn in Worten schienen die Türken den Forderungen der Christen entgegenkommen zu wollen; in der Sache lief es voraussichtlich ungefähr auf das Gegenteil hinaus. Gladstone schrieb eine Flugschrift über die „bulgarischen Greuel" (Bulgarian atrocities), von der in 3 bis 4 Tagen 40 000 Abdrücke verkauft wurden; nur sein „Gebetbuch" hatte einst noch größeren Absatz gefunden. Die englische Nation hörte aufmerksam auf seinen Aufruf an das menschliche und christliche Gefühl, und auch das Ministerium mußte dieser Strömung Rechnung tragen. Lord Derby, der auswärtige Minister im Kabinett Disraëli, forderte in Konstantinopel Bestrafung der Räuber und Mörder der Bulgaren, erreichte aber nichts, als daß der Statthalter Bulgariens, Schefket Pascha, abberufen und — auf den Posten in Erzerum befördert wurde, der als einer der wichtigsten im Reich des Kalifen galt. Man verfuhr so in Stambul um so beruhigter, als man wußte, daß selbst die Whigs im englischen Unterhaus aus Besorgnis, die Türkei könnte ins Wanken geraten, ihrem Führer

Digitized by Google

Gladstone, der eine entschiedene Stellungnahme der Regierung gegen die Türken verlangte, nicht zu folgen wagten und dessen Anträge niederstimmen halfen.

Natürlich beobachtete man die Vorgänge am Balkan in den Ländern mit der größten Anteilnahme, welche selbst von slawischen und christlichen Völkern bewohnt waren und in dem Geschick der Bulgaren das von Stammes- und Glaubensgenossen, zum Teil von Schicksalsgenossen sahen. Das waren Rußland, Montenegro und Serbien, welches Fürstentum staatsrechtlich zum Sultan noch in einem Abhängigkeitsverhältnis stand. Die Erregung in Montenegro und Serbien ward so gewaltig, daß die Fürsten Nikita und Milan ihr, selbst wenn sie gewollt hätten, nicht Widerstand leisten konnten: beide erließen an den Sultan eine Kriegserklärung (2. Juli 1876) und eröffneten sofort die Feindseligkeiten, und nun wurden sie von Rußland aus durch die panslawistischen Vereine aller Benennungen kräftig mit Geld, Waffen und Zuzug von Kriegern unterstützt, ohne daß die Regierung des Zaren etwas dagegen tat oder zu tun wagte.

Der Verlauf dieses Krieges war freilich sehr ungleich. Während die Montenegriner bei Urbitza am 27. Juli und bei Medun am 14. August die Türken schlugen und ihnen große Verluste beibrachten, hatten die Serben nichts als eine lange Reihe von Mißerfolgen zu verzeichnen. Diese waren teilweise dadurch veranlaßt, daß Milan seine 110000 Mann auf vier Kriegsschauplätze verzettelte, östlich am Timok, westlich an der Drina, südlich am Ibar und an der Morawa, statt daß die Serben mit ganzer Macht in Bosnien eingerückt wären, mit ihren Stammesgenossen sich vereinigt und die Türken vollends verjagt hätten. Weiter aber fehlte es den eilig bewaffneten serbischen Bauernmassen sehr an kriegerischer Haltung und Zucht. An hochfahrenden Worten ließ es der zum Oberfeldherrn ernannte früher russische General Tschernajew zwar nicht fehlen; aber der türkische Seraskier (S. 121) Abdul Kerim, ein erfahrener Krieger, schlug die Serben am 5. August bei Knaschewatz im Osten des Landes, und am Tag, nachdem in Konstantinopel statt des unheilbar erkrankten Murad V. dessen Bruder Abdul Hamid (1876—1909, geb. 29. September 1842) den Kalifenthron

Digitized by Google

bestiegen hatte (31. August), überwältigte der Seraskier die Feinde am 1. September abermals in der zwölfstündigen Schlacht bei Alexinatz und warf Tschernajew auf Deligrad zurück. Die Grenzbezirke Serbiens wurden von den Siegern, in ihrer Erbitterung über das grausame Vorgehen der Serben auf türkischem Boden, rücksichtslos verheert, und nur die Schlechtigkeit der Wege und die Schwerfälligkeit des türkischen Heeres verhinderten eine energische Verfolgung Tschernajews, die sein Heer in völlige Auflösung gebracht hätte. Bereits rief Milan in Angst um Belgrad selbst die Vermittlung der Mächte an. In den darüber eröffneten Verhandlungen bekundete Abdul Hamid, der den Rat Midhat Paschas hörte, im Vertrauen auf die durch den Krieg erwiesene Tüchtigkeit seines Heeres, in dem auch ägyptische Truppen mitfochten, den festen Willen, die Einheitlichkeit seines Reiches und dessen vollkommene Unabhängigkeit als obersten Grundsatz seiner Politik festzuhalten. Er erklärte sich also zwar bereit, Reformen einzuführen, aber nicht bloß für die drei aufständischen Provinzen Bosnien, Herzegowina und Bulgarien, noch weniger bloß für die Christen daselbst, sondern für das ganze Reich, ebenso für Muselmänner und Juden, wie für die Christen. Vollends davon, daß den drei Provinzen eine selbständige Verwaltung zugestanden werde, was ihm jetzt auch England nahelegte, wollte der Sultan nichts wissen. Inzwischen — es war ein zehntägiger Waffenstillstand eingetreten — nahm der Zuzug russischer Kriegsleute aus allen Stufen des Heeres nach Serbien einen kolossalen Umfang an; schon war der „anonyme Krieg" Rußlands gegen das ottomanische Reich im Gang. Es gibt eine Aufstellung, nach welcher am 1. September 1876 nicht weniger als 479 russische Offiziere unter Fürst Milans Fahnen dienten; die Zahl der russischen Unteroffiziere betrug vier Wochen später 592; vier ganze Batterien wurden von dem Komitee in Moskau gesandt; man zählte 1800 donische Kosaken, also etwa drei Reiterregimenter, die samt ihren Pferden gekommen waren. Um die fortwährende Verstärkung der Serben zu verhindern und rasch zum Ende zu kommen, ging Abdul Kerim wieder zum Angriff über und ließ am 19. Oktober die Schanzen von Alexinatz und Deligrad stürmen. Tagelang ward mit grimmiger Erbitterung ge-

Digitized by Google

fochten, Brust an Brust, oft in strömendem Regen; während Türken und Russen an Tapferkeit wetteiferten, Tausende an Toten und Verwundeten verloren und die türkische Garde den vierten Mann ihres Bestandes einbüßte, wurden über die Feigheit der serbischen Milizen die bittersten Klagen laut. Am Sonntag den 29. Oktober schritten die Osmanen nach einer furchtbaren Beschießung der serbischen Schanzen zum entscheidenden Sturm; um 4 Uhr nachmittags waren alle Stellungen links der Morawa genommen, 10 Kanonen erbeutet, und viele Serben ertranken bei dem Versuch, über den reißenden Fluß zu kommen und der Gefangenschaft zu entgehen. Nun erscholl ein neuer verzweifelter Hilferuf aus Belgrad nach St. Petersburg, und gedrängt von der Volksstimmung ließ Zar Alexander II. am 31. Oktober mit der Abreise seines Botschafters Ignatjew aus Stambul und mit Krieg drohen, falls Abdul Hamid nicht binnen 48 Stunden einen Waffenstillstand auf sechs Wochen gewähre. Um den Schein der Freiheit seiner Entschließung zu behaupten, gestand der Sultan nun Waffenruhe auf zwei Monate zu, welche von russischer wie türkischer Seite zu gewaltigen Rüstungen benutzt wurde. Die Türken ließen bei Alexinatz nur 28000 Mann stehen, da das serbische Heer unschädlich gemacht war; sie versammelten die Hauptmasse ihrer Streitkräfte an der Donau; auch in Asien wurden größere Truppenbestände aufgestellt. Die Russen ihrerseits setzten sechs Armeekorps auf Kriegsfuß, und der Zar übertrug den Oberbefehl seinem Bruder Nikolaus (geb. 1831), der in Kischinew sein Hauptquartier aufschlug. Um diese Zeit erwog man in St. Petersburg, ob man nicht anzunehmen habe, daß Österreich einem kriegerischen Vorgehen Rußlands gegen die Türkei sich nötigenfalls mit Gewalt widersetzen werde, um nicht die Balkanhalbinsel unter russische Herrschaft geraten zu lassen; dies konnte Österreich, ohne seine Lebensinteressen preiszugeben, ja keinesfalls geschehen lassen. Aus dieser Erwägung heraus erging von Livadia, wo Zar Alexander II. den Sommer 1876 verbrachte, die Anfrage an den deutschen Militärbevollmächtigten am Zarenhof, General v. Werder, ob Deutschland im Fall eines Krieges zwischen Österreich und Rußland neutral bleiben werde oder nicht. Werder telegraphierte diese Anfrage in Geheimschrift

Digitized by Google

an Bismarck, der damals auf seinem pommerischen Landsitz Varzin weilte und zunächst die Antwort zu verschleppen suchte, da er ohne höhere Ermächtigung sich nicht äußern könne. Als aber der Zar ungeduldig auf Bismarcks eigene Meinungsäußerung drängte, entsandte der Reichskanzler den deutschen Botschafter in St. Petersburg, General v. Schweinitz, nachdem er mit ihm vom 11. bis 13. Oktober 1876 in Varzin sich beraten hatte, nach Livadia und ließ dem Zaren sagen, daß das erste Bedürfnis Deutschlands sei, die Freundschaft zwischen den zwei großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren als durch Kampf untereinander zu gewinnen hätten. Sollte dieses Ziel zu unserem Schmerz nicht erreicht werden, so könnten wir zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten gewönnen und Schlachten verlören, nicht aber, daß einer so schwer verwundet werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet werde. Nach Bismarcks Ansicht war an der ganzen Anfrage Gortschakow schuld, der Deutschland diese Erklärung abpreßte, um seinem Herrn darzutun, daß Deutschlands Freundschaft für Rußland nur platonisch sei; gleich als ob, sagt Bismarck, die Freundschaft eines Staates für den andern nicht immer bis zu einem gewissen Grad platonisch sein müßte, da kein Staat sich jemals ganz in den Dienst eines andern stellen, sondern stets auch mit den andern Mächten ein gutes Einvernehmen anstreben werde. Die Wirkung der Antwort Bismarcks war jedenfalls die, daß in dem Zaren eine gewisse Erkältung gegen Deutschland zurückblieb, deren Folgen sich später zeigen sollten, und daß er, da er Österreich nicht niederzurennen hoffen durfte, sich mit ihm zu verständigen entschloß. Im Anschluß an eine vorher erfolgte persönliche Begegnung zwischen dem Zaren und Kaiser Franz Joseph zu Reichstädt in Nordböhmen (8. Juli 1876), wobei indes offenbar der Zar noch unbefriedigt abgereist war, kam am 15. Januar 1877 ein geheimer Vertrag, von dem auch Deutschland nichts mitgeteilt ward, zwischen den beiden Ostmächten zustande, kraft dessen Österreich den russischen Angriff auf den Sultan und dessen etwaige Folgen zuließ, d. h. die Herrschaft Rußlands über den Osten der Balkanhalbinsel, und dafür mit der Erwerbung Bosniens und der Herzegowina, also

Digitized by Google

mit der Vorherrschaft über den Westen der Halbinsel, schadlos gehalten werden sollte.

England versuchte nun freilich den blutigen Ausgang der orientalischen Frage noch zu verhindern, indem es den Zusammentritt einer Konferenz in Konstantinopel veranlaßte, welche die vom Sultan zu fordernden Bürgschaften zusammenstellen sollte. In dem Augenblick aber, in welchem diese Konferenz eröffnet wurde, am 23. Dezember 1876, spielte Midhat als Großwesir eine neue Karte aus, auf die niemand gefaßt war: Safvet Pascha, der Bevollmächtigte des Sultans, kündigte der hohen Versammlung an, daß sein erhabener Herr sich bewogen gefühlt habe, seinem Reiche eine Verfassung zu geben, und unter Kanonenschüssen ward diese Verfassung in Stambul öffentlich ausgerufen. Damit war jedes besondere Zugeständnis unwiderruflich abgeschnitten; für alle Bürger des Reiches galt nun ein einziges Rechtssystem, das auf dem Papier wenigstens alle Forderungen der Christen erfüllte, dasselbe, was ihnen, auch den Muselmännern und Juden gewährte und so die Einheit des Reiches sicher stellte, die durch einseitige Reformen zersprengt zu werden drohte. Die Verfassung bestimmte, daß die Türkei ein unteilbares Reich sei; daß die Einwohner ohne Unterschied Ottomanen heißen; daß der Islam Staatsreligion sei, aber alle andern vom Staat anerkannten Religionen frei seien; daß alle Staatsbürger vor dem Gesetz und nach Pflichten wie nach Rechten völlig gleich seien und alle die Freiheit der Presse, der Vereinsbildung und der Einreichung von Bittschriften genießen; daß eine „Generalversammlung aller Ottomanen" gebildet werden solle, die aus einem vom Sultan ernannten Senat und einem von allen männlichen Einwohnern auf vier Jahre gewählten Abgeordnetenhaus bestehe. Diese beiden Kammern sollen alljährlich am 1. November zusammentreten, Taggelder beziehen und vier Monate tagen, und zwar öffentlich. Beide wirken bei der Gesetzgebung mit; das Abgeordnetenhaus bestimmt je für ein Jahr den Staatshaushalt. Die Richter sind unabsetzbar; ein Rechnungshof soll die gesetzmäßige Verwendung aller öffentlichen Gelder prüfen; allgemeine Selbstverwaltung soll durch Schaffung von Gemeinde-, Kreis- und Provinzialräten ins Leben gerufen werden;

Digitized by Google

die allgemeine Schulpflicht bezüglich des Elementarunterrichts wird eingeführt.

Ein erstaunlicherer Schritt war noch niemals geschehen als der Erlaß dieser Verfassung, welche in einem Staate, der bisher auf der ausgesprochenen Ungleichheit aller Bewohner aufgebaut war, mit einem Federstrich die vollkommene Gleichheit einführte und ohne Rücksicht auf die Unterschiede der Religion, der Rasse und der Kultur aus Muselmännern, Christen und Juden, aus Slawen, Türken, Griechen, Armeniern, Syrern und Arabern eine einheitliche Masse von Staatsbürgern zu bilden unternahm. Wurde diese Verfassung eine Wahrheit, so war der ganzen bisherigen orientalischen Wirtschaft im Reich des Padischah ein Ziel gesetzt; ließ sich diese jedoch nicht kurzerhand beseitigen, so mußte der Verfassungsgedanke scheitern. Auf keiner Seite als bei den Jungtürken hat man ihn freundlich begrüßt; die Softas protestierten gegen die religiöse Gleichheit, welche Rußland, England und Frankreich ihren muselmännischen Untertanen auch nicht gewährten, und die Christen, welche bei der Mehrheit der Muselmänner im gesamten Reiche (Europa, Asien und Afrika zusammen gerechnet) in dem Parlament eine muselmännische Mehrheit mit Sicherheit voraussahen, befürchteten, daß diese Mehrheit ihnen alle örtlichen Freiheiten, die sie da und dort schon erlangt hatten, wieder entziehen und neue nicht gewähren werde, und so nahmen sie vielfach die Wahlen zu dem Parlament gar nicht vor, worauf dann die Kandidaten der muselmännischen Minderheit in den betreffenden Bezirken ohne Widerspruch als gewählt verkündigt wurden. So große Schwierigkeiten also die Anwendung der Verfassung vorhersehen ließ — für den Augenblick bot sie den türkischen Staatsmännern ein bequemes Mittel, sich allem Drängen der Mächte mit der Erklärung zu entziehen: was wollt ihr denn? wir haben alles bewilligt, was ihr verlangt; ja wir haben mehr getan und ganz reinen Tisch gemacht! Die Konferenz ging unter diesen Umständen am 20. Januar 1877 ohne Ergebnis auseinander, und die Gesandten reisten alle ab, um die Unzufriedenheit ihrer Souveräne mit der Halsstarrigkeit der Türken zum Ausdruck zu bringen; aber sie ließen Geschäftsträger zurück, wodurch die ganze Maßregel zur Posse herabsank. Nun faßten die

Digitized by Google

Großmächte in London ein Protokoll ab, welches die Überwachung der Reformen durch die Großmächte und die Abrüstung durch die Türkei verlangte. Allein am 19. März trat das neugewählte türkische Abgeordnetenhaus zusammen — dessen Tagung indes sein Schöpfer, der Großwesir Midhat, nicht eröffnete, da er den Ränken seiner Gegner am Hof am 5. Februar erlag und sein Amt verlor. Im Augenblick der größten elektrischen Spannung aller Verhältnisse entledigte sich der Sultan eben des Mannes, dessen Politik er doch angenommen hatte: ein Zeichen, wie zerfahren am türkischen Hof alles war. Das Abgeordnetenhaus, in dem übrigens viele tüchtige und einsichtige Männer saßen, sprach sich gegen jede auswärtige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches aus und verwarf am 20. April mit 165 gegen 10 Stimmen jede Gebietsabtretung an Montenegro, das Nikschitz und den Hafen von Spizza gefordert hatte. Infolge davon wurde zwar Serbien der erbetene Friede am 1. März auf der Grundlage des status quo ante gewährt, gegen Montenegro aber der Krieg wieder eröffnet. Dieser Liliputanerkampf trat aber sofort in den Hintergrund, weil ein weit Größerer jetzt ans Schwert schlug: Zar Alexander, der die völlige Ablehnung aller ernsthaften Reformen zugunsten der Raja unmöglich ruhig hinnehmen konnte, erklärte am 24. April an Sultan Abdul Hamid den Krieg. Damit begann eine Handlung von weltgeschichtlicher Bedeutung; die Vorspiele waren zu Ende, das Drama selbst setzte ein.

Neuntes Kapitel

Der Verlauf des bulgarischen Kriegs 1877—1878 Die Balkanangelegenheiten 1878 bis zum Sommer 1908

Das russische Heer hatte seit dem Krimkrieg wesentliche Veränderungen durchgemacht. Die alten Regimenter, welche eine taktische und sozusagen häusliche Einheit bildeten, in der die Soldaten samt ihren Familien zu einem förmlichen Clan unter einem allmächtigen,

Digitized by Google

patriarchalisch waltenden, auch die Verwaltung leitenden Obersten zusammengeschlossen waren, hatten, da bei diesem System Diebereien der Obersten und „wildbachartig niederstürzende Knutenhiebe“ eine große Rolle spielten, modernen Organisationen unter einer zentralisierten Leitung Platz gemacht. Die Gebrechen waren dadurch nicht ausgerottet, sondern oft nur an einen anderen Punkt verlegt worden; „der Diebstahl war nun den höchsten Kreisen vorbehalten“; die Offiziere kümmerten sich vielfach wenig um ihre Leute, während bei dem alten System wenigstens im Kriegsfall die Vorgesetzten für ihre Leute ernstlich gesorgt hatten, und es fehlte ihnen an wissenschaftlicher Schulung; „sie riefen einfach: vorwärts! und mußten oft genug dann bald: rückwärts! rufen.“ Die besten Elemente lieferte durchschnittlich der deutsche Adel der baltischen Provinzen. Vor allem fehlerhaft war, daß man zwar die neuen Hinterlader bei Fußvolk und Artillerie eingeführt hatte, die Taktik aber nicht entsprechend verändert worden war und noch im Angriff mit geschlossenen Massen bestand. Die allgemeine Wehrpflicht war 1873 eingeführt worden; die Soldaten galten als tapfer, abgehärtet und ihren Führern blind ergeben. Übung im Krieg hatte das Heer immer von Zeit zu Zeit gehabt. Zwar im Kaukasus war, seit Fürst Schamyl (1797—1871) sich in Daghestan im September 1859 dem General Barjatinski hatte ergeben müssen, Ruhe eingekehrt, und die Regierung unternahm es, diese Provinz durch Anlage russischer Kolonien, Bau von Eisenbahnen und Entwicklung der Petroleumquellen von Baku zu europäisieren; nur die überstürzte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nach 1870 rief noch einmal eine Erhebung der Bergstämme hervor. Aber in Mittelasien hatten die Russen 1866—67 dem Chanat Kokand ein Gebiet mit der Stadt Taschkend (160 000 Einwohner) entrissen und es als „Generalstatthalterschaft Turkestan“ eingerichtet; 1868 nahmen sie dem Chan von Buchara Samarkand (60 000 Einwohner), die einstige Residenz Dschingiskhans, ab, und 1873 fand ein großer Feldzug mit drei einem Ziel zustrebenden Kolonnen gegen den Chan von Chiwa statt, der wegen Vertragsverletzung und der den aufrührerischen Wüstenstämmen geleisteten Hilfe gezüchtigt werden sollte. England, dem Alexander II. beruhigende Versicherungen

Digitized by Google

gab, daß der Feldzug nicht Indien gelte, ließ geschehen, was es nicht hindern konnte, traf aber mit dem Emir Schir Ali von Afghanistan auf alle Fälle Verabredungen gegen etwaige weitere russische Vorstöße. Der General Kaufmann nahm Chiwa nach heftiger Beschießung am 29. Mai 1873 ein und zwang den Chan zu einem Vertrag, kraft dessen er sein Land nördlich vom Amur den Russen abtrat und nach den Ratschlägen des in Chiwa bestellten russischen Residenten zu regieren versprach: womit er tatsächlich ein Vasall des „weißen Zaren" wurde. 1875 verjagten die Kokander ihren russenfreundlichen Chan, worauf General Kaufmann das Land eroberte und es unter seinem früheren iranischen Namen Ferghana zu einer russischen Provinz machte. Die Bedeutung des Namens ist „Land des Durchgangs": in der Tat eröffnet sich hier, wenn man vom Becken des Tarim aus über die Pässe des 6300 Meter hohen Tianschan hinweg ins Tal des Sir niedersteigt, der Durchgang zum Aralsee und zum kaspischen Meer und damit zur Welt des Westens; die Hauptstadt Kokand mit über 80 000 Einwohnern hat den Durchgangshandel von Ostasien nach dem Westen in der Hand. Schließlich wurden 1881 auch die räuberischen Teke-Turkmenen im Osten des Kaspisees durch Skobelew besiegt, ihre Hauptstadt Gök-Tepe unter großem Blutvergießen erstürmt und ihr Land zur russischen Provinz gemacht. In Chiwa und Buchara bestehen noch die alten Dynastien, aber unter russischer Oberhoheit. Die 1880—88 von Krasnowodsk bis Samarkand erbaute transkaspische („zentralasiatische") 2700 km lange Bahn bewirkte den engen wirtschaftlichen und militärischen Anschluß Zentralasiens an das russische Reich.

Das türkische Heer hatte ein gegenüber dem Krimkrieg zahlreicheres und sowohl durch Kriegsschulen, wie den Besuch Westeuropas gut gebildetes Offizierskorps von etwa 10 000 Köpfen und ein vorzügliches, namentlich durch ungemeine Mäßigkeit sich auszeichnendes Soldatenmaterial, das vor allem von den Osmanen in Kleinasien gestellt wurde; auch an Übung fehlte es nicht, da in dem weiten, vielfach von unruhigen Völkern besiedelten Reiche die Aufstände niemals ganz aufhörten. Dagegen ließ die Organisation des Heers viel zu wünschen übrig; es gab keine feste Gliederung noch dauernde

Digitized by Google

Kommandoeinheiten, auch kein eigentliches Heerfuhrwesen (Train) für den Proviant, für den Schießbedarf und die Lazarette; jedes Bataillon hatte nur eine Anzahl Packpferde, welche die Vorräte trugen. Durch diesen Mangel wurde das Heer in seinen Bewegungen sehr behindert, da es bei raschem Vorgehen bald von seinen Vorräten abgeschnitten wurde.

Die Russen hatten seit längerer Zeit Aufstellung längs der rumänischen Grenze genommen, und zwar in einer Stärke von neun Armeekorps (das 4. und das 7. bis 14.) oder 250—300 000 Mann. Um die Türken angreifen zu können, mußten sie Rumänien durchschreiten, das noch ein Vasallenstaat des Sultans war, aber natürlich nach Unabhängigkeit begehrte und überdem dem Verlangen des mächtigen Nachbars nicht widerstehen konnte; sonst wären die Russen als Feinde in Rumänien eingerückt. Durch ein von den rumänischen Kammern genehmigtes Abkommen vom 16. April 1877 hatte Fürst Karl, aus dem Haus Hohenzollern-Sigmaringen (geb. 1839, Fürst seit 1866), den Russen gegen Gewährleistung der politischen Rechte und der Unversehrtheit seines Landes den Durchgang gestattet, und da die Türken die 240 m lange Brücke über den Sereth bei Barboschi, deren Sprengung eine außerordentliche Verlangsamung des russischen Vormarsches verursacht hätte, in die Hände des Feindes fallen ließen, so langten die Spitzen des Heeres nach kurzer Zeit an der infolge von Schneeschmelzen und Regengüssen hoch angeschwollenen Donau an. Die Türken waren auf den Angriff unglaublicherweise nicht gefaßt; da England gegen die Absicht Alexanders II., den Krieg zu beginnen, ausdrücklich Einsprache erhoben hatte, so glaubten sie, daß es wieder gehen werde wie 1854, d. h. daß ihnen England, Frankreich und wohl auch Österreich zu Hilfe kommen würden. Sie mußten bald erkennen, daß diese Hoffnung trügerisch war und sie diesmal allein standen. Da die aus 20 gepanzerten Schiffen bestehende türkische Flotte im schwarzen Meer, welche bis Silistria den Strom hinauffahren konnte, durch russische Torpedos und Kanonen zum guten Teil zerstört wurde, so konnten die Russen, deren oberster Heerführer Großfürst Nikolaus selbst die Übergangsgelegenheiten erforschte, am 27. Juni den allmählich weniger hochgehenden Strom bei Simnitza über-

Digitized by Google

schreiten. Rumänien hatte, dem Zwang der Lage nachgebend, welche keine Halbheit mehr zuließ, am 21. Mai dem Sultan den Gehorsam aufgekündigt, und als selbständiger Fürst und Bundesgenosse nahm Karl von Hohenzollern an dem Kriege teil. Die Russen fanden anfangs so wenig Widerstand, daß sie ganz Bulgarien außer den Festungen besetzten und es unter die Verwaltung des Fürsten Tscherkaßki stellen konnten; ja General Gurko drang in den Balkan ein und besetzte am 19. Juli den Schipkapaß, so daß seine Reiter sogar jenseits des Gebirges ins Tal der Maritza bis gegen Adrianopel vorstoßen konnten. Nicht minder günstig ließ sich der asiatische Feldzug an; mit 60000 Mann brach General Loris Melikow in Türkisch-Armenien ein, nahm Ardahan durch einen Handstreich weg, umschloß Kars und bedrohte schon die Hauptstadt Erzerum.

Da trat auf einmal eine Wendung ein und schreckte die Russen, welche schon auf ein Seitenstück zu dem deutschen Siegeslauf von 1870 hofften und den Feind mit einem öfters an ihnen beobachteten Hochmut verachteten, jäh aus ihrer Siegessicherheit auf. In Widdin, im Winkel zwischen Serbien, Bulgarien und Rumänien, befehligte der General Osman Pascha (aus Amasia am Pontus, 1837 bis 1900) ein Armeekorps, das zur Abwehr eines Übergangs der Rumänen über die Donau bestimmt war. Hiezu genügten aber auch ein paar Regimenter; mit dem Hauptteil seiner Truppen, etwa 30000 Mann, ging Osman die Donau abwärts, überschritt den Isker und den Wid und setzte sich in der Stadt Plewna in der rechten Flanke der Russen fest. Kurz nachher wurde Abdul Kerim, dem man mangelnde Umsicht und Tätigkeit vorwarf, im Oberbefehl durch den Pascha Mehemed Ali (1827—78) ersetzt, der aus Brandenburg stammte (ursprünglicher Name Karl Detroit), und vom mecklenburgischen Schiffsjungen, nachdem er 1846 zum Islam übergetreten war, es bis zum türkischen General gebracht hatte. Er bedrohte von dem Festungsviereck Warna-Schumla-Silistria-Rustschuk aus die Russen in ihrer linken Flanke. Um sich wenigstens nach einer Seite Luft zu schaffen, befahl Großfürst Nikolaus dem 9. Korps unter General Krüdener, der soeben die Festung Nikopoli erobert hatte, den General Osman Pascha aus Plewna zu vertreiben; allein zwei Angriffe, am 20. und 30. Juli, schlugen völlig

Digitized by Google

fehl; die Russen, welche in ganz ungenügender Stärke zur Stelle waren, verloren das erste Mal gegen 3000, das zweite Mal über 7000 Mann. Auch in Armenien trat Ende Juni ein Rückschlag ein; Mukhtar Pascha schlug die Russen am 25. Juni bei Siwin aufs Haupt und warf sie auf die Grenze zurück. Der Zar erkannte jetzt, daß der Krieg mit weit größeren Streitkräften, als bisher angenommen war, geführt werden mußte, und rief die Garde, fünf Korps der Linie und das erste Aufgebot der Landwehr zu den Waffen; auch verlangte er jetzt, daß das rumänische Heer, das bisher auf dem linken Donauufer zurückgehalten worden war, weil man seiner nicht zu bedürfen glaubte und ihm nichts verdanken wollte, den Strom überschreite und am Krieg teilnehme. Die Gefahr für das russische Heer wuchs noch dadurch, daß ein drittes türkisches Heer unter Suleiman Pascha vom Süden her im Anmarsch war und Gurko auf den Schipkapaß zurückdrängte. Ein ungeheurer Schrecken legte sich auf das bulgarische Volk, das eben noch seiner Freiheit sicher zu sein glaubte; Tausende von Flüchtlingen zogen nach Norden, und die Türken verschonten in ihrer Wut und Erbitterung über die anfänglichen Mißerfolge nichts, auf was sie stießen. Der Fürst Karl von Rumänien antwortete auf die Bitten der Russen, daß er mit 30 000 Mann ihnen zu Hilfe kommen solle, bejahend, und auf die Frage, ob er dann selbst seine Truppen befehligen wollte, sagte er trocken: „Selbstverständlich". „Aber wir können doch nicht einen Fürsten von Rumänien einem unserer Generale unterstellen!" warf der Großfürst Nikolaus ein. „Gewiß nicht," erwiderte der Fürst, „aber sehr gut können zehn russische Generale mir unterstellt werden." In der Tat entschloß sich der Zar in der Notlage, in der er sich befand, die Hilfe der bisher so verachteten Dorobanzen (rumänischen Fußsoldaten) um diesen Preis zu erkaufen, um so mehr, als seit dem 22. August Mehemed Ali den Großfürst-Thronfolger Alexander am Kara Lom, der bei Rustschuk in die Donau fällt, angriff und hinter diesen Fluß zurückwarf, die Russen also immer enger eingekeilt wurden. Wenn um diese Zeit Suleiman Pascha dem Befehl Mehemed Alis gemäß auf einem der in türkischen Händen befindlichen östlichen Balkanpässe das Gebirge mit seinen 30—40 000 Mann überschritten hätte, würde die

Digitized by Google

türkische Übermacht zwischen Widin und Lom erdrückend geworden sein; aber Suleiman hoffte, den Schipkapaß (wo Gurko den Oberbefehl an Radetzky übergeben hatte, weil er zum Gardegeneral ernannt war) in raschem Anlauf nehmen zu können, und griff ihn am 21. August an. Die 4000 Russen behaupteten aber ihre Stellungen mit außerordentlicher Tapferkeit, und Suleiman verbiß sich so in den Feind, daß er bis zum 26. August seine Angriffe fortsetzte, immer ohne Erfolg. Darüber verzehrte er seine Kraft dermaßen (er verlor über 7000 Mann), daß er für den Kriegsschauplatz nördlich vom Balkan, wo er entscheidend hätte eingreifen können, nicht mehr in Betracht kam. Am ganz falschen Ort wurden die Streitkräfte vergeudet, an deren Eingreifen das Schicksal des Donaukriegs hing. Nun wurde Fürst Karl zum Anführer der aus 25 000 Russen und 30 000 Rumänen bestehenden Westarmee ernannt. Er rückte gegen Plewna vor, ließ es vom 7. September an beschießen, um den Sturm vorzubereiten, aber ohne nennenswerten Erfolg, und versuchte dann auf das Drängen des Großfürsten Nikolaus, der dem Anmarsch türkischer Verstärkungen von Sofia her zuvorkommen wollte, am 11. und 12. September die Stadt zu erstürmen. Die Rumänen hatten die Genugtuung nach mörderischem Ringen den Türken die große Schanze von Grivitza zu entreißen; aber die Russen unter Skobelew vermochten nichts auszurichten, und nachdem mehr als der dritte Mann (fast 22 000 auf eine Gesamtzahl von 55 000) tot, verwundet oder vermißt war, mußten die Angreifer den Rückzug antreten. Es war eine der schwersten Niederlagen, welche die Russen je erlitten haben; das Schlachtfeld war mit tödlich Verwundeten besät, welche jeden, dessen sie ansichtig wurden, flehentlich baten, ihnen den Rest zu geben; da Osman Pascha eine Waffenruhe zur Bestattung der Leichen verweigerte, so erfüllte bald ein gräßlicher Gestank der Verwesung die Lüfte. In Bukarest aber herrschte große Freude darüber, daß die Rumänen allein die Ehre der blutigen Tage hatten und der Zar selbst dem Fürsten „zur Besiegelung der Waffenbrüderschaft" das St. Georgskreuz umgehängt hatte; ein Aufzug von 10 000 Menschen durchzog, die Heiligenbilder voran, die Straßen der Stadt.

Digitized by Google

Der nächste Gedanke der russischen Heeresleitung war, jetzt den Feldzug verloren zu geben und alle Truppen hinter die Donau zurückzuziehen, um hier zu überwintern. Aber der Zar selbst erschrak vor dem Gedanken eines solchen Rückzugs, der dem Bekenntnis einer völligen Niederlage gleichkam. Er war in diesen Tagen in solcher Aufregung, daß er sich, um den Kummer zu betäuben, daran gewöhnte, Morphium zu nehmen, und damit ruinierte er seine Nerven allmählich für immer. Das Hauptquartier begriff, daß, was durch einen Sturm nicht geglückt war, bestenfalls durch eine regelrechte Belagerung zu erreichen sei; man berief den berühmten Verteidiger von Sebastopol, den General Totleben (aus Mitau, 1818—84), damit er mit dem Fürsten Karl zusammen die Belagerungsarbeiten leite. Unter gewaltigen Schwierigkeiten, da es bald sehr kalt wurde und vielen Soldaten die Glieder erfroren, umgab Totleben die Stadt mit einem Kranz von Schanzen, von denen aus sie mit schwerem Geschütz beschossen wurde; die Generale Gurko und Skobelew warfen die türkischen Truppen aus den Stellungen, welche die Straße von Plewna nach Sofia offen hielten, auf die Stadt zurück. Mehemed Ali, der die Gefahr erkannte, wollte dem Waffengefährten über Tirnowa zu Hilfe kommen, ward aber am 5. und 6. Dezember bei Yakowitza zurückgeworfen. Inmitten der blutigen Kämpfe weihte Fürst Karl eine kleine bulgarische Dorfkirche ein, welcher er eine Glocke schenkte; als der seit Jahrhunderten nicht mehr vernommene Ton (denn der Gebrauch von Glocken war der Raja untersagt) wieder erstmals durch die Lüfte zitterte, da bemächtigte sich der Bulgaren eine unbeschreibliche Freude; sie nahmen es als Unterpfand der nun sicheren religiösen und politischen Befreiung. Ende November steigerten sich die Beschwerden der Belagerer ins Ungeheure; „ein Winter-Feldzug in Bulgarien," schrieb Fürst Karl an seine Gemahlin Elisabeth, „wiegt drei im Westen auf." An klaren Tagen stieg die Kälte auf 12, ja 15° C. Aber die Hilfsquellen Osmans gingen nun zu Ende, und er hörte die Freudenschüsse, mit welchen die Russen die Nachricht begrüßten, daß auch in Kleinasien ihre Waffen glücklich waren und der Großfürst Michael am 18. November die gewaltige Festung Kars erstürmt und 5 Paschas mit 17000 Mann gefangen genommen hatte. Als die Lebensmittel in Plewna

Digitized by Google

zur Neige gingen, beschloß Osman, sich den Weg durch die Belagerer mit Gewalt zu bahnen. Am 10. Dezember um 7 Uhr früh erfolgte der Vorstoß des damals etwa 56000 Mann starken türkischen Heeres in westlicher Richtung, wo die Beschaffenheit des Landes am ehesten Erfolg verhieß. Mit ungeschwächter Energie erstürmten die Türken zwei Schanzen, und es wird von vielen als sicher angesehen, daß sie durchgebrochen wären, wenn Osman Pascha nicht aus Mitleid mit den Frauen und Kindern, welche baten, nicht in der Stadt zurückgelassen zu werden, diese mit sich geführt und so seine Bewegungen allzusehr verlangsamt hätte. So aber erhielten die Feinde, deren Zahl 100000 überstieg und die 600 Kanonen zu ihrer Verfügung hatten, Zeit, sich auf der bedrohten Stelle zu sammeln, und nun geriet Osman zwischen zwei Feuer; die Russen faßten ihn vorn, die Rumänen im Rücken. Die zwei Schanzen gingen wieder verloren, das Heer ward auf Plewna zurückgedrängt; dem Feldherrn wurde ein Pferd unter dem Leib erschossen, und er empfing selbst eine Wunde. Jetzt erkannte er die Unabwendbarkeit seines Geschicks und ergab sich mit seinem ganzen Heer. Der Fürst von Rumänien schüttelte ihm die Hand und rühmte in warmen Worten seinen Heldenmut. „Er ist von mittlerer Gestalt," schrieb der Fürst an seine Gemahlin, „untersetzt, mit dichtem schwarzem Bart, der sein Gesicht umrahmt, dem große blaue melancholische Augen einen außerordentlich anziehenden Ausdruck verleihen." Als der Fürst den Zaren besuchte, sagte ihm dieser auf deutsch: „Mit Ausdauer kommt man ans Ziel!" und verlieh ihm den Andreasorden mit Schwertern. Auf dem Platz, wo Osmans Zelt gestanden hatte, sangen die Popen das Te Deum.

Mit verhaltenem Atem hatte ganz Europa auf Plewna gesehen; überall pries man den tapfern General, der, mochte er auch zu sehr von der türkischen Schwerfälligkeit beherrscht gewesen sein, die ihn abhielt, gegen den geschlagenen Feind im richtigen Augenblick angriffsweise vorzugehen, jedenfalls in der Verteidigung Großes geleistet und Napoleons I. Wort wieder wahr gemacht hatte: Stellt den Türken hinter ein Blatt Papier, und er schlägt sich noch einmal so gut als ohne das! Nun war aber auch das Schicksal des Feldzuges entschieden. Trotz einer Kälte von 25° C.

Digitized by Google

überschritt Gurko den Balkan, besetzte Sofia und schnitt am Schipkapaß die 32 000 Türken ab, welche den Paß immer noch belagert hielten; am 9. Januar mußten sich alle ergeben. In der Überzeugung, „daß der Sieg in den Beinen liege" und der Türkei keine Zeit zur Erholung gelassen werden dürfe, legte Gurko binnen 22 Tagen gegen 400 Kilometer zurück; am 16. Januar war er in Philippopel, am 20. in Adrianopel; am 31. erreichten die Vortruppen des russischen Heeres Rodosto am Marmarameer, wo seit mehr als 400 Jahren keine christlichen Banner mehr geweht hatten. Jetzt waren auch die Kleinen siegreich; die Serben, die nach dem Fall Plewnas der Pforte von neuem den Krieg erklärt hatten, eroberten Pirot und Nisch, die Montenegriner Antivari und Dulcigno. Abdul Hamid verlor den Mut zu fernerem Widerstande; am 20. Januar ließ er den Großfürsten Nikolaus um Frieden bitten und ihm sagen, daß er sich der Großmut des Zaren unterwerfe. Im einzelnen wollte er natürlich markten; der Großfürst aber drohte, wenn die Forderungen Rußlands nicht angenommen würden, so werde er auf Konstantinopel selbst marschieren. Nun wurde am 31. Januar in Adrianopel der Waffenstillstand unterzeichnet, nach dem Bulgarien ein tributpflichtiges, aber sich selbst regierendes Land mit eigenem Heer, unter Ausschluß türkischer Besatzungen, werden sollte; Montenegro, Serbien, Rumänien wurden als unabhängige Staaten anerkannt; alle dem Sultan noch verbleibenden christlichen Provinzen sollten mit selbständiger innerer Verwaltung begabt werden, und Rußland erhielt eine Kriegsentschädigung in Land oder Geld zugesichert. Die Festungen Widdin, Rustschuk, Silistria in Europa, Erzerum in Asien (das bereits von einem russischen Heer umlagert war) sollten sofort von den Türken geräumt werden.

Die Nachricht von diesem völligen Zusammenbruch des türkischen Widerstandes rief in Österreich und England große Bestürzung hervor. Das englische Ministerium ließ sich bereits am 8. Februar vom Unterhaus 120 Millionen Mark „für gewisse Vorsichtsmaßregeln" bewilligen; die englische Flotte ankerte vorübergehend vor Konstantinopel. Ebenso ließ sich Graf Andrassy von den Delegationen 60 Millionen Gulden auswerfen. Die im Waffenstillstand gemachten Zugeständnisse des Sultans erfuhren durch den Präliminarfrieden,

Digitized by Google

der am 3. März 1878 zu San Stefano vor den Toren Stambuls abgeschlossen wurde, noch eine große Verschärfung. Montenegro erhielt mehrere Bezirke, darunter Antivari, also einen Zugang zum adriatischen Meer; Serbien die Kreise Nisch, Pirot, Vranja und Toplica; Rumänien die Dobrudscha, wofür es aber seinen Anteil an Bessarabien bis zur Donau an Rußland zurückzugeben hatte. Dieses machte damit die Demütigung wieder gut, welche ihm 1856 im Pariser Frieden durch die ihm damals auferlegte Abtretung des südlichen Bessarabien zugefügt worden war, und gewann wieder Anteil an den Donaumündungen. In Asien sollte es den Hafen Batum, Ardahan, Kars und Bajesid erhalten; als Kriegsentschädigung 1300 Millionen Rubel, wovon aber als Gegenleistung für die Dobrudscha ein entsprechender Abzug gemacht werden sollte. Der wichtigste Punkt des Vertrags betraf aber die nähere Bestimmung der Grenzen Bulgariens: dieses sollte die volle Hälfte des bisher türkischen Gebiets in Europa umfassen, also eine Größe von etwa 165 000 qkm mit fünf Millionen Einwohnern erhalten und von der Donau bis zum ägäischen Meer reichen; Saloniki und ganz Makedonien mit Ausnahme der Chalkidike sollten dazu gehören. Dem Sultan verblieben in Europa nur Bosnien, die Herzegowina, Albanien, Thessalien und Epirus, die Chalkidike und ein Stück Land südlich vom Kara Balkan und östlich vom Tschal-Tepe bis Konstantinopel, mit Adrianopel als Grenzstadt: im wesentlichen also das Tal der unteren Maritza und ihrer Nebenflüsse Arda und Ergene. Dieses Gebiet ward aber dadurch, daß Bulgarien bis ans Meer vorgerückt wurde, in zwei getrennte Teile zerschnitten. Die bulgarische Bevölkerung sollte einen Fürsten außerhalb der regierenden europäischen Dynastien wählen, dem die Mächte ihre Zustimmung, der Sultan die Anerkennung geben sollten. Bis zur Herstellung geregelter Verhältnisse sollte ein russischer Oberkommissär und ein russisches Heer von höchstens 50 000 Mann in Bulgarien verbleiben.

Der Vorfriede von San Stefano übertraf alle Befürchtungen, welche man in Europa gehegt hatte; er schuf vor allem einen großen bulgarischen Staat zwischen Donau und Meer, der die griechischen, serbischen, kutzo-walachischen (rumänischen) und albanesischen Elemente

Digitized by Google

in Makedonien einfach verschlang, und was dem Sultan dem Namen nach noch in Europa verblieb, das war zum Teil in vollem Aufstand begriffen, zum Teil durch die räumliche Trennung von dem türkischen Gebiet um Konstantinopel kaum von dort aus zu behaupten; die ganze Balkanfrage war mit dem Schwert zum Nachteil der Türken, Griechen und Rumänen, zum Nutzen der Slawen zerhauen. Sofort erhob sich das durch den endlichen Rücktritt des kriegsscheuen Lord Derby vom auswärtigen Amt (27. März) und den Eintritt Lord Salisburys (1830—1903) innerlich neuerdings gekräftigte Ministerium Beaconsfield zu entschlossenem Widerspruch. Lord Beaconsfield war der Ansicht, daß die Tragweite des Vertrags von San Stefano die sei, daß künftig nicht bloß die Türkei, sondern auch Europa aus der Mitbestimmung über den Balkan ausscheide, daß der Schwerpunkt von Stambul nach St. Petersburg verlegt werden solle, und der Minister war entschlossen, das um so weniger zu dulden, als der Pariser Friede vom Jahre 1856, der die türkischen Verhältnisse nach dem Krimkrieg geordnet hatte, ein gesamteuropäisches Werk war, dessen einseitige Zerreißung durch Rußland der Vernichtung des Völkerrechts gleichkommen mußte. Große Rüstungen zu Wasser und zu Land erfolgten; Beaconsfield erklärte, daß England, stehendes Heer, Reserven und Milizen zusammengerechnet, 220 000 Mann Landtruppen aufstellen könne, wovon 70 000 zu sofortiger Einschiffung im Lager von Aldershot zusammengezogen und hier von der Königin gemustert wurden. Selbst indische Truppen, im ganzen 7000 Mann, wurden von Bombay nach Malta geschafft. In einem Rundschreiben vom 1. April faßte Salisbury alle Gründe zusammen, welche den Vertrag von San Stefano für England unannehmbar machten und welche wir soeben dargelegt haben.

Angesichts dieser Haltung Englands dachte man in Rußland wohl zunächst an die äußersten Maßregeln; Totleben ward an Stelle des zum Generalfeldmarschall ernannten und mit unverdientem Siegeslorbeer heimgekehrten Großfürsten Nikolaus zum Oberfeldherrn des vor Konstantinopel stehenden russischen Heeres ernannt; Verstärkungen gingen nach dem Kriegsschauplatz ab, und freiwillige Beiträge wurden gesammelt, um im Notfall eine Kaper-

Digitized by Google

flotte gegen die englischen Handelsschiffe loszulassen. Aber bei näherer Überlegung mußten sich die Russen sagen, daß sie mit ihren doch schon sehr hart mitgenommenen Kräften einen Krieg gegen England, die Türkei und wahrscheinlich auch Österreich nicht mit Erfolg hinausführen könnten. Unter ihren Truppen herrschten Typhus und andere Seuchen in schrecklichem Maße, und die greulichen Missetaten, welche sich namentlich Kosaken gegen die türkische Bevölkerung, insbesondere gegen Frauen und Mädchen, zu schulden kommen ließen, zeugten von einer Lockerung der Mannszucht und einer Gleichgültigkeit gegen die Soldatenehre, welche das Vertrauen in das Heer schwer erschüttern mußten.

Es war am 8. April, daß Beaconsfield in einer großen Rede im Haus der Lords keinen Zweifel ließ, daß England entschlossen sei, auch ohne Verbündete den Krieg aufzunehmen. „Mylords," sagte er, „nichts in der Geschichte kann unserem Reich verglichen werden. Weder Cäsar noch Karl der Große haben die Geschicke einer ähnlichen Herrschaft gelenkt. Unsere Flagge weht auf allen Meeren, unsere Provinzen gehen durch alle Breitegrade; sie umfassen Untertanen von den verschiedensten Rassen, Religionen, Gesetzen, Sitten, Gewohnheiten. Die einen sind uns verbunden nur durch die Bande der Freiheit, welche ihre Unabhängigkeit sichert; andere sind von unserem Fleisch und Blut; andere haben materielle und moralische Interessen mit uns gemein; andere sind durch Krieg unterjocht und lassen sich dieses Joch gefallen, weil sie wissen, daß sie ihm für Ordnung und Gerechtigkeit zu Dank verpflichtet sind. Dieses englische Reich, Mylords, kann nur durch dieselben Eigenschaften erhalten werden, die es gegründet haben, durch Mut, Mannszucht, Geduld, Entschlossenheit, Achtung vor dem öffentlichen Recht und Fürsorge für die Interessen der Nation. Im Osten Europas, Mylords, sind einige der Bürgschaften der Sicherheit dieses Reiches in Gefahr. Ich werde niemals glauben, daß in einem solchen Augenblick die Peers von England die Sache des Landes nicht unterstützen werden." Der Minister täuschte sich nicht: das Oberhaus nahm eine Adresse an die Königin an, welche die Bereitwilligkeit der Lords zu jedem Opfer aussprach. Die Königin selber war mit Leib und Seele derselben Meinung; sie

Digitized by Google

erwies Beaconsfield damals die unvergleichliche Ehre, ihn auf seinem Landsitz in Hughenden zu besuchen.

Als der Zar Alexander II. und sein Reichskanzler Gortschakow zur Erkenntnis dieses vollen Ernstes der Lage gelangten, *da lenkten sie ein*. Von Berlin aus kamen auch mahnende und warnende Stimmen nach Petersburg, daß man den Bogen nicht zu straff spannen solle; Bismarcks eigenes Beispiel, der in seinen größten Momenten immer Maß zu halten verstanden hatte, konnte zur Nachahmung einladen; er hatte stets das volle Gefühl dafür gehabt, daß man durch allzu hoch gespannte Bestrebungen sich nicht die sicheren Früchte des Sieges verderben dürfe. Das Verlangen Österreichs und Englands, daß Veränderungen an dem 1856 festgesetzten Bestande des ottomanischen Reiches nur durch ganz Europa, d. h. durch die Großmächte, vorgenommen werden dürften, also ein europäischer Kongreß zu berufen sei, wurde von Deutschland sofort unterstützt, und es bot den Russen jetzt sogar einen ehrenvollen Ausweg aus der Sackgasse, in die sie durch den Vorfrieden von San Stefano geraten waren; was sie opferten, das opferten sie nicht von England gezwungen, sondern sozusagen auf dem Altar Europas. Gleichwohl war es nötig, daß die beiden streitenden Mächte, ehe sie auf den Kongreß gingen, vorher sich unter der Hand über die Hauptfragen verständigten. Der russische Botschafter in London, Graf Peter Schuwalow, besuchte Bismarck, mit dem er in vertrauten Beziehungen stand, im Mai 1878 in Friedrichsruh, um seine Vermittlung zu gewinnen, und Bismarck erklärte sich bereit, den Kongreß in Berlin abhalten zu lassen und hier, wie er am 19. Februar 1878 im Reichstag gesagt hat, als „ehrlicher Makler" einen Vergleich zustande zu bringen. Von Friedrichsruh reiste Schuwalow nach St. Petersburg und kehrte von hier mit solchen Weisungen versehen nach London zurück, daß am 30. Mai von ihm und Salisbury das „*Londoner Memorandum*" unterzeichnet werden konnte. Dieses enthielt alle wesentlichen Punkte eines Ausgleichs der widerstreitenden englischen und russischen Interessen: 1. gestand England die Befreiung der bulgarischen Nation vom türkischen Joch und die Erwerbung von Bessarabien, Batum, Ardahan und Kars durch Rußland zu. 2. willigte der Zar darein,

Digitized by Google

daß Makedonien mit Saloniki bei der Türkei verbleibe, daß das vom Sultan frei zu gebende Bulgarien in zwei Teile zerlegt werde, einen nördlich vom Balkan gelegenen mit Sofia, der unter einen Fürsten gestellt werden, einer selbständigen Regierung teilhaftig sein, aber dem Sultan tributpflichtig bleiben sollte, und einen südlich vom Balkan gelegenen, der als innerlich selbständige türkische Provinz eingerichtet und unter einen christlichen Statthalter gestellt werden sollte, den der Sultan mit Zustimmung der Großmächte auf 5—10 Jahre ernennen sollte. In Asien sollte die Festung Bajesid und das Tal von Alaschkerd dem Sultan verbleiben, weil die Handelsstraße vom schwarzen Meer nach Persien durch diese Gegend läuft und England auf die Offenhaltung dieser Handelsstraße aus politischen wie aus Handelsgründen begreiflicherweise großes Gewicht legte. Übrigens war Beaconsfield entschlossen, von jetzt an die Ära russischer Eroberungen auf Kosten der Türkei zu schließen; in einem (zunächst noch geheim gehaltenen) Vertrag vom 4. Juni zwischen England und der Türkei ward festgesetzt, daß, wenn Rußland je es versuchen sollte, wieder türkische Provinzen in Asien an sich zu reißen, die Engländer dem Sultan bewaffnet zu Hilfe kommen würden. Der Sultan sollte auch in den asiatischen Teilen des Reichs Reformen durchführen und damit den Russen den Vorwand zum Einschreiten nehmen. Damit England sein Versprechen bewaffneten Beistandes eher erfüllen könne, ward ihm vom Sultan die Verwaltung der Insel Cypern (deren Flächeninhalt 9300 qkm, deren Bevölkerung 240 000 Seelen beträgt) überlassen und ihm damit die Anlage einer militärischen Stellung in der Nähe des etwaigen künftigen Kriegsschauplatzes ermöglicht. Die Insel hat freilich durch diese Veränderung ihrer politischen Stellung nichts erlangt als eine schwere Steuerlast, die allein für Militärzwecke heute etwa 2 Mark 70 Pfennig auf den Kopf beträgt; der Tribut an den Sultan in der Höhe von 1,8 Millionen Mark besteht fort, wird aber von England auch zu Kriegszwecken zurückbehalten.

Nachdem die Grundlagen einer Verständigung gelegt waren, lud Bismarck auf Befehl des damals die Regentschaft für seinen verwundeten Vater führenden Kronprinzen Friedrich Wilhelm die sämtlichen Großmächte zu einem in Berlin abzuhaltenden

Digitized by Google

Kongreß ein, der die orientalischen Dinge in einer für ganz Europa verbindlichen Weise ordnen sollte. Als Vertreter Rußlands erschien der achtzigjährige Gortschakow (1798—1883), ein Mann von etwas gebückter Haltung, aber noch beweglich und rührig, in den Geschäften wohl erfahren, imstande zu übersehen, was er zu tun und zu lassen hatte; mit ihm Graf Peter Schuwalow, in Berlin ebenso beliebt als Gortschakow dort ungern gesehen war (S. 112), unterrichtet, beredt, geschickt und versöhnlich, und der Botschafter in Berlin, Graf Oubril, der wesentlich die Aufgabe hatte, zwischen den beiden Rivalen Gortschakow und Schuwalow zu vermitteln. Von seiten Englands kam der leitende Minister Lord Beaconsfield (1804—81), trotz seiner 74 Jahre von jugendlicher Frische, ungeachtet seines ausgeprägt semitischen Gesichtsschnitts eine echt englische Erscheinung, anscheinend phlegmatisch, bis die Wucht eines großen Gegenstandes seine wundervolle Rednergabe entfesselte und er je nach Bedürfnis ruhig oder leidenschaftlich, gemessen oder stürmisch sprach, immer aber würdevoll und mit dem Gepräge eines unbeugsamen Willens, hinter dem der Wille einer großen Nation stand; im täglichen Verkehr war er einfach, zugänglich, wohlwollend, als Staatsmann stets auf das Große gerichtet, Eingehen auf die Einzelheiten stolz verschmähend. Ihn ergänzte gerade in dieser Richtung aufs glücklichste durch eingehende Kenntnis der orientalischen Dinge Lord Salisbury, ein Mann mit nachdenklichem Gesicht, edlen Zügen, mächtiger kahler Stirn, einem majestätischen Bart; man konnte ihn bei dem sanften Ton seiner Stimme, seinem träumerisch scheinenden Wesen eher für einen Philosophen als einen Staatsmann ansehen; aber alle humanitären Absichten zugunsten der Raja, deren Leiden er aus der Nähe beobachtet hatte, blieben bei ihm den Interessen Englands streng untergeordnet; er war recht ein Typus des Politikers, der der Losung folgt: right or wrong, my country! ob Recht oder Unrecht — mein Land geht vor! So war er wie geschaffen zum Taktiker der englischen Abordnung zum Kongreß, stets bereit zu Angriff oder Abwehr, immer den Blick auf England gerichtet. Die andern Mächte waren wie folgt vertreten: Frankreich durch den Minister des Auswärtigen Waddington (S. 90), der,

Digitized by Google

der Konfession nach Protestant, in der archäologischen Wissenschaft wie in der Politik gleich bewandert war; Italien durch Graf Corti; Österreich-Ungarn durch den Grafen Julius Andrassy, der seit 1871 die auswärtigen Angelegenheiten des Doppelreiches lenkte und seit 1870, wo er das Eintreten Österreichs für Frankreich verhindert hatte, bei Bismarck gut angesehen war; die Türkei endlich durch Karatheodory Pascha, einem klugen Phanarioten, dem für militärische Fragen der Generalissimus Mehemed Ali beigegeben war. Obwohl den besiegten Teil vertretend, erweckten die türkischen Abgesandten doch Achtung durch ihr würdiges Benehmen, das durch das Gefühl, rühmlich unterlegen zu sein, noch gehoben ward.

Die Verhandlungen, die am 13. Juni begannen, leitete Bismarck in dem Sinn, dem er im Reichstag am 19. Februar 1878 Worte geliehen hatte. Danach hatte Deutschland nur das eine Interesse im Orient wahrzunehmen, daß die Wasserstraßen der Donau und der beiden Meerengen, des Bosporus und der Dardanellen, für den deutschen Handel offen blieben; darüber hinaus wünschte es der Raja ein besseres Los aus allgemein christlichen und menschlichen Erwägungen; sonst war es unbeteiligt, und Bismarck wollte nur als „ehrlicher Makler" der Sache des Friedens dienen. Gemäß seinem festen Grundsatz, die Freundschaft mit Rußland so lange, als es mit Ehren ging, aufrecht zu erhalten, vertrat er die durch Schuwalow in vernünftigen Grenzen gehaltenen russischen Wünsche in einem Maß, daß er sich in seiner Rede vom 6. Februar 1888 „als vierten russischen Bevollmächtigten auf dem Kongreß" hat bezeichnen können. Das war ja der große Gedanke, der diesem Kongreß weitgehende Bedeutung verlieh, daß ganz Europa (und für die sechs Großmächte darf man wohl diesen Ausdruck gebrauchen) durch gemeinsame Beratungen einen Zustand im Osten zu schaffen sich anschickte, der das gemeinsame Siegel empfangen und den allen so notwendigen Frieden sichern und mit den stärksten Bürgschaften umgeben sollte. Dieses Werk ward auch in emsigen Verhandlungen binnen vier Wochen erreicht; am 13. Juli konnte der Kongreß mit einer Akte geschlossen werden, welche bestimmte, daß

1. Bulgarien in der vorher zwischen England und Rußland

Digitized by Google

vereinbarten Weise errichtet werden sollte; es erhielt einen Umfang von 64000 qkm mit $2^1/_4$ Millionen Seelen. Das „autonome" Ostrumelien, das zweite bulgarische Stück, hatte 32000 qkm mit einer Million Menschen. Dem Sultan verblieben in Europa noch 176000 qkm mit $5^3/_4$ Millionen Menschen.

2. Montenegro, Serbien und Rumänien wurden unabhängige Staaten, mit der Verpflichtung für alle ihre Untertanen religiöse und politische Gleichberechtigung zu gewähren, was vor allem den zahlreichen rumänischen Juden zugute kommen sollte; ihr Stammesgenosse Beaconsfield erfüllte hierin die auf ihn gerichteten Hoffnungen (vgl. S. 119). Die Überlassung des Hafens Antivari an Montenegro (das von 4400 qkm auf 9100 anwuchs, mit 200000 Einwohnern) gestand Österreich nur unter der Bedingung zu, daß Montenegro keine Kriegsschiffe auf der Adria halten dürfe und die Seepolizei an der dortigen Küste Österreichs zustehe. Serbiens Gebietsumfang ward durch die oben (S. 139) genannten Orte um 11000 qkm mit 507000 Seelen vermehrt, so daß es nun 48000 qkm mit über 2 Millionen Bewohnern hatte. Rumänien empfing für den an Rußland wieder abzutretenden Teil von Bessarabien, den es 1856 im Pariser Frieden erhalten hatte, die südlich der Donaumündungen gelegene, bisher türkische Dobrudscha mit 15500 qkm und 200000 Seelen; es hatte nunmehr 131000 qkm und über 5 Millionen Einwohner.

3. Bosnien und die Herzegowina blieben zwar dem Rechte nach Teile des türkischen Reichs und also unter der Souveränität des Sultans. Da dieser aber außer stande war, dort die Ruhe herzustellen und Österreich durch den anhaltenden Aufruhr an seinen Grenzen sehr in Mitleidenschaft gezogen wurde (Andrassy machte geltend, daß es seit drei Jahren 150000 Flüchtlinge mit einem Aufwand von 10 Millionen Gulden habe unterhalten müssen), so erhielt Österreich einen gesamteuropäischen Auftrag, dem auch der Sultan beitrat, daß es die beiden Provinzen besetze und deren Verwaltung übernehme. Dies geschah auch im August und September 1878 durch ein Heer unter dem Feldzeugmeister Philippowitsch, nicht ohne Blutvergießen, da die muselmännische Bevölkerung aus Furcht, ihres Eigentums beraubt zu werden (vgl. S. 117), sich mit

Digitized by Google

den Waffen widersetzte. Im Jahr 1879 wurde auch, der in Berlin ausgestellten Vollmacht gemäß, ein Teil des Sandschaks Novibasar durch die Österreicher besetzt.

4. Die asiatischen Besitzverhältnisse wurden gemäß den russisch-englischen Abreden geregelt; der Sultan trat also etwa 30000 qkm mit Batum, Ardahan und Kars an den Zaren ab, der es „als seine Absicht" erklärte, Batum zum Freihafen zu machen und es nicht zu befestigen, was aber nicht gehalten wurde.

5. Griechenland, dessen Vertreter in der 9. Kongreßsitzung zur Darlegung seiner Wünsche zugelassen wurden, erhielt die Zusicherung eines Zuwachses in Thessalien und Epirus, über den es sich mit dem Sultan verständigen sollte. 1881 erzwang es durch fortgesetzte Kriegsdrohungen von der noch tief erschöpften Türkei die Abtretung fast ganz Thessaliens bis zum Olymposgebirge und des Südostens von Epirus, 20000 qkm mit 300000 Einwohnern. Seltsamerweise kam so eine große Zahl von Muselmännern (um Larissa) unter griechische Herrschaft, während die in Epirus zahlreichen Griechen unter dem Regiment des Sultans verblieben.

6. Der Sultan verhieß zum so und so vielten Male allen seinen Untertanen völlige Gleichheit hinsichtlich der religiösen, bürgerlichen und politischen Rechte; auch diesmal aber blieben die Verheißungen angesichts des Schwergewichts der gegebenen Verhältnisse im wesentlichen bloße Worte.

7. Die Meerengen zwischen Europa und Asien sollten für Kriegsschiffe verschlossen bleiben, wie dies im Juli 1841 durch den sog. Meerengen-Vertrag, den damals alle Großmächte anerkannten, festgesetzt worden war.

8. Die Donau ward für neutral erklärt und der Wirkungsbereich der europäischen Kommission, welche die Flußpolizei ausüben sollte, bis Galatz erstreckt; Serbien, Bulgarien und Rumänien erhielten je einen Sitz in der Kommission.

Das Werk des Berliner Kongresses entsprach den Wünschen und Absichten der Panslawisten und der Balkanslawen nur in unvollkommenem Maße. Die Serben blieben in einen montenegrinischen, serbischen, türkischen und österreichischen Teil zerrissen; ebenso zerfielen die Bulgaren in einen selbständigen, autonomen (Ostrumelien)

Digitized by Google

und türkischen (Makedonien) Teil. Es lag auf der Hand, daß, was man jetzt nicht erreicht hatte, nachzuholen versucht werden würde, sobald sich Gelegenheit bot, daß also die Berliner Kongreßakte Stoff genug zu neuen Zusammenstößen und Streitigkeiten in ihrem Schoße barg. Man darf aber billig fragen, ob irgend ein Friedensschluß nachweisbar ist, von dem nicht dasselbe gesagt werden kann und muß; die Geschichte schreitet immer in Absätzen ihren Zielen entgegen, und wenn Serben und Bulgaren es als unsittlich und erbärmlich bezeichneten, daß Europa ihnen den nationalen Zusammenschluß versagt habe, um seinen Frieden zu retten, so darf man fragen, ob denn diese kaum erst der zivilisierten Völkerfamilie beigefügten Nationalitäten etwas für sich verlangen dürfen, was keine Nationalität irgendwo erreicht hat; Deutsche wohnen zu Millionen in nichtdeutschen Staatswesen, Italiener zu Hunderttausenden außerhalb des Königreichs Italien, und mit den Russen (Galizien) und Franzosen (Belgien, Schweiz) steht es nicht anders. Endlich aber war der europäische Friede, den der Kongreß unter Bismarcks zäher und umsichtiger Leitung erarbeitete und sicher stellte, ein so hohes Gut, daß es wohl sich verlohnte, ihm einen Teil der serbischen und bulgarischen Wünsche zu opfern; ein anderer Teil ward ja erfüllt, und die Herrschaft des Islam in Europa hatte eine neue große Beschränkung erfahren, jenseits deren ihr völliger Zusammenbruch vor dem Auge auftauchte.

Wir schließen an die Darstellung des russisch-türkischen Krieges sofort eine kurze Übersicht der weiteren Entwicklung der Balkanvölker.

In Bulgarien beschloß eine aus 231 Notabeln bestehende Versammlung im Jahr 1879 zu Tirnowa, dem Land eine nach westeuropäischen Mustern gearbeitete Verfassung zu geben, welche bald zu endlosen Streitigkeiten zwischen Liberalen und Konservativen führte und deshalb 1881 auf einige Zeit wieder außer Kraft gesetzt wurde. Zum Fürsten wählte die Nationalversammlung (die „Sobranje") am 29. April den vom Zaren bezeichneten Prinzen Alexander von Battenberg (1857—93), den Sohn des Prinzen Alexander von Hessen und einer polnischen Gräfin Hauke, welche den Titel Fürstin von Battenberg (Ortschaft bei Biedenkopf) erhalten hatte. Entscheidend für diese Wahl war die Verwandtschaft

Digitized by Google

des Prinzen mit dem russischen Zarenhof: er war der Neffe der Zarin, einer hessischen Prinzessin. Die Fürsten Karl von Rumänien und Milan von Serbien nahmen im Mai 1881 und März 1882 den Königstitel an, der vom eigenen Ehrgeiz und von dem Selbstgefühl der befreiten Völker gefordert wurde. Am 18. September 1885 brach in Ostrumelien ein Aufruhr aus, der zum Sturz der türkischen Regierung und zur Vereinigung mit Bulgarien führte, also eine eigenmächtige Zerreißung des Berliner Friedens bedeutete. Fürst Alexander konnte sich der im bulgarischen Volk mächtig gewordenen Einheitsbewegung nicht entziehen, ohne seinem Volk als Verräter zu gelten; er stieß aber damit ebenso die Serben vor den Kopf (welche eine einseitige Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Bulgaren nicht gern sahen) als, was noch viel gefährlicher war, die Russen; denn in St. Petersburg war man bereits zu der unliebsamen Erkenntnis gekommen, daß die befreiten Balkanslawen nicht etwa nur von der türkischen unter russische Botmäßigkeit geraten, sondern frei sein und sich selbst regieren wollten, und daß sie dazu auch um so leichter imstande waren, je größer und stärker sie waren. Die Serben, welche in ihrer Mißgunst sich zu einem Krieg gegen Bulgarien fortreißen ließen, schlug der tapfere Alexander im November 1885 in der stark befestigten Stellung bei Sliwnitza völlig zurück, und sie mußten froh sein, daß sie durch Österreichs Vermittlung im Bukarester Frieden vom 3. März 1886 ohne Gebietsverlust davonkamen. Der Sultan, der bereits in einem gestärkten Bulgarien ein Bollwerk gegen Rußland sah, willigte am 5. April 1886 durch das Konstantinopeler Protokoll darein, dem jeweiligen Fürsten von Bulgarien die Statthalterschaft über Ostrumelien gemäß dem Berliner Frieden je auf fünf Jahre zu übertragen; in dieser Form ward der Fortschritt in der Vereinigung der bulgarischen Nation von der Pforte und Europa anerkannt; nur zwei kleine Gebietsteile mit wesentlich muselmännischer Bevölkerung wurden wieder mit der Türkei vereinigt. Aber der neue Zar Alexander III. (1881—94, geb. 1845), seinem Vetter Alexander nie wohlgesinnt, grollte ihm seit der eigenmächtigen Durchbrechung des Berliner Vertrags unversöhnlich; durch eine Verschwörung der russischen Partei ward der Fürst am 21. August 1886 gefangen

Digitized by Google

genommen und über die Grenze gebracht, und wenn auch eine sofort losbrechende nationalistische Gegenbewegung ihn wieder nach der Hauptstadt Sofia zurückführte, so verzichtete er doch angesichts der unversöhnlichen Feindseligkeit des Zaren, die dieser auf ein demütiges Gesuch des Fürsten in einem Brief offen kundgab, am 7. September 1886 auf seinen Fürstenhut. Die Brutalität, mit der der russische Agent General Kaulbars nun im Lande auftrat, hatte nur die Wirkung, die von dem Kammerpräsidenten Stambulow geleitete antirussische Richtung zu verstärken. Da alle Versuche, mit Rußland zu einem Ausgleich zu gelangen und den Bruder der Zariza, den mit der Prinzessin Marie von Orleans vermählten Prinzen Waldemar von Dänemark, zur Annahme des Throns zu bewegen, vergeblich waren, so wählte die Nationalversammlung schließlich am 7. Juli 1887 den römisch-katholischen Prinzen Ferdinand von Koburg-Kohary (geb. 1861) zum Fürsten. Dieser, durch seine Mutter Klementine (1817—1907), die Tochter Louis Philipps, dem Haus Orleans nahe verwandt, konnte aber bei dem passiven Widerstand Rußlands die Anerkennung der Großmächte und des Sultans zunächst wenigstens nicht erlangen. Erst als Ferdinand 1894 den durch sein gebieterisches Wesen dem Fürsten selbst lästig gewordenen Minister Stambulow entließ (er fiel dann im Juli 1895 durch schnöden Meuchelmord) und 1896 sich dazu verstand, seinen römisch getauften ältesten Sohn Boris (geb. 1894) (aus seiner ersten Ehe mit Luise von Parma) nachträglich in die orthodoxe Kirche aufnehmen zu lassen, ließ Zar Nikolaus II. (geb. 1868), der 1894 auf seinen Vater Alexander III. gefolgt war, seinen Widerstand gegen den „koburgischen Usurpator" fallen, und der Sultan konnte mit Gutheißung der Großmächte ihm die Anerkennung erteilen. Das Land hob sich kulturell seit seiner Befreiung ohne Zweifel in hohem Grade; es baute etwa 2000 Kilometer Eisenbahnen und schuf ein Heer von 43000 Mann, das im Kriegsfall auf 200000 gebracht werden konnte, und hatte befriedigende Finanzen. 1908 heiratete Ferdinand die protestantische Fürstin Eleonore von Reuß-Köstritz. Weiteres siehe Buch II, Kapitel 14.

Die Türkei selbst ließ sich die Lehren des Krieges gesagt sein. Der Sultan berief 1883 den preußischen General Colmar von

Digitized by Google

der Goltz als Direktor der Kriegsschule nach Konstantinopel und ließ durch ihn das Heer nach deutschem Vorbild in einer Weise neu gestalten, daß es eine schärfere Waffe ward, als es jemals früher in der ganzen türkischen Geschichte gewesen war. Auch geschah einiges zur Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte des Reiches, wobei infolge der guten Beziehungen zwischen Berlin und Stambul das deutsche Kapital wesentlich beteiligt wurde. Am 4. Okt. 1888 erhielt die „deutsche Bank" zu Berlin das Recht, die Bahn, die 1870 von Haidar Pascha (gegenüber von Stambul) bis Ismid gebaut war, bis Angora zu führen und für 99 Jahre zu betreiben. Die technische Seite der Aufgabe übernahm die „deutsche Gesellschaft für den Bau der kleinasiatischen Bahnen" zu Frankfurt. 1892 ging die Bahn bis Angora, 1896 bis Konia. 1893 wurde der „deutschen Bank" vom Sultan die Fortsetzung bis Kaisarije übertragen, und am 22. Januar 1902 erhielt eine deutsch-französische Gesellschaft das Recht, die Bahn bis nach Bagdad weiterzuführen, die Schiffahrt auf dem Euphrat und Tigris allein auszuüben und die Bergwerke an der Bahn zu betreiben. Gegenüber denen, welche das Wachsen des deutschen Einflusses in Anatolien mit mißgünstigen Augen sahen, wies Victor Bérard in der Revue de Paris vom 1. Juli 1907 darauf hin, „daß ein deutsches Bagdad ein Segen für alle und für die Menschheit werden müßte; die Bahn werde einst ein großes Baumwollgebiet durchschneiden und Europa so von Amerika unabhängig machen." Die Engländer waren gegen die Bagdadbahn deshalb mißtrauisch, weil sie am persischen Meerbusen endigen soll und sie von diesem, den sie als Vorhalle Indiens ansehen, jeden fremden Einfluß fern halten wollen; sie erhoben deshalb Anspruch auf die Schutzherrschaft über das Emirat Koweit, den voraussichtlichen Endpunkt der Bahn. Um der Türkei die Sache zu erleichtern, verzichtete die Bahngesellschaft im März 1911 auf den Bau der Strecke von Bagdad bis zum persischen Golf zugunsten einer neu zu bildenden ottomanischen Gesellschaft, aber unter Sicherheit für die Beteiligung des deutschen Kapitals zu 30 %, und erhielt dafür das Recht, eine Bahn von Osmanije (halbwegs zwischen Adana und Aleppo) nach Alexandrette zu bauen und den Hafen von Alexandrette für den Verkehr herzurichten. 1895 ward auch der Schienen-

Digitized by Google

strang von Beirut nach Damaskus eröffnet, und mit Geldmitteln, welche in der Türkei selbst aufgebracht worden sind, weiter über Medina (das am 1. September 1908 erreicht wurde) nach Mekka fortgesetzt. Dadurch ward nicht bloß die mühselige Pilgerfahrt nach der heiligen Stadt sehr erleichtert, sondern auch die Verbindung Arabiens, dessen Süden um Sana bei der Abneigung der Araber gegen die Türken fast in beständigem Aufruhr gegen den Sultan stand, mit dem Reich befestigt; die englischen Pläne auf Wegnahme des Aden vorgelegten Teils von Arabien wurden durch diese „Hedschasbahn" durchkreuzt, und im April 1911 entsetzten türkische Truppen das von aufrührerischen Arabern lange umlagerte Sana. Daß die herkömmliche Wirtschaft im türkischen Reich, die vor allem Tyrannei von oben, Mißbrauch der Beamtengewalt und Aussaugung der Untertanen mit sich brachte, gründlich überwunden worden wäre, kann man freilich nicht sagen; es ward manches besser, aber lange nicht alles leidlich gut. Der Staat hatte aber dadurch, daß nach den Serben (1816) und Griechen (1821) nun auch die Mehrzahl der Bulgaren vom Gesamtkörper des Reichs losgelöst war, an innerem Zusammenhalt gewonnen; von den sechs Millionen Menschen, welche auf dem dem Sultan in Europa noch verbliebenen Gebiet lebten, waren vier Millionen Mohammedaner, welche in Treue an dem Sultan als dem Kalifen, dem Nachfolger des Propheten, hängen. Offen ging die amtliche Politik Abdul Hamids darauf aus, diejenigen Elemente, welche die Einheit des Reiches gefährdeten, einfach zu vernichten; dem entsprang die grausame Niedermetzelung der Armenier, die religiös und ethnographisch ein für die Osmanen unverdauliches Element darstellten, sowohl in Konstantinopel als in ihrem Heimatland durch Kurden und türkisches Militär 1895—96. Die einheitlichen Bestrebungen der Regierung fanden einen Widerhall im Volk; unter dem Titel „Fußstapfen der Ahnen" ist eine Sammlung alter türkischer Bücher neu gedruckt worden, welche handgreiflich dartun sollte, daß das türkische Volk eine eigene Literatur von hohem Alter und innerem Werte besitze, und selbst in der jungtürkischen Partei, welche ohnehin der Losung folgte: die Türkei für die Türken! ward das Begehren nach westeuropäischem Parlamentarismus durch eine konservativere Strömung

Digitized by Google

vorübergehend zurückgedrängt, welche in der selbstherrlichen Gewalt des Sultans eine Bürgschaft der nationalen Existenz sah. „Allah sei gepriesen," sagte einer dieser autoritären Jungtürken, als er aus einer Sitzung der französischen Abgeordnetenkammer herauskam, „daß er unter so vielem Elend uns nicht auch noch das einer Abgeordnetenkammer beschert hat!"

Die anhaltende Stärkung des slawischen Elements dort, des türkischen hier und der stetige Aufschwung Rumäniens erweckte bei den Griechen die Besorgnis, daß ihr Volksstamm schließlich auf der Balkanhalbinsel unter die Räder kommen könnte, und so begannen sie 1896 Vorbereitungen zu einer gewaltsamen Befreiung ihrer in Europa noch unter türkischem Scepter stehenden Brüder. König Georg (geb. 1845), der zweite Sohn Christians IX. von Dänemark, war ohne feste Wurzeln im Lande, dessen Krone er 1863 durch einen Aufruhr gegen König Otto erlangt hatte, und wagte deshalb der nationalen Strömung sich nicht zu widersetzen. Die Insel Kreta (8600 qkm, 300 000 Einwohner) erhob sich 1896 gegen den Sultan, der ihr nunmehr auf Drängen der Großmächte Autonomie zusagte; aber der Aufstand ward dadurch nicht beschwichtigt, und der zweite Sohn des Königs, Prinz Georg, fuhr mit sechs Torpedobooten den Rebellen zu Hilfe; am 15. Februar 1897 landete der griechische Oberst Vassos an der Spitze von 3000 Mann westlich von Kanea und verband sich offen mit den Aufrührern. Das Verlangen der Großmächte, daß die türkischen und griechischen Truppen binnen sechs Tagen die Insel räumen und Karatheodory Pascha (s. S. 145) als Statthalter des Sultans sie regieren sollte, stieß bei dem griechischen Minister Delyannis auf Widerstand; der Kronprinz Konstantin begab sich zu den Truppen nach Thessalien, und 2000—3000 Freischärler brachen über die Grenze in Makedonien ein, dessen Küste von Griechen bewohnt ist. Nun erinnerte sich Abdul Hamid seiner Würde und erklärte am 17. April 1897 formell den Krieg, der tatsächlich von den Griechen längst gegen ihn eröffnet war, weil sie hofften, daß der Sultan nicht Ernst machen, sondern wie 1885 bei dem Abfall Ostrumeliens (S. 149) sich ohne Kampf fügen werde. Hierin täuschten sie sich sehr. Der Sultan wußte, daß er ein vorzüglich

Digitized by Google

organisiertes Linienheer (Nisam) von sieben Armeekorps hatte, hinter dem eine ebenfalls marschfähige Landwehr (Redif) von 64 Bataillonen und ein Landsturm (Mustahafiz) von 32 Bataillonen stand. Die Erbitterung der Muselmänner gegen die Griechen war ungeheuer, dem entsprechend ihre Kampflust und ihre Opferwilligkeit groß; allein aus Albanien kamen 11 000 Freiwillige; im ganzen führte der Oberfeldherr Edhem Pascha über 120 000 Mann ins Feld. Ihnen standen entgegen etwa 80 000 griechische Reguläre, zu denen noch 5000 Freiwillige aus dem eigenen Land und 2000 sog. „Philhellenen" aus Italien, Frankreich und andern Ländern kamen, teilweise zügellose Abenteurer, eine Geißel für die Freunde, wenig furchtbar den Feinden. An militärischer Schulung und Vorbereitung für den Krieg waren die Türken den Griechen weit überlegen, und so kann es nicht wundernehmen, daß der Krieg gänzlich zu Ungunsten der leichtfertigen Angreifer verlief. Edhem Pascha erstürmte den Melunapaß im Olympos, drang in Thessalien ein und schlug den Kronprinzen Konstantin am 23. April vor Larissa und am 5. Mai abermals auf dem altberühmten Schlachtfeld von Pharsalos; am 17. Mai fügte er dem Kronprinzen bei Dhomokos eine vierte Niederlage bei, infolge deren die Türken bis vor Lamia vordrangen und die Griechen sich auf den Paß von Thermopylä zurückzogen. Ihr Mut war jetzt gänzlich gebrochen, die Zucht des Heeres so gelockert, daß die Soldaten ihren eigenen Oberfeldherrn, den Kronprinzen, nicht mehr grüßten. König Georg blieb nichts übrig, als um Waffenstillstand zu bitten, damit Edhem Pascha nicht gegen Athen selbst vorgehe. Der Sultan gewährte ihm unter dem Druck Europas, welches nicht ruhig zusehen wollte, daß Griechenland völlig niedergeschlagen werde, am 20. Mai seine Bitte, aber unter der Bedingung, daß die griechischen Truppen Kreta räumten. Bereits Ende April 1897 hatten Österreich und Rußland, auf Grund einer durch die Kaiser Franz Joseph und Nikolaus in Petersburg (wohin Franz Joseph gereist war) getroffenen geheimen, auch Deutschland nicht mitgeteilten Abrede durch ein gemeinsames Rundschreiben der Minister Lobanow und Goluchowski ihren Entschluß kundgegeben, keine Verschiebung der bestehenden Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel

Digitized by Google

zuzulassen, weder zu Gunsten der Griechen noch zu der der Türken; der Krieg war damit zum voraus zu einem ergebnislosen Duell gestempelt worden. So ward am 16. Dezember 1897 der Friede zu Konstantinopel auf der Grundlage des status quo ante abgeschlossen. Die Griechen kamen darin ohne den Verlust Thessaliens davon, dessen Abtretung Abdul Hamid anfänglich verlangt hatte; dagegen wurden sie für ihren Angriff dadurch gestraft, daß sie (außer der Tragung der eigenen schweren Kriegskosten) den Türken die ihrigen mit 92 Millionen Mark ersetzen mußten. Weil sie für die Einlösung dieser Verpflichtung bei der Unordnung ihrer Finanzen selbst nicht genug Bürgschaft boten, mußten sie sich die Einsetzung eines internationalen Ausschusses zur Überwachung ihrer Finanzen gefallen lassen, mit dessen Hilfe sie ihren Verpflichtungen nachkamen und selbst wieder leidlich geordnete Finanzen erhielten. Kreta erhielt 1898 die versprochene Autonomie und den Prinzen Georg zum Statthalter. Weil er aber die Angliederung der Insel an Griechenland bei den Großmächten nicht durchsetzen konnte, trat er am 25. September 1906 von seiner Stellung zurück, worauf dem König Georg gestattet ward, einen Nachfolger, den früheren Finanzminister Zaimis, dem Sultan „vorzuschlagen". Seit in der Türkei, wovon gleich unten gesprochen werden wird, 1908 das verfassungsmäßige Regiment hergestellt und der nationale Wille maßgebend geworden war, fanden die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kreter in Konstantinopel einen heftigen Widerstand; die Großmächte griffen zu Gunsten der Türkei ein, und die kretische Nationalversammlung (115 Abgeordnete), welche dem König Georg den Treueid geleistet hatte, mußte am 9. Juli 1910 die 16 muselmännischen Abgeordneten ohne diesen Treueid in ihre Mitte zulassen.

Die Wünsche der Griechen nach Befreiung ihrer Landsleute in Makedonien (wie man die drei Wilajets Kossowo, Monastir und Saloniki mit einem altberühmten Namen nennt) stießen nicht bloß auf den Widerstand des rechtmäßigen Souveräns dieses Landes, des Sultans, sondern auch auf den der Bulgaren, welche den Hauptteil der Bevölkerung des Landes bilden. Im Jahre 1903 brach ein Aufstand in Makedonien aus, der auf Erlangung der

Digitized by Google

Autonomie gerichtet war und bei der unbestreitbar herrschenden türkischen Willkürherrschaft auch bei den Großmächten Sympathien fand. Gemäß den zwischen Nikolaus II. und Franz Joseph im Herbst 1903 zu Mürzsteg in Steiermark getroffenen Abreden traten Rußland und Österreich, denen die andern Großmächte als nächstbeteiligten den Vorrang ließen, für Gewährung von Reformen beim Sultan ein; namentlich sollte die Polizei auch aus Christen bestehen, um die üblichen Plackereien durch die türkischen Zaptiehs (Landjäger, Gensdarmen) abzuschneiden, und es sollten die Steuern des Landes zu seinem eigenen Besten verwandt werden. Bei der Abgrenzung der Verwaltungsbezirke des Landes sollte den Nationalitätsverhältnissen eine gewisse Rechnung getragen werden, doch ohne die Einheit des Reiches zu gefährden. Die Polizei sollte unter einen italienischen General gestellt und ihre Offiziere aus den Heeren der Großmächte genommen werden. Abdul Hamid ging auf diese Forderungen ein, die ihm mit der Begründung empfohlen wurden, daß nur durch ihre Annahme ihm Makedoniens fernerer Besitz gesichert werde; aber die Klagen hörten nicht auf, daß auch diesmal der Weg vom Versprechen zum Halten ein sehr langer sei. Wie weit diese Klagen begründet waren, ließ sich deshalb nicht so leicht feststellen, weil bald in Makedonien ein Krieg aller gegen alle entbrannte und Bulgaren, Serben, Griechen und Kutzowalachen (oder Aromunen = Rumänen) sich um die Wette abschlachteten. Auch zwischen Rumänien und Griechenland trat aus diesen Gründen 1905 eine scharfe Spannung ein, und als in der bulgarischen Küstenstadt Anchialos im August 1906 eine Anzahl Griechen durch die Bulgaren erschlagen und ihre Häuser angezündet wurden, erließ die griechische Regierung eine Protestnote an die Mächte; die Bulgaren aber erklärten, daß griechische Banden in Makedonien ihren Landsleuten ebenso oder noch schlimmer mitspielten.

Im März 1908 machte der auswärtige Minister in dem liberalen englischen Ministerium, Sir Edward Grey (geb. 1862), den Vorschlag, der Sultan solle für die drei Wilajets einen Generalstatthalter ernennen, der ohne Zustimmung der Großmächte nicht absetzbar sein und Freiheit zur Vornahme von Reformen haben sollte. Diese Maßregel wäre der erste Schritt zur Abtrennung

Digitized by Google

Makedoniens vom türkischen Reich gewesen, dem in Europa nur noch die vier Wilajets Konstantinopel, Adrianopel, Skutari und Janina verblieben wären. Fürst Bülow lehnte im Reichstag den Beitritt Deutschlands zu dem englischen Vorschlag mit der Bemerkung ab, daß alle Maßnahmen, welche die Souveränität des Sultans bedrohen, die Osmanen nur verbittern müßten und also schädlich sein würden. Aus der gleichen Erwägung verhielten sich auch Rußland und Österreich ablehnend. Wie richtig Bülow gesehen hatte, erwies sich bald. Die Türken empfanden das fortwährende Dreinreden Europas in ihre inneren Angelegenheiten als eine Schmach und sahen darin eine Hauptquelle der fortwährenden Unruhen. Unter dem sehr tüchtigen türkischen Offizierskorps gewann die jungtürkische Richtung (S. 120) mehr und mehr Boden; die Günstlingswirtschaft bei Hof, wo selbstsüchtige und grausame Männer wie Issed und Fehim nach Belieben schalteten, die Aussaugung des Landes durch den Hof und habsüchtige Minister (wie der Marineminister Rami u. a.) und die vielfache Vernachlässigung der pflichtmäßigen Regierungsfürsorge erzeugten überall eine dumpfe Gärung. Mitte Juli 1908 trat die jungtürkische „Liga für Einheit und Freiheit", wie sie sich bezeichnenderweise nannte, mit einem Manifest hervor, in dem sie Herstellung der Verfassung von 1876 (S. 127) und Beseitigung der Blutsauger aus der Umgebung des Sultans forderte; die Türken sollten ihr Land behaupten; aber allen Einwohnern dieses Landes sollten ohne Unterschied des Glaubens und der Abstammung dieselben Rechte und Pflichten (einschließlich der Wehrpflicht) zustehen. Sofort zeigte es sich, daß das ganze 2. und 3. Armeekorps mit diesem Manifest einverstanden war; die Offiziere nahmen die Personen, welche als Gegner angesehen wurden, einfach fest, und als der Sultan seine Minister fragte, was zu tun sei, ob man nicht durch Truppen aus Anatolien (Kleinasien) die Bewegung niederschlagen könne, erhielt er die Antwort: Muselmänner würden auf Muselmänner nicht schießen; es bleibe nichts übrig, als nachzugeben. So erließ Abdul Hamid in zwölfter Stunde, nach einem zehn Stunden dauernden Ministerrat, am Abend des 23. Juli die Erklärung, daß die Verfassung von 1876, welche 1877 außer Kraft getreten war, her-

Digitized by Google

gestellt sei, daß Wahlen zum Parlament sofort eingeleitet und alle politischen Verbrecher begnadigt sein sollten. Diese Erklärung ward überall vom Volk mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen; in Konstantinopel zogen Tausende vor Yildis Kiosk, das Schloß des Sultans, und brachten ihm eine stürmische Huldigung dar, worauf er verhieß, alles für seine Kinder tun zu wollen. Ein und dasselbe Gefühl für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schien alle Ottomanen zu einigen; in Serres umarmten sich öffentlich der griechische Metropolit und der bulgarische Oberpriester, die bisher in bitterem Haß sich gegenübergestanden waren; in Monastir erschien der griechische Metropolit in der entscheidenden Versammlung; bei einer Feier an den Gräbern der 1895 in Stambul ermordeten Armenier (S. 152) nahmen hervorragende Jungtürken teil. Issed Pascha ergriff auf einem englischen Boot die Flucht; Fehim ward vom Volk in Stücke gerissen, das aber sonst, dem Wink der Führer gehorsam, sich aller Unordnungen enthielt, welche die junge Freiheit nur gefährden konnten. Nun fielen die Zensur (die auch die erste Auflage dieses Buches getroffen hatte) und die geheime Polizei; Freizügigkeit ward verkündet, und Kiamil Pascha bildete als Großwesir am 8. August ein neues Kabinett, welchem der Armenier Noradunghian (für den Handel) und der Grieche Maurokordatos (für die Landwirtschaft) angehörten. Die bulgarischen und serbischen Bandenführer in Makedonien legten die Waffen nieder. Die Großmächte zogen ihre Gensdarmerieoffiziere zurück und erklärten, abwarten zu wollen, ob die verjüngte Türkei aus eigener Kraft allen ihren Bürgern ein befriedigendes Dasein zu schaffen vermöge. Über den weiteren Verlauf s. Buch II, Kap. 14.

Im Königreich Serbien herrschte seit 1868 König Milan (geb. 1854, aus dem Hause Obrenowitsch), ein begabter, aber sittlich haltloser Mann, der durch traurige Ehehändel mit seiner russischen Gemahlin Natalie, die am Ende 1888 zur Scheidung führten, sein Ansehen schwer schädigte, obschon die Schuld vielleicht noch mehr an der Frau lag als an ihm selbst. Politisch war Milan ein Freund Österreichs; mit der radikalen Partei seines Landes stand er in fortwährenden Händeln, verteidigte aber zäh die monarchischen Rechte. Im März 1889 trat er zugunsten seines (1876

Digitized by Google

geborenen) Sohnes Alexander I. zurück, für den zunächst eine Regentschaft unter Ristitsch bestellt ward. 1893 erklärte Alexander sich für volljährig, um den inneren Wirren besser steuern zu können; das Land kam aber nicht zur Ruhe, und als er 1900 eine neun Jahre ältere, schlecht beleumundete Witwe, Draga Maschin, heiratete und sich von ihr und ihren unwürdigen Brüdern blind leiten ließ, verfiel er allgemeiner Verachtung und wurde am 11. Juni 1903 samt seiner Gattin durch eine Anzahl Offiziere bei nächtlicher Weile ermordet. Darauf wählte die Nationalversammlung, die Skupschtina, einen Sprossen der Familie Karageorgiewitsch, welche früher in Serbien geherrscht hatte, Peter (geb. 1844) zum König. Es gelang ihm allmählich, die Anerkennung Europas zu gewinnen und mit Bulgarien und Montenegro engere Beziehungen anzuknüpfen, welche auf ein Zusammengehen gegen die Türken, nötigenfalls auch gegen Österreich abzielten; im Innern Serbiens aber herrschte vielfach Verderbnis und Bestechlichkeit selbst der maßgebenden Männer, und ein 1905 aus wirtschaftlichen und politischen Gründen entbrannter Zollkrieg mit Österreich schädigte die für Serbiens Volkswirtschaft wichtige Schweineausfuhr nach der Donaumonarchie. Am 1. September 1908 machte ein neuer Handelsvertrag diesem Zustand ein Ende; in diesem Augenblick aber trat eine Verwicklung ein, welche Serbien gegen Österreich aufs neue tief erregte. S. Buch II, Kap. 14.

Zehntes Kapitel

Deutsch-österreichisches Bündnis · Franzosen in Tunis · Dreibund · Engländer in Ägypten

Die Tätigkeit, welche Bismarck auf dem Berliner Kongreß entfaltet hatte, trug für Deutschland sehr unerwartete Früchte. Er hatte sich bemüht, zwischen den scharf gegensätzlichen Interessen Rußlands, Österreichs und Englands ehrlich zu vermitteln und so den Frieden Europas zu erhalten; es war das eine Politik, welche den Absichten entsprach, mit denen Kaiser Wilhelm seine Würde am 18. Januar 1871 angetreten hatte, und welche offenbar den

Digitized by Google

gemeinsamen Interessen des Weltteils diente. In Rußland aber hatte man sich in den Gedanken hineingelebt und hineingeredet, daß das deutsche Reich ohne Rußlands indirekte Hilfe und wohlwollendes Verhalten 1866 und 1870 nicht zustande gekommen wäre: eine Ansicht, welche der kaum teilen wird, der Rußlands Verhalten im Juli und August 1866 kennt und auch weiß, daß 1870 wesentlich die Wucht und die Raschheit der deutschen Siege es verhindert hat, daß die in Petersburg und Moskau reichlich vorhandene Feindseligkeit gegen Preußen und Deutschland sich nicht in Taten umsetzte. Gleichwohl — man hatte in Rußland erwartet, daß Deutschland an Rußland den schuldigen Dank dadurch abtragen werde, daß es mindestens in Berlin, wo nicht schon vorher, die Forderungen Gortschakows blindlings unterstützen werde. Als dies nicht geschah, als die maßlos harten Bedingungen, die man in San Stefano den Türken auferlegt hatte, durch Europa wesentlich beschnitten wurde, da klagte man nicht etwa sich selber an, sondern warf die Schuld des unbefriedigenden Ausgangs auf Deutschland. In Wahrheit war das Ende der ganzen Angelegenheit dadurch bestimmt worden, daß Rußland im Taumel des Sieges gemeint hatte, das Äußerste fordern und durchsetzen zu können, daß es dadurch England unter die Waffen getrieben und sich dann außerstande gesehen hatte, gegen die Türken, Engländer und wohl auch Österreicher zugleich den Krieg aufzunehmen. Wenn die undankbaren Deutschen, so schloß man an der Newa — genau wie man 1856 gegen die Österreicher geschlossen hatte, nur mit weit weniger Recht — sich nicht schnöde ihrer Dankespflicht entzogen hätten, so würde der Zar seine Ansprüche durchgedrückt haben. Aus dieser Stimmung heraus schrieb Alexander II. an seinen Oheim Kaiser Wilhelm im August 1879 einen Brief, der an zwei Stellen die Drohung enthielt: wenn Deutschland an seiner Weigerung festhalte, bei orientalischen Streitigkeiten (es handelte sich zunächst um die Absteckung der Grenzen zwischen dem österreichischen Besetzungsgebiet und Serbien) seine Stimme ein für allemal im Sinn Rußlands abzugeben, so könne der Friede zwischen Deutschland und Rußland nicht dauern. Dieser Brief stellte das deutsche Reich offenbar vor die Wahl, sich entweder zum Schleppträger der russischen

Digitized by Google

Politik in orientalischen Fragen herabzuwürdigen oder sich eines Angriffs zu versehen. Da das erste aus Gründen der Selbstachtung und Selbsterhaltung ausgeschlossen war, so galt es, sich gegen den zweiten Fall vorzusehen. An sich neigte Bismarck (wie er in seinen Gedanken und Erinnerungen 2, 229 ff. ausführt) mehr zu einem Bündnis mit Rußland als mit Österreich, da wir zu Rußland weder religiöse noch politische Gegensätze haben, und da sein Herrscherhaus mit dem preußischen altbefreundet ist, auch bei ihm der monarchische Erhaltungstrieb so stark wirkt wie bei Preußen. Da aber dieser Bund nunmehr zur Zeit unmöglich war, so entschied sich Bismarck für ein Zusammengehen mit Österreich, wofür alle deutschen Parteien (mit Ausnahme der nicht in Betracht kommenden Sozialdemokraten) eingenommen waren. Als eine Art Einleitung und Vorläufer zu diesem Bund kann der Vertrag zwischen Deutschland und Österreich vom 11. Oktober 1878 angesehen werden, durch den Österreich den Artikel 5 des Prager Friedens vom 23. August 1866 fallen ließ. Nach diesem Artikel sollte Nordschleswig, wenn es durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gab, mit Dänemark vereinigt zu werden, von Preußen an Dänemark abgetreten werden. Durch die von Preußen angeregte Abschaffung des Artikels erwies Österreich Preußen eine große Gefälligkeit; die Gefahr ward beseitigt, daß eines Tages Nordschleswig samt den dabei eingesprengten deutschen Bevölkerungen abgetreten werden mußte.

Kaiser Wilhelm I. sah die wachsende Erkaltung der ihm lieben und teuren Beziehungen zu Rußland mit aufrichtigem Schmerz und suchte durch eine Zusammenkunft mit seinem kaiserlichen Neffen auf russischem Boden in Alexandrówo (bei Thorn) am 3. September 1879 das Zerwürfnis zu heilen; allein „trotz Tränen und Versicherung der althergebrachten Freundschaft", womit der weichherzige Zar gegenüber dem geliebten Oheim nicht sparte, ward sachlich nichts geändert, und Bismarck, der bereits am 27. und 28. August in Gastein sich mit Graf Andrassy besprochen hatte, erhielt auf sein Drängen die Ermächtigung, am 21. September von Gastein über Linz nach Wien zu reisen und hier in amtliche Verhandlungen einzutreten. Klugerweise schrieb Bismarck damals an König Lud-

Digitized by Google

wig von Bayern, als an den mächtigsten Bundesfürsten nach dem König von Preußen und den Souverän des Staates, der im Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten den Vorsitz hat, suchte seine Zustimmung zu dem österreichischen Bündnis nach (die sofort erteilt ward) und setzte den bayerischen Einfluß in Wien für die Zwecke seiner Politik in Bewegung. Kaiser Wilhelm wurde aber von den politischen Gründen, die Bismarck ihm durch den Grafen Stolberg in Baden-Baden vortragen ließ, nicht überzeugt; es bedurfte der Erklärung, daß Bismarck und das gesamte Ministerium zurücktreten würden, wenn der Kaiser seine Zustimmung versage, um diese endlich — bei der Abneigung des alten Herrn gegen einen Personenwechsel im Ministerium — zu erwirken. Das Bündnis wurde am 7. Oktober 1879 abgeschlossen und zunächst (S. 164) geheim gehalten; doch bestand Kaiser Wilhelm I. darauf, daß er seinen Neffen persönlich davon in Kenntnis setzen dürfe, daß ein russischer Angriff auf Österreich Deutschland an dessen Seite rufen müßte, damit der Angriff womöglich unterbleibe. Das Bündnis bestimmte folgendes: 1. Bei einem Angriff Rußlands auf eine der beiden vertragschließenden Mächte stehen sich beide mit ganzer Kraft bei. 2. Beim Angriff einer andern Macht beobachten sie eine für den Verbündeten wohlwollende Neutralität. 3. Hilft Rußland aber dem betreffenden Angreifer, sei es in Form tätiger Mitwirkung, sei es durch drohende militärische Maßnahmen, so stehen sich beide Verbündete mit ganzer Kraft bei. Man kam auch überein, die wirtschaftlichen Beziehungen enger zu gestalten und damit das politische Bündnis zu verstärken; deshalb ward ein zunächst halbjähriger Meistbegünstigungsvertrag zwischen beiden Reichen abgeschlossen. Bismarck wäre sogar bereit gewesen, das Bündnis durch Aufnahme in die Staatsverfassungen beider Reiche vor allen diplomatischen Schwankungen sicher zu stellen, wenn das die Österreicher für tunlich erachtet hätten.

Das deutsch-österreichische Bündnis machte in Petersburg den gewünschten ernüchternden Eindruck; gleich im November sandte Zar Alexander seinen Sohn und Thronfolger Alexander nach Berlin und Wien, um beruhigende Versicherungen über seine friedlichen Absichten abzugeben. Das Bündnis, das zwar von den Tschechen

Digitized by Google

angefeindet wurde, aber die freudige Billigung der Deutschen und Magyaren fand, ist zweifellos eines der festesten Bollwerke des europäischen Friedens gewesen, und es übte keine aufreizende Wirkung, weil, wie Bismarck sehr treffend hervorhob, dadurch eigentlich nur der Zustand hergestellt wurde, der vor 1866 lange Jahrhunderte bestanden hatte und damals nur wegen des Widerstands unterbrochen worden war, den Österreich gegen den engeren Zusammenschluß der deutschen Staaten unter Preußens Führung geleistet hatte. Jetzt war dieser Gegensatz beseitigt, und das Bündnis von 1879 ward durch keine unausgetragenen Machtfragen zwischen Preußen und Österreich mehr in seiner Wirksamkeit gefährdet. Gleichwohl hatte Bismarck nie die Absicht, „den Draht nach Petersburg abreißen zu lassen", weil bei der tatsächlichen Gegnerschaft der Tschechen und der möglichen Gegnerschaft der Klerikalen in Österreich auch einmal ein anderer Wind aufspringen konnte und weil Bismarck Rußland nicht dahin drängen wollte, daß es, wie einst Katharina II. gegenüber Joseph II. getan hatte, sich auf Unkosten Deutschlands mit Österreich verständige. Es gelang ihm in der Tat, selbst den sehr unfreundlich gegen die Deutschen gesinnten Zaren Alexander III., der nach der Ermordung seines Vaters durch die Nihilisten am 13. März 1881 auf den Thron kam, im September 1884 zur Zusammenkunft mit den Kaisern Wilhelm I. und Franz Joseph in Skierniewice in Polen zu bewegen, also ein neues „Dreikaiserverhältnis" (S. 91) zustande zu bringen, welches alle drei Reiche für die Dauer von drei Jahren zu wohlwollender Neutralität gegeneinander verpflichtete, falls eins von ihnen von einer vierten Macht angegriffen werden sollte. Als dann 1887 dem Zaren von deutschfeindlicher Seite, wie es hieß, durch die an seinen Schwager, den dänischen Prinzen Waldemar, verheiratete Herzogin Marie von Orleans, einige mit schamloser Tücke gefälschte Schriftstücke in die Hand gespielt wurden, aus denen hervorzugehen schien, daß Deutschland insgeheim den Koburger „Usurpator" Fürst Ferdinand (S. 150) zur Annahme der bulgarischen Fürstenwürde aufgemuntert, also treulos gegen Rußland gearbeitet habe: da gelang es Bismarck, in einer persönlichen Unterredung mit dem Zaren, der von Kopenhagen der vorgerückten Jahreszeit

Digitized by Google

wegen über Berlin (statt zur See) heimreiste, am 18. November 1887 den Beweis zu führen, daß hier eine geradezu satanische Fälschung zu dem Zweck gemacht war, Deutschland mit Rußland zu überwerfen. Die Folge war die Herstellung des gestörten Vertrauens und sogar der Abschluß eines zunächst auf drei Jahre geltenden geheimen „Rückversicherungsvertrags" mit Rußland, laut dessen sich Deutschland und Rußland, falls eines von beiden von irgendwoher angegriffen werde, wohlwollende Neutralität zusicherten. Der Fall, daß Rußland angreife, ward von diesem Vertrag nicht berührt; unsere eventuelle Verpflichtung gegen Österreich blieb also bestehen. Um den reinen Verteidigungscharakter unseres Bündnisses mit Österreich aller Welt kund zu tun, wurde der Wortlaut des Vertrags von 1879 am 3. Februar 1888 öffentlich bekannt gegeben.

Aber noch nach andern Seiten spann Bismarck seine Fäden, um die Sicherheit des deutschen Reiches und damit den Frieden Europas mit noch stärkern Bürgschaften zu umgeben. England konnte nicht in Betracht kommen, da dessen Politik wenigstens zum Teil von den wechselnden Mehrheiten des Unterhauses beeinflußt wird und da ferner jedes Bündnis Deutschlands mit England Rußland hätte gegen uns reizen müssen. Anders stand es mit Italien, das aus den anfänglichen Schwierigkeiten seiner nationalen Existenz sich allmählich herausarbeitete, als Militärmacht zu Wasser und zu Lande eine unleugbare Bedeutung besaß und, wenn es dem deutsch-österreichischen Bunde beitrat, dessen Kraft so sehr verstärken mußte, daß keine Macht Lust verspüren konnte, mit ihm anzubinden. Nun hatte Italien lange sich der „Politik der freien Hand" hingegeben und daran Geschmack gefunden, bis es plötzlich die Kehrseite dieser Vereinzelung zu spüren bekam. Es war niemand zu helfen verpflichtet; aber es hob sich auch keine Hand in Europa zu Italiens Hilfe, wenn es deren bedurfte. Im Januar 1879 hatte Mac Mahon (S. 89), an einer monarchischen Restauration verzweifelnd, die Präsidentschaft der französischen Republik niedergelegt; mit seinem Nachfolger Jules Grévy (1879—87) kam die republikanische Partei ans Ruder, und in ihr gab es Staatsmänner, welche in stillen Stunden an der Möglichkeit der dem Volk vorschwebenden

Digitized by Google

„Revanche“ an den verhaßten Deutschen verzweifelten und es für klüger hielten, mit der furchtbaren Macht, die zu besiegen man nicht hoffen durfte, sich zu verständigen und so Deutschlands Vorspann für französische Interessen zu gewinnen. Vor allem hatte Gambetta, der bedeutendste Führer der republikanischen Partei, um die Jahreswende 1877—78 aus dem gemeinsamen Gegensatz heraus, in dem Deutschland und Frankreich damals zum Ultramontanismus standen, durch den mit ihm befreundeten schlesischen Grafen Guido Henckel von Donnersmarck direkte Beziehungen mit Bismarck anzuknüpfen gesucht, und nur die Besorgnis des Reichskanzlers, daß die Sache noch nicht reif genug sei und Gambetta, dessen Autorität es jetzt zu stärken galt, durch einen Besuch in Berlin seinem Einfluß in Frankreich schaden könnte, sowie zufällige Umstände hatten verhindert, daß dieser bedeutsame Besuch wirklich ausgeführt wurde. Die Ernennung des Protestanten Waddington (S. 90) zum auswärtigen Minister war von Gambetta als ein Deutschland wohlgefälliger Schritt durchgesetzt worden; aber die Annäherung zwischen Leo XIII. und Deutschland (S. 46. 51) wirkte dann lähmend auf den Fortgang der Sache. Einer der fähigsten Freunde Gambettas aber, Jules Ferry, nahm die Politik eines guten Einvernehmens mit Deutschland wieder auf, um dadurch zur Ausdehnung des französischen Einflusses in Nordafrika zu gelangen und so Frankreichs Stellung im Mittelmeer zu verstärken. Die Räubereien, welche die dem Bey nicht unterworfenen tunisischen Stämme der Krumirs, Mogods, Meknas, Freischisch, Uchtetas an der algerischen Grenze verübten, insbesondere ein Einfall vom 30. März, wobei ein französischer Soldat getötet wurde, ließen sich ohne viel Mühe als schicklicher Anlaß verwenden, um die Hand auf Tunis (120000 qkm, 1800000 Einwohner) zu legen, also auf die Küste, an der im Altertum Karthago lag, die Beherrscherin des westlichen Mittelmeers. Als Ferry in Berlin mitteilte, daß in zehn Jahren Frankreich bei dem Bey von Tunis, Saddok, 2635 Fälle von Gewalttaten tunisischer Grenzstämme habe anhängig machen müssen, und anfragte, wie sich Deutschland dazu stellen werde, wenn Frankreich sich selbst Genugtuung schaffe, da antwortete Bismarck am 2. Mai 1881, daß er

Digitized by Google

selbst gegen eine Eroberung von Tunis nichts einzuwenden habe. Außerhalb Europas, bedeutete Bismarck dem Botschafter St. Vallier, macht, was ihr wollt; in Europa aber laßt uns in Ruhe! Bereits am 22. April rückten drei französische Divisionen zu Land und eine von Toulon, also von der See her, über Biserta kommend, in Tunis ein, im ganzen 32000 Mann, und schon am 12. Mai 1881 mußte der Bey, der Widerstand gar nicht wagte, in seinem Schloß Bardo den sog. Bardo-Vertrag unterzeichnen, vermöge dessen Frankreich ihm seinen Thron und die Unversehrtheit seines Landes verbürgte und zu diesem Zweck das Recht erhielt, Tunesiens Schutz gegen außen zu übernehmen und die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten. Das hieß: Frankreich erhielt die wirkliche Macht im Lande; dem Bey verblieb kaum mehr als die Ehrenstellung, nicht einmal die Ernennung diplomatischer Agenten, da Frankreich die Vertretung von Tunis an sich nahm. Ein französischer General-Resident, Roustan, wurde von da ab der tatsächliche Regent des Landes; wenn auch die innere Verwaltung im Namen des Beys geführt wird und ohne Not hier nicht eingriffen zu werden pflegt, so kann doch nichts geschehen, was von dem französischen Residenten mißbilligt würde. Die Verträge, welche Tunis mit den europäischen Staaten geschlossen hatte, versprach Frankreich ausdrücklich aufrecht zu erhalten, um Einsprachen gegen den Bardo-Vertrag abzuschneiden. Biserta wurde zu einem französischen Kriegshafen ersten Rangs umgeschaffen und ein Stützpunkt für die französische Flotte im Süden des Mittelmeeres, wie Toulon im Norden.

Dieser in kaum zwanzig Tagen durchgeführte meisterhafte militärisch-politische Feldzug wirkte nun auf Italien wie ein Keulenschlag. Wie lange hatte man sich in Rom auf den Tag gefreut, da die provincia Africa, welche einst von Rom nach Karthagos Zerstörung eingerichtet worden war, wieder von Rom aus besetzt werden würde; über 20000 Italiener waren als Arbeiter, Handwerker und kleine Kaufleute in Tunis beschäftigt; alle waren sozusagen Vorposten einer künftigen Besitznahme. Jetzt waren diese Hoffnungen mit einem Schlage vernichtet; die Erklärung, welche der französische Minister des Auswärtigen, Barthelemy St. Hilaire,

Digitized by Google

dem eigentlichen Souverän der „Regentschaft", dem Sultan, zugehen ließ, daß ein Erscheinen der türkischen Flotte vor Tunis, das in Konstantinopel in der ersten Entrüstung erwogen wurde, von der französischen Flotte verhindert werden würde, sagte auch den Italienern, daß sich Frankreich aus Tunis nicht mehr ohne Kampf hinausdrängen lassen werde. Der italienische Ministerpräsident, Cairoli, hatte am 6. April sich des Einvernehmens, das betreffs Tunis zwischen Italien und England bestehe, auf der Rednerbühne der zweiten Kammer in Rom berühmt; er wußte nicht, daß England schon 1878, als es Cypern mit Beschlag belegte, Frankreich als Gegenleistung den Besitz von Tunis zugesichert hatte; das italienische Gesuch einer englisch-italienischen Flottenkundgebung vor Tunis, um Frankreich ein hands off! Hände weg! zuzurufen, ward von Salisbury kühl abgelehnt. Man sah in Rom mit bitterem Grimm, daß die Politik der freien Hand schlimme Früchte trug, daß 150 Kilometer von der Westküste Siziliens die Trikolore flatterte und das Übergewicht Frankreichs im westlichen Mittelmeer besiegelt war. Vor der allgemeinen Erbitterung des Landes brach das Ministerium Cairoli zusammen, das in seiner Kurzsichtigkeit den Verlust von Tunis — so empfand man den Hergang — nicht zu verhüten gewußt hatte, und das neue Ministerium Mancini suchte für künftig wenigstens vorzubauen. Der Bestand des Heeres ward von 10 Armeekorps auf 12 erhöht und die Flotte durch gewaltige Panzerschiffe von einer für damals unerhörten Angriffskraft, wie den Duilio und Lepanto, verstärkt. Die Wahlen von 1882 ließen die radikale und republikanische Partei, die zugleich franzosenfreundlich war, auf ein kleines Häuflein zusammenschmelzen, und so trat Mancini, von der Kammer unterstützt und sogar angetrieben, an Deutschland und Österreich mit dem Wunsch eines Bündnisses heran. Am 20. Mai 1883 kam der Dreibund zustande, durch den sich alle drei mitteleuropäischen Mächte auf fünf Jahre ihren Besitzstand verbürgten; also sollte Deutschland in Elsaß-Lothringen, Österreich in Bosnien und der Herzegowina, Italien in Rom nötigenfalls mit gesamter Kraft geschützt werden. Auch scheint vorgesehen worden zu sein, daß die drei Mächte sich in allen Fragen internationaler Art unterstützen sollten, um das Gewicht und das An-

Digitized by Google

sehen des Dreibundes zu verstärken. Dagegen ließen sich Österreich und Deutschland nicht darauf ein, eine bestimmte Bürgschaft gegen weitere Veränderungen in den Machtverhältnissen am Mittelmeer zu übernehmen, was den Wert des Vertrags für Italien einigermaßen schmälerte. Dafür hat neuerdings erst wieder der italienische Abgeordnete Crispi, ein Neffe des Ministers, im Aprilheft der Rivista di Roma 1906 festgestellt, daß unter dem Schutze des Dreibundes, der ungestörte Arbeit ermöglichte, Italien seine (lange Zeit sehr unbefriedigende) wirtschaftliche Lage dermaßen zu bessern vermocht hat, daß seine Staatspapiere auf Pari kamen, während sie vor zwanzig und dreißig Jahren um 10, 20 und mehr Prozent hinter Pari zurückblieben. Militärische Lasten hat freilich auch Italien zu tragen gehabt; aber ohne den Dreibund wären sie nicht kleiner gewesen, wie die Franzosenfreunde sagten, sondern ohne Zweifel noch beträchtlich größer, da dann Italien für seine Sicherheit hätte allein aufkommen und noch größere Kraftanspannung sich hätte zumuten müssen. Der Dreibund ward 1887 wieder auf fünf, 1891 und 1902 auf zwölf Jahre erneuert.

England hatte sich für den Übergang von Tunis an Frankreich schon vorher auf Cypern (S. 143) schadlos gehalten; sehr bald aber holte es sich einen noch viel größeren Ersatz in Ägypten. Hier herrschte seit 1806 ein Vizekönig unter der Oberhoheit des Sultans, die aber in Wirklichkeit nur in Erhebung eines Jahrestributs von 3 Millionen Mark zur Wirkung kam; und seit der Suezkanal (1869) unter europäischer Aufsicht im Betrieb war, stand das Land selbst tatsächlich unter europäischer Aufsicht, vor allem unter französischer und englischer. Seit Disraëli im November 1875 den vizeköniglichen Teil der Kanalaktien für England angekauft hatte (S. 119) sprach England in der Kanalgesellschaft das wichtigste Wort. Englands Einfluß hatte auch die Folge, daß Charles Gordon (1833—85) von Hause aus ein tüchtiger Ingenieur, der vor Sebastopol sich vorzüglich bewährt hatte, als ägyptischer Statthalter von 1874—80 den Sudan regierte und, puritanisch, fromm, einfach und tatkräftig wie er war, dieses fruchtbare Land, von dem schon die Römer rühmten, daß es Spargel so dick wie Kindsbeine hervorbringe, auf einen vorher nie erreichten Grad des

Digitized by Google

Wohlstands und des Glückes erhob. Chartum am Nil ward ein blühender, von 40 000 Menschen bewohnter Handelsplatz, der stattliche Gebäude, einen öffentlichen Park, ein Arsenal, eine Militärschule, eine Druckerei erhielt; Gordon unterdrückte die Sklaverei mit rücksichtsloser Tatkraft, ließ 300 000 Sklaven frei und vertrieb die Sklavenjäger. Am liebsten hätte er den Sudan, dessen kraftvolle Negerbevölkerung er hoch über die verderbten Türken und Araber und die feigen und unterwürfigen Ägypter stellte, zu einem unabhängigen Staatswesen gemacht. Den südlichsten Teil des Sudans, die sog. Äquatorialprovinz mit Lado und Wadelai, stellte Gordon 1876 unter die Statthalterschaft des schlesischen Arztes Eduard Schnitzer (1840—92) aus Oppeln, der, Emin Pascha genannt, diese Landschaft von der Plage der Sklavenjagden befreite, den Viehstand herstellte und statt des bisherigen Abmangels 1883 einen Überschuß von 240 000 Mark nach Kairo ablieferte.

Nicht lange nachdem Gordon seine Statthalterschaft niedergelegt hatte, entwickelte sich in Ägypten eine nationale Bewegung. Die Absetzung des verschwenderischen Vizekönigs (Khedive) Ismail (1830—95), der die Zinsen seiner Schulden nicht mehr zahlen wollte, durch die Großmächte und den Sultan am 16. Juni 1879 und die Einsetzung seines Sohnes Tewfik Pascha (1852 bis 1892) führte dazu, daß Ersparnisse durchaus notwendig erschienen und demgemäß das Heer auf 18 000 Mann herabgesetzt wurde. Infolge davon wurden 2500 Offiziere auf Halbsold gesetzt; sie verschworen sich in ihrer Erbitterung, die Fremden zu vertreiben, und zwangen den Khedive im Februar 1882, ihren Führer Arâbi zum Pascha und Kriegsminister zu machen. Als nun eine englisch-französische Flotte von je 6 Schiffen vor Alexandria erschien und den Rücktritt des Ministeriums forderte, brach in Alexandria am 11. Juni ein Aufruhr los, dem 50 Europäer zum Opfer fielen; 71 wurden verwundet. Diese Bluttat gab den Engländern den erwünschten Anlaß zur Besitznahme des Landes. Gladstone ließ zunächst Alexandria durch die Panzerflotte unter Lord Seymour vom 11.—13. Juli drei Tage lang grausam bombardieren, worauf die Aufrührer mit Niederbrennung des europäischen Quartiers antworteten. Hierauf lud der englische Minister des Auswärtigen,

Digitized by Google

Lord Granville, den französischen Minister Freycinet ein, mit England zusammen — gemäß dem tatsächlichen sog. englisch-französischen Kondominium in Ägypten — den durch den Aufstand bedrohten Suezkanal zu schützen. Da aber die französische Kammer am 29. Juli dem Minister (dessen Vorgehen ihr zu schüchtern schien, da er bloß 2—3000 Soldaten nach dem Kanal senden wollte, statt kraftvoll aufzutreten) lieber gar kein Geld bewilligte als eines, das bloß bestimmt schien, „das Gepäck der Engländer bewachen zu lassen," so stürzte das Kabinett Freycinet, und mit ihm brach Frankreichs Einfluß in Ägypten zusammen. Viele Abgeordnete meinten, man dürfe in Ägypten sich nicht festlegen, um nicht hier Frankreichs Streitkräfte zu binden und dadurch in Europa gegen Deutschland wehrlos zu werden. Dieser ewige selbstverschuldete Alpdruck ließ Frankreich über See seine wichtigsten Interessen vernachlässigen und kostete es 1882 seine Stellung in Ägypten, nach dem schon Ludwig IX., der Heilige, 1248 die Hand ausgestreckt, nach dem Ludwig XIV. getrachtet, das Napoleon I. besetzt, dessen Kanal der Franzose Vicomte Ferdinand de Lesseps gebaut hatte. England warf im August 1882 englische und indische Truppen unter General Wolseley (geb. 1833) nach Ägypten; dieser besetzte Port Said trotz der Proteste der Suezkanalgesellschaft und Charles de Lesseps', und schlug am 23. September Arábi Pascha bei Tell-el-Kebir völlig aufs Haupt. Dieser floh nach Kairo und ergab sich hier den Siegern, die ihn nach Ceylon verbannten. Nun erklärte Lord Granville am 3. Januar 1883, daß die englischen Truppen aus Ägypten zurückgezogen werden würden, „sobald es die Lage des Landes erlaube"; allein bis heute ist dieser Moment nicht eingetreten, und er wird, soweit es auf England ankommt, wohl niemals eintreten. Jedem Minister des Khedive ward ein englischer Unterstaatssekretär beigegeben, der der wahre Verwalter des betreffenden Geschäftszweiges wurde; der englische General Baker ward mit dem Titel eines Pascha Oberfeldherr (Sirdar) des ägyptischen Heeres und „reorganisierte", d. h. anglisierte es durch englische Offiziere, gestützt auf die englischen Truppen, welche in einer Stärke von etwa 5000 Mann zur Sicherung des englischen Einflusses im Lande blieben. Der Sudan ging freilich dadurch verloren, daß ein Pro-

Digitized by Google

phet, ein „Mahdi“, der gewaltige Mohammed Achmed, dort als Nachfolger (Kalif) des ersten Propheten Mohammed aufstand, und an der Spitze seiner Derwische (eigentlich Bettelmönche, die sich als Religionskämpfer bewaffneten) im November 1883 ein ägyptisches Heer von 16000 Mann unter dem englischen General Hicks Pascha bei Kasgil südlich von Obeid vernichtete. Am 26. Januar 1885 erstürmte der Mahdi auch Chartum, wohin Gordon, um das ihm ans Herz gewachsene Land zu retten, auf Gladstones Ersuchen von London aus geeilt war. Gordon selbst ward erschlagen, mit ihm alle Männer, deren die Sieger habhaft wurden, insgesamt 10000 Menschen, und Chartum ward gänzlich niedergebrannt. Daß die humanen Maßregeln, die Gordon als Statthalter (S. 168) getroffen hatte, zum Teil dazu beitrugen, die Sudanesen zu reizen und dem Mahdi Kämpfer zuzuführen, bewies der Umstand, daß Gordon selbst noch auf der Reise nach Chartum die von ihm früher abgeschaffte Sklaverei wieder grundsätzlich erlaubt hatte, um die Eingeborenen, die an der Sklaverei Interesse hatten, zu beruhigen. Die Äquatorialprovinz behauptete Emin Pascha, trotzdem er von allen Seiten abgeschnitten war, bis zum April 1889, wo er endlich sich entschloß, mit dem angeblich zu seinem Entsatz gekommenen Engländer Stanley sie zu räumen und nach Bagamoyo auf deutsches Gebiet sich zurückzuziehen (S. 204). Im März 1889 vernichteten die Scharen des zweiten Mahdi Abdullah, der nach Mohammed Achmeds Tode 1885 an die Spitze der sudanesischen Muselmänner getreten war, in einer zweitägigen Schlacht bei Metammeh am Atbara (einem Nebenfluß des Nils von rechts) das Heer des abessinischen Negus (Kaiser) Johannes vollständig und brachten ihm selbst eine Wunde bei, an der er kurz nachher starb. Unter der konservativen und auf Weltmacht gerichteten Regierung Lord Salisburys aber, der von 1895—1901 an der Spitze der englischen Politik stand, ging England gegen Abdullah angriffsweise vor. Den Italienern, welche sich am roten Meer festgesetzt hatten, ward schon 1894 der Besitz von Kassâla überlassen, wobei die Italiener mit den Derwischen unter Osmân Digna, einem französischen Renegaten aus Rouen, sich maßen. Der General Kitchener, ein Ire von Abstammung (geb. 1850), erhielt 1896 die Stelle des Sirdar,

Digitized by Google

des Oberfeldherrn über die ägyptischen Truppen, und drang gegen Omdurman vor, in welcher Chartum gegenüber gelegenen Stadt der Mahdi seinen Sitz aufgeschlagen hatte. Am 3. September 1898 stürmten die Heerhaufen des Mahdi gegen die Angloägypter heran; mit todesmutiger Tapferkeit drangen sie, ihre Speere schwingend, bis in das Mitteltreffen Kitcheners ein; einen Augenblick schien es durchbrochen zu werden. Aber die modernen Schießwaffen, die kleinkalibrigen Repetiergewehre und die Maschinengewehre, behielten blutig recht; zu ganzen Legionen mähten sie die tapferen Angreifer nieder; 16000 Tote sollen gezählt worden sein, und der Kalif fand selbst kurz darauf sein Ende. Omdurman ward genommen; seine Bewohner siedelten nach dem neu erstehenden Chartum über.

Als nun Kitchener nilaufwärts zog, traf er in Faschoda Franzosen unter dem kühnen Hauptmann Marchand an, der von Senegal her den Sudan durchquert hatte und nun, mit Menelik von Abessinien ein Einvernehmen suchend, am Nil das dreifarbige Banner entfaltete. England war aber nicht geneigt, sich seine Beute wieder entreißen oder auch nur schmälern zu lassen; Lord Salisbury schlug drohend ans Schwert, zog die englische Flotte im Kanal zusammen und forderte die Räumung Faschodas, welche der französische Minister des Auswärtigen, Delcassé, auch mit einer beispiellosen Selbstdemütigung seines stolzen Landes im November 1898 zugestand. **Damit war Englands Herrschaft im Niltal und östlichen Sudan entschieden.** Ein Vertrag vom 20. Januar 1899 zwischen dem Khedive Abul Abbas II., Tewfiks Sohn (geb. 1874) und England bestimmte, daß als Sudan alle Gebiete südlich vom 22. Grad nördlicher Breite gelten sollten, welche zur Zeit noch von Ägypten besetzt seien oder früher besetzt gewesen seien; die Südgrenze ward absichtlich nicht näher bestimmt, damit man sie so weit als möglich vorschieben und womöglich einmal den Weg von Kairo bis zum Kap englisch machen könne. Das weite Gebiet sollte unter einem Generalstatthalter stehen, den der Khedive im Einvernehmen mit England ernennen sollte. Die ägyptische und die englische Flagge sollten im Sudan nebeneinander wehen; ägyptische Gesetze sollten dort nur so weit gelten, als es der Generalstatthalter anordne; die gemischten Gerichte, welche in Ägypten be-

Digitized by Google

ſtanden und den Europäern eine Vorzugsſtellung gaben, ſollten im Sudan nirgends als in Suakin beſtehen; alle Angehörigen europäiſcher Nationen ſollten die gleiche Freiheit des Handels genießen (Grundſatz der ſog. „offenen Tür“). Dieſem Vertrag folgte einer zwiſchen England und Frankreich vom 21. März 1899, der den Oſten des Sudan mit dem Niltal England, den Weſten, vor allem die Reiche Bagirmi und Wadai, Frankreich als Einflußſphäre zuwies. Der Sultan proteſtierte als nomineller Herr des Sudan gegen alle dieſe Verträge, aber umſonſt.

Ägypten entwickelte ſich unter der Leitung des engliſchen Generalkonſuls Lord Cromer (geb. 1841), eines ernſten, zielbewußten und ſachkundigen, aber auch rückſichtsloſen Staatsmannes, der auch Generalſtatthalter des Sudan ward, ſehr gedeihlich, und daß Frankreich im Vertrag vom 8. April 1904 auf ſeine Mitherrſchaft in Ägypten völlig verzichtete, kam der Entfaltung des engliſchen Einfluſſes ſehr zuſtatten. Die Staatseinnahmen ſtiegen bis 1910 auf etwa 320 Millionen Mark, die Volkszahl auf 15 Millionen; es konnten beträchtliche Steuernachläſſe erfolgen und doch ein Grundſtock von 260 Millionen angeſammelt werden. Die Engländer verbeſſerten die Wege, ſetzten die Eiſenbahn von Chartum nach dem Süden zu fort und ſorgten durch Stauanlagen bei Aſſuan am oberen Nil für Anſammlung von Waſſervorräten, mit denen viel bisher wüſtes Land bewäſſert werden konnte; die heilige Tempelinſel Philä ward ihrem Dornröschenſchlaf entriſſen und zum Bedauern vieler der Elektrizität dienſtbar gemacht. Durch eine weitere Vermehrung der Stauanlagen wurde ſodann der für Baumwollbau brauchbare Boden noch namhaft vergrößert, aber auch Philä unter Waſſer geſetzt und damit ſeine unvergleichlichen uralten Bauten bedroht. Der Volkswohlſtand Ägyptens hob ſich, wie das Steigen der Lebensmittelpreiſe in einem Land dartat, das nicht bloß ſich ſelbſt genügt, ſondern noch Getreide ausführen kann; die Leute konnten die höheren Preiſe, welche durchſchnittlich verdoppelt waren, offenbar bezahlen. Im Jahre 1906 entwickelte ſich gleichwohl in Ägypten eine nationaliſtiſche Bewegung, die auf Abzug der Engländer und Selbſtregierung des Landes gerichtet war; ihre Loſung war: Ägypten für die Ägypter! Die Wortführer dieſer Partei

Digitized by Google

waren Mustapha Kamel Pascha († 1908) und Achmed Farid Pascha; der erste griff in Artikeln in ägyptischen und europäischen Blättern Lord Cromer und das englische Regiment überhaupt scharf an, weil es trotz materieller Wohltaten die Ägypter in ihrem eigenen Land von allen maßgebenden Stellen ausschließe, die Kinder der Ägypter die Regierungsschulen nicht besuchen lasse und den Sudan, um den so viel ägyptisches Blut geflossen sei, tatsächlich zu einer englischen Provinz gemacht habe. Als ein englischer Hauptmann Bull, der angeblich zu seinem Vergnügen Tauben schoß, aber dabei Eingeborene gefährdete, von diesen bei Denschawai im Delta getötet wurde, sprach das englische Gericht am 24. Juni 1906 vier Ägypter des Todes, vier des lebenslänglichen Kerkers schuldig, und das englische Heer ward auf 5700 Mann verstärkt. Der Vizekönig Abul Abbas stand auf Seiten der Nationalisten, ebenso der Sultan, der aber im Mai 1906 durch England gezwungen wurde, die von seinen Truppen besetzte und als Zielpunkt einer Seitenlinie der Hedschasbahn (S. 152) in Aussicht genommene Stadt Tabah (bei Akaba) wieder zu räumen, weil die Sinaihalbinsel seit 1841 zu Ägypten, nicht zu Türkisch-Arabien gehöre. Das letzte große Werk Cromers war 27. Januar 1906 die Eröffnung des neuen vorzüglichen Hafens Port Sudan und der Eisenbahn, welche von Berber am Nil dorthin geführt worden war (Länge 502 km, etwa = Berlin-Barmen) und dem Sudan eine bessere Verbindung mit dem roten Meer schuf, als die über Suakin war. Im April 1907 legte Cromer wegen Alters oder weil er dem liberalen englischen Ministerium Bannerman zu schroff war, sein Amt nieder; sein Nachfolger ward der stellvertretende Unterstaatssekretär Sir Eldon Gorst. Auch dieser sah sich im März 1909 genötigt, das Preßgesetz von 1881, das die Unterdrückung eines Blattes durch Beschluß des Ministerrats gestattete, wieder in Kraft zu setzen; zur Strafe dafür wurde der Ministerpräsident Butros, der als England ganz ergeben galt, am 20. Februar 1910 von einem Nationalisten Wardani ermordet, und der gesetzgebende Rat des Landes lehnte am 6. April 1910 die Vorlage, welche die Verlängerung der Rechte der Suezkanalgesellschaft betraf, trotz großer, Ägypten gebotener finanzieller Vorteile ab, weil England der Hauptaktionär der Gesellschaft war und dessen

Digitized by Google

Herrschaft über den Kanal durch die Vorlage bis 1969 anerkannt worden wäre. Darauf drohte England mit nachdrücklicher Handhabung seiner Autorität und setzte die Gesetze über Preßprozesse, geheime Gesellschaften und Schulzucht einseitig in Kraft; der Versuch, ein ägyptisches Verfassungsleben zu gründen, ward fallen gelassen.

Elftes Kapitel

Die sozialen und wirtschaftlichen Reformen und die kolonisatorischen Maßnahmen Deutschlands 1879—1890

Die Notwendigkeit, in welche der Staat 1878 sich versetzt gesehen hatte, gegen die Sozialdemokratie mit Abwehrmaßregeln vorzugehen, und der Übergang vom Freihandel zum gemäßigten Schutzzollsystem 1879 hatte weitere Wirkungen. Was den ersten Punkt anbetrifft, so war Bismarck von Anfang an sich darüber klar, daß es gelte, die revolutionäre Wühlerei*) und die berechtigten Bestrebungen des Arbeiterstandes nach Verbesserung seiner Lage scharf zu unterscheiden und durch Förderung dieser Bestrebungen der Wühlerei die Wurzeln abzugraben; wo nicht, jedenfalls das öffentliche Gewissen zu beruhigen, indem man schlicht das tat, wozu man sich vor Gott und vor sich selbst verpflichtet fühlte, ohne Rücksicht auf Dank oder Undank. Der zweite Gegenstand, die Zollreform,

*) Sie wurde nicht bloß von den Sozialdemokraten betrieben, sondern auch von den jede staatliche Gewalt im Namen der individuellen Freiheit bekämpfenden Anarchisten. Ihre Losung war die „Propaganda der Tat" durch gewaltsame Beseitigung der Staatsoberhäupter. Im September 1883 beabsichtigten sie bei der Einweihung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald den Kaiser und die ganze Festversammlung in die Luft zu sprengen; der grausige Plan ward aber durch heftige Regengüsse vereitelt, welche die Zündschnüre unwirksam machten. Vgl. z. B. S. 275. 315. Die Sozialdemokraten verneinen nur die bestehende Staatsgewalt, die Anarchisten jede; sie sind insofern vollkommene Gegensätze, gehen aber tatsächlich vorerst ein gut Stück Weges zusammen.

Digitized by Google

drängte ganz von selbst darauf hin, endlich etwas nachzuholen, was lange versäumt war, nämlich den deutschen Zollverein zum Abschluß zu bringen.

Dieser zweite Punkt ward von Bismarck zunächst in Angriff genommen. Noch waren nämlich die Hansastädte Hamburg und Bremen, die zwei Haupthäfen Deutschlands, außerhalb des am 1. Januar 1834 errichteten Zollvereins; obwohl der vom norddeutschen Bund übernommene Artikel 34 der Reichsverfassung besagte, daß sie auf ihren Antrag in den Verein aufgenommen werden könnten, und schon 1867 bei Errichtung des norddeutschen Bundes ganz zweifellos die Meinung bestanden hatte, daß sie diesen Antrag in absehbarer Zeit stellen würden, auch der Zollvertrag mit den süddeutschen Staaten vom 8. Juli 1867 ausdrücklich ihr Fernbleiben nur als vorläufig bezeichnete: so war doch alle die Jahre daher nichts erfolgt, und die Hamburger gebärdeten sich, wie wenn ihre Sonderstellung von bleibender Dauer sein sollte. Bismarck war aber nicht gesonnen, diese Lücke in der deutschen Einheit immerdar zu dulden; als Hamburg 1879 auf eine von ihm ergangene Anregung sich harthörig stellte, beantragte Preußen im April 1880 beim Bundesrat, daß das holsteinische Altona (das aus Rücksicht auf Hamburg bisher auch außerhalb des Zollvereins gelassen worden war) und der ihm benachbarte Teil der Hamburger Vorstadt St. Pauli dem Zollverein angeschlossen werden solle. In Hamburg entstand eine große Aufregung über diesen Vorschlag, und durch Flugschriften, welche die Erhaltung des Freihafenzustandes gar als ein „nationales Bedürfnis“ bezeichneten, suchte man die Durchführung des preußischen Vorschlags zu verhindern. Der Umstand, daß die nationalliberale Partei diesen freihändlerisch-partikularistischen Hexensabbat, der für Hamburg ein anderes Recht beanspruchte als für das übrige Deutschland, ernsthaft mißbilligte, gab den letzten Anstoß zum Abfall des freihändlerischen linken Flügels von der Partei, welche 1879 ihren rechten Flügel wegen der Ablehnung der Zollreform eingebüßt hatte (S. 66). Am 28. August traten etwa 30 Abgeordnete unter Führung von Lasker, Bamberger, v. Forckenbeck, Freiherrn v. Stauffenberg und Rickert aus der Partei aus und schlossen sich zu einer neuen Partei, der „liberalen

Digitized by Google

Vereinigung", zusammen, welche ehrlich konstitutionelles Regiment, Aufrechterhaltung der Falkschen Kirchen- und Schulpolitik, freie wirtschaftliche Bewegung und Beseitigung aller Lebensmittelzölle auf ihr Programm setzte. Man nannte diese Partei gewöhnlich die Sezessionisten (d. h. die, welche sich abgesondert hatten); das glänzendste schriftstellerische Talent, über das sie verfügten, Bamberger, der Abgeordnete für Bingen-Alzey, setzte in einer Flugschrift auseinander, daß innerhalb der nationalliberalen Partei für sie kein Raum mehr gewesen sei, weil diese der politischen und wirtschaftlichen Reaktion nicht energisch genug sich entgegenstemme. Übrigens meinten die Sezessionisten, durch ihre neue Stellung auf dem parlamentarischen Schachbrett der liberalen Einigung mehr als bisher dienen zu können, weil sie nunmehr nach rechts in nationalen Fragen, nach links in wirtschaftlichen den Anschluß vermitteln könnten. Im Jahr 1884 aber verschmolzen sie sich mit dem Richterschen Fortschritt zur „deutschfreisinnigen Partei". In der Frage der Zolleinheit Deutschlands gab Bismarck die Erklärung ab, daß er nicht beabsichtige, Hamburg im Bundesrat mit Mehrheit niederzustimmen, sondern daß er, wie es unter Bundesgenossen sich gebühre, zu einem gütlichen Einvernehmen gelangen möchte. Er ließ demgemäß den Antrag auf Einbeziehung eines Teils von St. Pauli in den Zollverein fallen; aber darauf, daß die preußischen Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein nicht länger Hamburg zu Liebe durch Zollschranken gegen die Elbe hin getrennt bleiben könnten, erklärte er bestehen zu müssen. Demgemäß setzte er am 26. Mai und 14. Juni 1880 einen Beschluß des Bundesrats durch über die Einverleibung Altonas und der unteren Elbe von Hamburg bis Cuxhaven in das Zollgebiet. Allmählich siegte in Hamburg die bessere Einsicht, und am 25. Mai 1881 ward ein Vertrag zwischen Hamburg und dem Reich unterzeichnet, nach dem Hamburg nach dem 1. Oktober 1888 an einem vom Bundesrat noch festzustellenden Tage dem Zollverein angeschlossen werden sollte; es sollte aber zur Wahrung seiner Interessen ein kleines Freihafengebiet behalten, in welches gewisse in Hamburg herzurichtende und dann weiter gehende Rohstoffe oder Durchgangswaren zollfrei sollten eingehen dürfen; und das deutsche Reich ver-

Digitized by Google

pflichtete sich an den für das Freihafengebiet notwendigen Bauten, Anlagen, Einrichtungen und Expropriationen die Hälfte der Kosten, jedoch höchstens eine Summe von 40 Millionen Mark, zu bezahlen. Dieser Vertrag fand die Genehmigung des Bundesrats, und der Reichstag verwilligte die genannte Geldleistung (Reichsgesetz vom 16. Februar 1882). Am 31. März 1885 schloß **Bremen** ein ähnliches Abkommen mit dem Reich über seinen Beitritt zum Zollverein; es erhielt zu den ihm erwachsenden Kosten einen Beitrag von 12 Millionen. Damit war die Zolleinheit Deutschlands erreicht, ein großes und hoch erfreuliches, mit den gebrachten Opfern nicht zu hoch bezahltes Ereignis. Der gewaltige Aufschwung aber, den Bremen und noch weit mehr Hamburg nahmen, das zur zweiten Handelsstadt der Welt (nach London) emporwuchs, erbrachte den Beweis, wie richtig Bismarck gesehen hatte.

War dieser Feldzug eine Ergänzung der Zollreform, welche ein geschlossenes deutsches Zollgebiet erforderte, und der Idee der nationalen Einheit, so war Bismarcks weiteres Absehen darauf gerichtet, durch sozialpolitische Maßnahmen die berechtigten Beschwerden der arbeitenden Klasse abzustellen und so der Sozialdemokratie den Nährboden zu entziehen. Diesem Bestreben entsprang 1880 in Preußen ein **Steuer-Nachlaß**, durch den allen Staatsbürgern, die weniger als 1200 Mark jährlich einnahmen, die sog. Klassensteuer im Betrag von 14 Millionen Mark dauernd erlassen wurde. Die nächste gesetzgeberische Arbeit bezog sich auf **die Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle**. Zwar bestand seit 7. Juni 1871 ein Reichshaftpflichtgesetz, das den Arbeitgeber im Fall eines von ihm verschuldeten Unfalls eines Arbeiters zur Entschädigung an diesen anhielt. Allein der Nachweis der Verschuldung war oft sehr schwer zu führen, und wo dies nicht gelang, ging der Arbeiter leer aus. Um diesem Übelstand abzuhelfen, ward im März 1881 ein Gesetz eingebracht, das die Errichtung einer Reichsversicherunganstalt vorschlug, bei der alle in Bergwerken, Hüttenwerken, Salinen, Gruben, Werften, Bauanlagen und Fabriken beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten bis zu 2000 Mark Jahreseinkommen gegen Unfälle versichert werden sollten, ohne daß überhaupt lange nach Verschulden oder Nichtverschulden gefragt

Digitized by Google

wurde. Während diese Vorlage schwebte, ward im preußischen Landtag das sog. Zuständigkeitsgesetz beraten. Da der Minister des Innern, Graf Botho Eulenburg (S. 50), die Aufsicht über die Landgemeinden dem Kreisausschuß, nicht dem Landrat zugewiesen wissen wollte, wie dies das Abgeordnetenhaus verlangte, und sich an Bismarcks ihm durch den geheimen Oberregierungsrat Rommel schriftlich übergebene Bedenken, die er nur flüchtig überlas, in der Sitzung des Herrenhauses vom 19. Februar 1881 nicht weiter kehrte (so stellt der spätere Kultminister Bosse den näheren Hergang in seinen Tagebüchern dar), so verlas Rommel Bismarcks Einsprache, dessen Weisung, wie er glaubte, entsprechend, in voller Sitzung. Dieser außerordentliche Hergang hatte Eulenburgs sofortigen Rücktritt zur Folge; das Ministerium des Innern übernahm nun der bisherige Kultusminister v. Puttkamer, an dessen Stelle v. Goßler (1838—1902) trat; Eulenburg ging als Oberpräsident nach Kassel, um später, nach Bismarcks Sturz, 1892 nochmals ins Ministerium zurückzukehren.

Die Unfallvorlage stieß wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung, welche in der Versicherungspflicht aller genannten Kategorien und in der Zusage unbedingter Hilfe lag, im Reichstag auf Widerspruch; doch ward der Versicherungszwang genehmigt. Zur Verabschiedung gelangte der Entwurf aber in dem Reichstag von 1878 bis 1881 nicht mehr, und die Neuwahlen vom 27. Oktober 1881 stürzten die bisherige konservativ-nationalliberale Mehrheit, die seit der Gründung des Reichs bestanden hatte, völlig um (s. S. 71). Die alte Mehrheit sank auf etliche 120 Mann, die Opposition stieg auf 270. Betrachtet man die Stimmenzahlen, die auf die einzelnen Hauptgruppen entfielen, so gewann die Rechte 120000, der Fortschritt 268000 Stimmen, welche den gemäßigten Liberalen entgingen; es hatten sich also die Gegensätze sehr verschärft. Die Nationalliberalen, welche 1877 noch 1594000 Stimmen und 128 Sitze erlangt hatten, gingen (besonders durch den Verlust ihres linken Flügels) auf 747000 Stimmen zurück; auf Zentrum und Rechte entfielen 1182000, bezw. 1209000 Stimmen. Bismarck war über diesen Wahlausfall natürlich sehr verstimmt, da er ihn vor die Notwendigkeit stellte, entweder mit

Digitized by Google

Hilfe bisheriger Gegner zu regieren, so gut es ging, oder seine Pläne ganz zurückzustellen. Wie Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, damals Botschafter in Paris, in seinen 1906 veröffentlichten Denkwürdigkeiten (2, 320) erzählt, sagte Bismarck im Oktober 1881: „Die Deutschen verstehen mit dem Nürnberger Spielzeug, das ich ihnen gegeben habe (er meinte den Reichstag, als eine sehr feine und deshalb vorsichtig anzufassende Einrichtung: der Nachdruck liegt mehr auf Nürnberg, erstem Fabrikationsort feiner Waren, als auf Spielzeug), nicht umzugehen; sie verderben es. Wenn das so fortgeht, so werden die verbündeten Regierungen wieder zum alten Bundestag zurückkehren, nur das militärische und das Zollbündnis behalten, den Reichstag aber aufgeben." An äußerste Maßnahmen dachte Bismarck wohl nur im augenblicklichen Unmut; ehe man sich ihrer bediente, galt es noch, die andern Mittel zu versuchen, die man in der Hand hatte. Daraus erwuchs der Entschluß, dem Reichstag, in dem die freihändlerische und allem staatlichen Eingreifen ins wirtschaftliche Leben abgeneigte Richtung so sehr verstärkt war, den vollen Ernst der Lage und den festen Entschluß des Kaisers zu einer sozialpolitischen Gesetzgebung großen Stils zum Bewußtsein zu bringen. Der 84jährige Kaiser war zwar durch Unwohlsein abgehalten, den neuen Reichstag am 17. November 1881 persönlich zu eröffnen. Er ließ ihm aber durch Bismarck die berühmte Botschaft entbieten, welche einen Markstein in der deutschen Geschichte bedeutet. Sie ist nach Worten und Gedanken ein Werk Bismarcks, das der greise Kaiser sich mit ganzer Seele angeeignet hat. „Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression (Unterdrückung) sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohls der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstag diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und Wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande

Digitized by Google

neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen." Im einzelnen ward angekündigt die mit Berücksichtigung der Verhandlungen des Reichstags umgearbeitete Unfallversicherung; eine entsprechende Vorlage über Errichtung von Krankenkassen; endlich ein Gesetz über Versicherung gegen Alter und Invalidität. Das zu erreichen „ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfang nicht gewachsen sein würde." Die Botschaft rief durch die Schlichtheit und zugleich Wucht ihrer Worte und Gedanken einen tiefen Eindruck hervor; jedermann empfand, daß mit dieser Kundgebung der Bruch mit der „manchesterlichen Staatsauffassung"*) erfolgt war, welche dem Staat jedes Recht zur Beschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit des einzelnen aberkennt und ihn bloß zum Hüter der gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere des Eigentums, zum bloßen Polizeibüttel macht; nun war ihm eine positive Wirksamkeit zur Verbesserung sozialer Gebrechen zuerkannt. An diesem Kaiserwort war nicht zu drehen noch zu deuteln; der Rubikon war überschritten. Am 20. Juni 1903 hat Graf Bülow im Reichstag gesagt, der Führer einer Abordnung der englischen friendly societies, welche gekommen war, die deutschen Versicherungsgesetze zu studieren, habe beim Abschied geäußert: „Selbst wenn die Namen von Cäsar und

*) In Manchester in England, dem Hauptsitz der englischen Baumwoll- und Maschinen-Industrie, gründete der Kattunfabrikant Richard Cobden 1839 den „Verein gegen die Korngesetze", der die Durchführung des Freihandels und überhaupt die wirtschaftliche Unbeschränktheit des Individuums erstrebte.

Digitized by Google

Napoleon längst verklungen sein werden, so wird dieses deutsche Kaiserwort noch fortleben; es wird noch in den fernsten Jahrhunderten die Herzen bewegen und andauernd das Gedächtnis des großen deutschen Kaisers erhalten."

Die „manchesterliche" Opposition in Deutschland griff nun den Punkt auf, daß der Kaiser in eigener Person vor den Reichstag getreten war und die Durchführung der sozialen Gesetzgebung als seinen eigensten Wunsch bezeichnet hatte. Sie erklärte das für eine Verletzung der Verfassung und ritt den Satz: le roi règne et ne gouverne pas, der König ist Staatsoberhaupt, aber er regiert nicht selbst; das ist Sache der Minister, ohne deren Gegenzeichnung kein Erlaß des Königs irgend welche verpflichtende Kraft hat. Gegen diese Theorie richtete sich der königliche Erlaß vom 4. Januar 1882. „Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, nicht aufgehoben. Die Regierungsakte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers; aber sie bleiben Regierungsakte des Königs, und es ist Verdunkelung der verfassungsmäßigen Kronrechte, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie von den dafür verantwortlichen jedesmaligen Ministern und nicht vom König selbst ausginge . . . Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen; aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung Meiner Regierungsakte betraut sind, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik Meiner Regierung auch bei den Wahlen." Ein Beamter, der das nicht auf sich nehmen will, muß, das liegt in der Folgerichtigkeit des Gedankens, seinen Abschied nehmen. Am 24. Januar 1882 vertrat Bismarck diesen Erlaß im Reichstag in einer gewaltigen Rede, die in folgenden Sätzen gipfelte: „Die konstitutionellen Legenden, welche wie wucherische Schlingpflanzen sich an den klaren Wortlaut der Verfassung legen, müssen bekämpft werden. Die Verfassung besagt: dem König allein steht die vollziehende Gewalt zu; von den Ministern ist gar nicht die Rede. Der Abgeordnete Mommsen hat mit einer für einen so angesehenen Geschichtschreiber ungewöhnlichen Feindschaft gegen die Wahrheit

Digitized by Google

(Heiterkeit rechts) mir vorgeworfen, daß ich das absolute Regiment herstellen wolle. Diese Ministerdiktatur wird überhaupt erst möglich, wenn Sie das Ministerregiment an Stelle des königlichen setzen ... Wenn Sie uns diesen starken, in unserer hundertjährigen ruhmvollen Geschichte tief wurzelnden König zersetzen, verderben, in ein Wolkenkuckucksheim verflüchtigen wollen, so daß wir ihn gar nicht mehr erblicken, so bringen Sie uns das Chaos! Ohne diesen König, der keine auf Majoritäten gestützte Hausmeierei sich entwickeln ließ, würden wir heute noch in der Eschenheimer Gasse (Sitz des Bundestags) festsitzen" — wären, das war Bismarcks Sinn, weder 1864 die Elbherzogtümer befreit, noch 1866 Österreich gezwungen worden, die Einheit Deutschlands zuzulassen: denn beidemal ist die Volksvertretung dagegen gewesen, und würde, wenn sie die Kraft gehabt hätte, durch Minister dem König, der nur régner, pas gouverner soll, ihren Willen aufgedrängt haben. „Also," rief Bismarck aus, „lassen Sie dem König seinen werbenden Charakter; gönnen Sie ihm doch, daß er aus dem ministeriellen Inkognito heraustritt und direkt zu dem Volke spricht. Wenn wir auf die Zukunft anderer Länder in Europa rund um uns blicken, sollten wir alles, was bei uns niet- und nagelfest ist, was feststeht, was wie eine Burg aussieht, das sollten wir schonen und pflegen!"

Die Taten entsprachen den Worten; Bismarck, von vortrefflichen Mitarbeitern unterstützt, in allem aber selbst die Wege weisend, mit einer Klarheit und einer Sachkenntnis ausgerüstet, welche nach dem schon genannten Bosse (S. 179) im Ministerrat von unwiderstehlicher Wirkung auf die Hörer waren, wich vor keinem Widerstand, vor keiner Schwierigkeit zurück und setzte in dem Jahrzehnt von 1881—90 drei Organisationen durch, welche dem Gedanken der Botschaft vom 17. November 1881 gemäß waren und trotz ihrer, auf Rechnung des Eigensinns der Parteien kommenden Mangelhaftigkeit als bahnbrechende Taten der Sozialreform bezeichnet werden müssen. Am 15. Juni 1883 wurde das Gesetz über Krankenversicherung zustande gebracht, das 1892 und 1903 durch Nachträge verbessert wurde. Es sicherte allen Arbeitern in Bergwerken, Salinen, Hüttenwerken, Fabriken, bei Eisenbahn, Post, Telegraphie, Schiff-

Digitized by Google

fahrt, Flößerei, Fuhrwerken, Heer und Marine, im Handel und Handwerk, soweit ihr Jahreseinkommen 2000 Mark nicht übersteige, im Fall einer Krankheit für 13 (seit 1903 für 26) Wochen freie ärztliche Behandlung und die Fortreichung der Hälfte ihres Lohnes zu. Für die häuslichen Dienstboten hatten die Gemeinden die Versicherung nach den gleichen Grundsätzen zu errichten. Die Beiträge waren zu $^2/_3$ von den Versicherten, zu $^1/_3$ vom Unternehmer zu leisten. Am 6. Juli 1884 folgte das Gesetz über die Unfallversicherung für die Industriearbeiter nach. Es wurden Berufsgenossenschaften der Unternehmer gebildet, welche den Beschädigten, die zunächst 13 Wochen lang von der Krankenkasse zu versorgen sein sollten, von der 14. Woche an ärztliche Verpflegung und Fortreichung von $^2/_3$ des Lohnes zu leisten hatten; bei erfolgendem Tode hatten sie auch die Kosten der Beerdigung zu tragen. War völlige Arbeitsunfähigkeit die Folge des Unfalls, so erhielt der Beschädigte $^2/_3$ seines Lohnes als lebenslängliche Rente, die Witwe 60 % dieses Betrags; bei nur verminderter Arbeitskraft sollte die Rente entsprechend verkürzt werden. 1886 ward die Unfallversicherung auch auf die Arbeiter in Land- und Forstwirtschaft, später auf die im Transportwesen zu Wasser und zu Land und auf die Bauhandwerker ausgedehnt. Endlich mit dem 1. Januar 1891 trat auch auf Grund des Gesetzes vom 22. Januar 1889 die Invaliditäts- und Altersversicherung ins Leben. An alle berufsmäßigen Lohnarbeiter vom vollendeten 16. Lebensjahr ab, die jährlich nicht über 2000 Mark Einkommen hatten, auch an Betriebsbeamte, Handelsgehilfen und Lehrlinge wurden im Fall der Gebrechlichkeit Renten gezahlt, welche sich nach vier Lohnklassen, mit einem Jahresverdienst bis 350, 550, 850 und über 850 Mark bestimmten und zwischen 114 und 415 Mark betrugen. Vom vollendeten 70. Lebensjahre an wurden Altersrenten im Betrag von 106—191 Mark festgesetzt. Zum Zweck dieser Versicherung wurden Landesanstalten errichtet. Die Hälfte der Beiträge hatte der Arbeitgeber, die andere der Arbeiter zu zahlen; das Reich steuerte zu jeder Rente ohne Unterschied 50 Mark bei und übernahm auch einen Teil der Verwaltungskosten: ein „Staatssozialismus", der viele Gegnerschaft hervorrief und wegen dessen

Digitized by Google

das Gesetz in der entscheidenden Abstimmung des Reichstags am 24. Mai 1889 nur mit 185 gegen 165 Stimmen durchging. 22 Mann von der sonstigen Mehrheit, das Zentrum mit Ausnahme von 13 Mann, die Welfen, Polen und Elsässer, die Linke und die Sozialdemokratie stimmten mit Nein — die Sozialdemokratie verfuhr auch hier nach dem Grundsatz: alles oder nichts, entweder reiner Sozialismus oder Verwerfung auch der weitestgehenden „Abschlagszahlungen". Das Versicherungswesen steht, abgesehen von den Krankenkassen, unter der Aufsicht des (dem Staatssekretär des Innern unterstellten) Reichsversicherungsamtes, zu dessen ersten Präsidenten der treffliche Dr. Bödiker (geb. 1843) ernannt wurde.

An diesem großen sozialen Reformwerk, das mit der Alters- und Gebrechlichkeitsversicherung gekrönt wurde, hat Bismarck das entscheidende Verdienst; er hat zuerst seinen kaiserlichen Herrn dafür gewonnen und dann den Bundesrat und Reichstag. Das wirklich Erreichte entsprach freilich nicht seinen ursprünglichen Absichten; er hat deshalb das Alters- und Invaliditätsgesetz im Unmut „einen parlamentarischen und geheimrätlichen Wechselbalg, nicht sein Kind, nur sein Adoptivkind" genannt*). Der Erfolg der sozialen Reformbestrebungen ist aber doch vor allem zurückzuführen auf die Wärme und Energie, mit der Bismarck den Gedanken des „praktischen Christentums", das sich in Taten umsetzt, und der staatlichen Fürsorge für die Armen und „Enterbten" ergriffen hat; aber auch auf die Besonnenheit, mit der er gegenüber den harten Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens sich Maß auferlegte und das Erreichbare, aber auch nur das Erreichbare, sich zum Ziele setzte. Wer sein ganzes Leben kennt, der weiß auch, daß die soziale Riesenarbeit der 80er Jahre bei ihm keineswegs etwas nur aus der Furcht vor der Sozialdemokratie Erwachsenes war; daß er vielmehr schon in der ersten Zeit seiner Ministertätigkeit sich mit dem Arbeiterführer Lassalle in Beziehung setzte und Versuche anstellen ließ, ob nicht Produktivgenossenschaften, also

*) Horst Kohl, Historisch-kritische Gesamtausgabe der politischen Reden des Fürsten Bismarck, 13, 355. 372.

Digitized by Google

Genossenschaften der Produzenten, der Arbeiter, mit Staatsunterstützung ins Leben gerufen werden könnten und so den Arbeitern der volle Ertrag ihrer Arbeit sich zuwenden lasse (vgl. S. 58). Um die soziale Gesetzgebung besser fördern zu können, hat Bismarck im August 1880 zu seinen andern Lasten noch das preußische Handelsministerium übernommen, das für die sozialen Maßnahmen in erster Linie zuständig war. Dieser Schritt kam aller Welt so unerwartet, daß Bismarck selbst gesagt hat, er sei ins Handelsministerium getreten wie Odysseus unter die Freier; der Widerstand, den die manchesterlich-liberalen geheimen Räte der neuen Sozialpolitik entgegensetzten, sollte dadurch von Grund aus gebrochen werden. Um sich mehr Hilfe und mehr Autorität zu schaffen, rief Bismarck 1880 den preußischen Volkswirtschaftsrat ins Leben, der aus 75 Mitgliedern, darunter mindestens 15 Handwerkern und Arbeitern, bestehen und gegenüber den Männern vom grünen Tisch, von der Feder, von der parlamentarischen Rednerbühne die Interessen des praktischen Lebens, der wirtschaftlich produktiven Stände mit Sachkunde vertreten sollte. Die Erweiterung zu einem deutschen Volkswirtschaftsrat scheiterte am 1. Dezember 1881 am Widerstand des Reichstags, und auch der preußische Volkswirtschaftsrat ist bald wieder eingegangen. Unter den Männern, deren Mitarbeit für Bismarck wertvoll wurde, ist in erster Linie sein getreuer Lothar Bucher zu nennen, der 1848 radikales Mitglied der preußischen Nationalversammlung gewesen war, elf Jahre lang als Flüchtling in England hatte leben müssen, 1864 aber auf Bismarcks Antrag vom König zum vortragenden Rat im auswärtigen Amte ernannt ward und dies bis 1886 blieb. In ihm „war Geist von Bismarcks Geist", und es gehört zu den anziehendsten Momenten der Geschichte, daß der preußische Landjunker, der 1848 den Radikalismus und Bucher selbst (Rede vom 24. November 1849 im preußischen Landtag) so unerschrocken bekämpft hatte und mittlerweile zum gewaltigen schöpferischen Staatsmann emporgewachsen war, und der einstige radikale Demokrat sich in dem Gedanken furchtloser und selbstloser Sozialreform zum besten von Monarchie und Volk, die ihrer innersten Überzeugung nach zusammengehörten, begegneten und frei und treu nach demselben Ziele zusammenwirkten. Von

Digitized by Google

den politischen Parteien haben anfangs nur das Zentrum und ein Teil der Konservativen, aus dem 1895 die christlich-soziale Partei hervorging, Bismarck unterstützt. Von dem Zentrum unterschied sich Bismarck dadurch, daß seine Sozialreform grundsätzlich zwar christlich, aber auch politisch und staatlich, nicht spezifisch kirchlich gefärbt war; von den Christlich-Sozialen trennte ihn ihre scharf antisemitische Richtung, als deren Führer der Hofprediger Stöcker (1835—1909) seit 1879 in Berlin auftrat und große agitatorische Erfolge hatte. Die Antisemiten erlangten namentlich in Berlin, Pommern, Sachsen und Hessen großen Anhang und im Reichstag als deutsch-soziale Reformpartei mehrfach 15—20 Stimmen; das Zentrum und die Konservativen traten ebenfalls der wirtschaftlichen und journalistischen Übermacht des großenteils jüdischen Großkapitals mit Nachdruck entgegen. Der schärfste Gegner Bismarcks in jenen Jahren war der Führer der Fortschrittspartei, Eugen Richter aus Düsseldorf (1838 bis 1906), der Bismarcks gesamte Politik, vor allem die wirtschaftliche, als Vertreter der reinen Manchesterlehre mit Charakterfestigkeit, großer Redegabe und viel Sachkunde, aber mit noch größerer Verbissenheit bekämpfte und selbst vor persönlicher Verdächtigung des großen Staatsmannes nicht zurückschreckte, als ob er durch die Zollpolitik persönlichen Vorteil gesucht habe („Schweinepolitik"). Er war damals „der Thersites des deutschen Achilleus". Im Parlament bereitete auch der sezessionistische Führer Lasker Bismarck nach Kräften Schwierigkeiten. Der Führer des Zentrums, Ludwig Windthorst, war Bismarck kaum weniger abgeneigt und machte ihm Opposition, so oft es ging; aber die wirtschaftlichen Bestrebungen, bei denen der Reichskanzler sich mit dem Zentrum berührte, erzeugten doch eine erhebliche Abschwächung des früher so tiefen Gegensatzes zwischen beiden.

Was die Wirkungen der sozialen Gesetze angeht, so konnte am 17. November 1906, an dem Tage, da 25 Jahre seit der Kaiserbotschaft von 1881 verflossen waren, die halbamtliche „norddeutsche allgemeine Zeitung" feststellen, daß von 1885—1903 für die Krankenversicherung gezahlt worden sind 2233 Millionen Mark, für die Unfallversicherung 931 Millionen, für die

Digitized by Google

Invalidenversicherung 854. Dies ergibt rund 4000 Millionen, die an 60 Millionen Personen zur Auszahlung gelangt sind. Von diesen riesenhaften Beträgen haben die Arbeiter nur ungefähr ein starkes Drittel aus ihrer Tasche aufgebracht; sie haben weit größere Summen empfangen, als sie eingezahlt haben. Im Jahr 1909 wurde für soziale Versicherung täglich $1^1/_4$ Million in Deutschland aufgebracht; die gesetzlichen Versicherungsgesellschaften besaßen ein Vermögen von 1500 Millionen, von denen 400 Millionen in Arbeiterwohnungen, Kranken- und Genesungshäusern, Volksheilanstalten und Volksbädern angelegt waren. Die soziale Arbeit erlahmte damit aber nicht; als weitere Ziele wurden ins Auge gefaßt eine Witwen- und Waisenversicherung, für welche zunächst kraft des Zollgesetzes vom 25. Dezember 1902 die Überschüsse des 1902 beschlossenen neuen Zolltarifs über den fünfjährigen Durchschnitt von 1898—1903 bestimmt wurden, was sich freilich als nicht ausführbar erwies; ferner eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, und endlich die Vereinfachung und Verschmelzung der drei Zweige der Arbeiterversicherung gegen Krankheit, gegen Unfälle und gegen Alter und Gebrechlichkeit in eine große Versicherung. Das war aber wegen der Verschiedenheit der Grundlagen der drei Zweige doch nicht ausführbar; dafür wurde 1910 in der riesenhaften, 1754 Paragraphen umfassenden Reichsversicherungsordnung eine neue Gesamtabfassung der drei Versicherungsgesetze vorgenommen und am 30. Mai 1911 vom Reichstag genehmigt. Das Nähere siehe unter Buch II, Kapitel 15.

Um die Fortsetzung der Sozialreform erwarb sich die größten Verdienste Graf Posadowsky-Wehner, der, 1845 geboren, 1893—97 das Staatssekretariat der Finanzen, 1897—1907 das des Innern bekleidete; er förderte das große Werk mit sittlichem Ernst, mit Unabhängigkeit des Charakters, großer Umsicht und hervorragender Sachkunde. Selbst der Pariser Temps hat ihn am 1. Mai 1906 einen der ersten und klarblickendsten Staatsmänner Europas genannt, und daß 1907 sein Rücktritt aus Rücksicht auf die Gesamtpolitik des Reichs notwendig ward, ist allgemein bedauert worden. Sein Nachfolger wurde v. Bethmann Hollweg, auf den 1909 Clemens Delbrück folgte. Während das deutsche

Digitized by Google

Reich diese gewaltigen Aufgaben sozialer Fürsorge löste und dem Arbeiter statt Almosen überall einen festen Rechtsanspruch gewährte, sind die andern europäischen Länder weit zurückgeblieben; manche haben noch nicht einmal die bescheidensten Anfänge zur Sozialpolitik gemacht, andere die Versicherung auf wenige Klassen von Arbeitern beschränkt. Es dauerte lange, bis das „freie" England und das republikanische Frankreich dem Beispiel des bis in die Knochen monarchischen Deutschland auf dem Gebiet der Sozialreform auch nur einigermaßen folgten, von den völlig dem Großkapital anheimgefallenen vereinigten Staaten Nordamerikas ganz zu schweigen.

Ein anderes großes Reformwerk, das Bismarck zu Anfang der 80er Jahre in die Wege leitete, war die Erwerbung der preußischen Eisenbahnen durch den Staat. Diese Maßregel hat freilich eine unerfreuliche Vorgeschichte. Bismarck machte die Wahrnehmung, daß bei der Vielgestaltigkeit des deutschen Eisenbahnwesens (Staatsbahnen der einzelnen Bundesstaaten; daneben eine Menge Privatbahnen) das wirtschaftliche Leben der Nation darunter schwer litt, daß „die Eisenbahnen, selbst solche, die in einer Hand sich befanden, gegeneinander rivalisierten und sich die Frachtgüter möglichst wohlfeil abjagten," so daß z. B. österreichisches Holz aus Galizien in Schlesien billiger zu Markte kam als einheimisches Holz. Deshalb hat Bismarck, im Reichstag tapfer unterstützt von dem württembergischen Abgeordneten Otto Elben, dem Redakteur des „Schwäbischen Merkur", zuerst das Reichseisenbahnamt errichtet und mit seiner Hilfe versucht, den nur auf dem Papier stehenden Artikel 42 der Reichsverfassung, der vorschreibt, daß alle deutschen Bahnen wie ein Netz verwaltet werden sollen, praktisch durchzuführen. Zu diesem Zweck wollte er ein Reichseisenbahngesetz mit den nötigen einheitlichen Vorschriften beim Bundesrat und Reichstag einbringen. Dieser Gedanke scheiterte aber nicht nur an dem partikularistischen Widerstand der Mittelstaaten, vor allem Sachsens, sondern auch an dem Übelwollen des preußischen Handelsministeriums, das seine Selbständigkeit nicht antasten lassen wollte. Nun ging Bismarck zu dem Plan über, Preußen als den mächtigsten Bundesstaat mit dem guten Beispiel der Entsagung für allgemeine Zwecke vorangehen zu lassen, und bot, nachdem er im Mai

Digitized by Google

1876 die Zustimmung beider Häuser des Landtags erlangt hatte, die sämtlichen preußischen Staatsbahnen, deren Länge damals freilich nur etwa 4100 km gegen 12500 km Privatbahnen betrug, dem Reich zum Kaufe an. Er ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, „daß, wenn überhaupt eine stärkere Konzentration der Verwaltung, Gesetzgebung und Leitung der Eisenbahnen erstrebt werde, sie zunächst dem Reiche angeboten werden müsse"; er bewährte damit aufs neue, daß er nicht preußischer Partikularist war, sondern stets deutscher Patriot. Aber die mittelstaatlichen Regierungen und Bevölkerungen verstanden seine hochherzigen Absichten und seine deutsch-patriotische Sprache nicht; sie befürchteten von dem Ankauf der preußischen und logischerweise dann der bayerischen, sächsischen und anderen Bahnen ein solches Anwachsen der Reichsgewalt — an der sie doch alle wieder teilhatten — daß den Einzelstaaten darüber das Lebenslicht ausgehen werde. Die Regierungen nahmen vertraulich Stellung gegen den Reichseisenbahngedanken, der infolge davon vom Reich gar nicht amtlich in Behandlung genommen worden ist; in Württemberg fielen bei den Reichstagswahlen vom 10. Januar 1877 alle nationalliberalen Abgeordneten, welche dem Plan günstig waren, vor allem der wackere Dr. Otto Elben, durch und wurden durch Partikularisten ersetzt, denen seltsamerweise die an sich gut nationale „deutsche Reichspartei" parlamentarischen Unterschlupf gewährte. Nun tat Bismarck, was allein noch möglich war: er beschloß, die vom Reich abgelehnte Konzentration in Preußen als dem größten Staat durchzuführen und ihm „die feste Führung in der nationalen Eisenbahnpolitik auf eigene Rechnung zu verschaffen": immer noch in der Hoffnung, daß man später doch vielleicht auf den ursprünglichen Plan zurückgreifen könne und das Reich sich dann bereit finden lasse, unter Abschüttelung der ungerechtfertigten Besorgnisse für die Rechte der einzelnen Regierungen auf den Reichseisenbahngedanken einzugehen (Rede Bismarcks im preußischen Abgeordnetenhaus vom 23. März 1878). Bismarck fand den richtigen Mitarbeiter an diesem Werke in dem vormaligen Präsidenten des Reichseisenbahnamtes, dem Unterstaatssekretär im Handelsministerium Albert Maybach, einem zähen Westfalen aus Werne (1822—1904). Maybach erhielt 1878 die Leitung des preußischen

Digitized by Google

Handelsministeriums und betrieb die „Verstaatlichung“ mit solch zielbewußter Tatkraft, daß bis 1891, wo er in den wohlverdienten Ruhestand trat, über 30 000 km Staatsbahnen vorhanden waren, die sieben- bis achtfache Ziffer gegenüber dem Stand von 1878. Von diesen 30 000 km waren nahezu 15 000 im Besitz von Privatbahnen gewesen und nur 12 000 zwischen 1878 und 1891 vom Staat gebaut — auch dies aber eine großartige Förderung des Verkehrswesens. Maybach hat dabei den Grundsatz befolgt, den Privatbahnen von vornherein gute Preise zu bieten und dadurch die Sache rasch zu erledigen, ehe Börsentreibereien einsetzen und die Preise künstlich über das gerechtfertigte Maß hinaufschrauben könnten; er hat auch fast nie eine Ablehnung eines Angebots erfahren. Für das stetig anwachsende Netz der Staatsbahnen schuf Maybach eine vorzügliche Einteilung in Eisenbahndirektionen, welche durchschnittlich 1000—1500 km zu verwalten hatten. Er strebte nach Überschüssen, die aber teils zu Neuanlagen, teils zur Verbesserung der Gehälter der Eisenbahnbediensteten, teils zum Nutzen aller Steuerzahler verwandt wurden, also keineswegs fiskalischer Engherzigkeit dienten. Das Publikum zog Maybach zur Mitwirkung in Bezirkseisenbahnräten und im Landeseisenbahnamt heran; gegen alle, mit denen er zu tun hatte, bewies er ein großes Gerechtigkeitsgefühl. Weder der ackerbauende Osten, noch der industrielle Westen der Monarchie ward allein berücksichtigt; beide Bestandteile mußten das allgemeine Wohl als oberstes Gesetz anerkennen; beide fanden aber jede irgendwie berechtigte Förderung. Die übertriebenen Preise, welche die Bergwerke für Kohle verlangten, dämmte Maybach, wo es not tat, durch billige Tarife für ausländische Kohle ein. Selbst konservativ und Katholik, schloß er Bevorzugung irgend welcher Personen aus politischen Gründen in seinem Amtskreis gänzlich aus; er sah nur auf die Sache. Die Börse hat er am 11. November 1879, insofern sie die großen Verkehrsanstalten in den Bereich ihrer Spekulationen ziehe, einen Giftbaum genannt, der auf die Nation seinen verderblichen Schatten werfe. Alles in allem ein ganz hervorragender Mann, dessen Erhebung in den Adelstand durch seinen König im Jahre 1888 als hohe Auszeichnung gemeint und jedenfalls eine verdiente Auszeichnung war.

Digitized by Google

Wenn die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen trotz des erzwungenen Rückzugs, der gegenüber dem Reicheisenbahnentwurf darin liegt, doch einen großen Erfolg Bismarcks darstellt, so war ihm auf einem andern Gebiete kein Sieg beschieden — bei seinem Versuch, das Tabakmonopol im deutschen Reich einzuführen. Bismarck faßte diesen grandiosen Gedanken aus folgenden Erwägungen heraus. Erstens wurden in Deutschland notwendige oder doch als notwendig empfundene Verbrauchsartikel — Salz, Fleisch, Bier, Kaffee — mit erheblichen Steuern belegt, während ein zweifelloser Luxusartikel wie der Tabak, der selbst der Gesundheit abträglich ist, nur sehr gering belastet war. Deutschland zog trotz sehr starken Tabakverbrauchs auf den Kopf seiner Bevölkerung aus dem Tabak nur 1 Mark, Italien 2,5, Österreich 3,4, die vereinigten Staaten 4,3, England 4,8, Frankreich sogar 5,6 Mark. Italien, Österreich und Frankreich hatten das Monopol; England und die vereinigten Staaten erhoben sehr hohe Steuern vom Tabak; Deutschland allein blieb in diesem Punkt weit zurück. Der französische Nationalökonom Leroy-Beaulieu erklärte dieses Verhalten „finanziell für eine Dummheit, moralisch für einen Skandal". Zweitens übte Deutschland diese Schonung des Tabaks angesichts einer ungünstigen Finanzlage von Reich und Einzelstaaten. Für diese mag Württemberg als Muster gelten, das 1881 trotz seines Umgeldes auf Wein und Obstmost, trotz eines neuen Sportelgesetzes, trotz der erhöhten Gerichtskosten, trotz Erbschafts- und Schenkungssteuer, trotz einer Überweisung aus der Reichskasse von jährlich 2,8 Millionen doch einen jährlichen Abmangel von 3 Millionen aufwies! Die Gemeinden waren überall im Reiche so belastet, daß sie enorme Steuersätze von ihren Gliedern erheben mußten und nur durch das Oktroi, d. h. durch Verbrauchsabgaben auf Fleisch, Bier, Gas und andere Artikel ihren Haushalt notdürftig im Gleichgewicht halten konnten. Diesen Übelständen war mit einem Schlag abgeholfen, wenn das Tabakmonopol eingeführt wurde, von dem Bismarck selbst bei Zahlung von 257 Millionen Entschädigung an die Fabrikanten einen Jahresertrag von 163,6 Millionen Mark errechnete. Daraus ergab sich drittens ein großer politischer Gewinn, die Stärkung des Reichs, das finanziell auf eigenen Füßen

Digitized by Google

stand und nicht bloß der Beihilfe der Einzelstaaten entraten konnte, sondern voraussichtlich noch in der Lage war, der Versorger der Einzelstaaten zu werden. Mit außerordentlicher Zähigkeit verfocht Bismarck selbst und durch seine Getreuen in Wort und Schrift (so durch die mit einem Kometen gezeichneten Artikel Moritz Busch's in der Wochenschrift „Die Grenzboten") seinen Plan; es gelang ihm auch mit Hilfe Württembergs im Bundesrat die Mehrheit für das Monopol zu gewinnen. Aber am Reichstag brach sich seine Kraft. Die Opposition war ohnehin gereizt durch Bismarcks (im Mai 1881 vom Reichstag verworfenen) Versuch, im Reiche den zweijährigen Etat statt des einjährigen einzuführen und so Zeit für gesetzgeberische Arbeit zu gewinnen; sie sah hinter diesem Gedanken die Absicht, den Reichstag seltener zu berufen und ihn im öffentlichen Leben zurückzudrängen. Dann verwarfen die Freihändler grundsätzlich jeden Staatsbetrieb, in dem sie eine ungerechtfertigte Einschränkung der individuellen Betätigung und einen Anlauf zum Sozialismus sahen; die konstitutionellen Prinzipienreiter wollten von einer indirekten Steuer, die nicht alljährlich vom Reichstag nach seinem Belieben genehmigt oder verworfen werden konnte, nichts wissen; die Partikularisten erblickten in jeder weiteren Stärkung des Reichs eine Gefahr für die Einzelstaaten, und ihnen leisteten natürlich die 18 Polen, die 15 elsässischen Protestler und die 2 Dänen, zusammen 35 Mann, sicheren Vorspann. Vergebens hielt der Reichskanzler am 12. Juni 1882 eine seiner gewaltigsten Reden im Reichstag, worin er gerade den nationalen Wert des Monopols scharf hervorhob. Er beklagte es bitter, daß der nationale Aufschwung einer großen Zeit verflogen sei, daß im Reichstag die Fraktionsinteressen vor den Reichsinteressen gingen, so daß heute das Vertrauen auf die Sicherung der deutschen Einheit nicht mehr auf dem Reichstag beruhe, dem doch diese Aufgabe in erster Linie zukomme, sondern auf den Dynastien, die national geworden seien und Rücken an Rücken zusammenständen. „Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne wieder um den mir wohlbekannten runden Tisch des Frankfurter Bundestages sitzen könnten ... Meine Herren, ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können; ich

Digitized by Google

bin matt; ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse. Aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies ans Herz zu legen: seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen!" Richter setzte diesen ergreifenden Worten am 14. Juni eine heftige Rede entgegen, in der er u. a. erklärte, das Reich brauche bloß die kolossalen Militärausgaben herabzusetzen, dann sei Geld genug da: worauf Bismarck in einer neuen ausgezeichneten Rede (am 14. Juni) mit dem Hinweis darauf entgegnete, daß er seit 1871 beständig daran gearbeitet habe, eine übermächtige Koalition gegen Deutschland zu verhindern, und daß er mit diesen Bestrebungen vollständig gescheitert wäre „ohne den Hinblick auf die deutsche Militärorganisation, auf unsere wohlgeschulten, intelligenten und wohlgeführten Bajonette. An die Armee, meine Herren, rühren Sie nicht!" Das Ergebnis aber aller Verhandlungen war, daß am 14. Juni 1882 das Tabakmonopol mit 276 gegen 43 Stimmen abgelehnt wurde. Der Finanzminister Bitter trat darauf zurück und ward durch den bisherigen Staatssekretär der Finanzen Scholz ersetzt. Die Reichstagswahlen vom 28. Oktober 1884 ergaben zwar einen Verlust von 31 Sitzen für die Deutschfreisinnigen und die süddeutschen Demokraten (74 statt 105) und ein Anwachsen der Rechten von 77 auf 106 Mann, der Nationalliberalen von 45 auf 51; aber die Mehrheit des Zentrums und der Linken (240 Mann) wurde doch nicht völlig gebrochen. So scheiterte am 27. März 1886 auch der Versuch, dem Reich das Branntweinmonopol zu verschaffen, indem die Vorlage trotz ihrer vorzüglichen Begründung mit 181 gegen 3 Stimmen, bei 37 Enthaltungen, verworfen wurde und damit dem Reich aus manchesterlichem Doktrinarismus und infolge der Parteisucht der Bismarck unbedingt feindlichen Opposition eine jährliche Einnahme von 300 Millionen entging.

Ein anderes Gebiet hat Bismarck mit größerem Erfolge beackert: die deutsche Kolonialpolitik. Der erste Anlaß, eine solche überhaupt zu betätigen, bot sich 1880, als das Hamburger Haus Godeffroy auf den Samoa-Inseln die „deutsche Seehandelsgesellschaft" begründete und, weil seine eigenen Mittel nicht

Digitized by Google

zureichten, um Reichshilfe bat. Bismarck hat einmal, es war am 26. Mai 1884, im Reichstag ſeinen grundſätzlichen Standpunkt in dieſer Frage dahin beſtimmt, daß er das franzöſiſche Kolonialſyſtem, nach dem der Staat ein Stück Land erwirbt und nun Beamte und Soldaten hinſchickt und Auswanderer heranzuziehen ſucht, für nicht empfehlenswert halte; dagegen ſei er bereit, ſolchen Kolonien, die nicht künſtlich geſchaffen, ſondern von ſelbſt entſtanden ſeien, den Schutz des Reiches gegen Angriffe ſeitens der unmittelbaren Nachbarſchaft oder gegen Schädigung durch andere europäiſche Mächte zu gewähren. „Ich kann es nicht über mich gewinnen, dieſen hanſeatiſchen Unternehmern, deren Mut und Schneidigkeit und Begeiſterung für ihre Aufgabe mich erfreuen, zu ſagen: das alles iſt ſehr ſchön; aber das Reich iſt nicht ſtark genug euch zu helfen; es würde das Übelwollen anderer Staaten auf ſich ziehen, es würde Naſenſtüber bekommen, für welche Vergeltung zu üben es keine Flotte hat. Wir ſind zu arm, zu furchtſam, zu ſchwach, euch vom Reich aus zu helfen.“ Zu einer ſo feigen Politik war Bismarck zu ſtolz, und er war ſeiner Verantwortlichkeit für das Gedeihen Deutſchlands ſich zu ſehr bewußt, um den kaufmänniſchen Unternehmungsgeiſt zu lähmen, ſtatt ihn zu befördern. So ſchlug er vor, der deutſchen Seehandelsgeſellſchaft für 20 Jahre eine Zinsbürgſchaft bis zur Höhe von 300 000 Mark ſeitens des Reichs zuzuſichern. Perſönlich die Sache zu vertreten war er aber durch ſeine Geſundheit verhindert, und der Reichstag lehnte unter dem Einfluß des Dalai Lama der Manchesterlehre, Bamberger, am 27. April 1880 die Vorlage mit kleiner Mehrheit ab — wenn ein Geſchäftsunternehmen, predigte Bamberger, nicht ſelbſt rentiert, ſo taugt es nichts. Man darf dagegen auf einen Artikel der Revue des deux mondes von 1905 (tome 29, 896) verweiſen, nach dem die vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahr 1905 mehr als 80 Millionen Mark an ihre Handelsflotte in Form von direkten Prämien, Poſtzuſchüſſen und Zollverzichten zahlten, in der ausgeſprochenen Abſicht, ſie wieder zur zweiten Handelsflotte der Welt zu machen, von welchem Rang ſie durch die deutſche Handelsflotte verdrängt worden war. Die Amerikaner aber haben den Ruf, ſich auf das Geſchäft zu verſtehen.

Digitized by Google

Der traurige Reichstagsbeschluß über Samoa, der uns um den sonst sicheren Alleinbesitz dieser damals noch von keiner anderen Macht begehrten „Perle der Südsee" für alle Zeit gebracht hat, übte wenigstens in einem Betracht eine gute Wirkung aus: er weckte wie ein Alarmruf die noch schlummernden Sympathien für eine deutsche Kolonialpolitik. Der Inspektor der rheinischen Missionsgesellschaft, Friedrich Fabri (1824—91), legte in einer Flugschrift: „Bedarf Deutschland Kolonien?" die zwingenden Gründe für eine bejahende Antwort dieser Frage dar. Die Bevölkerung des Reiches, 1870 noch 39 Millionen, war 1880 einschließlich der 1871 erworbenen Reichslande auf 46 angewachsen; Berlin, das 1871 nur 826 000 Seelen zählte, hatte bereits 1 200 000; die Landwirtschaft, einst die Erwerbsquelle für fast drei Viertel der Nation, ernährte laut Ausweis der Zahlen der Erwerbstätigen nur noch 43 %, und 34 % lebten von der Industrie, welche ohne den Bezug billiger Rohstoffe, den mit Sicherheit nur eigene überseeische Besitzungen gewährleisten, und ohne Absatz auch nach außereuropäischen Märkten, die uns nicht verschlossen werden können, auf die Dauer nicht zu bestehen vermag. So verbreitete sich die Erkenntnis, daß wir über See Land erwerben müßten, in immer weitere Kreise, und am 8. Dezember 1882 bildete sich in Frankfurt a. M. die deutsche Kolonialgesellschaft zur Förderung der deutschen kolonialpolitischen Interessen. Neben ihr entstand 1884 eine Gesellschaft für deutsche Kolonisation, die aber 1888 sich mit ihr verschmolz. Durch Herausgabe einer Wochenschrift, durch Reden und Vorträge, durch Studium kolonialwirtschaftlicher Probleme suchte die deutsche Kolonialgesellschaft aufklärend und werbend zu wirken. Im Jahre 1883 geschah der erste Schritt zur Erwerbung deutscher Kolonien: der Bremer Großkaufmann Eduard Lüderitz (1834—86) schloß mit den Hottentotten Verträge, durch die sie ihm die Bucht Angra Pequena in Südwestafrika mit etwa 50 000 qkm Land (einem Gebiet, das Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen gleichkommt) abtraten, und wandte sich dann persönlich an Bismarck mit der Bitte um Gewährung des Reichsschutzes. Der Kanzler richtete darauf im Dezember 1883 die Anfrage an England, ob es an jenem Küsten-

Digitized by Google

strich Eigentumsrechte besitze, und erhielt lange keine Antwort, da Lord Granville sich umständlich mit der Regierung der Kapkolonie in Beziehung setzte und eine dort ausbrechende Ministerkrisis weiteren Verschub mit sich brachte. Man hatte aber in Kapstadt den Eindruck, die Deutschen begehrten englischen Schutz für ihre beabsichtigte Niederlassung. Um diese irrtümliche Annahme zu zerstreuen, telegraphierte Bismarck am 24. April 1884 an den deutschen Konsul in Kapstadt: „Erklären Sie den englischen Behörden amtlich, daß Herr Lüderitz und seine Niederlassungen unter dem Schutz des Reiches stehen." Im Juni 1884 sandte Bismarck seinen Sohn Herbert (1849—1904), den er damals ins auswärtige Amt als Hilfsarbeiter, bald als Unterstaats- und Staatssekretär (1886—90) zog, nach England, um die Anerkennung des deutschen Schutzes über Lüderitzland zu erwirken. Granville wollte die Bedingung daran knüpfen, daß die Deutschen ihren Machtkreis nicht ostwärts ins Innere bis zu den Burenstaaten ausdehnen dürften, erhielt aber die kühle Antwort, daß Deutschland über freie Gebiete niemand ein Verfügungsrecht zugestehe und sich also in Südwestafrika auf nicht englischem Boden keine Grenzen ziehen lasse. Nun erkannte Granville am 22. Juni 1884 mürrisch unser Hoheitsrecht über Lüderitzland an. Leider sollte der wackere Bremer Pionier keinen Nutzen von seiner bahnbrechenden Tat haben; er ist 1886, als er vom Meere aus in die Mündung des Oranjestromes (der mit 2247 km Länge nur 400 km hinter der Donau zurückbleibt) einfahren wollte, in den Wirbeln des wilden Stromes ertrunken.

Das Signal zur deutschen Kolonisation war aber gegeben, und wie Lüderitz in Südwestafrika die kaufmännische Unterlage schuf, ohne welche Bismarck, wie wir wissen, nichts Amtliches tun wollte, so leisteten in Togo dasselbe die Hamburger Großfirmen Wölber-Brohm und Gödelt, sowie der Bremer E. M. Victor, in Kamerun die Hamburger Wörmann, Jantzen und Thormählen — die Hanseaten, die im Mittelalter den deutschen Handel über See trugen, gingen auch diesmal tapfer und kühn voran. Ihren Wunsch nach Reichsschutz befriedigte Bismarck sofort, indem er durch den an Bord des Kanonenboots Möwe befindlichen Generalkonsul Gustav Nachtigall (1834—85), einen erfahrenen

Digitized by Google

Afrikareisenden, der leider schon 1885 am Tropenfieber starb, am 5. und 6. Juli 1884 die deutsche Flagge in Bagida und Lome in Togoland hissen ließ. Dann fuhr die Möwe nach Kamerun, zog auch hier am Fuß des 4000 m hohen „Götterbergs" die Reichsflagge auf und nahm das Land im Namen von Kaiser und Reich in Besitz. Damit war die erste direkte Reichskolonie geschaffen. Fünf Tage nachher traf das englische Kanonenboot Flirt ein: es kam zu spät, um Kamerun für England zu gewinnen. Im August 1884 erschienen die Korvetten Leipzig und Elisabeth an der Küste von Lüderitzland und nahmen am 27. auch hier die förmliche Flaggenhissung vor. Im gleichen Monat stellte das Kanonenboot Wolf die ganze westafrikanische Küste von Angra Pequena bis zum 18.° südlicher Breite, die Lüderitz auch noch erworben hatte, unter den Schutz des Reiches. Überall horchten die Völker auf, welche von Englands Allmacht erdrückt zu werden fürchteten; im Sommer 1884 erschien der Präsident der südafrikanischen Republik, Paul Krüger, in Berlin und bat um den Schutz Deutschlands für sein Volk, das vor kurzem (1881) die vier Jahre vorher ihm angelegten englischen Ketten zerbrochen hatte. Bismarck sah aber voraus, daß England ein solches Ausgreifen Deutschlands in Südafrika nicht ruhig hinnehmen werde und hinnehmen könne, ohne seine ganze Stellung in Südafrika untergraben zu lassen, und bewog Kaiser Wilhelm zu einem ablehnenden Bescheid. Die Engländer erkannten die Gefahr, die in einem geographischen Zusammenschluß Deutschsüdwestafrikas und der Buren lag, und der kühne kapländische Minenbesitzer und Staatsmann Cecil Rhodes (1853—1902) legte die Hand auf die Länder der Betschuanen und Matabele und schuf die britische Kolonie Rhodesia, welche jenem Zusammenschluß für immer vorbeugte.

Inzwischen begab der Hannoveraner Karl Peters (geboren 1856 in Neuhaus an der Elbe), der unter den Begründern der im März 1884 gestifteten „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" gewesen war, sich im Auftrag dieser Gesellschaft unter falschem Namen, um die Engländer zu täuschen, im Herbst 1884 nach Ostafrika, schlich sich bei Sansibar durch die Flotte des Admirals Freemantle, drang in das Innere bis zum Seengebiet vor und

Digitized by Google

erwarb durch zwölf Verträge mit verſchiedenen eingeborenen Fürſten für jene Geſellſchaft ein Gebiet, das aus den Ländern Uſegua, Nguru, Uſagara und Ukami beſtand und etwa 140 000 qkm (faſt das Doppelte von Bayern) umfaßte. Bismarck erwirkte der Geſellſchaft für dieſe Gebiete einen kaiſerlichen Schutzbrief vom 27. Februar 1885. Zur Bewirtſchaftung des genannten Gebiets bildete ſich die „Kommandit-Geſellſchaft Dr. Karl Peters und Genoſſen". Neben Peters hat ſich noch Karl Jühlke (1856—86) um unſere oſtafrikaniſche Stellung dadurch verdient gemacht, daß er das Kilimandſcharogebiet für die deutſch-oſtafrikaniſche Geſellſchaft (S. 203) erwarb; leider fiel er am 1. Dezember 1886 zu Kismaju im engliſchen Jubaland durch Meuchelmord. Als dritter unſerer bahnbrechenden „Afrikaner" iſt Graf Joachim Pfeil zu nennen (geb. 1857 zu Neurode in Schleſien), der 1884 mit Peters nach Oſtafrika ging und 1886 Vertreter der deutſch-oſtafrikaniſchen Geſellſchaft in den Somaliländern wurde. War Peters „der rückſichtsloſe Draufgänger, der ſich durch keine Hinderniſſe abſchrecken ließ, ſo war Graf Pfeil der nüchtern veranlagte koloniale Praktiker, deſſen reiche, in Südafrika geſammelte Erfahrung der deutſchen Koloniſation ſehr nützlich wurde". Um zu verhüten, daß die Aufteilung Afrikas unter die Kulturvölker zu ſchweren Zuſammenſtößen derſelben führe, und um Englands Verſuch zu vereiteln, durch einen Vertrag mit Portugal (vom Februar 1884) die Kongogeſellſchaft vom atlantiſchen Ozean auszuſchließen und wie 1882 auf die Mündung des Nils, ſo auf die des andern afrikaniſchen Rieſenſtroms, des Kongo, die Hand zu legen, forderte Bismarck die durch England in Afrika gleich uns bedrohte franzöſiſche Republik zu gemeinſamem Vorgehen auf. So geſchah es, daß Bismarck am 6. Oktober 1884 „im Einvernehmen mit der franzöſiſchen Republik" alle in Afrika intereſſierten Mächte zu einer Konferenz nach Berlin einladen konnte. Sie ward am 15. November 1884 eröffnet und beriet unter Zuziehung hervorragender Afrikaner wie des Waliſers Stanley (1841—1904, der 1879—84 im Dienſt der „internationalen afrikaniſchen Geſellſchaft" in Brüſſel, d. h. des Königs Leopold von Belgien, zahlreiche Handelsſtationen am Kongo angelegt hatte) und Adolf Wörmann (1847—1911) bis Ende Februar 1885.

Digitized by Google

Das Ergebnis der Beratungen war, daß 1. trotz des Widerstands von England und Portugal der König Leopold die Anerkennung des unter seiner Souveränität stehenden „unabhängigen Kongostaats" durchsetzte und ihm auch einen (obschon schmalen) Küstenstreifen und damit Zutritt zum Meer erkämpfte; 2. wurde unbeschränkte Handelsfreiheit für alle Völker im ganzen Kongobecken, 3. freie Schiffahrt auf dem Niger verkündigt, 4. der Sklavenhandel in allen den genannten Gegenden verboten und 5. künftige Besitzergreifungen in Afrika an die Vorschrift gebunden, daß jeder Staat, der Gebiete sich aneignen wolle, dies vorher den an der Sache interessierten Staaten mitzuteilen habe und deren etwaige Einwände gerichtlicher Prüfung unterstellt werden sollten. Diese Beschlüsse bildeten den Inhalt der „Generalakte" der Konferenz, die am 26. Februar 1885 von allen Mächten gutgeheißen wurde. Ihr Inhalt ist freilich nur zu einem Teil zur Ausführung gelangt; der Kongostaat hat der Handelsfreiheit zum Trotz Monopole geschaffen, und die Royal Niger Company, die englische Nigergesellschaft, hat Schiffahrtsabgaben und Beschränkungen auf jenem Strom eingeführt. Dagegen entwickelte sich der Kongostaat, der 2 250 000 qkm mit 19 (nach andern 30) Millionen Menschen umfaßte, unter der Leitung des mit kaufmännischem Sinn und rücksichtsloser Tatkraft ausgerüsteten Königs Leopold in den nächsten Jahren kräftig, und 1889 setzte Leopold durch ein Testament Belgien zum Erben des Staats nach seinem Tode ein. Deshalb ward die belgische Verfassung dahin abgeändert, daß dem Staate die Erwerbung von Kolonien gestattet sein sollte; Belgien gewährte dem Kongostaat auch ein Anlehen von 25 Millionen Franken für 10 Jahre. Die Eifersucht Englands auf diesen Staat, der zusammen mit Deutsch-Ostafrika eine Schranke quer durch Afrika gegen die Unterwerfung Afrikas unter England „von Kairo bis Kapstadt" bildet, hat sich freilich in bitteren, aber nicht ungegründeten, Anschuldigungen entladen, daß die Regierung des Staats, die in Brüssel ihren Sitz und in Boma einen örtlichen Ableger hatte, durch barbarische Behandlung der Schwarzen und unmenschliche Ausnützung ihrer Arbeitskraft aller Gesittung Hohn spreche, also die an der Konferenz von 1885 beteiligten Mächte Recht und Pflicht hätten, gegen den Kongostaat

Digitized by Google

einzuſchreiten. Nachdem der Kongoſtaat durch Geſetz vom 15. November 1908 in belgiſche Verwaltung übergegangen war, wurde am 28. Oktober 1909 durch den Kolonialminiſter Renkin die allmähliche Einführung der Handelsfreiheit in drei Abſätzen (1. Juli 1910, 1. Juli 1911, 1. Juli 1912) verkündigt und durch kgl. Erlaß vom 22. März 1910 den Eingeborenen geſtattet, pflanzliche Erzeugniſſe, beſonders Kautſchuk und Kopalharze, ſelbſt zu ernten und zu verkaufen. Vorerſt ſtand dieſer Erlaß aber nur auf dem Papier.

Die koloniale Ausdehnung Deutſchlands wurde dadurch gefördert, daß der Reichstag am 23. März 1885 eine Vorlage der verbündeten Regierungen genehmigte, wonach das Reich für Poſtdampferlinien des norddeutſchen Lloyd nach Oſtaſien und Auſtralien auf 15 Jahre eine Unterſtützung von 4 Millionen Mark gewährte, um die deutſche Poſt auf beſonders dafür gebauten Schnelldampfern raſch zu befördern und der Induſtrie die Anknüpfung von wirtſchaftlichen Beziehungen zu erleichtern. Für eine Seitenlinie von Trieſt nach Alexandria wurden 400 000 Mark ausgeworfen. Die Linie nach Afrika, die Togo, Kamerun, Angra Pequena und Oſtafrika einſchließen ſollte, für welche Bismarck 1,4 Millionen gefordert hatte, wurde damals noch abgelehnt, aber 1889 durch Wörmann auch eingerichtet; ihr ward auf zehn Jahre eine jährliche Reichsunterſtützung von 900 000 Mark bewilligt. Wenn die Vorlage in den genannten Teilen faſt einſtimmig (Oſtaſien) oder doch mit entſchiedener Mehrheit (für Auſtralien 170 gegen 159 Stimmen) angenommen wurde, ſo war dafür der Umſtand ausſchlaggebend, daß ſeit Dezember 1884 Deutſchland auch auf der Nordküſte der Inſel Neuguinea und auf dem neubritanniſchen Archipel (jetzt Bismarckarchipel) ſich feſtgeſetzt hatte. Hier trat die deutſche Neuguinea-Geſellſchaft als Bahnbrecherin auf und nahm ein Gebiet von über 200 000 qkm in Bewirtſchaftung, gedeckt durch einen kaiſerlichen Schutzbrief. Bald wehte das deutſche Banner über dem ganzen Nordoſten der Inſel („Kaiſer Wilhelmsland"). 1886 erhielt die Geſellſchaft auch einen Schutzbrief über den deutſchen Teil der Salomon-Inſeln. Am 15. Oktober 1885 wurden auch die Marſchallinſeln, wo wir ſeit 1878 auf Jaluit eine Kohlenſtation hatten, in Beſitz genommen, und Bismarck ließ

Digitized by Google

der spanischen Regierung die Anzeige zugehen, daß wir auch die Karolinen (1450 qkm, 40000 Seelen) zu besetzen gedächten, welche, wenn erst einmal die Landenge von Panama durchstochen war, eine wichtige Station für die dann sicher enorm wachsende Schiffahrt von Amerika nach Ostasien bilden mußten. Die deutsche Besetzung schien ohne Anstand zu sein, da Spanien auf Anfragen Deutschlands und Englands 1875 und 1876 erklärt hatte, daß es auf die Inseln keinen Anspruch erhebe. In der Tat hißte das Kanonenboot Iltis, den von Manila gesandten spanischen Schiffen zuvorkommend, am 24. August 1885 die deutsche Flagge auf der Insel Yap. Auf die Nachricht hievon entstand in Madrid eine große Erbitterung, und die Volksmenge riß am 4. September sogar das deutsche Wappen von dem Palast des deutschen Botschafters Grafen Solms herunter, was ohne Bismarcks Rücksicht auf den trefflichen, mit Deutschland im besten Einvernehmen stehenden und überdem durch Auszehrung dem Tod entgegengehenden König Alfons XII. (S. 99 ff.) zu schweren Verwicklungen hätte Anlaß geben müssen. Es ist auch nach dem Zeugnis des späteren Unterstaatssekretärs v. Rottenburg einen Augenblick erwogen worden, was die Aussichten eines Krieges mit Spanien sein würden, und der damalige Vorstand des Marinewesens General Caprivi erklärte — ohne Zweifel mit vollem Grund —, daß das Kriegsmaterial Spaniens zur See so minderwertig sei, daß man leicht den Sieg davon tragen werde. „Wenn dem so ist," entschied Bismarck, „so kann ich S. Maj. den Appell an die Waffen nicht empfehlen; dann müssen wir den Weg des Schiedsgerichts einschlagen; denn: à vaincre sans péril, on triomphe sans gloire." Offenbar war auch der Wert des Streitgegenstandes mindestens zur Zeit die Opfer eines selbst kurzen Krieges nicht wert. Zum Erstaunen aller Welt schlug Bismarck vor, das Amt eines Schiedsrichters dem Papst Leo XIII. anzubieten. In protestantischen und selbst in liberalen katholischen Kreisen wurde dieser Schritt herb getadelt, weil er einer Macht, welche der modernen Welt und dem Protestantismus und deshalb auch dem deutschen Reiche notwendig innerlich feindlich sei, erneuten Glanz verleihe. Dem gegenüber ist gesagt worden, daß Bismarck aus zwei Fehlern, dem Kulturkampf und der überstürzten Einnahme

Digitized by Google

von Yap, einen guten Schachzug gemacht habe, indem er den Papſt, mit dem er ſich über den Kulturkampf völlig zu verſtändigen damals im Begriff war, gegen Deutſchland verpflichtete und auf die Wunden des Kulturkampfs eine heilende Salbe legte; auch war nicht zu überſehen, daß, wenn je das Urteil des Papſtes den Spaniern ungünſtig ausfiel, ſie es von dieſem am eheſten annehmen würden. Leo XIII. war über das Entgegenkommen Bismarcks ſehr erfreut, deſſen Größe er, ſelbſt ein gewiegter Staatsmann, voll zu würdigen verſtand. Am 22. Oktober 1885 fällte er ſeinen Spruch, nach welchem die Spanier, die einſt die 1525 von einem Portugieſen da Rocha entdeckten Inſeln in Beſitz genommen und dort eine Miſſionsſtation angelegt hatten, die Souveränität über ſie behalten, den Deutſchen aber das Recht zur Anlage einer Kohlenſtation und volle Handelsfreiheit daſelbſt einräumen ſollten. Beide Mächte ſchloſſen auf dieſer Grundlage am 17. Dezember 1885 einen Vertrag ab. Im Zuſammenhang damit erhielt Bismarck am 31. Dezember vom Papſt den Chriſtusorden mit Brillanten, den vor ihm kein Proteſtant empfangen hatte.

Die Entwicklung unſerer Kolonien nahm freilich einen anderen Weg, als Bismarck gewünſcht hatte. Er wollte keine „kolonialen Provinzen“ erwerben, nur Schutz für die Handelsgeſellſchaften gewähren. Allein die „deutſche Geſellſchaft für Südweſtafrika“ ſowohl als die „deutſch-oſtafrikaniſche Geſellſchaft“, wie ſeit 7. September 1885 die Peterſſche Kommanditgeſellſchaft nach Erlangung der Rechte einer juriſtiſchen Perſon hieß, erwieſen ſich 1888 als unfähig, die Schwierigkeiten, welche ſich in den Kolonien erhoben, zu bewältigen, und die deutſch-oſtafrikaniſche Geſellſchaft rief durch unbeſonnenes Vorgehen in dem Küſtengebiet, deſſen Verwaltung ſie durch Vertrag mit dem Sultan von Sanſibar (28. April 1888) erworben hatte, einen Aufruhr der arabiſchen Sklavenjäger unter Buſchiri hervor, zu deſſen Niederwerfung ihr die militäriſche Macht fehlte. So mußte das Reich eingreifen, wozu der Reichstag am 30. Januar 1889, zunächſt betreffs Oſtafrikas, ſeine Einwilligung gab. Nach der unter rühmlicher Mitwirkung der deutſchen Flotte erfolgten Niederwerfung des Aufſtandes Buſchiris, des Hauptes der arabiſchen Sklavenjäger, den der kühne Durchquerer Afrikas, Major

Digitized by Google

v. Wissmann (1853—1905, aus Frankfurt a. O.) gefangen nahm und am 14. Dezember 1889 in Pangani hängen ließ*), übernahm das Reich durch Vertrag mit der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft am 20. November 1890 die ganze Verwaltung der Kolonie und zahlte der Gesellschaft als Ersatz für die bisher von ihr erhobenen Zölle jährlich 600 000 Mark. Die Kolonie war seitdem eine Kronkolonie unter einem Statthalter („Gouverneur"; 1891 erhielt diese Würde v. Soden, 1893 v. Schele, 1895 Wissmann, 1896 v. Liebert, 1900 Graf Götzen, der 1905—06 einen größeren Aufruhr der Eingeborenen niederzuwerfen hatte, 1906 v. Rechenberg). Ähnlich ward Südwestafrika durch einen Gouverneur verwaltet (1889 François, 1894 bezw. 1898 Leutwein, 1905 Lindequist, 1907 v. Schuckmann, 1910 Seitz, vorher in Kamerun). Endlich ging es ebenso auf Neuguinea, der nächst Grönland größten Insel der Erde (780 000 qkm, mit vielleicht nur 700 000, vielleicht auch $2^1/_2$ Millionen Einwohnern). Hier hatte Dr. Finsch 1885 große Gebiete erworben, für deren Ausbeutung sich unter der Leitung des erfahrenen Großkaufmanns Hansemann die Neuguinea-Kompagnie bildete, welche mit weit reicheren Mitteln als die afrikanischen Gesellschaften ihr Werk anfing und mit dem Anbau von Tabak, Baumwolle, Kokospalmen und anderen tropischen Gewächsen systematische Versuche machte, die zum Teil sehr gute Ergebnisse lieferten; insbesondere war dies mit der Kokospalme der Fall. Aber auch Hansemann († 1903) sah sich zur Erklärung genötigt, daß es nicht Aufgabe einer Handelsgesellschaft sei, zu regieren; durch Vertrag vom 7. Oktober 1898 kaufte das Reich von der Gesellschaft die ihr verliehenen Hoheitsrechte zurück und setzte mit dem 1. Januar 1899 an Stelle des Landeshauptmanns der Kompagnie einen kaiserlichen Gouverneur, der seinen Sitz auf Herbertshöhe im Bismarckarchipel hat. Dieser Archipel (47 000 qkm, 188 000 Seelen) bildet mit

*) Emin Pascha (S. 171) trat am 7. April 1890 in den Dienst des deutschen Reiches, hißte unsere Flagge in Tabora, legte die Station Bukoba an der Westküste des Viktoriasees an, ward aber bei dem Versuch, zum Kongo vorzudringen, am 23. Oktober 1892 in Kanena durch Araber ermordet.

Digitized by Google

dem deutschen Teil der Salomoninseln (10 310 qkm, 41 000 Seelen), dem Kaiser-Wilhelmsland auf Neuguinea (238 960 qkm, 70 000 Seelen), den Marschallinseln (415 km, 16 000 Seelen), den am 12. Februar 1899 von Spanien um 20 Mill. Pesetas (= 17 Mill. Mark) erkauften Marianen- (außer dem nordamerikanischen Guam), Karolinen- und Palau-Inseln (2061 qkm, 56 000 Seelen) und den im November und Dezember 1899 durch Vertrag mit England und den vereinigten Staaten erworbenen Inseln Sawaii, Manono, Upolu (nebst 11 kleinen Eilanden) von der Samoagruppe (2572 qkm, 37 000 Einwohner), das deutsche Schutzgebiet in der Südsee (zusammen ungefähr 245 000 qkm, 409 000 Seelen). Die andern Kolonien folgen der Größe nach in dieser Reihenfolge aufeinander: Deutschostafrika (995 000 qkm, 10 Millionen Seelen), Deutschsüdwestafrika (835 100 qkm, 120 000 Seelen), Kamerun (495 600 qkm, 3 000 000 Seelen), Togo (87 200 qkm, 1 000 000 Seelen).

Zwölftes Kapitel

Die letzten Jahre Kaiser Wilhelms I. 1885—1888

Wir betrachten, nachdem wir die großen sozialen und kolonialpolitischen Maßregeln, die Bismarck im neunten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts durchführte, im Zusammenhang überblickt haben, nunmehr die übrigen Ereignisse der letzten Jahre Kaiser Wilhelms I.

Zunächst ist ein Wort über das Ende der welfischen Dynastie in Braunschweig zu sagen. Der letzte Herzog aus der älteren (Wolfenbüttler) Linie des Welfenhauses, Wilhelm (1806—84, zweiter Sohn des durch seinen heldenhaften Kampf gegen Napoleon I. bekannten Herzogs Friedrich Wilhelm) war 1830 nach Vertreibung seines Bruders Karl, des berüchtigten „Diamantenherzogs", zur Regierung gelangt, aber unvermählt geblieben, so daß nach seinem Ableben die jüngere (Lüneburger) Linie zur Nachfolge berufen war. Deren Oberhaupt war der Herzog Ernst August von Cumberland (geb. 1845), der Sohn des 1866 entthronten König Georg V. von Hannover (1819—1878). Seinem Regierungsantritt stand

Digitized by Google

aber der Umstand im Wege, daß er so wenig als sein Vater auf den durch Waffengewalt seinem Haus entrissenen Thron von Hannover Verzicht leisten wollte; er erkannte damit den Rechtsbestand der preußischen Monarchie nicht an, zu der Hannover jetzt gehört, und setzte sich damit auch in Widerspruch zur Verfassung des deutschen Reichs, welche allen Gliedern des Reichs ihr Gebiet gewährleistet. Herzog Wilhelm vereinbarte deshalb vorsorglich 1879 mit seinem Landtag unter Zustimmung des Bundesrats ein Regentschaftsgesetz, und als er am 18. Oktober 1884 gestorben war, trat der Regentschaftsrat bis auf weiteres ins Leben. Da Ernst August auch jetzt von dem starren Festhalten an seinem Recht auf Hannover nicht abging, so entschied der Bundesrat am 2. Juli 1885 mit allen gegen 2 Stimmen (Mecklenburg-Strelitz und Reuß ä. L.), „daß, da der Herzog von Cumberland sich in einem dem reichsverfassungsmäßig gewährleisteten Frieden unter den Bundesgliedern widerstreitenden Verhältnis zu dem Bundesstaat Preußen befinde, sein Regierungsantritt in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bundesverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei." Nunmehr wählte die braunschweigische Landesversammlung nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1879 „aus den volljährigen, nicht regierenden Prinzen der zum deutschen Reich gehörigen Fürstenhäuser" einen Regenten in der Person des Prinzen Albrecht von Preußen (1837—1906), des Sohnes des Prinzen Albrecht, des jüngsten Bruders des Kaisers Wilhelm. Die Wahl erfolgte einstimmig für die ganze Zeit, „solange die Behinderung des erbberechtigten Thronfolgers fortdauere". Ernst August erhob zwar gegen diesen Ausgang Einsprache; sie blieb aber naturgemäß wirkungslos, da selbst die, welche etwa seinen Ausschluß bedauerten, doch die Schuld niemand als ihm selbst aufbürden konnten. Daß Preußen es nicht dulden durfte, daß vor den Toren Hannovers ein Herzog sich festsetzte, der sich als rechtmäßigen König von Hannover betrachtete und den die daselbst noch zahlreiche welfisch-legitimistische Partei als solchen anerkannte, das bedarf keines weiteren Beweises. Kaiser Wilhelm II., der eine Beilegung des Gegensatzes zwischen Welfen und Hohenzollern sehr wünschte, hat dann 1892 dem Herzog Ernst August den Genuß der Zinsen des

Digitized by Google

Vermögens von 16 Millionen Talern (des sog. Welfenfonds) eingeräumt, das 1867 dem König Georg als Entschädigung für seinen Thron von Preußen angeboten, dann aber, weil er mit Frankreich sich verschwor, mit Beschlag belegt worden war (S. 39). Als am 13. September 1906 Prinz Albrecht nach 21jähriger Regentschaft starb, ward von der Braunschweiger Landesversammlung der Versuch gemacht, den bisherigen Fehdezustand zu beendigen, und zu diesem Zweck die Vermittlung des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow angerufen. Ernst August wollte nun zwar für sich und seinen ältesten Sohn Georg Wilhelm auf Braunschweig verzichten und seinen zweiten Sohn Ernst August daselbst zur Regierung gelangen lassen, der dann seinen Ansprüchen auf Hannover entsagen sollte; davon aber, daß er und sein ganzes Haus diese Entsagung aussprechen sollten, wollte er auch jetzt nichts wissen (19. Dezember). Es blieb also der Gegensatz des welfischen Hauses gegen den Bestand Preußens bestehen, und Preußen und der gesamte Bundesrat, auch die mit Cumberland verwandten Höfe von Baden und Mecklenburg-Schwerin, erachteten es als unmöglich, unter solchen Umständen einen Welfen in Braunschweig zuzulassen. So mußte die Landesversammlung widerstrebend abermals ein Provisorium schaffen: sie wählte am 28. Mai 1907 den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, den rührigen Vorstand der deutschen Kolonialgesellschaft (geb. 1857), einstimmig zum Regenten.

Eine Thronerledigung fand auch in einem andern deutschen Staate, und zwar unter sehr aufregenden Begleitumständen statt — in Bayern. Hier herrschte seit dem 10. März 1864 König Ludwig II., der am 25. August 1845 geborene Sohn des Königs Maximilian II. und der Prinzessin Marie von Preußen, Tochter des Prinzen Wilhelm (des vierten Sohnes Friedrich Wilhelms II.). Er war ein schöner, stattlicher Mann von aufgeklärter Denkweise und reicher künstlerischer Begabung, besonders für Baukunst und Musik, was zu seiner innigen Freundschaft mit dem großen Komponisten Richard Wagner führte. Aber frühzeitig hatte das Wesen des Königs einen absonderlichen, krankhaften Zug; er scheute die Menschen und verbrachte seine Tage in Zurückgezogenheit mit seinen Reitknechten und seinem Haarschneider, die ihn nicht behelligten,

Digitized by Google

und ließ nur ungern andere Personen vor; selbst die Minister wurden oft auf den Weg schriftlichen Vortrags durch Vermittlung des kgl. Kabinetts verwiesen. Im Krieg von 1870 tat Ludwig II. ohne Schwanken seine nationale Pflicht, strebte aber nach Sondervorteilen für sich und Bayern; er wollte zuerst einen Wechsel in der Kaiserkrone zwischen Preußen und Bayern, dann das Reichsvikariat im Fall der Behinderung des Kaisers; die alten Absichten Bayerns auf die rechtsrheinische Pfalz, welche 1803 an Baden gekommen war, nahm er wieder auf und wollte Baden durch das Elsaß entschädigen. Den bekannten Brief, durch den er namens der deutschen Fürsten und freien Städte Wilhelm I. die Kaiserkrone antrug, schrieb er erst, als er sah, daß es doch für sein Ehrgefühl weniger peinlich war einem deutschen Kaiser als dem König von Preußen sich unterzuordnen, und daß, wenn er sich der Sache nicht annehme, der König von Sachsen oder der Großherzog von Baden es tun würden; den Wortlaut ließ er sich von Bismarck verfassen, der ihn sehr geschickt zu behandeln wußte (vgl. S. 161 f.) und dem er bis an den Tod aufrichtig vertraute. Später hatte er mehrfach Anwandlungen von Eifersucht gegen die Hohenzollern, und 1873 war er nahe daran, ein ultramontanes Ministerium Gasser zu berufen (S. 12). Er blieb unverheiratet; eine Verlobung mit seiner Base Sophie (die später als Herzogin von Alençon bei dem Brand eines Wohltätigkeitsbazars 1897 in Paris elendiglich umkam) ging 1869 nach wenigen Wochen wieder zurück, und seitdem nahm die Menschenscheu des Königs und namentlich seine Abneigung gegen die Frauen beständig zu. Ludwigs II. großartige Schloßbauten (Linderhof, Neuschwanstein, Herrenchiemsee) verschlangen so riesige Summen, daß schließlich die Zivilliste den Anforderungen nicht mehr gewachsen war und der Bankerott drohte; der König aber, der mit Recht fühlte, daß etwas Außerordentliches in ihm war, daß, „wo er vorüberging, man das Königtum vorübergehen sah" (Ausdruck des französischen Schriftstellers Cherbuliez-Valbert), ließ sich nicht beschränken. Er bewunderte Ludwig XIV. und wollte ihm gleich sein; noch heute sieht man auf Schloß Linderhof eine Statuette des roi-soleil, die der König in Paris gekauft hat und deren Unterschrift in überschwenglichen Ausdrücken Lud-

Digitized by Google

wig XIV. preist: so wünschte Ludwig II. auch auf die Nachwelt zu kommen. Da er in Bayern nicht so absolut herrschen konnte wie Ludwig XIV. in Frankreich, so sandte er schließlich den Professor der Münchener Hochschule und Reichsrat Franz v. Löher auf Entdeckungen aus, ob nicht irgendwo, etwa auf Cypern oder auf den kanarischen Inseln, ein Reich zu kaufen sei, wo er unumschränkt walten könnte! Diese Absicht verrät schon an sich, daß der Geist des Königs in Umnachtung gesunken war. Spuren davon sind schon sehr frühe hervorgetreten, und der bayerische Graf Konrad Preysing, der lange Jahre Abgeordneter zum deutschen Reichstag war, hat später erklärt, daß er schon 1867, wo der König erst 22 Jahre zählte, Anzeichen des Wahnsinns bei ihm wahrgenommen habe; ein anderer Beobachter, der Dichter Karl August v. Heigel, erzählt, daß der König schon 1869 sein eigenes Bild nicht im Spiegel sehen konnte, ohne mit unbewußtem Grauen vor sich selbst zurückzuschrecken.

Im Jahr 1886 trat die Katastrophe ein. Der König verlangte am 26. Januar von dem Minister des Innern v. Feilitzsch, daß er ihm 20 Millionen Mark zur Fortführung seiner Bauten verschaffen oder alsbald das Land räumen solle. Am 17. April befahl er, dem Landtag einen Anleiheentwurf für seine Privatbedürfnisse vorzulegen. Das Ministerium Lutz lehnte dies natürlich als staatsrechtlich unmöglich ab, und nun geriet Ludwig II., der sonst so sanft gewesen war, in maßlose Wut, unterschrieb Todesurteile und Verhaftsbefehle und trieb es so toll, daß das Ministerium keine andere Wahl mehr hatte, als zur Entmündigung des Unglücklichen zu schreiten. Es stellte den Antrag nicht bei Ludwigs II. Bruder Otto (geb. 27. April 1848), da auch dieser längst geisteskrank war, sondern bei seinem Oheim Prinz Luitpold (geb. 12. März 1821 als zweiter Sohn Ludwigs I. und jüngerer Bruder Maximilians II.). Dieser nahm auf Grund eines von vier Irrenärzten ausgestellten Zeugnisses, daß der König 1. verrückt, 2. unheilbar, 3. alles freien Willens beraubt und 4. steigendem Irrsinn verfallen sei, am 10. Juni 1886 mittelst einer öffentlichen Ansprache „die Verwesung des Königreichs Bayern" an sich. Eine Staatskommission, bestehend aus einigen Ministern und zwei Ärzten,

Digitized by Google

begab sich nach Schloß Neuschwanstein bei Füssen, um den König womöglich zur Fügsamkeit zu bestimmen; sie wäre von der aufgeregten Gebirgsbevölkerung, welche trotz allem und allem an die Krankheit des Königs nicht glauben wollte und sie als Thronräuber ansah, um ein Haar mißhandelt oder gar umgebracht worden. Der König fügte sich aber anscheinend und reiste mit der Kommission nach Schloß Berg am Starnberger See. Hier sollte er unter der Aufsicht des Professors Dr. v. Gudden, des hochverdienten Vorstandes der Münchener Kreisirrenanstalt, verbleiben, und v. Gudden schrieb noch am 12. Juni, alles gehe wunderbar gut. Aber am Pfingstsonntag den 13. Juni fand man abends gegen 7 Uhr die Leichen des Königs und des Arztes im Wasser des Sees nahe dem Ufer. v. Gudden hatte, durch des Königs anscheinende Ruhe getäuscht, mit ihm ohne Begleitung einen Spaziergang am See gemacht; ob der König sich nun ertränken wollte und v. Gudden bei dem Versuch ihn zu retten mit umkam, oder ob der König aus Rache den Arzt ertränkte und dabei selbst versank, wird niemals aufgeklärt werden. Doch hält man den ersten Fall für weit wahrscheinlicher. Die Sektion des Königs ergab hochgradige Entartung des Schädels, des Gehirns und der Gehirnhaut. Der Landtag wurde sofort berufen, und in der Kammer der Reichsräte stimmten 48, in der Abgeordnetenkammer 151 Mitglieder der Errichtung der Regentschaft zu. Am 28. Juni 1886 leistete der Prinzregent den Eid auf die Verfassung. Zum großen Mißvergnügen der Ultramontanen, welche ihn für einen der Ihrigen gehalten hatten, behielt Luitpold durch Entschluß vom 6. Juli das ganze liberale Ministerium Lutz, das aufopfernde Hingabe an Krone und Land betätigt habe, ohne irgend eine Veränderung bei. An den Kaiser aber telegraphierte er: „Möge Kaiserliche Majestät überzeugt sein, daß ich nichts sehnlicher erstrebe als die Aufrechterhaltung und Befestigung der innigen und vertrauensvollen Beziehungen, welche die Kronen Preußens und Bayerns zum Heil Deutschlands verbinden".

Im Jahre 1886 begann auch die Polenfrage, welche seit hundert Jahren eines der schwersten Probleme deutscher und preußischer Staatskunst darstellt, wieder einmal brennend zu werden.

Digitized by Google

Wir wissen, daß diese Frage eine von denen war, an denen der Kulturkampf sich entzündete (S. 21). Nun wurden damals die östlichen Provinzen Preußens durch ausländische Polen (aus Rußland) dermaßen überschwemmt, daß die preußische Regierung sich veranlaßt sah, 30000 von ihnen als „lästige Ausländer" auszuweisen, was der deutsche Reichstag am 16. Januar 1886 zu mißbilligen für gut fand. Das preußische Abgeordnetenhaus dagegen, in dem die drei Bismarck unterstützenden Fraktionen der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen stets eine starke Mehrheit hatten, nahm am 30. Januar mit 244 gegen 160 Stimmen den Antrag Achenbach an, welcher der Regierung im Kampf für das Deutschtum und gegen das Vordringen des polnischen Elements die Hilfe des Landtags zusicherte. Sofort ward eine Vorlage eingebracht, welche die Bildung einer Ansiedlungskommission und ihre Ausstattung mit 100 Millionen Mark zum Zweck hatte; damit sollte der polnische Adel, der in Posen allein etwa 600000 ha im Wert von 300 Millionen besaß, ausgekauft und an seine Stelle ein Stand deutscher mittlerer Bauern angesiedelt werden. Bismarck erklärte bei der Beratung des Antrags Achenbach, daß der polnische Bauer die Segnungen des preußischen Regiments wohl zu würdigen wisse; antipreußisch sei nur der Adel und die Geistlichkeit. Das Ansiedlungsgesetz erhielt am 26. April 1886 die Unterschrift des Königs. Ein zweites Gesetz übertrug die Ernennung der Schullehrer in polnischen oder in gemischten Orten von der Gemeinde an den Staat, so daß die Regierung zuverlässige deutschgesinnte Lehrer in den polnischen Gegenden einsetzen konnte. Zugleich wurden 200000 Mark für die Hebung der Fortbildungsschulen in der „Ostmark" ausgesetzt und daselbst auch erstmals amtliche Impfärzte bestellt.

Gegen Ende des Jahres 1886 wurde die politische Lage Europas außerordentlich gespannt. In Frankreich hatten die Monarchisten, weil die Republikaner durch Hab- und Herrschsucht großen Anstoß erregten, bei den Wahlen vom Oktober 1885 erhebliche Erfolge davongetragen; die Zahl ihrer Abgeordneten wuchs von 90 auf 200 an, und der Kriegsminister, General Boulanger, der durch einen Krieg sich an die Spitze des Staates zu schwingen hoffte, wie einst

Digitized by Google

Napoleon Bonaparte, ließ an der Ostgrenze eine große Anzahl Baracken errichten, um bei einer plötzlichen Mobilmachung die großen Truppenmassen leichter unterbringen zu können; er kaufte selbst in Deutschland große Mengen von Sprengstoffen für die Herstellung von Bomben an. Gleichzeitig waren durch den Sturz des Fürsten Alexander I. von Bulgarien, der sich gegenüber dem Übelwollen des Zaren und der Opposition in einem Teil seines Offizierskorps zum Rücktritt entschloß (S. 150 f.), die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel so zugespitzt, daß ein Zusammenstoß zwischen Rußland und Österreich, das Rußlands Umsichgreifen als Drohung gegen seine politische Stellung am Balkan betrachten mußte, nicht unwahrscheinlich schien; daraus konnte aber vermöge des Vertrags von 1879 für uns die Nötigung zur Anteilnahme an dem Krieg erwachsen. Deshalb brachten die verbündeten Regierungen am 25. November 1886 eine Vorlage an den Reichstag, nach der der Heeresbestand auf dem Friedensfuß von 427000 Mann auf 468000 erhöht werden sollte; und zwar sollte diese Ziffer wieder S. 13) auf sieben Jahre (Septennat) gelten, vom 1. April 1887 bis 31. März 1894. Bismarck sagte zur Begründung dieser Vorlage am 11. Januar 1887 im Reichstag: „Kein französisches Ministerium hat zu sagen gewagt: wir verzichten auf Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen; jeden Augenblick kann dort eine Regierung ans Ruder kommen, welche den Krieg beginnt. Er kann in 10 Tagen oder in 10 Jahren ausbrechen; sicher davor sind wir niemals. Diesem Krieg gegenüber würde der von 1870 ein Kinderspiel sein; jeder Teil würde versuchen, den andern saigner à blanc, ihm so lange zur Ader zu lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächsten 30 Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger gegenüberzustellen.“ Den Versuchen der Opposition, auf die Gestaltung des Heeres und seine Verhältnisse maßgebenden Einfluß zu gewinnen, hielt Bismarck die Worte entgegen: „Das deutsche Heer ist eine Einrichtung, die von den wechselnden Majoritäten des Reichstags nicht abhängig sein kann. Wer bürgt uns denn dafür, daß eine so heterogene Majorität wie die jetzige eine dauernde sein werde? Daß die Fixierung der

Digitized by Google

Präsenzstärke von der jedesmaligen Konstellation und Stimmung des Reichstags abhängen sollte, das ist eine absolute Unmöglichkeit. Der Versuch, aus dem kaiserlichen Heer ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, für dessen Bestand nicht S. Maj. der Kaiser und die verbündeten Regierungen, sondern die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben, wird nicht gelingen." Die Opposition sah ein, daß sie die Verweigerung der Heereserhöhung nicht riskieren durfte; für das Zentrum kam noch der Umstand in Betracht, daß ihm am 3. Januar 1887 im Auftrag des Papsts der Staatssekretär Kardinal Jacobini vermittelst des Nuntius Dr. Pietro in München die Annahme des Septennats empfehlen ließ, da dies den Interessen der Kirche entspreche. Trotzdem brachte Windthorst, indem der Zentrumsvorstand auf sein Betreiben das Schreiben des Staatssekretärs unterschlug, eine Einigung aller oppositionellen Fraktionen auf die Formel zustande: es wird der Regierung zwar „jeder Mann und jeder Groschen" bewilligt; aber nicht auf sieben Jahre, sondern nur auf drei. Dieser Antrag wurde mit dem Hinweis auf das allgemeine Recht des Reichstags begründet, die Ausgaben nur jeweils für ein Jahr zu bewilligen; es sei also schon in dem Zugeständnis der drei Jahre ein beträchtliches Opfer parlamentarischer Befugnisse enthalten. Die Masse der Zentrumsabgeordneten war bei der entscheidenden zweiten Lesung ohne Kenntnis der Wünsche des Oberhaupts der römischen Kirche. So wurde der Antrag auf Gewährung um des Triennats am 14. Januar 1887 zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags mit 183 gegen 154 Stimmen angenommen. In der Mehrheit befanden sich das ganze Zentrum mit seinem welfisch-elsässisch-polnischen Anhang, die Deutschfreisinnigen, die (süd)deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratie; doch enthielten sich 31 Freisinnige der Abstimmung, weil sie zwar selbst für die drei Jahre nicht stimmen, aber auch die drei Jahre nicht durch Zusammengehen mit der Minderheit zu Fall bringen und damit der Regierung eine auch in ihren Augen zweifellos wirksame Wahlparole verschaffen wollten. Die Minderheit bestand aus den Konservativen, der (freikonservativen) Reichspartei und den Nationalliberalen. Augenblicklich nach Verkündigung des Ergebnisses der Abstimmung erhob sich Fürst Bismarck und entnahm aus

Digitized by Google

der vor ihm liegenden roten Mappe die kaiserliche Botschaft, welche mit Zustimmung des Bundesrats den Reichstag für aufgelöst erklärte.

Alsbald traten die Vorstände der drei in der Minderheit gebliebenen Fraktionen zusammen und vereinbarten das sog. Kartell der nationalen Parteien, kraft dessen alle 154 Abgeordnete, welche für das Septennat und gegen das Triennat gestimmt hatten, in ihren Wahlkreisen wieder aufgestellt werden sollten, und zwar als gemeinsame Kandidaten aller drei Parteien; in womöglich allen anderen Wahlkreisen sollten solche Kandidaten aufgestellt werden, welche für das Septennat sich aussprächen, und es sollten auch hiebei die Kartellparteien sich gegenseitig nicht bekämpfen, sondern unterstützen. Dieser verständige und patriotische Entschluß hatte die gewünschte Wirkung; der Wahlkampf ward von den Kartellparteien mit solcher Geschlossenheit und solchem Nachdruck geführt, und das Volk erfaßte den Kern der Sache, das Streben der Mehrheitsparteien, der Regierung die Verfügung über das Heer zu entwinden und die Macht des Parlaments über das Heer zu befestigen, so gut, daß die Wahlen vom 21. Februar 1887 mit einer schweren Niederlage der Mehrheit vom 14. Januar endigten. Das Kartell gewann nicht weniger als 69 Wahlkreise und stieg von 154 auf 223 Abgeordnete. Die nationalliberale Fraktion zählte nunmehr 99, die Reichspartei 41, die Konservativen 80 Mann; dazu kamen noch 3 der Rechten zugehörige „Wilde". Die Deutschfreisinnigen dagegen sanken von 67 auf 32, die Welfen von 11 auf 4, die Sozialdemokraten von 24 auf 11, das Zentrum von 99 auf 98. Was die Zahl der abgegebenen Stimmen anging, so standen die Nationalliberalen mit 1 678 000 obenan; es folgte das Zentrum mit 1 516 000, die Konservativen mit 1 147 000, die Deutschfreisinnigen mit 973 000, die Sozialdemokraten mit 763 000, die Reichspartei mit 736 000, die süddeutsche Volkspartei mit 89 000. Es ist kein Wunder, daß der alte Kaiser äußerte, ein schöneres Geburtstagsgeschenk als diesen nationalen Reichstag hätte ihm das deutsche Volk nicht machen können. Am 11. März ward das Septennat in dritter Lesung mit 227 gegen 31 Stimmen angenommen. Das Zentrum mit 83 Stimmen war in schwieriger

Digitized by Google

Lage, weil der Staatssekretär Jacobini durch ein zweites Schreiben an den Nuntius in München, das zur Vorsicht der Öffentlichkeit übergeben wurde, am 21. Januar unter ausdrücklicher Mißbilligung der ersten Abstimmung des Zentrums, aber auch unter ebenso ausdrücklicher Anerkennung der Verdienste des Zentrums um die Kirche, die Annahme des Septennats als den Interessen der Kirche gemäß bezeichnet hatte; die an sich rein politische Frage sei mit sittlich-religiösen Gesichtspunkten (über die der Papst seit 1870 absolut zuständig ist) verknüpft. Die Angelegenheit hatte, wie man sieht, zu einer Erörterung der Frage geführt, ob das Zentrum auch in politischen Dingen dem Papst zum Gehorsam verpflichtet sei; der Papst nahm das nicht für rein politische, nur für gemischte Fragen in Anspruch; aber welche sind nicht gemischt? So entschloß sich das Zentrum, dessen Vorsitz damals der bayerische Freiherr v. Franckenstein (S. 64) inne hatte, zwar nicht zur Abstimmung für das Septennat, womit es nach Windthorsts Worten „seine einzige Basis, das Vertrauen seiner Wähler, vernichtet hätte“; aber es warf seine Stimmen auch nicht in die andere Wagschale, was freilich den glänzenden Sieg der Regierung keinesfalls verhindert hätte.

Durch die Annahme der Septennatsvorlage wurde das deutsche Heer auf eine geraume Zeit der Unsicherheit entrückt, welche leicht aus den wechselnden Mehrheitsverhältnissen eines Parlaments entspringen kann, und seine Stärke mußte im Lauf der zwölf Jahre, in welchen Linie und Reserve um die im Gesetz vorgesehene Ziffer vermehrt wurden, sich um 160 000 Mann oder ungefähr fünf volle Armeekorps erhöhen. Noch war aber der Übelstand vorhanden, daß die Landwehr nicht voll für Zwecke des Krieges verfügbar war. Um diese Lücke des Systems zu schließen, wurde beim Reichstag noch ein zweites Gesetz eingebracht, das sieben Jahrgänge des bisherigen Landsturms (die Mannschaften im Alter von 33—39 Jahren) zur Landwehr zweiten Aufgebots schlug, das im Kriegsfall ausrückt, und dem auch in zwei Aufgebote gegliederten Landsturm alle nicht gedienten Leute vom vollendeten 17.—45. Jahr überwies; auch er hat an der Verteidigung des Landes teilzunehmen und kann in Fällen außerordentlichen Bedarfs zur Ergänzung des Heeres und der Marine herangezogen werden. Bismarck hielt zur Emp-

Digitized by Google

fehlung dieses Gesetzes am 6. Februar 1888 eine gewaltige Rede, in der er darlegte, daß die internationale Lage sich gegen das Vorjahr gebessert habe, daß aber eine Kriegspartei sowohl in Frankreich als in Rußland nach wie vor bestehe, die zur Zeit von den Regierungen gezügelt werde, die aber doch zur Vorsicht mahne. Wenn das neue Gesetz angenommen werde, so könne Deutschland an jeder Grenze eine Million Soldaten aufstellen und dabei noch Reserven von einer Million bereit halten; das bedeute so viel, als wenn dem Dreibund eine weitere Großmacht mit 700 000 Mann beiträte. Das könne kein anderer Staat uns nachmachen; nur wir haben den Bestand an Offizieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure Armee zu befehligen; dazu gehöre das eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem andern Lande wieder vorkomme. Bismarck bezeichnete einen Angriffskrieg Deutschlands als ausgeschlossen; „gerade unsere Stärke stimmt uns selbst notwendig friedfertig"; sollten wir aber angegriffen werden, so werde das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee aufbrennen wie eine Pulvermine und der furor teutonicus sich entwickeln. Die drohenden Artikel ausländischer Zeitungen machen auf uns keinen Eindruck; „wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt"! Der Eindruck dieser Rede war, weil staatsmännische Größe, deutsche Friedfertigkeit und deutscher Mut sich in ihr wundervoll vereinigten, so mächtig, daß der schweigsame und ruhige Moltke, Abgeordneter für den Wahlkreis Memel-Heydekrug, sich von seinem Platze erhob und den Reichskanzler beglückwünschte und der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Freiherr v. Franckenstein, die Annahme des „Gesetzes über Änderungen der Wehrpflicht" en bloc, also ohne Beratung der Einzelheiten, beantragte. So geschah es auch ohne Widerspruch am 6. und 8. Februar in zweiter und dritter Lesung, und das entschlossene Votum des Reichstags, wofür Bismarck ausdrücklich dankte, verstärkte noch den Eindruck, den die Annahme des Gesetzes an sich in ganz Europa hervorrief. Am 6. und 8. Februar gab es keine Fraktionen; es gab nur eine deutsche Volksvertretung. Die Kosten der Durchführung des Gesetzes, 278 Millionen, wurden am 10. Februar gegen die Sozialisten bewilligt.

Digitized by Google

Es war ein erhebender Augenblick unserer Geschichte; er fiel aber in eine tief umdüsterte Zeit.

Am 22. März 1887 hatte der Kaiser Wilhelm I. seinen 90. Geburtstag gefeiert, umgeben von 85 deutschen und ausländischen Fürsten und Fürstinnen und getragen von der Liebe und Dankbarkeit fast des ganzen deutschen Volkes. Aber schon bei dieser Feier fiel es auf, daß der Kronprinz Friedrich Wilhelm sehr heiser war und nicht gut aussah. Anfänglich glaubte man nicht an ein tieferes Leiden; aber der Berliner Professor Gerhardt stellte am 18. Mai 1887 mit hervorragenden Fachgenossen zusammen das Vorhandensein von Kehlkopfkrebs fest. Um nichts zu versäumen, ward auf Wunsch der Kronprinzessin auch noch eine englische Autorität, Sir Morell Mackenzie, aus London berufen. Dieser bestritt die Diagnose der Berliner, gestattete dem Kronprinzen die Teilnahme am 50jährigen Jubiläum seiner Schwiegermutter, der Königin Viktoria, in London und verschrieb ihm, als das Übel nicht weichen wollte, einen Aufenthalt in Toblach in Südtirol, dann in San Remo; hier mußte er am 6. November 1887 endlich zugeben, daß das Gutachten Gerhardts richtig gewesen sei. Nun wurde durch den Assistenten Professor Bergmanns, Dr. Bramann, um Erstickung zu verhüten, am 8. Februar 1888 in San Remo der Kehlkopfschnitt vorgenommen und dem Kranken durch Einlegung silberner Röhrchen das Atemholen kümmerlich ermöglicht; aber die kostbare Zeit, während deren durch rechtzeitiges Eingreifen eine Heilung vielleicht noch möglich gewesen wäre, war ungenützt vorübergegangen. Es war ein englischer Arzt Semon, der bei dem Bekanntwerden dieses Sachverhalts ausrief: Mackenzie habe sich den Ruhm eines Herostratus erworben — jenes Griechen, der, nur um im Munde der Nachwelt fortzuleben, 356 v. Chr. den herrlichen Tempel der Artemis zu Ephesus angezündet hatte. Man kann sich denken, welchen niederschmetternden Eindruck die furchtbare Gewißheit von der Natur des Leidens, das den Sohn daniederwarf, auf den greisen Vater in Berlin machte. Nicht immer war das Verhältnis der beiden ungetrübt gewesen; wie es leicht geschieht, waren Vater und Sohn des öfteren ganz verschiedener Meinung, so in jener für Deutschland entscheidenden Zeit, als Wilhelm I. sich entschloß, die

Digitized by Google

Heeresreorganisation von 1860, durch die Preußen im letzten Grunde befähigt worden ist, das deutsche Reich zu gründen, auf alle Fälle, auch im Zwiespalt mit dem Abgeordnetenhaus, durchzusetzen. Damals hatte der Kronprinz sogar offen sich gegen Maßnahmen der Minister seines Vaters erklärt; später waren sie über das Verhalten gegen das 1866 besiegte Österreich, über die Frage der Kaiserkrone nicht einhellig gewesen, und weil der Sohn der Gattin alles anvertraute und diese der Mutter Viktoria in London gegenüber „nicht dicht hielt", so befahl der König wohl gar, seinem Sohn wichtige Dinge gar nicht mitzuteilen. Aber andrerseits hatten sie auch große Augenblicke miteinander erlebt, vornehmlich die Siege von Königgrätz und Sedan, und was auch die Politik zwischen beide Trennendes schieben mochte — die Stimme des Blutes sprach warm und kräftig in beiden, und jetzt fand man manchmal den Greis in tiefem Kummer, in heißen Tränen und Gebeten um den einzigen Sohn, der im Alter von 57 Jahren doch die Bürgschaft reicher Lebenserfahrung und hohenzollerischer Erbtugenden für das Reich mitgebracht hätte, wenn ihm verstattet worden wäre, die Zügel des Staats zu führen.

Da kam am 23. Februar 1888 ein neuer schwerer Schlag: der Lieblingsenkel des Kaisers, Prinz Ludwig von Baden, der zweite Sohn des Großherzogs Friedrich und der Prinzessin Luise von Preußen, starb infolge einer Lungenentzündung in Freiburg, wo er die Universität besuchte, plötzlich hinweg, in einem Alter von noch nicht ganz 23 Jahren (geb. 12. Juni 1865). Seitdem war die Gesundheit des greisen Herrschers schwer erschüttert; am 4. März rief eine Erkältung ein altes Blasenleiden wieder hervor, und am 6. März traten bedenkliche Schwächezustände auf. Immer noch gedachte der Kranke seiner Regentenpflichten; zu der Tochter, der Großherzogin von Baden, die in seiner Pflege unermüdlich war, sagte er auf eine liebevolle Mahnung zur Ruhe: „Ich habe keine Zeit müde zu sein." Am 8. März mittags hatte er seine letzte Unterredung mit Bismarck, in der er ihm die Erwartung aussprach, daß Bismarck in seiner Stellung verbleiben und dem Nachfolger zur Seite stehen werde. Am 9. März früh $8\frac{1}{2}$ Uhr trat der Tod ein, und eine ergreifende Klage erhob sich in allen deutschen Landen,

Digitized by Google

vom Fels zum Meer, um den treuen, milden, gütigen, um den pflichtgetreuen, umsichtigen und charakterfesten Herrscher, der, mit über 60 Jahren an die Spitze des Staates gelangt, das preußische Heer auf der Grundlage der dreijährigen Dienstzeit reorganisiert und verstärkt, es in drei Kriegen über Dänen, Österreicher und Franzosen siegreich gesehen, in zwei es selbst angeführt und mit den übrigen Fürsten und den freien Städten Deutschlands verbündet die Westmark des Reichs, wie vorher die Nordmark, zurückerobert und die deutsche Kaiserkrone auf rein deutscher Grundlage erneuert hatte. Wie er die Feinde mit dem Schwert niederwarf, so scharte er durch seine gerade Redlichkeit die so lang getrennten deutschen Fürsten und Stämme um sich und gab dem neuen Reiche, beraten von einem Staatsmann ohnegleichen, die Richtung nicht auf auswärtige Eroberungen, sondern auf soziale Reform im Innern. Es war ein überreich gesegnetes, in Freud und Leid großes Menschen- und Herrscherleben, das nach einer das gewöhnliche Maß der Menschen weit überragenden Dauer an jenem 9. März zu Ende kam, und wenn einzelne pietätlose Stimmen am Grabe laut wurden, so konnten sie höchstens den Mangel an künstlerischem Interesse und die scharf soldatische Natur und Eigenart des ersten Kaisers mit einigem Anschein von Recht bekritteln. Aber wer das Schwert Deutschlands schliff und es sieghaft schwang, dem weiht auch die verschmähte Muse den verdienten Lorbeerkranz im Namen eines Volkes, das vor ihm nicht war und durch ihn und seine Paladine Bismarck, Roon und Moltke ins Dasein gerufen ward.

Dreizehntes Kapitel

Die neunundneunzig Tage Kaiser Friedrichs III.

So schwer krank der Erbe des Thrones von Preußen und der deutschen Kaiserkrone auch war, so verließ er doch auf die Nachricht vom Tode seines Vaters sofort das sonnige Gestade der Riviera und fuhr nach dem in einer für diese Jahreszeit ungewöhnlichen Kälte von 8—10° C. starrenden Norden. Am 11. März traf er

Digitized by Google

in Berlin ein und erließ als Friedrich III., König von Preußen, am 12. März eine Ansprache „an mein Volk", worin er seine wohlmeinenden Absichten kundtat; ihre Abfassung war dem (Friedrich III. seit langem nahestehenden) früheren Straßburger Professor Geffcken anvertraut worden. An den Fürsten Bismarck, mit dem Friedrich III. als Kronprinz manchmal scharfe Zusammenstöße gehabt, mit dem er aber seit 1866 auch oft nach einem Ziel zusammengearbeitet hatte, erließ der Kaiser ein besonderes Handschreiben, das Zeugnis davon gab, daß er für die kurze Zeit, welche ihm noch blieb, sich von diesem „langjährigen, vielbewährten Diener seiner Vaters, dem treuen und mutvollen Ratgeber, der den Zielen der Politik Wilhelms I. die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hatte," nicht zu trennen beabsichtigte. Wie Bismarck in seinen Gedanken und Erinnerungen (2, 304 f.) erzählt, hatte schon 1885, als Wilhelm I. ernstlich erkrankte, eine Aussprache zwischen ihm und dem Kronprinzen stattgefunden, nach der Bismarck auch unter der Regierung Friedrichs im Amt bleiben und jede Hinneigung zu einer Parlamentsherrschaft wie jede Zulassung auswärtiger Einflüsse auf die Reichspolitik ausgeschlossen sein sollten. Infolge dieser Verabredung, welche Kaiser Friedrich genau einhielt, waren die 99 Tage dieser Regierung nach einer Äußerung Bismarcks für diesen mit weit weniger Reibungen verbunden als irgend eine frühere Zeit. Auch mit der Kaiserin Friedrich, die früher dem allmächtigen Minister oft grollend gegenübergestanden war, gelangte Bismarck zu einem friedlichen Verhältnis, weil er ihr mit selbstverständlicher Ehrfurcht und Ritterlichkeit begegnete und mit schuldiger Rücksicht auf ihre Lage nach dem nahen Tode ihres Gatten dafür sorgte, daß ihr eine Witwenversorgung von zwölf Millionen Mark für sie selbst und ihre Töchter gesichert wurde.

An Meinungsverschiedenheiten über einzelnes fehlte es natürlich nicht. So wollte der Kaiser in die Amnestie für Verbrechen, die er dem Herkommen in solchen Fällen gemäß erließ, auch die verurteilten Sozialdemokraten aufnehmen; Bismarck war aber entschieden dagegen. Dann wollte der Kaiser, der mit den Größen der Fortschrittspartei seit langem in nahen Beziehungen stand (vgl. S. 74), an Forckenbeck, den früheren linksliberalen Reichstags-

Digitized by Google

präsidenten, an dessen nächsten Freund, Freiherrn von Stauffenberg, an die Professoren Virchow, Theodor Mommsen und Hänel Ordensauszeichnungen verleihen. Bismarck widerriet diesen Schritt, weil er so ausgelegt werden würde, als ob der Kaiser nicht etwa dem persönlichen Wert, bezw. den wissenschaftlichen Verdiensten dieser Männer seine Anerkennung ausdrücken, sondern sie für ihre politische Haltung beloben wolle; das aber müßte Verwirrung stiften. Mehrere Tage rang der Kanzler mit seinem Herrn, bis dieser sich endlich damit begnügt erklärte, Virchow, den berühmten Pathologen, und Forckenbeck auszuzeichnen, der auch als verdienter Oberbürgermeister von Berlin dieser Anerkennung vollauf würdig war. Die vom Freisinn gewünschte Entlassung des antisemitischen Hofpredigers Stöcker (S. 61) verhinderte der Kanzler auch, nicht als ob er Stöckers Freund gewesen wäre, aber weil dieser der Feind des Freisinns war. Einmal, im April 1888, kam es aber doch zu einer erheblichen Meinungsverschiedenheit zwischen Bismarck und dem Kaiser, weil dieser den Wünschen seiner Gemahlin und seiner Tochter Viktoria nachgeben wollte, die auf eine Vermählung dieser Prinzessin mit dem vor zwei Jahren zurückgetretenen früheren Fürsten Bulgariens, Prinz Alexander von Battenberg (S. 148 ff.), gerichtet waren. Es war bei dem Haß, den Zar Alexander III. auf den Battenberger geworfen hatte, mit Händen zu greifen, daß durch eine solche Heirat das erträgliche Verhältnis zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg schwer geschädigt, eine Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland erzeugt und die Wühlerei Boulangers, der abermals auf einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland hinarbeitete, wesentlich gefördert werden mußte. Es war also Bismarcks Pflicht, von dieser Heirat abzuraten, und er wurde in seinen Bemühungen sogar durch die Königin Viktoria von England, welche ihren todkranken Schwiegersohn in Berlin besuchte, unterstützt; auch diese hohe Frau mahnte um des europäischen Friedens willen von einer solchen Herausforderung Rußlands ab. In der deutschen Presse erhob sich eine, wohl von Bismarck veranlaßte, entschiedene Stellungnahme gegen einen Plan, der um der persönlichen, an sich ja verständlichen Wünsche zweier Frauen willen die internationalen Beziehungen Deutschlands ge-

Digitized by Google

fährdete; und pflichttreu wie immer gab Kaiser Friedrich dem Drängen seines ersten, auch hier als treuer Eckart sich bewährenden Ratgebers nach und untersagte am 10. April die weitere Betreibung des Hochzeitsplanes. Bei allen diesen Dingen hat Bismarck sich, wie das ihm angeboren war, sicher ebenso offen und bestimmt als ehrerbietig benommen. Die Behauptungen von fortschrittlich gesinnten Schriftstellern, daß der Kaiser, als dem Tode verfallen, vom ganzen Hof kaum beachtet worden sei und sein Willen nichts gegolten habe, mögen einen wunden Punkt berühren, der bei solchen Situationen leider kaum ganz zu verhüten ist, betreffen aber Bismarck selbst gewiß nicht. Politische Maßnahmen von Bedeutung sind in der kurzen Zeit der 99 Tage nur drei vorgenommen worden. Einmal ließ der Kaiser am 20. März das vom Reichstag und Bundesrat beschlossene Gesetz über die Verlängerung der dreijährigen Wahlperiode des Reichstags auf fünf Jahre veröffentlichen, wozu er verfassungsmäßig verpflichtet war, und dann erteilte er am 7. Juni zu der Einführung der gleichen Wahlperiode auch für das preußische Abgeordnetenhaus seine Genehmigung, die er nach der preußischen Verfassung natürlich auch hätte versagen können. Im Reich ist der König von Preußen Glied eines Ganzen und hat sich, soweit nicht Änderungen der Reichsverfassung, des Heerwesens und der in Artikel 35 der Reichsverfassung bezeichneten Abgaben sowie Auflösung des Reichstags in Betracht kommen, der Mehrheit des Bundesrats zu fügen; in Preußen ist er alleiniger Träger der Souveränität und kann Gesetze genehmigen oder ablehnen. Endlich richtete der Kaiser gleichzeitig mit der Unterzeichnung des preußischen Gesetzes ein Schreiben an den Minister des Innern, Robert v. Puttkamer (S. 68), der wegen seiner rücksichtslosen amtlichen Beeinflussung der Wahlen von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, Nationalliberalen, Zentrum und Freisinnigen, ein Tadelsvotum erhalten hatte, und sprach ihm seine scharfe Mißbilligung der willkürlichen Einteilung der Wahlbezirke aus. Natürlich erbat nun der Minister am 8. Juni seine Entlassung, die sofort gewährt wurde; an seine Stelle als Minister des Innern trat am 2. Juli der Unterstaatssekretär Herrfurth (1830—1900, Minister bis 1892). Die Beseitigung Puttkamers befriedigte die Freisinnigen

Digitized by Google

außerordentlich; sie kann als „die bezeichnende Tat dieser kurzen Regierung“ angesehen werden; seiner liberalen Grundauffassung verlieh Kaiser Friedrich damit scharfen Ausdruck.

Als er diese Maßregel traf, war er freilich am Ende seines Lebens und seines Leidens angekommen. Noch Ende März sah man ihm, wie Moltke am 22. dieses Monats schreibt, seine schwere Krankheit kaum an; auch der Statthalter des Reichslandes, Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, fand ihn am 24. März nicht besonders krank aussehend, „nur mager und etwas gelb und die Augen etwas vorstehend“; bei näherem Zusehen bemerkte er einen leidenden Ausdruck in den Augen. Die Kaiserin klammerte sich an jeden Strohhalm, der Hoffnung verhieß, und wollte bestätigt haben, daß man ihren Mann nicht schlecht aussehend finde; sie veranlaßte ihn zu Spazierfahrten, um sich dem Volk zu zeigen, die freilich fast über seine Kräfte gingen. Mitte April trat eine böse Verschlimmerung ein; die Geschwulst in der Luftröhre nahm beträchtlich zu; seit dem 15. waren Atemnot, hohes Fieber und ein schlechter Geruch aus der kranken Stelle vorhanden; die Lungen waren aber nach ärztlicher Untersuchung noch gesund. In allen Leiden erwies der Kaiser eine heldenhafte Seele; „er war gegen seine Umgebung die Güte und Liebe selbst,“ bezeugt einer seiner Pfleger, und dem ältesten Sohn schrieb er, so heißt es, auf ein Blatt, da er nicht imstande war zu sprechen: „Lerne leiden, ohne zu klagen; das ist das einzige, was ich dich lehren kann.“ Die in der Pflege nicht ermüdende Gattin nannte er scherzend „Mädchen für alles“. Am 29. Mai nahm er die letzte Parade ab, und es tat ihm weh zu fühlen, „daß er zum letztenmal seine Soldaten gesehen habe“. Noch unternahm er am 6. Juni eine letzte Ausfahrt nach der Kirche von Altgeltow, zu der er einst selbst den Grundstein gelegt hatte und die nun fertig war; auf eine Bank sich setzend, bat er, ihm einen Choral zu spielen. Am 13. Juni empfing der Kaiser noch den Besuch des Königs Oskar II. von Schweden; am 14. legte er, so heißt es, nicht mehr imstande zu sprechen, die Hand seiner Frau in die Bismarcks, wie um sie ihm und seinem redlichen Rat zu empfehlen. Am 15. Juni etwas nach elf Uhr vormittags verschied er, ohne eigentlichen Todeskampf, die Augen auf seine Gattin gerichtet.

Digitized by Google

Er hatte sein Leben auf 57 Jahre und fast 8 Monate gebracht; seine Regierung währte vom 9. März bis 15. Juni — 99 Tage.

Er war fast sein ganzes Leben lang Thronfolger gewesen, hatte oft Dinge geschehen lassen müssen, die er mißbilligte, und verzehrte in einer fast untätigen Stellung seine beste Kraft; als der Vater endlich ihm den Platz frei gab, da war Friedrich III. schon ein verlorener Mann. So muß die Geschichte mit ihrem Spruch über ihn zurückhalten, der nicht mehr zeigen konnte, was er zu leisten vermocht hätte, wenn ihm Zeit und Kraft vergönnt gewesen wären. Aber es war ihm doch beschieden gewesen, in großen Momenten preußischer und deutscher Geschichte an hervorragender Stelle zu stehen, und Männer wie Verdy du Vernois, der Kriegsminister von 1889–90, der 1866 im Stab des Kronprinzen gewesen ist, haben es bezeugt, daß er „alle Eigenschaften eines wahren Feldherrn besaß und den Entwürfen seines vorzüglichen Generalstabschefs Blumenthal durch seinen eigenen richtigen Blick und seine unerschütterliche Ruhe erst das Siegel aufdrückte". In der Nacht vom 2. bis 3. Juli 1866 hat er, noch ehe der Befehl vom König kam, aus sich selbst heraus den Entschluß gefaßt, mit ganzer Kraft dem Prinzen Friedrich Karl zu Hilfe zu ziehen und so eine große Entscheidung zu erringen. Im Jahr 1870 war er der Führer der Süddeutschen, denen er im Sturm das Herz abgewann, bei Wörth, Sedan und Paris, und hat in der Kaiserfrage eine entschiedene und einflußreiche Stellung eingenommen. Er war ein Mann von Geist und Witz, wovon ich einmal selbst Zeuge war*), und ein ausgezeichneter Gatte und Vater. Im Unterschied von Wilhelm I. besaß er reges künstlerisches und wissenschaftliches Interesse, und die Ausgrabungen zu Olympia durch das

*) Im Herbst 1874 kam er durch Schwäbisch-Hall und nahm am Bahnhof die Vorstellung der Beamten entgegen. Der schwerhörige Salineninspektor verstand die Frage des Kronprinzen: „Wer sind Sie?" nicht, und der Rektor des Lyzeums (Progymnasiums), der neben ihm stand, gab, um die etwas peinliche Stockung zu erledigen, für ihn die Antwort. „Und Sie mein Herr?" „Rektor des Lyzeums." „Ah, da wird auch Salz gemacht, aber attisches!"

Digitized by Google

Reich hat er auf das Bitten seines Lehrers Ernst Curtius freudig befürwortet und erwirkt. Die liberale Weltanschauung war ihm Herzenssache geworden; er verhielt sich darum gegen die antisemitische Bewegung ablehnend und soll sie nach dem freilich angefochtenen Zeugnis des Berliner jüdischen Stadtverordneten Magnus „die Schmach des Jahrhunderts" genannt haben. Aber niemals hätte er als Herrscher dem Liberalismus den Sinn gegeben, daß mit ihm eine ernste und kraftvolle monarchische Gewalt und die Pflege des kriegerischen Geistes unvereinbar seien. Er war ein freisinniger Hohenzoller; aber er war ein Hohenzoller, dem die überlieferten Eigenschaften seines Hauses, politischer und militärischer Sinn, nicht fehlten. Der wehmütige Glanz herben Leidens, der seine Siegfriedgestalt allmählich umgab und im Tode auf ihm ruhen blieb, verleiht seinem Gedächtnis einen schmerzvollen Zauber.

Vierzehntes Kapitel

Die Anfänge Kaiser Wilhelms II. Bismarcks Sturz

Der neue Herrscher, Kaiser und König Wilhelm II., war am 27. Januar 1859 geboren und hatte gemäß dem Willen seiner Mutter eine Erziehung mit englischem Anstrich erhalten; die Kronprinzessin, „die niemals aufhörte, England als ihr Vaterland zu betrachten"*), sprach mit ihren Kindern nur Englisch, und auch die Diener waren meist Engländer. Erst als der Theologe Dr. Hinzpeter seine Ausbildung übernahm, kam ein bewußt deutscher Zug in die Erziehung des künftigen Kaisers, der übrigens von der Mutter frühzeitig auf die Elemente der neuen Zeit, auf Naturwissenschaften und soziale Fürsorge, hingeleitet wurde und Verständnis dafür bekam, was es heiße, der Kranken und der Jugend sich anzunehmen; hat doch die Kronprinzessin von dem bei ihrer silbernen Hochzeit 1883 gesammelten „Friedrich Wilhelm- und

*) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen 2, 305.

Digitized by Google

Viktoriafonds" im Betrag von 800 000 Mark die Summe von 170 000 Mark dem Verein für häusliche Krankenpflege in Berlin überwiesen, der 1895 über 13 000 Kranke versorgte, einen Ferienkolonienverein gegründet, der 32 000 Kinder in den Ferien aufs Land sandte, und Lehranstalten für Mädchen ins Leben gerufen. Dr. Hinzpeter lehrte seinen Zögling deutsches Leben und Empfinden verstehen, die großen deutschen Dichterwerke würdigen und zu den führenden Männern unserer Geschichte mit Bewunderung emporschauen. Die körperlichen Übungen wurden, was besonders auf den Einfluß des englischen Vorbildes zurückzuführen ist, eifrig betrieben, und besonders hatte der junge Prinz am Segelsport frühzeitig eine große Freude. Mit seinen Altersgenossen verkehrte er freundlich, suchte beim Gespräch Dinge hervor, welche ihnen Interesse abgewinnen konnten, und zeigte Abneigung gegen Lakaienseelen. Nach der Einsegnung 1874 trat er mit seinem (am 14. August 1862 geborenen) Bruder Heinrich in die Obersekunda des Staatsgymnasiums in Kassel, das unter dem Direktor Dr. Vogt stand. Dieser antwortete auf den ihm mitgeteilten Entschluß der Eltern freimütig und aufrecht: dieser Wunsch sei ihm Befehl; er erwarte aber, daß beide Prinzen alle Pflichten der Schüler pünktlich erfüllen und Achtung vor der Zucht der Anstalt betätigen würden; Unterschiede könne er nicht zulassen. Das kronprinzliche Paar war damit durchaus einverstanden. Das ganze Leben der Prinzen in Kassel war sehr einfach; monatlich hatte der ältere nur 20, der jüngere nur 10 Mark Taschengeld. Der französische Lehrer der Prinzen Aymé lobte das höfliche, freundliche, nicht gekünstelte Wesen des Prinzen Wilhelm; er lernte fleißig, wollte keine Anstachelung seines Eifers und zeigte gegenüber allen und allem Unbefangenheit; wie sein Vater von Rassenvorurteilen nichts wissen wollte, so befreundete auch er sich mit einem jüdischen Mitschüler und lud ihn auf Weihnachten zu sich nach Potsdam ein. Nach dem Bestehen der Reifeprüfung kehrte er 1877 nach Berlin zurück und durchlief nun die verschiedenen Offiziersgrade, wobei er ebenfalls großen Eifer und militärisches Verständnis bewies. Der amerikanische Botschafter White, der ihn 1879, als zwanzigjährigen, sah, schreibt über ihn: „Er war regen Geistes, im Verkehr von einer nichts weniger als unangenehmen Lebhaftig-

Digitized by Google

keit, alten Leuten gegenüber immer respektvoll; er suchte nicht bloß die großen Kriegshelden auf, sondern brachte auch den Großen auf dem Gebiet von Kunst und Wissenschaft warmes Interesse entgegen. Es schien ein kerngesunder Mensch in ihm zu stecken, und das erweckte gute Hoffnungen. Wenn er mit mir über Amerika sprach, zeugte jedes Wort von einer scharfen Auffassungsgabe und klarem Urteil. Er hielt bei der Einweihung eines Denkmals für den Maler Cornelius in Düsseldorf eine Rede, in der Kraft der Überzeugung, hohe Begeisterung und keine der üblichen offiziellen Phrasen war. Maßgebende englische wie deutsche Personen haben mich, entgegen dem verbreiteten Gerede, versichert, daß sein Benehmen während der entsetzlichen Krisis des Jahres 1888 ein pflichttreues und männliches gewesen ist." Im Jahr 1881, am 27. Februar, heiratete Prinz Wilhelm die Prinzessin Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (geb. 22. Oktober 1858, also etwas über drei Monate älter als er); sie war die Tochter des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein, der 1863 bis 1866 von den Schleswig-Holsteinern wie von der überwiegenden Mehrheit aller Deutschen als rechtmäßiger Erbe des am 15. November 1863 erledigten Herzogshutes angesehen worden war, und seiner Gemahlin Adelheid, einer geborenen Prinzessin von Hohenlohe-Langenburg. Die Vermählung des einstigen Herrschers über das 1866 an Preußen gefallene Schleswig-Holstein gerade mit der Fürstin, deren Vater durch die Entwicklung der deutschen Geschicke um sein Erbe gekommen war, wurde allgemein als eine versöhnende Handlung empfunden und war aus diesem Grunde wie aus andern Erwägungen von Bismarck empfohlen worden. Die Prinzessin war eine durchaus edle, wahrhaft fromme und echt deutsche Frau; die Verbindung mit ihr, der sechs Söhne und eine Tochter entsprossten, ward für den Prinzen die Quelle reinen, echten Glückes. Die Prinzessin trat besonders auch für die reichere Ausstattung Berlins mit evangelischen Kirchen ein, deren Zahl seit längerer Zeit weit hinter dem Bedürfnis zurückgeblieben war, und dadurch kamen sie und ihr Gemahl in Beziehungen zu den positiven Berliner Kreisen, besonders zum Hofprediger Stöcker und zum Grafen Waldersee, dem Generalquartiermeister des preußischen Heeres. Wenn daraus von

Digitized by Google

den einen die Erwartung, von den andern die Besorgnis hergeleitet wurde, daß der Prinz als Kaiser im Sinn der äußersten Rechten regieren werde, so haben die späteren Ereignisse die Irrtümlichkeit dieser Ansichten erwiesen; dagegen trat in jenen Beziehungen die innige christliche Religiosität zutage, welche das prinzliche Paar beseelte und an der es auch später stets treulich festgehalten hat.

Der Tod Kaiser Friedrichs rief den Kronprinzen Wilhelm als Wilhelm II. im Jahre 1888, am 15. Juni, auf den Thron. Wenn viele Stimmen im Ausland davon den Anbruch einer kriegerischen Ära befürchteten, so wurden solche Besorgnisse sofort dadurch als nichtig erwiesen, daß der neue Kaiser das offenbare Bestreben zeigte, die innere und äußere Politik in den bisherigen Bahnen weiterzuführen und sich namentlich von dem erprobten Berater seines Großvaters und Vaters, dem Fürsten Bismarck, nicht zu trennen. Während der Krankheit seines Vaters hatte er einmal in einer Rede im engern Kreis geäußert, der Kapitän des Staatsschiffes sei leider schwer krank, aber der Steuermann sei erfahren und zuverlässig, und auf ihn dürfe man mit vollem Vertrauen blicken. Die Ansprachen des jungen Kaisers an sein Volk, an Heer und Flotte atmeten Pflichttreue, Festigkeit und Friedensliebe. Der Reichstag und der Bundesrat wurden sofort einberufen, und am 25. Juni erschien Wilhelm II. vor der deutschen Volksvertretung, umgeben von seinen sämtlichen Verbündeten oder deren Abgesandten. Persönlich waren anwesend König Albert von Sachsen (1828, bezw. 1873—1902), einer der großen und sieghaften Heerführer von 1870, der Prinzregent Luitpold von Bayern und der Großherzog Friedrich von Baden (1826, bezw. 1852—1907); den König Karl von Württemberg (1823, bezw. 1864—91) vertrat dessen Vetter und voraussichtlicher Nachfolger, der kerndeutsche Prinz Wilhelm. Aus Bismarcks Hand nahm der Kaiser die Thronrede, als deren Hauptpunkte hervortraten die Versicherung, daß die Sozialreform fortgeführt werden solle, daß der Kaiser Frieden halten wolle mit jedem, soviel an ihm liege, und daß er an dem Bündnis mit Österreich als einem Vermächtnis der deutschen Geschichte, einem Stück des bis 1866 herkömmlichen

Digitized by Google

Völkerrechts, in deutscher Treue festhalte. Je jünger der Kaiser noch war, desto enger schloß sich Deutschland um ihn zusammen, die Fürsten und eine durch die Tat erprobte patriotische Volksvertretung; der Eindruck dieses Tages war unvergeßlich.

Wilhelm I. hatte von seiner Jugend an, wo er 1814 als 17jähriger mit den Russen nach Frankreich hineingeritten war, die Freundschaft mit dem Zarenhof und Zarenreich als unverbrüchliches Erbe aus großer Zeit betrachtet (vgl. S. 91. 161 f.); auf dem Sterbebette hatte er, da der Sohn es nicht vermögen würde, dem Enkel die Pflege dieser Freundschaft ans Herz gelegt. So galt der erste Besuch des jungen Herrschers dem Zaren Alexander III. Es war bezeichnend für die Wertschätzung, welche Wilhelm II. der Flotte von Anbeginn an entgegenbrachte, daß er sie bei seinen Ansprachen an sein Volk besonders erwähnte und daß er jetzt die Fahrt nach St. Petersburg nicht zu Lande unternahm, sondern zur See, an der Spitze eines Geschwaders von elf Kriegsschiffen. Auf der Rückfahrt berührte der Kaiser Stockholm und Kopenhagen; er erfüllte damit die Pflicht guter Nachbarschaft, ward aber vom dänischen Pöbel mit Pfeifen begrüßt, was ihn nicht abhielt, auch ferner nach Herstellung eines guten Verhältnisses mit Dänemark zu streben, schließlich mit einigem Erfolg. Im September und Oktober stattete er dann den süddeutschen Verbündeten, dem Kaiser Franz Joseph von Österreich und dem König Humbert von Italien Antrittsbesuche ab; auch bei dem Papst Leo XIII. im Vatikan erschien er, soll aber dem Versuch des Papstes, von der „römischen Frage" zu sprechen, ausgewichen sein.

Nicht lange nachdem Kaiser Friedrich gestorben war, veröffentlichte der oben (S. 220) genannte Professor Dr. Geffcken Ende September im Oktoberheft der „deutschen Rundschau" 1888 das Tagebuch, das der Kaiser als Kronprinz Friedrich Wilhelm im Jahre 1870 geführt hatte. Aus diesem ging hervor, daß bei der Gründung des Reichs große Reibungen und Schwierigkeiten zu überwinden gewesen waren, wobei der Kronprinz die Widerspenstigkeit namentlich der Bayern durch „gebieterisches Auftreten" hatte brechen wollen; ebenso ergab sich, daß der Kronprinz den Kaisertitel lebhaft befürwortet und ihn gewissermaßen seinem Vater (und

Digitized by Google

nach dem Tagebuch auch Bismarck) aufgenötigt hatte. Das Tagebuch war zweifellos echt, und Bismarck hat es, wie er zu seinem journalistischen Vertrauten Moritz Busch (s. dessen „Tagebuchblätter" [Leipzig 1899] 3, 243) sagte, selbst dafür gehalten; doch machte er einen Unterschied, indem er annahm, daß der Kronprinz in das „ursprüngliche" Tagebuch die militärischen Begebenheiten sofort, Tag für Tag, eingetragen habe, während die jetzt im Tagebuch stehenden politischen Betrachtungen von ihm später eingefügt worden seien. Diese politischen Betrachtungen sah Bismarck nach derselben Quelle (3, 268) nicht für die eigentlichen Gedanken des Kronprinzen an, sondern für Ansichten seiner Umgebung (v. Roggenbach, Geffcken), welche der Prinz diesen Männern nachschrieb. Bismarck erstattete dem Kaiser am 23. September 1888 einen (auf des Kaisers Befehl sofort veröffentlichten) Immediatbericht, worin er bat, daß gegen Geffcken und den Verleger der deutschen Rundschau, Pätel, eingeschritten werde, da das Tagebuch, wenn echt, Staatsgeheimnisse in strafbarer Weise veröffentlicht habe; wenn es unecht sei, was Bismarck aus politischen Gründen als seine Ansicht hinstellen zu müssen glaubte, so enthalte es Verleumdungen gegen die Kaiser Wilhelm I. und Friedrich. Offenbar wollte Bismarck im Reichsinteresse es nicht Wort haben, daß dem Kronprinzen ein gewalttätiges und wenig bundesfreundliches Verhalten gegen die Bayern, welche 1870 doch treu und tapfer mit gegen die Franzosen gefochten hatten, nachgesagt werden könne; damit mußte nur den Preußenfressern in Bayern Wasser auf ihre Mühle geleitet werden. Der Immediatbericht gab trotz dieser sehr klugen und das deutsche Interesse wie das Andenken des Kronprinzen schützenden Tendenz dadurch schweren Anstoß, daß Bismarck darin bestritt, daß der Kronprinz in die intimeren Vorgänge eingeweiht gewesen sei; der König Wilhelm I. habe gefürchtet, daß dadurch Indiskretionen an den mit französischen Sympathien erfüllten englischen Hof verursacht werden könnten. Diese Indiskretionen konnten natürlich nur dadurch entstehen, daß der Kronprinz seiner Frau Staatsgeheimnisse mitteilte und diese sie nach London weitergab (S. 218). Durch diese Enthüllung wurde auf den Kronprinzen ein sehr ungünstiges Licht geworfen, das seinem Andenken mehr schadete als die An-

Digitized by Google

gabe des Tagebuchs von seinem Verhalten gegen Bayern. Weshalb Bismarck diesen Umstand der Öffentlichkeit mitteilte, können wir nicht sagen; noch weniger, aus welchen Gründen hat behauptet werden können (Tägliche Rundschau 25. November 1906), der Immediatbericht sei gar nicht von Bismarck verfaßt. Der Kaiser erteilte die Erlaubnis zur gerichtlichen Verfolgung der Angelegenheit; Geffcken, der schon 1878 als konservativer Kandidat zum Reichstag in dem schwäbischen Wahlkreis Heilbronn Bismarck in einer Flugschrift („Der zweite Juni und die Reichstagswahlen") scharf angegriffen hatte, wurde verhaftet und vor Gericht gestellt, aber am 4. Januar 1889 vom ersten Strafsenat des Reichsgerichts freigesprochen.

Von sonstigen Ereignissen der Jahre 1888 und 1889 ist zu erwähnen der Aufstand, den die arabischen Sklavenjäger in Deutsch-Ostafrika unter der Führung Buschiris im Sommer 1888 erregten, weil sie voraussahen, daß ihnen das Handwerk durch die deutsche Herrschaft würde gelegt werden (vgl. S. 203); die Annahme des Alters- und Invaliditätsgesetzes durch den Reichstag am 24. Mai 1889 (vgl. S. 185) und das durch Kulturkampf, Preußenhaß und Abneigung gegen alles Liberale geförderte Anwachsen der ultramontanen Strömung in Bayern, wo die Bischöfe auf einer Zusammenkunft in Freising verlangten, daß jeden Tag eine Messe für die Schüler abgehalten, die Mittelschulen (Gymnasien) konfessionell getrennt und das placetum regium (die kgl. Genehmigung) für die Verkündigung religiöser Erlasse der Bischöfe aufgehoben werde. Das liberal und national gesinnte Ministerium Lutz (S. 21) lehnte zwar alle drei Forderungen, nach eingeholter Meinung des Prinzregenten Luitpold, ab, gestand aber dafür anderes zu, wie das Eintreten Bayerns für die Befreiung der Studenten der katholischen Theologie von der Ableistung der Wehrpflicht (was dann im Bundesrat und Reichstag durchging), die Einführung einer Prüfung in Religion in der Reifeprüfung, die Einholung bischöflicher Gutachten über die Religionsschulbücher und endlich, am 15. März 1890, die Verfügung, daß die Altkatholiken, weil sie das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Marias leugneten, nicht mehr als Katholiken, sondern als eine neue Sekte und als

Digitized by Google

ein bloßer Privatverein anzusehen seien. Das genannte Dogma von 1854 von Pius IX. verkündigt und von der bayerischen Regierung nicht angenommen, vielmehr zunächst beanstandet worden; erst allmählich hatte man es stillschweigend Wurzel fassen lassen. Der wahre Grund der Verfügung vom 15. März war natürlich, daß die Altkatholiken als Gegner eines anderen Dogmas, desjenigen von der Unfehlbarkeit, den Ultramontanen tödlich verhaßt waren und nun diesem Haß geopfert wurden. Die Tage der Herrschaft des Zentrums in Bayern, und nicht nur in Bayern, zogen herauf.

Gegen das Ende des Jahres wurde seitens der Regierungen vom Reichstag verlangt, daß das sog. Sozialistengesetz (das 1880, 1884, 1886 und 1888 immer wieder verlängert worden war, einmal auf 4, dreimal auf 2 Jahre) aus einem Gesetz auf Zeit in ein solches mit unbegrenzter Dauer verwandelt werde. Dies scheiterte aber daran, daß die Nationalliberalen und Freikonservativen zwar das Gesetz dauernd machen wollten, aber die Abschaffung des Paragraphen verlangten, durch den der Polizei die Ausweisung sozialdemokratischer Wühler aus dem Ort ihrer Tätigkeit gestattet wurde; man sah darin die Verletzung eines Grundrechts jedes deutschen Bürgers, das der Freizügigkeit. Die Konservativen aber wollten auf diesen Paragraphen nicht verzichten und stimmten, als Bismarck die von ihnen zur Bedingung ihres Ja gemachte Erklärung, daß die verbündeten Regierungen das Gesetz auch ohne jenen Paragraphen annehmen würden, nicht abgab, sondern sich in Schweigen hüllte, schließlich mit der Linken und der Mehrheit des Zentrums gegen das ihrer Ansicht nach verstümmelte Gesetz, so daß es am 25. Januar 1890 mit 169 gegen 98 Stimmen verworfen wurde; am 30. September 1890 trat es außer Kraft. Über Bismarcks Beweggründe bei seinem Schweigen ist nichts Sicheres bekannt geworden; Vermutungen, daß er durch den Wegfall des Gesetzes und das zu erwartende Wachstum der Sozialdemokratie eine scharf konservative Reaktion hervorzurufen gehofft habe, lassen wir auf sich beruhen. Da der Reichstag am Ende seiner gesetzlichen Lebensdauer angelangt war, so wurde er nun aufgelöst und die Neuwahlen auf den 20. Februar ausgeschrieben.

In den Wahlkampf, der sofort mit großer Heftigkeit ent-

Digitized by Google

brannte, glaubte der Kaiser dadurch erfolgreich eingreifen zu können, daß er über seine Bereitwilligkeit zur Fortführung der Sozialreform keinen Zweifel bestehen lasse und so der sich mächtig erhebenden Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehme. Aus dieser Erwägung heraus richtete er am 4. Februar 1890 einen Erlaß an Bismarck, durch den er dem Kanzler befahl, mit England, Frankreich, Belgien und der Schweiz über eine internationale Abkunft zum Zweck der Besserung der Arbeiterverhältnisse zu verhandeln und, sobald die Zustimmung der fremden Staaten erlangt sei, die Einladungen zu einer darüber in Berlin zu haltenden Konferenz an alle an der Arbeiterfrage gleichen Anteil nehmenden Regierungen ergehen zu lassen; darunter waren außer den vier genannten Staaten Österreich-Ungarn, Italien, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen verstanden. Ein zweiter Erlaß vom gleichen Tag war an den neuen, am 1. Februar 1890 an Bismarcks Statt (S. 186) ernannten Minister für Handel und Gewerbe, Freiherrn v. Berlepsch (1890—1896) und an den Minister für öffentliche Arbeiten Maybach gerichtet und enthielt den Befehl, die Gewerbeordnung sachgemäß zu verbessern, um den Klagen der Arbeiter auf diesem Gebiet abzuhelfen. Zeit, Dauer und Art der Arbeit sollten demnach derart geregelt werden, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt blieben. Zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern seien Formen zu schaffen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besäßen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber den Arbeitgebern und der Regierung befähigt würden; durch eine solche Einrichtung sollten die Arbeiter instand gesetzt werden, ihre Wünsche und Beschwerden friedlich zum Ausdruck zu bringen, und die Regierung sollte die Möglichkeit haben, sich fortlaufend über die Verhältnisse der Arbeiter zu unterrichten. Endlich sollten die staatlichen Bergwerke, was Arbeiterfürsorge betrifft, durch die staatlichen Bergbeamten zu Musteranstalten entwickelt werden, und der Privatbergbau sollte durch die staatlichen Organe in der Weise beaufsichtigt werden, wie dies bei den Fabriken

Digitized by Google

durch die Fabrikinspektion geschehe. Zur Vorberatung aller dieser Fragen sollte der Staatsrat unter Vorsitz des Kaisers zusammentreten.

Diese auffallenderweise von keinem Minister gegengezeichneten Erlasse sind jedenfalls für die damalige sozialpolitische Denkweise des Kaisers sehr lehrreich und wurden von allen entschiedenen Sozialpolitikern mit großem Beifall begrüßt; noch heute werden sie oft genug als leuchtendes Muster sozialpolitischer Reformgesinnung gepriesen. Bismarck hat sich nicht grundsätzlich ablehnend gegen die Erlasse verhalten; er hat sich schon am 9. Mai 1885 im Reichstag dahin ausgesprochen — woran er in der „norddeutschen allgemeinen Zeitung" noch am 20. März 1890 erinnern ließ — daß die Sonntagsruhe „in hohem Grade wünschenswert, ein glänzendes Ziel sei", daß sie auch auf dem Lande allgemein bestehe und selbst von den städtischen Arbeitern nur ein geringer Teil bedauerlicherweise sie nicht habe. Aber allerdings hat er, praktisch wie er war, die damals von der Rechten und dem Zentrum aus religiösen und menschlichen Erwägungen energisch geforderte Sonntagsruhe deshalb beanstandet, weil entweder der Arbeiter auf ein Siebentel seines Lohnes verzichten oder die Industrie den Ausfall tragen müßte, was beides auf Schwierigkeiten stoßen werde; für wichtiger als die unbedingte Sonntagsruhe hielt er „die billig und schonend bemessene Dauer des Arbeitstags". Ein Normalarbeitstag aber setzte nach seiner Darlegung vom 15. Januar 1885 einmal den Normallohn voraus, wenn nicht mit der Arbeitsdauer der Lohn sinken solle, und dann ein „Abkommen mit der ganzen Welt", das ihm unmöglich schien. Daran hat die Erzählung angeknüpft, welche die „Aargauer Nachrichten" im April 1904 aus zweiter oder dritter Hand verbreiteten, daß nach einer angeblichen Mitteilung des eben damals verstorbenen früheren schweizerischen Gesandten in Berlin, Dr. Arnold Roth, Bismarck versucht haben soll, der im ersten Erlaß verlangten Berliner Arbeiterschutzkonferenz dadurch ein Bein zu stellen, daß gleichzeitig der schweizerische Bundesrat einen vorher von ihm gehegten Gedanken festhalte und eine internationale Konferenz für Arbeiterschutz nach Bern einberufe, ohne sich um die beabsichtigte Berliner Konferenz zu kümmern. Dem gegenüber hat der er-

Digitized by Google

wähnte Artikel der norddeutschen allgemeinen Zeitung ausdrücklich betont, daß Bismarck den Zusammentritt der Konferenz beim Kaiser in Antrag gebracht habe. Wir kommen somit zu dem Ergebnis: Bismarck hat sich vom Kaiser nicht sowohl im Grundsatz sozialer Reform unterschieden, als in der Frage des praktischen Ausmaßes dieser Reform und im Tempo, und von einer internationalen Konferenz erwartete er eben eine aufklärende und den ungestümen Eifer des Kaisers mäßigende Wirkung.

Den Einfluß auf die Reichstagswahlen, den die Erlasse hätten üben sollen, haben sie nicht hervorgebracht, wohl aber einen ganz anderen: die Sozialdemokratie verwies darauf, daß der Kaiser selbst ihren Forderungen geneigt sei (es wurde sogar der sozialistische Bergarbeiter Schröder arglos vom Kaiser empfangen), und sie folgerte daraus, daß eine massenhafte Stimmabgabe zu ihren Gunsten die politische Lage noch mehr zum Vorteil der Arbeiter wenden müsse; gut sozialdemokratisch und gut kaiserlich schien damals vielen naiven Leuten fast ein und dasselbe. So verloren die drei Kartellparteien vom Jahre 1887, welche stets scharf antisozialistisch gewesen waren, nunmehr am 20. Februar 1890 83 Sitze: von ursprünglich 223 Mann sanken sie auf 140 herab (73 Konservative, 20 von der Reichspartei, 5 Antisemiten, 42 Nationalliberale; diese, vorher 99, büßten allein 57 Wahlkreise ein). Die Opposition wuchs auf 255 Mann (106 vom Zentrum, 16 Polen, 10 elsässische Klerikale, 11 Welfen, 66 Deutschfreisinnige, 10 von der deutschen Volkspartei, 35 Sozialdemokraten, 1 Däne); Wilde waren es 2. Für das Kartell wurden nur $2^1/_2$ Millionen Stimmen abgegeben, für seine Gegner $4^1/_2$ Millionen.

Zweifellos richtete sich der Wahlsieg der Opposition gegen den Reichskanzler Fürst Bismarck selbst, dessen parlamentarische Stützen durch diesen Wahlausfall zerbrochen wurden. Die Frage war, wie er und sein kaiserlicher Herr sich dazu stellen würden, ob man den hingeworfenen Handschuh aufnehmen oder mit der neuen Mehrheit sich einrichten würde. Die Antwort ward gegeben durch Bismarcks Sturz, der den Wahlen fast auf dem Fuße folgte; vier Wochen nachher war er nicht mehr im Amt.

Wie ist diese folgenschwere Wendung erfolgt?

Digitized by Google

Als Wilhelm II. den Thron bestieg und Bismarcks fernere Dienste in den anerkennendsten Ausdrücken in Anspruch nahm (S. 228), glaubten viele, daß die beiden ähnlich fest verbunden sein würden, wie Wilhelm I. und Bismarck dies in einzigartiger Weise gewesen waren, und daß erst der unerbittliche Lauf der Natur Bismarck das Steuerruder des Reichs aus der Hand nehmen werde. Diese Hoffnung ward noch am 1. November 1889 durch ein gnädiges Telegramm bestärkt, welches der Kaiser nach der Fahrt durch die Dardanellen an Bismarck sandte, als er mit seiner Gemahlin den Sultan Abdul Hamid besuchte, und noch am 1. Januar 1890 sprach er in einem Glückwunschschreiben zum neuen Jahr seine Befriedigung über das Zustandekommen des Alters- und Invaliditätsgesetzes aus, an dem Bismarcks aufopfernder und schaffensfreudiger Tätigkeit ein großer Anteil gebühre; „ich bitte Gott," schloß der Kaiser, „er möge mir in meinem schweren, verantwortungsvollen Herrscherberuf Ihren treuen, erprobten Rat noch viele Jahre erhalten". 79 Tage später war Bismarck entlassen — warum?

Nicht deswegen, weil er die kaiserliche Sozialpolitik nicht hätte mitmachen wollen; diese öfters geäußerte Ansicht haben wir oben (S. 235) richtig gestellt, und auch der Großherzog von Baden hat ausdrücklich gesagt, daß die Meinungsverschiedenheit über die soziale Gesetzgebung und anderes nebensächlich gewesen sei*) (s. Hohenlohes Denkwürdigkeiten 2, 465). Wohl aber läßt sich nicht verkennen, daß der Unterschied des Alters und des Temperaments beider ein Zusammenarbeiten auf die Dauer sehr erschwerte: hier ein Mann von 31 Jahren, dort einer von 75; hier eine rasch dreinfahrende, stürmische Art, dort, bei aller gärenden Kraft des Genius, ein sorgsames Überlegen der Folgen jeder einzelnen Handlung. Zweifellos sind auch allerlei Kräfte insgeheim emsig an der Arbeit ge-

*) Wenn Bismarck nach des Großherzogs Angabe (ebenda S. 467) gegen diesen selbst geäußert hat, des Großherzogs Befürwortung der Arbeiterschutzgesetzgebung habe zum Bruch zwischen ihm und dem Kaiser beigetragen, so scheint diese Äußerung im Unmut gefallen zu sein, trifft aber sicher nicht den Angelpunkt der Situation.

Digitized by Google

weſen, um die beiden zu entzweien, jeden ſich etwa öffnenden Spalt zu einer unüberbrückbaren Kluft zu erweitern und zu vertiefen. Die Partei, welche ſich um die orthodoxen und ultrakonſervativen Führer ſcharte, um den Hofprediger Stöcker und den erſten Redakteur der Kreuzzeitung Freiherrn v. Hammerſtein, ſah in Bismarck ein Hindernis ihrer Pläne, da er von den Liberalen nicht weit genug abrückte; er war gegen die antiſemitiſche Agitation und entſchied im September 1888 die Berufung des liberalen proteſtantiſchen Theologen Harnack von Marburg an die Univerſität Berlin. Am 14. Auguſt 1888 ſchon ſchrieb Stöcker an den Freiherrn v. Hammerſtein einen Brief, worin er es als notwendig bezeichnete, „beim Kaiſer den Eindruck zu erwecken, daß er von Bismarck nicht gut beraten ſei; man muß rings um das Kartell (auf das Bismarck ſich ſtützte) Scheiterhaufen anzünden, den herrſchenden Optimismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten“ (ſog. Scheiterhaufenbrief). Es iſt ſehr wohl möglich, daß von ſolcher, aber auch von anderer Seite der Kaiſer gegen Bismarck eingenommen wurde; man ſagte dem Kanzler nach, er habe ſich gegenüber auswärtigen Diplomaten reſpektwidrig über den Kaiſer geäußert, und vergiftete ſo die Seele des Monarchen. Bismarck ſelbſt hat dies entſchieden beſtritten; er würde ſich, ſagte er, ja ſelbſt durch ſolche Äußerungen ſeine Stellung erſchwert haben; wenn er vielleicht geſagt habe, der Kaiſer ſei von der Art, daß er alle Tage Geburtstag feiern wolle, ſo ſei aus ſolchen Äußerungen ihm doch kein Verbrechen zu machen; „Geſchichtenträger ſind Mördern zu vergleichen“. Wie die äußerſte Rechte gegen ihn arbeitete, ſo die liberalen Elemente in der Nähe des Kaiſers, an ihrer Spitze der Großherzog Friedrich von Baden, der ſehr mit Unrecht, wie wir nun aus Chlodwigs von Hohenlohe Denkwürdigkeiten alle wiſſen, als ein bis ans Ende zuverläſſiger Gönner und Freund Bismarcks angeſehen worden iſt. Bewußt oder unbewußt hat damit der Großherzog auch den engliſchen Einflüſſen gedient, welche in Bismarck den Hauptvertreter einer engen Freundſchaft zwiſchen Deutſchland und Rußland ſahen und durch ſeinen Sturz Deutſchland von dieſer Freundſchaft abzuziehen und es in engliſches Fahrwaſſer zu bringen hofften. Vor ein paar Jahren noch war es Bismarck gelungen, den Zaren

Digitized by Google

Alexander III., als dieser am 18. November 1887 von Kopenhagen über Berlin heimreiste, davon zu überzeugen, daß gewisse angebliche Schreiben des neuen Bulgarenfürsten Ferdinand von Koburg, welche Deutschland als dessen heimlichen Freund und Beschützer gegen Rußland erscheinen ließen, scham- und gewissenlose Fälschungen seien; er hatte den Zaren damals vermocht, den sog. Rückversicherungsvertrag mit dem deutschen Reich abzuschließen, durch den beide Reiche im Fall des Angriffs eines Dritten sich wohlwollende Neutralität gelobten (S. 164). Wohl verstanden im Fall des Angriffs eines Dritten: es ist Bismarck dieser Rückversicherungsvertrag als Treulosigkeit gegen Österreich ausgelegt worden, und in den Denkwürdigkeiten Hohenlohes findet sich (2, 465. 466) gar die Anschuldigung, Bismarck habe Österreich und die Tripelallianz aufgeben wollen, um sich mit Rußland zu verständigen; dieses habe Bulgarien besetzen wollen und dabei die Neutralität Deutschlands verlangt; Bismarck sei bereit gewesen, darauf einzugehen; der Kaiser aber habe erklärt, er wolle ein treuer Bundesgenosse Österreichs sein und dieses nicht im Stich lassen. Eine erschöpfende Prüfung dieser Anklagen wäre nur dem möglich, der Einblick in die geheimen Akten hätte; aber zweierlei steht fest: erstens, daß Bismarck, der 1876 erklärt hatte, daß Deutschland Österreich schlechterdings nicht an Rußland preisgeben könne (S. 126), und der noch am 25. Juni 1888 die Worte der kaiserlichen Thronrede: das Bündnis mit Österreich sei ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, vertreten hatte, 1889 und 1890 diesen Standpunkt unmöglich verleugnet haben kann, der von den Lebensinteressen Deutschlands jederzeit erfordert wird; zweitens, daß der Zweibund von 1879 Österreich nur für den Fall unsern Beistand, dann aber auch mit ganzer Macht, sichert, daß es von Rußland angegriffen wird. Niemals kann sich das deutsche Reich verpflichten, Österreich auch dann Heeresfolge zu leisten, wenn dieses seinerseits angreift; ein solches Versprechen könnte Österreich direkt zu gewagten Abenteuern verlocken und das deutsche Reich in die unwürdige Stellung eines abhängigen Gefolgsmannes bringen. Nein — Bismarck hielt fest am Bund mit Österreich zur Abwehr eines etwaigen russischen Angriffs; aber zu einem loyalen und gegen

Digitized by Google

Deutschland und Österreich friedlich sich stellenden Rußland wünschte er die seit 1762 bestehende Freundschaft zu erhalten, und als englische Schachbrettfigur gegen Rußland sollte das deutsche Reich nicht dienen, da dies seinen Interessen widersprochen hätte. So erschien er den Londoner Diplomaten als ein Gegner ihrer Bestrebungen, und es wird nicht zu bezweifeln sein, daß, was England irgend in Berlin vermochte, gegen Bismarck ausgespielt worden ist. In dieser Richtung scheint der Kaiser dahin bearbeitet worden zu sein, daß der Immediatbericht in der Geffckenschen Sache (S. 230), den der Kaiser 1888 doch gebilligt und dessen Bekanntgabe er selbst befohlen hatte, als Beweis dafür verwendet wurde, daß Bismarck des Kaisers Vater und Mutter (als schlechte Deutsche und Ausplauderer deutscher Staatsgeheimnisse nach London) verächtlich gemacht habe. Weiterhin wurde der Kanzler beschuldigt, daß er dem Kaiser nicht alles mitteile, was dieser zu erfahren ein Recht habe, daß er also den Kaiser geringschätzig behandle. Hierüber weiter unten noch ein Wort (S. 245).

Wenn wir nun die wahren Gründe erforschen wollen, aus denen Bismarcks Sturz erfolgte, so ist an erster Stelle ohne Frage der Umstand zu nennen, daß Kaiser Wilhelm II. von Haus aus eine viel zu selbständige und eigenwillige Natur war, um sich auf die Dauer einem Ratgeber von Bismarcks wuchtiger Größe und Genialität anzubequemen; er wollte sein eigener Reichskanzler sein und Wege weisen, nicht sich Wege weisen lassen; suprema lex regis voluntas! schrieb er später ins goldene Buch der Stadt München. Eine Zeitlang, soll er gleich bei seiner Thronbesteigung geäußert haben, wolle er den Alten noch verschnaufen lassen, dann aber die Zügel selbst an sich nehmen. Fragt man dann weiter nach den einzelnen Anlässen, an denen der in der Luft liegende Gegensatz sich entzündete, so haben wir hierüber eine Urkunde ersten Ranges, welche der Historiker bei dieser Sache immer vor allem andern zu Rate ziehen wird und muß: das von Bismarck am 18. März 1890 abgefaßte und am 19. dem Kaiser unterbreitete Abschiedsgesuch, das sein Sekretär Busch am Tag nach seinem Tod am 31. Juli 1898 im Berliner Lokalanzeiger veröffentlichte. Echt bismarckisch, wie es ist,

Digitized by Google

vom ersten bis zum letzten Wort und fest in sich geschlossen, scheint es die Möglichkeit, von der wohl andeutungsweise gesprochen wird, auszuschließen, daß noch ein weiteres, nicht veröffentlichtes Schriftstück Bismarcks über die Gründe seines Rücktritts vorhanden sei. Dazu kommen noch Angaben, die ich persönlich durch einen unbedingt zuverlässigen Mittelsmann, in letzter Instanz vom Fürsten selbst, habe; dann die wichtigen Mitteilungen des Fürsten Chlodwig Hohenlohe in seinen 1906 durch Friedrich Curtius veröffentlichten „Denkwürdigkeiten" (2, 462—69) und einzelne Berichte in den Hamburger Nachrichten, im hannöverschen Kurier und andern Blättern; Berichte, welche auf Bismarck selbst zurückgehen. Nach beiden genannten Blättern hat am 13. Oktober 1889 ein Gespräch zwischen dem Kaiser und dem Kanzler anläßlich einer Fahrt im kaiserlichen Wagen stattgefunden, wobei der Kaiser dem Kanzler mitteilte, daß er sich bei Zar Alexander III. zu Besuch nach dessen litauischem Jagdschloß Spala angesagt habe. Bismarck, der zuviel Entgegenkommen selbst gegen Rußland, mit dem er gute Beziehungen so sehr wünschte, für schädlich hielt, weil es nach der Art der Menschen leicht lästig und als Beweis von Schwäche empfunden wird, erhob Einwände, daß Spala nicht Raum genug für zwei Kaiser biete und der Zar also beengt werden könnte: seinen letzten Gedanken hielt er aus Respekt vor seinem kaiserlichen Herrn offenbar zurück. Der Kaiser, der sich beim Zaren schon angesagt hatte und nicht mehr gut zurückgehen konnte, war über Bismarcks Einsprache verstimmt, die er für vorlaut gehalten haben mag; es hat sich daraus die Erzählung entwickelt, welche die Hamburger Nachrichten ebenso bestimmt aufrecht erhielten, als der hannöversche Kurier, beide unter Berufung auf Bismarck selbst, sie bestritt: daß der Kaiser im Zorn den Wagen habe plötzlich unterwegs halten und Bismarck aussteigen lassen. Nach dem h. K. hielt der Wagen, als die Unterredung eben zu Ende ging, gerade am Reichskanzlerpalais, wo Bismarck den Wagen verlassen mußte. Ich kann diese Angabe bestätigen und aus meiner Kenntnis der Sache hinzufügen, daß der Kaiser ursprünglich Bismarck hatte ins Reichskanzlerpalais begleiten wollen; in der Verstimmung des Augenblicks verzichtete er darauf und ließ Bismarck allein aussteigen. Man sieht sofort,

Digitized by Google

wie daran die übertreibende Auffassung der H. N. sich ansetzen konnte. In Wahrheit haben beide Blätter einiges Recht zu ihrer Darstellung; aber der Kaiser ließ sich nicht zu einer solchen Rücksichtslosigkeit hinreißen, wie die H. N. sie ihm zuschrieben, wobei sofort der Bruch hätte erfolgen müssen, und die Szene verlief nicht so harmlos, wie der h. K. es darstellt. Daß Bismarck mehrfach Grund hatte, über ein Zuviel an Liebenswürdigkeit des Kaisers gegen die Russen besorgt zu sein, scheint unzweifelhaft. Bei der zurückhaltenden, unbeholfenen Art Alexanders III. erzielte dieses Zuviel den entgegengesetzten Eindruck, den es hervorbringen sollte, erregte Verdruß und Abneigung und zerstörte die Freundschaft beider, welche es hatte befestigen sollen. In diesem Moment griffen dann die erwähnten englischen und vielleicht auch österreichische Einflüsse ein.

Befragen wir nun Bismarcks Abschiedsgesuch, so sehen wir, daß es drei Punkte waren, die nicht ausgeglichen werden konnten: die Frage der Kabinettsorder vom 8. September 1852; des freien Verkehrs Bismarcks mit den Parteiführern; des Verhältnisses zu Rußland.

1. Die Kabinettsorder vom 8. September 1852. Diese war einst von Friedrich Wilhelm IV. erlassen worden und bestimmte, daß die einzelnen Minister nicht ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten Immediatberichte beim König einreichen und allerhöchste Anordnungen hervorrufen dürften. Solang der absolute Staat bestand, war kein Bedürfnis nach einem Ministerpräsidenten vorhanden, da der König selbst die Einheitlichkeit der Regierung verbürgte und eine Verantwortlichkeit der Minister gegen andere als gegen den König nicht bestand. Seit aber Preußen eine Verfassung hatte (seit 1850), wurde auch das Amt eines Ministerpräsidenten notwendig, dem die Aufgabe zufiel, für die Einheitlichkeit der ministeriellen Politik zu sorgen und das Maß von Verantwortung zu tragen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird. Das liegt so auf der Hand, daß weitere Worte hierüber nicht nötig sind; hat der Ministerpräsident nicht das Recht, seine Amtsgenossen zu kontrollieren und die Rosse des Wagens in einer Richtung zu lenken, so entsteht natürlich mini-

Digitized by Google

sterielle Anarchie und staatlicher Wirrwarr. Der Kaiser aber empfand dieses Vorrecht des Ministerpräsidenten als eine Beschränknng seiner eigenen Macht; er wollte mit jedem Minister direkt verkehren, jedem sofort direkt Weisung erteilen, ohne Zuratеziehung des Ministerpräsidenten, und er verlangte, wie es scheint am 4. März, daß Bismarck den Entwurf einer neuen Order vorlege, nach der die von 1852 außer Kraft gesetzt werden sollte. Das ganze Ministerium, dem Bismarck noch am 17. März die Sache vorlegte, war der Ansicht, daß ohne die Order der Ministerpräsident der zur Führung der Verantwortlichkeit nötigen Autorität entbehren würde. Die Order ist auch, nachdem sie ihren Dienst als Zwangsmittel zu Bismarcks Rücktritt getan hatte, nicht aufgehoben worden und steht heute noch in Kraft, weil sie gar nicht entbehrt werden kann.

2. Bismarcks Verkehr mit den Parteiführern. Bismarck hatte am 12. (nicht 14.) März auf einen ihm durch seinen Bankier v. Bleichröder übermittelten Wunsch Windthorsts diesen empfangen, der trotz seiner langjährigen Gegnerschaft und häufigen Zusammenstöße mit Bismarck doch auch manche große Entscheidung, so die über den Zolltarif von 1879 und schließlich über den Ausgleich im Kulturkampf, mit Bismarck zusammen gemacht hatte und jetzt nach der Darstellung, welche der Straßburger Professor Martin Spahn in seiner Schrift „Das Zentrum" 1907 auf Grund von Mitteilungen Windthorsts selbst gegeben hat, angesichts der Schwierigkeit der europäischen Lage „den Steuermann des letzten Menschenalters" am Bord unseres Staatsschiffs nicht missen wollte. Windthorst war nach dieser Darstellung bereit, Bismarck die Unterstützung des Zentrums anzubieten, welche er nach der Wahlniederlage der Kartellparteien zu bedürfen schien, und stellte dafür zwei Bedingungen: erstens Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, der mit der Möglichkeit der Ausweisung von Jesuiten aus ihrem Aufenthaltsort dem Gesetz besonders den gehässigen Ausnahmecharakter gebe; dann wollte er sich zufrieden geben und warten, bis Regierung und Volk sich von der Verfehltheit auch des § 1 (Verbot jesuitischer Niederlassungen) überzeugt hätten. Der zweite Punkt betraf das Volksschulwesen, worüber Windthorst Bestimmungen

Digitized by Google

etwa in der Art wünschte, wie sie 1892 dann durch den Kultminister Grafen v. Zedlitz und Trützschler in Vorschlag gebracht worden sind. Bei diesen Forderungen ging Windthorst davon aus, daß das Zentrum mit der Regierung sich über die Hauptfragen, welche ihm am Herzen lagen, endgültig vergleichen und nicht in die Lage kommen wolle, während es die Regierung im Reichstag unterstütze, mit ihr im Landtag kämpfen zu müssen. Was Bismarck auf diese Vorschläge geantwortet hat, wissen wir nicht; Windthorst hatte aber den Eindruck, daß er zu ihrer Prüfung geneigt sei, während Bismarck selbst am 16. April 1890 einer Abordnung des Zentralverbands deutscher Industrieller gesagt hat, die Forderungen Windthorsts seien „so unerhört gewesen, daß sie gar nicht ernst gemeint sein konnten". Bereits wußte Windthorst, daß sich eine Krisis entwickelt habe; er fürchtete, daß das Bekanntwerden seines Besuches Bismarck beim Kaiser schaden könne, und bat deshalb den Vorstand der Kanzlei des Reichskanzlers, Herrn v. Rottenburg, den Besuch geheim zu halten. Zu einem seiner Bekannten sagte er: „Ich komme vom Sterbelager eines großen Mannes." Er hatte durchaus richtig gesehen: als der Kaiser — ob durch den Staatssekretär v. Bötticher, wie Bismarck glaubte, läßt sich nicht sagen — von dieser Unterredung erfuhr, war er aufs äußerste entrüstet, daß er nicht davon in Kenntnis gesetzt worden sei, und stellte am 15. März an Bismarck, als dieser zum Vortrag*) erschien, die Forderung, deren genauen Wortlaut wir nicht kennen, deren Tragweite Bismarck aber in dem Abschiedsgesuch so umgrenzt: „Ew. Majestät geruhten mir am 15. März bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztere und der freien Bewegung in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstag und dessen Mitgliedern lassen, deren ich zur Übernahme

*) Das Wort „Vortrag" steht in Bismarcks Entlassungsgesuch. Horst Kohl, Reden Bismarcks S. 12, 677 spricht von einer „Unterredung, die am Morgen des 15. März in der Amtswohnung des Grafen Herbert Bismarck stattfand".

Digitized by Google

der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Tätigkeit bedarf." Der Kaiser hatte also dem Kanzler offenbar darüber Vorhalt gemacht, daß er, ohne vorher anzufragen, mit maßgebenden parlamentarischen Personen wie Windthorst verkehrte, und hatte ihm dies für die Zukunft untersagt. Es leuchtet ein, daß ein solches Verbot unbedingt unerträglich für jeden leitenden Staatsmann war und daß es überdies eine unnötige Schärfe enthielt. Welcher Staatsmann wird sich das Recht verschränken lassen, dann, wenn er es zur Führung der Geschäfte für notwendig oder förderlich ansieht, mit den Führern der Parteien sich ins Benehmen zu setzen? Der Souverän hat ja immer das letzte Wort zu sprechen; mißbilligt er das, was der Minister auf Grund seiner Besprechungen in Vorschlag bringt, so verwirft er es einfach, und wenn der Minister sich diesem Standpunkt nicht anbequemen kann oder will, so muß er zurücktreten. In der ganzen Forderung des Kaisers lag ein solches Mißtrauen, daß Bismarck nichts anderes übrig blieb als zu gehen.*)

3. Das Verhältnis zu Rußland. Nun war, wie wieder aus dem Abschiedsgesuch sich ergibt, vom Kaiser der Vorschlag gemacht worden, Bismarck solle auf seine Stellungen im preußischen Dienst (Minister des Auswärtigen und Ministerpräsident) verzichten und nur im Reichsdienst, als Reichskanzler, bleiben. Allein dagegen sprachen gewichtige Bedenken; namentlich erschien die Autorität des Reichskanzlers, wenn er des Rückhalts der preußischen Präsidentschaft entbehren sollte, sehr gefährdet, und die Führung der auswärtigen Geschäfte des Reichs ohne gleichzeitige Bekleidung des preußischen auswärtigen Amtes war undenkbar. So konnte Bismarck auf diesen Gedanken, „sich auf das Altenteil zurückzuziehen," an sich nicht eingehen; aber selbst wenn er den Versuch hätte machen wollen, so war ihm dies unmöglich gemacht,

*) Wenn erzählt wird, daß Bismarck dem Kaiser gesagt habe: „Ihre Macht endet am Salon meiner Frau", so ist das von den Hamburger Nachrichten schon deswegen als sicher unwahr bezeichnet worden, weil Bismarck Windthorsts Besuch unbedingt in seinem Amtszimmer empfing.

Digitized by Google

wie wieder das Abschiedsgesuch hervorhebt, „durch die jüngsten Entscheidungen Ew. Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Ew. Majestät gestern die Berichte des Konsuls in Kiew begleiteten.“ Nach persönlichen Mitteilungen, die ich von unbedingt unterrichteter Seite erhalten habe; nach einem Artikel, den Paul Liman anfangs November 1906 in den Leipziger neuesten Nachrichten veröffentlichte; endlich nach einem Bericht des Telegraphenbureaus Hirsch, der zur gleichen Zeit erschien und keinen Widerspruch fand, hatte der Konsul Raffauf in Kiew Berichte eingesandt, welche von großen Truppenanhäufungen Rußlands an der Grenze gegen Österreich meldeten. Da die sicheren Gelegenheiten zur Beförderung von Schriftstücken aus Kiew nach Berlin selten waren, so waren Raffaufs Berichte zum Teil veraltet, bis sie in Bismarcks Hand kamen; zum Teil hatten sie bloß militärisches Interesse; deshalb teilte Bismarck dem Kaiser nichts davon mit und gab nur die militärischen Bestandteile an den Generalstab weiter, der sie, wenn er es für angezeigt hielt, dem Kaiser unterbreiten konnte. Bismarck wollte nicht durch Berichte, welche er nicht mehr für zutreffend ansah, den Kaiser, dessen Gefühle für Zar Alexander III. und Rußland zur Zeit sehr abgekühlt waren, noch mehr gegen den Rückversicherungsvertrag (S. 164. 238) aufbringen, dessen dreijährige Dauer 1890 ablief und den er erneuert wünschte. Als der Kaiser nun — durch den Generalstab? — von den Berichten Kenntnis erhalten hatte, richtete er (am 17. März) an Bismarck folgendes Handschreiben: „Die Berichte lassen auf das klarste erkennen, daß die Russen in vollem strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten. Ich muß sehr bedauern, daß ich so wenig von den Kiewer Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf diese furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoje meinerseits nicht zu denken. Die Berichte sind vorzüglich. Wilhelm.“ Der Kaiser verlangte also von Bismarck, daß er Vorschläge mache, welche von der Überzeugung ausgingen, daß Rußland Krieg beginnen wolle; daß man

Digitized by Google

demgemäß Österreich alarmiere und den Russen mit militärischen Gegenmaßregeln antworte. Das mußte, wie die Dinge lagen, die Gegensätze bis zur Unversöhnlichkeit verschärfen. Bismarck teilte, wie er in Bemerkungen zu dem Handschreiben äußerte, jene Überzeugung nicht; er glaubte vielmehr nach wie vor an die friedlichen Absichten Alexanders III., und er sah die Kiewer Berichte für veraltet, die Nachrichten von russischen Truppenanhäufungen für nicht richtig oder doch übertrieben an; er wollte nicht Maßnahmen treffen, die einen Kriegsbrand erst recht entzünden mußten. Welche Berichte er dem Kaiser vorlegen sollte, darüber behielt er sich die Entscheidung vor; er wollte dies nur bei solchen tun, deren wahrscheinlichen Eindruck auf das erregbare Naturell des Kaisers er verantworten konnte. Der Tadel und das Mißtrauen, die sich in dem kaiserlichen Handschreiben aussprachen, kränkten ihn; eine Politik, welche einem Lande, das von Westen her beständig bedroht war, auch im Osten einen erbitterten Feind schaffen mußte, konnte er nicht verantworten: auch unter diesem Gesichtspunkt verschloß sich die Möglichkeit für ihn, länger im Amte zu bleiben.

So war die Lage der Dinge, und nun kam zu allem, was sich zwischen Kaiser und Kanzler auftürmte, noch der Ausfall der Reichstagswahlen hinzu. Ich weiß auf Grund zuverlässigster Kenntnis — was bisher der Öffentlichkeit unbekannt gewesen ist —, daß Bismarck am 25. Februar dem Kaiser über das Wahlergebnis Bericht erstattete und daß er dabei den Eindruck gewann, daß sein Rücktritt von dem Kaiser erwogen werde: er erklärte sich bereit, zu gehen, sobald ein tauglicher Nachfolger gefunden sei, etwa im Laufe des Sommers. Schließlich ward aber auf Wunsch des Kaisers doch vereinbart, daß Bismarck die Militärvorlage des Kriegsministers Verdy du Vernois (welche am 9. März im Staatsministerium gebilligt, aber nach dem 20. zurückgezogen ward) im Reichstag noch durchsetzen helfe; sein Rücktritt sollte nicht plötzlich erfolgen, was Bismarck um der Wirkung auf die Welt willen widerriet. Er machte den Kaiser überdies darauf aufmerksam, daß die beträchtliche Heeresverstärkung, um die es zunächst sich handelte, im Reichstag nicht leicht durchgehen werde; es werde eine oder es werden auch zwei Reichstagsauflösungen nötig werden; ja

Digitized by Google

alleräußerstenfalls müsse man die Bundesfürsten und die Oberhäupter der freien Städte nach Berlin einberufen und mit ihrem Einvernehmen die Reichsverfassung im Punkt des Wahlrechts, und wo es sonst vielleicht noch nötig sei, abändern. Jetzt sei so etwas noch möglich; er persönlich habe noch die Kraft und den erforderlichen Kredit dazu; später werde es unmöglich sein. Es schien, als ob der Kaiser für diesen Vorschlag gewonnen sei; als Bismarck erklärte: „Wenn wir die Sache überhaupt in die Hand nehmen, muß sie auch unter allen Umständen durchgefochten werden; es muß dann heißen: no surrender! keine Übergabe!“ stimmte der Kaiser zu: „Dann no surrender!“

Von diesem Vorgang hat offenbar Professor Dr. Hans Delbrück in Berlin Kenntnis gehabt, wenn er in zwei Aufsätzen in den preußischen Jahrbüchern Band 126 (1906) geäußert hat, daß nach Hohenlohes Denkwürdigkeiten (2, 469) und nach den ihm gewordenen Mitteilungen zweier Personen, die er indes nicht nennt, Bismarck im März 1890 die Absicht gehabt habe, einen Konflikt mit dem Reichstag hervorzurufen, um dann das allgemeine Wahlrecht (als mit dem Wohl des Reichs nach seiner Ansicht unvereinbar) aufzuheben. Delbrück sieht darin den erneuten Beweis der heroischen Größe, wie sie Bismarck eigen war, hält aber den Gedanken selbst für unheilvoll und erachtet deshalb Bismarcks Sturz als ein großes Glück für Deutschland. Delbrücks Behauptung ist damals fast allgemein von solchen Männern, die Bismarcks Andenken hochhielten und unterrichtet sein konnten (so von dem Bonner Kurator v. Rottenburg, dem früheren Vorstand der Reichskanzlei, S. 202), zurückgewiesen, aber von Bismarcks Todfeinden, den Sozialdemokraten und den alten Fortschrittlern, mit Hochgenuß aufgegriffen und zu seinem Unglimpf ausgeschlachtet worden. Nur Otto Kämmel hat in den Grenzboten (1907, 3. Januar) Delbrück beigestimmt und sich auf eine Unterredung berufen, die er am 30. Oktober 1892 in Varzin mit Bismarck hatte und worin dieser sagte, daß er 1890 so weit gegangen sein würde, den Sozialdemokraten das Wahlrecht zu entziehen, als ausgesprochenen Todfeinden des Staats, und der gemäßigt konservative Abgeordnete v. Helldorf-Bedra hat nach der Mitteilung Delbrücks im August-

Digitized by Google

heft der preußischen Jahrbücher von 1908 (Band 133, S. 361) vor den Septennatswahlen von 1887 Bismarck „in hoher Erregung und höchstem Ernst" sagen hören: „Ich will die letzten Jahre meines Lebens daran setzen, den schwersten Fehler wieder gutzumachen, den ich begangen habe," nämlich eben die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Ich kann mich der Ansicht Delbrücks nicht anschließen, vor allem, weil mein Gewährsmann über die Unterredung vom 25. Februar mir nichts derart gesagt hat, was er doch andernfalls sicher getan hätte; aufs bestimmteste ist mir auch von anderer kundiger Seite wieder und wieder versichert worden, daß der Konflikt von Bismarck nicht gesucht, also die Wahlrechtsbeschränkung nicht fest beschlossen, sondern nur als letztes Mittel ins Auge gefaßt war. Dann folgt aus einem von Bismarck 1887, angesichts eines im Ausgang ungewissen Wahlkampfes, vor dem Erfolg der Auflösung, ohne Zweifel in leidenschaftlicher Erregung getanen Ausspruch nicht, daß er 1890, ehe er das Mittel der Auflösung nochmals versucht hatte, das Wahlrecht ändern wollte, das ihm 1887 so glänzend recht gegeben hatte. Auch enthält die Stelle bei Hohenlohe (2, 468) nicht ein Wort von Staatsstreich und Wahlrechtsänderung; sie besagt nur, daß Bismarck entschlossen war, „den Reichstag aufzulösen (wenn er das Sozialistengesetz, s. unten, nicht annehme) und dann, wenn es zu Aufständen komme, energisch einzuschreiten". Nach meiner Kenntnis der Dinge stand die Sache nun folgendermaßen. Es handelte sich zunächst um eine Heeresvorlage, welche die Zahl der stehenden Truppen um reichlich 80 000 Mann erhöhen sollte *). Eine solche gewaltige Mehrbelastung darf man dem deutschen Volk nicht leichthin zumuten, sondern nur, wenn man überzeugt ist, daß es nicht anders geht.

*) Ob mit der bisherigen dreijährigen Dienstzeit oder mit der zweijährigen, wie 1892 vorgeschlagen wurde, ist nicht sicher zu sagen: die Einzelheiten der Vorlage standen damals — nach Caprivis Rede im Reichstag vom 23. November 1892 — noch nicht endgültig fest. Die ungeheuren Mehrkosten bei der dreijährigen Dienstzeit hätte (das muß man sich gesagt haben) kein Reichstag bewilligt, auch keiner des beschränktesten Wahlrechts.

Digitized by Google

Dann aber, das war unzweifelhaft Bismarcks feste Überzeugung, dürfen der Kaiser und seine Verbündeten vor einem Widerstand auch nicht zurückweichen; sonst fügen sie sich offenbar in eine Entscheidung, welche sie für unheilvoll halten, und gehen mit verletztem gutem Gewissen und schwer geschädigtem Ansehen aus dem Kampf hervor. Wird ein solcher Kampf überhaupt unternommen, so muß er siegreich enden; sonst verschlingt er mehr als bloß das Heeresbudget, um das zunächst gekämpft wird. Hier heißt es entweder — oder! Die weiße Fahne der Übergabe darf niemals hoch gehen. Zunächst versucht man es mit einer Reichstagsauflösung; sie hat 1878 und 1887 zu dem erwünschten Ziel geführt, und wenn es, wieder so geht, dann ist alles gut; dann ist der Beweis erbracht daß bei dem Anruf des Patriotismus die breiten Massen nicht versagen, und das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht steht fester als je. Gelingt es das erste Mal nicht, die rettende Überzeugung von der Notwendigkeit einer anderen Mehrheit ins Volk zu tragen, so ist die Sache eines zweiten Versuches wert; vielleicht geraten dann die zähen Massen in Fluß, und der Baum fällt auf den zweiten Hieb. Erst wenn auch dieser Versuch fehlschlagen sollte, dann muß man, da ein Zurückweichen jetzt vollends zur Katastrophe der monarchischen Autorität werden müßte, den Weg bis zum bitteren Ende gehen und das Mittel ergreifen, das nach Hohenlohes bestimmter Angabe (s. oben S. 180) als letztes und äußerstes schon im Oktober 1881 vor Bismarcks Seele stand: die Fürsten und freien Städte, die 1867 und 1870 das Reich errichtet und die Verfassung gegeben haben, die aber zur Einsicht gekommen sind, daß das Vaterland mit ihr nicht bestehen kann, sagen sich von dieser Verfassung los, ändern sie da ab, wo es sein muß, und ziehen sich entweder auf ein Zoll- und Kriegsbündnis ohne Reichstag zurück (daran dachte Bismarck 1881, freilich wohl mehr im Unmut als im vollen Ernst) oder sie vereinbaren die neue Verfassung mit einem auf anderer Grundlage gewählten Reichstag — alles wie 1867 und 1870, nur ohne das jetzt bestehende Wahlrecht. Das war nach meiner Ansicht Bismarcks Gedankengang. Keineswegs faßte er die Abänderung der Reichsverfassung sofort ins Auge; wenn immer

Digitized by Google

möglich, so blieb er in ihrem Rahmen. Wenn aber die Lage sich so zuspitzte,*) daß es hieß biegen oder brechen; daß der preußische König, der mit seinem Landtag alles nach Wunsch und Bedürfnis zum Wohl Preußens zustande bringen konnte, durch die Reichsverfassung an Händen und Füßen gebunden ruhig zusehen sollte, wie der Wagen dem Abgrund näher und näher rollte: dann war Bismarck entschlossen, seinem König zum Widerstand bis aufs Messer zu raten und den Enkel nicht zu verlassen, wie er 1862 sich jedem Schicksal trotzend neben dem Großvater aufgepflanzt hatte. Mit 75 Jahren war er derselbe bis in den Tod getreue Vasall, der er mit 47 Jahren gewesen war, und dem deutschen Volk brachte er das feste Vertrauen entgegen, „daß es, sobald es einsehe, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon freizumachen" (Gedanken und Erinnerungen 2, 58). „Das bestehende Wahlrecht": damit ist nicht gesagt, daß er an die Allgemeinheit, Gleichheit und Direktheit des Wahlrechts zu tasten für nötig hielt; denn an derselben Stelle, die doch nach 1890 entstanden ist, erklärt

*) Ein Rezensent meines Buches im literarischen Zentralblatt vom 11. Juli 1908, ein Herr Paul Müller (dem ich ebenda am 8. August geantwortet habe), und ebenso Delbrück sind der Ansicht, daß es Bismarcks staatsmännisches Geschick herabsetzen heiße, wenn ich annehme, er hätte nicht Mittel und Wege gefunden, die Heeresvorlage durchzusetzen, auch ohne daß es zum Äußersten, der Wahlrechtsänderung, kam. Ich weiß nicht, welches andere Mittel angesichts eines Reichstags, der Bismarck in grimmigem Haß und dem ganzen Regierungssystem in grundsätzlicher Opposition gegenüberstand, vorhanden war als Auflösung und Appell ans Volk. Mit den geschicktesten Verhandlungen kommt man doch nur da vorwärts, wo auf der Gegenseite Geneigtheit ist vorwärts zu kommen; wo die gegenteilige Stimmung obwaltet, heißt es kämpfen. Damit aber ist eben die Situation gegeben, von der ich oben rede: zurückweichen konnte man bei Mißerfolg des Appells nur, wenn die Monarchie die äußerste Demütigung auf sich nehmen wollte und bereit war propter vitam vivendi perdere causas. Delbrück, der für 1890 eine solche Notlage nicht anerkennt, hat sie für 1893 nachdrücklich behauptet, siehe preußische Jahrbücher 70, 770: „Die Vorlage muß durchgesetzt werden, und wenn es einen Staatsstreich kostet." Also!

Digitized by Google

Bismarck, der am 28. März 1867 das preußische Dreiklassenwahlrecht so schneidend verurteilt hatte („ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden"), „daß er das allgemeine Wahlrecht noch heute nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch für ein berechtigtes Prinzip halte", und er greift nur die (von ihm 1867 ursprünglich nicht vorgeschlagene und damals auch von Windthorst bekämpfte, schon von Cicero de legibus 3, 34 scharf als unsittlich getadelte) Heimlichkeit der Abstimmung an, die mit den besten Eigenschaften des germanischen Blutes in Widerspruch stehe und dazu diene, die großen Massen bei ihrer unentwickelten Einsicht von der Rhetorik geschickter und ehrgeiziger Führer einfangen zu lassen. Da er gegen die Allgemeinheit, Gleichheit und Direktheit des Wahlrechts nichts einwendet, so darf man folgern, daß er unter dem „allgemeinen Wahlrecht", das er für berechtigt erklärt, das gleiche und direkte mit begreift, und auch die von Bismarck entworfene Reichsverfassung versteht ja im Artikel 20 die „allgemeinen Wahlen" zweifellos in diesem Sinn. Das indirekte Wahlrecht war ihm von Preußen her höchst widerwärtig; er hat ihm in jener Rede im Reichstag vom 28. März 1867 die Wirkung „einer Fälschung der Wahlen, der Meinung der Nation" zugeschrieben.

Als Bismarck das Schloß am 25. Februar verließ, nahm er den Eindruck mit, als ob der Kaiser für das Programm gewonnen sei: Verbleiben Bismarcks im Amte; Durchsetzung der Militärvorlage selbst gegen den Widerstand des Parlaments und der Wähler; keinesfalls surrender! Aber bei dieser Stimmung, wenn sie überhaupt vorhanden war, blieb es jedenfalls nicht, und hier griff des Kaisers Oheim ein, der Großherzog Friedrich von Baden. In Übereinstimmung mit dem, was Hohenlohe in seinen Denkwürdigkeiten erzählt,*) ist mir gesagt worden, daß

*) Ich muß bemerken, daß nach mir gewordener dankenswerter Mitteilung in Karlsruhe Hohenlohes Bericht über den Anteil des Großherzogs an Bismarcks Sturz als unzutreffend, dem Andenken des Großherzogs nicht gerecht werdend angesehen wird. Nähere Kenntnis ist mir versagt; ich muß also einstweilen mich begnügen, von dieser Auffassung ausdrücklich hier Akt zu nehmen.

Digitized by Google

der Großherzog über die Aussicht auf einen neuen Militärkonflikt und auf eine am letzten Ende stehende, einseitig vorzunehmende Verfassungsänderung geradezu entsetzt war. Er war überzeugt, daß das nicht ohne die schwersten Verwickelungen ablaufen werde; es werde zu einem Aufstand des Volkes kommen; „dann wirst du wie dein Großvater der Kartätschenprinz heißen; du wirst im Blute deiner Untertanen waten müssen bis an die Knöchel.“ Man kann es durchaus bezweifeln, daß die Dinge diese tragische Wendung genommen hätten; es war völlig im Bereich der Möglichkeit, daß die Wahlen die ganze Krisis zu einer günstigen Lösung brachten; aber gewiß freilich war das nicht, und man kann es dem jungen Kaiser wohl nachfühlen, daß er bedenklich wurde. Nach den Denkwürdigkeiten Hohenlohes, die hier auf die direkte Erzählung des Kaisers selbst Bezug nehmen, hätte es sich aber nicht bloß darum gehandelt dem neuen Reichstag die Militärvorlage zugehen zu lassen, sondern auch das soeben vom alten Reichstag verworfene Sozialistengesetz mit dem Ausweisungsparagraphen (vgl. S. 232) sollte wieder eingebracht und dessen etwaige Ablehnung mit Auflösung beantwortet werden. Mein Gewährsmann hat mir von dieser Sache nicht gesprochen; ich kann sie weder bestreiten noch bestätigen. Wie wir aber wissen, lebte der Kaiser noch der Hoffnung durch seine beiden Erlasse die Arbeiterschaft für den Staat zu gewinnen und ohne Ausnahmegesetz auszukommen; sollte es nun so gehen, daß er, der nach seiner Äußerung „noch nichts geleistet hatte, damit anfing, daß er seine Untertanen totschießen ließ“? Wir wiederholen, dieser furchtbare Fall war noch nicht gegeben; er ließ sich vielleicht auch angesichts dieses zweiten Konfliktstoffes verhüten: aber man kann es begreifen, daß der Kaiser einen Weg nicht betreten wollte, an dessen Ende er den Straßenkampf und Bürgerkrieg stehen zu sehen glaubte, und man kann urteilen, daß er damit landesväterlich fühlte und handelte — so gewiß als andrerseits Bismarcks Gedankengang verständlich ist.

In diesem Moment sagte nach meinen Nachrichten der Großherzog, den Bismarck deshalb in bitterem Unmut „als den Mann des beständigen Nachgebens, als den deutschen Louis Philipp“ beurteilt

Digitized by Google

hat, etwas, was er wahrlich besser nicht gesagt hätte: er äußerte die Ansicht, daß der ganze Vorschlag des Kampfes mit dem neuen Reichstag „nichts als ein Trick des alten Bismarck sei, der den Kaiser und das Volk untereinander verhetzen wolle, um sich unentbehrlich zu machen". So ward die Vasallentreue des greisen Recken vergolten, daß ihm, nach einem unvergleichlich charaktervollen Leben und Wirken für Reich, Land und Kaiser, des Kaisers Oheim ärmliche Selbstsucht, Kleben am Ministersessel bis zum Rande des Grabes zutraute; mit bebender Entrüstung muß Bismarck das gehört haben, der den ganzen Vorschlag gewiß nicht um seinetwillen gemacht hatte. Und der Großherzog gab weiter als seine Ansicht kund (Hohenlohe 2, 467), daß es sich jetzt darum handle, ob die Dynastie Bismarck oder die Dynastie Hohenzollern regieren solle; der Kaiser dürfe schlechterdings nicht nachgeben; sonst verliere er alle Autorität. Welche Auffassung der Dinge! Wilhelm II., dessen bloßer Wille genügt hat, den größten und verdientesten Staatsmann unserer Geschichte ins Nichts hinabzuschleudern, soll in Gefahr gewesen sein, wie einst die Merowinger an die Karolinger, so an das Haus Bismarck seine Macht einzubüßen! Wo solche Verbitterung und Verkennung kundgegeben ward von einem hochstehenden Mann, der von jeher den Ruf eines ehrlichen Patrioten auf dem Fürstenthron genoß, und das mit gutem Recht, da war kein Ausgleich mehr möglich. In jener Zeit fiel des Kaisers Wort auf dem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtags am 5. März: „Ich gedenke nach Kräften mit meinem Pfunde zu wirtschaften; wer mir dabei helfen will, ist mir von Herzen willkommen; wer sich mir aber bei dieser Arbeit entgegenstellt, den zerschmettere ich!"

Die Dinge stellten sich schon am 28. Februar so dar, daß der Kaiser von seiner Ansicht vom 25. völlig zurückgekommen war; er fing an, Bismarck und seinen Vorschlägen gründlich zu mißtrauen. Gerade hier griffen nun die Wahlen vom 20. Februar und die Stichwahlen der nächsten Wochen nach meiner Ansicht entscheidend ein: indem sie eine Bismarck entgegengesetzte Mehrheit ergaben, schien es nur möglich ihn zu halten, wenn man dieser Mehrheit trotzte. War es aber notwendig, ihr zu trotzen? Es gab Ratgeber genug, die dem Kaiser zuraunten: diese Mehrheit

Digitized by Google

ist gar nicht so schlimm; man kann ganz wohl mit ihr leben; heute, sagte Bismarcks Nachfolger Caprivi später im Reichstage mit bewundernswerter Naivität, heute ist alles in Deutschland national! Es lohnte sich die Probe auf diese optimistische Ansicht zu machen; das kostete zudem gar nicht viel: man brauchte nur einen Mann über Bord zu werfen, und das Schiff entrann allen Klippen und steuerte leicht und sicher aufs friedliche Meer hinaus.

Und so ging denn der eine Mann über Bord.

Es begann „eine Politik der Nadelstiche" — so empfand es Bismarck —; erstlich am 9. März die Verleihung des schwarzen Adlerordens an den Staatssekretär des Innern v. Bötticher, den Bismarck — mit Recht oder Unrecht — als einen tückischen Gegner (S. 243) betrachtete, der, zu seiner Unterstützung 1880 ins Amt berufen und 1888 zum Vizepräsidenten des preußischen Ministeriums erhoben, nun an seinem Sturze arbeite. Die Sache ward für Bismarck dadurch noch ungemein verschärft, daß der Kaiser in seinem sehr warm gehaltenen Handschreiben ausdrücklich daran erinnerte, daß der 9. März der Todestag Kaiser Wilhelms I. sei, der die Sozialreform in die Hand genommen habe; die Sozialreform aber habe an Böttticher ihre Hauptstütze gefunden — an ihm, also nicht an Bismarck! Weiter erfolgte das Vorladen Bismarcks in früher Morgenstunde, ohne Rücksicht auf das Alter des Fürsten; endlich die Nichtbeantwortung von Schriftstücken und dergleichen Anzeichen tiefer Verstimmung. Aus ihr erklärte sich auch die herbe Beurteilung der Unterredung, welche Bismarck am 12. März mit Windthorst hatte (S. 242 f.). Schließlich nahm der Kaiser die Meinungsverschiedenheit über die Kabinettsorder vom 8. September 1852 zum letzten Anlaß des Bruches. Er forderte in der verhängnisvollen Audienz vom 15. März, daß Bismarck sie aufgebe und doch Ministerpräsident bleibe. Der 16. März verging in dumpfer Schwüle; am 17. morgens sandte der Kaiser den Chef des Militärkabinetts, General von Hahnke, und den geheimen Kabinettsrat Lucanus, Vorstand des Zivilkabinetts, zu dem Reichskanzler, um ihm die Wahl zu stellen, ob er sofort eine Order, welche die von 1852 außer Kraft setze, entwerfen oder seinen Abschied eingeben wolle. So war das Kampffeld dahin ver-

Digitized by Google

legt, wo Bismarck entweder seine führende Stellung im Ministerium mit eigener Hand zertrümmern oder charaktervoll aus seinen Ämtern scheiden mußte. Bismarck sollte um 2 Uhr beim Kaiser persönlich erscheinen, um den erwarteten Abschied sofort mündlich zu empfangen; er wollte aber ein Schriftstück hinterlassen, das noch in späteren Zeiten eine zuverlässige Quelle über seinen Standpunkt und dessen Gründe bilden sollte, und erbat sich deshalb die zur Abfassung des Schriftstücks nötige Zeit. Mittags um 3 Uhr berief er die Minister in seine Amtswohnung; alle stimmten ihm bei, daß die Kabinettsorder eine Notwendigkeit sei. Sie sollen dann in Böttichers Wohnung beraten haben, ob beim Kaiser Schritte zu einem Ausgleich getan werden könnten, aber vom Kaiser bedeutet worden sein, daß er ihres Rates in dieser Sache nicht bedürfe. So verfaßte Bismarck am 18. März sein (20 Schriftseiten füllendes) Abschiedsgesuch, auf dessen Inhalt wir unsere Darstellung der Gründe des Rücktritts aufgebaut haben und von dem also nur der Schluß noch nachzutragen ist. Er lautet: „Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des kgl. Hauses und an Ew. Maj. und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesamtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden; aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienste bliebe, kann ich nicht anders als Ew. Maj. alleruntertänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheit in Gnaden und mit der gesetzlichen Pension*) entlassen zu wollen ... Ich würde die Bitte ... schon vor Jahr und Tag Ew. Maj. unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Ew. Maj. erwünscht wäre, die Erfahrungen und Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Ew. Maj. derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein

*) Sie betrug nur 18000 Mark.

Digitized by Google

Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird. v. Bismarck."

Auf dieses Gesuch antwortete der Kaiser am 20. März mit der Genehmigung des Abschieds. „Mit tiefer Bewegung habe ich aus Ihrem Gesuche ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Ämtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben . . . Wenn ich genötigt bin, mich mit dem Gedanken Ihres Rücktritts vertraut zu machen, so tue ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten." Der Kaiser sprach dann davon, daß weitere Versuche, Bismarck zur Zurücknahme seines Antrages zu bestimmen, offenbar aussichtslos sein würden, pries es als eine der gnädigsten Fügungen seines Lebens, daß er bei seinem Regierungsantritt Bismarck als ersten Berater zur Seite gehabt habe, widmete seinen Verdiensten, besonders „seiner weisen und tatkräftigen Friedenspolitik", die er auch künftig zur Richtschnur seines Handelns machen werde, die wärmste Anerkennung und verlieh ihm als Zeichen seines unauslöschlichen Dankes die Würde eines Herzogs von Lauenburg. In einem zweiten Schreiben ernannte er ihn, der einst mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit die Reorganisation des Heeres gefördert und auch als Soldat seine Schuldigkeit getan habe, zum Generaloberſten der Kavallerie.

Die beiden Schreiben des Kaisers erwecken einen ganz andern Eindruck von den Vorgängen, welche zu Bismarcks Sturz geführt haben, als man ihn aus den Quellen, die bis jetzt erschlossen sind, empfangen muß. Die Schreiben lassen die Sache so erscheinen, als ob Bismarck es wäre, der seinen Rücktritt verlangt und alle Versuche ihn zu halten vereitelt; als ob der Kaiser ungern, tief betrübt und heißen Dankes voll das geschehen ließe, was er nicht hindern kann. Nach unseren Quellen liegt die Sache so, daß der Kaiser sich von seinem Ratgeber trennt, weil dieser seine amtliche Stellung nicht verkümmern lassen und unsere auswärtige Politik nicht in Gegensatz zu dem großen östlichen Nachbar setzen will, und weil

Digitized by Google

über die Behandlung der schweren Fragen der Heeresverstärkung und des Sozialistengesetzes die Ansichten des Souveräns und des Ministers unvereinbar sind. Von Versuchen, Bismarck zu halten, weiß unser bisheriger Quellenbestand nichts, wenn man nicht den Vorschlag, daß Bismarck sich auf das „Altenteil" des Reichskanzlers zurückziehen soll, dahin rechnen will. Die Stimmung des Kaisers war nach dem Schreiben die der Betrübnis, und am 22. März telegraphierte er an den Großherzog Karl Alexander von Weimar: „Mir ist so weh, als hätte ich noch einmal meinen Großvater verloren. Aber von Gott Bestimmtes ist zu tragen, auch wenn man darüber zugrunde gehen sollte. Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte; Volldampf voran!" Es ist wohl glaublich, daß mit der Befriedigung, welche der Kaiser darüber empfand, daß er nun sein eigener Reichskanzler sein konnte, auch das Gefühl sich mischte, daß er doch die Weisheit eines unvergleichlich reichen und mächtigen Geistes, die Erfahrung eines sieggekrönten Menschenlebens weggab; daß darüber ernste und schwere Stimmungen dies leicht erregbare und edlen Empfindungen offene Herz beschwerten, und daß er in seinem Abschiedsschreiben der Sache die Färbung gab, in der er sie von der Nachwelt gesehen wünschte, wie wenn er mit der Entlassung des Mannes, dem sein Haus fünf Landschaften und die deutsche Kaiserkrone dankte, einer unabwendbaren Notwendigkeit erlegen sei. Wieviel Wahrheit wieder in der Tat in dieser Fassung lag, ergibt unsere Erzählung von selbst. Bismarck selbst hatte nicht das Gefühl, daß eine dem Kaiser schmerzvolle Trennung sich vollziehe; der Berliner Boden brannte ihn unter den Füßen; ohne Grund, wie mir von einem hochstehenden Mann versichert worden ist, glaubten er und seine Familie, daß der zu seinem Nachfolger ernannte General Caprivi so sehr mit dem Einzug in das Palais des Reichskanzlers dränge, daß man sich kaum Zeit nahm, ordentlich zu packen; höchst wertvolle Gegenstände, wie eine vom König von Italien geschenkte Alabastervase aus einem Stück, ein von der Kaiserin von China gespendeter Elefantenzahn, den ein kunstreicher Meister des Reichs der Mitte in mehr als zwanzigjähriger Arbeit aufs reichste ziseliert hatte, wurden so

Digitized by Google

rasch eingepackt, daß ihr Untergang fast nur durch ein Wunder verhütet wurde. Als der Großherzog von Baden Bismarck einen Abschiedsbesuch machte, um ihm gnädig zu sagen, daß er sich der Zeit ihrer gemeinschaftlichen Arbeit für das Wohl Deutschlands stets mit Dankbarkeit erinnern werde, sagte ihm Bismarck ins Gesicht, daß er ja an seinem Abgang auch schuldig sei, und die Unterredung nahm ein peinliches Ende. Der Kaiser hatte ursprünglich die Absicht geäußert, Bismarcks ältesten Sohn, den damaligen Grafen Herbert, als Staatssekretär des Auswärtigen zu behalten; allein dieser, dessen Gesundheit durch viele Arbeit notorisch schwer erschüttert war, wollte unter so veränderten und schwieriger gewordenen Verhältnissen nicht weiter dienen und den Wechsel in der auswärtigen Politik, der bevorstand, nicht mitmachen; auch wollte er das Schicksal des Vaters teilen, an dem er mit rührender Liebe hing — ein schöneres Verhältnis zwischen Vater und Sohn weist die Geschichte nicht auf —, und wollte nicht durch sein Bleiben den Hergängen einen Stempel aufdrücken, der sie in unrichtigem Licht hätte erscheinen lassen; so trat am 26. März auch er zurück. Der zweite Sohn, Graf Wilhelm, blieb auf seinem Posten als Regierungspräsident in Hannover. Am 26. März wurde Bismarck vom Kaiser in einer Abschiedsaudienz empfangen, die, wie mir versichert wurde, sehr ruhig verlief; die Kaiserin war mit ihren Söhnen zugegen, dankte ihm für alles, was er auch für die Zukunft dieser Knaben getan habe, und überreichte ihm einen Rosenstrauß. Am 28. März fuhr der Kanzler noch einmal nach Charlottenburg hinaus und legte drei Rosen auf das Grab Wilhelms I., dessen allezeit treuer Diener gewesen zu sein sein höchster Stolz war. Am 29., einem Samstag, bei strahlendem Frühlingswetter, fuhr er mit seiner Gemahlin, seinen Söhnen, seiner Schwiegertochter und seinem Arzt Schweninger zur Bahn. Die Straßen waren mit Tausenden von deutschen Männern und Frauen besetzt, welche den Gründer unseres Reiches noch einmal sehen, ihm den letzten Dank zurufen wollten. Es war eine Haltung in diesen Massen, welche dem Berichterstatter der uns wenig geneigten „Times“ einen unauslöschlichen Eindruck hinterließ; alles ernst, von echter Rührung ergriffen, die im Auge blitzte, oft durch Tränen hindurch; von Pöbelgebaren keine Spur.

Digitized by Google

Ebenso von dankbaren Massen erfüllt war die Gegend am Hamburger Bahnhof; kaum konnte die vom Kaiser gesandte erste Schwadron der Gardekürassiere mit ihrer Standarte sich aufstellen; als sie das Lied blies: Ich bin ein Preuße; kennt ihr meine Farben? fiel die Menge brausend mit ein. Das ganze Ministerium, alle Vertreter der fremden Mächte, im Namen des Kaisers dessen Generaladjutant v. Wittich, der Prinz Max von Baden, als einziger Sproß aus fürstlichem Haus — es soll ihm unvergessen sein — waren zugegen. Der Wartesaal war in einen Blumenhain verwandelt; inmitten von Veilchen bemerkte man einen schwarzumflorten Erdball. Während der Zug vorfuhr, sang die Menge „Die Wacht am Rhein" und „Deutschland, Deutschland über alles": man drängte sich an den Wagen, um noch einen Händedruck, einen Blick zu erhaschen; unter vieltausendstimmigen Rufen: Auf Wiedersehen! fuhr der Zug aus der Halle. Indem er den Blicken entschwand, ging das Gefühl durch die Massen, daß der treue Eckart unseres Reiches, der es in übermenschlichem Ringen mit inneren und äußeren Gegnern sieghaft und friedereich geschaffen hatte, von seiner Seite weggedrängt sei, ob für kurz, ob für lange, ob für immer — wer wollte es ermessen? Wohl weilte er noch unter den Lebenden, noch sah er mit hellem, sorgendem Auge auf das Vaterland; aber die es nunmehr leiteten, suchten dessen Wohl auf anderen Wegen als auf denen, welche das Reich seit zwanzig Jahren geführt worden war. Das Zeitalter Bismarcks war vorüber; was das zu bedeuten hatte, dessen sollte man erst allmählich inne werden.

Digitized by Google

Zweites Buch

Die nachbismarckische Zeit: Verschiebung der Machtverhältnisse in Europa

Erstes Kapitel

Deutschland von 1890—1894 · Reichskanzlerschaft Caprivis

Der neue Reichskanzler, auf den Kaiser Wilhelm II. schon vor Wochen sein Augenmerk gerichtet hatte, war Leo Caprivi de Caprara de Montecuccoli, am 24. Februar 1831 zu Charlottenburg geboren (gest. 1899), 1866 und 1870 im Felde wohl bewährt, im zweiten Feldzug Chef des Generalstabs des 10. Korps, 1883 bis 1888 Chef der Admiralität, als welcher er organisatorische Bestimmungen für die Marine verfaßte. Sein Rücktritt von der Admiralität wurde damit in Zusammenhang gebracht, daß er die sich ankündigenden neuen Ziele der Flotte nicht vertreten wollte; er übernahm dann das Kommando des 10. Korps in Hannover und folgte von hier aus des Kaisers Ruf, der ihn an die Spitze der Reichsverwaltung und des preußischen Ministeriums stellte. Caprivi ist von Bismarck (Gedanken und Erinnerungen 2, 152) als ein alter Gegner angesehen worden, der seinerzeit mit der „Reichsglocke" (S. 31) Beziehungen gehabt habe; Caprivi selbst hat das entschieden bestritten, und die Geradheit seines Charakters läßt es wahrscheinlich erscheinen, daß Bismarck irrtümlich berichtet

Digitized by Google

war. Einige erzählen, daß Caprivi, solange Bismarck noch, schon entlassen, in Berlin weilte, wiederholt seinen Rat nachgesucht habe; es ist mir gegenüber das jedoch von eingeweihter Seite entschieden bestritten worden. Am 15. April stellte sich der neue Ministerpräsident dem preußischen Abgeordnetenhause vor und erklärte, daß er, dem Befehl des Kaisers gehorsam, ein Amt übernommen habe, das er vorerst noch nicht übersehe, auch nicht im allgemeinen; daß aber dank der genialen Kraft, dem eisernen Willen, der tiefen Vaterlandsliebe seines Vorgängers der Bau fest genug gefügt sei, um Wind und Wetter zu trotzen, und daß in die entstandene Lücke die Person des jungen Monarchen selber trete; der Kurs solle ohnehin der alte bleiben. Es liege in der Natur der Sache, daß Kräfte, welche Bismarcks Größe gegenüber schwer Platz zur Entfaltung gehabt hätten, und berechtigte Wünsche und Ideen, die bisher nicht in Erfüllung hätten gehen können, nunmehr Raum finden würden. Die einzelnen Zweige der Regierung würden einen größeren Spielraum freier Betätigung gewinnen; der kollegiale Charakter des Ministeriums werde stärker hervortreten als bisher. Wenn etwas sich erfüllt hat, so ist es dies; nachdem Bismarck unter dem Schlachtruf: Weg mit der Diktatur! gestürzt, die Kabinettsorder von 1852 verfemt war, mußte einerseits die Zeit behaglicher ministerieller Anarchie beginnen, da jedermann in Israel tat, was ihm recht deuchte (Richter Kap. 21, 25), andererseits aber auch die durch keinen ersten Rat mehr eingeschränkte Selbstregierung des Kaisers; die mäßigende Stellung, welche der Ministerpräsident nach oben wie nach unten ausgeübt hatte, kam völlig in Wegfall. Ob diese Zustände haltbar waren, bezw. um welchen Preis, mußte sich ja zeigen.

Das Versprechen, daß der alte Kurs beibehalten werden sollte, ließ sich freilich schwer mit der durch Caprivi eröffneten Aussicht vereinigen, daß bisher gebundene Kräfte frei werden sollten: und es wurde tatsächlich auch nicht eingehalten. In einem Punkt trat dies sofort zutage: wenn auch die internationale Arbeiterschutzkonferenz, die vom 15.—29. März in Berlin tagte, über die wertlose Formel: „Dies und dies sei wünschenswert," nicht hinauskam, so legten doch die verbündeten Regierungen nunmehr dem Reichstag

Digitized by Google

am 6. Mai 1890 das Gesetz über den Arbeiterschutz vor, den Bismarck aus praktischen Bedenken nicht in Angriff genommen hatte, und 1891 kam mit dem Reichstag im Einvernehmen zustande, kraft dessen die Sonntagsruhe, das Verbot der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in Fabriken, eine längere Schonzeit für Wöchnerinnen und der Maximalarbeitstag von 11 Stunden für Arbeiterinnen, sowie obligatorische Arbeitsordnung eingeführt wurden. In der auswärtigen Politik trat der Umschwung ebenfalls bald zutage. Kaum hatte Major Wissmann den nach Buschiris (S. 203) Tod von dem arabischen Magnaten Bwana Heri geleiteten ostafrikanischen Aufstand im April 1890 durch Bwana Heris Gefangennahme gedämpft und war Karl Peters auf der Suche nach Emin Pascha, dem durch den mahdistischen Aufstand isolierten und verschollenen ägyptischen Statthalter der Äquatorialprovinz (S. 169), mit 40 Mann an die Kawirondobucht im Osten des Viktoriasees gelangt, wobei er den König Mwanga von Uganda bewogen hatte, sich unter deutschen Schutz zu stellen, so wurden alle die frohen Hoffnungen auf ein großes deutsch-ostafrikanisches Kolonialreich von Sansibar bis zu den Nilquellen jäh zerstört durch die am Vorabend des Tags von Waterloo, des 18. Juni, veröffentlichte Nachricht vom Abschluß eines deutsch-englischen Vertrags über Afrika. Er bestimmte, daß Deutschland von England die Insel Helgoland und vom Sultan von Sansibar den Küstenstrich gegenüber der Insel Sansibar erhalten sollte. Dafür zahlte es dem Sultan eine bare Entschädigung, gestand zu, daß der Sultan unter britischen Schutz gestellt wurde, trat seine Schutzherrlichkeit über das Sultanat Witu und Deutsch-Somaliland an England ab, verzichtete auf das Gebirge Mfumbiro und das Land am oberen Sambesi, zu dem ihm nur ein schmaler Zugang von Südwestafrika aus blieb (sog. Caprivizipfel, 20 000 qkm) und gewährte allen Engländern das Recht abgabefreien Durchzugs auf der sog. Stevensonstraße durch Deutsch-Ostafrika. England gestand seinerseits zu, daß das deutsche Gebiet im Nordwesten bis zur Grenze des Kongostaats (S. 199 f.), im Süden bis zum Njassasee reichen sollte. Nachträglich willigte es noch ein, daß von den Deutsch-Ostafrika vorgelagerten Inseln

Digitized by Google

Mafia (434 qkm, 6000 Seelen, 200 000 Kokospalmen) Deutschland gehören sollte.

In dieser Gestalt wurde der Vertrag vom 1. Juli 1890 unterschrieben. Er erregte in allen kolonialfreundlichen Kreisen beider beteiligten Länder großes Mißfallen; wenn aber das Urteil der Engländer (die Pall-Mall-Gazette sprach von Lord Salisburys schmachvoller Kapitulation, von einem britischen Sedan) sich lediglich aus der naiven Ansicht der englischen Jingos (Chauvinisten) erklärt, daß eigentlich die ganze Welt von Rechts wegen England gehöre, so ist die Enttäuschung auf deutscher Seite sehr begreiflich, und die Verleihung des schwarzen Adlerordens an Caprivi fand wenig Beifall. 1. wurde Sansibar preisgegeben, wo der deutsche Handel gerade damals immer mehr den englischen überflügelte. 2. ward der Sultan Achmed von Witu, der eben erst sich in Deutschlands Schutz begeben hatte, nicht ohne den Anschein der Treulosigkeit an England überantwortet. 3. wurde eins der reichsten Länder Innerafrikas, Uganda (150 000 qkm = der doppelten Größe Bayerns, eine Million Einwohner) durch die zwischen Britisch- und Deutschostafrika gezogene Grenze den Engländern überlassen, während Peters eben es für uns gewonnen hatte. 4. stand allen diesen Opfern gegenüber nur der Gewinn Helgolands. Dieser war allerdings nicht gering anzuschlagen, weil die Insel bisher die Mündungen von Elbe und Weser unter englischer Aufsicht gehalten hatte, und als sich seit 1899 mehr und mehr ein englisch-deutscher Gegensatz entwickelte, wurde der Besitz der Insel für uns vollends von großer Wichtigkeit, weshalb sie auch sehr stark befestigt wurde. 1890 war das deutsch-englische Verhältnis freilich anders, wie sich aus bemerkenswerten Äußerungen des Kaisers ergibt. Er hat schon am 5. August 1889 bei einem Besuch in England zu Sandown-Bai und dann wieder am 21. März 1890 (Hohenlohes Denkwürdigkeiten 2, 463) bei einem Hofessen in Berlin in Gegenwart des Prinzen Albert Eduard von Wales und seines Sohnes Georg eine Rede gehalten, worin er an die englisch-deutsche Waffenbrüderschaft bei Waterloo erinnerte und die Hoffnung aussprach, daß die englische Flotte mit der deutschen Armee und Flotte gemeinsam für den Frieden Europas

Digitized by Google

einstehen werde. Moltke sagte dazu: „Ein politisch Lied ein garstig Lied; hoffentlich wird diese Rede nicht in der Zeitung erscheinen". Das geschah gleichwohl sofort am andern Tag; und es war mit Händen zu greifen, daß der Vertrag vom 1. Juli solche Opfer Deutschlands enthielt, daß er sich nicht bloß aus den kolonialen Verhältnissen erklären ließ, sondern den Wunsch voraussetzte, Deutschland eng mit England zu verbinden und verbunden zu halten: sonst würde man die damaligen Schwierigkeiten Englands in Ägypten, wo Frankreich und Rußland seine Festsetzung freilich verspätet bekämpften, besser zur Erlangung von Vorteilen ohne zu hohen Kaufpreis benutzt haben. Der Kaiser gab unserer Stellung zu England bei jenem Hofessen inter pocula einen Ausdruck, der zur Frage zwang: gegen wen sollen die englischen und deutschen Streitkräfte für den Frieden einstehen? Die Antwort konnte, alles erwogen und die Berichte des Konsuls in Kiew besonders gewertet, nur lauten: gegen Rußland. Das war also die erste Tat des neuen Kurses, daß er unserer auswärtigen Politik eine ganz neue Orientierung gab, und man kann nun zweierlei begreifen. Einmal, daß Bismarck nicht (wie viele auch seiner Verehrer damals für besser gehalten hätten, da sie den vollen Sachverhalt nicht übersahen) sich in beleidigtes Schweigen hüllte, sondern als des Reiches treuer Eckart in Unterredungen mit Journalisten und in Artikeln der sich ihm zur Verfügung stellenden „Hamburger Nachrichten" den neuen Kurs scharf angriff. Das ward ihm in Berlin schwer verübelt; es erging am 23. Mai 1890 sogar ein Erlaß an die deutschen Gesandtschaften, durch den sie angewiesen wurden, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt waren, mitzuteilen, daß Bismarck keinerlei Einfluß auf die Politik des Reiches mehr ausübe. Das andere war, daß man in St. Petersburg die unvermeidlichen Folgen aus dem Verhalten Deutschlands zog. Schon daß Caprivi den Rückversicherungsvertrag von 1887, bezw. 1884 (S. 164) nicht mehr erneuerte, weil er ihn mit unsern Pflichten gegen Österreich für unvereinbar ansah, mußte am Zarenhof als ein Anzeichen dafür aufgefaßt werden, daß Deutschland nicht mehr in jedem Fall, da Rußland angegriffen werde, eine wohlwollende

Digitized by Google

Neutralität zu beobachten gedenke. Dann kam die geschilderte offene Hinneigung Deutschlands zu England; die Rede des Kaisers vom 21. März 1890 mußte in St. Petersburg als Drohung gegen Rußland empfunden werden.

Endlich änderte sich auch das Verhalten der preußischen Regierung gegen die Polen. Bismarck hatte seit 1885 die Zurückdrängung des vordringenden polnischen Elements in Posen und Westpreußen, die Kräftigung des deutschen Elements daselbst als eine dringende nationale Notwendigkeit erkannt und deshalb 30 000 eingewanderte Polen aus dem Grenzgebiet ausweisen lassen. 1886 hatte er die Ansiedlungskommission eingesetzt, welche mit Staatsmitteln polnischen Besitz ankaufen und an deutsche Bauern aufteilen sollte (S. 211). Von dieser „Ostmarkenpolitik" ging Caprivi ab und hätschelte die Polen als eine Vormauer gegen die Russen und eine nicht zu verachtende parlamentarische Hilfstruppe, mit deren 16 Stimmen er gelegentlich sogar eine kleine Verstärkung der Flotte im Reichstag durchsetzte. Der Führer der polnischen Fraktion, Herr v. Koscielski, ward seitdem von dem Parlamentshumor „Admiralski" zubenannt. Wer aber der Polen Freund war, konnte, wie die Dinge lagen, des Zaren Freund nicht sein. Von Deutschland verlassen, ja unfreundlich behandelt, entschied sich Rußland für den Anschluß an Frankreich, dessen kluger und weltblickender Staatsmann Ferry schon 1886 von der Ansicht aus, daß Rußland und Frankreich als Gegner Englands in Europa, in Ägypten, in China und dem stillen Ozean gemeinsame Interessen hätten, die Bande zwischen beiden Staaten zu knüpfen begonnen hatte; Ferry trat dafür ein, daß Rußland in der Verwaltung der ägyptischen Schuldenkasse einen Sitz erhielt und das ägyptische Anlehen jenes Jahres mit verbürgte. Nunmehr schienen England und Deutschland in einem Heerlager zu stehen; was war natürlicher, als daß Rußland und Frankreich sich dem gegenüber auch zusammenschlossen? Am 23. Juli 1891 erschien eine französische Flotte unter Admiral Gervais in Kronstadt; Zar Alexander III. empfing den Admiral in St. Petersburg und gab ihm am 25. den Besuch an Bord des Admiralschiffs Marengo heim, wobei er die französische

Digitized by Google

Nationalhymne, die Marſeillaiſe, ſtehend anhörte — er, der unbedingte Selbſtherrſcher, das leidenſchaftliche Sturmlied der Revolution! Hier griff die vatikaniſche Politik nicht ohne Nachdruck und Erfolg ein; Leo XIII. näherte ſich der franzöſiſchen Republik, an deren Sturz durch die Monarchie kein Verſtändiger mehr glauben konnte, um mit ihrer Hilfe Italien zur Herausgabe Roms zu drängen. Ein Kardinal hat im Oktober 1906 ſich im Giornale d'Italia dahin ausgeſprochen, daß das Entgegenkommen der Kurie Frankreich ungemein genützt habe und es zu ewigem Dank gegen Rom verpflichte; „Leo XIII. hat das republikaniſche Frankreich in St. Petersburg erſt hoffähig gemacht;" ein Staat, mit dem der älteſte Souverän Europas, der Papſt, in Freundſchaft zu leben ſich entſchloß, konnte auch dem Zaren Vertrauen einflößen. Bald hernach ließ der Kardinal Lavigerie in Algier ſich zum Eſſen die Marſeillaiſe aufſpielen, zum Zeichen, daß es eine kirchliche Demokratie gebe; im Februar 1892 forderte Leo XIII. durch ein Rundſchreiben die franzöſiſchen Katholiken auf nach dem Spruch zu handeln, daß der Chriſt der beſtehenden Obrigkeit gehorchen ſolle, weil ſie von Gott zugelaſſen ſei, und ſich auf den Boden der republikaniſchen Verfaſſung zu ſtellen. Von den 84 konſervativen Abgeordneten der franzöſiſchen Kammer bildete nun die ſchwächere Hälfte eine republikaniſch-klerikale Partei unter de Mun und Piou (die ſog. ralliés). Die Hinneigung der römiſchen Staatskanzlei zu den Franzoſen war ſo auffallend, daß ſelbſt die Verſammlung der deutſchen Katholiken zu Danzig ſchon im Auguſt 1891 unter Bezugnahme auf einen Artikel des Osservatore romano, des vom Staatsſekretär Kardinal Rampolla beeinflußten Blattes, gegen „den unverantwortlichen Verſuch" proteſtierte „den Papſt, der allen Katholiken gehört, zum Verbündeten eines Teils der Katholiken gegen den andern zu ſtempeln".

Wenn ſich Ruſſen und Franzoſen aneinanderſchloſſen, ſo war es offenbar von Wichtigkeit der Welt zu zeigen, daß auch die Dreibundſtaaten durch die engſten Bande verknüpft ſeien. Durch dieſe Erwägung und durch die Rückſichtnahme auf die linksliberalen Parteien, welche aus Abneigung gegen Bismarck dem neuen Kurs ſehr günſtig waren, und auf ihre freihändleriſchen Grundſätze ließ

Digitized by Google

sich Caprivi bestimmen eine Reihe von Handelsverträgen — zunächst mit Österreich und Italien, dann auch mit der Schweiz und Belgien — abzuschließen, durch welche die Einfuhrzölle durchschnittlich um 25% ermäßigt wurden; der Kornzoll ward sogar von 5 Mark für den Doppelzentner (= 100 kg) auf 3,50 herabgesetzt. Zur Empfehlung dieser Verträge, welche bis zu ihrer Vorlage an den Reichstag ganz geheim gehalten und so der vorherigen Prüfung durch die öffentliche Meinung entzogen wurden, machte der Reichskanzler geltend, daß durch sie 130 Millionen Menschen in einem Handelsgebiet zusammengeschlossen würden und wirtschaftliche Gemeinsamkeit auch zu politischem Zusammenschluß führe. Der Reichstag, in dem die „deutsch-freisinnige Partei" um Bamberger und Richter (S. 177) und die „deutsche Volkspartei" 77 Stimmen in die Wagschale werfen konnten, nahm ohne eingehende Einzelberatung am 18. Dezember 1891 den österreichischen Handelsvertrag mit 243 gegen 48 Stimmen der Rechten an; mit ähnlich großen Mehrheiten gingen auch die andern Verträge durch. Der Kaiser war über diese parlamentarischen Erfolge des neuen Kurses so erfreut, daß er Caprivi Ende 1891 in den Grafenstand erhob. Auf die politische Lage war es von Einfluß, daß der Führer des Zentrums, Ludwig Windthorst, am 14. März 1891 78jährig starb; er, der so lange die partikularistische, welfisch-ultramontane Opposition mit außerordentlicher Gewandtheit und Verschlagenheit geleitet hatte, ward nun aus Haß gegen Bismarck im Tode fast wie ein Nationalheiliger (Gedanken und Erinnerungen 2, 310) gefeiert, auch seitens der Machthaber des Tages. An seiner Stelle übernahm der juristisch gebildete Inhaber einer Teehandlung zu Kamberg in Nassau, Moritz Lieber (1838—1902), die Führung des Zentrums; der welfische und aristokratisch-konservative Zug in der Physiognomie der stärksten Partei des Reichstags trat seitdem mehr und mehr zurück; der demokratische Flügel gewann an Einfluß. Übrigens war Lieber nicht ohne patriotisches Gefühl, und mit den Nationalliberalen unter Bennigsens Führung wußte er ein besseres, auf Zusammenarbeiten für einige gemeinsame Ziele gerichtetes Verhältnis herzustellen, ohne daß natürlich die sonst bestehenden tiefen Gegensätze überbrückt werden konnten. Am 24. April 1891 ward auch

Digitized by Google

Graf Moltke, der bis 1888 als Chef des Generalstabes im Dienst gewesen war, 90jährig durch einen Schlaganfall von der Welt abgerufen, im Leben und im Tode als einer der Werkmeister der deutschen Einheit von seinem Volke verehrt; pflichtgetreu bis zum letzten Augenblick, hatte er noch an seinem Todestag als Mitglied des Reichstags für Memel-Heydekrug einer Sitzung des Parlaments angewohnt. Ein bezeichnender Zwischenfall jener Zeit war es, daß die Kaiserin Mutter am 18. Februar 1891 mit ihrer Tochter Margarete glaubte unbeanstandet nach Paris reisen zu können, um die dortigen Kunstschätze zu schauen, daß aber die angeblich ritterlichste Nation und die angeblich — gegen bar Geld — gastlichste Stadt unter dem Einfluß der von Paul Deroulède angeführten deutschfresserischen „Patriotenliga" sich so über diesen Besuch aufregte, „daß Paris ein paar Tage in den Händen der Narren war" und die Kaiserin es für geraten finden mußte, am 27. Februar schleunigst wieder abzureisen. Die Probe, ob zwischen den beiden seit 1870 verfeindeten Völkern die sonst zwischen gesitteten Nationen bestehenden Verhältnisse wieder möglich seien, war damit deutscherseits gemacht, seitens der Franzosen aber ablehnend beschieden worden.

Wenn die Handelsverträge den Grafen Caprivi in freisinniger Beleuchtung zeigten, so hatte er andrerseits das aus seiner politischen Lage sich ergebende Bedürfnis, auch dem Zentrum und den diesem nahestehenden Hochkonservativen sich gefällig zu zeigen. So gestattete Caprivi, daß der Minister des Kirchen- und Schulwesens, Graf Robert von Zedlitz und Trützschler, der am 12. März 1891 an v. Goßlers Stelle getreten war, am 14. Januar 1892 dem preußischen Landtag ein Schulgesetz vorlegte, dessen Hauptpunkte folgende waren: 1. Die weitere Errichtung von Simultanschulen, d. h. solchen Schulen, in welchen alle Kinder ohne irgendwelche Rücksicht auf die Konfession zusammen unterrichtet werden, ist künftig verboten. 2. An Stelle der simultanen städtischen Schulvorstände werden folgerichtig konfessionell getrennte Vorstände errichtet. 3. Bei den Schulprüfungen erteilen die Geistlichen künftig das Religionszeugnis. 4. Privatschulen darf jeder gründen, der den Nachweis liefert, daß er den gesetzlichen

Digitized by Google

Anforderungen an Erzieher und Lehrer genügt. Dieses Gesetz, das kurz gesagt die konfessionelle Volksschule in Preußen in voller Schärfe und Ausschließlichkeit durchführen sollte, rief in allen nicht ultramontanen oder hochkonservativen Kreisen große Beunruhigung hervor; die Universitäten, einschließlich der Mehrzahl der Professoren an den evangelisch-theologischen Fakultäten, reichten Gegenvorstellungen beim König ein; das gleiche geschah seitens sehr vieler Städte, und im Ministerium selbst regte sich offener Widerspruch seitens des Ministers des Innern Herrfurth und des neuen Ministers der Finanzen, Johannes Miquel (1828—1901), der lange Jahre mit Rudolf von Bennigsen ein Führer der Nationalliberalen gewesen war. Der König wurde stutzig; die Art, wie hier die von Caprivi angekündigte größere Selbständigkeit der Ressortminister sich zeigte, schuf ihm großes Mißbehagen, und in einem Kronrat vom 17. März soll er zu dem Kultusminister im Hinblick auf die immer stärker anschwellende Protestbewegung besonders der Universitäten gesagt haben: „Sie haben mir einen netten Salat angerichtet!“ Auf dies nahm Zedlitz, dem auch seine Gegner das Lob eines bedeutenden und charaktervollen Mannes und ausgezeichneten Redners nicht versagten, seine Entlassung, und selbst Graf Caprivi, der im Abgeordnetenhaus den Kampf um das Schulgesetz als einen Kampf zwischen Christentum und Gottlosigkeit bezeichnet hatte, schien in den Fall des Kultusministers verwickelt zu werden. Schließlich fand man die Lösung, daß Caprivi das preußische Ministerpräsidium an den Grafen Botho von Eulenburg abgab, der 1878 Minister des Innern geworden, aber 1881 unter den oben (S. 179) erwähnten Umständen zurückgetreten war. Das Kultusministerium übernahm der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Robert Bosse (1832—1901), ein um das Alters- und Invaliditätsgesetz hochverdienter Beamter. Das Schulgesetz ward am 28. März von Eulenburg mit der Erklärung zurückgezogen, daß die Ansichten über einen so wichtigen Gegenstand noch nicht geklärt genug seien. Hatte man durch die Vorlage des Gesetzes die Liberalen vor den Kopf gestoßen, so waren durch seine Zurückziehung das Zentrum und die Konservativen beleidigt, und das um so mehr, als diese beiden Fraktionen im Abgeordnetenhaus über eine starke Mehr-

Digitized by Google

heit verfügten und das Schulgesetz mit Leichtigkeit zur Annahme gebracht hätten. Dieser ganze parlamentarische Feldzug war ein Beweis mangelnder politischer Führerbefähigung und mangelnder Einheitlichkeit der Regierung.

Das Verhältnis des Kaisers und des neuen Kurses zu Bismarck ward inzwischen nicht besser, sondern immer schlimmer; die Kritik des früheren Reichskanzlers an den Maßnahmen des neuen Kurses erbitterte dessen maßgebende Personen so, daß, als Bismarcks ältester Sohn Herbert (1849—1904) sich im Juni 1892 mit Gräfin Margarete Hoyos verheiratete und Bismarck zu diesem Fest nach Wien reiste, Caprivi am 9. Juni den berüchtigten „Uriasbrief" an den kaiserlichen Botschafter Prinzen Reuß sandte, worin er unter ausdrücklicher Zustimmung des Kaisers, dem er Vortrag gehalten hatte, den Prinzen und alle Mitglieder der Botschaft ersuchte alle etwaigen Annäherungsversuche Bismarcks oder seiner Familie bei diesem Anlaß nur mit den konventionellen Formen zu erwidern und einer Einladung zur Hochzeit auszuweichen. Diese Ächtung Bismarcks anläßlich einer Sache, wo für hochherzige Seelen nur rein menschliche Erwägungen hätten maßgebend sein dürfen, bestimmte den Kaiser Franz Joseph Bismarck eine Audienz nicht zu gewähren. All das hatte aber bloß die Wirkung, daß Bismarcks Volkstümlichkeit nun erst recht wuchs; bei der Rückreise von Wien wurden ihm durch das über seine Kränkung im tiefsten empörte deutsche Volk, das ihn schon bei der Hinreise begeistert gefeiert hatte (so in Dresden), überall stürmische Huldigungen dargebracht, und er ward von da an sowohl bei seinem 1892 und 1893 wiederholten Aufenthalt in Kissingen als in Friedrichsruh und Varzin (1894) mehr als je das lebendige Ziel wahrer Massenwallfahrten, besonders aus Anlaß seines 80. Geburtstags am 1. April 1895. Wo er sich zeigte, da galt das Wort: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!"

Seit längerer Zeit schon (S. 248) war die Heeresverwaltung mit der Erwägung beschäftigt, wie der wirkliche Bestand waffenfähiger junger Männer in Deutschland auch zur Ableistung der Wehrpflicht herangezogen werden könne; wie vor 1860 war durch das unausgesetzte starke Anwachsen der Volkszahl (7—800 000 Menschen aufs

Digitized by Google

Jahr) die Zahl der Kriegstüchtigen in einem Maßstab gewachsen, mit dem die Einstellung ins Heer nicht gleichen Schritt hielt. Alle einzureihen und dabei die dreijährige Dienstpflicht beizubehalten, hätte die Heereskosten dermaßen gesteigert, daß man vom finanziellen Standpunkt es nicht für erschwinglich ansehen konnte. So entschlossen sich die verbündeten Regierungen, von dem seit 1860 als unantastbar betrachteten, von Kaiser Wilhelm I. und Moltke unbeugsam festgehaltenen Grundsatz der dreijährigen Dienstzeit zu dem der zweijährigen für alle Truppen außer der Reiterei und der reitenden Feldartillerie, bei denen die drei Jahre bestehen blieben, überzugehen, zunächst allerdings nur versuchsweise, mit der Maßgabe, daß mehr Ausbildungspersonal, besonders an Unteroffizieren, aufgestellt werde; es sollte durch möglichst angespannte Arbeit an den Rekruten der Ausfall des einen Jahres eingebracht und mit zwei Jahren dasselbe erreicht werden, was bisher mit weniger Personal in drei Jahren erzielt worden war. Auf diese Weise wurde ein rascherer Ab- und damit auch Zugang in die Rahmen des Heeres ermöglicht und die Ausbildung aller Tauglichen in die Wege geleitet; wo bisher beispielsweise 3000 Mann drei Jahre, also jährlich 1000 frische Soldaten ausgebildet wurden, sollten künftig 3000 Mann zwei Jahre, also jährlich 1500 frische ausgebildet werden. Die Zahl der Ausgebildeten erhöhte sich also um 50 %; die Zeit der Ausbildung ward um $^1/_3$ verkürzt und damit auch die Last des Dienstes für den einzelnen erleichtert. Die Erhöhung der Friedenspräsenz, welche das Anwachsen der Bevölkerung mit sich brachte, ward auf 84 000 Mann angeschlagen; sie sollte vom Reichstag nicht für sieben Jahre, wie bisher (S. 13 und 212), sondern nur für fünf Jahre (Quinquennat) bewilligt werden, so daß jeder Reichstag einmal (S. 222) in die Lage kam, über die Stärke der Friedenspräsenz zu befinden, während bei sieben Jahren je die nächste Reichstagsperiode ohne die Möglichkeit einer Beschlußfassung verstrichen wäre. Die Mehrkosten der Neugestaltung beliefen sich auf etliche 60 Millionen. Der Entwurf war ohne Frage geschickt abgefaßt: er achtete die verfassungsmäßigen Rechte jedes Reichstags; er bot für die geforderte Erhöhung der Friedensstärke die große

Digitized by Google

persönliche und finanzielle Erleichterung der zweijährigen Dienstzeit. Trotzdem stieß er im Reichstag auf unüberwindlichen Widerstand, weil das Zentrum und die Deutschfreisinnigen entweder das Recht alljährlicher Bewilligung forderten oder überhaupt keine Stärkung des „Militarismus" durch Vermehrung der Truppenzahl zulassen wollten. Die Sozialdemokraten lehnten ohnehin jede Forderung des bestehenden Staates für seine Erhaltung grundsätzlich ab. So verwarf der Reichstag am 6. Mai 1893 die Vorlage mit 210 gegen 162 Stimmen, obwohl 12 Abgeordnete vom Zentrum (darunter die Schlesier v. Hüne, der dann nicht wieder gewählt wurde, Graf Ballestrem und Porsch) und 6 Deutschfreisinnige für die Vorlage stimmten. Die letzte Partei spaltete sich aus diesem Anlaß wieder in ihre früheren Bestandteile, die für nationale Erwägungen zugängliche „freisinnige Vereinigung" unter Rickert, Schrader und andere Führer, und die unnachgiebige „freisinnige Volkspartei" unter Richter. Es bedurfte einer Auflösung und Neuwahl, um die Mehrheit zu ändern. Am 16. Juni wurden 72 Konservative, 28 Reichsparteiler, 16 Antisemiten, 53 Nationalliberale, 99 vom Zentrum, 8 elsässische Protestler, 7 Welfen, 19 Polen, 13 von der freisinnigen Vereinigung, 24 von der freisinnigen, 11 von der deutschen Volkspartei und 44 Sozialdemokraten gewählt. Die alten Kartellparteien gewannen etliche 20 Sitze; das Zentrum verlor 10, die Deutschfreisinnigen 29. Am 13. Juli erfolgte die Annahme der Vorlage mit 201 gegen 185 Stimmen. Das Gesetz erhielt am 3. August die Unterschrift des Kaisers. Das Quinquennat blieb von da an die rechnerische Grundlage des Heerwesens; es wurde am 25. März 1899 und am 29. März 1905 erneuert und bei dem zweiten Anlaß die zweijährige Dienstzeit nach zwölfjähriger Erprobung endgültig eingeführt. Eine dritte Erneuerung erfolgte im März 1911. Die Heeresstärke wurde jedesmal, aber unbeträchtlich, erhöht.

Das Jahr 1893 ist auch noch dadurch bemerkenswert, daß der schon erwähnte (S. 269) neue (seit 24. Juni 1890) preußische Finanzminister Miquel im Juli die Steuerreform zum Abschluß brachte, mit der er seit zwei Jahren beschäftigt war. Im Jahr 1891 ward das Einkommensteuergesetz mit der Vorschrift der Fassion (Selbsteinschätzungspflicht) angenommen; die Steuer ward auf-

Digitized by Google

steigend gestaltet: sie wuchs von 0,62 % für ein Jahreseinkommen von 900—1050 Mark bis zu 4 % für ein Einkommen von 100 000 Mark und darüber. Der Mehrertrag der so gestalteten Einkommensteuer betrug 40 Millionen Mark aufs Jahr. Darauf folgte ein Gemeindesteuer- und das sog. Überweisungsgesetz, wodurch der Staat den Gemeinden die Ertragssteuern auf Grund und Boden, Gebäude, Gewerbe und Bergwerke mit 101 Millionen zuschied; er selbst erlangte den nötigen Ersatz eben durch die Einkommensteuer und durch die Ergänzungssteuer, d. h. eine 35 Millionen abwerfende Steuer auf sog. fundiertes Vermögen (mit ½ % des Vermögens) und durch andere Maßnahmen, auf die wir im einzelnen nicht eingehen. Miquels durchschlagender Gedanke war, dem Reich die indirekten, dem Einzelstaat die beiden genannten direkten, der Gemeinde die Ertragssteuern zuzuweisen; aber sein Vorschlag, die Reichsfinanzen auf eine ganz selbständige Grundlage zu stellen und die Matrikularbeiträge abzuschaffen, wie das die Reichsverfassung in Artikel 70 mit deutlichen Worten in Aussicht nimmt, stieß im Reichstag, besonders beim Zentrum, auf unüberwindlichen Widerstand. Man hielt das föderative Prinzip für gefährdet, wenn das Reich finanziell selbständig werde, und wollte es deshalb in Abhängigkeit von den Einzelstaaten erhalten. So wurde von den vorgeschlagenen Steuern auf Börsengeschäfte, Wein und Tabak, welche etwa 100 Millionen in die Reichskasse bringen sollten, nur die erste Steuer mit 1 % auf inländische, 2 % auf ausländische Aktien angenommen (April 1894).

Die 1891 begonnene Politik der Handelsverträge wurde im Jahr 1893 fortgesetzt, indem weitere Verträge mit Rumänien, Serbien und Spanien abgeschlossen wurden. Das wichtigste war aber, daß nach einem vorausgegangenen Zollkrieg im Februar 1894 auch mit Rußland ein Vertrag zustande kam, nicht ohne daß der neue Kurs gehofft hätte, dadurch die gefährliche Entfremdung Rußlands wieder zu beseitigen, über deren Tragweite der Gegenbesuch einer russischen Flotte unter Admiral Avellan in Toulon im Oktober 1893 und der Depeschenwechsel der Warschauer Garnison mit dem französischen Generalstabschef Boisdeffre weitere Aufklärungen gebracht hatte. Da von Rußland hauptsächlich Getreide

Digitized by Google

bei uns eingeführt wird, so erhob der **Bund der Landwirte**, der schon infolge der früheren Verträge am 18. Februar 1893 zum Schutz der bedrohten Landwirtschaft in Berlin gegründet war und der bald auf 200 000 Mitglieder anwuchs (zu 99 % kleine und mittlere Bauern aus allen Teilen des Reichs), lebhaften Widerspruch, und am 10. März 1894 ging der russische Vertrag im Reichstag nur mit Mühe und gegen eine starke Minderheit (200 gegen 146 Stimmen) durch.

Caprivi hatte noch einmal einen Sieg erfochten; aber es war ein Pyrrhussieg. Daß seine Stellung erschüttert sei, konnte man schon daraus ersehen, daß **der Kaiser sich mit Bismarck wenigstens äußerlich aussöhnte.** Er bot ihm schon im September 1893, da Bismarck in Kissingen an Lungenentzündung schwer erkrankte, telegraphisch eines seiner Schlösser zur Erholung an, was Bismarck dankend ablehnte, sandte ihm am 22. Januar 1894 durch seinen Flügeladjutanten Graf Kuno Moltke als sinnbildlichen Gruß eine Flasche Steinberger Kabinett und empfing am Tag vor seinem Geburtstag, am 26. Januar 1894, Bismarcks Dankes- und Glückwunschbesuch im Kaiserschloß zu Berlin. Wenn schon nach Hohenlohes Denkwürdigkeiten (2, 511) das Motiv des Kaisers dabei rein politisch war („jetzt können sie ihm Ehrenpforten bauen; ich bin ihm immer eine Pferdelänge voraus; wenn jetzt die Presse wieder schimpft, so setzt sie sich und Bismarck ins Unrecht"): so war doch ein Alpdruck von allen redlichen Patrioten genommen, eine Kluft überbrückt, deren Vorhandensein den, der gut bismarckisch war, hinderte ohne Rückhalt gut kaiserlich zu sein. Von dem wichtigen Schritt des 22. Januar war Caprivi nicht vorher in Kenntnis gesetzt worden, wie Hohenlohe ausdrücklich bezeugt; „er erträgt das mit Resignation; ich möchte unter solchen Umständen nicht Reichskanzler sein." Die Konservativen, welche im preußischen Abgeordnetenhaus über ein Drittel aller Stimmen hatten, waren Caprivis offene Gegner, vollends seit er am 17. Februar 1893 im Reichstag im Ton des Rühmens von sich gesagt hatte, er sei kein Agrarier, er besitze kein Ar und keinen Halm, sei also in Fragen der Landwirtschaft nicht von persönlichem Interesse geleitet*). Als am

*) Dem gegenüber gab Bismarck am 9. Juni 1895 den Kriegsruf aus: für Halm und Ar!

Digitized by Google

24. Juni 1894 der Präsident der französischen Republik, Sadi Carnot, in Lyon unter dem Dolch des italienischen Anarchisten Caserio fiel, ging ein Schrei des Entsetzens durch Europa; am 6. September forderte der Kaiser, der von seinem sozialen Optimismus (S. 233) längst ernüchtert war, in einer Rede zu Königsberg zum Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung gegen den Umsturz auf. Caprivi wollte aber an ein Gesetz gegen den Umsturz nicht recht heran, während der preußische Ministerpräsident Graf Botho Eulenburg (S. 269) und die konservative Partei entschieden dafür eintraten. So entstand eine Krisis, deren Einzelheiten heute noch nicht aufgehellt sind; am 27. Oktober 1894 ward die Welt durch die Nachricht überrascht, daß sowohl Caprivi als Eulenburg entlassen und der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten, der Fürst Hermann von Hohenlohe-Langenburg, der Oheim der Kaiserin, zum Nachfolger seines Vetters in Straßburg ernannt sei.

Zweites Kapitel

Deutschland von 1894—1907 · Reichskanzlerschaft Hohenlohes und Bülows

Der neue Reichskanzler war am 31. März 1819 geboren, stand also in dem Augenblick, da ihn der Kaiser an die Spitze der Reichsverwaltung berief, im 76. Lebensjahr. Schon 1890 war von ihm als möglichem Nachfolger Bismarcks die Rede gewesen, und er war sich selbst zu alt vorgekommen; seitdem waren mehr als $4\frac{1}{2}$ Jahre verstrichen, und nun übernahm er doch den schweren Posten. Wir können es ihm selbst glauben, daß er, dessen Gattin aus Sorge um den Gemahl sich telegraphisch an den Kaiser (oder die Kaiserin) mit der Bitte um Entlassung von der ihm angesonnenen Pflicht wandte, nur den dringenden Bitten des Kaisers sich fügte und daß es tatsächlich so stand, daß außer ihm niemand die böse Erbschaft der Caprivischen Zeit mit einiger Aussicht auf leidliche Liquidation

Digitized by Google

antreten konnte. Gewiß, er war mit seinen hohen Jahren nicht der Mann, den man eigentlich für den schwierigen Posten wünschen mußte; aber wer unter den vorhandenen Staatsmännern war mehr geeignet als er? Er verfügte von den Zeiten her, da er 1866—70 bayrischer Ministerpräsident gewesen war, in weiten Kreisen über einen Schatz von Vertrauen zu seiner nationalen Gesinnung, und mit Grund; er war, als Sohn einer edlen protestantischen Mutter aus dem Hause Hohenlohe-Langenburg und eines mild denkenden katholischen Vaters aus der Aufklärungsepoche, liberal im besten Sinne des Wortes, wie sein Bruder, der Kardinal Gustav Hohenlohe, dem Ultramontanismus und Jesuitismus innerlich abgeneigt und nur in zwingender Not zu Zugeständnissen an sie bereit; dabei war er ein hoher Herr aus einem bis 1806 reichsunmittelbaren Hause, fein gebildet, besonders in der Musik, zur Repräsentation ungemein befähigt und durch seinen elfjährigen Pariser Aufenthalt (1874—85 war er dort deutscher Botschafter) mit der hohen Politik gründlich vertraut. Früher hatte er sich nicht gescheut auch dornige Aufgaben tapfer anzufassen, wie 1869 sein Versuch bewies die Staaten gegen die drohende Unfehlbarkeit des Papstes auf den Plan zu rufen; ob er jetzt noch so viel Festigkeit haben würde, um in der schwierigen parlamentarischen Lage des Reichs selbständig seinen Weg zu nehmen, mußte sich zeigen. Worauf es zunächst ankam, das war erstens: Deutschlands Verhältnis zu Rußland wieder zu bessern und der von einer Vereinigung Frankreichs und Rußlands drohenden Gefahr vorzubeugen; zweitens: dem deutschen Bauernstand wieder das Gefühl zu geben, daß die Regierung seine Nöte und seine Interessen nicht gering achte, und diesen konservativsten Stand, immer das Rückgrat jedes Staates, aus seiner Verbitterung und seinem Pessimismus zu erlösen; drittens aber, bei alledem die Interessen von Industrie und Handel, auf deren Pflege Deutschland mit seiner rasch wachsenden Bevölkerung angewiesen war, nicht zu vernachlässigen und Deutschlands bis vor zehn Jahren *rein festländische Politik zur Weltpolitik auszugestalten*. Die Lösung dieser letzten Aufgabe, die sich schon in den letzten Jahren der Bismarckschen Reichsleitung allmählich ankündigte (S. 196), ließ sich vor allem der Kaiser selbst angelegen sein, der bei der Einweihung

Digitized by Google

des neuen Stettiner Hafens am 23. September 1898 ausrief: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!“ und der seine Hauptaufgabe darin erkannte Deutschland eine große Flotte zu schaffen, wie sein Großvater Deutschland als Landmacht auf die erste Stufe erhoben hatte. Wie weit im einzelnen der Anteil des Kaisers und der des Reichskanzlers an den Ereignissen seit 1894 reicht, das zu beurteilen fehlen dem Historiker heute noch die Mittel; angesichts der Raschheit, mit der der Kaiser seinen Gefühlen nachzugeben pflegte, hat man wohl das Verdienst Hohenlohes darin gesucht, daß er mäßigend auf den immer noch jugendlich stürmischen Herrscher eingewirkt und „vieles verhindert habe“. Ob diese Ansicht zutrifft, läßt sich zur Zeit nicht sicher beurteilen.

Gleich in den ersten Monaten des Jahres 1895 trug sich ein Ereignis zu, das an sich bezeichnend für die innere Lage des Reichs war und diese sehr entschieden beeinflußte. Am 1. April dieses Jahres sollte Fürst Bismarck, der am 26. Oktober 1894 seine treue Lebensgefährtin, die Fürstin Johanna, in einem Alter von 70 Jahren verloren hatte, seinen 80. Geburtstag begehen, und wie dieses seltene Fest in den weitesten Kreisen der Nation menschliche Teilnahme für den vereinsamten Mann und neuen heißen Dank für alles das erweckte, was Bismarck in fast 40jähriger öffentlicher Tätigkeit für Deutschland geleistet hatte, so hielt es auch der aus der konservativen Fraktion hervorgegangene Reichstagspräsident Herr v. Levetzow mit dem Empfinden des ritterlichen Mannes für eine selbstverständliche Pflicht des deutschen Reichstags, der Bismarck sein Dasein verdankt, daß er ihm zu dem Feste seinen Glückwunsch ausspreche. Der Reichstag lehnte aber den dahin gehenden Vorschlag des Präsidenten am 23. März mit 163 gegen 146 Stimmen ab, weil Bismarck noch eine aktive politische Persönlichkeit sei, deren Standpunkt er seinerseits nicht teile. Unter rauschendem Beifall der Rechten und der Nationalliberalen legte hierauf der charaktervolle, allgemein hochgeachtete und in seinem Amte bestens bewährte v. Levetzow sein Amt nieder, und der zweite Vizepräsident Bürklin, ein Nationalliberaler, der in Italien abwesend war, tat telegraphisch das gleiche. Der Kaiser sprach Bismarck durch eine Depesche seine „tiefste Entrüstung“ über den unerhörten Beschluß

Digitized by Google

des Reichstags aus und reiste am 26. März selbst nach Friedrichsruh, um dort persönlich Glück zu wünschen. Die Geburtstagsfeier selbst gewann durch das Verhalten des Reichstags, das die Gefühle der Dankbarkeit erst recht entflammte, einen unvergleichlichen Glanz; in Deutschland und Deutschösterreich wurden in allen größeren Orten begeisterte Feiern abgehalten. Da die Rechte und die Nationalliberalen eine fernere Teilnahme am Präsidium ablehnten, so wurde am 27. März das Zentrumsmitglied v. Buol zum Präsidenten, der der Richterschen freisinnigen Volkspartei angehörige Schmidt-Bingen zum ersten und der Zentrumsmann Spahn zum zweiten Vizepräsidenten des Reichstags gewählt. Von 1895 bis Ende 1906 ist das Zentrum im Besitz des Reichstagspräsidiums gewesen, und man kann wohl sagen, daß diese Tatsache der ganzen Zeit ihren Stempel aufprägte: der Einfluß des Zentrums ist in diesen elf Jahren für die Reichspolitik, wenigstens im Innern, richtunggebend gewesen. Das Zentrum hat selbst unter der Einwirkung dieser Lage sich insofern geändert, als es, von Lieber (S. 267 f.) geführt, aus seiner, übrigens seit 1879 nicht mehr streng innegehaltenen, Oppositionsstellung in die einer positiv tätigen Partei überging; eine Reihe von wichtigen Fortschritten ist unter seiner wesentlichen Mithilfe in diesen elf Jahren gemacht worden. Nicht verändert aber hat die Partei sich insofern, als sie einmal ihre politischen und kirchlichen Ziele — Föderalismus bezw. Partikularismus, Herrschaft der Kirche über die Schule — nicht aufgegeben, sondern ihre maßgebende Stellung im Reichstag stets dazu benutzt hat, kleinere oder größere Vorteile in der Richtung ihrer politischen und kirchlichen Marschlinie der Regierung abzuringen; und dann war das Zentrum doch nicht von allezeit zuverlässigem Patriotismus erfüllt und hat namentlich die polnische Bewegung, gegen die Preußen seit 1886, einem unabweislichen staatlichen Bedürfnis folgend, einen Verteidigungskrieg führte, beständig unterstützt, weil die Polen katholisch und klerikal waren. Schließlich wuchs aber dem Zentrum selbst diese polnische Bewegung über den Kopf, und es büßte bei den Reichstagswahlen von 1903 und 1907 seine oberschlesischen Wahlkreise größtenteils an die von ihm gehätschelten Polen ein.

Digitized by Google

Die nationalen Errungenschaften, welche mit Hilfe des Zentrums durchgesetzt wurden, waren folgende. Am 1. Juli 1896 wurde das bürgerliche Gesetzbuch, an dem seit reichlich zwanzig Jahren gearbeitet ward, infolge eines zwischen v. Bennigsen und Lieber vereinbarten Kompromisses mit 222 gegen 48 Stimmen vom Reichstag angenommen; die Minderheit bestand aus der Sozialdemokratie und 6 Konservativen und Bauernbündlern. Das Inkrafttreten des Gesetzbuches wurde auf den 1. Januar 1900 festgesetzt, bis wohin die Einzelstaaten ihre Einführungsgesetze zum Abschluß zu bringen hatten. Die Tatsache, daß das ganze bürgerliche Recht mit wenig Vorbehalten für das ganze Reichsgebiet einheitlich gestaltet wurde, bedeutet einen der gewaltigsten Fortschritte des nationalen Einheitsgedankens seit 1871.

Infolge der tiefgreifenden Umgestaltungen, welche der ferne Osten seit dem chinesisch-japanischen Krieg von 1894—95 erlitt, stellte sich die Notwendigkeit, dort für unsere Handels- und Kriegsflotte einen eigenen festen Stützpunkt zu gewinnen, immer deutlicher heraus, und so wurde aus Anlaß der Ermordung zweier deutscher katholischer Missionare in der Provinz Schantung die Bucht von Kiautschóu mit der „grünen Insel" Tsingtau am 14. November 1897 durch Admiral Diederichs besetzt und mit dem Kaiser von China am 5. Januar 1898 ein Vertrag abgeschlossen (unterzeichnet am 6. März), kraft dessen Deutschland das Pachtrecht dieses 501 qkm großen, etwa 33000 Einwohner zählenden Küstenstrichs auf „vorläufig 99 Jahre" erhielt. Das war natürlich nichts anderes als eine verschleierte Abtretung; der Zusatz „vorläufig" setzt die Erstreckung der an sich langen Frist voraus. Im April 1898 erklärten die vereinigten Staaten anläßlich des Aufstandes auf der Insel Kuba, den Spanien nicht bewältigen konnte und der sie nach ihrer Ansicht als die amerikanische Vormacht ideell wie materiell berührte, den Spaniern den Krieg und entrissen ihnen sowohl Kuba und Puerto Rico in Westindien als die Philippinen in Ostasien. Seit in Manila das Sternenbanner wehte, war in Ostasien neben Japan, England und Rußland noch eine Großmacht auf dem Plan; die deutsche Flotte aber, die in den heimischen Gewässern durch die Eröffnung des von Brunsbüttel bis Holtenau

Digitized by Google

98 Kilometer langen Kaiser-Wilhelmskanals zwischen Nord- und Ostsee am 19. Juni 1895 die Möglichkeit schnellster Vereinigung ihrer Streitkräfte erlangt hatte, war zur Behauptung unserer Stellung und zur Verteidigung unserer Interessen über See an sich zu schwach; überdies war ihr Bestand an modernen großen Schiffen viel zu gering. Wie wertlos aber schwach gerüstete Schiffe gegenüber den mächtigen Panzern modernster Bauart waren, das hatte eben der spanisch-amerikanische Seekrieg gezeigt; damals entstand das Wort „schwimmende Särge", mit dem ungenügend gerüstete Schiffe drastisch bezeichnet wurden. So erwies sich das 1898 dem Reichstag vorgelegte erste Flottengesetz, das binnen sechs Jahren die Vermehrung unserer Kriegsflotte auf 19 Linienschiffe, 8 Küstenpanzer und 42 Kreuzer vorsah und das am 24. März 1898 mit 218 gegen 139 Stimmen genehmigt wurde, im Augenblick, da es angenommen war, als bereits durch die Ereignisse überholt, und auf Betreiben des hochverdienten Staatssekretärs der Marine, v. Tirpitz (geb. 1849 in Küstrin) wurde am 12. Juni 1900 ein zweites Flottengesetz, welches die sog. Schlachtflotte verdoppelte und also bis zum Jahr 1917 den Bau von 38 Linienschiffen, 14 großen und 38 kleinen Kreuzern vorsah, mit fast Zweidrittelmehrheit, 201 gegen 103 Stimmen, gutgeheißen: ein erfreulicher Beweis für das Wachstum des Verständnisses, das die Nation und ihre Vertreter für die Weltpolitik bekundeten. Der populärste aller deutschen Vereine, der deutsche Flottenverein (gegründet 30. April 1898), setzte sich die Ausbreitung dieses Verständnisses zum Ziel; er wurde aber freilich durch die schneidige Haltung seines führenden Mannes, des tapferen Generals Keim, in dem heißen Wahlkampfe 1907 in eine schwere Krisis verwickelt, welche 1908 unter bayrischem und Berliner Einfluß zum Rücktritt Keims und des Vorsitzenden, des Fürsten Salm-Horstmar, und zur Wahl des Großadmirals Köster geführt hat.

Ein weiterer Fortschritt in der Richtung der nationalen Einheit war die Verabschiedung der Reform des Militärstrafverfahrens, die am 4. Mai 1898 im Reichstag mit 177 gegen 83 Stimmen zur Annahme gelangte; damals stimmte selbst die meist verneinende „freisinnige Volkspartei" unter Eugen Richters

Digitized by Google

Führung mit Ja, weil die Reform in wahrhaft liberalem und modernem Geiste entworfen war und die Bürgschaften ehrlicher Rechtsprechung, welche im bürgerlichen Rechtsverfahren längst durchgedrungen waren, auch auf das Militärverfahren übertrug: die öffentliche und mündliche Verhandlung in allen Fällen, wo nicht die Sicherheit des Staats, Rücksicht auf die Sittlichkeit und dienstliches Interesse die geheime Verhandlung erforderten. Das Zustandekommen der Reform wurde in bedauerlicher Weise lange dadurch verhindert, daß Bayern vermöge seines überall betätigten zähen Partikularismus sich dem obersten Reichsmilitärgerichtshof nicht unterwerfen wollte, sondern auf seiner eigenen Militärhoheit bestand. Indessen ward im Bundesrat die Frage, ob Bayern kraft der Verträge vom November 1870 auch hierin ein Reservat besitze, einstimmig verneint, und es schien eine Zeitlang, als ob Bayern, was ihm durchaus gebührt hätte, einfach werde majorisiert werden. Da griff der Kaiser in Einhaltung der 1866 von Bismarck geschaffenen Tradition, Bayern stets mit besonderer Rücksicht zu behandeln, selbst ein. Er hatte kurz vorher eine ernste und hohe Pflicht erfüllt: Fürst Bismarck, der in Abwehr fortschrittlicher Angriffe am 24. Oktober 1896 durch die Hamburger Nachrichten die Tatsache des von ihm 1887 geschlossenen russischen Rückversicherungsvertrages der Welt bekannt gegeben, bezw. erneut ins Gedächtnis gerufen hatte, starb am 30. Juli 1898 in Friedrichsruh 83jährig an einem Lungenödem, und der Kaiser eilte von Bergen in Norwegen in 31 Stunden nach Kiel, um dem unvergleichlichen Staatsmann, von dem er sich vor acht Jahren rauh getrennt hatte, die letzte Ehre zu erweisen; jetzt erschien auch zu gleichem Zweck der Vizepräsident des Reichstags Dr. Spahn und legte einen Kranz am Grabe nieder. Darauf reiste der Kaiser im Oktober 1898 mit der Kaiserin nach Jerusalem und nahm an der Einweihung der damals vollendeten evangelischen Erlöserkirche teil. Um bei den Katholiken das Gefühl nicht aufkommen zu lassen, als ob er ihnen ferner stehe als seinen evangelischen Untertanen, schenkte er damals dem deutschen katholischen „Verein vom heiligen Land“ die ihm vom Sultan Abdul Hamid in Freundschaft überwiesene Dormitio Mariae, ein südlich vom Zionstor beim Bahnhof gelegenes Grundstück in Jeru-

Digitized by Google

salem, wo nach der Legende Maria, die Mutter Jesu, entschlafen sein soll. Auf der Fahrt nach den Ruinen von Baalbek sprach der Kaiser am 9. November in Damaskus bei einem ihm von der Stadt gegebenen Festmahl, daß er zu allen Zeiten der Freund der 300 Millionen Muselmänner sei, welche in dem Sultan Abdul Hamid den Kalifen verehren: eines jener vielen rasch und dröhnend und nicht vollbedacht hingeworfenen Kaiserworte, welche bald im Innern, bald nach außen Lawinen in Bewegung setzten. Das Wort verfehlte nicht, bei den Türken ausschweifende Hoffnungen auf die Freundschaft des mächtigen Sultans in Berlin zu wecken; bei den Regierungen aber, die große Massen muselmännischer Untertanen haben, wie England, Frankreich und Rußland, rief es Mißtrauen in den Absichten Deutschlands hervor. Von der Reise in den Orient zurückkehrend berührte der Kaiser München am 23. November, und hier traf er mit dem Prinzregenten Luitpold die Verabredung, daß Bayern einen besonderen Senat im obersten Militärgerichtshof zu Berlin erhalten und dafür seinen Widerspruch aufgeben sollte. An der Durchführung der seit langem erstrebten, von einflußreichen Heerführern aber als bedenklich bekämpften Reform hatte der Reichskanzler Hohenlohe beträchtlichen Anteil.

Mit anderen gesetzgeberischen Vorlagen waren die Regierungen freilich nicht so glücklich. Im Jahr 1895 wurde die sog. Umsturz-Vorlage, welche auch das bloße Anreizen zu strafbaren Handlungen, nicht bloß diese Handlungen selbst, ferner die Verleitung von Heerespersonen zum Ungehorsam und die Beschimpfung von Religion, Monarchie, Ehe, Familie und Eigentum unter Strafe stellen wollte, im Reichstag am 11. Mai abgelehnt. Es geschah dies, weil man von diesen dehnbaren Bestimmungen Mißbrauch befürchtete und das Zentrum überdies in der Kommission einen Antrag gestellt und durchgebracht hatte, der öffentliche beschimpfende Angriffe auf Gott, Christentum und die christlichen Kirchen und deren Lehren und Gebräuche mit Gefängnis bis zu drei Jahren bedrohte und seiner Fassung nach die Freiheit der Wissenschaft gefährden konnte. Im Jahr 1899 wurde am 20. November ebenso ein Gesetz abgelehnt, das die Mißhandlung Arbeitswilliger durch ausständige Arbeiter mit Zuchthaus bedrohte (sog. Zuchthaus-

Digitized by Google

gesetz); die Mehrheit wollte auch den Anschein vermeiden, als ob das Gesetz den Ausstand (Streik) zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen unmöglich machen wolle, und war der Ansicht, daß Arbeitswillige gegen wirkliche Gewalttätigkeiten schon durch die bestehenden Gesetze genügend geschützt seien. Der Kaiser war (wie weite Kreise des Volks) über die Ablehnung des Gesetzes sehr verstimmt, und nur mit Mühe und unter Androhung seines Rücktritts konnte der Reichskanzler anfangs Dezember 1899 seinen Herrn bewegen, der (von Hohenlohe im Juli 1896 feierlich dem Reichstag verheißenen) Aufhebung des Verbots zuzustimmen, das in Preußen dem Verkehr politischer Vereine untereinander entgegenstand und das mehr noch die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien als die der umstürzenden erschwerte. Im Jahr 1900, in dem ein neues Postgesetz die Privatposten abschaffte und das Mindestporto von zehn Pfennigen für den Brief von 20 g Gewicht (statt 15 g) eingeführt wurde, legte der Bundesrat dem Reichstag ein Gesetz zur schärferen Handhabung der Sittenpolizei vor, das nach einem Berliner Zuhälter Heinze, dessen gerichtliche Aburteilung die düstersten Nachtseiten des Großstadtlebens offen gelegt hatte, von der Presse seltsamerweise und sehr unlateinisch lex Heinze genannt wurde. Es war vor allem darauf abgesehen, das Zuhälter- und Dirnenwesen einzudämmen; das Zentrum und die Konservativen machten aber für das Wachstum der Unsittlichkeit nicht ohne triftigen Grund vor allem die Auswüchse des Theaters mit ihrer Verherrlichung von Ehebruch und geschlechtlicher Liederlichkeit und die Schaustellung unsittlicher Bilder verantwortlich und beantragten ein scharfes Vorgehen gegen diese Übelstände. Dagegen erhob die Linke des Reichstags aber laute Einsprache, weil durch die beabsichtigten Strafmaßregeln nicht bloß die Afterkunst, sondern auch die wahre Kunst getroffen werde, und die Sozialdemokratie und die freisinnigen Parteien griffen, da sie sich in der Minderheit sahen, zu dem sehr bedenklichen Mittel der Obstruktion oder absichtlichen Verschleppung der Verhandlungen, indem sie durch langgedehnte Reden, zahlreiche Abänderungsanträge selbst in untergeordneten Punkten, Anzweifeln der Beschlußfähigkeit die Abstimmung verzögerten. Namentlich das letzte Mittel war sehr wirksam, da der Reichstag wegen des Mangels

Digitized by Google

von Tagegeldern und wegen der immer länger werdenden Tagungen oft sehr schwach besucht war und nicht selten statt 199 Mitgliedern (1 über die Hälfte), deren Anwesenheit zur Gültigkeit einer Abstimmung erfordert wurde, kaum einige Dutzend zugegen waren — ein Notstand, der seit langen Jahren beklagt, aber erfolglos beklagt wurde. Die Obstruktion erreichte auch ihr Ziel: ermattet durch sie gab die Mehrheit, wenn auch ungern, nach und gestand am 22. Mai 1900 zu, daß auf die Maßnahmen gegen das Theater ganz verzichtet, die Ausstellung von Bildern freigelassen und nur eines unter Strafe (Gefängnis bis zu 6 Monaten) gestellt wurde: der Verkauf unsittlicher und das Schamgefühl gröblich verletzender Bilder an Leute unter 16 Jahren. Gegen die Verschärfung der Strafen gegen Dirnen und Zuhälter erhob sich kein Widerspruch.

Von anderen Ereignissen von Bedeutung erwähnen wir zunächst die Ablehnung des Antrags des Grafen Kanitz, der zur Herbeiführung ausreichender und fester Preise für das inländische Getreide den Ein- und Verkauf des zum Gebrauch in Deutschland bestimmten ausländischen Getreides und Mehles ausschließlich dem Reich überweisen wollte; zugleich sollten Mindestpreise, für Weizen z. B. 215 Mark für die Tonne, für Roggen 165, festgesetzt werden. Da der Antrag nur in einem sozialistischen Staat ausführbar schien (so charakterisierte der Agrarpolitiker Professor v. d. Goltz seine Tragweite), stieß er auf den größten Widerstand und ward am 17. Januar 1896 mit 219 gegen 97 konservative, reichsparteiliche, bauernbündlerische und antisemitische Stimmen verworfen. Im gleichen Jahr 1896 vereinbarte Hessen mit Preußen eine Eisenbahngemeinschaft, nach der die Eisenbahnen beider Staaten als ein Netz verwaltet werden sollten; Hessen erhielt einen Sitz im preußischen Eisenbahnrat und den fünfzigsten Teil der von der Gemeinschaft etwa erzielten Überschüsse. Das Abkommen wurde zwar von demokratischer Seite scharf verurteilt, hat aber gleichwohl sich für Hessen sehr vorteilhaft erwiesen; das Jahr 1897 schloß mit einem baren Überschuß von $2^1/_4$ Millionen Mark für Hessen ab, während vorher die Eisenbahnen gar nichts abgeworfen hatten! Der hohe wirtschaftliche Vorteil einer großen Verwaltung gegenüber einer kleinen sprang in die Augen, und

Digitized by Google

Hessen hat durch diesen Vertrag voraussichtlich ebenso bahnbrechend gewirkt, wie es 1828 durch seinen Abschluß eines Zollverbandes mit Preußen dem deutschen Zollverein vorgearbeitet hat. Da die übrigen mittleren Staaten nur eine sehr geringe Verzinsung ihres in den Bahnen angelegten Kapitals erzielten, $3\frac{1}{2}$, $3\,\%$, ja noch weniger, so regte sich auch in ihnen das Verlangen nach besseren finanziellen Ergebnissen; freilich standen partikularistische Bedenken dem einzigen gründlichen Heilmittel, dem Zusammenschluß mit Preußen, hindernd im Wege, und der Gedanke der Erwerbung aller Bahnen für das Reich, die Bismarck 1876 vorgeschlagen hatte (S. 48), war durch den damaligen verblendeten Widerstand des mittelstaatlichen Sondergeistes ein für allemal begraben; Preußen hatte seitdem in seinem Gebiet sich zum Herrn der Bahnen gemacht, erzielte eine Rente von $7\,\%$ und dachte nicht mehr daran, auf sie zu verzichten. Auch im politischen Leben gilt das Wort: „Was man von der Minute ausgeschlagen, gibt keine Ewigkeit zurück“. In Sachsen wurde im März 1896 das allgemeine gleiche Wahlrecht angesichts des Anwachsens der sozialdemokratischen Partei abgeschafft und das Dreiklassen-Wahlsystem eingeführt. Der ersten Klasse gehörte an, wer 10000 Mark Jahreseinkommen hatte; der zweiten, wer noch 2800 Mark bezog; der dritten, wer unter 2800 Mark blieb. Jede Klasse wählte gleich viele Wahlmänner, diese dann den Abgeordneten des Bezirks. Infolge dieses im Grundsatz dem preußischen Muster nachgebildeten, aber doch den Reichtum weit weniger bevorzugenden Gesetzes verlor die Sozialdemokratie, welche vorher 16 Sitze in der zweiten Kammer einnahm, alle bis auf einen einzigen. Die „Reform“ ist in weiten Kreisen als ungerecht, mindestens als weit über das Ziel hinausschießend getadelt worden, und auch die Regierung hat sich, als 1903 bei den Reichstagswahlen von 23 sächsischen Mandaten 22 an die Sozialdemokratie fielen, der Erkenntnis nicht verschlossen, daß den unteren Schichten die Möglichkeit parlamentarischer Geltendmachung ihrer Wünsche nicht so vollständig verschränkt werden dürfe, wie es zur Zeit geschah. Ein Regierungsvorschlag, der neben Abgeordnete des allgemeinen proportionalen Wahlrechts solche gewisser Körperschaften setzen wollte, ward aber am 1. Dezember 1908

Digitized by Google

von der zweiten Kammer abgelehnt. Schließlich wurde am 22. Januar 1909 auf Vorschlag der ersten Kammer mit 72 gegen 3 Stimmen ein Wahlrecht angenommen, das den Wählern je nach einem Einkommen von 1600, 2200 und 2800 Mark 1—3 Stimmen, bei noch größerem Einkommen und akademischer Bildung 4, im Alter von 50 Jahren 2 Stimmen gewährte (sog. Pluralsystem).

Die Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes unter Hohenlohes Reichskanzlerschaft ist schon oben S. 205 erwähnt worden. Die Spanier, welche 1898 den wertvollen Teil ihres Kolonialbesitzes an die Amerikaner verloren hatten, verkauften uns 1899 die für sie wertlos gewordenen und kostspieligen Marianen (außer Guam, das die Amerikaner 1898 bekamen), Karolinen und Palauinseln. Auch Samoa, das wir 1880 hätten allein haben können, teilten wir 1899 mit den Amerikanern, um der Dreiherrschaft und ihren Folgen (Reibereien der Mächte und Parteiung der Eingeborenen) ein Ende zu machen (S. 205). England erhielt von uns zwei Salomoninseln.

Bei diesen Erwerbungen war bereits der Mann als Staatssekretär des Auswärtigen tätig, der am 17. Oktober 1900 an Hohenlohes Stelle Reichskanzler wurde: Bernhard von Bülow. Er war am 3. Mai 1849 zu Kleinflottbeck in Holstein geboren, der Sohn eines verdienten Mitarbeiters Bismarcks, Bernhard Ernsts von Bülow, der 1873—79 Staatssekretär des Auswärtigen gewesen war. Der Sohn hatte in Petersburg, Bukarest und Rom, hier als Botschafter am Quirinal, d. h. bei der kgl. italienischen Regierung, gedient, war dann im Juni 1897 Staatssekretär geworden, und wurde nun zum obersten Leiter der Reichspolitik berufen, da die schwierige chinesische Verwicklung Hohenlohes längeres Verbleiben bei seinen 81 Jahren und seiner geschwächten Gesundheit nicht rätlich erscheinen ließ („der Kaiser hatte mein Entlassungsgesuch schon erwartet, schreibt Hohenlohe selbst, und es war also höchste Zeit damit loszugehen"). Bülow übernahm auch den Vorsitz im preußischen Ministerium und das Amt des preußischen auswärtigen Ministers.

Sofort hatte er sich mit einem weitgreifenden Vorstoß des Zentrums zu befassen, dem sog. Toleranzantrag. Dieser Antrag zerfiel in zwei Teile. Der erste betitelte sich von der Religions-

Digitized by Google

freiheit der Reichsangehörigen, der zweite von der Religionsfreiheit der Religionsgemeinschaften; zusammen erhielt er vierzehn Paragraphen. Der erste Teil sicherte jedem Reichsbürger die volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu religiösen Gemeinschaften und zu häuslicher und öffentlicher Religionsübung zu. Gegen ihn war nichts Wesentliches einzuwenden. Um so größere Bedenken rief der zweite Teil hervor, der jeder staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft die freie und öffentliche Ausübung ihres Kultus gewährleistete, jede staatliche oder gemeindliche Erlaubnis zum Gottesdienst beseitigte, den Verkehr der Religionsgemeinschaften mit ihren Oberen von aller staatlichen Aufsicht befreite und endlich die Abhaltung von sog. Missionen (Volkspredigten) und die Errichtung von Klöstern als keiner staatlichen oder gemeindlichen Erlaubnis bedürftig erklärte. Dieser zweite Teil des „Toleranzantrags" müßte das ganze evangelische Kirchenrecht, das Kirchenregiment der Landesherren, die Konsistorien und schließlich auch die Synoden in die Luft sprengen, wie der erste Blick in seinem Text zeigt, der ja alle staatliche Aufsicht über die Kirchen aufhebt. „Jede Landeskirche könnte, so sagte ein nationalliberaler Politiker mit Recht, in jedem andern landeskirchlichen Gebiet Kirchen errichten und gottesdienstliche Einrichtungen treffen, und zwar nach ihren Bekenntnisnormen, nach ihren agendarischen und liturgischen Vorschriften, gleichviel, ob dadurch ein Krieg aller gegen alle entstünde, ob nicht der Staat verlöre u. a. sein Recht irgendwelche Vorschriften über nationale Zugehörigkeit oder über genügende Vorbildung der Träger geistlicher Ämter zu geben und sich selbst gegen die Kirchen zu schützen; er behielte aber sein Recht, die Geistlichen zu bezahlen, Glauben und Gottesdienst strafrechtlich zu schützen, dem geistlichen Amt seine öffentliche und staatsrechtliche Bedeutung zu gewährleisten und die kirchlichen Anstalten aus öffentlichen Mitteln auszustatten." Aus diesem Grunde lehnten die Nationalliberalen und ein großer Teil der Konservativen und auch der Freisinnigen den zweiten Teil des Antrags ab; die Nationalliberalen auch den ersten, weil sie dem Zentrum, das Toleranz predigte, nicht trauten; sei es doch sonst überall der Vorkämpfer der konfessionellen Unduldsamkeit. Bezeichnend ist, daß das baye-

Digitized by Google

rische „Vaterland“ (ein extrem partikularistisches Blatt, das sich in den Dienst des bayerischen Bauernbundes stellte, der gegen das angeblich in Landwirtschaftsfragen unzuverlässige Zentrum gebildet worden war) das Zentrum auch in dieser Frage heftig angriff; da Papst Gregor XVI. 1832 die Forderung der Gewissensfreiheit als Wahnsinn bezeichnet habe und der Syllabus von 1864 in These 15 die Freiheit der Religionswahl verdamme, so sei das Zentrum mit dem Toleranzantrag in Widerspruch zu der obersten Autorität der Kirche geraten und ohne Gnade dem Kirchenbann verfallen. Der neue Reichskanzler gab die Erklärung ab, daß der Antrag den verfassungsmäßigen Rechten der Einzelstaaten zuwider laufe, zu deren vorbehaltenen Befugnissen die Gesetzgebung über das Kirchen- und Schulwesen gehöre, und daß für die Regierungen deshalb der Antrag unannehmbar und unerörterbar sei; die Regierungen nahmen folgerichtig an der ganzen Verhandlung darüber keinen Teil. Merkwürdig war, daß das Zentrum, das sonst in der Verteidigung des föderativen Charakters des Reiches, bezw. in der Wahrung des Partikularismus eine seiner Hauptaufgaben erblickte, nun auf einmal unitarisch auftrat. Der Grund lag darin, daß das Zentrum vermöge des allgemeinen Wahlrechts und dessen klerikal-sozialdemokratischer Ergebnisse sich im Reiche stärker fühlte als in den Einzelstaaten und daß es deshalb kein Bedenken trug, diese Stellung zur Erreichung seiner kirchenpolitischen Ziele auszunutzen, sollten auch die widerstrebenden Einzelstaaten darüber vom Reich in ihren Rechten vergewaltigt werden. Der erste Teil des Antrags fand im Reichstag eine Mehrheit; gegen den zweiten erhob sich solcher Widerspruch, daß das Zentrum selbst auf eine Entscheidung nicht drängte.

In Preußen hatte die Regierung im Jahr 1899 eine Vorlage über Erbauung eines Mittellandkanals vom Rhein über die Ems zur Elbe eingebracht; die Vorlage stieß aber auf den Widerstand der Landwirtschaft, welche davon erleichtertes Eindringen des fremden Korns und weitere Herabdrückung der Preise des inländischen Korns befürchtete, und auf den der schlesischen Bergindustrie, welche in dem Kanal ein Förderungsmittel für den westfälischen Wettbewerb erblickte. So wurde die Vorlage im Abgeordnetenhaus

Digitized by Google

am 19. August 1899 mit 235 gegen 147 Stimmen verworfen. Im Jahr 1901 fand der abermals eingebrachte Entwurf schon in der Kommission solchen Widerspruch, daß das Ministerium ihn zurückzog und den Landtag am 3. Mai schnell schloß. Darüber kam der durch seine Steuerreform (S. 272) hochverdiente Finanzminister und Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Miquel, zu Fall, weil man ihm vorwarf, daß er aus Rücksicht auf die Landwirtschaft, welche nach seinem Ausspruch „30 Jahre lang von der Gesetzgebung vernachlässigt worden war", das ganze Kanalprojekt nur lau unterstützt habe, das dem Kaiser bei seiner eifrigen Fürsorge für die Hebung des Verkehrs besonders am Herzen lag. An Stelle Miquels übernahm der bisherige Minister des Innern, v. Rheinbaben (geb. 1855) die Finanzen (1901—1910). Das Kanalgesetz wurde neu umgearbeitet; man ließ das 152 km lange Endstück von Hannover bis zur Elbe fallen und verlangte nur das Stück vom Rhein bis Hannover. Gleichzeitig wurden zur Verhütung von Überschwemmungsgefahr beträchtliche Verbesserungen der Havel, Spree und Oder und Errichtung eines Großschiffahrtswegs von Stettin bis Berlin vorgeschlagen. Durch die Verknüpfung dieser Maßregeln gewann die Regierung die Landwirte und die Schlesier, deren Besorgnisse zerstreut und denen Vorteile geboten wurden, und am 8. Februar 1905 wurde das ganze Wassergesetz mit 244 gegen 146 Stimmen genehmigt und die auf 334 Millionen angeschlagenen Gesamtkosten bewilligt.

In der Postverwaltung ward 1902 ein nationaler Fortschritt erzielt, indem Württemberg mit dem 1. April auf seine besondere Briefmarke verzichtete und die Reichsmarke annahm; der Vertrag, der hierüber geschlossen wurde, erwies sich für Württemberg finanziell ebenso günstig, wie für Hessen sein Vertrag über die Eisenbahngemeinschaft mit Preußen.

Da die 1892 und 1894 auf zwölf Jahre geschlossenen Handelsverträge dem Ablauf nahe waren, so bereitete die Regierung neue Verträge vor und zog zu diesem Zweck im Unterschied von dem einstigen Vorgehen Caprivis die Interessenten rechtzeitig in ausgiebiger Weise zur Abgabe von Gutachten und Äußerung ihrer Wünsche heran. Auf Grund dieser Vorarbeiten unterbreitete der Bundesrat

Digitized by Google

dem Reichstag im Herbst 1902 einen neuen Zolltarif, der vor allem eine Erhöhung der Zölle auf Roggen und Weizen von 3 M. 50 Pfg. für 100 kg auf 5, bezw. 5½ Mark, für Gerste auf 4 Mark vorsah und damit im wesentlichen die Zollsätze vor 1891 herstellte. Infolgedessen leistete die bürgerliche Linke des Reichstags und die Sozialdemokratie dem Tarif den lebhaftesten Widerstand und erging sich in düsteren Prophezeiungen, daß auf Grund der hohen Sätze dieses Tarifs gar keine Handelsverträge mit dem Ausland zustande kommen würden. Da die gesamte Rechte — die strammen Agrarier allerdings nur ungern, da sie einen Kornzoll von 7 Mk. 50 Pfg. verlangten —, die Nationalliberalen und das Zentrum für den Tarif waren, so stand dessen Annahme außer Zweifel, und um sie zu verhindern, griffen die Sozialdemokraten und die fanatisch freihändlerische „freisinnige Vereinigung" (S. 272) zum Mittel der Obstruktion durch Stellung zahlloser Abänderungsanträge und Halten endloser Reden; der Sozialdemokrat Antrick sprach einmal 8½ Stunden lang ohne Aufhören! Ein solches Gebaren verwarf selbst Eugen Richter, so sehr er gegen den Tarif war; „eine Mehrheit", sagte er im Reichstag, „die sich so etwas auf die Dauer bieten ließe, wäre eine erbärmliche Mehrheit." Die ganze Frage verschob sich; nicht mehr darum, ob höhere oder niedere Zölle erhoben werden sollten, handelte es sich in erster Linie, sondern darum: ob die Minderheit die Mehrheit lahmlegen und den Parlamentarismus, der auf der Geltung der Mehrheit beruht, zu nichte machen dürfe. In dieser Erkenntnis raffte sich die Mehrheit zu entschiedenen Schritten auf; sie beschloß, daß die namentliche Abstimmung nicht mehr durch den (40 Minuten in Anspruch nehmenden) Aufruf aller Abgeordneten, sondern durch Abgabe von Karten, was nur 8 Minuten erforderte, vorgenommen werde (14. November), und daß bei Geschäftsordnungsdebatten niemand länger als 5 Minuten sprechen dürfe und der Präsident das Wort hiezu nach seinem Ermessen geben oder versagen könne. So wurde der Zeitvertrödelung gesteuert und am 11. Dezember der Antrag Kardorff mit 184 gegen 136 Stimmen angenommen, nach dem der ganze Zolltarif als Anhang zu § 1 des Zollgesetzes behandelt und also nicht Paragraph für Paragraph einzeln beraten, sondern das Ganze nach

Digitized by Google

den Beschlüssen der Kommission (welche alles einzeln aufs gründlichste durchgesprochen hatte) angenommen werden sollte. Dies geschah dann am 14. Dezember 1902 nach einer 18½stündigen Sitzung, die bis morgens 2 Uhr dauerte, mit der erdrückenden Mehrheit von 202 gegen 100 Stimmen. Nicht bloß der Zolltarif hatte gesiegt; die Stellung des Reichstags selber als einer zu positivem Schaffen bestimmten Institution war gerettet. Auf Grund des Tarifs gelangten dann 1904—05 mit allen Staaten neue Handelsverträge zum Abschluß, die mit dem Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 am 1. März 1906 in Kraft traten und bis 31. Dezember 1917 gelten (nur der Vertrag mit Österreich-Ungarn läuft schon am 31. Dezember 1915 ab). Bloß die vereinigten Staaten von Amerika, die hochschutzzöllnerisch waren, sperrten sich zunächst, nahmen aber 1907 ebenfalls einen Vertrag an. Ein gewaltiger Aufschwung der Industrie und ein (selbst vom Bund der Landwirte im Februar 1907 zugestandenes) fröhliches Gedeihen der deutschen Landwirtschaft erbrachte den Beweis, daß das Recht und die wirtschaftliche Einsicht auf seiten der verbündeten Regierungen und der Mehrheit des Reichstags gewesen war. Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1903 stellten auch außer Zweifel, daß die Mehrheit der Nation mit der Mehrheit vom 14. Dezember einverstanden war. Zwar wuchsen die Sozialdemokraten*), die 1893 44, 1898 56 Abgeordnete durchgebracht hatten, auf 81 an und vermehrten die Zahl ihrer Stimmen von 2 107 076 auf 3 010 771; aber die Mehrheit der Abgeordneten, die für den Zolltarif eintraten,

*) Die Grundlagen der Sozialdemokratie wurden auf dem Erfurter Parteitag vom 14.—21. September 1891 formuliert. Die wesentlichen Forderungen sind: 1. Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund- und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft. 2. Erweiterung des Wahlrechts auf Männer und Frauen mit 21 Jahren. 3. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk. 4. Wahl aller Behörden durch das Volk. 5. Unentgeltlichkeit von Rechtshilfe und ärztlichem Beistand. 6. Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle.

Digitized by Google

ward eher noch verstärkt als geschwächt, und hinter ihnen standen etwa $5^1/_2$ Millionen Wähler, während für die Gegner des „Brotwuchers" nicht viel über 3,8 Millionen Stimmen abgegeben wurden. Die unglaublichen Scenen, welche sich auf dem vom 13.—20. September 1903 in Dresden abgehaltenen Parteitag der Sozialdemokraten abspielten, fügten dem Ansehen der Partei überdem einen schweren Schaden zu; zwischen den Radikalen und Gemäßigten kam es hier zu Zusammenstößen von äußerster Heftigkeit und abstoßender Roheit. Die Bestrebungen der gemäßigten Richtung, der sog. „Revisionisten" (siehe Kap. 14) wurden aber von der Mehrheit am 19. September ausdrücklich verworfen, als geeignet, die wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen und die Grenzen zwischen Sozialdemokratie und dem bürgerlichen „reaktionären Mischmasch" zu verwischen.

Im Jahre 1903 vollzog sich ein bemerkenswerter Umschwung in Bayern. Dort stand seit Mai 1890, seit dem Rücktritt von Lutz (S. 210) an der Spitze des Ministeriums der protestantische Freiherr (spätere Graf) von Crailsheim, der seit 1880 das Auswärtige verwaltete und das besondere Vertrauen des greisen Prinzregenten Luitpold genoß. Er leitete die bayerische Politik unter verständiger Rücksichtnahme auf die partikularistischen Stimmungen im Volk und bei Hof (namentlich bei dem voraussichtlichen Thronfolger Prinzen Ludwig) in gut nationalem und gemäßigt-liberalem Geist. Deshalb war er dem Zentrum verhaßt, das in der zweiten Kammer die Mehrheit hatte, und am 22. Juli 1902 strich es als Zeichen seines Mißvergnügens 100 000 Mark am Kunstetat. Dieses brutale Vorgehen erregte außerhalb der Zentrumskreise ein sehr großes und berechtigtes Mißvergnügen; ein ungenanntes reiches und kunstsinniges Mitglied der Reichsratskammer stellte dem Prinzregenten die Summe aus seinen Mitteln zur Verfügung, und der Kaiser, der von seiner jährlichen Nordlandsfahrt zurückkehrend den Vorgang in Swinemünde erfuhr, telegraphierte von da aus am 10. August dem Prinzregenten den Ausdruck seiner „tiefsten Entrüstung und Empörung" und erklärte sich bereit, für die 100 000 Mark aufzukommen. Über diese „Einmischung des Königs von Preußen in bayerische Dinge" ergrimmte das Zentrum sehr; „die bayerische

Digitized by Google

Volksseele geriet (nach einem berühmt gewordenen Ausdruck) ins Kochen," und als die Sache am 19. Januar 1903 im Reichstag zur Sprache kam und der Reichskanzler den Vorgang als eine persönliche Angelegenheit zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten bezeichnete, wobei in keiner Weise eine Einmischung in die parlamentarischen Verhältnisse Bayerns beabsichtigt gewesen sei, und als ihm der Prinzregent dafür telegraphisch dankte, ließ Crailsheim dieses Telegramm, ohne die übrigen Minister vorher zu befragen, veröffentlichen. Infolge davon kochte die bayerische Volksseele nun endgültig über, und der von seinen Kollegen im Stiche gelassene Ministerpräsident mußte am 18. Februar 1903 dem bisherigen Kultusminister Freiherr v. Podewils, der dem Zentrum nahe stand, den Platz räumen. Ein Zentrumsblatt in München charakterisierte die Tragweite der Sache mit den Worten: „Gottlob, nun hat die durch falsche Kaiserideen und käufliche Schmierfinken hervorgerufene großpreußische Narkose Bayerns ein Ende". Daß dieses freche Gerede nicht ohne Grund war, zeigte sich u. a. nach der Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906. Damals traten alle Regierungen offen gegen das Zentrum und dessen sozialdemokratische Verbündete auf den Plan; selbst bayerische Bischöfe erhoben ihre mahnende Stimme; der Freiherr v. Podewils aber raffte erst in zwölfter Stunde auf einen Wink aus Berlin sich zu einer zu spät kommenden Erklärung auf. Als im September 1904 auf Anregung des patriotischen Königs Wilhelm II. von Württemberg in Heidelberg Ministerkonferenzen zum Zweck der Herbeiführung einer deutschen Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft stattfanden, wodurch das deutsche Verkehrswesen aus der wirtschaftspolitisch und finanziell unverantwortlichen Zersplitterung erlöst werden sollte, nahm Bayern zwar teil; aber es fand durch eine solche Einrichtung seine Souveränität bedroht, die es hundert Jahre vorher von Napoleons I. Gnaden erhalten hatte, und der bayerische Partikularismus und der preußische Fiskalismus, dem volle Kassen wichtiger waren als der Ausbau der nationalen Einheit, brachten es dahin, daß die Sache wegen angeblich unüberwindlicher technisch-finanzieller Schwierigkeiten ins Stocken kam. Die von Bayern im Sommer 1905 vorgeschlagene

Digitized by Google

bloße Gemeinschaft der Güterwagen (unter Ausschluß der Personenwagen und Lokomotiven) erklärte der württembergische Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker 1907 als nur schwer durchführbar, da die Eisenbahnwerkstätten mit geringen Ausnahmen für alle Betriebsmittel tätig seien und eine Ausscheidung der Unterhaltungskosten der Güterwagen aus den allgemeinen Unterhaltungskosten fast nicht möglich sei. Es war aber ein beschämendes Ergebnis mehr als zweijähriger Verhandlungen, daß eine Nation, die in ungeheurem wirtschaftlichem Aufschwung war und alle andern Nationen außer England hinter sich gelassen hatte, durch die Selbstsucht des Partikularismus und die Engherzigkeit eines einzelnen Volksteils verhindert wurde, ihre Eisenbahnen einheitlich zu verwalten, wozu ihr die Reichsverfassung die formelle Anwartschaft und die Natur der Dinge ein selbstverständliches Recht geben. Was Bayern angeht, so rief sein öfters bekundetes Widerstreben gegen jeden auch noch so berechtigten nationalen Fortschritt (vgl. Seite 281) allmählich bei vielen die entrüstete Frage hervor, ob Bismarck nicht im November 1870 besser daran getan hätte, auf den Beitritt eines so ungebärdigen Elements zum Reich zu verzichten und die Bayern ruhig im eigenen Fett schmoren zu lassen. Das ernüchternde Ergebnis einer solchen energischen Kur nach homöopathischem Rezept könnte nicht zweifelhaft sein. Da sich aber mehr nicht erreichen ließ, so begnügte man sich am 21. November 1908 einen Verband der preußischen, bayerischen, sächsischen, württembergischen, badischen, mecklenburgischen, oldenburgischen und Reichsbahn-Güterwagen zu gründen, der die völlig freie Benützung aller dieser Wagen durch ganz Deutschland einführte. Man berechnete, daß dadurch 200 Millionen Achskilometer an sonst leer fahrenden Wagen und $18^1/_2$ Millionen Mark an Miete erspart würden. Nach dieser Vereinbarung hatte vom 1. April 1909 an Preußen 379 699 Wagen bereit zu halten, Bayern 42 391, Baden 17 484, Württemberg 10 097, Mecklenburg-Schwerin 3291, Oldenburg 2323.

In der zweiten Januarwoche 1904 kam aus Südwestafrika die böse Nachricht, daß das in der Mitte der Kolonie wohnende, etwa 60 000 Köpfe zählende Negervolk der Hereró einen allgemeinen Aufstand unternommen und eine Anzahl deutscher Bauern-

Digitized by Google

höfe überfallen und die Farmer, teilweise unter unmenschlichen Qualen, niedergemetzelt habe. Die Zahl der Opfer wurde auf etwa 120 angeschlagen, darunter auch einige Frauen und Kinder. Als Ursache des Aufruhrs ist ohne Zweifel der Mißmut der Hererô darüber anzusehen, daß die Deutschen in ihrem Lande sich die Herrschaft anmaßten; an den Lagerfeuern erscholl das Lied: „Wem gehört Hererôland?“ und die Antwort war der Refrain: „Uns gehört Hererôland!“ Die vielfach geäußerte Ansicht, daß Betrügereien und Gewalttaten der deutschen Händler die Hererô zum Äußersten getrieben hätten, ist nicht ohne Widerspruch geblieben; Kenner der Verhältnisse haben gefragt, wie ein Volk von 60 000 Menschen, das großen Viehreichtum besaß, durch 50 Händler, von denen zudem noch lange nicht alle Halsabschneider waren, in solcher Weise hätte bedrängt werden können. Eher scheint vielen die Meinung begründet, daß der an sich vortreffliche Statthalter Oberst v. Leutwein die Eingeborenen teils aus persönlicher Milde, teils im Hinblick auf die geringen vorhandenen Streitkräfte allzu rücksichtsvoll behandelt und dadurch ihr Selbstgefühl gesteigert habe. Die Reichsregierung verlangte in voller Erkenntnis der Schwere des Aufruhrs, der die Frucht jahrzehntelanger Kulturarbeit vernichte, sofort vom Reichstag die nötigen Mittel zur Hinaussendung von Verstärkungen; die ersten verließen schon am 21. Januar Bremen; allmählich wuchs die Zahl der deutschen Soldaten in der Kolonie auf 17 000 Mann. Der Oberanführer General v. Trotha schlug die Hererô am 11. August am Waterberg, wo einige Kolonnen „wie Bohrer“ von verschiedenen Seiten her konzentrisch gegen den ungestümen und kühnen Feind vorgingen, und brach die Hauptkraft des Volkes. Allerdings war der Krieg selbst damit noch lange nicht zu Ende; er dauerte vielmehr als Kleinkrieg noch bis in den Dezember 1905 fort, und „wo ein Farmer seine Herde auch nur ein paar hundert Meter von dem Wachtposten seiner Farm entfernt weiden ließ, wuchs eine Bande aus dem Boden.“ Schließlich bezeichnete der an Leutweins Stelle getretene Statthalter v. Lindequist, der frühere Generalkonsul in Kapstadt, den Hererô, welche die Waffen niederlegen wollten, zwei Sammelstellen, an welchen sie sich ergeben und die Waffen abliefern könnten. Es wurde

Digitized by Google

ihnen dabei Verzeihung, soweit nicht schwere Verbrechen verübt worden waren, und der nötige Lebensunterhalt zugesichert. Fast alle kamen darauf zu den bezeichneten Stellen; nur einige blieben unter Waffen in Britisch-Betschuanaland oder beim Stamm der Ovambo im Norden unserer Kolonie. Aber Hunderte von Verschmachteten, Männer, Weiber und Kinder, lagen zerstreut in der dürren Sandwüste im Osten der Kolonie, und das Volk der Hererô war durch den Aufstand nicht bloß um seinen schönen Viehstand, seine Freude und seinen Stolz, gekommen, sondern auch großenteils vernichtet — ein schwerer Schaden für sie wie für uns; denn die Ausnützung der Kupferminen im Norden, bei Otavi, wohin 1906 eine Eisenbahn vollendet wurde, und der der Viehzucht sich bietenden Möglichkeiten muß ohne die erforderlichen einheimischen Arbeitskräfte auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Daß das Land aber nicht wert- und reizlos ist, beweist schon die Tatsache, daß nach einer amtlichen Mitteilung vom Oktober 1906 von den Soldaten der Schutztruppe 591 Mann sich entschlossen, nicht nach Deutschland zurückzukehren, sondern als Bauern und Viehzüchter im Lande zu bleiben. Diese Zahl wuchs in den nächsten Monaten noch beträchtlich an, und da der neue Reichstag den Farmern am 10. Mai 1907 fünf Millionen Mark als Entschädigung für ihre Kriegsverluste bewilligte, so konnte der Wiederaufbau des Vernichteten beginnen.

Mit dem Aufstand der Hererô verknüpfte sich Ende September 1904 der der Hottentotten (oder Nama) im Süden der Kolonie, die von ihren weißen Hüten den Namen Witbois, Weißjungen, tragen. Sie gehören zur südafrikanischen Urbevölkerung, nicht zur Negerrasse und sind von schmutziggelber Hautfarbe. Ihr Häuptling Hendrik Witboi hatte im September 1894 nach langjährigen Kämpfen mit dem Statthalter Leutwein, der ihn in der Nankluft umstellt hatte, Frieden geschlossen und war uns zehn Jahre lang ein treuer Verbündeter gewesen. Jetzt brach der 80jährige Mann unter dem Einfluß religiöser Erregung, in der er Gottes Befehl zur Austreibung der Weißen zu hören glaubte (er war mit seinem Stamm dem evangelischen Christentum beigetreten), die lang bewahrte Treue, und da die Hottentotten flinke Reiter und sichere

Digitized by Google

Schützen waren, auch das Land vortrefflich kannten und Hendriks Führung durch Umsicht und Kühnheit sich auszeichnete, so entstand für uns ein Krieg, der noch schwerer war als der Kampf mit den Hereró. Was unsere braven Truppen in diesen zwei afrikanischen Kriegen geleistet haben, nicht bloß im Gefecht, sondern in Ertragung von Durst und Hunger in dem vielfach sandigen und wasserarmen, mit Dornbusch durchzogenen, zum Hinterhalt wie geschaffenen, gutenteils auch von unnahbaren Felsen bedeckten Lande, das füllt eines der ruhmreichsten Blätter deutscher Kriegsgeschichte. Die Soldaten und Offiziere wetteiferten in Hingabe an ihre schweren Pflichten; zu den Erkundungsritten, die in diesem Lande fast immer mit der äußersten Todesgefahr verbunden waren, drängten sich immer so viele Freiwillige, daß man regelmäßig eine große Anzahl abweisen mußte. Am 29. Oktober 1905 fiel Hendrik Witboi bei Fahlgras, als er eine deutsche Proviantkolonne abfangen wollte, durch eine deutsche Kugel, was ihn und uns davor bewahrte, daß ein Mann, der auch uns Achtung abzwang und der den Krieg persönlich als Christ und ehrenhafter Gegner führte, unter der Anklage des Hochverrats hätte durch den Strang sterben müssen. Im Lauf der nächsten Monate wurden die Reste der Witbois unter den Anführern Cornelius, Morenga, Hendriks Sohn Isaak, Simon Copper entweder auf britischen Boden gedrängt und dort entwaffnet oder ergaben sich uns auf annehmbare Bedingungen. Dies tat auch der Stamm der Bondelzwarts im äußersten Süden, der als erster aus örtlichen Gründen im Herbst 1903 die Waffen ergriffen hatte, am 23. Dezember 1906. Alle wurden entwaffnet und unter Aufsicht gestellt. Der letzte, der unter Waffen blieb, Morenga, fiel, als er 1907 wieder in die Kolonie einbrechen wollte, am 21. September im Gefecht gegen eine englische Polizeitruppe unter Major Elliot bei Witpan in der Kalahariwüste. Schweifende Hottentottenbanden, die durch allerlei schwarzes Gesindel aus Britisch-Südafrika verstärkt wurden, traten freilich auch Ende Dezember 1908 wieder in der Nähe der Karasberge auf und riefen erneute gemeinsame Maßregeln der deutschen und englischen Behörden hervor.

Die ausschlaggebende Stellung, die dem Zentrum im Reichstag zukam, blieb nicht ohne Wirkung auf die innere Politik; Kaiser

Digitized by Google

und Kanzler bemühten sich, seinen Wünschen entgegenzukommen. Dahin gehörte es, daß im Herbst 1901 der (erst 26jährige) Historiker Martin Spahn, ein Sohn des einflußreichen Abgeordneten Peter Spahn, unter Umgehung der Fakultätsvorschläge zum ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität Straßburg ernannt und damit eine besondere „katholische" Geschichtsprofessur an dieser Universität geschaffen wurde. Die im Herbst 1903 nach langen Verhandlungen mit Rom errichtete katholisch-theologische Fakultät an derselben Universität ließ sich sowohl als ein Erfolg des Staats ansehen, der auf diese Fakultät mehr Einfluß hat als auf die Priesterseminarien, wie als ein Zugeständnis an die (fast $^4/_5$ der Bevölkerung ausmachenden) Katholiken des Elsaß; den Lothringer Theologen erteilte der Bischof Benzler von Metz die Erlaubnis zum Besuch der Fakultätsvorlesungen indes nicht. Von größter Bedeutung aber war ein weiterer Erfolg des Zentrums. Schon öfters hatte der Reichstag mit einer aus dem Zentrum, der Sozialdemokratie und den freisinnigen Fraktionen gebildeten Mehrheit den Zentrumsantrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes von 1872 (S. 29 f.) angenommen, so am 1. Dezember 1893 mit 173 gegen 136, im wesentlichen konservative, reichsparteiliche und nationalliberale Stimmen. Graf Bülow griff nun den einst von Windthorst vertretenen Gedanken auf, daß man wenigstens den § 2 des Gesetzes, der die Ausweisung von Jesuiten aus bestimmten Orten zuließ, als besonders gehässige Ausnahmsmaßregel aufheben könne; den § 1, das hatte ja selbst Windthorst zugegeben, könne man stehen lassen, bis auch er als verfehlt von Regierungen und Parteien erkannt werde. So gewann Bülow die Zustimmung des Kaisers zur Aufhebung des § 2, und am 8. März 1904 genehmigte der Bundesrat den darauf gerichteten Antrag Preußens mit den Stimmen Preußens (17), Bayerns (6), Badens (3), Hamburgs (1), Waldecks *) (1) und Reuß älterer Linie (1), also mit 29 Stimmen gegen

*) Dieses Fürstentum ist 1867 durch den (später wiederholt erneuten) „Accessionsvertrag" unter preußische Verwaltung getreten, wovon aber das Recht des Fürsten eine Stimme im Bundesrat zu führen aus Gründen föderativer Politik nicht berührt wurde.

Digitized by Google

die 25 von Sachsen (4), Württemberg (4), Hessen (3), Mecklenburg-Schwerin (2), Braunschweig (2), Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Meiningen, Altenburg, Koburg-Gotha, Sondershausen, Rudolstadt, Reuß jüngere Linie, Lippe (je 1). Anhalt, Bremen, Lübeck und Schaumburg-Lippe enthielten sich aus Rechtsbedenken der Abstimmung, da der Antrag des Reichstags, dem der Bundesrat zustimmen sollte, nicht von dem gegenwärtigen, sondern von dem für die Periode von 1898—1903 gewählten angenommen worden war. Auf Grund des Mehrheitsbeschlusses ward nun der Ausweisungsparagraph außer Kraft gesetzt; das entgegenstehende Gutachten des im November 1903 von den deutschen evangelischen Kirchenregierungen begründeten gemeinsamen „evangelischen Kirchenausschusses“ blieb ohne Beachtung. Das Zentrum leistete der Reichsregierung den Gegendienst zur Herstellung der leichteren Übersehbarkeit und Einfachheit des Reichshaushalts die sog. Franckensteinsche Klausel vom Jahr 1879 (S. 65 f.) abzuschwächen und die Erträge der Tabaksteuer und der Zölle ohne Abzug dem Reich zu überlassen; dagegen sollten die Erträge der Branntweinverbrauchssteuer (mit damals 108 Millionen), der Stempelabgaben und der Maischbottichsteuer den Einzelstaaten überwiesen werden; soweit das Reich mit seinen Einkünften nicht ausreichte, hatten die Einzelstaaten die nach der Zahl ihrer Bevölkerung auf den Kopf bemessenen Matrikularbeiträge ans Reich zu entrichten. Durch die Annahme dieser von dem Staatssekretär der Reichsfinanzen, dem Bayern Freiherrn v. Stengel (im Amt seit August 1903), in Anregung gebrachten, aber vom Zentrum beschnittenen „kleinen Reichsfinanzreform“ am 9. Mai 1904 war wohl das zwecklose „Herüber- und Hinüberrechnen“ der Gelder vom Reichshaushalt auf den der Einzelstaaten und umgekehrt einigermaßen eingedämmt. Aber einmal waren die (als eine Kopfsteuer für arme und reiche Bundesstaaten gleichen und deshalb durchaus ungerechten) Matrikularbeiträge, welche nach der Reichsverfassung nur ein vorübergehender Notbehelf sein sollten, nun als regelmäßige Einrichtung des Reiches anerkannt; dadurch ward dem Reich das Gepräge der Abhängigkeit von den Einzelstaaten nachhaltig aufgedrückt, während es seinem Begriff nach auf eigenen Füßen stehen und, wenn schon Abhängigkeit war,

Digitized by Google

die Einzelstaaten von ihm abhängen sollten, nicht umgekehrt. Ein solcher Zustand aber, ja selbst schon der der durchgreifenden Scheidung der Reichs- und Einzelstaatsfinanzen war dem Zentrum als „unitarisch" zuwider. Zweitens beschaffte die „kleine Reform" die Hauptsache nicht: die Summen, welche das Reich vornehmlich für seine Flotte, für die Kosten der 1905 endgültig (S. 272) eingeführten zweijährigen Dienstzeit, für die Pensionen und für die Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung bedurfte. Die Summen für den letztgenannten Zweck sollten (gemäß einer Klausel zu dem Zollgesetz von 1902) aus den überschießenden Erträgen der im neuen Zolltarif von 1902 bewilligten höheren Zölle aufgespeichert werden und die Gemeindeabgaben auf Mehl, Fleisch und geistige Getränke sollten als Ausgleich gegen die neuen Zölle mit dem 1. April 1910 in Wegfall kommen.

Da der Fehlbetrag des Reiches sich mindestens auf 200 Millionen jährlich bezifferte, so war es nicht mehr möglich, der Entscheidung länger auszuweichen und eine gründliche Steuerreform hinzuhalten, und im Herbst 1905 unterbreiteten die verbündeten Regierungen dem Reichstag eine umfassende Vorlage, welche die Beschaffung von etwa 200 Millionen Mark durch neue Steuern ermöglichen sollte. Der Reichstag verdankte der bestehenden parlamentarischen Notlage die endliche Zustimmung des Bundesrats zur Einführung der seit dem Bestehen des Reichs vom Reichstag immer und wieder geforderten, in der Verfassung aber verbotenen Diäten oder Tagegelder, ohne deren Gewährung sich einfach auf die Länge ein beschlußfähiges Haus nicht zusammenbringen und zusammenhalten ließ — alle noch so gerechtfertigten Bedenken gegen die Wegräumung des letzten, von Bismarck als unbedingt notwendig erachteten Gegengewichtes gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht verstummten schließlich vor der Erkenntnis, daß ohne Diäten kein arbeitsfähiger Reichstag, also auch keine Steuerreform zu erlangen sei. Am 15. Mai 1906 nahm der Reichstag die Diätenvorlage in der Gestalt an, daß dem einzelnen Abgeordneten jährlich 3000 Mark ausgezahlt, für das Fehlen bei einer namentlichen Abstimmung aber

Digitized by Google

auf den betreffenden Tag 20 Mark abgezogen werden sollten; überdies ward den Abgeordneten für die ganze Dauer der Tagung freie Fahrt auf allen deutschen Bahnen eingeräumt. Die Steuerentwürfe der Regierungen wurden im Reichstag mannigfach umgestaltet; schließlich wurde die ganze Vorlage am 19. Mai 1906 mit 149 gegen 95 Stimmen angenommen. Die Mehrheit bestand wie beim Zolltarif aus der Rechten, den Nationalliberalen und dem Zentrum. An neuen Steuern wurde eingeführt vor allem eine Reichserbschaftssteuer, womit der bisher festgehaltene Satz aufgegeben ward, daß die indirekten Steuern dem Reich, die direkten aber (zu denen die Erbschaftssteuer doch wohl gerechnet werden muß) den Einzelstaaten gehören sollen; weiter eine Steuer auf Eisenbahnfahrkarten (unter Freilassung der 4. Wagenklasse und der Karten 1.—3. Klasse unter 60 Pfennigen), auf Frachturkunden, Tantièmen, Zigaretten und Automobile. Endlich fand eine Erhöhung der Bier- und Börsensteuer statt und wurden die 1902 eingeführten ermäßigten Sätze für das Ortsporto wieder durch höhere ersetzt. Der Ertrag aller dieser Abgaben wurde auf etwa 180—200 Millionen Mark jährlich angeschlagen, also knapp auf den Mindestsatz des tatsächlichen Mehrbedarfs des Reiches. Irgend welcher Überschuß war aber nicht vorhanden, und 1907 zeigte sich sofort, daß auch diese an sich beträchtliche Vermehrung der Steuerquellen noch nicht ausreichte.

In den Jahren 1905 und 1906 vollzogen sich in Baden, Bayern und Württemberg einschneidende Verfassungsänderungen. In Baden und Bayern bestand zur zweiten Kammer des Landtags das indirekte Wahlrecht; d. h. die Urwähler wählten nicht sofort ihren Abgeordneten selbst, sondern eine Anzahl sog. Wahlmänner, die dann den Abgeordneten erkoren. Der berühmte französische Historiker Hippolyte Taine (1828—93), der der französischen Revolution in einem großartigen Werk den Prozeß gemacht und das Urteil gesprochen hat, gibt in seiner Flugschrift Sur le suffrage universel dem indirekten Wahlrecht unbedingt vor dem direkten den Vorzug, weil die Masse der Wähler leichter unter den ihr bekannten angesehenen Mitbürgern eine größere Anzahl befähigter Männer herausfinde, als sie bei der Wahl eines einzigen,

Digitized by Google

ihr meist persönlich unbekannten und nur durch Parteiagitation nahe gebrachten Abgeordneten das Richtige treffe. In Deutschland bestand nun aber seit 1867, bezw. 1871 das direkte Wahlrecht zum Reichstag; die Wähler begriffen nicht, warum sie bei der wichtigeren Wahl für das Reich selbständig ihre Wahl treffen konnten, bei der weniger wichtigen für das Land aber sozusagen unter Vormundschaft gestellt waren. Dazu kam, daß öfters die Zahl der Wahlmänner, welche eine Partei durchsetzte, nicht im richtigen Verhältnis zur Zahl der für sie abgegebenen Urwählerstimmen stand; endlich, daß gelegentlich (wie das in Baden im Wahlkreis Eberbach-Buchen einmal vorkam) Wahlmänner sich als unzuverlässig erwiesen und für die Gegenpartei stimmten, so daß die Urwähler betrogen erschienen. So entstand in Baden und Bayern eine immer stärker werdende Strömung für das direkte Wahlrecht, und sie blieb in beiden Staaten schließlich siegreich. In Baden wurde die Zahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer auf 73 erhöht; zur ersten Kammer sollten die drei Städte Karlsruhe, Freiburg und Mannheim und die Kreisausschüsse je einen Vertreter durch Wahl entsenden, und das Recht, eine Stellvertretung eintreten zu lassen, ward auf die Standesherren beschränkt. In dieser Gestalt ward die Reform am 15. Juli 1904 von der zweiten Kammer mit 56 gegen 6 sozialdemokratische Stimmen und ebenso von der ersten Kammer genehmigt, der man eine mäßige Verbesserung ihres Budgetrechts zugestand. Auf Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Obkircher wurde sodann die Büste des Großherzogs Friedrich im Saal der zweiten Kammer neben denen Karl Friedrichs, des Begründers des modernen badischen Staats (1728—1811), Karls (der 1818 die Verfassung gab) und Leopolds (der sie 1849 wieder aufrichtete) als Zeichen der Dankbarkeit des Volks aufgestellt. Bei den Landtagswahlen vom Oktober 1905 hielten die Nationalliberalen, Demokraten und Sozialdemokraten als sog. „Großblock“ gegen das Zentrum und die Konservativen zusammen, so daß diese mit 28 und 4 Stimmen die Mehrheit nicht erreichten; der Großblock hatte 41 Stimmen (24 Nationalliberale, 5 Demokraten, 12 Sozialisten). Das Kammerpräsidium erhielt der Nationalliberale Gönner. Da aber der sozialdemokra-

Digitized by Google

tische 2. Vizepräsident Geck beim Tode des Großherzogs Friedrich I. (28. September 1907) an der Trauerbezeugung sich nicht beteiligte, lehnten die Nationalliberalen Gecks Wiederwahl ab, und so brach der Großblock auseinander. Am 27. November wurde der Zentrumsmann Fehrenbach mit 30 gegen 26 liberale und demokratische Stimmen zum Präsidenten gewählt; die Sozialdemokraten gaben weiße Zettel ab. Für die Landtagswahlen vom 21. Oktober 1909 trat der Großblock aber wieder in Kraft; das Zentrum sank auf 26, die Konservativen auf 3 Stimmen (zusammen 29 statt 32). Den Vorteil hatten die Sozialisten, die auf 20, und die Demokraten, die auf 6 Mann anwuchsen; die Nationalliberalen gingen auf 17 zurück, stellten aber in der Person des Professors Rohrhurst, evangelischen Religionslehrers am Heidelberger Gymnasium, den Präsidenten der zweiten Kammer. Mit dem neuen Landtag ward 1910 ein Schulgesetz verabschiedet, das die Errichtung kirchlicher Schulen an die staatliche Genehmigung band; eine neue Gemeindeordnung verminderte 1910 den Einfluß der Besitzenden bei den Wahlen.

In **Bayern** brachte das Ministerium **Podewils** durch den Minister des Innern, Grafen Feilitzsch, 1904 einen Gesetzentwurf über Einführung der direkten Wahl und einen über die (bisher durch kgl. Verordnung erfolgte) Einteilung des Landes in Wahlkreise ein. Da diese Einteilung nach der Überzeugung der Liberalen und der (konservativ-bauernbündlerischen) „freien Vereinigung" durchaus zugunsten des Zentrums und der Sozialdemokraten entworfen war, denen sie mindestens 83, bezw. 12 der 159 Sitze sicherte, so lehnten jene Parteien am 29. Februar 1904 die beiden Vorlagen ab, und da gegen ihre 60 Stimmen die 96 des Zentrums und der Sozialdemokraten die Zweidrittelmehrheit nicht erreichten, so waren die Vorlagen gescheitert. Infolge davon beschuldigten Zentrum und Sozialdemokratie ihre Gegner der Feindseligkeit gegen das direkte Wahlrecht, was durchaus unrichtig war; die Liberalen und Bündler wollten dieses Wahlrecht nur nicht um den Preis einer dauernden Zentrumsmehrheit erkaufen. Die Vorwürfe machten aber auf die Wähler doch Eindruck, und da das Zentrum (unter der Führung des Bamberger Domdekans Schädler) und die Sozialdemokraten für die Landtagswahlen ein förmliches Bündnis schlossen,

Digitized by Google

obwohl sie nach ihrer beider Versicherung Gegensätze waren wie Feuer und Wasser, so erlitten die Liberalen bei den Wahlen vom 10. Juli 1905 eine schwere Niederlage. Von 45 Mann kamen sie auf 23 herunter, während das Zentrum 18 Wahlkreise gewann und mit 102 Sitzen fast die Zweidrittelmehrheit für sich allein erlangte; von den im Lande abgegebenen Stimmen fielen ihm jedoch nur 43,6 % zu. Die Sozialdemokraten erlangten 12 Sitze (vorher 11), die Demokraten 2, die Bündler und Konservativen 19. In einem Wahlkreis (Neustadt in der Pfalz) kam eine Wahl gar nicht zustande, da die Liberalen und die Bündler sich nicht einigen konnten und keine Partei die Mehrheit für sich allein besaß. Infolge dieses Wahlausfalls verzichteten die Liberalen und Bündler auf weiteren Widerstand gegen die Regierungsvorlage, und die direkte Wahl samt der Neueinteilung des Landes in 163 Wahlkreise wurde in beiden Kammern bis zum 5. Februar 1906 verabschiedet. Die Stichwahlen wurden abgeschafft; die relative Mehrheit sollte sofort im ersten Wahlgang entscheiden. Bei den Neuwahlen vom 31. Mai 1907 erhielt das Zentrum 98 Stimmen unter 163, also eine überwältigende Mehrheit; die Liberalen erlangten 25, die Sozialdemokraten und die freie Vereinigung je 20 Sitze.

In Württemberg bestand seit 25. September 1819 die neue Verfassung, nachdem die alte der herzoglichen Zeit durch König Friedrich am 1. Januar 1806 außer Kraft gesetzt worden war. Die „Kammer der Standesherren" war gebildet aus den 1806 „mediatisierten", d. h. damals der Krone Württemberg unterworfenen, vorher reichsunmittelbaren hohen Adeligen („Standesherren") und einer Anzahl vom König auf Lebenszeit ernannter Mitglieder, welche Zahl $^1/_3$ der Standesherren nicht überschreiten durfte. Die Kammer hatte somit einen ausgeprägt hochadeligen und, da über zwei Drittel der Standesherren katholisch waren, einen ebenso ausgeprägt katholischen Charakter. Da von der Bevölkerung Württembergs reichlich 70 % evangelisch waren, so mußte diese Zusammensetzung des Oberhauses als ein Widerspruch gegen die tatsächlichen konfessionellen Verhältnisse des Landes empfunden werden. Die „Kammer der Abgeordneten" bestand aus den 6 evangelischen Generalsuperintendenten („Prälaten"), 3 Vertretern

Digitized by Google

der katholischen Kirche (dem Bischof, einem Domkapitular, dem ältesten Dekan), 13 Mitgliedern der Ritterschaft, dem Kanzler der Universität Tübingen, insgesamt also aus 23 Bevorrechteten, und aus 70 gewählten Mitgliedern (7 der „guten Städte" Ellwangen, Heilbronn, Ludwigsburg, Reutlingen, Stuttgart, Tübingen, Ulm und 63 der Oberamtsbezirke); zusammen waren es also 93 Mitglieder. Die Wahl der genannten 70 Abgeordneten geschah bis 1868 nach einem durch das Vermögen beschränkten, seitdem nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht. Obschon die Standesherren im allgemeinen ihre Vorrechte mit Takt und Mäßigung ausübten und die 23 privilegierten Mitglieder der zweiten Kammer fast durchweg gebildete, kenntnisreiche und wohlmeinende Männer waren, welche keinem gesunden Fortschritt in den Weg traten, so entsprach doch die Zusammensetzung der Stände dem liberalen und demokratischen Zeitgeist je länger, desto weniger; seit 1848 wurden zahlreiche, allerdings immer vergebliche, Anläufe zur Reform unternommen, und alle Parteien, selbst die konservative, bequemten sich allmählich dazu, eine Reform der Landstände und namentlich die Errichtung der „reinen Volkskammer" zu fordern. Nun brachte der Kultusminister Dr. Karl v. Weizsäcker, der Sohn des großen Kirchenhistorikers und einstigen Kanzlers der Landesuniversität, 1902 eine Novelle zum Volksschulgesetz von 1836 ein, welche u. a. an Stelle der bis dahin bestehenden geistlichen Schulaufsicht die Zulassung fachmännischer Aufsicht wenigstens für die größten Schulaufsichtsbezirke vorschlug. Der vom Minister vorzüglich begründete Entwurf ward gegen die Stimmen des Zentrums in der Abgeordnetenkammer am 11. Februar 1903 mit 55 gegen 25 Stimmen angenommen, aber von den Standesherren am 8. Juni 1904 mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit bestand aus 12 katholischen und einem evangelischen Standesherrn (dem Grafen v. Pückler), die Minderheit aus 5 evangelischen Standesherrn und den 6 vom König ernannten (sämtlich evangelischen) Mitgliedern. Das konfessionelle Moment trat also bei dieser Abstimmung so scharf hervor, daß die Erbitterung in der evangelischen Bevölkerung gewaltig war und die zweite Kammer am 16. Juni 1904 mit 62 Stimmen gegen 17 des Zentrums die Regierung des Königs

Digitized by Google

Wilhelm II. (geboren 1848, König als Nachfolger Karls I. seit 1891) aufforderte, die Schulreform gebotenenfalls durch Vornahme der Verfassungsreform zu fördern. Der Ministerpräsident Justizminister Dr. v. Breitling gab eine zusagende Antwort, und nach langen Beratungen willigten die Standesherren, denen ein Veto gegen etwaige Erhöhung der Steuern, namentlich der am 17. Juli 1903 neu gestalteten Einkommensteuer, zugestanden wurde und welche ein zweites Mal der Regierung und der Volksvertretung zugleich nicht Schach zu bieten wagten, in die vom Ministerium vorgeschlagene Reform. In der Abgeordnetenkammer fand sie am 9. Juli 1906 eine Mehrheit von 60 gegen 21 Stimmen; dem Zentrum, das katholischer war als die katholischen Standesherren, schlossen sich nur 2 evangelische Ritter an. Eine Stunde nachher stimmte die erste Kammer der Reform einmütig zu; der Umstand, daß der wohlgesinnte, ungemein volkstümliche König mit ganzer Entschiedenheit für sie eintrat, mußte die letzten Bedenken entwaffnen. Danach besteht die erste Kammer künftig aus den (damals 4) Prinzen, aus 20 Standesherren, 6 vom König Ernannten, 8 Rittern, 4 Vertretern der evangelischen und 2 der katholischen Kirche (evangelischerseits aus 2 Generalsuperintendenten, dem Präsidenten des Konsistoriums und dem der evangelischen Landessynode, katholischerseits aus je einem Vertreter des Domkapitels und der katholischen Dekane), ferner aus je einem Abgeordneten der Universität Tübingen und der technischen Hochschule in Stuttgart, 2 Vertretern der Landwirtschaft, 2 des Handels und der Industrie, 1 des Handwerks; zusammen ergibt das 51 Mitglieder. Die zweite Kammer setzt sich nur noch aus 92 Erwählten des allgemeinen Wahlrechts zusammen. Von diesen werden 69 in Mehrheitswahlen der 63 Oberamtsbezirke und der 6 „guten" Städte Ellwangen, Heilbronn, Ludwigsburg, Reutlingen, Tübingen, Ulm und 23 in Verhältniswahlen gewählt (die „gute" Stadt Stuttgart entsendet nach dieser Wahlart 6, der nördliche Teil des Landes 9, der südliche 8 Vertreter; Neckar- und Jagstkreis bilden den nördlichen, Schwarzwald- und Donaukreis den südlichen Wahlkreis). Bei den Landtagswahlen vom 5. Dezember 1906, bezw. 9. Januar 1907 wurden gewählt 25 vom Zentrum, 24 von der (demokratischen) deutschen Volkspartei, 15

Digitized by Google

von den Konservativen und Bauernbündlern, 15 von den Sozialdemokraten und 13 von der (nationalliberalen) deutschen Partei. Die Rechte zählte also 25 + 15 = 40, die Linke 24 + 15 = 39 Abgeordnete; die Entscheidung lag bei der nationalliberalen Fraktion. Die von allen Parteien ausgesprochene Hoffnung, durch die Verhältniswahlen dem Landtag die politische Auslese des Landes zuzuführen, welche bei den leicht von Kirchturmsinteressen beherrschten Bezirkswahlen zu kurz zu kommen pflegt, ging wenigstens bei der ersten Probe, der die Verhältniswahl unterzogen wurde, nicht in dem erhofften Maß in Erfüllung, da die Rücksichten auf örtliche Verhältnisse und auf die wichtigsten Erwerbsstände bei der Auswahl der Kandidaten überwogen. Nach Erledigung der Verfassungsfrage erfolgte auch die Verabschiedung einer neuen freisinnigen Gemeinde- und Bezirksordnung, und am 11. Juli 1906 konnte der erfolgreiche „Reformlandtag" geschlossen werden. Am 3. Dezember 1906 trat Dr. v. Breitling in den Ruhestand, und v. Weizsäcker übernahm das Ministerpräsidium und die Leitung des Auswärtigen und der Verkehrsanstalten. Der an seiner Statt ernannte Kultusminister v. Fleischhauer, ein Mann von großer Arbeitskraft und Sachkunde, setzte im August 1909 bei dem neuen Landtag ein Volksschulgesetz durch, das die fachmännische Bezirksschulaufsicht allgemein einführte und die oberste Aufsicht über das Volksschulwesen, die bisher das evangelische Konsistorium und der katholische Kirchenrat als solcher gehabt hatten, einem evangelischen Oberschulrat und dem in Schulsachen als katholische Oberschulbehörde zeichnenden katholischen Kirchenrat (einer rein staatlichen Behörde) übertrug. 1910 ward die veraltete Bauordnung zweckmäßig umgestaltet.

Die Umgestaltung des Wahlgesetzes zum Landtag des Königreichs Sachsen (1908) ist schon oben erzählt. In Mecklenburg-Schwerin und Strelitz bestand eine auf dem Rostocker Erbvergleich von 1755 zurückgehende Verfassung, welche diesen Namen kaum verdiente, da sie dem Großgrundbesitz eine völlig beherrschende Stellung zuwies. Seit der Gründung des Reichs verlangten die Liberalen eine Reform durch Eingreifen der Reichsgewalten, aber ohne Erfolg, da das Reich in der Frage sich nicht für zuständig

Digitized by Google

anfah, und auch die Versuche der Großherzöge (seit 12. Mai 1908) blieben bis heute ergebnislos.

In Preußen stand in den letzten Jahren unter den inneren Fragen die polnische im Vordergrunde. Nach Caprivis Sturz trat eine Änderung im Verhalten der Regierung zu den Polen ein. Deren steigender Ausbreitung auf Kosten des deutschen Elements setzte sich seit 1894 der Verein für Förderung des Deutschtums in den Ostmarken entgegen, der von den Anfangsbuchstaben seiner Begründer Hansemann, Kennemann und v. Tiedemann seitens der Gegner spöttisch der „Hakatistenverein" genannt wurde und durch Unterstützung deutscher Kauf- und Gewerbsleute und eine energische Tätigkeit in der Presse seiner Aufgabe zu genügen suchte. Die Regierung ließ sich 1898 vom Landtag nochmals (S. 211) 100 Millionen Mark zum Zweck der Ansiedlung deutscher Bauern in Posen und Westpreußen bewilligen, und da dies nur in langsamem Tempo geschah (von 1886—1901 wurden nur 9000 deutsche Familien angesiedelt), so forderte Bülow im Juni 1902 150 Millionen zu dem gleichen Zweck, die ihm auch vom Landtag ohne Schwierigkeit gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und des Freisinns bewilligt wurden. Die Polen wirkten aber durch den nationalen Verein „Straz" der Regierung und dem Ostmarkenverein entgegen, gründeten eine Landbank und kauften mehr deutsche Güter auf, als polnische von der Ansiedlungskommission erworben wurden. Während früher nur der Adel und die Geistlichkeit national-polnischen Bestrebungen gehuldigt hatten, entwickelte sich nun auch unter der Bauernschaft und dem Bürgertum, welches erst unter der preußischen Herrschaft emporgekommen war, der nationale Geist, und die zahlreichen polnischen Arbeiter in den westfälischen und rheinischen Bergwerks- und Industriebezirken organisierten sich zu Vereinen, hielten eigene polnische Zeitungen und stimmten bei den Reichstagswahlen für eigene polnische Kandidaten, auf die so im Herzen Deutschlands, in Gegenden, da einst die römische Kriegsmacht von Arminius vernichtet worden war, Tausende von Stimmen entfielen (z. B. in Essen am 25. Januar 1907 nicht weniger als 2500!). Das Zentrum, das (wie der Freisinn) die amtliche Polenpolitik als unge-

Digitized by Google

recht gegen einen Volksteil bekämpfte, erntete von den Polen freilich schlechten Dank, die ihre Wühlerei auf Oberschlesien ausdehnten und dem Zentrum 1907 dort die fünf Wahlkreise Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Oppeln und Pleß entrissen (S. 278). Im Juni 1904 brachte die Regierung ein scharfes Gesetz im Abgeordnetenhaus mit 207 gegen 105 Stimmen durch, das dem sog. Ansiedlungsgesetz einen § 13 b anfügte, nach welchem die staatliche Genehmigung zur Ansiedlung in den Provinzen Posen und Westpreußen so lange versagt werden sollte, als nicht dem Betreffenden vom Regierungspräsidenten ein Zeugnis ausgestellt werde, daß die beabsichtigte Ansiedlung den Zielen des genannten Gesetzes nicht entgegen sei. Dadurch sollte der weiteren Ausbreitung der Polen ein für allemal ein Riegel vorgeschoben werden. Die Vorschrift, daß der Religionsunterricht in den Volksschulen da deutsch erteilt werden solle, wo die Schüler des Deutschen hinlänglich mächtig seien, rief bei den Polen große Erbitterung hervor. Am 20. Mai 1901 entstand in der posenschen Stadt Wreschen, wo die Kinder auf Anstiften der polnischen Propaganda im Religionsunterricht deutsche Antworten verweigerten und dafür gezüchtigt wurden, ein Krawall, dessen Teilnehmer vom Gericht Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren erhielten. Im Jahr 1906 verweigerten über 50 000 polnische Schulkinder im Religionsunterricht die deutschen Antworten, wofür sie durch Nachsitzen und bei andauerndem Widerstand durch Zurückbleiben in der Klasse gestraft wurden; auch ward den Gemeinden durch Anstellung weiterer Lehrer vor Augen geführt, daß die Erschwerung des Unterrichts für sie unangenehme finanzielle Folgen nach sich ziehe. Zu Anfang des März 1907 ging die Zahl der „streikenden" Kinder auf 30 000 zurück; im September konnte der „Schulstreik" als erloschen bezeichnet werden. Die Polen machten geltend, daß die Religion mit Erfolg nur in der Muttersprache gelehrt werden könne; die Regierung, daß sie überall da, wo die Kinder nicht genug Deutsch verstünden, den polnischen Unterricht bestehen lasse, daß sie aber an Schulen, wo eine einheitliche Sprache, das Deutsche, möglich sei, im Staats- und im Lehrinteresse auf dem alleinigen Gebrauch dieser Sprache bestehen müsse. Da die Erfolge der Ansiedlungskommission durch die polnische Gegenarbeit andauernd durch-

Digitized by Google

kreuzt wurden, so forderte die Regierung im November 1907 vom Landtag nicht bloß eine vierte Auffüllung des Ansiedlungsgrundstocks um 400 Millionen, sondern auch die Befugnis, da wo es notwendig erscheine, die Besitzer von Gütern im Zwangsweg zu enteignen (vgl. das englische Beispiel S. 379). Im Januar 1908 wurden ihr 275 Millionen und das Enteignungsrecht für eine Fläche von 70 000 ha auf zwei Jahre bewilligt. In das dem Reichstag im November 1907 vorgelegte Vereinsgesetz wurde als § 7 die Vorschrift aufgenommen, daß in öffentlichen Versammlungen im ganzen Reich nur deutsch verhandelt werden dürfe. Diese Bestimmung richtete sich tatsächlich nur gegen die Polen, besonders die in Westfalen und am Rhein, wo die Verwaltung der Regel nach Beamte, welche Polnisch verstehen und also die Verhandlungen in dieser Sprache überwachen können, nicht zur Verfügung hat. Wie weiter unten dargelegt werden wird, wurde der Vorschlag im Reichstag mit einigen Abänderungen angenommen. Das Enteignungsgesetz ist bis heute nicht angewendet worden; doch erklärte der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Lieser (seit 1910) am 9. Mai 1911 in der Budgetkommission des Landtags, daß die Anwendung nur unterlassen worden sei, weil noch freihändig Land zu kaufen sei, und daß die Enteignung für den äußersten Fall vorbehalten bleibe. Wann er diesen äußersten Fall als gegeben zu erachten habe, behielt er sich vor. In den Kreisen des Ostmarkenvereins begegnete die Haltung des Ministers großem Mißtrauen, obwohl der Reichskanzler dem Verein im Juni 1911 telegraphierte: Numquam retrorsum!

Der Umstand, daß in dem nach dem Dreiklassen-Wahlrecht gewählten preußischen Abgeordnetenhaus das Zentrum niemals die maßgebende Stellung erlangen konnte wie im Reichstag, sondern hier eine feste Mehrheit der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen (etwa 280 unter 433) vorhanden war, ward auch bestimmend für die Lösung der wichtigen Frage der Volksschul-Unterhaltungspflicht. Im Jahr 1905 vereinbarten die Nationalliberalen mit den beiden Fraktionen der Rechten ein Kompromiß, nach welchem zur besseren Aufbringung der Schullasten leistungsfähige Verbände geschaffen wurden, woran es besonders

Digitized by Google

östlich der Elbe auf dem Lande vielfach fehlte; der gesetzlich feststehende Grundsatz, daß die Volksschule in Preußen der Regel nach konfessionell ist, ward aufrecht erhalten; der Bestand der (von den Konservativen und dem Zentrum ungern gesehenen) Simultanschule aber ward da, wo sie eingeführt war (besonders in Posen und Hessen-Nassau), nunmehr gesetzlich gesichert. Die Nationalliberalen verhinderten durch dieses Kompromiß, daß die Konservativen beim Zentrum anklopften, wobei die liberalen Forderungen glatt unter den Tisch gefallen wären, und im Jahr 1906 ward dies Kompromiß Gesetz. An diesem Erfolg hatte nicht sowohl der Kultusminister Studt (1899—1907, Nachfolger Bosse's) ein Verdienst, der dem Zentrum sehr entgegenkam (Zulassung sog. marianischer = jesuitischer Schülerverbindungen an den Gymnasien), als der Ministerialdirektor Schwartzkopf. Nach Studts Entlassung übernahm das Kultusministerium 1907 Holle, und da dieser bald schwer erkrankte, 1910 v. Trott zu Solz.

Drittes Kapitel

Österreich-Ungarn 1878—1911

Die Geschichte Österreichs haben wir auf S. 95 bis zur Mitte des achten Jahrzehnts geführt. Bis dahin hatten die Deutschen, und von ihnen die liberale Verfassungs- oder Fortschrittspartei, das Heft in der Hand; aber es gelang ihnen nicht, die Abneigung der slawischen Volksstämme gegen die zentralistische Verfassung vom Februar 1861 zu überwinden, und da diese Völker den Reichsrat nicht beschickten, so blieb er ein Rumpf-Parlament, der gesamte Zustand ein erzwungener, gegen den die ziffermäßige Mehrheit der Österreicher Verwahrung einlegte. Naturgemäß hegte der Kaiser den Wunsch, daß alle Stämme des vielsprachigen Reiches sich an der politischen Arbeit für dasselbe beteiligten; wenn die Deutschen das nicht zustande brachten, so war er schließlich veranlaßt, es mit den Slawen zu versuchen. Nun widersetzte sich die deutschliberale Partei unter der Führung des früheren Justizministers Eduard

Digitized by Google

Herbst (1820—1892) 1878 der vom Berliner Kongreß (S. 146) Österreich aufgetragenen Besitznahme Bosniens und der Herzegowina, weil diese ihrer Ansicht nach in ihren Folgen das slawische Element der Monarchie verstärken, also einer slawischgesinnten Regierung die Wege ebnen mußte. Aus denselben Gründen waren auch die Magyaren gegen die „Okkupation"; aber sie erschien dem Kaiser notwendig, um Rußland auf der Balkanhalbinsel nicht allmächtig werden zu lassen, und nach Bismarcks Ansicht hätten die Deutschen die Zeit und ihre Erfordernisse besser verstehen, der Krone ihre Hilfe gewähren und so ihren Einfluß befestigen sollen. Sie taten es nicht; Bismarck nannte sie wegen dieses unzeitgemäßen Verfahrens die „Herbstzeitlosen", und der Kaiser berief seinen Jugendfreund, den Grafen Eduard Taaffe (1833—95), der schon 1869—70 Ministerpräsident gewesen war, am 18. August 1879 abermals an die Spitze des Kabinetts, das „die Versöhnung der Nationalitäten" auf sein Banner schrieb und demzufolge aus Deutschliberalen, Polen, Klerikalen und einem mährischen Tschechen gebildet war. Alle Nationen Österreichs sollten als gleichberechtigt behandelt werden; Österreich sollte ihre gemeinsame, gegen alle gleich sorgsame und gütige Mutter sein. Aber die Deutschen nahmen den Verlust ihrer Führerstellung — bei den Neuwahlen zum Reichsrat büßten sie die Mehrheit ein — nicht gleichmütig und ergeben hin, und die Slawen waren mit der Gleichberechtigung nicht zufrieden, sondern suchten die Deutschen Schritt für Schritt zurückzudrängen. Die bosnische Okkupation entwickelte mit Naturnotwendigkeit ihre Folgen; Österreichs Politik war nunmehr nach Osten, auf den Balkan zu gerichtet; um die dortigen Slawen zu gewinnen, mußte man zuvörderst die Slawen in Österreich selbst zufrieden stellen. Die Tschechen traten jetzt unter den völlig veränderten Verhältnissen in den Reichsrat ein, wo sich ihnen große Aussichten eröffneten; sie rissen, da der böhmische Großgrundbesitz in seiner Mehrheit zu ihnen überging, im Prager Landtag die Herrschaft an sich und erlangten 1882 vor allem die Spaltung der uralten, bisher einheitlich deutschen Universität Prag in eine deutsche und eine tschechische Hochschule. Sprachenverordnungen für Böhmen, Mähren und die slowenischen Landesteile bestimmten 1880 und

Digitized by Google

1882, daß die Beamten sich im Verkehr mit dem Publikum derjenigen Sprache bedienen sollten, welche die sich an sie wendenden Parteien gebrauchten; das hatte die Folge, daß deutsche Beamte, welche der slawischen Sprachen nicht mächtig waren, in jenen Ländern ein Amt nicht mehr versehen konnten. Zur Unterstützung der deutschen Schulen und der deutschen Sprache bildete sich 1880 der deutsche Schulverein, der auch im deutschen Reich zahlreiche Mitglieder fand, trotzdem aber nicht so viele Mittel flüssig machen konnte, als der den Deutschen zum Trotz gestiftete tschechische Schulverein. Die Bestrebungen der Klerikalen, die Volksschule zu „verländern", d. h. sie aus einer Reichsanstalt zu einer Anstalt der einzelnen Kronländer zu machen und sie dann, da sie in mehreren Landtagen sehr stark waren, in ihre Hand zu bringen, scheiterten am Widerstand des trotz wiederholter Pairsschübe liberal gebliebenen Herrenhauses; doch ging 1883 ein Gesetz durch, nach welchem den Gemeinden das Recht erteilt ward, die Schulpflicht von 8 auf 6 Jahre zu verkürzen und die Leiter der (im Grundsatz seit 1868 simultanen) Volksschulen der Konfession der Mehrheit der Schüler angehören mußten. Als 1886 im Prager Landtag ein deutscher Antrag abgelehnt ward, nach dem wenigstens in den rein deutschen Gegenden Böhmens (dessen gegen Millionen betragende Bevölkerung zu 37% deutsch ist) die deutsche Amtssprache ausschließlich gebraucht werden sollte, da griffen die Deutschen zu dem letzten ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, dessen sich früher die Tschechen bedient hatten: sie traten aus dem böhmischen Landtag aus, dessen Ansehen damit natürlich einen harten Schlag erlitt. Im Januar 1890 suchte Taaffe durch direkte Verhandlungen der beiden Nationalitäten einen Ausgleich unter ihnen herbeizuführen, und die Deutschen nahmen wieder am Landtag teil; da aber die radikale Partei der sog. Jungtschechen auf Kosten der konservativen und einem Ausgleich unter guten Bedingungen zur Not geneigten Alttschechen sehr viel Boden gewann, ja die Alttschechen fast verdrängte, so gerieten die Verhandlungen 1892 wieder ins Stocken. In wirtschaftlicher und sozialer Beziehung hat das Kabinett Taaffe manches geleistet; es wurden eine Anzahl Eisenbahnen (wie in Preußen) verstaatlicht, der Freihafen

Digitized by Google

Triest (wie Hamburg und Bremen, S. 176) 1891 ins Zollgebiet einbezogen, durch einen Vertrag mit dem Sultan 1883 direkte Eisenbahnlinien Wien-Pest-Saloniki und Wien-Pest-Konstantinopel zustande gebracht, 1886 Zwangsinnungen mit Befähigungsnachweis, ein Normalarbeitstag von 11 Stunden und die Sonntagsruhe eingeführt; auch ein Kranken- und Unfallversicherungsgesetz wurde erlassen und 1892 statt der Papiergeldwirtschaft die Goldwährung (auf Grundlage der „Kronen", = 85 Pfg.) und Barzahlung durchgesetzt. Auch die Einkommensteuer ward noch von Taaffe in Angriff genommen; zum Gesetz ward sie aber erst 1896 erhoben. In der Hoffnung, durch Heranziehung der erwerbenden Massen zum politischen Leben über die öden nationalen Streitigkeiten wegzukommen, schlug Graf Taaffe am 10. Oktober 1893 dem Reichsrat die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Städten und Landgemeinden vor; da aber die Konservativen, die Liberalen und die Polen (welche in Galizien bei dem bestehenden Wahlrecht die 43 % der Bevölkerung betragenden Ruthenen fast mundtot machen konnten) durch diese Wahlreform gleichermaßen in ihrem parlamentarischen Machtbestand bedroht wurden, so vereinigten sie sich gegen den Minister und erzwangen am 29. Oktober seinen Rücktritt, nachdem er über 14 Jahre lang die Geschäfte geführt hatte. Seine deutschen Gegner warfen ihm vor, seine ganze Staatsweisheit habe im „Fortwursteln und Durchfretten" bestanden, was ein gerechter Beurteiler doch nicht ohne weiteres unterschreiben kann. Während der Taaffeschen Ära traf den Kaiser Franz Joseph der schwere Schlag, daß sein hochbegabter Sohn Rudolf (geb. 1858) am 30. Januar 1889 unter rätselhaften Umständen plötzlich im Jagdschloß Meyerling (südwestlich von Wien) neben seiner Geliebten, der Baronin Vetsera, tot gefunden wurde; die Vermutung bestand, daß ein Nacheakt vorlag. Da er von seiner Gemahlin Stephanie von Belgien nur eine Tochter Elisabeth hatte, so ging die Thronfolge auf des Kaisers Bruder Karl Ludwig und nach dessen Tod 1896 auf dessen Sohn Franz Ferdinand (geb. 1863) über*). Am

*) Dieser heiratete in morganatischer Ehe die Gräfin Sophie Chotek; sie wurde zur Fürstin, 1909 zur Herzogin von Hohenberg erhoben; ihre Kinder sind aber nicht zur Thronfolge berechtigt.

Digitized by Google

10. September 1898 verlor der Kaiser auch seine geistig hochstehende, aber seit dem Tode des Sohnes tief verdüsterte und fast menschenscheu gewordene Gemahlin Elisabeth (geb. 1837) durch den Mordstahl des italienischen Anarchisten Lucheni in Genf.

Nach Taaffes Sturz ward ein Kabinett aus den drei genannten Parteien gebildet, in das von deutscher Seite v. Plener (für die Finanzen) und Graf Wurmbrand (für den Handel) eintraten und dessen Vorsitz der Fürst Alfred Windischgrätz übernahm. Dieses „Koalitionsministerium" sollte alle nationalen Kämpfe hintanhalten und eine Wahlreform zustande bringen, welche das beschränkte Wahlrecht zu erweitern hatte, ohne das allgemeine einzuführen. Über anderthalb Jahre ward der Landfriede mit Ach und Krach erhalten; als aber der Unterrichtsminister Madeyski (ein Pole) vorschlug, in der Stadt Cilli, die eine deutsche Sprachinsel im slowenischen Teil der Steiermark bildet, statt des bisher rein deutschen Gymnasiums ein „utraquistisches", d. h. beiden Nationen gehöriges Gymnasium zu errichten, und der Ausschuß des Reichsrats dafür zunächst 1500 Gulden verwilligte, beschlossen die deutschen Mitglieder des Ministeriums, welche in der Utraquisierung des Gymnasiums den ersten Schritt zu seiner Slowenisierung erblickten, am 18. Juni 1895 zurückzutreten. Hierauf löste sich das Kabinett auf. Die Erbschaft übernahm im September 1895 der polnische Graf Badeni. Zur gleichen Zeit vollzog sich auch ein Wechsel im gemeinsamen Ministerium des Auswärtigen, wo auf Graf Andrassy Freiherr v. Haymerle (1879—81) und nach dessen Tod Graf Kalnoky gefolgt war. Beide Nachfolger Andrassys hielten an dem Bund Österreich-Ungarns mit Deutschland und Italien unverbrüchlich fest; da aber Kalnoky anläßlich des Streits, der damals in Ungarn wegen der Zivilehe entbrannt war, sich weigerte, gegen den apostolischen Nuntius in Wien, Agliardi, der den Widerstand der klerikalen Ungarn schürte, in Rom vorstellig zu werden, so erzwang das Ministerium Banffy seinen Rücktritt, und das auswärtige Amt übernahm am 15. Mai 1895 der polnische Graf Agenor Goluchowski, der es bis zum 21. Oktober 1906 inne hatte. Als auch er es mit den Magyaren verdarb, ward der Petersburger Botschafter, Freiherr von Ahrenthal, sein Nachfolger.

Digitized by Google

Graf Badeni setzte am 7. Mai 1896 eine Wahlreform durch, nach der dem allgemeinen Stimmrecht die Wahl einer fünften Kurie (S. 93) von 72 Abgeordneten eingeräumt wurde; für diese Kurie ward jeder Österreicher als wahlberechtigt erklärt, der das 24. Lebensjahr zurückgelegt hatte und nicht im Gesindeverband oder beim Heere stand oder wegen Gant, Geistesstörung, Almosenempfang und sittlicher, gerichtlich festgestellter, Unwürdigkeit behindert war. Die Wahlen zu dieser Kurie (wie zur vierten der Landgemeinden) geschahen indirekt, also durch Wahlmänner. Badenis Art zu regieren glich insofern der Taaffes, als er sich auf die Klerikalen und Slawen stützte und den Deutschen viel Abtrag tat, freilich ohne dies einzugestehen. Da die „deutsch-liberale" Partei ihm aus Rücksicht auf die Interessen der Gesamtmonarchie nur zahmen Widerstand entgegensetzte und auch vielfach mit dem jüdischen Großkapital verquickt war, so verlor sie allmählich den Boden im Volk entweder an die scharf antisemitischen „Christlich-Sozialen" (die ihren tatkräftigen Führer Lueger (1844—1910) am 14. April 1897 sogar als Bürgermeister an die Spitze Wiens brachten) oder an die ebenfalls antisemitischen Männer der „schärferen nationalen Tonart", die „deutsche Volkspartei" und die noch schrofferen „Alldeutschen" unter v. Schönerer, Wolf, Iro, Eisenkolb, die einen möglichst engen Anschluß ans deutsche Reich erstrebten; von ihnen ging v. Schönerer so weit, daß er offen die Angliederung Deutsch-Österreichs ans deutsche Reich als sein Ziel bezeichnete und im Reichsrat zu Wien ein Hoch auf die Hohenzollern ausbrachte. Durch die persönlichen Gegensätze zwischen Wolf und Schönerer spalteten sich die „Alldeutschen" später wieder in zwei Fähnlein. Weil die katholische Geistlichkeit auch deutscher Zunge es meist mit den Slawen hielt, entwickelte sich seit 1898 unter dem Schlachtruf: „Los von Rom!" eine halb religiöse, halb nationale Bewegung, die den Übertritt zahlreicher katholisch getaufter Deutschösterreicher zur protestantischen oder altkatholischen Kirche zur Folge hatte. Nach den amtlichen Angaben des evangelischen Oberkirchenrats in Wien konnte der Reingewinn der evangelischen Kirche (die Übertritte aus ihr zur katholischen angerechnet) bis zum Jahr 1910 auf etwa 50 000 Seelen angeschlagen werden; mit andern Worten fiel jedes

Digitized by Google

Jahr mindestens die Bevölkerungszahl einer kleinen Stadt von Rom ab. Aus Deutschland ward die Bewegung von dem aus 200 000 Mitgliedern bestehenden „evangelischen Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen" (gestiftet am 5. Oktober 1886, S. 76) und vom Gustav-Adolfsverein (gestiftet 1832) tatkräftig unterstützt. In Österreich trat ihr der 1903 neu organisierte Bonifatiusverein durch den Bau von Kirchen und Verbreitung gemeinverständlicher Flugblätter entgegen und erzielte nach seinen Angaben z. B. 1906 etwa 1100 Rücktritte zur katholischen Kirche.

Am 5. April 1897 erließ Graf Badeni zwei Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren, kraft deren sämtliche Beamte in diesen Ländern vom 1. Juli 1901 ab sowohl der deutschen als der tschechischen Sprache mächtig sein sollten und im inneren Dienst allen Parteien in ihrer Muttersprache Bescheid zu erteilen war. Da diese Forderungen von den tschechischen Beamten fast ausnahmslos, von den deutschen aber nur selten erfüllt wurden, die an sich keinen Anlaß hatten, die Sprache eines kleinen Volkes zu erlernen, so drohten die Verordnungen Böhmen und Mähren ausschließlich tschechischen Beamten zu überliefern. Um das abzuwehren, griffen die deutschen Abgeordneten des Reichsrats, welche gerade damals die bisher vereinigte „deutsche Linke" aus Versteifung auf Fraktionsstandpunkte hatten in die Brüche gehen lassen, zur schärfsten Waffe, zur Obstruktion, die mit endlosen, gelegentlich 12 Stunden langen Reden, mit ebenso endlosen Abänderungsanträgen zu den Vorlagen, schließlich mit Pfeifen, Trommeln, Zuschlagen der Pultdeckel geführt wurde. Als nun die slawisch-klerikale Mehrheit am 25. November 1897 unter dem Vorsitz des Polen Abrahamowicz (der Deutsche Kathrein von der „katholischen Volkspartei" hatte das Präsidium niedergelegt, von nationaler Scham ergriffen) in rechtswidriger Weise den Beschluß faßte, daß ein zweimal zur Ordnung gerufener Redner von den drei nächsten Sitzungen sollte ausgeschlossen werden dürfen, und elf deutsche Abgeordnete, welche sich dem nicht fügten, durch 62 Polizisten gewaltsam aus dem Saal entfernt wurden, entstand in Wien eine furchtbare Gärung unter der Bürgerschaft. Der Gemeinderat faßte, ohne Unterschied der Parteien, den Beschluß über

Digitized by Google

Schritte zur Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes zu beraten; Tausende von Menschen schickten sich an, die ausgeschlossenen Abgeordneten mit Gewalt ins Parlament zurückzuführen; beim Burgtheater kam es zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht und zu Verwundungen. In den Provinzen, in Asch in Nordwestböhmen, in Graz, ereigneten sich ähnliche Kundgebungen, wobei in Graz durch das bosniakische Militär 2 Menschen erschossen wurden. Angesichts solcher Dinge fürchtete der Kaiser Franz Joseph eine Kluft zwischen der Dynastie und dem deutschen Volk aufzureißen, welche vielleicht durch nichts mehr zu überbrücken war; er sagte Badeni auf, entließ am 28. November 1897 das Ministerium und vertagte den Reichsrat. In Prag ward das tschechische Volk darüber so erbittert, daß das Standrecht verkündigt werden mußte.

Nun folgten rasch nacheinander die Ministerien Gautsch v. Frankenthurn (28. November 1897), der am 5. März 1898 die Sprachenverordnungen der Form nach zurückzog, aber sie aus Angst vor den Tschechen im Wesen beibehielt; des Grafen Franz Thun-Hohenstein (7. März 1898), des Grafen Manfred Clary (2. Oktober 1899), der die Sprachenverordnungen endgültig aufhob, v. Witteks, der am 19. Dezember 1899 ein Beamten-Ministerium bildete, und endlich das Ministerium v. Körbers (18. Januar 1900). Dieser versuchte im Mai 1900 den Nationalitätenstreit durch ein Gesetz über den Gebrauch der Sprachen zu schlichten, stieß aber bei Deutschen *) und Tschechen auf solchen Widerstand, daß er den

*) Deren Standpunkt ward festgelegt im Pfingstprogramm von 1899, das von den fünf Gruppen der deutschen Fortschrittspartei, der deutschen Volkspartei, dem verfassungstreuen Grundbesitz, den Christlich-Sozialen und der freien Vereinigung einhellig gutgeheißen wurde. Es ist sehr umfangreich; als Hauptpunkte können gelten: 1. Erhaltung der Verfassung und des Einheitsstaats Österreich. 2. Pflege des Bündnisses und geistigen Zusammenhanges mit dem deutschen Reich. 3. Deutsche Sprache, nicht als Staatssprache, aber als Vermittlungssprache der verschiedenen Nationalitäten, bezw. Behörden, besonders als Sprache des Heeres. 4. Zweiteilung Böhmens und Mährens in einen deutschen und tschechischen Verwaltungsteil mit der entsprechenden Amtssprache. 5. Nationale Kurien im böhmischen und mährischen Landtag und Veto des einen Teils gegen

Digitized by Google

durch tschechische Obstruktion arbeitsunfähig gewordenen Reichsrat auflöste und mangels eines Gesetzes über den Staatshaushalt die Bedürfnisse des Staats gemäß dem § 14 der Verfassung (den sog. Notparagraphen) ohne Gesetz bestritt. Alle diese Dinge wirkten auch auf die Gesamtmonarchie störend ein. Der Ausgleich vom 24. Dezember 1867 mußte alle zehn Jahre unter Mitwirkung der Gesetzgebungskörper erneuert werden: 1897 war dies unmöglich, weil ein arbeitsfähiges österreichisches Parlament infolge des Nationalitätenkampfes nicht vorhanden war. So blieb nichts übrig, als die zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Ministerium 1896 getroffene Abkunft, wonach das bisher bestandene Zoll- und Handelsbündnis zwischen beiden Reichshälften in eine bloße Zollgemeinschaft verwandelt und Ungarn in der Verwaltung der österreichisch-ungarischen Bank gleichberechtigter Teilhaber wurde, am 20. Juli 1899 durch kaiserliche Verordnung in Kraft zu setzen und am 30. Dezember 1899 den Anteil („Quote") beider Staaten an den gemeinsamen Kosten ebenfalls durch kaiserlich-königliche Verordnung zu regeln. Österreich sollte demgemäß statt $68^{6}/_{10}$ % künftig $66^{16}/_{49}$ tragen, Ungarn statt $31^{4}/_{10}$ künftig, da sein Reichtum zugenommen hatte, $33^{3}/_{49}$. Diese Bestimmungen sollten statt des parlamentarisch nicht zu erledigenden Ausgleichs bis 1907 gelten. Die endgültige Verabschiedung eines neuen Ausgleichs — um dies hier gleich vorwegzunehmen — zog sich bei dem Gegensatz Österreichs und Ungarns bis 5. Oktober 1907 hin, wo es endlich gelang, ihn bis 1917 zu verlängern; im Dezember stimmten die Parlamente zu. Die Quote ward dabei für Österreich auf 63,6, für Ungarn auf 36,4 festgesetzt.

Die Neuwahlen vom Januar 1901 verschafften den radikalen Parteien des Reichsrats eine namhafte Verstärkung; die „All-

---

den andern bei nationalen Fragen. 6. Schutz des Deutschtums vor der Beeinflussung durch das einer autonomen Sonderstellung sich erfreuende Galizien (dessen 78 Abgeordnete zum Reichsrat dort das slawische Element sehr stärkten, während doch Galizien selbst sich vielfach den Reichsgesetzen entziehen konnte). 7. Im Verhältnis zu Ungarn der Grundsatz gleicher Rechte und gleicher Pflichten (unter Ablehnung der bisherigen Bevorzugung Ungarns).

Digitized by Google

deutschen" erlangten allein 21 Sitze, deren Inhaber meist zum Protestantismus übergetreten waren, so der treffliche Eisenkolb. Die Zahl der deutschen Abgeordneten belief sich auf 182, die der Slawen auf 172 (69 Tschechen, 65 Polen, 16 Slowenen, 11 Ruthenen, 9 Kroaten, 2 Serben), der Italiener auf 19, der Rumänen auf 5; dazu kamen noch einige kleinere Gruppen (10 Sozialdemokraten). Dadurch, daß der gewandte Staatsmann Körber die Pflege der volkswirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellte und 750 Millionen für den Bau von Eisenbahnen und von Kanälen zwischen Donau, Elbe und Oder forderte, gelang es ihm, den Reichsrat zu schöpferischer Tätigkeit zu bewegen, die Annahme der Vorlagen durchzusetzen und im Mai 1902 erstmals nach vier Jahren wieder ein Gesetz über den Staatshaushalt zustande zu bringen. Gleichwohl mußte Körber Ende 1904 zurücktreten, weil er den Tschechen zu deutschfreundlich war. Sein Nachfolger wurde am 31. Dezember 1904 wieder (S. 318) Gautsch v. Frankenthurn, der dem Andringen der Sozialdemokraten auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts zunächst entschieden widerstrebte, dann aber unter dem Eindruck der russischen Revolution und eines zugunsten des allgemeinen Stimmrechts unternommenen Aufzugs von angeblich 250000 Menschen in Wien am 28. November 1905 plötzlich in wenig rühmlicher Weise umfiel und die Einbringung eines Gesetzes über das allgemeine Wahlrecht zusagte. Indessen weder er, der am 30. April 1906 vor dem Widerstand der Polen und Deutschen gegen seinen Wahlrechtsentwurf zurückwich, noch sein nächster Nachfolger Konrad v. Hohenlohe, der „rote Prinz", der die allzugroße Nachgiebigkeit der Krone gegen die Ungarn nicht mitmachen wollte (diesen gestattete der Kaiser den gemeinsamen Zolltarif als „autonomen" Tarif an den Pester Reichstag zu bringen), haben die Wahlreform ans Ziel geführt.

Dies gelang erst dem dritten Nachfolger Körbers, dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Beck, der am 3. Juni unter dem Einfluß der allgemeinen Erbitterung der Österreicher über die Ansprüche der Ungarn wieder (wie 1893) ein Koalitionsministerium zustande brachte. Diesem gehörten an die Deutschen Derschatta (Eisenbahnen), Marchet (Unterricht) und Prade (als sog. deutscher Landes-

Digitized by Google

mann-Minister); von den Tschechen traten Forscht (Handel) und Pacák (als tschechischer Landsmann-Minister) ein, von den Polen Korytowski (Finanzen) und Graf Dzieduszycki (als polnischer Landsmann-Minister). Die Schwierigkeit der Aufgabe Becks lag darin, daß er 1. die Polen befriedigen sollte, welche bei dem voraussichtlichen Verlust vieler Wahlkreise an die bisher unterdrückten Ruthenen eine Vermehrung ihrer Sitze verlangten, und daß es 2. galt, die Deutschen, Italiener und Rumänen vor einer slawischen Mehrheit möglichst sicher zu stellen, ohne den Slawen die Annahme des Gesetzes durch allzugroße Einschränkung ihrer ziffermäßigen Überlegenheit zu verleiden. Daß die Wahlreform im Interesse des nationalen und sozialen Friedens unbedingt nötig sei und beide herbeiführen werde, da sie an Stelle des verkünstelten bisherigen Wahlsystems nach den fünf Kurien ein klares, einfaches und gerechtes Prinzip setze, ward von allen drei Ministerpräsidenten, welche an das schwere Werk ihre staatsmännische Kraft setzten, gleichermaßen betont, und die Hoffnung, daß dem so sein werde, brach sich so entschieden Bahn, daß der Widerstand derer, welche aus konservativen Gesinnungen heraus oder aus Sorge vor noch verschärften und erschwerten nationalen Kämpfen gern Nein gesagt hätten, mehr und mehr erlahmte. Schließlich ward die Zahl der Abgeordnetensitze, die Gautsch auf 425, Hohenlohe auf 495 angesetzt hatte, auf 516 erhöht; die Bezirke wurden national so abgegrenzt, daß die Deutschen und die Tschechen je für sich wählten und so Nationalitätenkämpfe bei der Wahl ausgeschlossen wurden. Von den 516 Sitzen wurden auf diese Weise den Slawen 259 zugeschieden (108 Tschechen, 81 Polen, 33 Ruthenen, 37 Slowenen, Kroaten und Serben). Den Deutschen fielen 233 zu, den Italienern 19, den Rumänen in der Bukowina 5, so daß die Nichtslawen mit 257 Stimmen den 259 Slawen fast genau die Wage hielten. Der Bevölkerungsziffer nach stellen die Deutschen in Österreich 36%, die Tschechen 23%, die Polen 16%, die Ruthenen 13%, die drei Zweige der Südslawen (Slowenen, Kroaten, Serben) 8%, die Italiener 3%, die Rumänen 1%. Der Unterschied zwischen der Zahl der Mandate und der Köpfe springt in die Augen; den 36% der Deutschen in der Bevölkerung stehen 45% im Parlament gegenüber; während

Digitized by Google

auf durchschnittlich 42000 Deutsche ein Sitz kommt, entfällt bei den Tschechen einer erst auf 56000. Dieser Unterschied rechtfertigt sich aber durch das höhere Maß der Bildung, das die Deutschen heute noch trotz der unleugbaren Hebung des tschechischen Bildungsdurchschnitts aufweisen, und durch ihre beträchtlich höhere Steuerleistung, welche etwa 60% des Gesamtertrags der Steuern Österreichs, also reichlich das Anderthalbfache der deutschen Volkszahl, ausmacht. Am Ende galt es noch, die Besorgnis der Nichtslawen zu zerstreuen, daß später einmal die slawische Zweistimmenmehrheit die Verfassung abändern und die Zahl der slawischen Mandate erhöhen, die der nichtslawischen verringern könnte. Dem vorzubeugen war die Bestimmung getroffen, daß die Wahlkreiseinteilung nur bei Anwesenheit von 343 Abgeordneten (344 wäre eine Zweidrittelmehrheit) abgeändert werden kann; es dürfen also nicht mehr als 173 Abgeordnete fehlen, und da die Nichtslawen 257 Mann stark sind, so haben sie es in der Hand, durch einfaches Wegbleiben einen Abänderungsbeschluß unmöglich zu machen. In dieser Gestalt ward die Vorlage am 1. Dezember 1906 im Abgeordnetenhaus mit 149 gegen 63 Stimmen angenommen; nicht weniger als 168 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung, weil sie Ja nicht sagen wollten und Nein zu sagen nicht wagten. Noch blieb die Zustimmung des Herrenhauses zu gewinnen, in dem eine starke, charaktervolle Opposition schon von vornherein den schwächlichen Frontwechsel des Ministeriums Gautsch vom 28. November 1905 scharf getadelt hatte. Aber sie war nicht zahlreich genug, um eine Mehrheit gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht zu bilden; als die Regierung und das Abgeordnetenhaus am 10. Januar 1907 dem Herrenhaus den sog. numerus clausus zugestanden, d. h. die Bestimmung, daß die Krone nicht mehr als 150 lebenslängliche Mitglieder ernennen darf, und so eine Bürgschaft gegen allzuleichte Brechung einer Herrenhausmehrheit durch unbegrenzten Pairsschub errichtet war, gab auch das Oberhaus der Reform mit großer Mehrheit gegen etwa 20 Stimmen seine Genehmigung, und am 28. Januar 1907 wurde das letzte Kurienparlament Österreichs aufgelöst.

Die Neuwahlen wurden am 14. Mai vollzogen. Sie stellten einen großen Erfolg der Christlich-Sozialen und der

Digitized by Google

Sozialdemokraten dar, welche 59, bezw. 56 Sitze im ersten Anlauf eroberten, während die andern deutschen Fraktionen und die Jungtschechen zunächst fast ohne Vertretung blieben. Die Stichwahlen, die sich in Galizien bis zum 7. Juni hinzogen, halfen ihnen aber wieder einigermaßen auf. Das Schlußergebnis war, daß die durch den Anschluß von 30 Altklerikalen auf 98 Mann gewachsenen Christlich-Sozialen als stärkste Fraktion am 25. Juni 1907 den Präsidenten des neuen Abgeordnetenhauses, den Wiener Magistratsdirektor Weiskirchner, stellten; von 480 Stimmen erhielt er 351, der Sozialdemokrat Pernerstorfer 101. Die Sozialdemokraten zählten 87 Mann, die liberalen Deutschen 86 (aber in die S. 316 genannten drei oder gar vier Fraktionen zerspalten!), die Jungtschechen 20, die Alttschechen 6, die tschechischen Bauernbündler 30, die konservativen Polen 13, die demokratischen 25: eine bunte Musterkarte von Nationalitäten und Standpunkten! Das Abgeordnetenhaus erfüllte die parlamentarischen Pflichten ohne zu große Reibungen; dagegen rief in Böhmen die Weigerung der Tschechen, unter fünf Landtagsaktuaren wenigstens einen deutschen zu bestellen, im Oktober 1908 wieder die deutsche Obstruktion gegen alle Geschäfte hervor, und der Landtag mußte ohne Ergebnis vertagt werden. Die Erbitterung der Tschechen über diese Vertagung, welche sie als einen Beweis der Schwäche der Regierung gegenüber den Deutschen ansahen, führte zum Rücktritt des Ministeriums Beck am 7. November 1908, und da ein parlamentarisches Kabinett nicht zustande zu bringen war, trat der bisherige Minister des Innern, Freiherr v. Bienerth, an die Spitze eines aus Beamten gebildeten Ministeriums. In Prag kam es während sechs langen Wochen zu wiederholten förmlichen Szenen des Aufruhrs; auf der Hauptstraße, dem „Graben" wurden die farbentragenden deutschen Studenten und jeder, der öffentlich deutsch sprach, geprügelt, bis v. Bienerth endlich, als der Pöbel die schwarzgelben Fahnen in den Kot trat, am selben Tag, da der Kaiser sein 60jähriges Regierungs-Jubiläum feierte, am 2. Dezember 1908, das Standrecht ankündigen und bis 15. früh handhaben ließ. Die tschechischen Radikalen wollten aus Rache die Beratung des Staatshaushalts im Reichsrat verhindern, wurden aber am 15. Dezember mit

Digitized by Google

Hilfe der Sozialdemokraten niedergestimmt. v. Bienerth versuchte am 3. Februar 1909 ein Gesetz durchzubringen, wonach Böhmen in 139 tschechische, 95 deutsche und 5 gemischte Gerichtsbezirke zerlegt werden sollte: in den einsprachigen Bezirken sollten sich die Behörden grundsätzlich ihrer Sprache als Amtssprache bedienen; in den zweisprachigen sollte der Verkehr mit den Parteien in deren Sprache geschehen. Allein die Radikalen unter den Tschechen bekämpften diese Vorlage mit schärfster Obstruktion; der Reichsrat mußte am 5. Februar geschlossen werden, und die slawischen Fraktionen des Abgeordnetenhauses außer den Polen und Jungruthenen bildeten am 18. Februar die „slawische Vereinigung", die 125 Mann zählte. Ihr stellte sich am 26. Februar 1910 ein liberaler „deutscher Nationalverband" von 77 Mann entgegen (15 deutsch-fortschrittliche, 13 deutsch-radikale und 49 deutsch-nationale). Am 10. März 1910 verloren die Christlich-Sozialen ihren genialen Führer Lueger durch den Tod. Neue Versöhnungsversuche zwischen Deutschen und Tschechen scheiterten, und am 30. März 1911 sah sich Bienerth genötigt, das Abgeordnetenhaus, das die Hoffnungen auf das allgemeine Wahlrecht schnöde enttäuscht hatte, aufzulösen. Die Neuwahlen vom 14., bezw. 20. Juni (Tag der Stichwahlen) ergaben in Wien durch den Zusammenschluß der Gegner eine zerschmetternde Niederlage der Christlich-Sozialen, die für ihren volkstümlichen Führer keinen Ersatz hatten und seit dessen Hingang innerlich zerklüftet waren; von ihren bisherigen 20 hauptstädtischen Mandaten (unter 33) behaupteten sie nur 4, während 20 an die Sozialisten und 9 an den deutschen Nationalverband fielen. Dieser gewann erfreulicherweise 25 Sitze und ward mit 104 Mann die stärkste Partei des neuen Abgeordnetenhauses; er setzte sich aus 56 Fortschrittlichen, 21 Radikalen, 24 Agrariern und 3 Arbeitern zusammen. Die Christlich-Sozialen sanken von 96 auf 76; alle ihre Führer, Prinz Liechtenstein, Pattai, Neumayer (der Bürgermeister von Wien), Weiskirchner, Geßmann, Wittek, fielen durch. Die Sozialdemokraten glichen ihre empfindlichen Verluste in Böhmen an Deutsche und Tschechen durch ihre Siege in der Reichshauptstadt aus. Bei den andern Parteien traten keine großen Veränderungen ein. Klerikale wurden, alle Nationen zusammengerechnet, nur 112 gezählt. Über die durch die Ein-

Digitized by Google

verleibung Bosniens und der Herzegowina (am 5. Oktober 1908) herbeigeführten Weiterungen siehe unten in Kapitel 14.

In Ungarn, dem 1872 auch die sog. Militärgrenze einverleibt wurde, war die liberale Partei, welche 1867, von Franz Deák geführt, den Ausgleich mit der Dynastie abgeschlossen hatte, fast 40 Jahre lang ununterbrochen am Ruder. Von 1875—90 leitete der protestantische Kalman Tisza (sprich: Tissa, 1830 bis 1902) die Geschäfte, seit Deáks Tod (1876) als der unbedingt maßgebende Mann. Er war energisch und klug und regierte in schroff magyarischem Sinn, was die nicht magyarischen „Nationalitäten" der Rumänen, Kroaten, Slowaken, Serben und Deutschen schwer zu empfinden hatten. Persönlich war er unantastbar; zur Erhaltung des Regiments seiner Partei aber schreckte er vor keinem Mittel zurück, auch nicht vor Bestechung. Mit rücksichtsloser Tatkraft gab er dem vorher in isolierte Teile zerfallenden Lande eine einheitliche Verwaltung und legte sie in die Hände des magyarischen Landadels, der immer das politische Rückgrat der Nation gewesen war; die magyarische Sprache ward zur Amtssprache erhoben, selbst für die Protokolle der Kreistage der „Nationalitäten"; die Universitäten wurden magyarisiert, magyarische Staatsschulen mitten in nichtmagyarischen Landesteilen errichtet und das Magyarische schließlich 1882 zum Pflichtfach selbst in den von den Kirchen oder Gemeinden unterhaltenen Volksschulen erhoben, nicht bloß in den wenigen, welche der Staat bezahlte. In Kroatien, das nach dem Ausgleich von 1868 selbständige Verwaltung, Justiz, Unterricht und Kultus hat, forderte zwar eine „Rechtspartei" unter Bischof Stroßmayer Trennung von Ungarn und volle Selbständigkeit; aber sie war in der Minderheit. Tisza verstaatlichte ferner die großen Eisenbahnlinien, so daß der Staat den Landverkehr zwischen West- und Südosteuropa beherrschte, und der Verkehrsminister Baroß führte seit 1886 den sog. Zonentarif ein und beseitigte die der Schiffbarkeit der Donau am eisernen Tor entgegenstehenden Schwierigkeiten mit Hilfe deutscher Ingenieure. Am Ende stürzte Tisza im März 1890 tatsächlich über dem Ekel an der durch ihn groß gezogenen parlamentarischen Verderbnis, formell über der Frage der Herstellung der 48er Verbannten. Sein Nachfolger ward Graf Szapary (1832

Digitized by Google

bis 1905); ihm folgte 1892 Wekerle (geb. 1848). Im Jahr 1894 wurde trotz des Widerstandes, den der König Franz Joseph und das Magnatenhaus längere Zeit leisteten, die Zivilehe, die Freigabe der Konfessionslosigkeit für jeden Staatsbürger und die Anerkennung der mosaischen Religion als einer den christlichen Konfessionen gleichberechtigten Religionsform gesetzlich festgelegt; der Einfluß des Judentums, das einen sehr großen Teil des tief verschuldeten magyarischen Großgrundbesitzes an sich brachte, auf die liberale Partei trat aus diesem Anlaß deutlich zutage. Im Jahr 1896 wurde der tausendjährige Bestand („Millennium", 896—1896) des ungarischen Staates glanzvoll begangen; unter dem Eindruck dieser Feier erlangte die liberale Partei nochmals eine große Mehrheit bei den Wahlen. Die „Nationalitäten" konnten bei einem Wahlsystem, das von 6 volljährigen Männern nur je einem eine Stimme gab und den Grundbesitz bevorzugte, und bei der skrupellos von der Regierung geübten Beherrschung und sogar Fälschung der Wahlen nichts ausrichten. Ein Gesetz des Ministeriums Banffy (1843—1911) (seit 1895) von 1896 schaffte alle nichtmagyarischen Ortsnamen im Bereich der ganzen Monarchie ab; Fünfkirchen hieß nun amtlich Pecs, Hermannstadt Nagy Szeben usw.; nur den kirchlichen Behörden ward Dank dem Eingreifen der Magnatentafel gestattet, die alten Namen weiter zu gebrauchen. Auch als im Februar 1899 auf den gewalttätigen Banffy der gemäßigte Szell (geb. 1845) im Ministerpräsidium folgte, ward die Unterdrückung der „Nationalitäten" nicht wesentlich geringer. Der herrschende Stamm zählte zwar im eigentlichen Ungarn (ohne Kroatien) nur 51,4 % der (gegen 20 Millionen betragenden) Gesamteinwohnerschaft des Staates; ihm stehen 48,6 % „Nationalitäten" entgegen, 16,6 % Rumänen, 11,9 % Deutsche im Banat (Temesvar) und Siebenbürgen (die tapfern „Sachsen"), 11,9 % Slowaken, 2,6 % Serben, 2,5 % Ruthenen, 1 % Kroaten, dazu eine Anzahl Zigeuner und Armenier. Konfessionell sind gegen 40 % römisch-katholisch, 11 % sog. mit Rom unierte Griechen, 22 % evangelisch, 13 % orthodoxe Griechen, 5 % Juden. Trotzdem suchten die Magyaren mit allen Mitteln die „Nationalitäten" zurückzudrängen und ihrem Stamm die entschiedene Mehrheit zu verschaffen, und das Beispiel des sprachlich und politisch

Digitized by Google

unheilbar zerklüfteten Österreich spornte sie an, auf ihrem Boden die Einheitlichkeit der Nation mit aller Energie zu erstreben. Die Magyaren betrieben auch immer offener die Lösung des 1867 festgelegten Verhältnisses zu Österreich und die Erreichung voller Unabhängigkeit ihres Staats. Die von Franz Kossuth, dem Sohn des Diktators von 1849 (geb. 1841) geführte „Unabhängigkeitspartei" schrieb dies offen auf ihre Fahne; die liberale Partei war im Herzen kaum anders gesinnt und legte nur aus Rücksicht auf den König und den Ausgleich von 1867 sich einige Beschränkung auf. Vor allem wünschten die Magyaren statt des 1867 gesetzlich festgelegten gemeinsamen Heers, dessen Leitung und Organisation nach Artikel 12, § 11 des Ausgleichs ausschließlich der Krone zusteht, ein besonderes magyarisches Heer mit eigenem Offizierkorps und eigener Kommandosprache zu schaffen. 1903 kam es darüber zu einer schweren Krisis; im Armeebefehl aus Chlopy in Galizien erklärte der König am 16. September 1903: „Gemeinsam und einheitlich, wie mein Heer ist, soll es bleiben." Schließlich aber räumte er, der schon 1894 das Nachgeben vor der magyarischen Hartnäckigkeit gelernt hatte, die Anbringung besonderer ungarischer Abzeichen an den Fahnen ein; die deutsche Kommandosprache hielt er jedoch unentwegt fest. Daraufhin übernahm Stephan Tisza, der Sohn Kalmans (geb. 1861) am 26. Oktober 1903 das Ministerpräsidium, stieß aber bei der Unabhängigkeitspartei, die mit dem von der Krone gemachten Zugeständnis nicht zufrieden war, auf zähen, durch Obstruktion geführten Widerstand. Um ihn zu brechen, ließ Tisza am 18. November 1904 eine neue „Hausordnung" des Abgeordnetenhauses durch den Präsidenten Perczel als angenommen verkündigen, obwohl eine regelrechte Abstimmung wegen der Obstruktion nicht hatte stattfinden können; die neuen Vorschriften sollten die Erstickung der Obstruktion ermöglichen. In dem nun heftiger als je auflodernden Kampf schlossen sich die Unabhängigkeitspartei, die klerikale „katholische Volkspartei" unter Graf Aladar Zichy (sprich: Sitschy) und 22 aus der liberalen Partei ausgetretene „Dissidenten" unter Graf Julius Andrassy (geb. 1860), dem Sohn des früheren auswärtigen Ministers, zur „Koalition" zusammen, und diese erfocht bei den Neuwahlen vom 26. Januar 1905 einen entscheidenden Sieg, der

Digitized by Google

bewies, wohin die magyarische Volksseele strebte. Die liberale Partei kam erstmals seit 1867 in die Minderheit; sie behielt nur 151 Sitze, während 159 der Unabhängigkeitspartei, 27 den liberalen Dissidenten und 24 der katholischen Volkspartei, gegen 50 den kleineren Fraktionen zufielen; davon zählten die nichtdeutschen „Nationalitäten" (die Siebenbürger Deutschen, die „Sachsen", hielten zur liberalen Partei) ganze 9 Mandate, während sie über 48% des Gesamtvolks ausmachten! Graf Tisza mußte abdanken; in die Bresche trat am 3. Juni 1905 der frühere Minister der ungarischen Landwehr („Honvéd"), der 72jährige Freiherr Geza Fejérvary, der mit soldatischer Treue die Sache seines Königs gegen seine rebellischen Landsleute deckte und deren Wüten gegenüber mit Festigkeit seine Stellung behauptete. Um den Widerstand zu brechen, erlangten Fejérvary und sein tapferer Kollege Kristoffy, der Minister des Innern, unter großen Schwierigkeiten von dem Monarchen am 21. Oktober 1905 das Zugeständnis, das allgemeine Wahlrecht vorschlagen zu dürfen, das, ehrlich angewandt, die magyarische Vorherrschaft brechen und so den maßlosen Forderungen des Magyarentums von selbst ein Ende bereiten müßte. Um diese Wendung zu verhüten, entschloß sich die Koalition am 6. April 1906, die ihr von Franz Joseph wiederholt angebotene Regierung unter dem vorläufigen Verzicht auf die magyarische Kommandosprache zu übernehmen. Den Vorsitz im neuen Kabinett übernahm wieder Wekerle; neben ihm versah Graf Andrassy das Innere, Kossuth das Handelsministerium, der mehr als anrüchige Polonyi die Justiz, Graf Apponyi den Unterricht. Bei den nun angeordneten Neuwahlen gewann die Unabhängigkeitspartei 240 Sitze und ward zur beherrschenden Fraktion; die einst allmächtige liberale Partei löste sich völlig auf; aus den Dissidenten erwuchs die „Verfassungspartei". Aber ein drohendes Anzeichen, daß wer Wind gesät hat, Sturm ernten wird, war das Anwachsen der „Nationalitäten" auf 26, mit den 12 Sachsen auf 38 Mann — trotz des schlechten Wahlgesetzes, das durch das allgemeine Wahlrecht zu ersetzen das Kabinett Wekerle, angesichts der österreichischen Wahlreform, am 6. April widerwillig hatte versprechen müssen. Der Entwurf aber, den Andrassy im November 1908 an den Reichstag brachte, war

Digitized by Google

offensichtlich darauf berechnet, das allgemeine Stimmrecht wirkungslos zu machen und die magyarische Vorherrschaft zu erhalten, indem es die Forderung aufstellte, daß, wer eine Wahlstimme haben wolle, müsse lesen und schreiben können, während die Analphabeten nur zu je zehn eine Stimme haben sollten, und das Mehrstimmenrecht gewissen Klassen von Staatsbürgern gewährte; er stieß deshalb auch auf den heftigsten Widerstand der „Nationalitäten" und der großenteils sozialistischen Industriearbeiter. Zur parlamentarischen Verhandlung kam der Entwurf nicht. Da auch die Koalition von dem König die Errichtung einer eigenen ungarischen Bank und neue Zugeständnisse in der Richtung eines eigenen ungarischen Heeres verlangte, so ernannte der König nach endlosen Verhandlungen am 11. Januar 1910, während deren die Unabhängigkeitspartei am 12. November 1910 in einem gemäßigten Flügel unter Kossuth und einem unnachgiebigen unter Justh auseinanderbrach, den Grafen Khuen-Héderváry zum Ministerpräsidenten. Dieser gründete die „nationale Arbeitspartei", welche an Stelle der fortgesetzten staatsrechtlichen Zänkereien wirkliche Arbeit leisten sollte, und erfocht bei den Wahlen vom 1.—10. Juni 1910 einen großen Sieg; von 413 Abgeordneten gehörten der Arbeitspartei 250 an; Justh musterte noch 37, Kossuth 47 Getreue — 84 statt vorher 240! Das neue Abgeordnetenhaus bewilligte am 31. Juli eine Anleihe von 560 Millionen Kronen zur Deckung der notwendigen Ausgaben, und da Frankreich aus Groll über Ungarns Zugehörigkeit zum Dreibund kein Geld hergab, so trat Deutschland in die Lücke; deutsche Banken schossen die erforderliche Summe vor, was in Ungarn die Zuneigung zu dem starken und hilfsbereiten Verbündeten sehr verstärkte.

Von der Erneuerung des Ausgleichs mit Österreich war schon S. 319 die Rede.

Digitized by Google

Viertes Kapitel

Skandinavien 1871—1911

Soweit die skandinavischen Staaten Schweden, Norwegen und Dänemark für eine Erzählung wie die unsere überhaupt in Betracht kommen, ist folgendes zu erwähnen.

Dänemark stand dem deutschen Reiche von dem Krieg von 1864 und dem Verlust der Elbherzogtümer her feindselig gegenüber, und der Umstand, daß die Töchter Christians IX. und seiner Gemahlin Luise, Alexandra und Dagmar, 1863 und 1866 mit den Thronfolgern von England und Rußland, Albert und Alexander, vermählt wurden, hat der deutschen Politik in London und St. Petersburg oft erhebliche Hemmnisse bereitet. Die Dänen konnten sich in die neue, 1864 und 1870 geschaffene Lage begreiflicherweise lange nicht finden, und der Artikel 5 des preußisch-österreichischen Prager Friedens von 1866, der den Bewohnern der nördlichen Bezirke Schleswigs das Recht einer freien Abstimmung behufs Wiedervereinigung mit Dänemark nicht verlieh, aber in Aussicht stellte, hielt in Kopenhagen die Hoffnung wach, daß wenigstens ein Teil der Einbuße hereingebracht werden könne. Wiederholte Verhandlungen zwischen Preußen und Dänemark, welche „nördliche Bezirke" Schleswigs etwa zur Abstimmung zugelassen werden sollten, führten aber nicht zu einem Einvernehmen, da Preußen größere deutsche Sprachinseln nicht preisgeben wollte und konnte, und am 11. Oktober 1878 kamen Preußen und Österreich überein, daß Artikel 5 aufgehoben sein solle; die förmliche Unterzeichnung des Abkommens erfolgte am 11. Januar 1879, die Veröffentlichung am 4. Februar. Damit entfiel jede Aussicht des Wiedergewinns für die Dänen, welche nicht kraft eigenen Rechts, sondern nur auf Österreichs Verlangen eine Abstimmung hätten erreichen können. Zwar ward dadurch die dänische Agitation in Nordschleswig nicht gebrochen; im November und Dezember 1898 wurden durch den Oberpräsidenten v. Köller etliche 70 Wühler ausgewiesen, auch fanatisch dänisch gesinnte Hofbesitzer durch Ausweisung ihrer däni-

Digitized by Google

schen Dienstboten gestraft, da man ihnen selbst nicht zu Leibe gehen konnte. Die vollzogenen Tatsachen übten aber doch auf die Dänen allmählich eine gewisse Wirkung; Kaiser Wilhelm II. zeigte ihnen, die ihn 1888 bei seinem ersten Besuch in Kopenhagen noch auspfiffen, bei jeder Gelegenheit hochherzige Versöhnlichkeit, und allmählich besserte sich das Verhältnis so, daß am 11. Januar 1907 unter Christians IX. (der am 29. Januar 1906 im 88. Lebensjahr starb) Nachfolger und Sohn Friedrich VIII. (geb. 1843) ein Vertrag zwischen beiden Staaten zustande kam, der den 3400 staatlosen Kindern der sog. schleswigschen Optanten (welche sich nach 1864 für die dänische Staatsangehörigkeit unter Verbleib in Schleswig entschieden hatten) die Erlangung des preußischen Staatsbürgerrechts ermöglichte. Der Vertrag, welcher unliebsamen Verhältnissen abhalf, war ein Zeichen der hergestellten freundlichen Nachbarschaft und ward auch von der dänischen Presse so beurteilt; die deutschen Nordschleswiger freilich empfanden den Zuwachs an dänisch gesinnten Staatsbürgern als eine unerwünschte Maßnahme, und die Auffassung, als ob Dänemark auf Schleswig ein moralisches Anrecht habe, ist in Dänemark keineswegs erloschen. Den Bestrebungen der Isländer nach größerer Selbständigkeit, welche bei manchen bis zu Lostrennungsgedanken gediehen, kam Dänemark 1908 durch einen Entwurf entgegen, der die Verfassung von 1874 erweiterte. Im April 1908 wurde in Dänemark den Frauen das aktive und passive Gemeindewahlrecht erteilt; es gab bei den Wahlen vom März 1909 456 000 männliche und 424 000 weibliche Wähler, und aus den Wahlen gingen 9762 männliche und 427 weibliche Gemeinderäte hervor. Schamlose Betrügereien des früheren liberalen Justizministers Alberti wurden im August 1908 aufgedeckt und führten zu einer Umgestaltung des liberalen Ministeriums; Alberti selbst erhielt am 17. Dezember 1910 acht Jahre Zuchthaus.

Norwegen und Schweden waren seit 1814 durch Real-Union verbunden; d. h. sie hatten nicht nur ein und dasselbe Herrscherhaus, sondern auch gewisse gemeinsame Einrichtungen, so ein gemeinsames Handels-Konsulatswesen und eine gemeinsame Flagge. Die innere Verwaltung beider Reiche war aber ganz selbständig; auch bestand keine gemeinsame Volksvertretung. Die

Digitized by Google

Norweger waren aber selbst über diese lockere Verbindung mit Schweden unzufrieden und strebten zunächst nach Einrichtung eines besonderen Konsulatswesens. Als König Oskar II. (1829 bis 1907, König seit 1872) diese Forderung mit der Erklärung ablehnte, daß das gemeinsame Konsulatswesen s. Z. im gemeinsamen Staatsrat beschlossen worden sei, also nicht einseitig aufgehoben werden könne, trat das Ministerium Michelsen zurück, und ein neues zu bilden wollte dem König nicht gelingen. Da zerschnitt das norwegische Storthing den Knoten und beschloß, weil der König kein verantwortliches Ministerium mehr zur Seite habe, so habe er verfassungsmäßig aufgehört König zu sein und die Union sei erloschen (7. Juni 1905). Er möge einen jüngeren Prinzen des Hauses Bernadotte bezeichnen, der das Königtum unter Verzicht auf die Thronfolge in Schweden übernehmen sollte. Oskar II. lehnte diese Zumutung entrüstet ab, und eine Zeitlang schien ein bewaffneter Zusammenstoß der beiden untereinander tief verfeindeten Völker nicht unwahrscheinlich. Da aber am 13. August eine Volksabstimmung in Norwegen 368 200 Ja für die Trennung, nur 184 Nein ergab, so ließ sich die Tatsache nicht bezweifeln, daß so gut wie die ganze norwegische Nation die Trennung wünschte. Es wurden nun Verhandlungen in Karlstad eröffnet und am 23. September 1905 der Vertrag geschlossen, daß 1. Norwegen und Schweden endgültig getrennt, 2. an den Grenzen in einem Streifen von 15 Kilometern Breite alle Befestigungen geschleift werden sollten; 3. etwaige Streitigkeiten sollten einem Schiedsgericht unterbreitet, 4. den schwedischen Lappen das Weiderecht in Norwegen gesichert und 5. allen ausländischen nach Schweden bestimmten Waren der zollfreie Durchgang durch die norwegischen Häfen gewährt werden, und umgekehrt. Nachdem die Volksvertretungen den Vertrag genehmigt hatten, erklärte König Oskar II. am 18. Oktober mit würdigen Worten die Union, welche fast hundert Jahre Frieden und Wohlfahrt der vereinigten Reiche gewährleistet habe, für aufgehoben. Eine neue Volksabstimmung in Norwegen über die Frage der Staatsform ergab 259 000 für die Monarchie, 62 000 für die Republik. Das Storthing wählte dann am 18. November 1905 mit 117 Stimmen einstimmig (selbst

Digitized by Google

die Sozialdemokraten beteiligten sich mit Ja) den zweiten Sohn des damaligen dänischen Kronprinzen, Karl (geb. 1872), zum König. Er ward mit seiner englischen Gemahlin Maud, der jüngsten Tochter Eduards VII. (geb. 1869), am 22. Juni 1906 als Haakon VII. im alten Dom zu Drontheim gekrönt. Durch Gesetz von 1907 ward den Frauen, welche schon länger das Gemeindewahlrecht hatten, auch das aktive und passive Wahlrecht zur Volksvertretung eingeräumt. Am 27. November 1908 eröffnete der König die Gebirgsbahn von Christiania nach Bergen, ein Meisterstück norwegischer Baukunst.

In Schweden starb der treffliche, hochgebildete König Oskar II. am 8. Dezember 1907; ihm folgte sein (1858 geborener, mit der Prinzessin Viktoria von Baden, der Enkelin Wilhelms I., vermählter) Sohn Gustav V. Unter ihm wurde am 10. Februar 1910 das 1907 im Grundsatz angenommene allgemeine Wahlrecht für die zweite Kammer in der Weise näher bestimmt, daß alle schwedischen Männer, welche 25 Jahre alt sind und eine Staats- und Gemeindesteuer bezahlen, unter Abschaffung des Einkommenscensus von 800 Kronen (zu 1 Mark 25 Pfg.) wahlberechtigt und wählbar sind; dadurch stieg die Zahl der Wähler von 450 000 auf eine Million. Die Zahl der Abgeordneten ward auf 230 festgesetzt. Die erste Kammer (150 Mitglieder) sollte wie bisher von den 24 Provinziallandtagen und den Stadtverordneten der fünf größten Städte auf neun Jahre gewählt werden, aus Leuten mit 3000 Kronen Einkommen. Im Juli 1910 wurde die Dampffähre zwischen Telleborg und Saßnitz eröffnet, welche ganze Eisenbahnzüge aufzunehmen vermag.

Fünftes Kapitel

Italien 1882—1911

Italien erlangte durch den Dreibund (S. 167) eine Bürgschaft für seinen nationalen Bestand, den Papst Leo XIII. (1878—1903) mit Hilfe der klerikalen Partei aller Länder, insbesondere Frankreichs, vergeblich zu erschüttern suchte. Der Bund

Digitized by Google

mit Österreich legte Italien zwar ehrlichen Verzicht auf die unter österreichischem Scepter stehenden italienischen Gebiete (Südtirol und Triest) und demgemäß Eindämmung der auf deren Erwerb gerichteten Bewegung der Italia irredenta („des unerlösten Italien") auf; er deckte ihm aber auch im Fall eines Krieges mit Frankreich den Rücken (wie er Österreich im Fall eines russischen Krieges rückenfrei machte) und sicherte es auf der Balkanhalbinsel gegen eine einseitige Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten Österreichs. Ein seltsames, aber doch verständliches Verhältnis, das der Franzose Tardieu in seinem Buch über Algeciras 1907 so ausgedrückt hat: „Da Österreich und Italien nicht Freunde sein können, so müssen sie Verbündete sein." Der Dreibund ist auch bis jetzt die Grundlage der auswärtigen Politik Italiens geblieben, obschon sein Wert durch die nach einem zehnjährigen Zollkrieg (1888—1898) erfolgte Annäherung an Frankreich, welches 1902 Italien gegebenenfalls die Besitznahme von Tripolis zusicherte, ferner durch Italiens Beziehungen zur größten Mittelmeermacht England und neuerdings zu Rußland in Frage gestellt worden ist; doch haben die italienischen Minister Tittoni, Guicciardimi und San Giuliano 1907—10 wiederholt die Unverbrüchlichkeit des Dreibundes betont, und durch die Balkanwirren 1908—09, die Österreichs und Deutschlands vereinte Kraft allen andern Bündnissen überlegen zeigten, ist Italien davon überzeugt worden, daß es am besten tue, an dem Dreibund festzuhalten. Wie weit er freilich einer ernsthaften Probe widerstehen wird, vermöchte niemand zu sagen.

Im Innern litt das Königreich durch den erwähnten Zollkrieg mit Frankreich, das den italienischen Weinen und Südfrüchten seinen Markt verschloß, durch eine zu verwickelte und deshalb kostspielige Verwaltungsmaschinerie (z. B. 21 Universitäten, 69 Provinzen mit Provinzialräten von 20—60 Mitgliedern!), einen Baukrach in Rom (1883) und gelegentliche Mißernten. Infolge dieser Notstände wurde im Januar 1891 die konservative Partei, deren Führer der sizilianische Marchese Rudini (1839—1908) war, nach fünfzehnjähriger liberaler Herrschaft erstmals wieder zur Übernahme der Regierung berufen, was sich 1896 nach der abessinischen Niederlage und 1898 in der Weise wiederholte, daß neben den konservativen Ministern auch ge-

Digitized by Google

mäßigt liberale ins Amt traten. Wenn die öffentliche Meinung zum Teil dem Dreibund und den angeblich durch ihn dem Land auferlegten militärischen Lasten die Schuld an der Finanznot (1894 ein Fehlbetrag von 177 Millionen Lire) zuschrieb und 1893 der Plan einer Verminderung des Heeres von 12 Armeekorps wieder auf 10 erwogen wurde (S. 167), so war umgekehrt der Dreibund durch die von ihm geschaffene Friedensbürgschaft von wohltätigstem Einfluß auf das wirtschaftliche Leben des Landes, und ohne ihn würde Italien zweifelsohne nicht weniger, sondern mehr Opfer für seine Verteidigung haben bringen müssen. Als die gleich zu erwähnende abessinische Angelegenheit, die Hunderte von Millionen verschlang, geordnet war, begann das Land sich auch zu erholen. Nachdem schon im April 1881 der Zwangskurs des Papiergelds abgeschafft und Barzahlung eingeführt war, wurden 1901 die hohen Gemeindesteuern auf Mehl beseitigt, welche noch 1898 auf Sizilien, in Ancona, Florenz, Parma, Neapel, Bari, Foggia u. a. Orten zu blutigen Aufständen Anlaß gegeben hatten, und zu Anfang 1908 stand die italienische Rente auf 105; der Zinsfuß der Staatsschuld konnte durch Gesetz vom Juni 1906 von 4% auf $3^3/_4$, von 1910 ab auf $3^1/_2$% herabgesetzt werden, was bei einer Staatsschuld von 8 Milliarden eine Ersparnis von sofort 20, seit 1910 von 40 Millionen jährlich bedeutete. Freilich fehlte es an dunklen Punkten im italienischen Volksleben nicht. Die Zahl der Analphabeten betrug trotz der gesetzlich seit 1877 bestehenden allgemeinen Schulpflicht (S. 107) durchschnittlich 40—50%, in einzelnen Landschaften sogar 80%, auf Sardinien in manchen Gemeinden 95%; und der verbrecherische Geheimbund la Mafia auf Sizilien, der ohne Scheu Erpressungen und Rachetaten verübte, war so mächtig, daß man 1902 einen Mörder Baron Palizzolo, der der Maffia angehörte, nicht vor ein sizilianisches Gericht zu stellen wagte, das ihn aus Angst freigesprochen hätte, sondern ihn in Bologna aburteilte. Ein unerhörter Skandal war es, daß die sizilianische Stadt Trapani den wegen leichtfertiger Verschleuderung von Staatsgeldern zu Gefängnis und zum Verlust der Ehrenrechte verurteilten Unterrichtsminister Nasi am 26. April 1908 mit ungeheurer Mehrheit wieder zu ihrem Abgeordneten wählte und als Vorkämpfer Siziliens gegen das Fest-

Digitized by Google

land verherrlichte. Die Abneigung gegen die katholische Kirche war bei großen Volksschichten so stark, daß 1908 die Gemeinderäte von Alessandria, Padua und selbst von Rom (mit 61 gegen nur 8 Stimmen!) die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Volksschulen beschlossen und in Rom ein jüdischer Freimaurer Nathan zum Bürgermeister gewählt wurde. Das von den Radikalen geforderte Verbot des Religionsunterrichts ward aber von der Kammer mit 333 gegen 106 Stimmen abgelehnt, da der einflußreiche Ministerpräsident Giolitti (geb. 1843) sich dagegen aussprach.

Die Bestrebungen fast aller Großmächte, Kolonien zu erwerben oder ihren schon vorhandenen Kolonialbesitz zu vergrößern, blieben auch auf Italien nicht ohne Einfluß. Im Jahr 1881 besetzte es die Bai Assab auf der afrikanischen Seite des Ausgangs des roten Meeres und 1885 Massaua weiter im Norden und suchte von diesen Punkten aus Abessinien in seinen Machtbereich zu ziehen, das mit einem Umfang von etwa 540000 qkm und 5 Millionen Einwohnern (meist Christen, von südarabischem Ursprung) teils ein beträchtliches Absatzgebiet für italienische Waren zu werden versprach, teils in Baumwolle, Elfenbein, Gold, Gummi, Häuten, Honig, Kaffee, Korn, Steinsalz und Wachs wertvolle eigene Erzeugnisse darbot. Politisch stand das Land unter einem Kaiser (König der Könige, Negus Negesti), dem aber die Unterkönige (Ras) oft nicht oder mangelhaft gehorchten. Nachdem der Kaiser Johannes am 8. März 1889 im Kampf gegen die Derwische des Mahdi gefallen war (S. 171), schloß sein Schwiegersohn und Nachfolger Menelik (geb. 1844), ein Mann von großem Verstand und eiserner Tatkraft, mit König Humbert am 2. Mai 1889 zu Utschalli einen Vertrag, kraft dessen er von Italien als Kaiser anerkannt wurde; er bestätigte dagegen den Italienern den Besitz von Massaua und gewährte ihnen Handelsfreiheit in seinem Reich; auch verpflichtete er sich nach dem italienischen Text des Vertrags dazu, bei allen Verhandlungen mit auswärtigen Mächten sich der Vermittlung Italiens zu bedienen. Dieses gab am 1. Januar 1890 seinen Besitzungen am roten Meer den Namen colonia Eritrea (erythräisch = rot) und dehnte sie über ganz Tigre, den nördlichen Teil Abessiniens, sowie über einen Teil der Somaliküste

Digitized by Google

aus. Von 1894—97 war auch das den Derwischen entrissene Kassâla in italienischen Händen, ging aber dann gegen eine Entschädigung an England über. Bald jedoch stellte sich heraus, daß Menelik jene Verpflichtung der Unterordnung unter Italiens Vormundschaft nicht gelten ließ, sich über Hintergehung beklagte und entschlossen war, jedem Versuch, ihn zu einem Vasallen zu machen, mit den Waffen entgegenzutreten. Der Ministerpräsident Crispi glaubte aber mit den abessinischen Streitkräften unschwer fertig werden zu können und verstärkte, ohne die parlamentarische Genehmigung dazu nachzusuchen, unter Aufwand von ungefähr 40 Millionen Lire das erythräische Heer um 10000 Mann. Ehe aber dieser Nachschub eintraf, griff Menelik mit 90000 Mann den General Baratieri, der über knapp 20000 verfügte, an und schlug ihn, da seine drei Divisionen in dem unbekannten Lande untereinander die Fühlung verloren, am 1. März 1896 bei Abba Garima (in der Nähe Adua's in Tigre) aufs Haupt; Baratieri verlor 7000 Mann und sein ganzes Geschütz. Crispi mußte nun vor dem Unwillen des Volks sein Amt niederlegen, und Rudini schloß am 26. Oktober 1896 mit Menelik den Frieden von Addis Abeba (Meneliks Hauptstadt in Südabessinien oder Schoa), durch den der Negus als unabhängiger Herrscher anerkannt, Tigre aufgegeben und der Lauf des Mareb und Belesa als Grenze zwischen Eritrea und Abessinien bestimmt wurde. Seitdem hat sich Italien darauf beschränkt, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu dem äthiopischen Kaiserreich zu entwickeln. Im Dezember 1906 ward ein italienisch-französisch-englischer Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit Abessiniens, Handelsfreiheit („offene Tür") für alle Nationen und die Unterstellung der von einer französischen Gesellschaft gebauten Bahn von Dschibuti (französisch) über Harrar (italienisch) nach Addis Abeba unter einen gemischten Verwaltungs-Ausschuß festsetzte; ein französischer, englischer, italienischer und abessinischer Vertreter sollten in diesem Ausschuß sitzen. Das deutsche Reich hat durch seinen Gesandten Rosen im März 1905 mit Menelik einen Handels- und Freundschaftsvertrag vereinbart, der am 16. Juni 1906 in Kraft trat. Im Jahr 1908 erlitt Menelik einen Schlaganfall, von dem er sich nicht mehr erholte;

Digitized by Google

er ernannte seinen 12jährigen Enkel Lidj Jsaassu (geb. 1896) zum Thronfolger und 1909 den Ras (Häuptling) Tassama zu dessen Vormund. Die Kaiserin Taitu, welche nun tatsächlich regierte, ward am 21. März 1910 von den schoanischen Kriegsmännern unter Führung des knorrigen Katama, Ministers des Innern, wegen willkürlicher Maßregelung hoher Beamter, Begünstigung ihrer Verwandten und Habsucht abgesetzt; es ward ihr das Haar abgeschnitten und befohlen sich nur mit der Pflege ihres Gemahls zu beschäftigen. Der Ras Tassama, der nun die Regierung allein übernahm, war ein tüchtiger Mann, starb aber 1911.

Zu den Schwierigkeiten, mit denen das Königreich Italien zu ringen hatte, gehört der seit der Wegnahme Roms (20. September 1870) noch verschärfte Gegensatz zum Papsttum. Leo XIII., der mit aller Welt auf gutem Fuß zu stehen trachtete, um so die Zwecke der Kirche zu erreichen, war im Herzen ein echter Italiener, der am liebsten mit dem Volke seinen Frieden gemacht hätte, dem er durch seine Abkunft angehörte; aber es war ihm unmöglich, die vollzogenen Tatsachen einfach anzunehmen. In geheimen Verhandlungen mit dem Königshof auf dem Quirinal forderte der Vatikan als Preis des Friedens entweder die Rückgabe von ganz Rom oder doch wenigstens die der sog. leoninischen Stadt rechts des Tiber einschließlich eines Gebietsstreifens vom Vatikan über Castel Porziano bis zum Meer, der dem Papst den freien Verkehr mit aller Welt ermöglicht hätte; den Rest des einstigen Kirchenstaats sollte König Humbert als päpstlicher Statthalter regieren, was nur ein formelles Zugeständnis an den rechtmäßigen Besitzer bedeuten sollte. Es wird behauptet, daß der 1903 gestorbene Kardinal Parochi, der die Ernennung eines apostolischen Präfekten (= Bischofs) für Eritrea durchsetzte, vor allem diese Verhandlungen geführt habe und Crispi selbst um die Jahreswende 1894—95 zur Nachtzeit wiederholt im Vatikan gewesen sei. War noch 1888 ein italienischer „Kanzelparagraph" (S. 25) ins Strafgesetzbuch eingefügt worden, welcher den Priestern staatsfeindliche Umtriebe bei schwerer Strafe untersagte, und war im Mai 1890 die Verwaltung der Wohltätigkeitsanstalten von der Geistlichkeit an die Gemeinden (unter Aufsicht des Staats) übertragen worden, so schien jetzt zwar nicht

Digitized by Google

völliger Friede, aber doch ein besseres Verhältnis der beiden Gewalten in Aussicht zu stehen. Allein auch jene Angebote und Forderungen des Papstes erschienen dem König und seinem Ministerium unannehmbar, da sie es nicht wagen zu dürfen glaubten, dem Papst auch nur einen Fußbreit des 1860—70 beseitigten Kirchenstaats zurückzugeben. Vergebens erinnerte Parochi daran, daß ja die kleine Republik San Marino (nordwestlich von Ancona) auch ein selbständiges Gemeinwesen unter Italiens Schutz sei: die Minister antworteten achselzuckend, daß das 59 qkm große und 9000 Einwohner zählende weltferne Gebirgsstäätchen mit Rom und dem Papst nicht verglichen werden könne; an San Marino liege für die italienische Nationalidee nichts, an Rom alles. So wurden die Verhandlungen abgebrochen, und bei der 25 jährigen Jubelfeier der Erhebung Roms zur Hauptstadt am 20. September 1895 sprach Crispi scharfe Worte, in denen er das Wort von der Roma intangibile, dem unantastbaren Rom, von neuem als unwiderruflich, Rom als den Eckstein des nationalen Staats bezeichnete. Leo XIII. antwortete darauf in einem Schreiben an den Kardinalstaatssekretär Rampolla, welches jeden Gedanken des Friedens zwischen dem Papsttum und dem „subalpinen Königreich" abwies, solange nicht Rom seinem rechtmäßigen Herrn zurückerstattet werde. Jahr um Jahr forderten die Versammlungen der Katholiken aller Länder, auch Deutschlands, die Sühne der Gewalttat von 1870, und die Annäherung Leos XIII. an Frankreich (S. 266) hatte vor allem den Zweck, mit Hilfe der damals Italien in bitterem Haß gegenüberstehenden französischen Republik (im August 1893 wurden italienische Arbeiter in Aigues Mortes von ihren französischen Wettbewerbern halb tot geschlagen) seine Hauptstadt so oder so wieder zu erlangen. Erst als Leo XIII. 93 jährig am 20. Juli 1903 gestorben war und durch den Einfluß des Dreibundes, vor allem Österreichs, das sein Recht der Exklusive gebrauchte *), nicht der

*) Ein katholischer Staat kann durch einen Kardinal erklären lassen, daß er die und die Person für nicht geeignet zum Papst, für non papabile, halte. Eine solche Exklusive (Ausschluß) hat zwar nur den Charakter eines Wunsches, ist aber stets beachtet worden, so z. B. 1721, 1730,

Digitized by Google

franzosenfreundliche Staatssekretär Rampolla, sondern der Patriarch von Venedig, Joseph Sarto (geb. 1835), zum Papst erhoben worden war, begann ein anderer Wind aufzuspringen. Auch Italien hatte damals einen neuen König; der wackere Humbert war am 29. Juli 1900 in Monza, wohin er eines Turnfestes wegen sich begeben hatte, von dem Anarchisten Bresci in seinem Wagen erschossen worden, und die Krone ging an seinen Sohn Viktor Emanuel III. über. Dieser war am 18. November 1869 in Neapel geboren; er besaß die kriegerische Art seines Hauses, und, weil eine katholische Fürstentochter für den „Thronräuber" schwer zu erlangen war, heiratete er am 24. Oktober 1896 die Prinzessin Helena von Montenegro (geb. 1873), die zur römischen Kirche übertrat. Damit erlangte Italien auch wertvolle Beziehungen im Westen der Balkanhalbinsel, welche seinem Bestreben förderlich waren, dort das Feld nicht Österreich allein zu überlassen, sondern selbst Einfluß zu gewinnen. Pius X., wie sich Sarto nannte, war ein echter Priester, pflichteifrig, leutselig und einfach in seinem Wesen, kein Mann der Politik, den demokratischen und liberalen Bestrebungen, mit denen Leo XIII. bei aller Starrheit seiner Prinzipien aus politischen Erwägungen gelegentlich liebäugelte, sehr abgeneigt, da er in ihnen kirchenfeindliche Grundabsichten witterte. In dem neuen Syllabus vom 3. Juli 1907 Lamentabili sane exitu und in der Enzyklika Pascendi dominici gregis vom 8. September 1907 hat er alle Lehren der katholischen „Modernisten" ohne Schonung verdammt, als auf die Leugnung der Erkennbarkeit Gottes, der übernatürlichen Offenbarung und der unbedingten Autorität der Kirche abzielend, und hat den Bischöfen Überwachungsmaßnahmen gegen sie zur Pflicht gemacht; der reformfreundliche, angeblich

---

1758, 1799, 1823, 1830. Pius X. hat indes am 20. Januar 1904 durch die Bulle Commissum nobis (veröffentlicht im März 1909) allen Kardinälen verboten, „unter irgend einem Vorwand von irgend einer weltlichen Macht den Auftrag anzunehmen, bei der Papstwahl ihr Veto geltend zu machen, sei es auch nur in der einfachen Form eines Wunsches", und in der Bulle vacante sede vom 25. Dezember 1904 hat er die Vorschriften über die Papstwahl zusammengefaßt.

Digitized by Google

„modernistische" Würzburger Theologe Schell (1850 –1906) wurde bis übers Grab hinaus vom Papst verfolgt und die Errichtung eines Denkmals für ihn getadelt. Die Modernisten wurden dadurch zum Teil namentlich in Deutschland eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht; aber in Italien setzten sie ihre publizistische Tätigkeit fort, und der gelehrte englische Jesuit Tyrrel (1861—1909) sowie der Franzose Loisy (geb. 1857) ließen sich selbst durch kirchliche Maßregelungen (Loisy ward 1908 exkommuniert und erhielt dann eine staatliche Professur für Religionsgeschichte am collège de France) nicht davon abschrecken, für den von ihnen als notwendig erkannten wissenschaftlichen Fortschritt und die Versöhnung des Katholizismus mit der modernen Bildung einzutreten. Deshalb legte Pius X. durch ein motu proprio vom 1. September 1910 allen Priestern den sog. Antimodernisteneid auf, den sie bis zum 31. Dezember zu leisten hatten, und der sie verpflichtete, bis zu ihrem letzten Atemzug an der überlieferten Kirchenlehre ohne modernistische Deuteleien festzuhalten und aus ganzer Seele allen Vorschriften des Dekrets Lamentabili und der Enzyklika Pascendi beizupflichten. Nur die im Staatsdienst — an Universitäten und Gymnasien — stehenden Priester ohne seelsorgerliche Tätigkeit wurden, wenigstens für den Bereich des deutschen Reichs, von dem Ablegen des Eides entbunden, weil dazu die Zustimmung der Regierungen erforderlich gewesen wäre. Mit Frankreich, das Leo XIII. mit unglaublicher Zähigkeit umworben hatte, geriet Pius X., wie wir sehen werden, bald in offenen Kampf, und um so mehr näherte er sich der italienischen Regierung, mit der er als Erzbischof von Venedig sehr gute Beziehungen unterhalten hatte. Er gestattete, daß bei einem Besuch Viktor Emanuels III. in Bologna, einer bis 1860 päpstlichen und damals „geraubten" Stadt, am 28. Mai 1904 der dortige Erzbischof Svampa den König begrüßte (was vorher höchstens in früher österreichischen oder anderen nicht päpstlich gewesenen Städten erlaubt war) und mit ihm zur Tafel saß, und durchbrach den Grundsatz des sog. non expedit: né elèttori, né elètti! (vgl. S. 104) bei den Kammerwahlen vom November 1904 dadurch, daß er die katholischen Wähler anwies, je nach dem Ermessen ihrer Bischöfe zu wählen oder nicht. Infolge davon gingen die Katholiken

Digitized by Google

vielfach zur Urne; in Rom sah man sogar Priester in ihrer Amtstracht ihr Wahlrecht ausüben, und die Folge war, daß unter 512 Abgeordneten nur 27 Sozialisten und 21 Republikaner, sonst lauter Liberale und Konservative und erstmals 12 Klerikale waren. Der volle Friede zwischen Papst und König steht freilich auch jetzt noch in weitem Feld; es wird die weitere Entwicklung gutenteils davon abhängen, ob die gemäßigten Parteien mit klerikaler Hilfe oder die Radikalen das Heft in die Hand bekommen. Die Sozialisten forderten die Erweiterung des Wahlrechts auf alle 21 Jahre alten Staatsbürger ohne jede Einschränkung, während der am 29. März 1911 zum zweiten Mal ans Ruder gelangte Ministerpräsident Giolitti die Absicht aussprach, die Analphabeten erst dann wählen zu lassen, wenn sie 30 Jahre alt seien und ihrer Militärpflicht genügt hätten. Auch so würde die Zahl der Wähler von $2^1/_2$ Millionen auf 6, von 6 % der Bevölkerung auf 20 % steigen.

Sechstes Kapitel

Frankreich 1879—1911

Wir haben S. 90 die Geschichte Frankreichs bis zum Rücktritt des monarchistisch gesinnten Präsidenten Mac Mahon (30. Januar 1879) erzählt. Der sofort von dem „Kongreß" (den vereinigten beiden Kammern) mit 563 gegen 150 Stimmen zu seinem Nachfolger gewählte Jules Grévy ersetzte das konservative Ministerium Dufaure durch mehr nach links stehende Staatsmänner, zuerst durch William Waddington (1826—94), den ersten protestantischen Ministerpräsidenten, den Frankreich gehabt hat; dann, weil dieser mit den bonapartistischen Beamten nicht rücksichtslos genug aufräumte, durch Freycinet (geb. 1828), der ebenfalls Protestant war, 1870 Gambetta bei der Volksbewaffnung ausgezeichnete Dienste geleistet hatte und nun, an sich Ingenieur, das Auswärtige übernahm (29. Dezember 1879). Der Unterrichtsminister dieses Kabinetts, Jules Ferry (1832—92), brachte ein Gesetz ein, das allen vom Staat nicht anerkannten Orden (Kongre-

Digitized by Google

gationen) jeden öffentlichen oder privaten Unterricht verbot; solcher Orden aber gab es in Frankreich nicht weniger als 500 mit 22000 Mitgliedern. Da indes der Senat dieses Gesetz ablehnte, so wandte Ferry wenigstens die bestehenden Gesetze rücksichtslos an, unterdrückte am 30. März 1880 die Gesellschaft Jesu in Frankreich (wo sie seit 1773 gesetzlich aufgehoben war, sich aber trotzdem wieder eingenistet hatte) und verlangte von allen nicht anerkannten Orden binnen drei Monaten Vorlage ihrer Satzungen und Einholen der gesetzlichen Erlaubnis für ihre Anstalten. Um diesen Feldzug tatkräftig durchzuführen, trat Ferry am 23. September 1880 selbst an die Spitze des Ministeriums, behielt aber den Unterricht als seinen besonderen Geschäftszweig bei und schloß alle Klöster, deren Inhaber dem Verlangen der Regierung nicht nachkamen; gelegentlich mußte dazu das Militär aufgeboten werden. Unter Ferrys Präsidium besetzte Frankreich Tunis; der Bardovertrag von 1881 ward 1883 durch den (nach dem Schloß des Bey beim alten Karthago benannten) Marsavertrag ersetzt, welcher die Abhängigkeit des Beys von Frankreich noch verschärfte und u. a. die Einziehung der tunesischen Steuern den französischen Beamten übertrug. Mit den vertragsmäßigen Rechten der andern Mächte in Tunis ward allmählich möglichst unauffällig aufgeräumt.

Am 14. November 1881 mußte Ferry anläßlich einer Kammer-Debatte über Tunis Gambetta (1838—82) Platz machen, der das „große Ministerium" bildete. Das sollte es sein; es enthielt aber neben manchem bedeutenden Mann überwiegend Kreaturen Gambettas und wurden darum von dessen Gegnern höhnisch das „Bedientenministerium" genannt. Um eine möglichst geschlossene Mehrheit zu gewinnen, schlug Gambetta vor, statt der Einzel-Wahl der Abgeordneten nach Arrondissements (Bezirken, Kreisen) die Wahl nach Departements und Listen einzuführen: dann traten die örtlichen Einflüsse mehr zurück; die Listen wurden von der Parteileitung, bei den Republikanern also im letzten Grunde von Gambetta, aufgestellt, und die konservativen Minderheiten wurden voraussichtlich gänzlich von der republikanisch-radikalen Mehrheit mundtot gemacht. Eben wegen dieser auf Gambettas Allmacht abzielenden Grundrichtung der Listenwahl ward sie aber am 26. Januar 1882

Digitized by Google

in der Kammer mit 305 gegen 117 Stimmen verworfen und Gambettas Ministerherrlichkeit nach einer Dauer von knapp 2½ Monaten schon ein Ziel gesetzt. Da Gambetta, seit in Deutschland der Kulturkampf abflaute, an ein Zusammengehen mit Bismarck (S. 165) gegen Rom nicht mehr denken konnte, so ward er wieder zum Vorkämpfer der Rache für 1870; in einer Rede zu Cherbourg sagte er am 9. August 1880: „Die großen Ausgleichungen können auch vom Recht ausgehen; es gibt auf der Erde eine immanente Gerechtigkeit, deren Stunde einmal schlagen wird". Sein Sturz wirkte deshalb allgemein beruhigend und ward als Bürgschaft für den Frieden aufgefaßt. Unter einem neuen Ministerium Freycinet brachte Ferry im März 1882 ein Unterrichtsgesetz durch, welches die unentgeltliche, obligatorische und ausschließlich von Laien geleitete Volksschule in Frankreich errichtete; bald kam es so weit, daß der schönste Bau im Dorf das Schulhaus war — freilich waren die Ergebnisse dieser Volksschule keineswegs ganz befriedigend, und noch 1907 konnte geklagt werden, daß nur der kleinere Teil der Schüler wirklich gut lesen, schreiben und rechnen lerne.

Die Besitznahme Ägyptens durch die Engländer ließ Freycinet 1882, wie wir S. 170 erzählt haben, geschehen, worüber er im August gestürzt ward. Nicht lange nachher, am 31. Dezember 1882, starb Gambetta, dessen Tod die Hoffnungen der vertriebenen Dynastien Orleans und Bonaparte auf Rückkehr belebte. Um dem einen Riegel vorzuschieben, wurden im Juni 1886 die Häupter dieser Familien und ihre nächsten Erben gesetzlich aus Frankreich verbannt und alle übrigen Angehörigen der genannten Familien für unfähig zur Bekleidung eines Amtes erklärt.

Wenn Frankreich in Ägypten seine Gelegenheit nicht wahrzunehmen verstanden hatte, so hielt es sich dafür einigermaßen schadlos 1. auf Madagaskar (585000 qkm, 2700000 Einwohner). Hier besetzte es 1885 die 10 Kilometer lange und bis zu 48 Meter tiefe Bai von Diego Suarez, einen der besten Häfen der Welt, und zwang die Königin Ranavalo III. (1883—97) zur Anerkennung seiner Schutzherrschaft. 1895 kam es zum Krieg, und General Duchesne nahm am 1. Oktober 1895 die Hauptstadt Ranavalos Antananarivo ein. Am 28. Februar 1895 wurde die

Digitized by Google

Königin abgesetzt und die ganze Insel französische Kolonie. Ähnlich ging es 2. in Hinterindien. Hier hatte Napoleon III. 1862 das Mündungsgebiet des Mekong mit Saigon in Besitz genommen; es ward daraus ein Generalgouvernement von Cochin-China (57000 qkm, $2^3/_4$ Millionen Einwohner) errichtet und 1867 das Königreich Kambodscha (97000 qkm, 1200000 Einwohner) unter französischen Schutz gestellt. Da im Norden des französischen Einflußbereichs, in dem zum Kaiserreich Annam (135000 qkm, 5 Millionen Einwohner) gehörigen Tonkin, (109000 qkm, $5^1/_2$ Millionen Einwohner) die unter der schwarzen Flagge fechtenden, von China als dem Suzerän Annams unterstützten Seeräuber sich auftaten, kam es 1882—85 mit ihnen und mit China zum Krieg, in welchem das Glück bald den Franzosen, bald ihren Gegnern lächelte. Erstere zwangen am 23. August 1883 Annam Frankreichs Schutzherrschaft anzunehmen und eroberten die Hauptstadt Tonkins Hanoi und andere Orte: auch ein Teil der Insel Formosa mit der Stadt Kelung und die Pescadores-Inseln (zwischen Formosa und dem Festlande), wurden von dem Admiral Courbet besetzt, der die Reiszufuhr im Golf von Petschili sperrte, um China durch Hunger zum Nachgeben zu zwingen. Der General Negrier erlitt aber bei Langson am 21. März 1885 eine empfindliche Niederlage durch überlegene chinesische Massen, und sein Heer mußte zurückgehen. Ferry, dem man Zusammenarbeiten mit Deutschland und schnödes Vergessen der Revanche vorwarf, der sich von Bismarck für das Elsaß mit Tonkin abspeisen lasse, „le Tonkinois“, ward am 30. März durch eine von Clemenceau geführte Verbindung der Rechten und der äußersten Linken zu Fall gebracht, in einem Augenblick, wo er China doch zu Zugeständnissen wesentlicher Art vermocht hatte. Im Frieden von Tientsin, 9. Juni 1885, gab China seine Ansprüche auf die Oberhoheit über Tonkin und über Annam auf; Frankreich verzichtete aber auf den Ersatz seiner Kriegskosten und räumte die Plätze, die es auf Formosa und auf den Pescadoresinseln besetzt hatte. Außerdem stellte die chinesische Regierung den Abschluß eines Handelsvertrags in Aussicht. Diese Befestigung der französischen Herrschaft in Hinterindien wirkte auf Siam ein (633000 qkm,

Digitized by Google

6 Millionen Einwohner). Dessen König Tschulalongkorn (1853 bis 1910) war ein aufgeklärter Mann, der Europa wiederholt, 1897 und 1907, bereiste, sein Land dem Weltpostverein anschloß, die Sklaverei aufhob, das Schulwesen förderte und 1874 durch Errichtung eines aus Ministern und Notabeln bestehenden gesetzgebenden Rates eine Art von Verfassung einführte. Er befand sich nun in der Klemme zwischen England, das seit der Eroberung von Birma 1885 ihm von Westen auf den Leib gerückt war, und Frankreich, das im Osten sein Grenznachbar war. Siam diente so als Pufferstaat (état-tampon) zwischen England und Frankreich; es mußte aber, da seine Hauptstadt Bangkok von einem Geschwader französischer Kanonenboote bedroht wurde, den Vertrag vom 3. Oktober 1893 eingehen, durch den es die Schutzherrschaft Frankreichs über die Laosstaaten (255000 qkm) und Frankreichs Rechte auf das linke Ufer des Mekong anerkannte. 1907 wurde der Vertrag durch Austausch einiger Gebiete etwas abgeändert; 1908 ward eine Eisenbahn von Bangkok nach Tschantabun und eine nach dem Norden begonnen. Das 3. Ausdehnungsgebiet Frankreichs ist das afrikanische Festland. Im November 1893 wurde hier das Negerreich Dahome in Guinea (169000 qkm, 1 Mill. Einwohner) unter Anwendung sehr zweifelhafter Ansprüche und Mittel durch 1400 Mann unter Oberst Dodds erobert und sein König Behanzin nach der Insel Martinique gebracht, wo er 1902 bei einem verheerenden Erdbeben umkam. Die Küste ward zum unmittelbaren französischen Besitz geschlagen, der Rest des Landes unter zwei einheimische Vasallenkönige gestellt. Den Zwischenfall mit England wegen Faschoda's und die Demütigung, welche Frankreich sich dabei gefallen lassen mußte, haben wir schon S. 172 erwähnt, ebenso den aus diesen Dingen erwachsenen Vertrag vom 21. März 1899, welcher die Wasserscheide zwischen Nil und Kongo als Grenze des englischen und französischen Afrika bestimmte und demgemäß Frankreich Bagirmi, Wadai, Kanem, Borku und Tibesti im Osten und Norden des Tschadsees zuteilte. Der Sultan Rabah, ein Mamelukensprößling, der sein Heer auf türkische Weise eingeübt hatte und am Tschadsee und Schari ein auf Sklavenjagden gegründetes Gewaltregiment führte, ward am

Digitized by Google

28. April 1900 an der Spitze von 5000 Mann durch den Kommandanten Lamy, der 700 Franzosen und 1500 einheimische Soldaten befehligte, bei Kussuri besiegt; beide Anführer fanden in dem Kampf ihren Tod; Rabahs Kopf wurde von einem Bagirmischützen abgeschnitten und eingebracht. Da Frankreich auch am Senegal und Gambia seit 1626 sich festgesetzt hatte, indem dort Gesellschaften zum Zweck des Sklavenhandels gegründet wurden; da es 1894 Timbuktu am oberen Niger einnahm und der Graf Savorgnan de Brazza durch kühne Entdeckungsreisen (1879 ff.) die Kolonie Französisch-Kongo schuf, so ward Frankreich eine der ersten Mächte in Afrika. Vom Senegal reichte sein Gebiet bis an den ägyptischen Sudan, von Algier bis zum Kongo; sein gesamtes Gebiet in Afrika umfaßt heute 9400000 qkm mit 26 Millionen Einwohnern. Riesenhafte Entwürfe tauchten auf, die Sahara durch Durchstechen der westlichen Höhenzüge in ein Meer zu verwandeln, dessen Gibraltar Frankreich besitzen würde, oder durch eine „transsaharische" Eisenbahn Algier mit den Tschad- und Kongoländern zu verbinden. Verträge Frankreichs mit England über Westafrika teilten in den Jahren 1889, 1890 und 1898 den Briten das Stromland des unteren Niger zu, während Frankreich das Gebiet vom mittleren Niger bis zum Tschadsee, auch die westliche Sahara zufiel; durch Verträge Frankreichs und Englands mit Deutschland in den Jahren 1885, 1886, 1890 und 1893 wurden die Grenzen der drei Mächte im Hinterland von Kamerun festgestellt und Deutschland der Zugang zum Tschadsee von Süden her eingeräumt.

Die Wahl der Abgeordneten nach Departements auf Grund einer Liste, welche Gambetta als Mittel zur Erlangung einer in sich geschlossenen republikanischen Mehrheit erstrebt hatte, wurde im Juni 1885 in der Tat eingeführt, hatte aber zunächst die Wirkung, daß die republikanischen Minderheiten in den monarchisch gesinnten Departements erdrückt und 200 Monarchisten (unter 584) gewählt wurden. Weiterhin gewährte diese Wahlart ehrgeizigen Männern, welche sich an die Spitze des Landes schwingen wollten, die Möglichkeit, ihr Ziel leichter zu erreichen, indem sie in mehreren Departements gleichzeitig auftraten und so eine Art Volkskundgebung für sich hervorriefen. Das tat der General Boulanger

Digitized by Google

(1837—91), der vom Januar 1886 bis zum Mai 1887 Kriegsminister war. Er stürzte 1887 Frankreich, dessen Ostgrenze er mit stärkeren Besatzungen belegte, für deren Unterbringung Barackenlager erbaut wurden, um ein Haar in Krieg mit Deutschland; wesentlich durch die imposante Kundgebung der Septennatswahlen ward die Gefahr beschworen. Die französische Regierung sandte den Vicomte Lesseps nach Berlin, um dort die Versicherung abzugeben, daß die maßgebenden Männer nicht an Krieg dächten. Als kurz darauf der französische Polizeikommissär Schnäbele, gegen den als geborenen Elsässer das Reichsgericht in Leipzig einen Haftbefehl wegen Spionage erlassen hatte, auf deutschem Boden verhaftet wurde (20. April 1887), schlug die Kriegspartei, Boulanger im Hintergrund, gewaltigen Lärm, weil die Verhaftung auf französischem Boden erfolgt sei, und verlangte die Mobilmachung. „Das Herz Frankreichs zitterte; alles war bereit, und alles voll Vertrauen zu dem Führer," bezeugt ein französischer Schriftsteller. Aber das Ministerium Goblet lehnte auf das Zureden des Präsidenten Grevy mit 7 gegen 5 Stimmen die Mobilmachung ab, und Bismarck befahl, Schnäbele, obwohl dessen Schuld feststand, am 30. April freizulassen. Bei der nächsten Gelegenheit entledigte man sich in Paris des gefährlichen Kriegsministers und versetzte ihn 1888 im März in Ruhestand. Nun aber, vom Volk in Gassenhauern als Boulanger qu'il nous faut besungen, durch seinen Austritt aus dem Dienst wahlfähig geworden, trat Boulanger als Kandidat zur Kammer auf, ward in drei Departements mit großer Mehrheit gewählt und betrieb die Revision der Verfassung; die Massen schienen nicht übel Lust zu haben, ihm als neuem Cäsar, der den Augiasstall der dritten Republik reinigen solle, zuzujubeln. Verschiedene krasse Fälle offenbarten gerade damals die Verderbnis der regierenden Schichten. Am 2. Dezember 1887 mußte der Präsident Grevy schimpflich abdanken, weil es aufkam, daß sein Schwiegersohn Wilson unter Benutzung seiner Stellung Orden, Ämter, Staatslieferungen und gewerbliche Rechtstitel um bar Geld verkauft hatte. Als Nachfolger Grevys wurde Sadi Carnot gewählt (1837—94), der Enkel des einstigen Organisators der revolutionären Armee gegen die Truppen des monarchischen Europa. Unter seiner

Digitized by Google

Präsidentschaft kam noch ein Skandal auf: die Gesellschaft für die Erbauung des Panamakanals, an deren Spitze Vicomte Ferdinand Lesseps (1805—94) stand, faßte in ihrer finanziellen Not 1888 den Gedanken, ein Lotterieanlehen von 600 Millionen Franken aufzunehmen, und durch Bestechung mehrerer einflußreicher Abgeordneten ward es bewirkt, daß die Kammer die Erlaubnis dazu erteilte, obwohl in Frankreich Lotterien gesetzlich verboten waren. Boulanger hatte von allen diesen Dingen den Nutzen; um das Anwachsen seines Einflusses zu verhindern, schaffte man im Februar 1889 die Listenwahl zugunsten der Einzelwahl (vote uninominal) wieder ab und untersagte alle mehrfachen Kandidaturen einer und derselben Person. Der energische Minister des Innern Constans löste im März 1889 die von Deroulède geführte sog. ligue de la patrie française auf, welche für Boulanger als den Helden des Rachekriegs gegen Deutschland arbeitete, ließ ihre Führer wegen Gründung einer unerlaubten Gesellschaft verurteilen und Boulanger selbst wegen Verschwörung gegen die Sicherheit der Republik vor den Senat als Hochgericht vorladen. Jetzt verlor Boulanger den Mut, entfloh nach Brüssel und richtete sich damit moralisch so zugrunde, daß bei den Wahlen zum Pariser Gemeinderat Ende April 1889 von seinen sämtlichen Anhängern nur ein einziger gewählt wurde. So jämmerlich endete die cäsaristische Bewegung der „boulange"; er selbst beschloß, tief beschämt und gedemütigt und durch den Tod seiner Geliebten des letzten Haltes beraubt, am 30. September 1891 sein Leben in Brüssel durch Selbstmord. Im März 1893 wurde der Panamaskandal durch gerichtliches Urteil dahin erledigt, daß Lesseps wegen Bestechung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde; der frühere Minister Baïhaut erhielt 5 Jahre Gefängnis. Vielfach hielt man die Verurteilung von Lesseps zwar für formell gerechtfertigt, sachlich aber für unbillig, weil der geniale und kühne Mann nicht um persönlichen Vorteils willen, sondern, um sein zweites großes Lebenswerk (neben dem Suezkanal) zu retten, zur Bestechung gegriffen hatte. Lesseps starb am 7. Dezember 1894 auf einem Schloß in Berry.

Die Republik erlangte eine Befestigung ihrer hart erschütterten

Digitized by Google

Stellung durch die Fehler des „neuen Kurses“ in Deutschland, der den russischen Rückversicherungsvertrag aufgab und Rußland in die Arme Frankreichs trieb. Die persönliche Gesinnung des Zaren Alexander III. (1881—94), „der sich als die Verkörperung des russischen Nationalgefühls ansah“ und alle nichtrussischen Nationalitäten, die Polen, die baltischen Deutschen, die Finnländer unterdrückte, kam dieser Schwenkung der russischen Politik allerdings zustatten. Der Zar fühlte sich als Gegner der gebildetsten und mächtigsten der „Nationalitäten“ Rußlands und übertrug seine Abneigung von den baltischen Deutschen auf sämtliche Deutsche; dadurch ward er, der starre Selbstherrscher, sogar bestimmt, über die Bedenken gegen das republikanische Frankreich sich wegzusetzen. Im Jahr 1891 erschien eine französische Flotte unter Admiral Gervais in Kronstadt; Gervais wartete dem Zaren auf, und der Zar gab dem Admiral den Besuch heim und hörte an Bord des französischen Panzerschiffs Marengo stehend die Marseillaise an (S. 265). Im Jahr 1893 erwiderte eine russische Flotte unter Admiral Avellan den Besuch in Toulon, und Zar Nikolaus II. (geb. 1868, Zar seit 1. November 1894) ist dreimal als Gast der Republik in Frankreich gewesen, am 6. Oktober 1896, wo er mit seiner Gemahlin, der früheren Prinzeß Alice von Hessen, Paris besuchte, vom 18.—21. September 1901, wo er allein in Compiègne den französischen Manövern anwohnte, und am 31. Juli und 1. August 1909, wo er auf der Reede von Cherbourg mit dem Präsidenten Fallières zusammenkam. Die Tatsache, daß die Republik der bis 1905 ungebeugtesten Autokratie der Welt ein Bündnis abgewann, das ohne Zweifel schriftlich festgelegt ward und ein militärisches Zusammengehen in gewissen Fällen vorsah, kam natürlich dem sehr gesunkenen Kredit der bestehenden Staatsform zu statten. Auf der anderen Seite erwies Leo XIII. der Republik den großen Dienst, daß er im Februar 1892 die französischen Katholiken zur Anerkennung der republikanischen Regierung (als der von Gott gesetzten oder zugelassenen Obrigkeit) aufforderte; die Publizisten der Kurie haben selbst behauptet, daß ohne die „Ehrlicherklärung“ der Republik durch den Papst, den Träger der ältesten Autorität Europas, der Zar sich nicht zum „Zweibund“

Digitized by Google

entschlossen hätte (S. 266). Das ist wohl übertrieben; aber ein Korn Wahrheit steckt darin.

Präsident Sadi Carnot wurde bei einem Besuch in Lyon am 24. Juni 1894 in dem Augenblick, wo er zu einer Theatervorstellung fuhr, durch einen italienischen Anarchisten Caserio erstochen; für diese Fanatiker war der Präsident der Republik genau so ein Vertreter der despotischen Staatsgewalt, welche den einzelnen Zwang antut, wie ein gekröntes Haupt aus den alten Dynastien. Der Kongreß wählte am 27. Juni gleich im ersten Wahlgang Casimir Perier (geb. 1847) zum Präsidenten, einen Mann aus einer alten Bankiersfamilie, ernst, tatkräftig und klug; er legte aber schon am 14. Januar 1895 sein Amt nieder, das zwar nach der geschriebenen Verfassung beträchtliche Befugnisse haben sollte, in Wahrheit aber allmählich fast zu einem bloßen Ehrenposten herabgedrückt worden war; jede greifbare politische Betätigung des Präsidenten ward als Versuch einer persönlichen Politik auf Unkosten der Abgeordnetenkammer und ihrer Vertrauensmänner, der Minister, angesehen. Im Jahr 1799 hatte Bonaparte, als ihm Siéyès eine ähnliche Rolle zuteilen und behufs der Repräsentation 3 Millionen jährlich aussetzen wollte, zornig ausgerufen: „Glauben Sie, daß ich für 3 Millionen die Rolle eines Mastschweins spielen will?“ Ähnlich empfand Perier; er wollte nicht bloß Empfänge abhalten, Prunkreisen machen und Ministerernennungen unterzeichnen; er zog sich lieber zurück. Sein Nachfolger wurde am 17. Januar 1895 im zweiten Wahlgang Felix Faure (1841—99), ein schwacher und eitler Großkaufmann, den man absichtlich bedeutenderen Mitbewerbern vorzog, welche gleich Perier ihr Amt ernster zu handhaben gewünscht hätten; Faure spielte seine Repräsentationsrolle mit großem Behagen. Als er am 16. Februar 1899 an einem Schlaganfall (oder durch Weiberhand?) starb, bestieg Emil Loubet (geb. 1840), bisher Senatspräsident, den Präsidentenstuhl, den er als erster die vollen gesetzlichen sieben Jahre inne hatte. Er war ein ehrenhafter, tüchtiger Mann, dem es doch gelungen ist, in vorsichtigster Form wieder einen nicht unerheblichen Einfluß auf den Gang der Dinge auszuüben. Als seine Zeit um war, lehnte er eine Wiederwahl entschieden ab; sein Nachfolger wurde am 16. Februar 1906

Digitized by Google

der Senatspräsident Fallières, den die Mehrheit der beiden Kammern dem ehrgeizigen und unruhigen Doumer vorzog.

Vom Jahr 1894 an wurde Frankreich durch einen Rechtsfall in Aufregung erhalten, der alle politischen Leidenschaften entfesselte. Der jüdische Artilleriehauptmann Alfred Dreyfus wurde bezichtigt, an das Ausland (Deutschland und Italien) militärische Geheimnisse verraten zu haben, und wurde im Dezember 1894 von einem geheimen Kriegsgericht zur Ausstoßung aus dem Heer und Verschickung nach der Teufelsinsel vor Französisch-Guayana verurteilt. Der Haß gegen die Juden, der auch in Frankreich weit verbreitet war (das Organ der Antisemiten war Drumonts Blatt La libre parole), der Chauvinismus der „Nationalisten" (Anhänger der Patriotenliga) und die Abneigung des unter meist klerikal gesinnten Generalen und Offizieren stehenden Heeres gegen die radikalen Republikaner erkoren sich in Dreyfus ein gemeinsames Opfer; es galt eine Art Machtprobe, wer stärker sei, die bürgerlichen Autoritäten der Republik und die demokratische Richtung oder das überwiegend kirchlich und monarchistisch gesinnte Offizierskorps und die aristokratischen Elemente. Aber der Zweifel, ob der Urteilsspruch gerecht gewesen sei, ließ sich nicht bannen; 1897 erhoben der Senator Scheurer-Kestner, der bekannte Romanschriftsteller Emil Zola und Dreyfus' Familie dringend den Ruf nach einer Wiederaufnahme des Prozesses, und alle jüdischen Blätter ganz Europas stießen in dasselbe Horn. Der Kriegsminister Cavaignac wollte 1898 in der Kammer durch Verlesung eines Schriftstücks Dreyfus' Schuld erhärten; allein eben dieses Schriftstück ward als eine Fälschung des Oberstleutnants Henry erkannt, der aus Verzweiflung über seine Entlarvung sich den Tod gab. Die Sache wurde nun dem Kassationshof übergeben, der am 3. Juni 1899 das Urteil umstieß und einen neuen Gerichtshof, in Rennes, mit wiederholter — nunmehr öffentlicher — Verhandlung betraute. Am 9. September 1899 wurde Dreyfus von diesem Gericht zwar abermals wegen Hochverrats verurteilt, aber sonderbarerweise „wegen mildernder Umstände" nicht zur Verschickung, sondern nur zu 10 Jahren Gefängnis. Das Gericht wagte offenbar weder über ihn nochmals die alte Strafe zu verhängen, noch auch ihn freizu-

Digitized by Google

sprechen; der Präsident Loubet aber begnadigte auf Grund eines vorher getroffenen Einverständnisses Dreyfus nach wenigen Tagen, und die Angelegenheit wurde durch eine Amnestie, welche alle aus Anlaß dieses Prozesses erkannten Strafen aufhob, für endgültig erledigt erklärt. Dreyfus ruhte aber nicht und erreichte endlich, weil sich drei neue entlastende Punkte ergaben, eine abermalige Verhandlung beim Kassationshof, der am 12. Juli 1906 das ganze Urteil von Rennes umstieß und nun Dreyfus für völlig unschuldig erklärte. Er ward darauf wieder ins Heer aufgenommen und zum Major befördert, und Oberst Picquart, einer der wenigen Offiziere, die für Dreyfus gewesen waren, erhielt am 23. Oktober 1906 im Ministerium Clemenceau das Kriegsministerium.

Wie langsam in der dritten Republik die sozialen Gedanken sich Bahn brachen, sieht man daraus, daß die in Preußen und Deutschland längst durchdrungene, hervorragend gerechte Besteuerung nach dem Einkommen zwar vielfach gefordert und auch endlich 1896 vom Ministerium Bourgeois in Vorschlag gebracht wurde (statt des überlasteten Grundbesitzes sollte die französische Staatsrente mit $4^1/_2\,\%$ besteuert werden), daß aber der Entwurf wegen des heftigen Widerstandes sowohl des Senats als der Abgeordnetenkammer von der Regierung wieder fallen gelassen wurde. 1907 ward ein neuer Versuch von dem Minister Caillaux gemacht, der eine 3—$4\,\%$ige Steuer vorsah; die Beratung schritt aber so langsam voran, daß das Gesetz erst am 9. März 1909 von der Abgeordnetenkammer, wo es 388 gegen 129 Stimmen erhielt, an den Senat hinübergegeben werden konnte. Erledigt ist es noch nicht. Hinsichtlich der sozialen Fürsorge ward es selbst von der sozialistischen Presse „als größter Erfolg seit 50 Jahren" gepriesen, daß im März 1900 für Frauen und jugendliche Arbeiter ein Höchstmaß von 11 Stunden täglicher Arbeit festgesetzt wurde. 1901 begann die Abgeordnetenkammer die Bearbeitung eines Entwurfs über die (in Deutschland schon zwölf Jahre vorher beschlossene) Versicherung gegen Gebrechlichkeit und Alter; danach sollten alle Franzosen, welche unter 4000 Fr. jährlich einnahmen und 65 Jahre alt waren, versichert werden; im Dezember 1905 setzte die Kammer die Altersgrenze auf das 60. Jahr herab. Da

Digitized by Google

aber der Staat dann 250 Mill. Fr. Beitrag zu zahlen gehabt hätte, schien es selbst dem sozialistischen Arbeitsminister Viviani 1908 notwendig, die Altersgrenze von 65 Jahren herzustellen und alle kleineren Pächter und alle ländlichen Dienstboten auszuschließen; dann reichte ein Staatsbeitrag von 100 Millionen. Zum Abschluß gelangte die Sache erst am 22. März 1910, wo auch der Senat dem Entwurf mit 280 gegen 3 Stimmen beitrat. Der Präsident Fallières hat am 25. März 1911 die Ausführungsbestimmungen unterzeichnet. Im August 1906 wurde eine wöchentliche (nicht notwendig sonntägliche) Ruhezeit für die sämtlichen Bediensteten aller Geschäfte gesetzlich vorgeschrieben (repos hebdomadaire), wogegen aber die Geschäftswelt in einer Weise sich auflehnte, daß das Gesetz längere Zeit ein toter Buchstabe blieb. Im März 1909 traten, ein Zeichen des schwer erschütterten Gefühls für staatliche Autorität, wofür auch eine antimilitaristische Agitation zeugte, die Postbeamten in Paris und im Oktober 1910 die Eisenbahnbeamten der Staats- und Privatbahnen in einen Ausstand, um höhere Löhnung und bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Die Postbeamten hatten Erfolg; den Ausstand der Eisenbahner (cheminots) schlug aber der früher zu den Sozialisten gehörige Ministerpräsident Briand (seit Juli 1909) in dem Gefühl, daß ein Ausstand von Staatsbeamten und auch von Privatbeamten des Verkehrswesens ein Schlag gegen die Nation selbst sei, mit eiserner Faust nieder, indem er 1369 Oberbeamte und 27 869 Unterbeamte als Militärpflichtige zum Heeresdienst einberief und sie so zu arbeiten zwang. Anfangs wegen dieser Tatkraft bewundert, erlag Briand doch dem Haß der Sozialisten und der Schwächlichkeit der ihnen nahestehenden Radikalen und mußte, weil er gegen die Orden zu nachsichtig sein sollte, am 24. Februar 1911 zurücktreten, worauf am 2. März 1911 ein kurzlebiges radikales Kabinett Monis gebildet wurde. In diesem hatte der unten noch zu nennende Delcassé das Marineministerium.

Das wichtigste Ereignis der inneren französischen Politik der letzten Jahre ist der Bruch zwischen Staat und Kirche. Schon Gambetta hatte ausgerufen: le cléricalisme, c'est l'ennemi: daher sein Versuch, 1877—78 sich mit Bismarck zu verständigen; daher die Maßregeln gegen die Unterricht erteilenden Orden und die

Digitized by Google

Schaffung der staatlichen Volksschule. Die Orden wußten aber die Regierungsmaßnahmen mehr oder weniger zu umgehen, und ihre Feindseligkeit gegen die freidenkerische Republik blieb dieselbe; jedes Kloster bildete einen Herd monarchischer Wühlerei. So brachte einer der ersten Staatsmänner der Republik, Waldeck-Rousseau (1846—1904), in dessen Ministerium 1899—1902 erstmals ein Sozialdemokrat — Millerand (geb. 1859) — als Handelsminister saß*), im Jahr 1901 ein neues Vereinsgesetz ein, das von der Kammer am 23. März mit 318 gegen 239 Stimmen angenommen wurde und in Artikel 14 die Vorschrift enthielt, welcher bereits Ferry im Jahr 1880 hatte Gesetzeskraft verleihen wollen: „Orden, welche vom Staat nicht zugelassen sind, dürfen keinen öffentlichen Unterricht erteilen". Waldeck-Rousseaus Nachfolger Combes (geb. 1835), der einst selbst hatte katholische Theologie studieren sollen, aber zu den Freidenkern übergetreten war, erließ am 25. Juli 1902 eine Verfügung, daß dem Gesetz gemäß alle Ordensschulen sofort geschlossen werden sollten, welche nicht anerkannt seien oder sich nicht verpflichteten, binnen sechs Jahren sich in weltliche Schulen zu verwandeln. Als nun etwa $^4/_5$ der Orden die staatliche Genehmigung nachsuchten, wurde am 18. März 1903 durch Kammerbeschluß (mit 300 sozialistischen und radikalen Stimmen gegen 257 Stimmen der Klerikalen und Liberalen) nicht nur allen 24 lehrenden Orden die Genehmigung abgeschlagen, sondern auch den predigenden Orden und den Karthäusern; die Klöster wurden darauf, zum Teil unter großer Aufregung der Bevölkerung, besonders in der Bretagne, und unter Zuhilfenahme militärischer Gewalt, gemäß dem Gesetz geschlossen und für den Staat eingezogen. Um zu verhindern, daß sich Mönche für Laien erklärten und dann ihre Schulen einfach weiterführten, ward im Juni 1903 ein Gesetz erlassen, daß alle Schulen, an denen frühere Mönche

*) Millerand trug als Minister den wirklichen Verhältnissen soviel Rechnung, daß er 1904 von den Sozialdemokraten als Abtrünniger aus der Partei ausgeschlossen wurde. Im Juli 1909 war er unter Briand wieder Minister der öffentlichen Arbeiten. Seine Gesinnungsgenossen nannten sich „unabhängige Sozialisten".

Digitized by Google

lehrten, die nicht zweifellos aus ihren Orden ausgetreten seien, als Mönchsschulen anzusehen, folglich zu schließen seien, sobald sie in derselben Gemeinde wie die frühere Mönchsschule oder in einer benachbarten lägen: es sollte jede Hintertür zur verkappten Fortführung der Ordensschulen versperrt werden.

Mit tiefem Schmerz sah Papst Leo XIII. diese kirchenfeindlichen Maßnahmen der „ältesten Tochter der Kirche", wie Frankreich von der Kurie genannt wird; waren diese Maßnahmen doch ein Zeugnis dafür, daß alle seine Liebeswerbungen um die Gunst der Republik vergebens seien. Bereits war auch die Kurie selbst mit dem Staat in einen Streit über die Ernennung der Bischöfe geraten, welche nach dem die Verhältnisse von Kirche und Staat regelnden Konkordat des Jahres 1801 vom Staat erfolgen sollte; darauf stand es dem Papst zu, sie mit ihren kirchlichen Befugnissen zu bekleiden. Im März 1903 lehnte sich Combes dagegen auf, daß die Kurie seit 1901 in ihren Bullen über die Einsetzung von französischen Bischöfen nicht das einfache Wort gebraucht habe quos Status nominavit, sondern die Wendung nobis nominavit: darin lag der Sinn, daß der Staat nicht den und den zum Bischof ernennt, sondern ihn „uns (nur) benennt", worauf wir (die Kirche) die letzte Entscheidung treffen. Das sei, erklärte Combes, zwar seit 1801 auch sonst öfters geschehen, aber unter stetem Widerspruch des Staats: seit zwei Jahren werde es systematisch von Rom so gehalten, und das lasse die Regierung sich nicht bieten. Ehe dieser Streit geschlichtet war, starb Leo XIII. und bestieg Pius X. den Thron, der von Anfang an den Franzosen als „der deutsche Papst" verdächtig war (S. 339 f.); daß auch der Jesuitenorden in Pater Wernz aus Rottweil in Württemberg 1903 einen deutschen General wählte, vermehrte die Verstimmung der Franzosen gegen alles Römische.

Nun beschloß Präsident Loubet den Besuch, den König Viktor Emanuel III. mit seiner Gemahlin Helena als Zeichen hergestellten nachbarlichen Verhältnisses am 14. Oktober 1903 in Paris abgestattet hatte, in Rom zu erwidern. Jeder Besuch eines Fürsten beim italienischen Hof erschien der Kurie als eine Anerkennung der Besitznahme Roms durch Italien, und wenn sie das bei Protestanten

Digitized by Google

(so beim deutschen Kaiser) als erträglich ansah, so faßte sie es bei katholischen Fürsten als direkten Verrat an der Kirche auf. In dieser Gesinnung hatte sie bisher noch jeden Besuch eines katholischen Souveräns in Rom hintertrieben; daß Kaiser Franz Joseph den Besuch, den ihm König Humbert im Oktober 1881 in Wien zur Einleitung des Dreibundes gemacht hatte, nur in Venedig heimgab, nicht in Rom, war darauf zurückzuführen, und man freute sich im Vatikan dem Räuberstaat, der diese Sache mit Recht sehr schwer nahm, einen solchen Schlag versetzt zu haben. Auch der Besuch des neuen Königs Karl I. von Portugal (seit 1889) bei seinem Oheim Humbert war vom Papst im letzten Augenblick noch verhindert worden. Um so empörter war man am päpstlichen Hofe, als die Absicht Loubets bekannt wurde, und an demselben 24. April 1904, da der Präsident seine Reise nach Rom antrat, erließ der vatikanische Staatssekretär, der spanische Kardinal Merry del Val, eine Note an die Vertreter des Papstes bei den fremden Höfen, worin jeder Besuch eines katholischen Souveräns beim Quirinal für eine Beleidigung des Papstes erklärt wurde; am ärgsten aber sei es, wenn Frankreich, das durch das Konkordat bevorzugt sei, so etwas tue und eine Regierung auszeichne, welche die Rechte des heiligen Stuhles mißachte. Auf dies hin ward der französische Gesandte beim Vatikan, Nisard, am 21. Mai abberufen und nur ein Geschäftsträger in Rom belassen; der Vorwurf der Beleidigung des Papstes, erklärte der Minister des Auswärtigen Delcassé, sei unbegründet, da Frankreich nur eine unabweisliche Pflicht der Höflichkeit gegen Italien erfülle. Ein Besuch Loubets bei Pius X. kam natürlich aus diesem Anlaß gar nicht in Frage, da weder der Papst ihn angenommen hätte noch Loubet nach der Note vom 24. April ihn abstatten konnte. Die französische Abgeordnetenkammer hieß am 27. Mai die Abberufung Nisards mit 420 gegen 90 Stimmen gut; selbst die 75 Liberalen unter dem früheren Minister Meline und die 60 Nationalisten schlugen sich auf die Seite des ihnen sonst verhaßten Ministeriums Combes. Bei der Gereiztheit, welche zwischen Frankreich und dem Vatikan herrschte, bedurfte es jetzt nur noch eines kleinen Anstoßes, um den vollen Bruch herbeizuführen. Er ergab sich daraus, daß der Papst zwei französische

Digitized by Google

Bischöfe, Geay von Laval und Le Nordez von Dijon, welche wegen liberaler Gesinnung oder anrüchiger Sitten in ihren Sprengeln auf große Gegnerschaft stießen, brieflich aufforderte, ihren Rücktritt zu nehmen. Da nach dem Konkordat die Bischöfe nicht einseitig vom Papst oder vom Staat, sondern von beiden eingesetzt wurden, so folgerte die Regierung, daß sie auch nicht einseitig abgesetzt werden könnten, erklärte das Verfahren des Papstes somit für einen Verstoß gegen das Konkordat und verlangte die Zurücknahme der Briefe. Pius X. antwortete, daß er keinen Befehl, sondern nur einen Rat gegeben habe; das stehe ihm als oberstem Hirten der Kirche und Wahrer der kirchlichen Zucht ohne alle Frage zu. Auf diese Weigerung beschloß der Ministerrat am 28. Juli 1904 die Gesandtschaft beim Vatikan aufzuheben und allen Verkehr mit dem heiligen Stuhl abzubrechen; der päpstliche Nuntius Lorenzelli, der auch nach dem 21. Mai in Paris verblieben war, erhielt seine Pässe zugestellt, und reiste am 30. Juli nach Rom ab.

Nun war kein Halten mehr; was die französischen Radikalen und Sozialisten längst auf ihrem Programm hatten, völlige Trennung von Staat und Kirche, war jetzt unvermeidlich geworden. Die Vollziehung dieses Schrittes fiel aber nicht mehr dem Ministerium Combes zu, das seit 7. Juni 1902 im Amte war und, nach der in Frankreich unerhörten Dauer von zwei Jahren und über sieben Monaten, endlich verbraucht am 15. Januar 1905 zurücktrat, sondern dem Ministerium des klugen Finanzmannes Rouvier (1842—1911). Schon am 10. Februar 1905 erhielt er für das Prinzip der Trennung in der Kammer eine Mehrheit von 388 gegen 111 Stimmen; bloß die Konservativen und $^2/_3$ der (ihnen nahestehenden) Nationalisten waren dagegen. Am 3. Juli genehmigte die Kammer das von dem Minister Bienvenu Martin ausgearbeitete und von dem sozialistischen Abgeordneten Briand begutachtete Gesetz mit 341 gegen 233 Stimmen; am 6. Dezember tat der Senat mit 179 gegen 103 Stimmen das gleiche. Das Wesentliche des Gesetzes ist 1. daß der Staat künftig zu keiner Konfession mehr amtliche Beziehungen unterhält und keiner mehr Geldunterstützung leistet. 2. Das kirchliche Vermögen, vor allem die Kirchen, Pfarrhäuser und Seminare gehören dem Staat, gehen

Digitized by Google

aber in Nutznießung von Kultusvereinen (associations cultuelles) über, „welche den Regeln der allgemeinen Organisation des Kultus sich anpassen müssen, dessen Ausübung sie zu sichern vorhaben." 3. Die Geistlichen, welche zur Zeit im Amte sind, erhalten vom Staat kleine Ruhegehälter. Die evangelischen Kirchen, sowohl die lutherische wie die calvinische, und die israelitische Religionsgemeinschaft unterwarfen sich dem Gesetz und erlangten durch die Opferwilligkeit ihrer Mitglieder auch ohne zu große Schwierigkeit die zu ihrem Fortbestand nötigen Mittel. Papst Pius X. aber entschied, obwohl die Versammlung der französischen Bischöfe am 31. Mai 1906 mit 48 gegen 26 Stimmen sich für Annahme des Gesetzes aussprach, das die Kultusvereine an die kirchlichen Vorschriften band und so willkürliche Vereine und Kirchenspaltung ausschloß, durch die Bulle Gravissimo officii munere vom 10. August 1906 doch, daß das Gesetz den geheiligten Rechten der Kirche Gewalt antue und also unannehmbar sei. Pius X. begründete dies damit, daß das Gesetz für den Fall, daß sich in einer Gemeinde zwei associations cultuelles bilden und beide Anspruch auf das Kirchenvermögen erheben, nicht dem Bischof, sondern dem Staatsrat die Entscheidung darüber zuerkannte, welcher Verein der gesetzmäßige sei; so etwas sei für die Kirche schlechthin unerträglich. Der Papst wies am Schluß die Bischöfe an, die gesetzlich möglichen Mittel zur Aufrechterhaltung des Gottesdienstes zu gebrauchen. Wie das aber zu machen sei, darüber zerbrach man sich das ganze Jahr 1906 die Köpfe. Der neue Unterrichtsminister Briand, der unter keinen Umständen Märtyrer schaffen wollte, verlangte schließlich nichts weiter, als daß die Priester jeweils am Anfang des Jahres die Erklärung bei der Staatsbehörde abgeben sollten, daß sie die Gebäude gemäß dem Vereinsgesetz von 1881 benutzen wollten, und die Kammer schloß sich dem an; der Papst aber wollte bloß zugestehen, daß die Priester die Erklärung ein für allemal abgeben. Die Regierung wies nun den päpstlichen Agenten bei den Bischöfen, Montagnini, aus Paris aus, beschlagnahmte seine Papiere, vertrieb die Bischöfe aus ihren Palästen und drohte mit Einstellung der 5000 theologischen Seminaristen ins Heer. Wir können nicht umhin zu erwähnen, daß der Führer der liberalen

Digitized by Google

Opposition Ribot am 21. Dezember 1906 in der Kammer ausrief: „Es gibt nur eine Lösung des Wirrwarrs; sagen Sie: die Kirchen bleiben offen! und drängen Sie die Pfarrer nicht, Erklärungen abzugeben, welche sie nicht abgeben können!“ Da der Staat 1790 die Kirche ihrer Güter durch Gewaltstreich beraubt und sich damals feierlich verpflichtet hat für ihren Unterhalt zu sorgen, so ist in der Tat die heutige Lossagung von aller Pflicht der Unterstützung der Kirche und gar noch die Inanspruchnahme dessen, was ihr an Besitz verblieben war, als eines Staatsguts rechtlich in keiner Weise zu verteidigen, und das Mindeste, was die Gerechtigkeit fordert, ihr aber nicht genügt, wäre die Übergabe aller Kirchen, Pfarrhäuser und Seminare als Eigentum an die Kirche. Bei der fortgesetzten Weigerung des Papstes, den Gottesdienst von der bürgerlichen Erlaubnis abhängig zu machen, überließ der Staat es schließlich 1907 den Gemeinden, die Kirchen und Pfarrhäuser in irgend einer Form den Gläubigen einzuräumen; infolge davon waren Ende 1908 nach einer Erklärung des Ministers Briand von etwa 37 000 Pfarrhäusern über 32 000 „unter annehmbaren Bedingungen vermietet“. Die Kirchengüter wurden durch eine Novelle zum Gesetz vom 21. Dezember 1907, nach Bezahlung der auf ihnen lastenden Schulden und unter Rückerstattung von Schenkungen an die direkten Erben der Schenker, den Departements für ihre Armenzwecke überwiesen; die kirchlichen Gebäude wurden zum Teil auch zu Schulen eingerichtet. Der Unterhalt der im Amt stehenden Geistlichen mußte nunmehr durch freiwillige Gaben aufgebracht werden, und hier erwies sich die Masse der französischen Bevölkerung so knauserig, daß im Oktober 1908 das Amtsblatt (la semaine religieuse) der Diözese Albi verzweifelnd ausrief: „Selbst reiche Bauern zahlen nichts; mancher Pfarrer muß, um leben zu können, Handwerkerdienste verrichten, Uhren ausbessern und dergl.; décidément, la foi est morte, der Glaube ist erstorben.“ Die Pfarrer wollten 1908 einen geistlichen Hilfsverein auf Gegenseitigkeit stiften, dem der Staat auf Grund der erwähnten Novelle die Erträgnisse der frommen Stiftungen für Messen zu überlassen bereit war. Aber am 16. Mai 1908 untersagte Pius X. „mit Bedauern“ auch die Bildung solcher Vereine, weil die Kirche vom Staat unter den

Digitized by Google

obwaltenden Verhältnissen nichts annehmen wollte; sie beharrte auf dem Verlangen grundsätzlicher Zugeständnisse.

Siebentes Kapitel

Englands innere Entwicklung 1871—1911

In England waren 1832 87 „verrottete Burgflecken" d. h. solche Wahlkreise, welche im Laufe der Zeit wirtschaftlich und hinsichtlich der Einwohnerzahl sehr zurückgeblieben waren, des Rechts zwei Abgeordnete zum Unterhaus zu wählen ganz oder zur Hälfte entkleidet worden, indem alle Burgflecken unter 2000 Seelen das Wahlrecht ganz verloren, solche unter 4000 nur noch einen Abgeordneten behielten. Das Wahlrecht wurde dafür auf bisher nicht berechtigte volkreiche Orte, wie Manchester, Birmingham und die Vororte Londons, übertragen. Das Stimmrecht (aktives Wahlrecht) wurde damals an die Zurücklegung des 21. Lebensjahrs und an ein gewisses Vermögen gebunden, so daß die Zahl der Wähler (vorher 400 000) 800 000 zunächst nicht überstieg. Die Wählbarkeit (passives Wahlrecht) setzte in den Städten ein Jahreseinkommen von 6000, auf dem Land eines von 12 000 Mark voraus. Im Jahr 1867 erhielten alle diejenigen männlichen Einwohner der Städte das Stimmrecht, welche ein Haus beliebigen Wertes allein bewohnten, als Eigentümer oder Mieter, oder welche als Abmieter für die ihnen überlassenen Räume eine jährliche Miete von mindestens 10 Pfund Sterling (200 Mark) bezahlten. Auf dem Lande durfte wählen, wer als Inhaber oder Pächter auf einem Grundstück von mindestens 12 Pfund Sterling Jahresertrag saß. Die Zahl der Wähler, vorher 1 056 000, stieg dadurch um eine halbe Million. Ein neuer Fortschritt erfolgte unter dem Ministerium des liberalen Staatsmanns William Gladstone (1809—98), der trotz mancher Fehler und Irrtümer einer der bedeutendsten Engländer des Jahrhunderts (the great old man) war, ausgezeichnet durch hohe klassische Bildung, von aufrichtig liberaler und menschenfreundlicher Gesinnung, großer Beredsamkeit und besonderer Fähigkeit für

Digitized by Google

die Verwaltung der Finanzen. Unter ihm wurde 1872 die geheime Abstimmung eingeführt und am 6. Dezember 1884 die dritte Wahlreform zum Gesetz erhoben. Sie erteilte erstens das vorhin gekennzeichnete städtische Stimmrecht von 1867 auch dem platten Land und erhöhte damit die Zahl der Wähler um 75 %, da in England die gesamte mittlere Schicht des Volkes und auch der besser gestellte Teil der Arbeiterschaft eigene Häuschen zu bewohnen pflegen. Zweitens hob das Gesetz 105 Wahlkreise von weniger als 16 000 Seelen auf und schuf dafür aus den (ländlichen) Grafschaften neue Wahlkreise, die nach festländischem Vorbild rund 50 000 Seelen hatten. Ausgeschlossen vom Wahlrecht blieben alle, welche nicht „Haushalter" waren, also die Haussöhne, die Dienstboten, die Bewohner von möblierten Zimmern ohne Haushalt und alle, deren Wohnung nicht 200 Mark im Jahr kostete; überdies ward zum Wahlrecht ein Jahr Ansässigkeit erforderlich. So kommt es, daß von etwa 6 Millionen erwachsener Männer in England heute noch gegen 2 Millionen ohne Stimmrecht sind. Gleichwohl war die Wirkung dieser dritten Wahlreform noch größer als die der beiden ersten; denn vor ihr zählte man etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen Wahlberechtigte, nachher über 4 Millionen. „Die Grundherren und Pfarrer, heißt es in John Morleys Werk über Gladstone, waren erstaunt zu sehen, wie der Arbeiter, an dessen politischem Stumpfsinn niemand gezweifelt hatte, eine Stunde und länger wanderte, um einer Wahlversammlung beizuwohnen und aufmerksam den Reden zuzuhören, ohne daß er ein Glas Bier verlangt hätte. Dann wanderte er wieder zurück, wortlos, seinen Tabak kauend; als aber die Wahlen zu Ende waren, da zeigte sich, daß die neue Wählerklasse die von der konservativen Aristokratie unterstützten Parlamentsmitglieder zu einem sehr erheblichen Teil aus dem Sattel gehoben hatte. Selbst die Schützlinge der allergrößten Landmagnaten, der Northumberland, Pembroke, Watkin, Wynes u. a. verloren ihre Mandate. Die Volksabstimmung der Landarbeiter brachte das konservative Ministerium zu Fall."

Die Verwaltung Englands beruhte seit unvordenklichen Zeiten auf dem vielgerühmten Selfgovernment, der Selbstverwaltung, welche darin bestand, daß die Grundbesitzer, die squires, als

Digitized by Google

von der Krone ernannte Friedensrichter (justices of the peace) einmal die Rechtspflege handhabten, dann für die Unterhaltung der Straßen sorgten. Das Selfgovernment hatte einen durchaus aristokratischen Charakter; es ward von den größten Grundbesitzern unentgeltlich als Ehrenamt versehen; die kleinen Leute waren eben wegen des Mangels einer Besoldung und weil der König die Friedensrichter ernannte, davon ausgeschlossen. Bei Licht besehen, „bestand es ganz einfach darin, sagt der Franzose Metin (histoire générale 12, 86), daß es fast keine Beamten gab, daß man, so gut oder so schlecht es ging, die Diebe durch Freiwillige verfolgte und Wege mit Drahtkreuzen und Brücken mit Zollhäusern baute“ (d. h. ihre Benutzung von der Zahlung von Abgaben abhängig machte). Die Liberalen forderten schon lange die Ersetzung der Friedensrichter durch gewählte Körperschaften, und das konservative Ministerium Salisbury hat 1888 ihr Verlangen erfüllt. England und Wales wurden in 122 Bezirke geteilt, denen man den alten Namen Grafschaften (counties) beilegte, worunter 17 die Städte unter 50000, 61 die über 50000, der Rest die alten historischen Grafschaften umfaßte; auch London ward in die Einteilung einbezogen. (1899 ward es in 27 boroughs oder Gemeinden zerlegt, neben denen die Altstadt, die City, steht.) Jede dieser Grafschaften erhielt nun ihren Grafschaftsrat (county-council), der alle drei Jahre von sämtlichen Steuerzahlern neu gewählt wird und alle nicht richterlichen Befugnisse der Friedensrichter ausübt. Unter den Grafschaftsräten stehen Ausschüsse, welche für das Gesundheitswesen, die Unterhaltung der Straßen, die Erhebung und Verwendung der Armentaxe zu sorgen haben. Im Jahr 1889 ward das Gesetz auch auf Schottland ausgedehnt; betreffs Irlands wurde seine Verkündigung wegen der dortigen Wirren noch hinausgeschoben. 1894 erhielten auch die Dörfer (parishes, Pfarreien genannt) ihren erwählten Gemeinderat, „das erste Mal, daß man in England den Bauern das Recht verlieh über ihre Angelegenheiten zu beraten“. Nimmt man zu dem allem, daß schon 1871 durch das Gesetz über die Volkserziehung ganz England und Wales in Schulbezirke mit besonderen Schulbehörden (school boards) eingeteilt und regelmäßige Inspektionen angeordnet waren, so hat

Digitized by Google

man die Tatsachen beisammen, welche den Sturz des von den Grundbesitzern geübten Selfgovernments und die Errichtung einer auf Wahl beruhenden demokratischen Lokalverwaltung an seiner Stelle herbeiführten und ausmachten. Daß diese Reform in ihrem Hauptteil von einem konservativen Ministerium ins Werk gerichtet wurde, spricht einesteils für ihre Notwendigkeit angesichts der veränderten Zeitströmung, andernteils für den politischen Verstand der englischen Konservativen, der Tories, welche das, was doch nicht mehr aufzuhalten ist, lieber selbst in die Hand nehmen als es von ihren liberalen Gegnern, den Whigs, ausführen und sich so ins Hintertreffen drängen lassen. Ein Werk der Tories ist auch das Kleinstellengesetz vom Juni 1892, das die Bildung kleiner Bauernstellen von 1—20 Hektar in England dadurch erleichterte, daß die Käufer nur $^1/_4$ des Preises selbst bezahlten und $^3/_4$ ihnen von der Grafschaft auf 50 Jahre vorgestreckt werden sollten; dadurch sollte die einseitige Latifundienwirtschaft Englands in wohltätiger Weise umgebildet werden. Im Jahr 1907 wurde von dem liberalen Ministerium Bannerman dieses Werk durch ein neues Gesetz fortgeführt, das die Grafschaften direkt ermächtigte, Land zur Beschaffung kleiner Heimstätten anzukaufen und es in Losen zu höchstens 20 Hektaren abzugeben; man hoffte dadurch einen Stamm von Landarbeitern zu erhalten und der Leutenot zu steuern, unter der die von der Industrie längst überflügelte und in England und Schottland kaum mehr 9% der Erwerbstätigen zählende englische Landwirtschaft noch schwerer litt als selbst die deutsche. Wo die Konservativen wußten, daß die Volksstimmung nicht mit Macht gegen sie sei, verteidigten sie ihre Grundsätze und Interessen mit rücksichtsloser Entschlossenheit. Als 1906 das liberale Kabinett Campbell-Bannerman (in welchem erstmals ein Vertreter der Arbeiterpartei, John Burns, saß) ein Volksschulgesetz einbrachte, welches den konfessionellen Volksschulen alle staatlichen Zuschüsse entzog und den Lehrerberuf von jeder Zugehörigkeit zu einer Konfession unabhängig machte, lehnte das Oberhaus am 7. Dezember 1906 das Gesetz in allem Wesentlichen ab, worauf das Unterhaus seinerseits alle Gegenvorschläge des Oberhauses en bloc verwarf. Dieser Vorgang rief die schon oft von liberaler und radikaler

Digitized by Google

Seite angeregte Erörterung aufs neue wach, ob nicht dem Oberhaus engere Grenzen seiner Macht zu ziehen oder es ganz abzuschaffen sei, und die Regierung erklärte am 25. Juni 1907 als ihre Absicht, das Verhältnis beider Häuser dahin abzuändern, daß dem Oberhaus sein bis jetzt unbeschränktes Vetorecht gegen alle Beschlüsse des Unterhauses entrissen werden solle. Das Oberhaus aber ließ sich nicht einschüchtern. Es nahm zwar 1907 die Gesetze über die Erteilung auch des passiven Gemeindewahlrechts an die Frauen, die (lange aus religiösen Bedenken versagte) Gestattung der Heirat mit einer Schwester der verstorbenen Frau und (am 23. Dezember 1908) den achtstündigen Arbeitstag in den Bergwerken an. Dagegen bezeichnete es die vom Unterhaus mit 350 gegen 113 Stimmen gutgeheißene Bill über die Schankstätten, welche deren Zahl, dem Andrängen der Temperenzler gemäß, binnen 14 Jahren von 97 000 auf 67 000 zu vermindern bezweckte, als unstatthaften Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit der einzelnen und lehnte die Bill, besonders mit Rücksicht auf das Brauereigewerbe, im November 1908 ohne Einzelberatung ab.

Schon das versetzte die Liberalen erneut in Harnisch; dem Faß schlug aber den Boden aus die Verwerfung des von dem radikalen Schatzkanzler Lloyd George am 29. April 1909 im Unterhaus eingebrachten, auf völlig neuen Grundlagen beruhenden Gesetzes über den Staatshaushalt. Um die Kosten von 320 Millionen Mark für die Altersversicherung und für die Flottenvermehrung aufzubringen, auf welche die Tories unter krasser Ausmalung der angeblich von dem Anwachsen der deutschen Flotte drohenden Gefahr eifrig drangen (Bau der Riesenschiffe von 20—30 000 Tonnen Wasserverdrängung nach dem Muster des Dreadnaught): schlug Lloyd George neue Steuern im ungefähren Betrag von 344 Millionen vor, wovon fast zwei Drittel (214 Millionen) die besitzenden Klassen trafen, nämlich die Erhöhung der Einkommensteuer (70 Millionen), der Erbschaftssteuer (57 Millionen) und der Wirtschaftskonzessionen (52 Millionen), sowie die neuen Steuern auf Bodenwertzuwachs (10 Millionen), Stempel (13 Millionen) und Motore (12 Millionen). Gegen dieses „sozialdemokratische Haushaltsgesetz" erhoben die großen Kaufleute und Gewerbetreibenden, voran Lord

Digitized by Google

Rothschild, laute Einsprache und erklärten Handel und Verkehr dadurch für bedroht. Gleichwohl nahm das Unterhaus das Gesetz am 4. November mit 379 gegen 149 Stimmen an. Das Oberhaus wich nun von dem Herkommen, wonach es in allen Finanzsachen die Beschlüsse des Unterhauses als der Vertretung der Masse der Steuerzahler stets anerkannt hatte, angesichts des Ausnahmscharakters dieses Haushalts ab und beschloß auf Antrag des konservativen Führers Lord Lansdowne am 30. November: „das Haus der Lords ist nicht berechtigt, seine Zustimmung zu diesem Haushalt zu erteilen, ehe er dem Urteil des Landes unterbreitet worden ist." Der Beschluß ward besonders damit begründet, daß ein vor vier Jahren gewähltes Unterhaus nicht mehr als zuverlässiger Ausdruck der Volksmeinung angesehen werden könne. Nun ward das Unterhaus aufgelöst, um die Ansicht des Landes zu ermitteln, und die Wahlen vollzogen sich unter dem doppelten Schlachtruf: für oder gegen das Haushaltsgesetz, für das Haus der Lords als ein konservatives Bollwerk oder nieder mit ihm als einem Hemmnis der Reform! Die Neuwahlen vom 8. Januar bis 5. Februar 1910 ergaben zwar ein gewaltiges Anwachsen der Unionisten, die von 157 Mann auf 273 stiegen, also 116 Wahlkreise gewannen, während die Liberalen auf 274 Mann sanken. Allein da 42 von der Arbeiterpartei (labour party) und 81 Iren gewählt wurden, und der liberale Ministerpräsident Asquith die Iren durch Errichtung zweier irischer Universitäten (Juli 1908) und das Versprechen von Homerule (s. S. 374) gewonnen hatte, so waren die Unionisten gleichwohl sehr in der Minderheit, und dem Oberhaus blieb nichts übrig, als gemäß der von ihm selbst angerufenen Volksstimme das Haushaltsgesetz, in dem Lloyd George die Erbschaftssteuer schon vorher durch Wegfall der Steuer auf Ackerland und auf Besitz unter 10000 Mark gemildert hatte, am 28. April 1910 anzunehmen.

Damit war der Kampf aber nicht abgeschlossen; im Gegenteil begann er erst recht, da die Liberalen unter dem Hinweis, daß 273 Abgeordnete für, 397 gegen das Oberhaus gewählt seien, nun die Frage der Einschränkung der Befugnisse des Oberhauses nachdrücklich in die Hand nahmen. Der bereits begonnene Kampf wurde durch den am 6. Mai 1910 erfolgten Tod König Eduards VII.

Digitized by Google

(1901—10) unterbrochen, da es beiden Parteien widerstrebte, Eduards Sohn, den neuen und beliebten König Georg V. (geb. 1865) sofort vor so dornenvolle Aufgaben und schwere Entscheidungen zu stellen, wie es die für oder gegen die Lords war. Ein Zeichen der versöhnlichen Stimmung, freilich auch der Rücksicht auf die zu $^4/_5$ katholischen Irländer war es, daß der seit mehr als zwei Jahrhunderten übliche Eid des Königs auf das protestantische Bekenntnis mit Zustimmung des Unterhauses (341 gegen 42 Stimmen) am 29. Juni dahin abgeändert wurde, daß die Bezeichnung der Transsubstantiation als „eines abergläubischen und götzendienerischen Brauchs" wegfiel und der König nur noch schwur: „ich bekenne, daß ich ein treuer Protestant bin und daß ich nach der wahren Absicht der zur Sicherung der protestantischen Thronfolge erlassenen Gesetze diese Bestimmungen nach bestem Vermögen, dem Gesetz gemäß, aufrecht erhalten und behaupten werde." „Ein treuer Protestant": damit war den evangelischen Sekten („Dissenters" oder „Nonkonformisten") Genüge getan, welche durch die anfänglich vorgeschlagene Fassung: „ein getreues Mitglied der protestantischen, reformierten, in England gesetzlich als Staatsreligion begründeten Kirche" sich verletzt gefühlt hatten. Zur Erzielung eines Ausgleichs zwischen den beiden Häusern wurde eine sog. Vetokonferenz aus vier Lords und vier Gemeinen gebildet, die vom 15. Juli bis 10. November tagte, aber schließlich, nachdem es mehrfach geschienen hatte, als ob das Werk gelingen werde, doch ohne Ergebnis auseinanderging. Das Oberhaus begegnete der liberalen Forderung, daß sein Veto nicht länger unbedingt, sondern nur noch suspensiv (aufschiebend) sein dürfe, mit dem geschickten Schachzug, daß es sich am 17. November zu einer Reform bereit erklärte, deren Grundzüge der ursprünglich liberale Lord Rosebery entwarf; danach sollten die Mitglieder des Oberhauses nicht mehr durch Geburt, sondern durch Wahl seitens der Peers oder anderer Personen oder durch königliche Ernennung gewonnen werden. Die Liberalen wollten also Beseitigung der Macht des Oberhauses als eines Hemmschuhs, bezw. wie die Tories sagten, eines Sicherheitsankers; denn mochte es bleiben wie es war: das Oberhaus und die Tories dagegen wollten Umgestaltung des Oberhauses, aber Festhaltung seiner Be-

Digitized by Google

fugnisse. Schließlich schlug nach Balfours Rat Lord Lansdowne vor, daß im Fall einer Meinungsverschiedenheit beider Häuser das Referendum, d. h. Berufung an die direkte Abstimmung des Volks über die Streitfrage, eintreten solle. Auf dies hin löste der König auf Verlangen Asquiths das Unterhaus abermals auf, um festzustellen, was die Ansicht der Wählerschaft sei, ob sie Reform oder Machtbeschränkung des Oberhauses wünsche. Die Neuwahlen vom 2. bis 20. Dezember zeigten, daß beide Parteien fest auf dem im Januar eingenommenen Boden standen; keine vermochte der anderen etwas Wesentliches abzugewinnen; es wurden gewählt 272 Unionisten (vorher 273), 271 Liberale (vorher 274), 43 Arbeiter (42) und 84 Iren (81), worunter 74 zum Anhang Redmonds, 10 zu dem O'Briens gehörten. Die Mehrheit der Wählerschaft hatte aber doch wieder gegen die Tories entschieden, wenn auch die Liberalen nach wie vor von der Gnade der Iren abhängig waren, welche durch Abfall zu den Tories das Ministerium jederzeit in die Minderheit versetzen konnten. Um sie auf seiner Seite festzuhalten, gab Asquith am 15. Februar eine Homerule in Aussicht stellende feierliche Erklärung im Unterhaus ab, welche Redmond als befriedigend anerkannte. Daß der Parteitag der Arbeiterpartei in Leicester (Februar 1911) die Bezeichnung ihrer Abgeordneten als „sozialistische Abgeordnete" verwarf und ebenso den Generalstreik als politisches Kampfmittel ablehnte, trug auch zur Festigung der antikonservativen Mehrheit bei. Vergebens schlug Lansdowne am 8. Mai vor, das Oberhaus solle nicht mehr, wie bisher, einfach aus den erblichen Peers bestehen, sondern aus 100 erblichen Peers, welche von der Gesamtheit der erblichen Peers gewählt werden sollten; ferner aus 120 von besonderen Wahlkollegien Gewählten, die aus den Mitgliedern des Unterhauses bestehen sollten; endlich aus 100 vom König Ernannten. Der Lordpräsident des geheimen Rats Morley antwortete, daß auch bei dieser Zusammensetzung die Tories das Oberhaus in der Hand haben würden; auch sei es ungereimt, eine Körperschaft zu schaffen, ehe ihre Befugnisse festgestellt seien. Das Ministerium blieb bei seinem von Anfang an eingenommenen Standpunkt und schlug also eine „Vetobill" vor, wonach ein Gesetz, das in drei Sessionen nacheinander, einerlei ob

Digitized by Google

desselben Parlaments oder nicht, vom Unterhaus angenommen und dem Oberhaus mindestens einen Monat vor Sessionsschluß, also rechtzeitig, zur Beratung vorgelegt sei, durch königliche Unterschrift Gesetzeskraft erhalte, auch wenn es vom Oberhaus verworfen sei. Handgreiflich wurde durch dieses Gesetz die alte Verfassung Großbritanniens, die auf dem Zweikammersystem als ihrem festesten Pfeiler ruhte, zerstört; denn dieses Gesetz traf die Kraft des Hauses der Lords an ihrer Wurzel und verlieh dem Unterhaus das am letzten Ende allein entscheidende Wort in allen Dingen. Lloyd George schlug in dieser Situation ein Gesetz vor über Errichtung einer Versicherung gegen Krankheit, das 14 700 000 Arbeitern mit weniger als 3200 Mark Einkommen zugute kommen sollte, und eines über Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit. Zusammen mit den 1908 eingeführten Altersrenten stellten diese Entwürfe ein Ganzes von sozialer Fürsorge dar, welches das deutsche Vorbild zwar nicht ganz erreichte (die deutschen Unterstützungssätze für Kranke — halber Tagesverdienst — sind höher als die im englischen Gesetz vorgesehenen Beiträge an Kranke von 5—10 Schilling die Woche und die Staatsgarantie für die Versicherten fehlt); aber sie banden doch die Arbeiterpartei fest an die Liberalen, um so mehr, als der Staat 90 Millionen Mark jährlich zur ersten, 15 zur zweiten Versicherung zahlen sollte. So wurde die „Vetobill" am 3. März, 3. Mai und 16. Mai in allen drei Lesungen, zuletzt mit 362 gegen 241 Stimmen angenommen. Das Oberhaus ließ am 30. Mai sie zur zweiten Lesung zu. Unter diesen Umständen fand am 22. Juni die feierliche Krönung König Georgs V. zum König statt, die weniger für Großbritannien selbst, wo ein König von gewöhnlichen Anlagen des Geistes und Willens fast nur noch die Bedeutung einer Verzierung des Staatsbaus hat, von Bedeutung war als für das gewaltige, über alle Weltteile sich ausdehnende Reich, dessen Einheit die Person des Monarchen darstellt. Nachdem die Krönung vorüber war, stellten die Lords am 27. Juni als Bedingung für die Annahme der Vetobill die Forderung auf, daß keine Maßregel, welche 1. die Krone oder die protestantische Thronfolge oder Homerule für Irland, Wales,

Digitized by Google

Schottland und England berühre oder 2. nicht von einem gemeinsamen Ausschuß beider Häuser gutgeheißen sei, zur kgl. Unterschrift vorgelegt werden dürfe, bevor nicht das Urteil der Wähler (Referendum) eingeholt sei. Am 6. Juli stimmten dafür 253 Lords, 46 dagegen.

Eine der schwersten inneren Fragen, mit denen England zu ringen hat, ist seit Menschengedenken die (im Vorhergehenden bereits gestreifte) irische. Die Insel Irland (84000 qkm) war im Altertum ausschließlich von Kelten bewohnt, ebenso wie England vor 449 und wie Wales und ein großer Teil Schottlands heute noch, und stand im Mittelalter unter einem Oberkönig, dessen Würde jeweils einer der vier Könige von Connaught und Munster im Westen, Ulster und Leinster im Osten inne hatte. Unaufhörliche innere Fehden zwischen den Königen und Häuptlingen zerrütteten das Land; ein räuberischer und blutdürstiger König von Leinster, Dermod, der 1167 von seinen Gegnern verjagt wurde, rief die Hilfe König Heinrichs II. von England an, der 1169 seine Lehensleute über die irische See setzen und Dermod zurückführen ließ. Die Köpfe von 300 getöteten Gegnern wurden von Dermods Kriegern ihrem König vor die Füße gelegt, der in unversöhnlichem Groll dem Kopf seines bittersten Feindes Nase und Lippen abbiß. Von dieser Zeit an beginnt die Unterwerfung der Insel durch die Engländer. Der englische Teil erhielt nach dem Vorbild Englands ein eigenes Parlament, dessen Berufung und Beratungsgegenstände Heinrich VII. aber 1494 auf einem in Drogheda versammelten Parlament von der Zustimmung des Königs von England, seines geheimen Rats und seines irischen Statthalters abhängig machte. Diese „Statuten von Drogheda" wurden ein Hauptmittel zur Entwicklung der englischen Macht über Irland. Als im 16. Jahrhundert in England die Reformation eingeführt und durch die Königin Elisabeth das katholische Kirchengut in Irland der dort eingerichteten evangelischen Staatskirche überwiesen ward, trat zum Gegensatz der Rassen, der Kelten und Germanen, der der Religion; heute noch sind etwa 74% der Einwohner Irlands katholisch. Da die Iren öfters das englische Joch abzuschütteln suchten, so 1595—1603 unter Führung des Grafen von Tyrone, so ward den Rebellen durch Elisabeth ihr Grund-

Digitized by Google

eigentum genommen und an englische Einwanderer übertragen. Besonders im Nordosten der Insel, in Ulster (um Belfast), wurden, seit 1607 unter Jakob I. angeblich eine neue Verschwörung Tyrones entdeckt worden war, zahlreiche englische und schottische Einwanderer angesiedelt, um der englischen Herrschaft eine Stütze zu geben. Bei erneuten Aufständen 1641—52 und 1689—91 erfolgten neue Gütereinziehungen; gelegentlich wurde so durch Parlamentsbeschluß 1 Million Morgen auf einmal den Besitzern genommen und an Protestanten verteilt. Die Masse des Landes, $9^1/_2$ Millionen Morgen von 11 im ganzen, gehörte schließlich den etwa 292 großen und 1942 mittleren landlords, Landherren, welche meist, aber nicht alle, von englischer Abkunft waren und oft ihre Güter gar nicht selbst bewohnten, sondern sich den (oft sehr geringen) Pachtzins nach England schicken ließen. Verhängnisvoll war es, daß der 1688 aus England wegen seiner Katholisierungsbestrebungen verjagte König Jakob II. im Kampf gegen seine Tochter Mary und deren Gemahl Wilhelm III. von Oranien an den Iren eine Stütze fand und mit französischer Hilfe dort einen Krieg entzündete, der erst durch Wilhelms IV. Sieg am Boynefluß 1690 und den Sieg von Aghrim 1691 beendigt wurde. Infolge davon wurden die katholischen Iren, die drei Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachten, als Menschen von verdächtiger Gesinnung behandelt; der Vertrag von Limerick, der den Katholiken Religionsfreiheit und Besitz ihrer Güter zusicherte, ward von dem Sieger gebrochen; höhere katholische Priester, Dekane und Bischöfe wurden auf Grund eines Gesetzes von 1698 gar nicht im Lande geduldet, ebensowenig Ordensleute; die niederen Priester durften ihre Grafschaft nicht verlassen. Seit einem Gesetz unter König Wilhelm III. 1691 war allen Katholiken das Recht abgesprochen, im irischen Parlament zu sitzen und irgend ein bürgerliches, militärisches und kirchliches Amt auf der Insel zu bekleiden; auch durften sie weder Grundeigentum erwerben, noch ein Testament errichten noch Ehen mit Protestanten eingehen. Überdies wurden die Iren durch die Raubgier der Großgrundbesitzer und der Zehntpächter und durch die der Insel auferlegten Handelsbeschränkungen wirtschaftlich schwer bedrückt; 1666 ward verboten, Vieh von Irland nach England auszuführen; 1698 traf ein gleiches

Digitized by Google

Verbot Wolle und Wollstoffe; die englische Schiffahrtsakte von 1649 ward jetzt auch auf Irland angewandt und demgemäß den Iren untersagt, überseeische Waren in England einzuführen. 1727 wurde den katholischen Iren sogar das aktive Wahlrecht entzogen. Der englischen Kirche, welche in jedem Kirchspiel ihren Geistlichen neben dem katholischen anstellte, mußten auch die Katholiken den Zehnten entrichten.

Gegen eine solche Bedrückung erhob sich immer wieder das Rechts- und Freiheitsgefühl des mißhandelten Volkes, und öfters entstanden bewaffnete Banden, welche dem Bedrücker furchtbar wurden. Als der amerikanische Krieg für England ungünstig verlief, wurde 1782 als Beruhigungsmittel dem irischen Parlament die Selbständigkeit zurückerstattet; auch wurde die Wolleausfuhr freigegeben. Die französische Revolution rief unruhige Bewegungen auf Irland hervor; im Dezember 1796 ist General Hoche mit 20 000 Mann französischer Truppen vor der Insel erschienen und nur durch widrige Stürme von einer Landung abgehalten worden, welche leicht unabsehbare Folgen hätte haben können. Ein Geheimbund von angeblich 500 000 Verschwörern — in Wahrheit waren es nur 100 000 — setzte sich das Ziel, Irland von England loszureißen; drei französische Expeditionen kamen ihm zu Hilfe, und nur unter großem Blutvergießen und entsetzlichen Greueln auf beiden Seiten ward die Ruhe hergestellt. Zur Behauptung der englisch-protestantischen Herrschaft in Irland wurde am 21. September 1795 ein Bund der Orangemen, „Oranienmänner" errichtet, der in allen Teilen des britischen Reichs Zweigvereine gründete; der übliche Trinkspruch bei den Festen der „Bundeslogen" lautete: „auf das glorreiche, fromme und unsterbliche Andenken des großen und guten Königs Wilhelm III., der uns vor Papsttum, Sklaverei, Schmach, Messinggeld (Jakobs II. falsche Münzen) und Holzschuhen (= Franzosen) bewahrt hat!" Um neuem Aufruhr vorzubeugen, gab es aber, wie es schien, nur ein Mittel: so ward 1800 von dem jüngeren Pitt durch Bestechung das irische Parlament (das aus lauter Protestanten bestand) vermocht einer Verschmelzung Irlands mit Großbritannien zuzustimmen, wie 1707 die Verschmelzung Englands mit Schottland stattgefunden hatte. Das

Digitized by Google

irische Parlament hörte also auf, und Irland erhielt das Recht, zum Oberhaus nach London 32 gewählte Peers (Lords), darunter 4 Bischöfe, zum Unterhaus 100 Abgeordnete zu entsenden. So war Irland ein organischer Teil des Reiches geworden; 1801 trat das erste Gesamtparlament zusammen; aber infolge der Testakte von 1673, welche von allen Beamten und Abgeordneten das Bekenntnis zum kirchlichen Supremat des Königs und zum Abendmahl unter beiderlei Gestalt und die Verwerfung der Transsubstantiation forderte, konnten nur Protestanten in das Parlament gelangen, und die katholischen Wähler waren genötigt, unter den protestantischen Kandidaten denjenigen auszusuchen, der ihnen am wenigsten unangenehm war. Gegen diese Ungerechtigkeit erhob sich aufs neue der irische Volksgeist; O'Connell (1775—1847), Rechtsanwalt in Dublin, ein Mann von Achtung gebietender Gestalt, dröhnender Stimme, schlagfertigem Witz und großer Beredsamkeit, stellte sich 1823 an die Spitze der „katholischen Association", welche die Emanzipation (Befreiung) der Katholiken forderte; obwohl er als Katholik gesetzlich nicht wählbar war, sandte ihn doch die irische Grafschaft Clare ins Unterhaus. Da lenkte selbst ein so harter Tory wie der „eiserne Herzog" von Wellington, der Sieger von Waterloo, damals erster Minister, ein und setzte im April 1829 die Emanzipation der Katholiken durch; die Testakte ward abgeschafft und von denen, welche ein Amt bekleiden sollten, nur noch der Eid verlangt: „Ich schwöre beim wahren Gott der Christen, daß ich das Amt niemals zum Schaden der Kirche von England mißbrauchen werde". Damit war auch die Wählbarkeit der Katholiken zum Parlament zugestanden und die konfessionelle Ungleichheit gefallen. Aber gleichzeitig wurde der Vermögenssatz, der zur Vornahme der Wahl berechtigte, so erhöht, daß von 200 000 irischen Wählern 174 000, d. h. sieben Achtel, ihr Wahlrecht verloren; das irische Proletariat, das der Fahne O'Connells und seiner Bischöfe folgte, ward politisch mundtot gemacht. Deshalb gab sich O'Connell nicht zufrieden; er stiftete 1830 die „Association of repeal", d. h. den Verein für „Widerruf" der Einheit mit England, womit die Forderung eigener Regierung und eines eigenen Parlaments für Irland gegeben war, und dieser Ruf, anfänglich

Digitized by Google

ohne rechtes Echo, gewann doch allmählich an Werbekraft. Infolge schwerer Mißernten geriet die Insel seit 1841 in immer größere Not, und die Einwohnerzahl sank von da bis zum Ende des Jahrhunderts durch massenhafte Auswanderung nach Amerika von 8 Millionen auf $4^1/_2$ (von denen etwa 700000 neben Englisch noch Irisch, 40000 nur Irisch sprechen). Unter den amerikanischen Iren bildete sich 1861 der Geheimbund der Fenier (= Krieger), der auf völlige Zerreißung jedes Bandes zwischen Irland und England und auf Errichtung einer irischen Republik hinarbeitete; er unterhielt in Irland eine fortwährende Gärung, welche sich in Mord- und Gewalttaten gegen die Engländer Luft machte. In London sah man wohl ein, daß man bloß durch Zugeständnisse allmählich die Beruhigung der Insel erreichen könne; 1836 wurde der Bund der „Orangisten" wegen Störung des konfessionellen Friedens aufgelöst (unter der Hand bestand er freilich weiter), und wie 1838 der Kirchenzehnten in eine weit geringere Geldabgabe verwandelt worden war, so wurde 1869 die evangelische Kirche in Irland ihrer Vorrechte entkleidet, allen anderen Konfessionen gleichgestellt und ihre Bischöfe aus dem Oberhaus entfernt; sie erhielt aber gegen 40 Millionen Mark Entschädigung und ein festes Vermögen von 10 Millionen. Unter den Iren bildeten sich infolge der Zugeständnisse verschiedene Richtungen; die einen wollten mit einem selbständigen Parlament sich begnügen; andere, wie die 1879 von dem Fenier Michael Davitt gestiftete Landliga, wollten „Irland für die Iren", also völlige Vertreibung der landlords und Aufteilung ihrer Güter unter die irischen Pächter. Auf diesen Standpunkt trat auch der Nachfolger O'Connells, Parnell (1846 bis 1891), ein protestantischer Ire, der aber so nachdrücklich wie nur irgend ein Katholik home rule („Heimherrschaft", Selbständigkeit) und Landverteilung verlangte: lange Zeit so populär, daß er „der ungekrönte König von Irland" hieß: bis er im November 1890 als Ehebrecher gerichtlich entlarvt sein Ansehen bei einem großen Teil seiner bisherigen Gefolgschaft verlor; ein Teil überstand auch diese Probe seiner Treue (Parnelliten und Antiparnelliten). Die Landliga wandte jedes Mittel an, zum Sieg zu gelangen; bekannt ist das der geschäftlichen Verfemung durch Abbruch alles

Digitized by Google

Verkehrs, das 1880 erstmals gegen den Gutsverwalter des Grafen Erne, Kapitän Boycott, wegen seiner Strenge angewandt wurde (seither boykotten = geschäftlich ächten). Am 6. Mai 1882 fielen der erste Sekretär für Irland Lord Cavendish und der Unterstaatssekretär Burke unter den Dolchen fenischer Mörder im Phönix-Park zu Dublin; auf die Hinrichtung der Mörder und strenge Strafgesetze antworteten die Fenier mit Dynamitanschlägen in London und anderen englischen Städten. Gladstone gewährte durch eine Landbill schon im August 1881 den Pächtern die drei f (fixity of tenure, Festigkeit der Pachts gegen willkürliche Kündigung, free sale oder freies Verkaufsrecht der Pachtstelle unter Einhaltung der auf dem Gut lastenden Verpflichtungen, und fair rent billige Pacht, wobei gestattet sein sollte, äußerstenfalls gerichtliche Entscheidung über die Höhe der Summe anzurufen). Da aber die Landliga dieses Gesetz als ungenügend ablehnte und mit äußerster Zähigkeit auf vollem Eigentumsrecht der bisherigen Pächter und auf home rule als Vorbedingungen jeder Versöhnung bestand*), so entschloß sich Gladstone, dessen Wahlreform von 1884 dem 1829 entrechteten irischen Proletariat das Stimmrecht zurückgab, diese Schwenkung zu vollziehen und brachte im April 1886 zwei Gesetzesentwürfe ein, von denen der erste den Iren home rule mit eigenem Parlament in Dublin gewährte, der zweite 50 Millionen Pfund Sterling (= 1000 Millionen Mark) zum Ankauf großer irischer Güter verlangte, welche dann in Form staatlicher Erbpacht an die irischen Landbauern verteilt werden sollten. Die Schwenkung des great old man machten verschiedene seiner whiggistischen Genossen, so Lord Hartington und die Radikalen Bright und Chamberlain,

*) Die Iren wandten in diesen Kämpfen das Mittel der Obstruktion (S. 290. 317) an, des absichtlichen in die Länge-Ziehens aller Beratungen, um eine Zwangsbill gegen Missetäter nicht verabschieden zu lassen. Vom 31. Januar bis 2. Februar 1881 ergriff planmäßig einer nach dem andern das Wort, so daß die Sitzung 41 Stunden dauerte. Da hat selbst der liberale Gladstone die Geduld verloren; ein besonderes Gesetz über closure, Sitzungsschluß, vom 4. Februar 1881, gestattet seitdem dem Sprecher, im Einvernehmen mit $^2/_3$ des Hauses die Erörterung zu schließen.

Digitized by Google

nicht mit; ſie bildeten eine neue Partei, die ihr Weſen mit dem Namen liberaler Unioniſten bezeichnete und ſeitdem Seite an Seite mit den Tories focht als den allein zuverläſſigen Wächtern der Reichseinheit. In Irland erregte Gladſtones „Abfall“ auch eine große Bewegung, Entrüſtung bei den „Orangiſten“, die im äußerſten Fall mit gewaltſamem Widerſtand gegen die Durchführung von Home rule drohten und ſich dementſprechend organiſierten, ſtürmiſchen Jubel aber bei den Nationaliſten. Das Unterhaus lehnte indes die Homerulebill am 7. Juni mit 341 gegen 311 Stimmen ab, und als Gladſtone das Parlament auflöſte, blieb er in der Minderheit und mußte dem konſervativen Kabinett des Marquis von Salisbury Platz machen. Dieſer ſuchte durch neue ſtrenge Strafgeſetze die Ordnung auf Irland herzuſtellen (Recht des Vizekönigs den Ausnahmezuſtand zu verkündigen) und durch Erleichterung für den Gütererwerb durch die Pächter und Gewährung einer der engliſchen (S. 363) ähnlichen Ortsverwaltung die Iren zu befriedigen; er erreichte aber nichts und blieb bei den Neuwahlen vom Juli 1892 in der Minderheit. An die Spitze der Regierung zurückgekehrt, über eine engliſch-iriſche Mehrheit von 356 Stimmen gegen 314 Tories und liberale Unioniſten verfügend, trat Gladſtone im Februar 1893 mit einer neuen Homerule-Vorlage vor das Unterhaus, welche von der von 1886 ſich namhaft unterſchied. Sie beſtimmte: 1. Irland ſteht unter einem Vizekönig, der je auf 6 Jahre beſtellt wird. 2. Die geſetzgeberiſche Gewalt ſteht zwei Körperſchaften zu, a) einem „Rat“ von 48 Mitgliedern, wovon 15 von dem proteſtantiſchen Landesteil Ulſter gewählt werden; Wähler dieſes Rats ſind alle Iren, die jährlich 20 Pf. St. (400 Mark) Steuer bezahlen; b) einer „Verſammlung“ von 103 Mitgliedern (davon 27 aus Ulſter), welche nach dem gegenwärtigen Wahlrecht erwählt werden ſoll. Beide Häuſer werden auf 6 Jahre gewählt. Der Vizekönig kann einen Beſchluß der „Verſammlung“ einmal ablehnen; heißt ſie ihn zum zweitenmal gut, ſo kommt er vor die Vereinigung beider Häuſer; geht er auch hier durch, ſo kann der Vizekönig, wenn er die Annahme nach wie vor für bedenklich hält, ſie alſo nicht verantworten will, an den geheimen Rat in London

Digitized by Google

Berufung einlegen, der endgültig entscheidet. 3. Die beiden irischen Gesetzgebungskörper dürfen nur über irische Fragen beschließen, nicht über Krieg und Frieden, auswärtige Politik, Münzwesen, Handel, Religion und persönliche Freiheit. 4. Ins Reichsparlament entsendet Irland nicht mehr — wie seit der Wahlreform von 1832 — 105 Abgeordnete, sondern (der gesunkenen Volkszahl wegen) nur noch 80, welche aber bloß in Reichsangelegenheiten abstimmen dürfen, nicht über besondere englische Fragen. Gladstone verteidigte seinen Entwurf in einer $2^3/_4$ stündigen Rede, mit einer Frische, welche bei seinen 83 Jahren staunenswert war; sein Grundgedanke war: Irland kann nur mit Gewalt oder mit Zugeständnissen regiert werden; das erste ist auf die Dauer unmöglich; also bleibt nur das zweite übrig. Die gesamte öffentliche Meinung nahm mit Leidenschaft für und wider Partei; in Ulster, wo man der katholischen Mehrheit mit gebundenen Händen überantwortet zu werden fürchtete, rüstete man sich jetzt zum äußersten Widerstand; in einer Protestversammlung zu Belfast, das ungefähr so groß ist als Dublin, waren 50 000 Orangisten zugegen, und ein Hauptredner war Salisburys Neffe Balfour, der im Hinblick darauf, daß von 105 irischen Parlamentsabgeordneten 80 für Gladstones Entwurf waren, ausrief: es sei ebenso berechtigt, einer tyrannischen Mehrheit zu widerstehen als einem einzigen Tyrannen! Home rule, lautete ein Wort, das von Mund zu Munde flog, bedeutet Rome rule! Schließlich nahm zwar das Unterhaus am 1. September 1893 die Homerulebill mit 301 gegen 267 Stimmen an; das Oberhaus aber, gestärkt durch die Tatsache, daß die Mehrzahl der Vertreter von England selbst mit Nein gestimmt hatte, lehnte am 8. September um Mitternacht mit 419 gegen 41 Stimmen das Eintreten in eine zweite Lesung an der Schwelle ab; am Morgen des 9. war die Bill bereits dem Unterhaus zurückgegeben. Ohne Zweifel erwarb sich das Haus der Lords damit den Dank des eigentlichen England. Am 3. März 1894 mußte Gladstone, an einem Auge blind, am andern mit Erblindung bedroht, sein Ministerpräsidium niederlegen und sich ins Privatleben zurückziehen. Der große Sieg der Tories und liberalen Unionisten bei den Neuwahlen vom Juli 1895, bestätigt durch die Wahlen während des Burenkriegs (Oktober 1900),

Digitized by Google

verlieh ihnen auf mehr als 10 Jahre die Herrschaft und begrub ebenso lange jeden Gedanken an Homerule.

Gleichwohl waren Salisbury, Balfour und Chamberlain, die maßgebenden Männer der neuen Regierung, davon durchdrungen, daß den berechtigten Forderungen der Iren Erfüllung zuteil werden müsse. Demgemäß ward im Juli 1896 ein Gesetz angenommen, das den Pächtern den Landankauf erleichtern sollte, 1898 die englische Ortsverwaltung durch gewählte Körperschaften auf Irland übertragen, und im August 1903 die früheren 40 Landbills seit 70 Jahren durch die 41. (vom Staatssekretär für Irland Wyndham eingebrachte) gekrönt, nach welcher die Pächter durch Staatsdarlehen befähigt werden sollten sich eigenes Land zu kaufen; in 15 Jahren sollten dafür 100 Millionen Pf. St. (= 2 Milliarden Mark) aufgewandt werden. Die Grundbesitzer sollten nicht durch Zwangsenteignung beseitigt, sondern durch gute Preise zum Verkauf bestimmt werden; sie sollten den 28 fachen Betrag der (auf 80 Millionen Mark geschätzten) Jahrespacht für ihre Güter erhalten und erforderlichenfalls noch Zuschläge, wozu weitere 12 Millionen Pf. St. (= 240 Millionen Mark) ausgeworfen wurden. Die Pächter sollten $^4/_5$ der bisherigen Pacht zur Tilgung des Staatsanlehens bezahlen; in $68^1/_2$ Jahren sollte die Tilgung erfolgt sein. Die Bill sollte einen Stand kleiner freier Bauern auf Irland schaffen und so der Entvölkerung der „grünen Insel" steuern; sie ward am 21. Juli 1903 vom Unterhaus mit 317 gegen 20 Stimmen, vom Oberhaus am 11. August genehmigt. Als das neue Königspaar Eduard VII. (seit 22. Januar 1901) und Alexandra am 21. Juli 1903 in Dublin einzog, ward es zwar ohne Begeisterung, aber doch höflich empfangen.

Die liberale Regierung Sir Campbell Bannermans (1836—1908), welche am 11. Dezember 1905 die konservative ablöste und bei den Wahlen vom Januar 1906 eine gewaltige Mehrheit von 400 Mann (gegen 157 Tories und liberale Unionisten, 83 irische Nationalisten und 29 von der Arbeiterpartei) erhielt, schlug 1907 die Errichtung eines für irische Verwaltung zuständigen Rates in Dublin vor, was die Tories als Vorstufe zu Homerule scharf bekämpften, obwohl dem Rat keinerlei politische

Digitized by Google

und gesetzgeberische Befugnisse zugedacht waren. Der irische Nationaltag lehnte aber am 21. Mai 1907 den Vorschlag einstimmig ab, wie es hieß, auf Betreiben des Erzbischofs und Kardinals von Dublin, Logue, weil dieser fürchtete, die Schule könnte dadurch unter Laienaufsicht geraten. Der parlamentarische Führer der Nationalisten, Redmond, hat dies aber bestritten. Das Ministerium ließ darauf die Vorlage fallen, weil ihr Zweck, Befriedigung der Iren, sich als unerreichbar erwiesen hatte. Dagegen wurde ein anderes Gesetz erlassen, nach dem Landlords, welche ihre Pächter unter Anwendung der gesetzlichen Handhaben von der Scholle trieben („exmittierten"), im Zwangsweg enteignet werden konnten (vgl. die preußische Polenpolitik S. 310), und im November 1909 wurden den irischen Bauern neue Vorteile gewährt. Daß der Verfassungskampf zwischen Unterhaus und Oberhaus den Iren die Rolle des Züngleins an der Wage verschaffte und die Homerulefrage aufs neue in Fluß brachte, ist oben erzählt worden. Das Beispiel Südafrikas, dem 1906—1907 Home rule gewährt wurde und das dafür loyale Gesinnungen betätigte, machte viele frühere Gegner des Vorschlags ihm nunmehr geneigter.

Achtes Kapitel

Englands Ausbreitung 1871—1911
Der Burenkrieg

Während der fast vier Jahrzehnte, auf die unsere Darstellung sich erstreckt, hat England seinen vorher schon großen Kolonialbesitz noch ins Ungeheure vergrößert.

A. Australien und Ozeanien. Im Jahr 1874 ersuchten die Häuptlinge der Fidschi-Inseln England um Einverleibung, und es entsprach dieser Bitte. Die Inseln sind seitdem eine sog. Kronkolonie unter einem Statthalter mit einem von ihm ernannten gesetzgebenden Rat. Sie liegen unter dem 18. Grad s. Br., sind 154 an der Zahl, haben zusammen gegen 21 000 qkm Flächeninhalt und 120 000 Einwohner, von welchen 105 000 Eingeborene,

Digitized by Google

10 000 Indier und der Rest Europäer sind; ihr Haupterzeugnis ist das Zuckerrohr. 1883 besetzte die Kolonie Queensland den gegenüberliegenden südöstlichen Teil von Neuguinea, was das Mutterland 1887 anerkannte. Die westlich von den Fidschi gelegenen neuen Hebriden (13 000 qkm, 85 000 Seelen) wurden von Frankreich beansprucht; die Australier widersetzten sich aber und stellten eine Art von australischer Monroedoktrin auf; nach ihrem Wunsch wäre es, wenn keiner fremden Macht mehr verstattet würde in Polynesien, soweit es Australien benachbart ist, festen Fuß zu fassen. 1904 wurde mit Frankreich über diese Frage eine Verständigung erzielt. In Australien bildete sich eine auf Vereinigung der sieben Kolonien Queensland, Neusüdwales, Viktoria, Tasmanien, Südaustralien, Westaustralien und Neuseeland gerichtete Bewegung aus, die sich die Verfassung des Dominion of Canada zum Muster nahm und am 1. Januar 1901 zur Errichtung des Gemeinwesens (Common wealth) von Australien führte. Die sechs erst genannten Kolonien, welche ein Gebiet von 7 929 009 qkm und eine Bevölkerung von fast fünf Millionen Einwohner haben, schlossen sich unter Wahrung ihrer Selbstregierung im Innern zu einem Bund zusammen, dessen Zuständigkeit auf Auswärtiges, Heer und Flotte, Patent-, Bank-, Handels- und Zollwesen und die Post sich erstreckt und an dessen Spitze ein vom König ernannter Generalstatthalter steht. Er hat neben sich einen Senat von 30 Mitgliedern, die, je 5 von jeder Kolonie, auf 6 Jahre erwählt werden, und ein Abgeordnetenhaus von 75 Mitgliedern, die auf 3 Jahre gewählt werden, und zwar entfällt auf 50 000 Einwohner ein Abgeordneter. Der Generalstatthalter hat das Recht, Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften zu verwerfen; doch können diese an den König Berufung einlegen. Hauptstadt ist seit 1904 Dalgety in Neusüdwales. Neuseeland (271 166 qkm, 950 000 Einwohner) hat seinen Beitritt zum Common wealth bis jetzt verweigert. Australien ist für den Weltmarkt von großer Bedeutung durch die Erzeugung von Wolle, da es die größten Schafzüchtereien hat, und von Gold, in welcher Hinsicht es gleich hinter Amerika und Transvaal kommt; auch der Getreidebau nimmt sehr zu. Die arbeitende Klasse hat dort, wo es an Arbeitern fehlt, Gelegenheit aber zu Arbeit

Digitized by Google

und zu Verdienst reichlich vorhanden ist, einen solchen Einfluß, daß sie 1903 bei den Wahlen 29 Abgeordnete zum Bundesparlament entsandte und im April 1904 der Arbeiterführer Watson vom Generalstatthalter an die Spitze eines sozialistischen Ministeriums gestellt wurde. Zwar mußte Watson nach einigen Monaten zurücktreten; 1910 erlangten die Sozialisten aber wieder eine Mehrheit von 41 gegen 34 liberale Stimmen, so daß das liberale Ministerium Deakin aufs neue einem sozialistischen Platz machen mußte. Als dieses aber im April 1911 alle Monopole verstaatlichen und alle Angelegenheiten von Handel und Industrie der Bundesgesetzgebung unterstellen wollte, um freie Bahn für sozialistische Versuche zu erlangen, verwarf das Volk im Referendum diese Vorschläge mit 680 000 gegen 440 000 Stimmen. Die Frauen haben in Neuseeland seit 1893, in Südaustralien seit 1895, in Victoria seit 1908 dasselbe Stimmrecht wie die Männer; es gibt dort bei den Wahlen zu den Parlamenten gegen eine Million weibliche Abstimmende. Damit hat dieser jungfräuliche Kulturboden die meisten Staaten von Europa überholt, wo die Frauen nur in Norwegen (1901 für Gemeindewahlen, 1907 auch für politische Wahlen), in Schweden und Dänemark (für Gemeindewahlen) und Finnland (für Gemeinde- und politische Wahlen) zur Stimmabgabe berechtigt sind.

B. Asien. Im Jahr 1876 nahm die Königin Viktoria (geb. 1819, herrschte 1837—1901) den Titel einer Kaiserin von Indien an, um ein für allemal der Welt zu zeigen, daß dieses Land mit ihrer Krone unlöslich verknüpft sei; das Parlament stimmte aber nur unter der Bedingung zu, daß der neue Titel den altgewohnten königlichen nicht verdrängen dürfe, also in England selbst niemals gebraucht werde. Die Königin legte auf den Titel auch deshalb Gewicht, weil ihre Tochter Viktoria Anwartschaft auf den Titel einer deutschen Kaiserin hatte und sie es für unziemlich hielt, daß die Mutter hinter der Tochter zurückstehe. 1878 erwarb England Cypern vom Sultan. Seit England 1849 die im Pendschab wohnenden Sikhs unterworfen und diese Landschaft seinem Reich einverleibt hatte, war es bis zum Indus vorgedrungen. Damit wurde es der Grenznachbar von Afghanistan, mit dessen Emir Dost Mohammed (1834—63) es schon 1839—43 einen drei-

Digitized by Google

jährigen Krieg geführt hatte; während dessen war der englische Resident in Kabul, Burnes, im November 1841 mit seinem Gefolge ermordet, die 4500 Mann starke englische Besatzung im Januar 1842 zum Abmarsch genötigt und dann niedergemetzelt worden. Die Engländer hatten indes Rache genommen, aber, durch Erfahrung gewitzigt, Dost Mohammed wieder als Emir eingesetzt. Seit Rußland sich Zentralasiens bemächtigt hatte (S. 130 f.), galt es als gefährlicher Nachbar, der auf Indiens Besitz abziele; deswegen verlangte Disraëli 1874 von dem dritten Sohne Dost Mohammeds, dem Emir Schir Ali, daß er englische Bevollmächtigte in seine wichtigsten Städte zulasse, welche die Fortschritte der Russen scharf überwachen sollten. Da nun Schir Ali wieder bei Rußland Schutz suchte, drangen 1879 drei englische Heere in Afghanistan ein; Schir Ali floh und starb im Elend. Sein Sohn Jakub Chan mußte im Mai 1879 den Vertrag von Gandamak eingehen, kraft dessen er einige Grenzbezirke wie Kurum und Pischin abtrat, einen englischen Residenten in Kabul aufnahm, seine auswärtige Politik unter englische Aufsicht stellte und dafür des Schutzes gegen jedermann versichert ward. Aber erbittert über die Anwesenheit eines in ihren Augen ungläubigen Aufsehers ermordeten die wilden Afghanen den Residenten Cavagnari fünf Wochen nach seiner Ankunft, und es bedurfte der Aufstellung eines beträchtlichen Heeres unter dem ausgezeichneten General Roberts, um Rache zu nehmen, Kabul am 12. Oktober 1879 zu erobern und nach dem Sieg bei Kandahar am 1. September 1880 statt Jakubs einen andern Enkel Dosts*), Abdurrachmân, als Emir einzusetzen. Belehrt durch Schaden, sandten die Engländer nun einen Muselmann als Residenten nach Kabul. Abdurrachmân blieb dem Vertrag von Gandamak zeit seines Lebens treu; er erhielt von England 80 000, seit 1893 sogar 120 000 Pfd. St. Jahrgeld. Verschiedene Male kam es zu Zusammenstößen zwischen Afghanen und Russen, welche 1884 die Oase von Merw besetzten und Sulfikar am Herirud und Bab Murghab in Anspruch nahmen; 1885 schlug General Komarow

*) Dost Mohammed hatte drei Söhne, Assal, Asim und Schir Ali. Assals Sohn war Abdurrachmân, geb. um 1830.

Digitized by Google

die Afghanen und bemächtigte sich des Landstrichs. Auch über „das Dach der Welt", das Pamir, entstand Streit. England ließ seinen Verbündeten aber nicht im Stich, und am 11. März 1895 wurde ein Vertrag abgeschlossen, kraft dessen Afghanistan das sog. kleine, Rußland das große Pamir erhielt. Damit blieb der Emir Herr der Pässe, welche durch den Hindukusch, dessen Gipfel über 7000 Meter ansteigen, ins Industal führen. Abdurrachmân, der Organisator des afghanischen Staats, der die englischen Gelder zur Errichtung eines Heeres verwandt hatte, starb am 1. Oktober 1901. Sein Sohn Habibullah befolgte die Politik seines Vaters; er schloß 1905 mit Sir William Dane einen Vertrag, der den von Gandamak bestätigte, besuchte zu Anfang 1907 den Vizekönig mehrere Monate lang in Indien, wobei er durch glanzvolle Feste geehrt wurde, und überzeugte sich mit eigenen Augen, daß England unter dem Mahdi- und Burenbesieger Lord Kitchener, dem Oberfeldherrn über Indien, dort ein wohl organisiertes Heer von 230 000 Mann unter Waffen hatte und die Eisenbahnen eine rasche Zusammenziehung dieser Streitkräfte im Nordwesten ermöglichten. Das Bündnis zwischen England und Japan von 1905 setzte ausdrücklich die Pflicht gegenseitiger Hilfe fest, wenn eine dritte Macht Japan oder England in seinem ostindischen Besitz angreife. Am 31. August 1907 erkannte Rußland in einem Vertrag über ganz Asien an, daß Afghanistan außerhalb seines Einflußbereichs liege (siehe unten).

Die Mehrzahl der Indier war mit dem englischen Regiment, das ihnen harte Lasten auflegte, nicht zufrieden, obwohl England auch vieles für Indien getan, ihm Frieden verschafft, die Tyrannei der Despoten gebrochen und den Eingeborenen durch Errichtung gesetzgebender Körper eine gewisse verfassungsmäßige Betätigung ermöglicht hat. Im Jahr 1906 erregte die an sich gerechtfertigte Teilung Bengalens in zwei Verwaltungsbezirke, Bengalen und Ostbengalen mit Assam, jeder größer als halb Preußen, heftigen Unwillen und eine Boykottbewegung gegen englische Waren; die einheimische Presse führte eine sehr scharfe Sprache gegen die Engländer, welche aber gelegentliche Unruhen rasch unterdrückten. Im Mai 1908 ward ein Brahmane Tilak, weil er in seinen zwei Zei-

Digitized by Google

tungen zu Bombenanschlägen gegen die Engländer aufgefordert hatte, zu sechs Jahren Verbannung verurteilt. Am 1. November 1908 erklärte König Eduard VII. in einem Manifest, welches an die vor 50 Jahren erfolgte Umwandlung Indiens in eine Kronkolonie erinnerte, daß er gewillt sei, die Rechte der Indier weiter zu entwickeln; die Engländer hofften dadurch der radikalsten Richtung unter den Indiern, welche auf völlige Losreißung von England ausging, das Wasser abzugraben und die gemäßigte zu stärken, die sich mit möglichster Selbstverwaltung begnügen wollte. Da aber im Dezember 1908 eine förmliche und weitverzweigte Verschwörung zum Zweck der Ermordung der englischen Beamten und des Sturzes der englischen Herrschaft entdeckt wurde, so erließ der Vizekönig Earl of Minto mit Zustimmung des „gesetzgebenden Rates", in dem auch Eingeborene Sitz und Stimme haben, am 11. Dezember ein Gesetz, das die summarische Aburteilung aller „Anarchisten und Unruhstifter" und die Unterdrückung aller aufrührerischen Gesellschaften gestattete. Zunächst für Bengalen und Assam in Kraft gesetzt, kann es nötigenfalls auch auf andere Landschaften ausgedehnt werden. Als Antwort wurde am 13. November in Achmedabad gegen den Wagen des Vizekönigs Minto und seine Frau eine Bombe geworfen. Durch die Indian councils act, die das Parlament am 14. November 1909 annahm, wurde in Ausführung des königlichen Versprechens in den gesetzgebenden Körpern der sieben Provinzen Bengalen, Birma, Bombay, Madras, Ostbengalen mit Assam, Pendschab und den „vereinigten Provinzen" (am oberen Ganges) die Zahl der Eingeborenen sehr vermehrt, z. B. in Bengalen von 20 auf 49, in Bombay und Madras von 20 auf 46, worunter 4 Muselmänner sein müssen. Auch wurde verfügt, daß in diesen genannten Körpern die Zahl der europäischen Mitglieder (die Beamte sind) die der Eingeborenen nicht mehr übersteigen darf. Nur der Imperial legislative council, der gesetzgebende Körper für ganz Indien, muß aus 35 Beamten und 32 Eingeborenen bestehen, damit nicht etwa eines Tages hier eine englandfeindliche Mehrheit sich bilde. Dieser gesetzgebende kaiserliche Rat genehmigte am 8. Februar 1910 ein Preßgesetz, das den Zeitungsverlegern eine Kaution von 500—5000 Rupien (zu 1,33 Mark)

Digitized by Google

auferlegte und die Post ermächtigte, verdächtige Drucksachen anzuhalten. Im Juni 1910 ward der Unterstaatssekretär Hardinge zum Vizekönig ernannt (auf fünf Jahre).

In Hinterindien machten die Engländer unter General Prendergast dem Reich des blutdürstigen Königs Thibo von Birma im November 1885 durch die Eroberung der Hauptstadt Mandale ein Ende und nahmen das Land am 1. Januar 1886 unter eigene Verwaltung. Eingekeilt zwischen Frankreich und England spielt seitdem das Königreich Siam die Rolle eines Pufferstaats, der seinen Bestand wesentlich der Eifersucht der Nachbarn verdankt (S. 346).

Zu den Staaten der Welt, welche vermöge ihrer hohen geographischen Lage und wegen der dadurch erschwerten Zugänglichkeit sich von der Außenwelt fast ganz absperrten, gehörte vor allem der Staat des Priesterkönigs Dalai Lama, Tibet, das 4—5000 Meter über Meer liegt, sehr kurze und heiße Sommer und lange und strenge Winter hat, und bei einem Flächeninhalt von 1 200 000 qkm (mehr als das Doppelte von Deutschland) etwa $2^1/_4$ Millionen Bewohner zählt. Von Wichtigkeit ist das an sich arme Land insofern, als in ihm die mächtigsten Ströme Vorderindiens (Indus, Setledsch, Brahmaputra), Hinterindiens (Saluen, Mekong) und Chinas (Jangtsekiang, Hoangho) entspringen und die Macht, welche Tibet beherrscht, dem Lauf dieser Ströme folgend ihren Einfluß überallhin vorzuschieben vermag. Die Tibeter verwehrten lange allen Fremden, welche ihr Land erforschen wollten, dies von vornherein oder schickten sie unter schweren Mißhandlungen zurück; manche wurden sogar getötet, und erst der kühne Schwede Swen Hedin (geb. 1865) hat 1893—97 und 1899—1902 das Land durchquert. Aus Sorge vor England, das 1816 Nepal, 1846 Kaschmir mit Ladak, 1889 Sikkim und 1895 Tschitral teils in Abhängigkeit gebracht, teils sich einverleibt hatte, neigten sich die Tibeter den Russen zu, und vom Oktober 1900 bis Juni 1901 reiste eine Gesandtschaft des Dalai Lama von Lasa (= Gottesstätte) *) nach St. Petersburg und zurück, was in London und

*) Vom tibetanischen la = Gott, sa = Stätte.

Digitized by Google

Kalkutta großes Mißtrauen hervorrief. Ein amtlicher Briefwechsel zwischen der englischen und russischen Regierung, der in einem zu Anfang 1904 veröffentlichten Blaubuch zu lesen stand, zeugte von einer außerordentlichen Gereiztheit beider Teile, die bis zu Anklagen und Drohungen sich steigerte. Die Engländer schoben die Schuld an der zusehends sich steigernden Unfreundlichkeit der Tibeter auf russische Aufhetzereien; sie sammelten im Mai 1903 an der Nordgrenze von Indien in Sikkim ein Heer unter Oberst Younghusband, der bald von russischen Waffensendungen nach Lasa zu berichten hatte. Als Rußland in den japanischen Krieg verwickelt war, drang der Oberst 1904 an der Spitze von 3000 Mann in Tibet ein, schlug die unzureichend bewaffneten und geübten Eingeborenen aufs Haupt und rückte am 3. August 1904 als Sieger in Lasa ein, das zum erstenmal von einem fremden Heer besetzt ward. In Rußland befürchtete man, daß England nun von Tibet das Recht fordern werde, eine Eisenbahn nach dem oberen Jangtsekiang zu führen, und daß es so China, das vom Meere her schon durch England umfaßt war, vom Rücken her sich dienstbar machen werde; „ein anglisiertes Tibet, rief das Blatt Borzewija wjedomosti aus, würde England zum Herrn der Geschicke Chinas machen und den strategischen Wert unserer sibirischen Bahn völlig zerstören." Der Vertrag, den Younghusband am 9. September nicht mit dem geflüchteten Dalai Lama, aber mit dessen Stellvertreter Taschi Lama von Shigatse abschloß, verpflichtete Tibet zur Zahlung der Kriegskosten (deren ursprünglicher Ansatz von 10 Millionen Mark 1905 durch England auf $3\frac{1}{2}$ Millionen, zahlbar in 3 Jahren, herabgesetzt wurde), zur Einräumung der Handelsfreiheit auf drei tibetanischen Märkten und zu der Zusicherung, daß bloß England in Tibet Bahnen bauen und Bergwerke betreiben, und daß kein Teil Tibets an eine dritte Macht abgetreten oder verpachtet werden darf. Nach dem unglücklichen Ende des japanischen Kriegs und angesichts des englisch-japanischen Bündnisses, auch der inneren Schwierigkeiten Rußlands erwachte in St. Petersburg die Erkenntnis, daß man am besten tue, auf alle Pläne gegen Englands asiatischen Besitz wenigstens vorerst zu verzichten, und Verhandlungen über einen Ausgleich der beiderseitigen Interessengegensätze

Digitized by Google

führten am 31. August 1907 zu einem Vertrag, nach dem der Norden Persiens bis Jesd unter russischem, der Osten unter englischem Einfluß stehen, der übrige Teil beiden Teilen offen sein, Afghanistan ausschließlich dem englischen Machtbereich angehören, in Tibet die Oberhoheit Chinas anerkannt sein sollte. Die Chinesen gaben dieser Oberhoheit Nachdruck, indem sie im Februar 1910 den ihnen nicht genehmen Dalai Lama zur Flucht nach Englisch-Ostindien zwangen, dann absetzten und eine Neuwahl anordneten. Um die Chinesen davon abzuhalten, daß sie auch über Sikkim, Nepaul und Bhutan alte Suzeränitätsansprüche geltend machten, setzte Hardinge im August 1910 zwei Bataillone eingeborenen Fußvolks und eine Bergbatterie an der Grenze in Kriegsbereitschaft.

In Persien wurde im August 1906 durch Volk und Geistlichkeit (die Ulemas) dem Schah Musaffer-ed-din (1896—1907, geb. 1853) die Wahl eines Parlaments (Medschlis) von 156 Mitgliedern abgedrungen, das bald mit Musaffers Sohn und Nachfolger Mohammed Ali Mirza (geb. 1872) in Streit geriet, der die absolute Gewalt ungern entbehrte. Einige seiner Verwandten scheinen auch das Parlament zu dem Versuch benutzt zu haben, ihm die Herrschermacht zu entwinden. Im Dezember 1907 mußte der Schah die Verfassung auf den Koran beschwören; aber mit dem Medschlis vermochte er sich nicht zu vertragen, so daß er (von Rußland unterstützt, das durch Oberst Liakhoff ihm eine persische „Kosaken"-Leibwache errichten ließ) am 23. Juni 1908 zur Gewalt griff, als das Parlament die Auslieferung einiger Mitglieder verweigerte. Sein Heer schoß das Parlamentsgebäude zusammen; das Parlament wurde gesprengt, die politischen Klubs (Endschumen) so weit als möglich aufgelöst. Gleichwohl wagte Mohammed Ali Mirza nicht sofort die Verfassung selbst zu beseitigen; er schrieb vielmehr, von England gedrängt, Neuwahlen aus, und die Stadt Täbris, der Haupthandelsplatz des Reichs, bewaffnete sich für das Parlament und konnte von den Truppen des Schahs nicht bezwungen werden. Am 24. November ließ aber der Schah, unter Berufung auf eine Bewegung gegen die Verfassung unter den Ulemas (Geistlichen), in allen Moscheen eine Botschaft verlesen, laut deren er die Verfassung als dem Koran zuwiderlaufend und

Digitized by Google

deshalb für immer abgeschafft erklärte. Er konnte indes diese Erklärung gegen den Widerspruch Englands und Rußlands nicht aufrecht erhalten, und am 31. Juli 1909 nahmen die Anhänger der Verfassung unter Sipechhdar und Sardar Assad Teheran ein, setzten Ali Mirza ab (der dann nach Odessa ging) und erhoben seinen 12jährigen Sohn Achmed Mirza (geb. 1897) zum Schah; für ihn übernahm der 70jährige Prinz Asid ul Mulk die Regentschaft. Ruhige Verhältnisse waren damit aber noch nicht hergestellt, und der englisch-russische Vertrag vom 31. August 1907 bedrohte das Land mit tatsächlicher Teilung zwischen Rußland und England. Das erste schickte sich an, den Norden des Reichs durch Besetzung und Bau von Eisenbahnen in Abhängigkeit von sich zu bringen; England aber drohte am 17. Oktober 1910, wenn nicht binnen drei Monaten in Südpersien Sicherheit der Straßen und des Verkehrs bestehe, werde es selbst örtliche Streitkräfte unter englischen Offizieren errichten, und am 27. Oktober 1910 setzte der englische Kreuzer Fox in Lingeh 160 Mann ans Land; um Weihnachten wiederholte dies der Kreuzer Hyacinth.

Die ostasiatischen Dinge behandeln wir in einem besonderen Kapitel; s. unten.

C. Afrika. In diesem Kontinent hat England seine größten Erfolge aufzuweisen; während es in Asien sich mit Rußland und Japan in die Vormachtstellung teilen muß, ist es in Afrika ohne Frage die stärkste europäische Macht geworden, welche ebenso gewaltig im Norden wie im Süden dasteht.

Was den Norden angeht, so hatte für England vor allem der 1869 eröffnete Suezkanal Bedeutung, weil der Weg von London nach Bombay durch den Kanal um 44% kürzer ist als der um das Kap der guten Hoffnung. Nun besaß die Suezkanalgesellschaft 400000 Aktien zu je 500 Franken, von denen der Vizekönig Ismail von Ägypten 176666 in Händen hatte. Da er durch seine Verschwendung in Geldnot geriet (wegen deren er schließlich 1879 zur Abdankung zugunsten seines Sohnes Tewfik genötigt ward), so verkaufte er (S. 119) im November 1875 seine sämtlichen Aktien an England, welches dadurch fast die Hälfte aller Besitztitel an dem Kanal erwarb und von den 71% des Ertrags,

Digitized by Google

der satzungsgemäß den Anteilhabern zusteht, etwas über 30% beanspruchen konnte. Gutenteils, um eine Flankenstellung zu dem Kanal zu erhalten und ihn so noch mehr zu beherrschen (an sich ist er für neutral erklärt), hat England 1878 sich von dem Sultan als Gegenleistung für das Versprechen bewaffneter Hilfe im Fall künftiger Angriffe die Insel Cypern abtreten lassen (S. 143); am 14. Juli 1878 ward auf ihr feierlich die englische Flagge gehißt. Wenn Ägypten auf diese Weise mehr und mehr unter besonderen englischen Einfluß geriet, so ward dieser Hergang vollendet durch die Ereignisse des Jahres 1882 (S. 169), und in dem schon erwähnten Vertrag vom 8. April 1904 (S. 173) erklärte Frankreich, „daß es die Tätigkeit Englands in Ägypten (dessen politischen Zustand England nicht abzuändern versprach) nicht hindern werde, indem es etwa eine Befristung der englischen Besetzung fordere, oder auf andere Weise, und daß es dem Erlaß des Khedive über die Wahrung der Interessen der Gläubiger der ägyptischen Staatsschuld seine Zustimmung gebe." So war es nur in der Ordnung, wenn Lord Cromer, als er im Mai 1907 seinen ägyptischen Posten verließ, beim Abschiedsfest sagte, daß die englische Besetzung noch unbegrenzte Zeit dauern werde. Daß im Zusammenhang mit der Besitznahme Ägyptens, wo der Vizekönig wenig mehr als eine Strohpuppe des englischen Kommissärs ist, auch der Sudan 1898 tatsächlich unter englische Hoheit geriet und Frankreich aus Faschoda weggewiesen wurde, ist auch schon S. 172 erzählt; ebenso der Abschluß des englisch-französischen Vertrags vom 21. März 1899 über die Grenzen der beiden Machtsphären im Sudan, der alle Flußläufe, die zum Nil gehen, den Engländern überwies.

Das Reich der Aschanti in Oberguinea (193 000 qkm, $4^1/_2$ Millionen Einwohner), gegen das England schon 1874 einen erfolgreichen Kriegszug unternommen hatte, wurde, weil der König Prempeh sich nicht friedlich verhielt, 1896 von einem englischen Heer erobert und unter die Oberhoheit der Königin gestellt.

In Südafrika besaß England seit dem Wiener Kongreß 1815 die früher holländischen Besitzungen am Kap der guten Hoffnung, die „Kapkolonie" (mit der 1652 gegründeten Hauptstadt

Digitized by Google

Kapstadt). Die Kolonie (573000 qkm und $1^1/_2$ Millionen Einwohner) ist etwas größer als Deutschland. Die holländischen Buren (geschrieben Boeren, da oe im Holländischen = u ist) blieben nach 1815 nur zum Teil in ihren alten Sitzen; ein anderer Teil ertrug die Herrschaft der Engländer nicht und sah sich überdies durch die plötzliche Aufhebung der Sklaverei (1. Dezember 1834) seiner Arbeitskräfte beraubt; so wanderte er 1836—37 durch einen sog. Trek (Trek = Zug, trekken = ziehen) aus und gründete zwei Staaten: jenseits des Oranjeflusses den Oranjefreistaat (130000 qkm, so groß als England ohne Wales) unter schweren Kämpfen mit den kriegerischen Kaffern und deren blutdürstigem und treulosem König Mosekatse, der schließlich hinter den Limpopofluß zurückgeworfen ward, und am Ozean 1838—39 Natal (das mit 46000 qkm etwas größer ist als Schlesien); hier fanden blutige Kämpfe mit dem Zulukönig Dingaan statt. Als England sich 1843 widerrechtlich Natals bemächtigte, wanderten fast alle Buren auch von dort wieder aus und zogen teils in den Oranjestaat, teils in das Land nördlich vom Vaal, wo sich seit 1839—45 auch Oranjeburen niedergelassen hatten. Hier, in „Transvaal", entstanden vier kleine selbständige Freistaaten: Potschefstrom, Utrecht, Lydenburg, Zoutpansberg. Die vier genannten Republiken wurden durch den sog. Zandriviervertrag (17. Januar 1852), der 1848 vorübergehend von England in Besitz genommene Oranjestaat durch den Vertrag von Bloemfontein (23. Februar 1854) von England als unabhängig anerkannt, weil ihm die Kosten der gewaltsamen Besitznahme zu schwer wurden, und 1853 schlossen sich die vier Republiken nördlich des Vaal zur „südafrikanischen Republik" zusammen. Die Buren gewannen durch fleißige Arbeit als Viehzüchter einen nicht unbeträchtlichen Wohlstand, ebenso wie ihre Zahl durch große Fruchtbarkeit der Ehen, in denen zehn, zwölf und mehr Kinder nicht selten waren, sich fortwährend vermehrte. Ihre kriegerische Tapferkeit stählte sich in den Kämpfen mit den Kaffern, von denen ein großer Teil aber in die Wirtschaften der Buren eingestellt zu anhänglichem Gesinde wurde, und mit den wilden Tieren, besonders den Löwen, die durch die wohlgefüllten Viehhürden angelockt wurden. Die Buren hatten alle Fehler, aber auch alle Tugenden des Bauern-

Digitized by Google

ſtandes: einen zäh, ſelbſt beſchränkt am Alten hängenden Sinn, Abneigung gegen alles Fremde, die bis zur offenbaren Ungerechtigkeit gegen die Fremden ging, Härte gegen ſich und andere, aber auch Ausdauer, Fleiß, Einfachheit, Sparſamkeit und ein herzliches Gottvertrauen; die einzigen Bücher, die ſich überall fanden, waren die Bibel, die Pſalmen und Hymnen der calviniſchen Kirche, der Katechismus. Die reichſten freilich, namentlich in der den Engländern näher gelegenen Oranjerepublik, lernten allmählich auch den Luxus kennen, und in ihren guten Stuben ſtanden Ruhebetten und Pianos. Reiſende, welche zu den Buren kamen, ſprechen ſich faſt durchweg ſehr anerkennend über ihre Sitten aus, wenn ſie auch den feinen Schliff großſtädtiſcher Kultur bei ihnen im Durchſchnitt ſelbſtverſtändlich nicht fanden. Sitten, welche an der Nordſee entſtanden, im Heimatland aber längſt abgekommen waren, lebten am Oranje und Vaal fort, ſo die Art der Brautwerbung: der heiratsfähige junge Bur ſtellte ſich eine Liſte der ihm paſſenden Mädchen zuſammen, ſteckte eine Feder auf den Hut, ſattelte ſein Roß und ſprengte zu dem erſten Hof, wo ein Mädchen im richtigen Alter war. Mit einer Büchſe voll eingemachter Pflaumen und einer Kerze trat er ein; die Büchſe war für die Mutter und ward ſtets angenommen; die Kerze war für die Tochter, und da konnte es geſchehen, daß ſie abgelehnt ward: dann ritt der Freier weiter und verſuchte ſein Heil anderswo. Ward auch die Kerze angenommen, ſo zündete die Mutter ſie an und ſteckte einen oder zwei Zoll unterhalb des oberen Endes eine Nadel hinein, um den jungen Leuten die Zeit zu ungeſtörter Ausſprache zuzumeſſen. Alle Kinder ſollten leſen lernen, um die Bibel zu verſtehen; da ſie zur Schule in dem nächſten Dorf oft zu weit gehabt hätten, ſo zogen Wanderſchulmeiſter durchs Land und unterrichteten von Hof zu Hof in den nötigſten Anfangsgründen. Bei den großen chriſtlichen Feſten ging alles zur Kirche, mochte ſie auch noch ſo weit ſein; zu Hunderten füllten die Karren der Buren die freien Plätze von Pretoria, Bloemfontein, Potſchefſtrom, Lydenburg, und geduldig warteten ſie, bis die Reihe, die Predigt zu hören und das Sakrament zu empfangen, an ſie kam; denn bei der Menge der Andächtigen vermochten die Kirchen nicht alle auf einmal zu faſſen, und die heiligen Hand-

Digitized by Google

lungen mußten oft mehrmals wiederholt werden. Der ganze Gedankenkreis der Buren war nach echter calvinischer Weise mit biblischen Vorstellungen durchsetzt und durch sie bestimmt; die wilden Eingeborenen erschienen ihnen wie die Philister und Amalekiter der Juden; sie hatten Recht und Pflicht, diese grausamen Heiden mit der Schärfe des Schwerts auszurotten; „wenn ihr euch einer Stadt nahet", sprach Jehovah zu Mose, „so kämpft wider sie". Da im alten Testament nirgends davon zu lesen stand, daß die Juden die Kanaaniter zu ihrer Religion bekehrt hätten, so war auch die Arbeit der Missionare, welche ohnehin sich der Schwarzen in guter, aber nicht immer geschickter Weise annahmen, in den Augen der Buren von zweifelhafter Berechtigung.

In das einfache, weltentrückte Leben dieser Viehzüchter, deren Land mit durchschnittlich 13—1600 Metern Meereshöhe der Erhebung der höchsten Schwarzwaldspitzen gleichkommt oder sie übertrifft, fiel seit 1867 ein störendes und alles umgestaltendes Element, indem im Gebiet des Oranjefreistaats die Diamantfelder von Kimberley entdeckt wurden, wie es heißt, indem man im Auswurf eines Straußen einen Diamanten fand, oder ein Bur, der die Ritzen seines Hauses mit Lehm zustopfte, plötzlich blitzende Steine im Lehm aufleuchten sah. England legte sofort unter Hervorholung äußerst fragwürdiger Ansprüche die Hand auf Kimberley, und der Oranjestaat verzichtete 1876 gegen eine Summe von 99000 Pf. St. (1800000 Mark) auf ein Gebiet, das in guten Jahren bis zu 80 Millionen jährlich abwarf. In kurzer Zeit war Kimberley von 35000 Weißen statt von 5000 bewohnt, und da auch jenseits des Vaal Gold gefunden wurde, so wurde auch die Transvaalrepublik in den Strom des Verkehrs und der Zuwanderung hereingezogen. Unter Benützung innerer Parteiungen und Schwierigkeiten der Republik, besonders ihrer finanziellen Notlage und einer durch einen Sieg des Negerfürsten Sekokuni entstandenen, aber sehr aufgebauschten Gefahr entsandte England 1877 einen Kommissär Shepstone zur Untersuchung der Unruhen, die auch für die Kapkolonie gefährlich seien; dieser vermochte 2500 Buren zur Unterzeichnung eines Gesuchs um Einverleibung ihres Landes in das englische Gebiet, während 6600 ihre Unterschrift verweigerten, und erklärte

Digitized by Google

dann am 12. April 1877 die Republik für einen Teil des englischen Reichs. Die Buren ließen sich wohl zunächst überrumpeln und sahen in dem Vorgang Gottes gerechte Strafe für ihre Zwietracht. Dann aber trafen sie unter Führung der drei tatkräftigen und klugen Männer Paul Krüger (1825—1904), Martin Pretorius und Piet Joubert in der Stille die Vorbereitungen zum Aufstand und vernichteten am 27. Februar 1881 die englische Heeresabteilung, welche unter General Colley 650 Mann stark oberhalb ihres Lagers bei Laings Nek den 2000 Meter hohen Majubaberg besetzt hatte, durch einen kühnen Sturm unter General Smit. Etwa 90 Engländer fanden den Tod, teils durch die Kugeln der ihres Ziels nie fehlenden Buren, teils auf der Flucht durch Absturz über die Klippen; 133 wurden verwundet, 57 gefangen: der Verlust der Buren, die sich vorzüglich zu decken verstanden, betrug nur 2 Tote und 4 Verwundete. Krüger ward 1883, weil er sich um die Befreiung des Landes hervorragend verdient gemacht hatte, erstmals zum Präsidenten der südafrikanischen Republik gewählt und bekleidete diese Würde ununterbrochen bis 1902. Gladstone, der seine humane und liberale Gesinnung auch hier nicht verleugnete und überdies den Wert von Kolonien gering anschlug, widerstand dem Drängen nach Rache und unterzeichnete am 3. August 1881 die Abkunft von Pretoria, gemäß der Transvaal wieder „als unabhängig, jedoch der Suzeränität der Königin von England unterstehend" anerkannt wurde, so daß die Königin das Recht hatte einen Residenten (Aufseher) in Pretoria zu halten, in Kriegsfällen ihre Truppen durch Transvaal marschieren zu lassen und die auswärtigen Angelegenheiten Transvaals durch ihre Konsuln zu besorgen. Die Buren waren mit diesem Vertrag nicht zufrieden, und der neue Kolonialminister Lord Derby willigte in den Londoner Vertrag vom 27. Februar 1884, nach dem der Name Transvaalstaat in „südafrikanische Republik" umgewandelt, der Anspruch Englands auf die Suzeränität aufgegeben und bloß noch eine einzige Einschränkung der vollen Souveränität der neuen Republik aufrecht erhalten wurde: ohne Genehmigung der Königin Viktoria sollte die Republik nach Artikel 4 keinen Vertrag und kein Bündnis mit fremden Staaten, mit Ausnahme des Oranjefreistaats,

Digitized by Google

oder mit den Eingeborenen östlich oder westlich ihres Gebiets eingehen dürfen. Der englische „Resident" in Pretoria verwandelte sich nunmehr in einen einfachen Generalkonsul, der nicht mehr eine Aufsicht ausübte, sondern nur Handelsbeziehungen pflegte.

Mit dieser Erledigung der Sache war freilich der Teil der Engländer nicht zufrieden, welcher auf die Errichtung der britischen Weltherrschaft abzielte (sog. „Imperialismus", vertreten von der sog. „gelben" oder Jingo-Presse). Nun kam hinzu, daß die Goldbergwerke von Johannesburg am sog. Witwatersrand immer erfolgreicher abgebaut wurden, so daß Transvaal 1896 mit einem Jahresertrag von 2,5 Millionen Unzen nur um weniges hinter der gesamten amerikanischen Goldernte von 2,6 Millionen zurückblieb und die Australiens mit 2,2 Millionen beträchtlich übertraf; zieht man seinen verhältnismäßig kleinen Umfang in Betracht, so war es ohne Vergleich das erste Goldland der Welt. Die südafrikanische Republik, welche 1877 bankrott gewesen war, hatte 1894 eine Einnahme von 44 Millionen Mark, wovon fast die Hälfte aus Johannesburg kam, und bei 34 Millionen Ausgaben 10 Millionen Überschuß. Ein solches Land reizte natürlich die Begehrlichkeit aller Spekulanten. Der größte von diesen war Cecil Rhodes (1853—1902), der als Sohn eines armen englischen Geistlichen 1870 nach Südafrika ausgewandert war, um seine Gesundheit dort zu befestigen, ein Vermögen erwarb und 1881 fast alle Diamantgruben von Kimberley zu der riesenhaften Debeerskompanie verschmolz, welche über ein Kapital von 90 Millionen Mark verfügte und in guten Jahren bis zu 70 und 80 Millionen verdiente. Später gründete Rhodes in Johannesburg eine ähnliche Goldgesellschaft. Er begnügte sich nicht mit seinem Reichtum; er wollte auch eine politische Rolle spielen, und ohne Frage hat er eine außerordentliche Bedeutung für Südafrika erlangt.

Wir müssen an dieser Stelle die Erzählung unterbrechen, um die Fortschritte Englands in andern Teilen Südafrikas kennen zu lernen. Nördlich von Natal hauste das Volk der Zulukaffern, das von einer außerordentlichen Kriegstüchtigkeit und einer für Schwarze seltenen Mannszucht war; sein Gebiet reichte von der Südostgrenze Transvaals bis an den indischen Ozean. Da die

Digitized by Google

Zulus häufige Raubzüge ins englische Gebiet unternahmen, wurde ihr König Ketschwäyo (Cettiwayo) 1878 von dem Statthalter Sir Bartle Frère aufgefordert, sein 30000 Mann starkes Heer aufzulösen und einen englischen Residenten als Aufseher anzunehmen. Ehe der König noch geantwortet hatte, rückte in sein Land ein von Chelmsford befehligtes englisches Heer ein, in dessen Reihen der Prinz Ludwig Napoleon, der Sohn Napoleons III. (geb. 1856), den Krieg kennen lernen sollte. Eine Abteilung der Briten von 1300 Mann ward am 22. Januar 1879 bei Isandula von einer zehnfachen Übermacht der Kaffern überfallen und niedergemetzelt. Das Heer wich darauf nach Natal zurück, verstärkte sich auf 4000 Mann europäischer und schwarzer Soldaten und drang dann abermals in das Land des Feindes ein. Hierbei wurde der Prinz Napoleon dank der sträflichen Achtlosigkeit seiner englischen Begleiter von einem Streiftrupp der Zulus im hohen Gras überrascht und am 2. Juni 1879 bei Isandula erstochen: ein ernster, tüchtiger, fleißiger Jüngling, mit dem die Hoffnungen seiner seit 9. Januar 1873 verwitweten Mutter, der Kaiserin Eugenie, und der bonapartistischen Partei begraben wurden. Am 4. Juli 1879 lieferte Ketschwäyo den Engländern die Entscheidungsschlacht bei seiner Hauptstadt Ulundi. Die dichtgeschlossenen Schlachthaufen der Zulus stürzten sich mit Todesverachtung, die Assagaien (Wurfspieße) schwingend, auf den Feind; aber sie wurden reihenweise durch die modernen Repetiergewehre niedergemäht und Ketschwäyo selbst gefangen und nach England gebracht. 1883 wieder als britischer Vasall eingesetzt, ward er von seinem Bruder vertrieben und starb in der Verbannung; sein Land wurde einigen Häuptlingen, die unter britische Hoheit traten, übergeben, 1897 zum Teil mit Natal vereinigt.

Mit der Besiegung der Zulus waren die Burenrepubliken der Möglichkeit beraubt, sich bis an den indischen Ozean auszudehnen; sie stießen hier nunmehr entweder auf englisches oder portugiesisches Gebiet, zu dem die einen ausgezeichneten Ankerplatz bietende Delagoabai mit Lourenço Marquez gehörte. Die Eisenbahn, welche von Pretoria nach diesem Hafen führte, setzte die Buren mit dem Meer in Verbindung; sie lag aber in ihrem Endstück auf fremdem

Digitized by Google

Boden. Seit die Deutschen sich in Südwestafrika festgesetzt hatten und Präsident Krüger bei einer persönlichen Anwesenheit in Berlin am 8. Juni 1884 *) den freilich von Bismarck abgelehnten (S. 198) Versuch gemacht hatte, die südafrikanische Republik unter deutschen Schutz zu stellen, war der Argwohn in England erwacht, daß Deutsche und Buren zusammen der Ausbreitung des englischen Einflusses in Südafrika sich in den Weg stellen könnten. Dieser Argwohn erhielt noch dadurch Nahrung, daß auch in der Kapkolonie das dort der Zahl nach vorwiegende holländische Element sich rührte und 1879 der „Afrikander Bond" gestiftet wurde, der 1. Sicherstellung der holländischen Sprache in Schule, Parlament und Verwaltung, und 2. Zusammenschluß aller südafrikanischen Gemeinwesen — wenn auch notgedrungen unter englischer Suzeränität — erstrebte. Um das Zusammengehen von Deutschen und Buren zu verhindern, legte England 1885 die Hand auf den größten Teil des Landes der Betschuanen, eines friedlichen Hirtenvolkes, mit dem Hauptort Mafeking, der mit Kimberley, dem derzeitigen Endpunkt der Bahn von Kapstadt her, durch den Telegraphen verbunden wurde. Zuerst Kronkolonie, also vom König absolut regiert, wurde Betschuanaland 1895 mit der Kapkolonie vereinigt; das Land nördlich bis zum Sambesi, etwas kleiner an Umfang als Deutschland, ward als Betschuana-Protektorat eingerichtet; es besteht freilich in der Hauptsache aus der Wüste Kalahari und hat kaum 200 000 Bewohner, den 300. Teil der Zahl, die es seiner Größe nach sollte beherbergen können. Die Grenze dieses Gebiets gegen Deutschsüdwestafrika wurde in dem Vertrag von 1890 (S. 262) dahin bestimmt, daß Deutschland einen schmalen Zipfel („Caprivi-Zipfel") bis zum

*) Er hatte an diesem Tag eine Audienz bei Kaiser Wilhelm I., der auch Bismarck anwohnte, und nahm am 9. an der Einweihung des neuen Reichstagshauses teil; während der Tafel saß er dem Kaiser gegenüber und neben Bismarck. Er soll bei der Audienz gesagt haben: „Wenn es einem Kind schlecht geht, sieht es sich nach Hilfe bei seinen Eltern und Pflegern um. Majestät, wenn es uns wieder einmal schlecht geht, dann helfen Sie uns auch!" (Siehe Staatsanzeiger für Württemberg vom 7. Januar 1896.)

Digitized by Google

Sambesi und damit Zutritt zu diesem mächtigen Strom erhielt, dessen Länge mit 2660 Kilometern der Donau (2780 Kilometer) nahekommt. Cecil Rhodes gründete nun 1889 die mit einem königlichen Freibrief (charter) versehene Kompanie von Südafrika (Chartered Company of South Africa), welche die weiten und fruchtbaren Länder der Maschona und Matabele (eines erobernd nordwärts vorgedrungenen Kaffernstamms) in Besitz nahm. Portugal, das einen Rechtsanspruch auf alle Länder von Angola im Westen bis Quilimane im Osten erhob, wurde von Lord Salisbury am 10. Januar 1891 durch ein Ultimatum und Entsendung englischer Kriegsschiffe gegen Goa, Lourenço Marquez und die kapverdischen Inseln bewogen davon abzustehen. Es überließ den Engländern das ganze Innere Afrikas, wo es freilich nie wirkliche Herrschaft ausgeübt hatte, und das Tal des Schire bis zur Einmündung des Ruo von links her. So ward die Herrschaft der Kompanie bis zum Westufer des Nyassasees (26 000 qkm) und zur Südspitze des Tanganjikasees (36 000 qkm) ausgedehnt; der Matabelekönig Lobengula wurde 1893 durch einen früheren Arzt, Dr. Jameson (geb. 1853), der an der Spitze von 670 Weißen und 570 Schwarzen stand, besiegt und seine Hauptstadt Buluwayo erobert. Weiter nordwärts errichtete die Kompanie das Fort Salisbury. Das Tal des Schire, der mit 600 Kilometern nicht ganz die halbe Länge des Rheins hat und die Gewässer des Nyassasees zum Sambesi führt, ward ebenfalls zum größten Teil von der Kompanie besetzt, und Cecil Rhodes zu Ehren wurde das ganze neugewonnene Gebiet Rhodesia genannt; es umfaßt etwa 1 660 000 qkm mit ungefähr 1 400 000 Einwohnern.

Der Traum von Rhodes war aber, ganz Afrika vom Kap bis Kairo unter das Leopardenbanner Englands zu stellen: die Eisenbahn sollte von Kapstadt über Kimberley, Mafeking, Buluwayo, Fort Salisbury nach Uganda und dem Nil geführt werden. Durch diesen Plan ward ein dicker Strich gezogen, als die Deutschen 1884 sich in West- und Ostafrika festsetzten und der Kongostaat mit Zustimmung der Großmächte 1885 ins Leben trat. Ein Vertrag zwischen England und dem Kongostaat vom 12. Mai

Digitized by Google

1894 überwies freilich einen 25 Kilometer breiten Streifen kongolesischen Gebiets westlich vom Tanganjikasee an England und dafür das Tal des Bahr-el-Gazal und den anschließenden Teil des Nils bis Faschoda an den Kongostaat, dessen Herrscher König Leopold II. damals davon träumte, die durch den Mahdi von Ägypten getrennten äquatorialen Provinzen Ägyptens für seinen Staat zu gewinnen; aber Frankreich und Deutschland, dessen ostafrikanische Kolonie auf diese Weise fast ganz von englischem Gebiet umgeben worden wäre, protestierten als Mitunterzeichner der Kongo-Akte gegen den Vertrag, und er gelangte nicht zur Durchführung. Um so mehr betrieb nun Rhodes die Verwirklichung des Gedankens eines südafrikanischen Staatenbundes, der seinem Sinn nach Englands Weltstellung fördern sollte. Er gewann den Afrikanderbond, indem er als erster Minister der Kapkolonie 1892 ein Wahlgesetz vom Parlament annehmen ließ, welches durch die Forderung eines Einkommens von 50 Pf. St. (1000 Mark) und der Fähigkeit zu eigener Unterschrift die Schwarzen vom Stimmrecht ausschloß; damit war eine Hauptsorge der holländischen Farmer zerstreut, daß sie eines Tags von den an Zahl ihnen weit überlegenen Eingeborenen überstimmt werden könnten. In der Kapkolonie herrschte eine dem südafrikanischen Bundesstaat nicht abgeneigte Stimmung; in dem Oranjefreistaat, der seit 1890 mit der Kapkolonie im Zollverein stand und die englischen Eisenbahnen durch sein Gebiet führen ließ, hoffte Rhodes ebenfalls eine Mehrheit für den Zusammenschluß zu erlangen, der allen große politische und wirtschaftliche Vorteile in Aussicht stellte.

Völlig ablehnend aber verhielt sich zu dem Plan die südafrikanische Republik unter der Leitung Paul Krügers. Die Buren sahen mit Mißvergnügen auf die massenhafte Einwanderung der Fremden, namentlich der Engländer, in den Goldbezirk Witwatersrand; Johannesburg, 1886 gegründet, war nach nicht zehn Jahren eine Stadt von über 100 000 Menschen, meist Männern im rüstigsten Alter, welche den Mühseligkeiten der Goldgräberei gewachsen waren. Die Abkunft von 1884 setzte in Artikel 14 bezüglich der Fremden fest, daß es ihnen gestattet sein solle überall zu wohnen, Häuser, Warenhäuser, Fabriken, Läden und Speicher

Digitized by Google

zu besitzen und Handel zu treiben und für ihre Geschäfte nicht höher als die Bürger der Republik besteuert zu werden; politische Rechte hatten sie nicht anzusprechen. Damit war der englische Teil dieser „Uitlander" (Ausländer) nicht zufrieden. Sie verlangten in dem Freistaat, dessen Kassen sie durch ihre Steuern füllten, das Stimmrecht, um die Gesetzgebung mehr nach ihren Bedürfnissen zu gestalten; sie wollten den schwarzen Arbeitern keine Sonntagsruhe und keinen Branntwein gewährt wissen (mit dem die Portugiesen einen gewinnbringenden Schmuggel trieben); sie wünschten Aufhebung des Monopols der Dynamitgesellschaft, wodurch dieses ihnen für ihren Betrieb notwendige Sprengmittel um 40% verteuert wurde, und sie verlangten, um Arbeiter zu bekommen, daß allen Schwarzen, welche nicht in den Goldminen arbeiteten, eine Hüttensteuer nicht bloß, wie bisher, von 10 Mark, sondern eine von 100 Mark auferlegt werde, um sie so zur Minenarbeit zu zwingen. Die Buren aber wollten Leuten, welche andern Stammes waren und welche bloß aus Habsucht, ohne tieferes Interesse ins Land gekommen waren, das Stimmrecht um so weniger einräumen, als sie fürchten mußten bei ihrer noch geringen Zahl (es gab in der Republik etwa 200 000 Menschen burischen Stamms) von diesen Uitlandern schließlich überstimmt zu werden und das Verfügungsrecht im eigenen Hause zu verlieren. Zwar verließen viele Uitlander nach erworbenem Vermögen Johannesburg wieder; es war aber anzunehmen, daß mit steigender Kultivierung der Gegend auch viele dableiben würden. Als Krüger und der Volksraad (Volksrat, Abgeordnetenhaus) sich 1893 weigerten, das Bürgerrecht noch weiter an Fremde zu erteilen, bildete sich in Johannesburg ein „Nationalverein", dem fast nur Engländer, nicht aber die Uitlander aus Deutschland, Frankreich, Skandinavien, Amerika sich anschlossen und der das Bürgerrecht für die Fremden und die Errichtung englischer Schulen für deren Kinder verlangte. Cecil Rhodes war im geheimen Einvernehmen mit diesem Verein; ja es ist nicht zweifelhaft, daß auch der stramm imperialistisch gesinnte Staatssekretär für die Kolonien in Salisburys Kabinett, der liberale Unionist Joe Chamberlain, die Bestrebungen des Vereins billigte und sie förderte. Der Nationalverein wollte durch einen Hand-

Digitized by Google

streich die ihm widerstrebende Regierung des Freistaats sprengen und dann seine Wünsche als Gesetz verkünden. Zu diesem Zweck sammelte er Waffen und Truppen, und obwohl die nicht englischen Uitlander sich in einer Versammlung zu Johannesburg in loyaler Weise für die burische Regierung aussprachen, wodurch die Forderungen der englischen Uitlander fast als bloßer Vorwand charakterisiert wurden, fiel Dr. Jameson, der Besieger der Matabele, doch am 30. Dezember 1895 mit 800 Mann von Mafeking aus in das Gebiet der Republik ein. Ein ausdrücklicher Befehl des britischen Statthalters in Kapstadt, Sir Herkules Robinson, daß er sofort zurückkehren solle, wurde von Jameson kalt mißachtet. Aber ehe er sichs versah, war er von dem Aufgebot der Buren unter Piet Cronje bei Krügersdorp umstellt; er verlor am 1. Januar in einem scharfen Gefecht 70 Tote und 30 Verwundete und mußte sich am 2. Januar 1896, da er ohne Lebensmittel war, mit etwa 500 Mann an die Buren ergeben; das Schwert splitterte ihm, als er es kaum erhoben hatte. Sofort besetzten die Buren Johannesburg, wo das sog. Reformkomitee einige Tage die Zügel in der Hand gehabt hatte, und hier fanden sich Papiere von belastendem Inhalt nicht etwa nur für den Nationalverein, sondern für die Chartered Company, so Weisungen, ihre Reiterei in Rhodesia zum Losschlagen bereit zu halten und 25 000 Patronen in Mafeking aufzuhäufen; auch ein Plan von Pretoria auf amtlich gestempeltem Papier der Kompanie ward entdeckt, zum Beweis, daß Jameson im Fall des nächsten Erfolges sich der Hauptstadt selbst bemächtigen sollte.

Das Aufsehen, das diese Dinge überall hervorriefen, war groß. In der ganzen Welt wurde der Handstreich Jamesons aufs schärfste als ein Landfriedensbruch und völkerrechtswidriger Überfall schlimmster Art verurteilt; selbst von den englischen Blättern wagte nur die Times, längst das Sprachrohr der verbissensten Jingos, die Unternehmung mit der dreisten Behauptung zu entschuldigen, daß Jameson nicht zum Angriff, sondern nur zum Schutz seiner Landsleute nach Transvaal gezogen sei; sogar die Chartered Company in London, zu der des Prinzen von Wales Schwiegersohn, der Herzog von Fife, gehörte, hielt es für nötig in

Digitized by Google

einer Sitzung am 3. Januar den Schein anzunehmen, als ob sie den Jameson's raid (Einfall) mißbillige. Der deutsche Kaiser hielt am 3. Januar 1896 eine Besprechung mit dem Reichskanzler Hohenlohe, dem Staatssekretär des Auswärtigen Freiherrn von Marschall-Bieberstein, dem Staatssekretär der Marine Hollmann, dem Admiral Knorr und dem Vorstand des Marine-Kabinetts v. Senden-Bibran — die starke Beteiligung von Seeoffizieren bei dieser Beratung gibt zu denken — und sandte darauf an den Präsidenten Paul Krüger folgendes (ohne Zweifel von seinen Beratern gebilligte oder doch schließlich nicht beanstandete) Telegramm nach Pretoria: „Ich spreche meinen aufrichtigsten Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, die als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren. Wilhelm." Die Antwort des Präsidenten lautete: „Ich bezeuge Ew. Maj. meinen innigsten, tief gefühlten Dank für Ew. Maj. aufrichtige Glückwünsche. Mit Gottes Hilfe hoffen wir weiter alles mögliche zu tun für die Beständigkeit unserer Republik." Die englischen Blätter waren fast insgesamt über die kaiserliche Depesche im höchsten Grade erbittert; sie sei zwar vorsichtig abgefaßt, aber doch eine auffallend unfreundliche Handlung gegen England, und um so unfreundlicher, als Transvaal nicht unabhängig sei, sondern unter der Suzeränität der Königin stehe (was die Buren seit dem Vertrag von 1884 mit Grund bestritten). Es scheine, daß Deutschland diese Suzeränität in Frage stellen wolle. Die Morning-Post, ein Hauptorgan der seit 1895 im Besitz der Macht befindlichen, sämtlich imperialistischen, Konservativen, erklärte: „Die richtige Antwort auf dieses Telegramm wäre die Vereinigung der ganzen englischen Flotte im Kanal; die englische Nation wird diese Depesche nie vergessen, sondern bei Gestaltung ihrer auswärtigen Politik immer daran denken". Daß dies keine leere Drohung war, hat die Folgezeit dargetan; die Wurzel der Lage von 1904, der englisch-französischen Annäherung und was aus ihr folgt, liegt in der Kaiserdepesche von 1896 und ihrer, wie sofort

Digitized by Google

hinzugefügt werden muß, fast einmütigen Billigung durch die deutsche Nation, welche deren Rechtsgefühl hohe Ehre machte, vom politischen Standpunkt aus aber schwere Bedenken gegen sich hatte. In Frankreich war der Gegensatz gegen England indessen damals noch so stark, daß der „Temps" das kaiserliche Telegramm verteidigte und den Engländern ihre Verachtung des Völkerrechts mit kräftigen Worten vorhielt. Der „Temps" gilt als das Organ des französischen auswärtigen Amtes; aber es ist doch keinesfalls dieses Amt selbst: wenn man in Berlin auf ein Echo seitens anderer Regierungen gehofft hat, so blieb dieses aus; ja es wird behauptet, daß die amtlichen französischen Kreise begierig auf einen Zusammenstoß Deutschlands mit England lauerten und aus autoritativem französischem Munde (d. h. dem des Botschafters in London), damals das Wort fiel: „Frankreich hat nur einen Feind auf der Welt, und das ist Deutschland. England kann danach seine Politik einrichten." *)

Obwohl Chamberlain, der nächst beteiligte Minister der Königin in Kolonialsachen, die Ansicht äußerte, daß ohne Männer wie Jameson, Hastings, Clive England nicht zur Weltmacht aufgestiegen wäre, so konnte er doch nicht umhin, dem Völkerrecht die Ehre zu geben und einmal Rhodes zum Rücktritt vom Posten eines ersten Ministers der Kapkolonie zu veranlassen, dann Krüger telegraphisch um hochherzige Behandlung der Gefangenen zu bitten. In der Tat benahm sich die Buren-Regierung sehr maßvoll; sie lieferte Jameson, nachdem er zur formellen Sühne des Unrechts durch das einheimische Gericht als Landfriedensbrecher zum Tod verurteilt war, der englischen Regierung aus, worauf er am 28. Juli von einem englischen Gericht wegen Friedbruchs gegen ein befreundetes Volk zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt wurde; im Dezember 1896 ward er aber „aus Rücksichten auf seine Gesundheit" der Haft entlassen. Die Leiter des Nationalvereins wurden von dem Gericht in Pretoria zu schweren Strafen verurteilt, aber, nachdem dem Recht genügt war, bald begnadigt. Der Oranjestaat, dessen Sicherheit nach dem Jameson's raid (= Einfall) auch

*) Siehe Deutsche Revue 33 III 260 (September 1908).

Digitized by Google

bedroht erschien, schloß 1897 mit der südafrikanischen Republik ein Schutzbündnis. Die Holländer in der Kapkolonie, welche durch den Afrikanderbond die Vereinigung Südafrikas erstrebten, wurden durch den raid darüber aufgeklärt, daß die Engländer diese Einigung nicht auf dem Wege freiwilliger Verständigung, sondern durch Gewalt zu erreichen gedachten, daß sie das führende und herrschende, nicht bloß das gleichberechtigte Volk sein wollten. Infolge davon trennte sich der Bond von Rhodes und seinem Anhang, und 1898 erlangte er bei den Wahlen zum Kap-Parlament eine wenn auch kleine Mehrheit.

Diese Ereignisse spornten die Engländer nur um so mehr an, ihre anscheinend bedrohte Vorherrschaft in Südafrika zu befestigen und zu diesem Zweck mit der Freiheit der Burenstaaten aufzuräumen. Dieses Ziel steckte sich mit völliger Bestimmtheit der öfters genannte Staatssekretär der Kolonien Chamberlain (geb. 1836), ein Mann von gewaltiger Tatkraft und festem Willen, Nachkomme eines der 2000 calvinistischen Pfarrer, welche 1662 Amt und Brot aufgegeben hatten, um nicht der englischen Staatskirche ihre Überzeugung opfern zu müssen, selbst von freien religiösen Ansichten beseelt, ein Leugner der Dreieinigkeit und der Erbsünde und folglich des stellvertretenden Leidens Christi, ein Vorkämpfer des Staatssozialismus, der in England weit mehr gegen Volksgefühl und Herkommen läuft als auf dem Festland, und demgemäß auch unablässig den Reichen ihre Pflicht ins Gedächtnis rufend, daß sie den Armen Rechte zugestehen müßten, wenn sie ihre Rechte geachtet sehen wollten, daß sie helfen müßten, allen Bürgern ihres Landes ein besseres, edleres und glücklicheres Dasein zu schaffen. Gleich vielen seiner „radikalen" Parteigenossen („radikal" heißt in England, wer gegen die Staatskirche und gegen die erblichen Lords ist), war er lange Zeit wie Gladstone ein „Kleinengländer" gewesen, der jeden weiteren Gebietszuwachs für England als ein Unglück ansah; allmählich aber war aus dem Saulus ein Paulus geworden, und er hatte sich zu einem leidenschaftlichen Anhänger des Greater Britain, des die Welt umspannenden „größeren Britannien", oder, wie man auch sagt, zum Imperialisten (Anhänger des imperium Britannicum, des britischen

Digitized by Google

Weltreichs) entwickelt. „Dieses stolze, ausdauernde, auf seinem Recht bestehende und entschlossene Volk der Angelsachsen," sagte er einmal, „das kein Wechsel des Klimas und der Lebensbedingungen in seinem Wesen verwandeln kann, ist bestimmt die herrschende Rasse in der zukünftigen Geschichte der Zivilisation und der Welt zu sein." So nahm er die Sache der englischen Uitlander in Transvaal als eine Sache englischen Interesses und englischer Ehre in die Hand, und das Zurückweichen Frankreichs in der Faschodafrage gab ihm, wie bestimmt versichert wird, die Sicherheit, daß niemand es wagen werde England in den Arm zu fallen, wenn es ihn zum Kampf gegen das Burenhäuflein erhebe. In Berlin war der Wind so umgeschlagen, daß das auswärtige Amt, wie Fürst Bülow am 10. November 1908 im Reichstag erklärt hat, sowohl direkt als durch Vermittlung der den Buren stammverwandten niederländischen Regierung im Mai 1899 in Pretoria zur Nachgiebigkeit gegen England riet und Krüger darauf aufmerksam machte, daß die Buren im Kriegsfall allein stehen würden. So stellte England am 1. Juni 1899 bei Beratungen, welche in Bloemfontein zwischen Krüger und dem britischen Oberkommissär in Südafrika, Sir Alfred Milner, stattfanden, die Forderung, daß die südafrikanische Republik allen Uitlandern nach fünfjährigem Aufenthalt (statt wie bisher nach neunjährigem) das volle Bürgerrecht und namentlich die Wählbarkeit zum Volksraad sowie ein Viertel aller Sitze im Volksraad erteilen sollte. Diese Forderung war in einer Bittschrift von angeblich 21 684 Uitlandern enthalten, von denen aber 5000 Frauen waren. Krüger konnte sich ihr gegenüber darauf berufen, daß seine Republik ein selbständiger Staat sei, welcher die Bedingungen seines Bürgerrechts nach seinem Ermessen regle, und er konnte überdies auf eine Erklärung von 22 000 Uitlandern hinweisen, welche der Regierung ihr Vertrauen bezeugten, und darauf, daß in England selbst zwar ein Fremder nach fünfjähriger Ansässigkeit die „kleine Naturalisation" mit dem Stimmrecht erhält, daß aber zur „großen Naturalisation", welche das Recht der Wählbarkeit zum Parlamentsmitglied verleiht, in jedem einzelnen Fall ein besonderes Gesetz erforderlich ist. Diese „große Naturalisation" ist so selten, daß

Digitized by Google

sie z. B. von 1875—78 für nicht eine einzige Person beschlossen worden ist; in der südafrikanischen Republik aber sollte sie nun die selbstverständliche Folge der Erlangung des Bürgerrechts sein. „Mit welchen Augen," sagt der französische Kapitän Gilbert in seiner Schrift la guerre sudafricaine (Paris 1902, S. 24), „würden die Engländer es ansehen, wenn 40 Millionen Russen oder Franzosen ihren Boden überschwemmten, um die Kohlen dort auszugraben und anderswohin zu schaffen, und überdies noch die verhältnismäßige Vertretung in den englischen Kammern forderten?" Bis jetzt gingen viele Uitlander, wenn sie Vermögen erworben hatten, wieder so bald als möglich in ihre Heimat zurück; wenn sie das Bürgerrecht erhielten, so blieben sie wahrscheinlich da und wurden durch ihre Zahl eine Gefahr für die Buren. Gleichwohl setzte der Volksraad der Republik die Zeit der Ansässigkeit von 9 auf 7 Jahre herab und erhöhte die Zahl der Abgeordneten des Minenbezirks auf 7 unter 30, also auf ungefähr das verlangte Viertel. Schließlich war er sogar bereit die fünf Jahre zuzugestehen (19. August) und durch einen von Chamberlain geforderten gemischten englisch-burischen Ausschuß die Tragweite dieses Zugeständnisses untersuchen und etwaige Änderungen vorschlagen zu lassen, aber nur unter der Zusicherung, daß dieser Ausschuß nicht eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik zum letzten Ziel habe. Krüger wollte damit die Selbständigkeit seines Staats, welche durch das bloße Eingehen auf eine Erörterung der englischen Forderungen eigentlich grundsätzlich preisgegeben war, formell herstellen; gerade das aber wollte Chamberlain nicht zulassen. Er erklärte, daß nach den Verträgen England die Suzeränität über die Republik ausübe, während doch seit 1884 Englands Oberhoheit in allen Stücken mit Ausnahme des Abschlusses von Verträgen abgeschafft war (daß die Republik z. B. England den Krieg erklären könne, bestritten selbst die Engländer nicht). Endlich ward Krüger der hinterhältigen englischen Politik satt, welche immer neue Schwierigkeiten aufwarf, auch jetzt noch sich „ihre endgültigen Forderungen" vorbehielt und offenbar nur Zeit gewinnen wollte, um aus Ägypten, Kreta, Indien 15 000 Mann Verstärkung nach dem Kap zu werfen und dann das Wort

Digitized by Google

wahr zu machen, das Chamberlain vor seinen Wählern in Birmingham damals in brutalem Ton ausrief: „Der Sand in Paul Krügers Uhr ist ausgelaufen!“ Am 9. Oktober stellte die Regierung der Republik das Ultimatum, daß England 1. die bestehenden Streitigkeiten einem Schiedsgericht unterstelle, 2. seine an den Grenzen der Republik befindlichen Truppen zurückziehe, 3. alle seit dem 1. Juni nach Südafrika abgesandten Verstärkungen wieder nach Hause schaffe und 4. die auf See befindlichen Mannschaften nicht an irgend einem Teil Südafrikas landen lasse. Krüger gab dabei das Versprechen, daß seitens der Buren kein Angriff erfolgen werde. Die Frist des Ultimatums lief binnen 48 Stunden, also am 11. Oktober 5 Uhr nachmittags ab. Die Forderung eines Schiedsgerichts entsprach den Ergebnissen der auf Anregung des Zaren Nikolaus II. am 18. Mai 1899 im Haag zusammengetretenen und am 29. Juli ds. Js. geschlossenen sog. Friedenskonferenz, an der die europäischen Großmächte, die Türkei, Japan, China, die vereinigten Staaten von Amerika und eine Anzahl kleiner Staaten teilgenommen hatten. Als Frucht der Beratungen waren drei Verträge zustande gekommen über Annahme von Schiedsgerichten, ehe man an die Waffen appelliere, über Milderung der Gebräuche des Landkriegs und über Anwendung der Genfer Abkunft betr. das rote Kreuz auf dem Seekrieg; und dann drei „Erklärungen“ gegen das Abschießen von Geschossen aus Luftballons (dies ward später bei der Entwicklung der Luftschiffahrt fallen gelassen), gegen die Anwendung von Geschossen, die Stickgase oder giftige Gase enthalten, und gegen den Gebrauch explosiver Kugeln (sog. Dumdumkugeln). England hat die drei Verträge und wenigstens die erste der „Erklärungen“ bis zu der festgesetzten Frist des 4. September 1900 unterzeichnet; es hätte also die burische Forderung eines Schiedsgerichts annehmen müssen. Statt dessen telegraphierte Chamberlain an Milner, es solle der Regierung in Pretoria mitteilen, daß die Forderungen der Buren derart seien, daß die Regierung Ihrer Majestät es für unmöglich erachte, sie zu erörtern, und am 17. Oktober erklärte selbst der Führer der damals im allgemeinen nicht imperialistischen englischen Liberalen, Sir Campbell Bannerman, im Unterhaus, daß zwar das Ministerium durch die ungeschickte

Digitized by Google

Aufrollung der Suzeränitätsfrage den Krieg verschuldet habe, daß aber das Ultimatum Krügers in einer Sprache gehalten gewesen sei, welche keine Regierung eines sich selbst achtenden Volkes auch nur in Erwägung ziehen könne. Nur der Ire Dillon und der Radikale Labouchère beantragten, man möge den Versuch mit einem Schiedsgericht machen, blieben aber mit 54 gegen 322 Stimmen in kläglicher Minderheit. Lord Salisbury erklärte im Oberhaus, daß der seit 18 Jahren (seit 1881) bestehende Zustand in Südafrika nicht länger ertragen werden könne; es sei der Augenblick da, zu entscheiden, ob Südafrika unter holländische Herrschaft kommen oder ob dort Englands dauernde Vorherrschaft aufgerichtet werden solle. Das hieß ohne Umschweife reden, und so gut wie das ganze englische Volk stand bei dieser Politik hinter der Regierung. Der Oranjefreistaat aber unter seinem klugen und tatkräftigen Präsidenten Martin Steijn (geb. 1857) schloß sich kraft des Vertrags von 1897 der südafrikanischen Republik an, in der ganz richtigen Überzeugung, daß auch über seine Freiheit und Unabhängigkeit in diesem Krieg die Würfel fallen müßten.

Die Kräfte der kriegführenden Parteien waren so handgreiflich ungleich, daß man zunächst fast allgemein es als einen Wahnsinn ansah, daß die Buren überhaupt zu den Waffen griffen. Auf der einen Seite stand ein Weltreich, das 30 Millionen qkm mit 400 Millionen Einwohnern umfaßte und dessen herrschende Nation, die Angelsachsen, allein im Mutterland über 30 Millionen Menschen zählte. Auf der anderen Seite standen in der südafrikanischen Republik (neben einer Million Schwarzen) 200 000 Weiße, im Oranjefreistaat (neben 300 000 Schwarzen) 80 000; zusammen also noch nicht ganz einer gegen hundert Engländer. Wenn Krüger und Steijn, beides gewiegte Politiker, gleichwohl zum Schwert griffen, so hatte das folgende Gründe. 1. blieb ihnen nur die Wahl zu kämpfen oder sich Englands Befehlen zu unterwerfen; sie konnten ihre Freiheit vielleicht durch Kampf noch retten; sonst war sie sicher verloren. 2. hofften sie, daß England, das einen riesigen Besitz auf der ganzen Oberfläche des Planeten zu schützen hatte, nach Südafrika nur einen verhältnismäßig kleinen Teil seiner Streit-

Digitized by Google

kräfte werde werfen können. 3. glaubten sie, daß Englands Gegner in Europa, Rußland und Frankreich, ihnen zu Hilfe kommen würden, direkt oder indirekt, und von Deutschland, das in Südwestafrika einen großen Besitz hatte, konnten sie trotz der vertraulichen Erklärungen vom Mai nach dem kaiserlichen Telegramm von 1896 und nach späteren Äußerungen des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall im Reichstag erwarten, daß es wenigstens der Vernichtung der Selbständigkeit der Burenstaaten widerstreben werde. 4. nahmen sie als sicher an, daß ihre holländischen Stammesgenossen in der Kapkolonie, welche die Engländer daselbst an Zahl namhaft übertrafen, sich ihnen in Erkenntnis der gemeinsamen Gefahr, welche Salisbury so unumwunden ausgesprochen hatte, in Masse anschließen würden.

Wenn dies geschehen sollte, so war klar, daß die Buren so rasch als möglich in die Kapkolonie einbrechen mußten, um hier ihre Landsleute mit sich fortzureißen, ehe England überlegene Streitkräfte an Ort und Stelle versammeln konnte. Die Buren überschritten auch noch am Abend des 11. Oktober mit 2000 Reitern die Grenze von Natal, schoben ihr Hauptheer unter General Joubert nach, schlugen den General White mit seinen 10 000 Mann am 30. Oktober bei Nicholsons Nek und schlossen ihn in der Stadt Ladysmith ein. Ebenso wurden die Städte Mafeking (unter dem Kommando des Obersten Baden-Powell) und Kimberley, wo Oberst Kekewich befehligte und wo sich auch Cecil Rhodes befand, belagert und dadurch die Engländer gezwungen, ihre Streitkräfte zu teilen und gegen die Buren und deren gut gewählte Stellungen angriffsweise vorzugehen. Aber die Versuche des mit einem Armeekorps aus England gesandten Generals Buller, Ladysmith zu befreien, und des Generals Methuen, dasselbe für Kimberley zu erreichen, schlugen fehl; Methuen ward von Piet Cronje am 28. November an der Modder, Buller von Louis Botha am 15. Dezember bei Colenso an der reißenden Tugela gänzlich besiegt. Buller mußte sogar 10 Kanonen in der Hand der Feinde lassen, deren außerordentliche Treffsicherheit beim Schießen aus gedeckten Stellungen heraus die in Massen anstürmenden Engländer reihenweise niederstreckte; Buller verlor 1300 Mann, was allerdings bei

Digitized by Google

21 000 Mann, die im Kampfe standen, doch nur ungefähr 6% Verlust ergibt. Am 10. Dezember erlitt auch General Gatacre eine Niederlage im Norden der Kapkolonie bei Stormberg gegen Grobler, und die Buren wurden durch Zuzug ihrer Stammesgenossen aus der Kapkolonie nicht unbeträchtlich verstärkt. Am 11. Dezember wurde Methuen ein zweites Mal bei Maggersfontein von Cronje zurückgeschlagen. Dabei hatten die Engländer, welche anfangs mit 25 000 Mann regulärer Truppen und 5000 Kapmilizen gegen 30 000 Buren im Feld gestanden waren, seit 1. Dezember mit 80 000 gegen 40 000 schon eine doppelte Übermacht gehabt. In der ganzen Welt erregte diese unerwartete Reihe von Siegen der Buren das größte Aufsehen und entfesselte bei dem allgemeinen Abscheu gegen das englische Vorgehen überall, besonders auch in St. Petersburg und Paris, Stürme des Jubels. Nach den am 28. Oktober 1908 vom Daily Telegraph veröffentlichten Angaben Kaiser Wilhelms II., die diesem selbst vorgelegen haben, forderten Frankreich und Rußland, „als der Kampf auf seinem Höhepunkt war", Deutschland auf, sich mit ihnen zu verbinden, um England aufzufordern, daß es dem Krieg ein Ende setze; der Moment sei gekommen, nicht allein die Burenrepubliken zu retten, sondern auch „England bis in den Staub zu demütigen". Aber Kaiser Wilhelm II., der durch das Verhalten Frankreichs vom Jahr 1896 (s. oben S. 402) gewitzigt war, antwortete, daß Deutschland weit entfernt sei, sich an einem Druck auf England zu beteiligen und seinen Sturz herbeizuführen; es werde sich stets von einer Politik fernhalten, welche es in Verwicklungen mit einer Seemacht wie England bringen könnte: in einem Brief an die Königin Viktoria entwickelte er Gedanken, wie den Buren am besten militärisch beizukommen sei. Nach dem Wortlaut im Daily Telegraph hätte er diesen Feldzugsplan sogar vom preußischen Generalstab begutachten lassen, was aber Fürst Bülow am 10. November 1908 im Reichstag als irrig bezeichnet hat.*) Am größten war die Freude über

*) Nach der Darstellung „eines Wissenden" in der deutschen Revue (33 III, September 1908, 256 ff.) hätte der französisch-russische Antrag nicht zur Zeit der Burensiege — das bedeuteten doch die Worte: „als

Digitized by Google

die englischen Niederlagen in Irland, wo sogar ein Ingenieur Lynch, der aus Haß gegen England den Buren zu Hilfe zog und als Oberst eine irische Brigade unter Botha anführte, in Gallway ins Parlament gewählt, aber freilich von diesem nicht zugelassen und zum Tod verurteilt wurde. Die Buren verstanden indessen ihre Erfolge nicht auszunutzen; sie hatten kein geschultes Heer, sondern Milizen, welche, wie immer im Kriegsfall, aus den waffenfähigen Männern nach den sog. Feldkornetschaften (Schwadronsbezirken) aufgeboten waren, und demgemäß entbehrten sie fester Mannszucht und der eigentlichen Schlagkraft, welche nur bei festgeschlossenen Truppenverbänden und geschulten Mannschaften vorhanden ist. Auch schleppten sie ihre Vorräte auf einer Menge von Ochsenwagen mit sich und waren dadurch in allen ihren Bewegungen schwerfällig. Ihr Hauptvorzug bestand in der durch ihre Lebensweise erklärlichen allgemeinen Fertigkeit sicheren Schießens. Wenn man überall begierig darauf wartete, daß sie ihre Siege verfolgen, die drei belagerten Städte erstürmen, in die Kapkolonie mit aller Wucht einbrechen würden, so wartete man vergebens;

---

der Kampf auf seiner Höhe war" —, sondern erst am 28. Februar 1900 stattgefunden, wo man annahm, daß die Engländer nach Herstellung ihrer Waffenehre vielleicht zum Frieden geneigt seien. Das ergibt ein ganz anderes Bild, als der Artikel des Daily Telegraph es zeigt; von „demütigen bis in den Staub" konnte nach Paardeberg nicht mehr die Rede sein. Deutschland traute nach der deutschen Revue nicht und verlangte, ehe es überhaupt über die angeregte Sache selbst verhandelte, zu wissen, ob Rußland und Frankreich zu einer Abkunft bereit seien, durch welche sich alle drei Mächte ihren europäischen Besitzstand (für Deutschland also auch Elsaß-Lothringen) auf eine längere Reihe von Jahren verbürgten. Das war die entscheidende Probe auf Frankreichs Ehrlichkeit gegen uns. Die deutsche Forderung ward sofort von dem russischen Minister Graf Murawiew als Ablehnung des antienglischen Vorschlags aufgefaßt, „da kein französisches Ministerium sich vierundzwanzig Stunden halten könnte, welches Deutschland Elsaß-Lothringen garantierte". Dieser Hergang stimmt im wesentlichen mit dem Artikel, den der Temps am 30. Oktober 1908 gegen den Daily-Telegraph-Aufsatz richtete. Er ist abgedruckt in meiner „politischen Jahresübersicht über das Jahr 1908", Stuttgart 1909, S. 82.

Digitized by Google

die Sieger rührten sich nicht vom Platze; ihre „Laager" waren wie angewurzelt.

Inzwischen spannte das englische Volk mit einer Zähigkeit und Entschlossenheit, die rückhaltlose Anerkennung verdienen, alle Kräfte an, um den fliehenden Sieg an seine Fahne zu heften. Nirgends erhob sich das armselige Geschrei über Verrat, durch das sich die Franzosen 1870 so sehr entwürdigt haben; nirgends trat das Bestreben hervor, einen Sündenbock zu finden, dem man alle Schuld an dem gehäuften Mißgeschick aufladen könnte. „In Frankreich," sagt Gilbert S. 285, „wären zehn Ministerien in solcher Lage aufeinander gefolgt; die Engländer ließen den verwegenen Piloten am Steuerruder, der sie in das schwierige Fahrwasser geführt hatte. Anstatt die unglücklichen Generale abzusetzen, ließ man sie selbst ihre offenbaren Fehler gutmachen; man forderte von ihnen den Sieg, aber erst nachdem man sie mit reichlich vermehrten Hilfsmitteln versehen hatte. Man begriff, daß da, wo man mit 80000 Mann auszureichen geglaubt hatte, 180000 erforderlich waren; selbst diese Zahl ward im März 1900 überschritten und 220000 Mann ins Feld gestellt." Den Oberbefehl erhielt am 19. Dezember 1899 der von Afghanistan her bewährte Feldmarschall Lord Roberts (geb. 1832), dem der Sieger von Omdurman (S. 172), Lord Kitchener, als Generalstabschef beigegeben wurde. Gleichzeitig suchte England durch scharfe Anwendung des Begriffs der Konterbande den Buren alle Zufuhr aus Europa abzuschneiden; auch ein paar deutsche Lloyddampfer (Herzog, Bundesrat) wurden, zur schuldigen Danksagung für Kaiser Wilhelms II. Ablehnung des russischen Vorschlags, im Januar 1900 im indischen Ozean angehalten, mußten aber unter Leistung von Schadenersatz bald wieder freigegeben werden. Roberts traf am 10. Januar in Kapstadt ein, zog 40000 Mann zusammen und marschierte dann zum Entsatz von Kimberley, das durch den kühnen Vorstoß des Reitergenerals French an der Spitze von 10000 Reitern und berittenen Fußgängern und 10 Batterien am 15. Februar 1900 nach 122tägiger Belagerung entsetzt wurde. Cronje hätte sich angesichts der Übermacht des Feindes sofort zu Ende des Januar zurückziehen sollen, um so mehr, als von den 8000 Mann,

Digitized by Google

welche in der Mitte des Dezember unter seinen Befehlen gestanden waren, 3—4000 wieder nach Hause zurückgekehrt waren, um auf ihren Höfen nach den Feldarbeiten zu sehen. Die noch vorhandenen Soldaten hätte Cronje in fliegende Trupps auflösen, auf den weitgedehnten Hochflächen den Kleinkrieg beginnen und so den Feind ermüden und schwächen sollen. Da er aber die zweimal geschlagenen Feinde verachtete, so blieb er in unbegreiflicher Verblendung, welche an die Macks in Ulm (1805) erinnert, so lange in seinem Lager bei Maggersfontein, bis Roberts sein ganzes Heer über eine Entfernung von 900 Kilometern von Kapstadt her an Ort und Stelle gebracht hatte; und auf dem nun doch angetretenen Rückzug wurde Cronje von dem zehnfach überlegenen Gegner eingeholt und am 18. Februar 1910 bei Koedoesrand östlich von Paardeberg umzingelt. Hier leistete er einen neuntägigen, heldenmütigen Widerstand, wobei die felsigen Böschungen der Modder ihm als Schutzwehr dienten; seine Leute deckten sich leicht gegen das Geschützfeuer der Engländer hinter den Flußufern; aber sein ganzer Wagenpark ward durch die Granaten der Engländer zertrümmert und zwei Drittel der Saumtiere niedergestreckt, und sie verpesteten verwesend die Luft des Lagers in einer unerträglichen Weise. Am 27. Februar, am Jahrestag der Schlacht vom Majubaberg, tilgte Lord Roberts die schmähliche Erinnerung, indem er Cronjes Ergebung mit 4080 Mann, 47 Offizieren und 6 Kanonen empfing. „Welche Fehler auch Cronje begangen hatte, sagte der „Temps", sie verschwinden im Licht seines Heldenmuts; seine Starrköpfigkeit ward hohe Tatkraft; der Sturz verwandelt sich in eine Apotheose." Die Niederlage ward dadurch ehrenreich; ihre Folgen waren nichtsdestoweniger verhängnisvoll.

Die Katastrophe bei Paardeberg gab in der Tat dem ganzen Krieg eine andere Wendung. Von den zwei Punkten, um welche sich alles gedreht hatte, war auf dem einen, bei Kimberley, die Verteidigung der Buren völlig zusammengebrochen; wie durch einen Riß im Damm ergossen sich jetzt die Wasser über das Feld. Gleichzeitig gaben die Buren auch den andern Punkt auf: während Buller bei drei weiteren Versuchen, Ladysmith zu entsetzen, bei Venter Spruit (20.—23. Januar), bei Spion Kop (24. Januar) und Val-

Digitized by Google

kranz (5.—7. Februar), noch empfindlich zurückgeschlagen worden war, zogen sich nun die Buren auf die Nachrichten vom Westen her zurück, um ihre Macht gegen Roberts wenden zu können, und am 27. Februar, am Tag von Paardeberg, ward Ladysmith nach einer Belagerung von 118 Tagen befreit. Was an der Modder gesät war, erntete Buller an der Tugela. Und nun drang Roberts in Eilmärschen auf Bloemfontein, die Hauptstadt des Oranjestaats, vor, nahm sie am 13. März 1900 ein und erklärte, nachdem am 13. Mai auch Mafeking entsetzt war, den Oranjestaat am 28. Mai für England einverleibt (unter dem Namen Oranjeflußkolonie). Auch in das Gebiet der südafrikanischen Republik trug er nun, trotz tapferen Widerstands und einzelner Erfolge der Buren, seine Waffen; am 31. Mai war er in Johannesburg, am 5. Juni in Pretoria, die beide im letzten Augenblick ohne Kampf geräumt wurden. Hierauf suchte Roberts sich der Bahnlinie zu bemächtigen, die von Pretoria nach der Delagoabai führte und allein die Republik mit Europa in Verbindung setzte. Am 29. Juli erfolgte die zweite Kapitulation des Kriegs, die von General Prinsloo mit 4000 Mann im Osten der Republik bei Fourriesburg an den Drakensbergen; mit 17 gegen 13 Stimmen entschied der Kriegsrat der Buren sich für die Waffenstreckung. Nun erschien Buller von Natal her und vereinigte sich in der Nähe von Machadodorp mit Lord Roberts; 60 000 Engländer mit 130 Geschützen standen 4000 Buren gegenüber. Aber erst nach sechstägigem Kampf konnten die Engländer Machadodorp einnehmen; am 1. September sprach Roberts auch die Einverleibung der südafrikanischen Republik (als „Transvaalkolonie") aus, und am 6. September standen seine Truppen in Lydenburg. Der Krieg im großen Stil war zu Ende; Roberts glaubte die Sache bereits so weit, daß er von allen Bewohnern der beiden Staaten den Treueid forderte, andernfalls sie für kriegsgefangen erklärte. Am 30. November kehrte der Feldmarschall ruhmbedeckt, nachdem er eine verloren scheinende Sache zum Siege geführt hatte, nach Hause zurück und überließ die Vollendung des begonnenen Werks Lord Kitchener.

Dieser hatte nun freilich keine so leichte Aufgabe, als es zunächst schien. Zwar scheiterten alle Hoffnungen, welche sich daran

Digitized by Google

knüpften, daß der greise Präsident Krüger sein Amt dem Vizepräsidenten Schalk Burger übergab und am 19. Oktober von Lourenço Marquez auf dem holländischen Kriegsschiff Gelderland nach Europa reiste, um die Großmächte zur Vermittlung zu bewegen. Die englische Regierung wies jeden Gedanken daran weit von sich, daß das endgültig besiegelte Schicksal der Freistaaten noch geändert werden könne, und Kaiser Wilhelm II., der 1896 Krüger das berühmte Telegramm gesandt hatte, lehnte es jetzt ab, ihn auch nur zu empfangen, um die Engländer nicht noch mehr gegen uns zu reizen. Aber die Buren selber handelten nach dem Wort, das 1870 der Franzose Ch. de Flandre der Regierung zu Bordeaux gesagt hatte: „ein Volk ist so lange nicht besiegt, als es sich nicht besiegt gibt." Zwar war die Zahl der Kämpfer durch Abfall der Feigen und Mutlosen, durch Tod (etwa 5000) und durch Gefangenschaft (nicht weniger als 15 000 Buren wurden nach Ceylon geschafft) so gelichtet, daß kaum viel mehr als 20 000 in beiden Staaten unter Waffen standen. Das war aber gerade der Kern des Volkes, und an seine Spitze traten nun Männer, welche erst im Unglück emporkamen: „auf dem Rückzug, sagt der Prinz von Ligne, erkennt man erst den guten Soldaten." In Transvaal Schalk Burger, Louis Botha und Smuts, im Oranjestaat Präsident Steijn, Christian Dewet und Delarey und so mancher Tapfere neben diesen Helden — sie hielten aus auch in der hoffnungslosesten Drangsal und gaben die Hoffnung die Freiheit trotz allem zu retten nicht auf. Von der Sorge für ihre Frauen und Kinder wurden sie durch die Engländer auf besondere Art befreit; schon Lord Roberts hatte am 16. Juli befohlen, sie in Lagern zu konzentrieren: sie sollten als Geiseln für ihre Gatten und Väter dienen, was freilich nicht erreicht ward, und in dem von den Engländern durch Feuer und Schwert verwüsteten Land so auch vor Verhungern geschützt werden. Weniger wohl aus Bosheit als aus Ungeschicklichkeit und wegen der tatsächlichen Schwierigkeiten sorgten aber die zur Aufsicht bestellten Beamten so schlecht für Nahrung und Kleidung der in den Konzentrationslagern befindlichen Menschen, daß bis März 1902 im Zeitraum von etwa 15 Monaten 14 894 Kinder und 4706 Erwachsene, insgesamt also

Digitized by Google

19 600 Personen, fast ein Fünftel der Gesamtzahl, starben. Erst als in England selbst sich ein Schrei der Entrüstung über diese Zustände erhob, wurde es allmählich besser. Die Buren aber fühlten sich in grimmigem Zorn frei wie der Vogel in der Luft, durchritten, von nichts mehr gehindert, in raschem Jagen das Land nach allen Richtungen und fielen, den Kleinkrieg (la guerrilla) meisterhaft führend, heute hier, morgen dort englische Abteilungen an und rieben sie auf. Ihre Pferde waren durch nichts zu ermüden; sie waren an das Klima und die Futtergräser der Hochebene gewöhnt, während die aus Europa und Amerika bezogenen Pferde der Engländer beides nicht ertrugen und massenhaft fielen. Die Manneszucht ward jetzt bei den Buren mit eiserner Strenge gehandhabt; zu den Führern Botha und Dewet sah alles mit unbedingtem Vertrauen auf. Kitchener versuchte, durch Stacheldrahtzäune das ganze Land in kleinere Teile zu zerlegen und die Buren einzukreisen; die Bahnlinien wurden durch Posten hinter Blockhäusern aus Wellblech gedeckt. Gleichwohl entzogen sich die Buren immer wieder der Umschlingung; sie fielen selbst, allerdings ohne Erfolg, in die Kapkolonie ein. Ihre Frömmigkeit hielt auch in diesen Proben stand: tausend Jahre, predigte einer ihrer Feldprediger, Kestell, sind vor Gott wie ein Tag — wer will ihm vorschreiben, wann er seine Stunde für gekommen ansieht, um seine Kinder zu erlösen? Genug, daß geweissagt ist, daß einst alle Lande des Herrn sein werden und seines Gesalbten! Wer es von uns erlebt, weiß nur Gott; trügen aber kann seine Verheißung nicht.

So zog sich der heroische Kampf des unbeugsamen Volkes, einer gegen zehn, von Jahr zu Jahr hin; die greise Königin Viktoria (geb. 24. Mai 1819) legte ihr Haupt am 22. Januar 1901 82 jährig zur Ruhe, ehe sie das Ende erlebte, und hinterließ Reich und Krieg ihrem Sohne Albert Eduard (geb. 9. November 1841), der sich als König Eduard VII. nannte: in früheren Jahren unersättlich in Ausschweifungen oft sträflicher Art und im Sport, jetzt schon an der Schwelle des Alters, aber welterfahren, zäh ausdauernd, ohne den Ballast des Idealismus, begierig der Welt zu zeigen, daß er sie kannte und daß ein englischer König, wenn er nur ernstlich wolle, immer noch etwas bedeute. Er wünschte den endlosen und kostspieligen

Digitized by Google

Krieg beigelegt zu sehen, damit nicht dessen Schatten die in Aussicht genommene Krönungsfeier verdüsterten, und auch das Ministerium, an dessen Spitze nach Salisburys (1830—1903) durch sein Alter veranlaßtem Rücktritt am 11. Juli 1901 dessen fein gebildeter, auch als philosophischer Schriftsteller geschätzter Neffe Balfour (geb. 1848) trat, war bereit, durch einiges Entgegenkommen den Buren die Unterwerfung zu erleichtern. Diese selbst konnten sich nicht verhehlen, daß sie zwar noch ein halbes, vielleicht ein ganzes Jahr den Kampf fortsetzen könnten (noch am 7. März 1902 vernichtete Delarey bei Tweebosch mit 1100 Mann und 2 Kanonen durch Überfall die 1200 Mann starke Abteilung des Generals Methuen mit ihren 5 Geschützen und nahm ihn selbst schwer verwundet gefangen); aber ein erfolgreiches Ende des Krieges rückte doch immer mehr außer den Bereich der Möglichkeit. Aus den Reihen verräterischer Buren traten einige tausend als national scouts („National-Auskundschafter") unter Englands Fahnen ihren hart ringenden Landsleuten gegenüber; deren eigene Zahl schmolz von Monat zu Monat mehr zusammen; ihre Vorräte an Waffen und Schießbedarf mußten sie aus der den Engländern abgenommenen Beute ergänzen; die Zahl der Bauernhöfe, welche Kitchener unter der Erklärung niederbrennen ließ, daß ihre Besitzer als Rebellen im Felde stünden oder den Rebellen Vorspann leisteten, stieg allmählich auf 30000; die Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern, die auf Ceylon gefangen gehaltenen Buren hatten nur eine Aussicht auf Heimkehr: den Frieden.

So entschlossen sich die Burenführer, um ihr Volk vor völliger Vernichtung zu retten und wenigstens die Zukunft offen zu halten, die Hand zu ergreifen, welche Kitchener ihnen bot. Er teilte ihnen mit, daß die den Buren stammverwandte niederländische Regierung, das konservative Ministerium Kuyper, sich in London zur Vermittlung erboten habe, daß England dieses Anerbieten zwar abgelehnt, aber seine Geneigtheit zu direkten Verhandlungen zu erkennen gegeben habe. Diese wurden dann im April 1902 eröffnet, und nachdem Kitchener und Lord Milner die Annahme der englischen Herrschaft als unverrückbare Voraussetzung des Friedens bezeichnet hatten, ward dies den einzelnen noch im Feld stehenden Komman-

Digitized by Google

dos mitgeteilt. Diese wählten 54 Bevollmächtigte, welche in dem Ort Vereeniging am Vaal am 15. Mai zusammentraten und zunächst noch versuchten, ihre innere Selbständigkeit durch Verzicht auf die äußere und durch Angebot der Abtretung eines Teils ihres Gebiets zu retten. Es war alles vergebens; die Engländer beharrten auf ihren Worten. Vom 28. Mai an kämpften Erbitterung und Besonnenheit, Gottvertrauen und Verzagtheit, Rücksicht auf Ehre und Rücksicht auf Volk und Familien einen heißen Kampf, bis die harte Not das Feld behielt. Am 31. Mai erschienen die Abgesandten der Buren vor Kitchener und Milner in Pretoria und unterschrieben nachts halb elf Uhr die Friedensurkunde, laut deren 1. die Buren beider Freistaaten König Eduard VII. als ihren Herrn anerkannten. Dafür ward ihnen 2. zugestanden eine allgemeine Amnestie, also Rückkehr aller auf ihre Höfe, zu deren Wiederaufbau ihnen England 3. zinsfreie Vorschüsse bis zum Betrag von 60 Millionen Mark verhieß; 4. bekamen sie Bürgschaften für die Erhaltung der holländischen Sprache in Schule, Gericht und Verwaltung. 5. den zahlreichen sog. Kaprebellen, d. h. Bewohnern der Kapkolonien, die sich den Buren angeschlossen hatten, wurde zwar nicht Straffreiheit überhaupt, aber doch Erlaß der Todesstrafe ausgewirkt.

So ging ein Kampf zu Ende, wie die Weltgeschichte nicht viele kennt; „Goliath erschlug, wie eine russische Zeitung sagte, den David", und England hatte dargetan, daß keine Großmacht, so stark sie zu Lande sein mag, es hindern kann über See zu tun, was es für nötig hält; sein Leopardenbanner, das eine Zeitlang in den indischen Ozean geworfen zu werden schien, flatterte vom Kap bis zum Oranje und Sambesi herrschend über Südafrika. Die beiden neuen Kolonien erhielten — Transvaal 1906 und Oranjekolonie 1907 — von der im Dezember 1905 ans Ruder gelangten liberalen Regierung Sir Campbell Bannermans eine Verfassung, kraft deren die vier bis fünf Jahre lang militärisch regierten Landschaften ein eigenes Parlament und ein eigenes Ministerium bekamen, und Louis Botha, der erste Ministerpräsident Transvaals unter englischem Szepter, versicherte England für diese Hochherzigkeit des ewigen Dankes seines Volkes, dessen unbesiegter

Digitized by Google

Heerführer gegen Englands Legionen er vor wenigen Jahren noch gewesen war. Als er im Mai 1907 zur Kolonialkonferenz nach London kam, verlieh ihm die City ihr Ehrenbürgerrecht: es schien nicht mehr unmöglich, daß die Rassen, welche einander zwei und ein halbes Jahr auf Tod und Leben bekämpft hatten, sich allmählich versöhnten. Der dem Afrikanderbond zugrunde liegende Gedanke der politischen Vereinigung Südafrikas erhielt jetzt neue Lebenskraft: am 12. Oktober 1908 trat eine „Nationalkonvention" aus 30 Abgeordneten der vier Kolonien Kapland, Natal, Oranje und Transvaal in Durban zusammen, um über die Sache zu beraten, und sie beschloß am 3. Februar 1909 die Errichtung eines südafrikanischen Einheitsstaats, in dem Englisch und Holländisch gleichberechtigt sein sollten, so daß die Beamten beider Sprachen mächtig sein müßten. Der Sitz der Regierung, an deren Spitze der kgl. Generalstatthalter steht, soll in Pretoria, der des Parlaments in Kapstadt sein. (Beide Städte sind 1500 km voneinander entfernt, und von einer zur andern braucht man eine Bahnfahrt von 48 Stunden.) Das Parlament besteht aus einem Senat von 40 Mitgliedern (von denen der König und jede Kolonie je 8 ernennen) und einem Abgeordnetenhaus, in das das Kapland 51, Transvaal 36, Oranje 17, Natal 17 Vertreter entsenden, und zwar nach dem Verhältniswahlrecht (Proporz). Die Farbigen in der Kapkolonie, die das Stimmrecht schon haben, behalten es; sonst sind nur Weiße aktiv und passiv wahlberechtigt; auch können nur sie Ämter bekleiden. Das Parlament des Einheitsstaats übt die ganze Gesetzgebung aus; in den vier Provinzen, wie die Kolonien nun heißen, bestehen Provinzialräte für rein provinzielle Angelegenheiten. In Dingen, die das Reichsinteresse berühren, hat der König ein Veto. Nachdem diese Verfassung vom englischen Parlament und allen vier kolonialen Parlamenten genehmigt war, erhielt sie die königliche Unterschrift, und am 1. Juni 1910 trat der neue Einheitsstaat ins Leben. Der erste kgl. Generalstatthalter war Lord Gladstone, der Sohn des großen Staatsmanns, der erste Ministerpräsident Louis Botha, der eine Mehrheit von 67 holländischen Abgeordneten (unter 121) für sich hatte. Sog. Unionisten (Engländer) waren 37 gewählt, „Unabhängige" 13, Arbeiter 4.

Digitized by Google

Die Gefahr, in welcher das britische Weltreich während des Kriegs eine Zeitlang geschwebt hatte, Südafrika und mit ihm sein ganzes Ansehen zu verlieren, auf der einen Seite, und das durch den Sieg geschwellte Nationalbewußtsein auf der andern reiften in Chamberlains gewaltiger Seele den längst ihm vorschwebenden Plan, den Imperialismus planmäßig auszubauen, indem der politische Zusammenschluß des Riesenreiches durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß gestützt werde. In einer Wählerversammlung zu Birmingham hat er am 16. Mai 1903 diese Gedanken mit der Absicht an die Öffentlichkeit gebracht, nunmehr rüstig an ihre Verwirklichung zu gehen. England sollte seinen Kolonien für ihr Korn und ihr Vieh eine Vorzugsbehandlung, die Kolonien ihm dieselbe für seine Industrieartikel einräumen; dies war aber nur möglich, wenn die Einfuhr anderer Staaten seitens Englands und der Kolonien mit einem Zoll belegt wurde, den sie sich gegenseitig erließen. Dies ist der Gedanke des Reichszollvereins, der für das britische Reich dieselbe Bedeutung haben würde, wie sie für Deutschlands Einheit der Zollverein von 1834 gehabt hat. Das Mutterland und die Kolonien hätten sich auch durch gemeinsame Tragung der Kosten für Heer und Flotte gegenseitig zu stützen. Kanada gewährte England 1897 Zollvergünstigungen und brach damit die Bahn, auf der Chamberlain weiter schritt. Da aber in England der Freihandel, die Ablehnung aller Zölle, vollends solcher auf Lebensmittel, zum nationalen Lehrsatz geworden war, so fand Chamberlain in der eigenen Partei Widerspruch, und die Parlaments-Wahl zu Anfang 1906, die den Liberalen 400, den Unionisten 158, den Arbeitern 29 und den Iren 83 Sitze brachte, machte die Verfolgung des kühnen Gedankens zunächst jedenfalls unmöglich; die liberale Mehrheit stand ihm gänzlich ablehnend gegenüber. Die sog. Reichskonferenz, zu welcher die Ministerpräsidenten der sieben Kolonien Kanada, Kapkolonie, Natal, Transvaal, Oranje, Australien und Neuseeland wiederholt in London unter Vorsitz des Staatssekretärs für die Kolonien zusammentraten, 1887, 1897, 1902, 1907 und 1911 (am 20. Mai) hat sich mit der Festigung der Bande zwischen Kolonien und Mutterland bis jetzt mehr in theoretischer als praktischer Weise beschäftigt. Die

Digitized by Google

konservativen Vorschläge, einen beständigen Reichsrat einzusetzen, die gemeinsame Verteidigung und deren Kosten zu regeln und über Gerichtswesen, Handel, Posten, Auswanderung, Naturalisation, metrisches System einheitliche Bestimmungen zu treffen, fanden bei den Liberalen wenig Geneigtheit, und seitens Kanadas und Australiens verwarfen im Mai 1907 die beiden Staatsmänner Sir Wilfrid Laurier und Deakin den Gedanken des Reichsrats als der Selbständigkeit der Kolonien abträglich mit aller Bestimmtheit. 1911 versetzte Kanada sogar dem Imperialismus einen wahren Nackenschlag, indem es mit den vereinigten Staaten von Amerika ein Abkommen über gegenseitige wirtschaftliche Meistbegünstigung abschloß, von dem sich viele Amerikaner den daraus folgenden politischen Anschluß Kanadas an die vereinigten Staaten versprachen, und der südafrikanische Staat wurde nur durch einen Druck von London aus abgehalten, zu beschließen, daß dem Mutterland keine Handelsvorteile mehr gewährt werden sollten, die nicht auch das Ausland erhalten könne. Auf der Konferenz von 1911 trat sogar die Abneigung der Kolonien offen hervor sich für alle Fälle zur Heeresfolge in den Kriegen Englands zu verpflichten und das Streben nach unbedingter handelspolitischer Selbständigkeit. Die Rechte des Königs über die Kolonien bestehen übrigens bis jetzt noch darin, daß er den Statthalter ernennt, über alle internationalen Beziehungen ein Protektorat ausübt, ein Vetorecht in betreff der Gesetzgebung und ein Aufsichtsrecht über die Truppen besitzt und die Kolonisten vor den geheimen Rat in London vorladen kann; dazu kommen die Ehrenrechte des Souveräns.

Neuntes Kapitel

Schweiz, Belgien, Niederlande, Portugal 1871–1911

Schweiz

Von den kleinen europäischen Staaten hat die Schweiz heute einen Flächeninhalt von 41 324 qkm und etwa 3 300 000 Einwohner, von denen etwa 68 % auf die Deutschen, 23 auf die

Digitized by Google

Franzosen, 8 auf die Italiener und 1 auf die Räto-Romanen entfallen. Die Zahl der Kantone ist 22, die der Freistaaten 25, da Basel-Stadt und Basel-Land, Appenzell-Außerrhoden und Appenzell-Innerrhoden, Unterwalden ob dem Wald und Unterwalden nid dem Wald selbständig sind. Die gemeinsamen Angelegenheiten besorgt der Bundesrat, dessen 7 Mitglieder von der sog. Bundesversammlung gewählt werden. Diese besteht aus dem Ständerat, in den jeder Kanton 2 Mitglieder entsendet, und dem Nationalrat, dessen 143 Mitglieder im Verhältnis zu der Volksziffer der Kantone in allgemeinen Wahlen gewählt werden. Der Gegensatz der Nationalitäten hat die Bildung eines Nationalgefühls nicht verhindert; doch sind die französischen Kantone im ganzen Gegner jeder Zentralisation, weil sie davon ein Übergewicht der Deutschen befürchten. Aus einem andern Grund stehen im gleichen Lager der Kantonshoheit, des Partikularismus, die katholischen Kantone, weil bei fast 60% Protestanten die katholische Minderheit vom Anwachsen der Zentralgewalt religiöse Beeinträchtigung befürchtet. Gleichwohl hat der Bund, der 1848 erstmals wesentliche Befugnisse bekam, sie mehrfach erweitert. 1874 wurde ihm die Gesetzgebung über das Handels-, Obligationen- und Wechselrecht und die Militärhoheit übertragen; weiter ward ein oberstes Bundesgericht geschaffen und die Zivilstandsregister (staatliche Beurkundung von Geburt, Tod und Ehe) eingeführt. 1886 erlangte der Bund das Monopol der Herstellung und des Verkaufs von Alkohol, 1897 die Oberaufsicht über die Forsten und das Gesetzgebungsrecht über das Lebensmittelwesen. 1898 wurde der Erwerb der Eisenbahnen durch den Bund genehmigt und die Rechtseinheit in Zivil- und Strafrecht im Grundsatz beschlossen. Ein auf Grund davon ausgearbeitetes und 1907 von dem National- und dem Ständerat angenommenes bürgerliches Gesetzbuch für die ganze Schweiz soll am 1. Januar 1912 in Kraft treten; ein einheitliches Strafrecht wird nachfolgen. Am 3. November 1907 hieß das Volk ein neues Militärgesetz gut, welches die Schlagfähigkeit des Milizheeres durch Vermehrung der Übungszeit der Rekruten von 60 auf 65 Tage erhöht; der Ansatz von 70 Tagen war nicht durchzubringen. Die Zuständigkeit in Gewerbesachen und die Aufsicht über die Ausnützung der Wasser-

Digitized by Google

kräfte erhielt der Bund am 5. Juli und 25. Oktober 1908 durch Volksbeschluß.

Neben diesen Fortschritten der Einheit steht eine Weiterentwicklung der demokratischen Einrichtungen. Schon 1863 nahm der Halbkanton Basel-Land, 1869 nahmen die Kantone Zürich und Bern und später noch andere das sog. Referendum an, d. h. die direkte Volksabstimmung über Gesetzesvorlagen; es ist für gewisse Fälle vorgeschrieben, für andere nur zugelassen („obligatorisch" oder „fakultativ"). Im Jahr 1874 fand das Referendum auch Eingang in die Bundesverfassung, und zwar in der Form, daß, wenn 8 von den 22 Kantonen oder wenn 30 000 Bürger es fordern, jedes von der Bundesversammlung genehmigte Gesetz noch der Volksabstimmung unterstellt werden muß. Nur wenn das Gesetz bis zu einer gewissen Frist in Wirksamkeit treten muß, vor deren Ablauf ein Referendum nicht mehr ausführbar ist, kann dies versagt werden. Da die Volksmasse stets gegen Erhöhung der Ausgaben ist, falls sie nicht ihr selbst direkt zugute kommen, so sind zahlreiche an sich wohltätige, von den zuständigen Körperschaften angenommene Gesetze noch hart vor dem Hafen an der Klippe des Referendums gescheitert. Im Jahr 1891 ward dem Volk auch die gesetzgeberische Initiative zugestanden; falls 50 000 Stimmen es befürworten, können Gesetze direkt ans Volk gebracht werden. Demokratische Erfolge sind auch die Trennung von Staat und Kirche in Genf (1907) und Basel-Stadt (1910); Neuchâtel lehnte die Trennung 1907 mit 15 000 gegen 8000 Stimmen ab.

Die materiellen Interessen in der Schweiz haben sich mächtig entwickelt: der Handel setzt jährlich über zwei Milliarden Franken um; die Industrie in Seide, Maschinenbau, Strohwaren, Uhren hat reichen Absatz auch nach außen; die Landwirtschaft hat für Vieh und Käse einen großen Markt; der Fremdenstrom bringt jährlich über 100 Mill. Franken ins Land. Die großen Gebirgsbahnen durch den St. Gotthard, durch den seit 1882 ein 15 km langer Tunnel führt, durch den Simplon (1906), die ins Engadin, ins Berner Oberland wurden alle in unserem Zeitraum erbaut. Die Gotthardbahn, die 1872—82 mit Unterstützung Deutschlands (20 Mil-

Digitized by Google

lionen Fr.) und Italiens (45 Millionen Fr.) erstellt wurde, ging am 1. Mai 1910 in den Besitz des Bundes über, der den beiden „Subventionsstaaten" ihr Anrecht auf die Dividendenanteile durch Herabsetzung der Tarife für die Bergfahrt und Zusicherung industrieller Beteiligung bei Einführung elektrischen Betriebs abkaufte. Durch einen Vertrag mit Frankreich wurde Ende 1910 der Bau von Zufahrtslinien zum Simplon ermöglicht.

Für die arbeitende Klasse wurde eine Reihe sozial gedachter Gesetze erlassen. 1877 ward der Höchstarbeitstag von 11 Stunden eingeführt, 1881 das Haftpflichtgesetz und 1890 die Versicherung gegen Krankheit und Unfälle — im Grundsatz — beschlossen; ein erster Entwurf einer solchen fand aber 1900 die Genehmigung des Volkes nicht. Bei den bestehenden demokratischen Einrichtungen und den sehr verbreiteten bürgerlich-radikalen Anschauungen fand die Sozialdemokratie lange weniger Anhang als in den monarchischen Staaten, obwohl sie stets hervorhob, daß die Republiken ebenso rückständig seien als die Monarchien. Neuerdings hat sie namentlich in Zürich unverkennbar erheblich Boden gewonnen, wurde aber durch den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gelegentlich auch wieder, so 1906, bei den Wahlen zurückgedrängt. Die von den Katholiken, den Konservativen und Sozialisten — als Minderheitsparteien — erstrebte, von der herrschenden freisinnigen Partei bekämpfte Einführung der Verhältniswahl für den Nationalrat wurde am 23. Oktober 1910 vom Volk mit 262 066 gegen 239 928 Stimmen verworfen, gewinnt aber an Boden.

Belgien

Dieses Land, 1555 spanisch, 1713 österreichisch, 1803 französisch, 1815 mit den Niederlanden vereinigt, war 1830 selbständig geworden; König wurde Leopold I. aus dem Haus Coburg (1831—65). Es umfaßt 29 455 qkm und zählt über 7 Millionen Einwohner. Von der Gefahr, die seiner Selbständigkeit seit Philipp dem Schönen (um 1300) von Frankreich her drohte, ward es 1871 durch den Sieg Deutschlands über Frankreich endgültig befreit. Die Folge war, daß das germanische Element der Flamen sich mehr

Digitized by Google

als bisher regte und den unwürdigen Zustand, vermöge dessen die größere Hälfte der Belgier sich die französische Sprache als einzige Amtssprache durch die wallonische Minderheit hatte aufzwingen lassen, abzuschütteln suchte. So wurde allmählich der Gebrauch der flämischen Sprache bei Gericht und im Unterricht der Staatsschulen durchgesetzt, 1886 eine kgl. Akademie für flämische Sprache und Literatur errichtet und 1892 den Offizieren die Erlernung beider Sprachen zur Pflicht gemacht. Die „freien" (Ordens)-Schulen aber widersetzten sich dem Eindringen der flämischen Sprache in ihren Betrieb lange mit Erfolg, da die seit 1884 klerikale Regierung auf dem Standpunkt stand, daß der Grundsatz von der Freiheit des Unterrichts jede Einmischung des Staats in das Getriebe der „freien" Schulen ausschließe. Am 21. April 1910 ging aber doch ein Gesetz in der zweiten Kammer durch, wonach in den Mittelschulen der vier flämischen Provinzen (im Norden des Landes) das Flämische Unterrichtssprache ist; die Ordensschulen haben sich danach zu richten; widrigenfalls werden ihnen die staatlichen Zuschüsse und das Recht öffentlich gültige Zeugnisse auszustellen entzogen. In der gemischten Provinz Brabant gelten beide Sprachen, in parallelen Kursen; in den welschen Provinzen ist das Französische Unterrichtssprache. Gekämpft wird noch um die Errichtung einer flämischen Universität in Gent.

Die beiden großen Parteien der Liberalen und Klerikalen lösten sich in gewissen Zwischenräumen je nach dem Ausfall der Wahlen im Besitz der Macht ab. Im Jahr 1878 erlitten die Klerikalen eine vernichtende Niederlage, „ein wahres Plewna", wie mir damals ein belgischer Geistlicher sagte, und das liberale Ministerium Frère-Orban setzte, gestützt auf eine Mehrheit von 18 Stimmen, am 1. Juli 1879 die konfessionslose Gemeindeschule durch; der Religionsunterricht durfte zwar vom Pfarrer im Schulhaus erteilt werden, aber außerhalb des Schulplans. 1881 wurden auch 50 konfessionslose Mädchenschulen gestiftet und eine Anzahl staatlicher Gymnasien (athénées royaux) errichtet; die diplomatischen Beziehungen zum Papst wurden abgebrochen. Weil aber die an Stelle der „freien" oder Ordensschulen gesetzten Gemeindeschulen 22 Millionen Fr. kosteten, wurde das liberale

Digitized by Google

Kabinett unbeliebt; die Wahlen vom Jahr 1884 verschafften den Klerikalen eine Mehrheit von 20 Stimmen, und das ultramontane Ministerium Malou brachte ein Gesetz durch, das den Gemeinden gestattete, die Ordensschulen als Gemeindeschulen im Sinn des Gesetzes von 1879 anzuerkennen, worauf die konfessionslosen Schulen größtenteils wieder eingingen. Die Gesandtschaft bei der Kurie ward 1885 wiederhergestellt. Seit 1884 ist das klerikale Regiment in Belgien am Ruder geblieben, wenn auch die Ziffer seiner Mehrheit in der Kammer Schwankungen unterworfen war. Der Grund der Dauer des klerikalen Regiments lag zum Teil darin, daß von den Liberalen sich eine radikale Richtung unter Janson ablöste, welche das allgemeine Stimmrecht anstrebte, und daß die Sozialdemokratie vor allem auf Kosten der Liberalen vielen Boden gewann; die Linke ward so gespalten. Die Regierung suchte, erschreckt durch die Arbeiteraufstände in Brüssel, Lüttich und Charleroi, durch soziale Maßnahmen wie Errichtung von Schiedsgerichten, Einführung der Staatsaufsicht über die Fabriken und Verbot des sog. Truckſystems (truck englisch = Tausch = Auszahlen der Löhne nicht in Geld, sondern in Waren) die Arbeiter zu gewinnen; aber zu durchgreifenden sozial gerechten Maßregeln, wozu vor allem die von König Leopold II. (1835, bezw. 1865—1909) zäh geforderte allgemeine Wehrpflicht für reich und arm gehört hätte, war die klerikale Bourgeoisie vorerst nicht zu bringen. 1893 wurde indes das allgemeine Wahlrecht mit der Maßgabe zugestanden, daß 1. die für 2000 Franken unbewegliches Eigentum besitzenden, 2. die verheirateten und 3. die akademisch gebildeten Staatsbürger ein doppeltes Stimmrecht haben sollten (Pluralsystem); die Zahl der Wählerstimmen stieg dadurch von 300 000 auf 1 200 000; ungefähr 500 000 waren einfache, 700 000 mehrfache Stimmen. Da die Landbevölkerung durch die erste Klausel (unbeweglicher Besitz) bevorzugt war, stützte dieses Wahlrecht vorerst noch die klerikale Herrschaft, und ein sozialdemokratischer Generalstreik, der gegen das Pluralsystem protestieren sollte, verlief im Sand. Die Liberalen und Sozialisten schlossen sich aber unter dem Druck der Lage 1906 gegen die Klerikalen zusammen: von diesen selbst zweigte sich eine energisch sozialreformerische Richtung als „christliche Demokraten"

Digitized by Google

unter dem Abbé Daëns ab; sie wurde freilich ebenso wie die entsprechende italienische Partei unter dem Priester Romolo Murri durch Pius X. kirchlich getadelt und verboten; die Einführung der 9stündigen Arbeitszeit in den Bergwerken 1909 ist aber größtenteils der Tätigkeit dieser Partei zuzuschreiben. Bei den Wahlen von 1904 ging die klerikale Mehrheit von 26 auf 20, 1906 auf 12, im Mai 1908 auf 8 herunter, und nun gelang es, am 18. November 1909 die allgemeine Wehrpflicht in der Kammer mit 100 gegen 61, im Senat am 14. Dezember mit 71 gegen 22 Stimmen durchzusetzen. König Leopold II. konnte noch seine Unterschrift unter das Gesetz schreiben, ehe er am 17. Dezember 1909 starb, nach einer Regierung von 44 Jahren: ein Mann von zäher Willenskraft und großer geschäftlicher Befähigung, aber cynisch, sittenlos und ein herzloser Vater seiner drei Töchter, denen er selbst ihr Erbteil zu entziehen suchte. Sein Nachfolger ward der Sohn seines Bruders, Albert (geb. 1875), der die Prinzessin Elisabeth von Bayern, Tochter des großen Augenarztes Herzogs Karl Theodor, zur Gemahlin hatte. Im Jahr 1910 sank die klerikale Mehrheit auf 4 Stimmen herab, und der Versuch, den „freien Schulen" völlig gleiche Staatsunterstützung wie den öffentlichen Schulen zu verschaffen, führte am Juni 1911 zum Rücktritt des klerikalen Ministeriums Schollaert.

Daß König Leopold II. in Afrika den Kongostaat gründete und Belgien die Anwartschaft auf diesen Staat bei seinem Tode sicherte, ist schon oben S. 199 ff. auseinandergesetzt worden. 1907 traten die belgische und die Kongoregierung bei dem hohen Alter des Königs in Verhandlungen über die eventuelle Ausführung dieser Zusicherung ein; da der König aber den wertvollsten Teil des Kongostaats, die Krondomänen, nicht an den belgischen Staat übergeben, sondern sie sich, bezw. seiner Familie vorbehalten wollte, so stieß die Angelegenheit im belgischen Parlament auf große Schwierigkeiten. Schließlich vereinbarte der König mit dem Ministerium Schollaert am 5. März 1908 einen Vertrag, nach dem der ganze Staat samt allen Domänen an den belgischen Staat übergehen und dem König bloß ein Grundbesitz von 40000 Hektaren bei Majumba mit großen Kaffee- und Kakaopflanzungen verbleiben

Digitized by Google

sollte; außerdem wurde dem Thronfolger Prinzen Albert, des Königs Neffen, ein Jahrgeld von 120 000 Fr., des Königs Tochter Clementine ein solches von 75 000 Fr. zugestanden. Die Besitzungen des Königs an der Riviera, 15 Millionen Fr. wert, sollten nach seinem Tod an Belgien fallen. Dieser Vertrag wurde am 20. August mit 83 gegen 55 Stimmen in der Kammer, dann auch im Senat gutgeheißen. Ein besonderes Kolonialgesetz, nach welchem der Minister für den Kongostaat vom König ohne Mitwirkung des Parlaments ernannt werden und eine selbständige Stellung haben sollte, ging am gleichen Tag mit 90 gegen 48 Stimmen durch. Mit Recht sagte ein Brüsseler Blatt, daß der 20. August 1908, welcher Belgien den großen Kolonialmächten einreihte, der wichtigste Tag in der Geschichte des Landes seit seiner Unabhängigkeitserklärung am 4. Oktober 1830 sei.

Niederlande

Die Einführung der konfessionslosen Volksschule im Jahre 1857 hat auch im Königreich der Niederlande, welche 33 078 qkm umfassen und gegen 6 Millionen Einwohner haben, tiefe Wirkungen gehabt; die Katholiken, welche ein starkes Drittel der Bevölkerung ausmachten, sagten nun den Liberalen gänzlich ab, und unter den Protestanten bildete sich eine „antirevolutionäre" Partei, deren Führer der hochbegabte, charakter- und prinzipienfeste Pfarrer Abraham Kuyper (geb. 1838) wurde. Die protestantischen „Antirevolutionäre" und die von dem Priester Schaepman trefflich geführten Katholiken schlossen sich — ein seltenes Beispiel — zu politischer Bundesgenossenschaft auf der Basis völliger religiöser Freiheit zusammen und besiegten die Liberalen dreimal im März 1888, im Juli 1901 und im Juli 1909. Im Jahr 1901 trat Kuyper an die Spitze eines konservativen Kabinetts, mit der ausgesprochenen Absicht, „dem Christentum wieder den ihm gebührenden Einfluß auf das Volksleben zu sichern". Im März 1904 wurde ein Gesetz von der zweiten Kammer angenommen, das den „freien" Universitäten der Konfessionen dieselbe Rechte verlieh wie den staatlichen und ihnen staatliche Zuschüsse zusicherte: da die konfessionell Gesinnten an

Digitized by Google

den Staatslasten voll mitzahlten, also auch an den Kosten der Staatsuniversitäten, so, folgerte Kuyper, sei es auch nur billig, daß der Staat auch die konfessionellen Anstalten unterstütze. Die noch liberale erste Kammer, deren 39 Mitglieder von den Provinzialständen aus den Höchstbesteuerten gewählt werden, lehnte das Gesetz ab; Neuwahlen schufen aber Mai 1905 auch in der ersten Kammer eine konservative Mehrheit, so daß das Gesetz nun durchging. Die Kammerwahlen vom 16. Juni 1905 offenbarten freilich einen gewissen Umschlag der Stimmung; gewählt wurden 52 Liberale und Sozialisten und 48 Konservative beider Konfessionen, so daß Kuyper dem liberalen Kabinett Demeester Platz machen mußte. Dieses aber stand auf so schwachen Füßen, daß Ende 1907 wieder eine Krisis eintrat und am 11. Februar 1908 das konservative Kabinett Heemskerk berufen wurde, dem die Wahlen vom 11. Juni eine Mehrheit von 60 gegen 40 Stimmen verschafften (25 Ultramontane, 23 Antirevolutionäre, 12 Christlich-historische, 33 Liberale, 7 Sozialdemokraten). Die Wahlen zur ersten Kammer ergaben 1910 32 von der Rechten und nur 18 Liberale.

Die sozialistische Bewegung ist auch in den Niederlanden kräftig geworden; gegen ihre Ausschreitungen ist aber ein entschiedener Widerstand des Bürgertums hervorgetreten. Im Jahr 1889 wurde ein Gesetz gegen die übermäßige Inanspruchnahme der Frauen- und Kinderarbeit erlassen, 1892 die ansteigende Vermögens- und Einkommenssteuer eingeführt und 1896 das allgemeine Wahlrecht mit der Beschränkung angenommen, daß die Wähler 25 Jahre alt sein und irgend eine, wenn auch noch so kleine, direkte Steuer zahlen müssen. Im Februar 1903 traten die Eisenbahnbediensteten in den Ausstand, weil die Bahnverwaltung auch nicht-organisierte (nicht den sozialdemokratischen Vereinen angehörige) Arbeiter beschäftigte, und sie erzwangen zunächst deren Ausschluß und das ungeheuerliche Versprechen, daß Waren solcher Gesellschaften, welche von der Arbeiterorganisation geboykottet seien, auf der Eisenbahn nicht befördert werden sollten. Nun brachte aber Kuyper drei sog. Streikgesetze ein, nach denen 1. eine militärische Eisenbahnbrigade als letztes Mittel gegen Mattsetzung der Eisenbahn gebildet, 2. der Schutz der Arbeitswilligen („Streikbrecher") gegen Gewalttat gewährleistet

Digitized by Google

und 3. durch eine kgl. Kommission die gerechten Beschwerden der Arbeiter festgestellt werden sollten. Am 9. April 1903 nahm die zweite Kammer diese Vorlage mit 81 gegen 14 Stimmen an, und der zu ihrer Verhinderung am gleichen Tag in dem ganzen Land verkündigte Generalstreik brach, weil er vor allem die Arbeiter selbst hart traf, alsbald kläglich in sich zusammen.

In Niederländisch-Indien hatte die Kolonialregierung von 1873—79 und wieder 1894 ff. eine Reihe schwerer Kämpfe mit dem mohammedanischen Sultan Ibrahim Mansur von Atschin (53 000 qkm) auf Sumatra (443 000 qkm, $3^1/_2$ Millionen Seelen) auszufechten, der, seit England 1871 gegen Abtrennung Holländisch-Guineas die alleinige Hoheit der Niederlande über die Insel anerkannt hatte, zum Gehorsam und zum Verzicht auf die Seeräuberei gezwungen werden sollte. Schließlich nahmen die Holländer die Hauptfeste des Sultans, den Kraton, mit stürmender Hand und setzten einen Statthalter ein; aber die Ruhe ist heute noch nicht vollkommen hergestellt. 1894—95 wurde der Sultan der Insel Lombok (5400 qkm) ebenso wie der von Atschin entthront und 1906 der Radschah von Bali (11 000 qkm) überwältigt, worauf er sich mit seinen Frauen den Tod gab, um nicht in die Gefangenschaft der verhaßten Weißen zu geraten.

Seit am 21. Juni 1884 der älteste Sohn König Wilhelm III., der Kronprinz Alexander, kinderlos gestorben war, stand der Mannsstamm des Hauses Oranien nur noch auf zwei Augen. Deshalb ward 1888 ein Thronfolgegesetz erlassen, nach dem im Fall des Ablebens Wilhelms III. seine und der Prinzessin Emma von Waldeck Tochter Wilhelmine (geb 31. August 1880) das Reich erben sollte. Wilhelm III. starb am 23. November 1890. Während nun im Großherzogtum Luxemburg, wo Frauen nicht regierungsfähig waren, der 1866 seines Landes verlustig gegangene Herzog Adolf von Nassau (1817—1902) als Haupt der walramischen und Erbe der ottonischen Linie des Hauses Nassau die Regierung überkam, ward in den Niederlanden an Stelle der 10jährigen Königin ihre Mutter Emma Regentin. Am 31. August 1898 volljährig geworden, trat die junge Königin, von ihrem Volk als Erbin eines einzig teuren Namens mit

Digitized by Google

Jubel begrüßt, ihr hohes Amt an, für das sie Pflichteifer und fürstliches Selbstgefühl mitbrachte. Am 7. Februar 1901 heiratete sie den Herzog Heinrich von Mecklenburg (geb. 1876), der den Titel eines Prinzen der Niederlande erhielt; nach wiederholten Fehlgeburten gab die Königin am 30. April 1909 einer Tochter Juliane das Leben, die als künftige Königin und Stammhalterin des mit der niederländischen Nation aufs engste verwachsenen Hauses Oraniens vom Volk mit unbeschreiblichem Jubel begrüßt wurde. Großherzog Adolf von Luxemburg starb im Jahr 1902 und hinterließ den Thron seinem Sohn Wilhelm (geb. 1852), der bei dem Mangel eines Sohnes 1907 eine Familiensatzung erließ, nach der seine und der Prinzessin Maria Anna von Braganza älteste Tochter Maria nach seinem Ableben Thron und Hausfideikommiß erben sollte; die Konfession der künftigen Großherzogin ist die katholische. Die luxemburgische Kammer gab trotz der Einsprache des aus einer morganatischen Ehe stammenden Neffen Großherzog Adolfs, des Grafen von Merenberg, der Familiensatzung am 6. Juli mit 41 gegen 7 Stimmen ihre Zustimmung. Da der Großherzog infolge eines Schlaganfalls geistig und körperlich regierungsunfähig wurde, so übernahm seine Gemahlin kraft Landesgesetzes am 13. November 1908 die Regentschaft.

Spanien

Von Spanien ist S. 95—103 die Rede gewesen und wird weiter unten noch die Rede sein.

Portugal

In Portugal hatte, worauf wir hier zurückgreifen müssen, im Mai 1826 nach dem Tode Johanns VI. dessen zur Thronfolge berechtigter Sohn Pedro, da er Kaiser von Brasilien (Pedro I. 1822 bis 1831), war, auf sein Recht zugunsten seiner Tochter Maria da Gloria verzichtet (1819—53).*) Dagegen erhob sich sofort

*) Der Sohn Pedros I., Kaiser Pedro II. (1831—89) von Brasilien, ein tüchtiger und durch Gelehrsamkeit ausgezeichneter Mann, wurde 1889

Digitized by Google

im Namen des salischen Gesetzes, das Frauen vom Thron ausschließt, sein jüngerer Bruder Dom Miguel (1802—66) sprich Migehl). Er hielt die absolutistischen Grundsätze bis zum Fanatismus hoch, wurde aber in einem mehrjährigen Kriege 1832—34 von Pedro, der in Brasilien zugunsten seines Sohnes abgedankt hatte und seiner Tochter zu Hilfe gekommen war, zu Wasser und zu Lande überwältigt und, um so mehr als England, Frankreich und Spanien sich für die Rechtmäßigkeit der Ansprüche Marias aussprachen, als widergesetzlicher Thronanwärter verfolgt. 1834 ward er zur Kapitulation von Evora gezwungen, in der er auf den Thron Verzicht leistete. Er heiratete 1851 die Prinzessin Adelheid von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und starb 1866 auf Schloß Bronnbach bei Wertheim. Eine seiner Töchter ist die soeben erwähnte Gemahlin des Großherzogs Wilhelm von Luxemburg, eine andere die Gemahlin des berühmten Augenarztes Herzogs Karl Theodor von Bayern (S. 426). Mit Miguel war der Mannsstamm des Hauses Braganza vom Thron verdrängt; Maria heiratete 1836 den Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg-Kohary von der katholischen Linie der Koburger. Dieses kleine Haus, das schon 1831 in Belgien (durch Leopold I.) zur Krone gelangt war, erlangte nunmehr binnen weniger Jahre Aussicht auf zwei weitere Throne (1840 Heirat Alberts von Koburg-Gotha mit Viktoria von England). Die Verfassung Portugals, welche auch Frauen ausdrücklich für thronfähig erklärt, wurde 1826 und durch die „Zusatzartikel" von 1852 liberal gestaltet. Das aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehende Parlament durfte jährlich am 2. Januar kraft eigenen Rechts zusammentreten, und der König war verpflichtet, seine Be-

---

durch eine Militärerhebung gestürzt, und an Stelle der Monarchie wurden die „vereinigten Staaten von Brasilien", ein republikanischer Bundesstaat, errichtet. Das Land hat sich seitdem blühend entwickelt, woran die stattlichen deutschen Kolonien (Blumenau in dem Staat Santa Katharina und Porto Alegre im Staat Rio Grande do Sul) großen Anteil hatten. Auch die andern südamerikanischen Staaten, mit Ausnahme etwa von Venezuela, haben sich neuerdings aus den fortwährenden inneren Wirren und Bürgerkriegen herausgearbeitet; besonders Argentinien hat durch seine natürlichen Reichtümer eine große Zukunft.

Digitized by Google

schlüsse binnen Monatsfrist anzunehmen oder abzulehnen. Religiöse Duldung aber ward nur in beschränktestem Maß gewährt; auf jeder Ausbreitung nicht katholischer Lehren stand Gefängnisstrafe. Marias Sohn Pedro (Peter) V., der Schwiegersohn des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern, regierte 1853—61. Ihm folgte sein Bruder Ludwig 1861—89, vermählt mit Maria Pia von Savoyen, der Tochter Victor Emanuels II. Er führte ein weises Regiment, war aber nicht imstande, die zerrütteten Finanzen des Landes herzustellen und die Ausbreitung der republikanischen Gesinnung zu hindern. Maßgebend waren die zwei Parteien der regeneradores (Konservativen) unter Ribeiro und der Progressisten (Fortschrittler) unter Graf de Castro, welche sich im Besitz der Macht ablösten. Ludwigs Sohn Karl I. (geb. 1863, König 1889—1908; vermählt mit Amalie von Orleans), ein Mann von unbehilflichem Körperumfang, aber klug und tatkräftig, fand dieselben Schwierigkeiten vor wie sein Vater, setzte aber 1889 die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht durch, die ein Heer von 230 000 Mann aufzustellen erlaubte, und schuf eine kleine Flotte von 5 geschützten Kreuzern. Er mußte 1891 gegenüber den Drohungen Englands, mit dem Portugal seit 1703 in enger Freundschaft stand, das aber den Schützling knapp hielt, das Land südlich vom Nyassasee und an dessen Ausfluß, dem Schire, abtreten (S. 397). 1892 mußte der Staatsbankerott erklärt werden, da der Staat nur ein Drittel der Zinsen bezahlen konnte; die Herabsetzung der Beamtengehälter und die Kürzung der königlichen Zivilliste um ein Fünftel reichten zur Deckung der Ausgaben nicht hin. 1902 wurden durch eine Abkunft mit den Staatsgläubigern drei Vertreter derselben in die Verwaltung der Staatseinkünfte aufgenommen. Da die überwiegende Masse der Wähler weder lesen noch schreiben konnte und von politischen Dingen keinen Begriff hatte, wurde 1896 das aktive Wahlrecht auf die beschränkt, die lesen und schreiben konnten und etwas über 2 Mark Steuer bezahlten; das passive Wahlrecht hatten nur noch Grundbesitzer von 1600 Mark Einkommen. Bei der Unfruchtbarkeit des herkömmlichen Parteigetriebes, die auch durch diese Wahlreform nicht gehoben ward, bildete sich allmählich eine dritte Partei, die Liberal-Konserva-

Digitized by Google

tiven, unter der Führung von Johann Franco, dem Karl I. sein Vertrauen zuwandte und der als Ministerpräsident 1906 das Gesetz über die Reform der Rechenschaftsablage der Staatsverwaltung durchsetzte und der zügellosen republikanischen Preßhetze mit scharfen Strafbestimmungen entgegentrat. Weil die Cortes ihm 1907 den Staatshaushalt nicht bewilligten, löste er sie am 11. Mai auf und regierte zunächst ohne sie weiter, entschlossen, „mit oder ohne Cortes das Wohl des Landes wahrzunehmen“ und den Beamten bessere Besoldungen, den Arbeitern Altersgeld, der Industrie Schutzzölle, dem Weinbau staatliche Hilfe zu verschaffen. Erst auf den 5. April 1908 wurden Neuwahlen anberaumt. Die Antwort der Gegner des neuen Kurses ließ nicht lange auf sich warten: am 1. Februar 1908 wurden der König und der 20 Jahre alte Kronprinz Ludwig Philipp in Lissabon bei einer Wagenfahrt von einigen mit Karabinern bewaffneten Verschworenen von republikanischer Richtung erschossen. Der Thron ging auf den zweiten Sohn Karls I., Manuel II., über (geb. 1889), der Franco entließ, ein Ministerium „des monarchischen Zusammenschlusses“ aus allen drei monarchischen Parteien bildete und die Cortes wahlen am 5. April vornehmen ließ. Dabei wurden 62 Konservative, 59 Fortschrittler und 17 „Unabhängige“ gewählt; Republikaner drangen nur 5 durch, eine bei 155 Abgeordneten ganz verschwindende Zahl. Allein dieses Ergebnis war nur dem Druck der Regierung und der augenblicklichen Entrüstung über den Königsmord zu verdanken; bei der Jugend des Königs, der Schwachheit der Regierung und den vielfachen Mißbräuchen bei Hof, wo die Großmutter des Königs durch Verschwendung, die Mutter durch Bigotterie Anstoß gab, fiel das Königtum immer mehr in Mißachtung, und am 4. Oktober 1910 empörte sich, von den Republikanern aufgereizt, die Flotte, das 5. und 16. Regiment zu Fuß und das 1. Jägerbataillon. Die königstreuen Offiziere wurden niedergemacht, der Königspalast Necessidades beschossen, und der König Manuel, des Worts der byzantinischen Kaiserin Theodora uneingedenk: „das schönste Grabmal ist ein Herrscherthron“, allerdings auch von dem Ministerium Teixeira de Souza so gut wie verraten, entfloh mit der ganzen königlichen Familie kampflos nach Gibraltar, von wo

Digitized by Google

er nach England übersiedelte. Eine vorläufige republikanische Regierung unter dem Historiker Braga wies sofort alle Mönche und Nonnen aus Portugal aus, verkündigte die Trennung von Staat und Kirche und erklärte die Pairskammer für abgeschafft. Nach sehr langer autokratischer Herrschaft dieser Regierung, die mit allerlei Gegnerschaft zu kämpfen hatte, sie aber rücksichtslos unterdrückte, wurden am 28. Mai endlich die Wahlen zur Nationalversammlung vorgenommen, und da die Regierung nur republikanische Kandidaten zugelassen hatte, so wurden nur Republikaner gewählt. Die Versammlung erklärte die Monarchie für abgeschafft und das Haus Koburg-Braganza des Landes verwiesen.

Zehntes Kapitel

Die ostasiatischen Wirren 1894—1901 · Auftreten der vereinigten Staaten

Im Ostasien traten von den Europäern zuerst die Portugiesen auf, die unter Vasco da Gama 1498 den Seeweg nach Ostindien entdeckten und später Macao in China zu ihrem Stützpunkt machten; dann die Spanier, welche sich 1569 auf den (1521 von Magalhaes gefundenen) Philippinen festsetzten; weiterhin die Holländer, die auf Java, Sumatra, Borneo, Celebes und den Molukken ein großes Kolonialreich von 2045648 qkm und fast 38 Millionen Einwohnern gründeten und 1619 Batavia als dessen Hauptstadt auf Java anlegten; endlich die Engländer, die 1840—42 in dem sog. „Opiumkrieg" die Chinesen besiegten, sie zwangen die Opiumeinfuhr trotz ihrer Verderblichkeit auch ferner ihnen zu gestatten, ihnen die Insel Hongkong vor Kanton zu überlassen und die Häfen Amoy, Futscheufu, Kanton, Ningpo und Schanghai dem europäischen Handel zu eröffnen.

Das entscheidende Ereignis im Osten aber war der Umschwung, der sich 1868 in Japan vollzog. Der rechtmäßige Herrscher über das Reich, der Inhaber der geistlichen und weltlichen Macht und der einzige Grundeigentümer des ganzen Landes

Digitized by Google

war der Tenno (in Europa fälſchlich Mikado genannt), dem göttliche Abſtammung zugeſchrieben wurde. Er wurde ſchon im 9. Jahrhundert der tatſächlichen Macht beraubt, indem eine Lehensariſtokratie aufkam und der Kronfeldherr oder Shogun (Taikun) eine Hausmeierſtellung gewann; doch verblieben dem Mikado göttliche Ehren, und alle Befehle ergingen in ſeinem Namen. Im Jahr 1582 gewann der ruhmreiche Krieger Hidejoſchi das Shogunat, beſiegte Chineſen und Koreaner und handhabte Recht und Ordnung im Innern mit ſtarker Hand. Nach ſeinem Tode (1596) brachte Jejaſu († 1616) das Shogunat an ſein Haus, die Tokugawa, welche dieſe Würde bis 1867 inne hatten. Jejaſu und ſeine Nachfolger brachen die Macht der 276 großen Lehensträger, der Daimios, die in ihren Gebieten förmliche Landesherren waren, und zwangen ſie, ihre Familien als Geiſeln nach Yeddo zu bringen. Dort reſidierte der Shogun, während der Mikado auf ſeinen Palaſt in Kioto beſchränkt war. Unter den Daimios ſtand die Klaſſe der Samurai, der kleinen Vaſallen, der Ritter, mit deren Aufgebot Krieg geführt und Fehden ausgefochten wurden; ihre Zahl ward auf 500000 geſchätzt. Allmählich gewann die Lehensariſtokratie wieder größeren Einfluß und drängte die Macht der Shogune zurück. Gegen die Fremden verhielten ſich die Japaner ſeit dem Aufkommen der Tokugawa ablehnend; das Chriſtentum, das von Jeſuiten gepredigt worden war, wurde ſeit 1596 durch blutige Verfolgungen ausgerottet und 1606 förmlich verboten; auch auswärtiger Handel beſtand weſentlich nur mit den Holländern. Seit aber im Jahr 1854 ein amerikaniſches Geſchwader unter dem Commodore Perry den Shogun genötigt hatte, die Häfen Hakodate und Shimoda auf der Inſel Jeſſo für den amerikaniſchen Handel zu öffnen, war die Abſperrung Japans gegen die Fremden durchbrochen, und der Umſtand, daß der Shogun, um nicht die Verantwortung allein zu tragen, die Zuſtimmung des Tenno eingeholt hatte, bedeutete einen Umſchwung in der inneren Politik. Der geſcheite Teil des Volkes ſah trotz aller Abneigung gegen die Fremden ein, daß Japan, wenn es nicht der Spielball der Weißen werden wollte, 1. ſich ihre überlegenen Kulturmittel aneignen müſſe, und daß 2. eine einheitliche Regierung unter Wegfall des bisherigen Dualismus

Digitized by Google

und 3. die Abschaffung der kastenmäßigen Absonderung der Volksklassen nötig sei, um die gebundenen Kräfte zu befreien. Infolge davon entstand 1867 eine Bewegung, welche von dem Shogun Hitotsbaschi verlangte, daß er seine Würde niederlege und den Tenno Mutsuhito (geb. 1852) als alleinigen Herrn anerkenne; die Monarchie sollte Führerin und Bahnbrecherin zu den erforderlichen Reformen sein. Der Shogun, ohne festen Willen und innerlich selbst von der Bewegung erfaßt, unterwarf sich der Forderung; sein Anhang wurde, 30000 Krieger stark, 1868 bei Kioto geschlagen. Damit war die monarchische Gewalt im vollen Umfang hergestellt und zugleich den Reformen der Weg geebnet. Mutsuhito verlegte seine Residenz von Kioto nach Yeddo, das nun Tokyo (östliche Hauptstadt) genannt wurde. 1871 wurden alle Großlehen vom Kaiser eingezogen und den Daimios und Samurai nur ein Zehntel ihrer bisherigen Einkünfte belassen; der denkbar schärfste Bruch mit der feudalen Vergangenheit Japans war vollzogen. Dann wurde die Gleichheit aller Japaner vor dem Gesetz ausgesprochen, also die Handwerker, Kaufleute, Industriellen und Bauern erstmals in der japanischen Geschichte den Kriegern gleichgestellt. 1872 wurde die allgemeine Wehrpflicht (statt der Beschränkung des Kriegsdienstes auf die feudalen Stände der Groß- und Kleinvasallen) eingeführt und nach preußischem Muster die aktive Dienstzeit auf drei Jahre festgesetzt. Der preußische General Meckel wurde Lehrmeister des neuen Offizierkorps, und der russische Krieg 1904—05 sollte die Gediegenheit seiner Schule bewähren. Der gregorianische Kalender, den Rußland heute noch nicht hat, ward amtlich verkündet, die Impfung aller Kinder befohlen, europäische Uniformen angenommen und der Bau der Eisenbahnen so rasch gefördert, daß um 1890 schon 4700 Kilometer im Betrieb waren. Die Universität in Tokyo zog europäische Gelehrte heran, für Medizin den Württemberger Bälz und den Darmstädter Scriba; viele Japaner besuchten europäische, besonders deutsche Bildungsanstalten. Die Zahl der Schulen nahm so zu, daß die Masse des Volkes lesen und schreiben lernte und fast jedermann seine Zeitung las. Das Christentum, im 17. Jahrhundert mit Feuer und Schwert ausgerottet, faßte wieder Wurzel im Lande; der Grundsatz völliger Gewissensfreiheit

Digitized by Google

und der gleichen Haltung des Staats gegenüber allen Religionen ward durchgeführt. Neben der Shintoreligion, deren Wesen Ahnenkult ist und zu der sich das Kaiserhaus bekennt, hat der Buddhismus zahlreiche Anhänger. Im Jahr 1889 erhielt Japan am 11. Februar auch eine Verfassung; nach preußischem Vorbild trat neben das Abgeordnetenhaus von 381 Mitgliedern, welche durch direkte und allgemeine Wahl der Steuerzahler gewählt werden, ein Herrenhaus, dem die kaiserlichen Prinzen, die hohen Adeligen und gewählte Vertreter des übrigen Adels angehören. Beide Häuser haben das Recht über Gesetzesvorlagen zu beraten und abzustimmen und bei der Feststellung des Staatshaushalts mitzuwirken; dem Kaiser ist aber das Recht vorbehalten, die Organisation des Heeres und seine Friedensstärke nach seinem Ermessen festzusetzen. Das erste japanische Parlament ist am 25. November 1890 eröffnet worden; provinziale Einflüsse üben in ihm einen starken Einfluß aus.

Da nun die japanische Bevölkerung in rascher Zunahme begriffen war, so mußte eine einsichtige Regierung darauf bedacht sein, Japan einen vorherrschenden Einfluß über die benachbarten Teile des ostasiatischen Festlandes zu sichern und seinem Gewerbefleiß wie seiner Auswanderung dorthin ein offenes Tor zu erhalten. Hierbei kam zunächst das Königreich Korea in Betracht, das auf 218000 qkm eine Bevölkerung von gegen 10 Millionen Seelen zählte. Die Koreaner waren nicht ohne geistige Fähigkeiten, wie ihnen denn die Erfindung des ersten Panzerschiffs und der ersten Hängebrücke zugeschrieben wird und sie Papier, Papierwaren, Seide-, Baumwollen- und Porzellanartikel mit Kunst verfertigen; im 17. Jahrhundert sind sie in diesen Dingen sogar die Lehrmeister Japans gewesen; Engländer, die lange unter ihnen wohnten, haben sie lieb gewonnen. Im ganzen neigen sie aber trotz körperlicher Kraft zur Trägheit und müssen aufgerüttelt werden, wenn sie ihre Kräfte entfalten sollen; „in einem fruchtbaren Lande sterben sie aus Faulheit Hungers". Über die Halbinsel erhob der Kaiser von China ähnliche Suzeränitätsansprüche wie über Tibet, Birma und Annam, ließ aber gleichwohl zunächst ohne Einsprache zu, daß der König von Korea Yi Höng (er herrschte 1864—1907) am 26. Februar 1876 mit den Japanern einen Vertrag abschloß, durch den er als

Digitized by Google

unabhängiger Herrscher anerkannt wurde und der den Japanern drei Häfen seines Landes öffnete. Als der Vertrag aber ausgeführt werden sollte, erinnerte sich China plötzlich seiner Rechte, setzte chinesische Zollbeamte in die Häfen und legte 1884 eine chinesische Truppenabteilung nach der Hauptstadt Söul, welche bald mit der Schutzwache des japanischen Gesandten die Schwerter kreuzte. 1894 entwickelte sich daraus ein förmlicher Krieg zwischen China und Japan, infolgedessen der japanische General Yamagata rasch zugreifend sich Koreas bemächtigte. Am 15. September schlug er das chinesische Landheer an dem Grenzfluß Yalu in die Flucht, und zwei Tage später erlitt an der Mündung desselben Flusses auch die chinesische Flotte eine völlige Niederlage. Zu Ende des Jahres 1894 nahmen die Japaner die chinesische Festung Port Arthur auf der Halbinsel Liaotong mit Sturm, und am 30. Januar eroberte der Marschall Graf Oyama den Port Arthur gegenüberliegenden Hafen Weihaiwei. Die chinesische Flotte hatte sich nach der vor Weihaiwei gelegenen Insel Linkungtao zurückgezogen; sie wurde hier von der japanischen aufgesucht, und am 14. Februar 1895 mußte sie sich, neun große Schiffe stark, ergeben; der Admiral Ting wählte, ehe er in diese Schmach willigte, freiwilligen Tod. Als nun das japanische Landheer am 4. März abermals einen großen Erfolg hatte, indem es die Stadt Niutschwang samt deren Hafen Yingkau besetzte, war der Stolz Chinas gebrochen, und der junge Kaiser Kuang-Hsü (geb. 2. August 1872, regierte 1875—1908) der von seiner tatkräftigen Muhme, der Kaiserin Witwe Tsuh-Hsi (geb. 1835) als seiner gesetzlichen Mitregentin geleitet wurde, befahl dem mächtigen Vizekönig Lihungtschang (1821—1901, den man wegen seiner auf Reformen gerichteten Tatkraft wohl den „Bismarck des Ostens“ genannt hat) Friedensverhandlungen einzuleiten, um zu verhüten, daß die bisher so verachteten Japaner gegen Peking selbst vorrückten. Lihungtschang begab sich nach der Stadt Shimonoseki auf der japanischen Hauptinsel Hondo und vereinbarte hier am 17. April 1895 einen Frieden, der am 8. Mai von beiden Kaisern bestätigt wurde und kraft dessen 1. Korea ein unabhängiger Staat sein, 2. die (35 000 qkm große, über 3 Millionen Einwohner zählende) Insel Formosa an

Digitized by Google

Japan fallen, 3. Port Arthur nebſt der Halbinſel Liaotong „auf eine Reihe von Jahren“ japaniſche Beſatzung erhalten und 4. China 200 Millionen Taëls (nach damaligem Wert des Taël etwa eine Milliarde Mark) Kriegsentſchädigung an Japan zahlen ſollte.

Dieſer Friede war ein Zeichen des völligen Sieges Japans über ſeinen ſo viel größeren, aber unbehilflichen und zur Gegenwehr nicht recht fähigen Nachbar; er drohte Japans Einfluß über China übergewaltig zu machen. Dadurch fühlte ſich vor allem Rußland bedroht, das zwar in Wladiwoſtock einen Hafen am ſtillen Ozean beſaß, aber einen, der das halbe Jahr zugefroren und dann unbrauchbar iſt; es hatte deshalb ſeit langem auf das ſtets eisfreie Port Arthur ſein begehrliches Auge gerichtet und nur Englands wegen noch nicht zuzugreifen gewagt. Sollte es jetzt vor Japan, dieſem kecken Emporkömmling, ohne weiteres zurückweichen? Das wollte Rußland um ſo weniger, als es den Rieſenplan der ſibiriſchen Eiſenbahn gefaßt hatte, welche Petersburg und Moskau direkt mit Oſtaſien verknüpfen ſollte. „Ich habe für die Japaner viel Sympathie, ſagte Zar Nikolaus am 11. September 1895 zum Reichskanzler Hohenlohe in Peterhof; was ich auf meiner Reiſe in ihrem Lande geſehen habe, hat mir einen großen Eindruck gemacht. Ich war betroffen von der großen Ordnung, welche dort herrſcht, von der Tätigkeit und Geſcheitheit des Volks. Aber ſie wollten zu weit gehen.“ An Rußland ſchloß ſich Frankreich an, einmal wegen ſeiner oſtaſiatiſchen Intereſſen, dann weil es als Schutzherr der katholiſchen Miſſionen in Aſien jede Veränderung, die zu ungunſten des chriſtlichen Elements wirken konnte, verhüten zu ſollen glaubte; endlich, um ſeine enge Verbindung mit Rußland zu betätigen. Zu allgemeinem Erſtaunen trat beiden Mächten, zu denen es in Europa in einem unbeſtreitbaren Gegenſatz ſtand, auch Deutſchland bei, vielleicht gerade um die europäiſche Spannung durch den „oſtaſiatiſchen Dreibund“ zu erleichtern, dann aber auch, weil die ſehr beträchtlichen deutſchen Handelsintereſſen in China durch Japans Übermacht daſelbſt bedroht ſchienen. Die „deutſche Rundſchau“ vom Mai 1895 wollte ſogar wiſſen, daß Deutſchland ſchon im März in Tokyo gewarnt habe, man möge den Bogen nicht überſpannen. Drohend verſammelten ſich die Flotten der drei Großmächte im

Digitized by Google

chinesischen Hafen Tschifu, und zähneknirschend mußte Japan, das dieser Machtentfaltung nicht gewachsen war, am 4. Mai 1895 zugestehen, daß Port Arthur und Liaotong gegen 30 Millionen Taëls an China bedingungslos zurückerstattet wurden. Damit gab Japan den Schlüssel zum Meer von Petschili wieder aus der Hand und verzichtete auf den unmittelbaren Zugang zu Peking. Die Hälfte seiner Erfolge, und das die wertvollere Hälfte, war ihm entwunden.

Gleichwohl ließ sich nicht verkennen, daß Japan durch den schneidig und glücklich geführten Krieg seine Überlegenheit über China und seine Kraft glänzend an den Tag gelegt hatte; dadurch aber wurden die in Ostasien interessierten Mächte veranlaßt sich dort ihren Einfluß zu sichern. Deutschland, als eine handelspolitisch in Ostasien beständig mehr Boden gewinnende, aber noch jedes Stützpunktes dort entbehrende Macht, war der erste Staat, der zugreifen mußte. Die Ermordung zweier katholischer Missionare von deutscher Herkunft, Nies und Henle, in der Provinz Schantung gab ungesucht den erwünschten Anlaß, durch das ostasiatische Kreuzergeschwader unter Admiral Diederichs am 14. November 1897 den Hafen von Kiautschou besetzen zu lassen; am 5. Januar 1898 konnte der Reichsanzeiger mitteilen, daß der Kaiser von China eingewilligt habe, dieses etwa 400 qkm große Gebiet samt allen Hoheitsrechten auf „vorläufig 99 Jahre“ an das deutsche Reich zu verpachten. Die Stadt Tsingtau blühte unter deutscher Verwaltung bald außerordentlich auf, und die Schantungeisenbahn, welche durch deutsche Ingenieure erbaut und am 26. Februar 1904 bis Tsinanfu in einer Länge von 300 Kilometern (= der Strecke von Berlin bis Gotha) eröffnet wurde, erschloß eine an Naturschätzen reiche chinesische Provinz dem Welthandel. Dem deutschen Beispiel folgten — ohne Zweifel nach vorheriger Verabredung — die Russen, indem sie im Dezember 1897 Port Arthur besetzten und am 24. März 1898 es samt Talienwan auf 25 Jahre „pachteten“. Am 4. April 1898 „pachtete“ England das Port Arthur gegenüberliegende Weihaiwei, und schließlich tat Frankreich am 22. April 1898 das gleiche mit der Hainan gegenüber gelegenen Bucht von Kuangtschouwan. Daß alle diese Pachtverträge in der Tat Besitzrechte begründeten und niemand voraussetzte, daß die Pach-

Digitized by Google

tenden jemals wieder freiwillig sich zurückziehen würden, liegt auf der Hand; das Wort Pacht ward nur gewählt, um die Empfindlichkeit der Chinesen, aus deren Haut sich alle Welt Riemen schnitt, zu schonen. Der deutsche Kaiser sandte am 16. Dezember 1897 seinen Bruder Heinrich mit den Panzerkreuzern Deutschland und Gefion nach Ostasien, um dem Auftreten der Deutschen mehr Nachdruck zu geben; „Reichsgewalt", sagte er damals, „bedeutet Seegewalt; sollte irgend einer uns an unserem guten Recht kränken wollen, so fahre drein mit gepanzerter Faust!" Der Prinz antwortete: „mich lockt nicht Ruhm noch Lorbeer; mich zieht nur eines, das Evangelium Ew. Majestät geheiligte Person im Ausland zu schützen." Am 22. Mai 1898 wurde der Prinz feierlich vom Kaiser Kuang-Hsü in Peking empfangen.

In diesem Augenblick erschien eine neue Großmacht auf der Bildfläche: die vereinigten Staaten von Nordamerika gaben ihre rein amerikanische Politik auf und griffen erstmals auf die östliche Halbkugel über. Werfen wir zunächst einen Blick auf ihre Entwicklung.

Die „vereinigten Staaten von Nordamerika" sind aus den 13 Kolonien erwachsen, welche von 1606, wo Jakob I. der Londoner „Virginia-Plymouth-Gesellschaft" einen Freibrief ausstellte, bis 1732 von den Engländern an der Küste des atlantischen Ozeans angelegt wurden und unter der selbstlosen und zielbewußten Führung Georg Washingtons in einem achtjährigen Kriege von 1775—83 mit Hilfe Frankreichs und Spaniens ihre Unabhängigkeit erkämpften. Ursprünglich von dem 1900 Kilometer langen und über 2000 Meter hohen, kohlen- und metallreichen Gebirgszug der Alleghanies begrenzt, erlangten sie im Frieden von Versailles 1783 von England den Mississippi als Westgrenze. Nach langen Beratungen und Kämpfen trat im Jahr 1789 die Bundesverfassung ins Leben, welche an die Spitze der sog. „Union" einen durch indirekte Volkswahl jeweils im November auf vier Jahre gewählten (und wieder wählbaren) Präsidenten stellte, der im März sein Amt antritt. Er übt die vollziehende Gewalt aus, befehligt Heer und Flotte, hat bei Gesetzen ein beschränktes Veto und ernennt mit Zustimmung des Staats die oberen Beamten, die Gesandten und Konsuln und

Digitized by Google

schließt Verträge ab. Stirbt der Präsident, so tritt der mit ihm gleichzeitig gewählte Vizepräsident bis zum Ablauf der Amtszeit des Präsidenten an seine Stelle, was 1865, 1881 und 1901 eingetreten ist. Die gesetzgebende Gewalt und das Recht der Kriegserklärung steht dem Kongreß zu, der aus dem Senat und dem Repräsentantenhaus besteht; Steuergesetze dürfen nur vom Repräsentantenhaus ausgehen. Im Senat ist jeder der 48*) Staaten durch zwei auf sechs Jahre gewählte Senatoren vertreten; das Haus der Repräsentanten setzt sich aus 391 nach allgemeinem Stimmrecht auf je zwei Jahr gewählte Mitglieder zusammen. Wahlberechtigt ist jeder 21 Jahre alte männliche Staatsbürger. Im Jahr 1803 kauften die vereinigten Staaten um 15 Millionen Dollars von Frankreich Louisiana, wie man damals das ungeheure Gebiet nannte, das zwischen dem Mississippi und dem bis zu 4400 Meter (auf britischem Gebiet bis zu 5000 Meter) ansteigenden, an heißen Quellen und Mineralien aller Art überreichen Felsengebirge (Rocky Mountains) sich ausdehnte. Infolge des natürlichen Wachstums der Bevölkerung und der seit 1815 beständig sich steigernden Einwanderung aus allen Teilen Europas schoben sich die vereinigten Staaten allmählich auch über das Felsengebirge bis zum stillen Ozean vor; 1818 und 1846 regelten Verträge mit England die Rechtsverhältnisse in diesen Gebieten. Die britisch-amerikanische Grenze läuft seit 1846 längs des 49. Grads nördlicher Breite und erreicht bei der britischen Vancouver-Insel (etwa so groß wie Pommern) den Ozean. 1819 verkaufte Spanien die ihm gehörige und 1763 schon einmal abgetretene Halbinsel Florida um 5 Millionen Dollars an die Union; damit war die letzte Spur fremder Herrschaft innerhalb des Bereichs der vereinigten Staaten verschwunden. 1836 riß sich Texas von Mexiko los und trat 1845 der Union bei. 1848 mußte Mexiko nach einem unglücklichen Kriege Neumexiko, Ober-

*) Diese Zahl ward im Juni 1910 dadurch erreicht, daß die zwei „Territorien" von Arizona und Neumexiko unter die „Staaten" aufgenommen wurden, nachdem ihre Volksziffer die Zahl 200 000 überschritten hatte. Nunmehr gibt es noch zwei Territorien: Alaska und Hawaii.

Digitized by Google

kalifornien, Arizona, Utah und Kanada an die Union abtreten. Ein großer Gegensatz unter den Staaten (wie die Kolonien seit 1783 hießen) tat sich dadurch auf, daß die südlichen Staaten von Maryland und Virginien an bis zum mexikanischen Golf zum Land- und besonders zum Baumwollenbau der Negerarbeit bedurften und deshalb zahlreiche Sklaven hielten, während die nördlichen Staaten auf der Grundlage der freien Arbeit sich entwickelten („Freibodenstaaten"). Die Frage, ob die Sklaverei noch länger geduldet werden dürfe, ward immer brennender; während die Partei der „Republikaner" sie verneinte, ward sie von den „Demokraten" bejaht, und um ein unliebsames Eingreifen der Bundesgewalt abzuschneiden, waren die Demokraten gegen den Zentralismus und für das föderative Prinzip, für die trotz des Bundes fortdauernde Souveränität der Einzelstaaten, wogegen die Republikaner den Vorrang der Bundesgewalt und Bundesgesetzgebung vor den Rechten der Staaten verfochten. Aus den Demokraten gingen von 1801—61 in einer nur 1841 kurz unterbrochenen Reihenfolge die Präsidenten der Union hervor, und dementsprechend hatte auch die etwa 80 000 Köpfe starke Baumwollenaristokratie des Südens das Heft in der Hand. Aber die republikanische Partei mit ihren „abolitionistischen", auf Abschaffung der Sklaverei gerichteten, Bestrebungen, gewann allmählich doch an Boden; die Schrift „Onkel Toms Hütte" von Frau Harriet Beecher-Stowe trug 1852 den Abscheu gegen die Sklaverei in alle Welt, und wie immer erzeugte die lange Herrschaft einer Partei allerlei politische und sittliche Verderbnis. Im November 1860 ward nach heißem Kampf der republikanische Präsidentschaftskandidat Abraham Lincoln (1809—65) gewählt, und Maßregeln des Bundes gegen die Sklaverei standen nunmehr zu erwarten. Um ihnen zu entgehen, traten die elf Sklavenstaaten Süd- und Nordkarolina, Mississippi, Florida, Alabama, Louisiana, Texas, Georgia, Arkansas, Tennessee und Virginia unter Anrufung ihrer trotz der Bundesverfassung nach ihrer Ansicht fortbestehenden Souveränität im Dezember 1860 und im Januar 1861 aus der Union und gründeten am 4. Februar 1861 zu Montgomery in Alabama unter dem Präsidenten Jefferson Davis die selbständigen „konföderierten Staaten von Amerika". Sie wurden erst nach vier-

Digitized by Google

jährigem verzweifeltem, lange siegreichem Widerstand (sog. Sezessionskrieg) durch die Niederwerfung des großen Heerführers Lee und die Einnahme von Richmond durch General Grant überwältigt (April 1865). Wenn man bedenkt, daß in den 11 Südstaaten nur 8 Millionen Weiße (gegen 4 Millionen Neger) wohnten, in den 23 Nordstaaten aber gegen 20 Millionen Weiße, so kann man den zähen Mut und die Ausdauer ermessen, mit welcher die weiße Bevölkerung des Südens sich gegen die Gleichstellung mit dem verachteten „Nigger" wehrte. Im Augenblick des Sieges ward der wackere Lincoln das Opfer eines fanatischen Mörders Booth aus dem südstaatlichen Lager (14. April 1865). Die Sklaverei ward jetzt im ganzen Gebiet der Union abgeschafft und den Negern politische Gleichberechtigung mit den Weißen gewährt. Die militärisch nunmehr wehrlosen Südstaaten wurden durch den härtesten Druck gezwungen, diese Neuerung anzunehmen. Der Gegensatz der Rassen ist freilich nicht überwunden worden; die weiße Bevölkerung sah auf die Schwarzen nach wie vor mit Verachtung herab, verweigerte ihnen die soziale Gleichstellung und entzog ihnen später unter allerlei Vorwänden auch wieder die politischen Rechte. Erbarmungslose Lynch- oder Volksjustiz gegen Neger, welchen Verbrechen gegen Weiße, namentlich weiße Frauen vorgeworfen werden, ist heute noch an der Tagesordnung. Die Präsidentschaft ging 1869 und nochmals 1873 an General Grant über, unter dem die republikanische Partei einer solchen Verderbnis anheimfiel und eine dermaßen rücksichtslose und selbstsüchtige Herrschaft ausübte, daß die Nation sich allmählich wieder den Demokraten zuwandte und (nachdem 1881 der treffliche Präsident Garfield ermordet war) 1884 der ehrenwerte Demokrat Grover Cleveland zum Präsidenten (1885—89) gewählt wurde. Nachdem 1889 wieder die Republikaner unter Harrison (1889—93) gesiegt hatten, drang Cleveland bei der Wahl von 1892 nochmals durch (1893—97). Von da an verblieb den Republikanern der Sieg (1896 und 1900 Mac Kinley, beidemal gegen Bryan, 1904 Roosevelt gegen Parker, 1909 Taft gegen Bryan). Das Land nahm einen ungeheuren Aufschwung. Trotz der aus allen Weltteilen oft sehr stark hereinflutenden Einwanderung fast aller Völker und Rassen bildete sich doch eine Nation mit aus-

Digitized by Google

geprägter Eigenart: kühn, unternehmend, zäh, im wesentlichen auf das Praktische gerichtet. Die vereinigten Staaten wurden zum Fleisch- und Kornlieferanten für das sich immer mehr industriell umgestaltende Europa; die Weizenerzeugung, 1850 nur 592 Millionen Bushels (zu 35 Liter), war 1906 auf 2927 Millionen gestiegen; die Baumwollerzeugung wuchs in derselben Zeit von $2^1/_3$ Millionen Ballen (zu 200 Pfund) auf fast 14 Millionen und betrug fast $^9/_{10}$ der gesamten Erzeugung der Erde. Die Einwohnerzahl, noch 1860 kaum 32 Millionen, betrug 1890 schon 63, 1900 76 und 1910 etwa 94 Millionen Seelen. Neben der Landwirtschaft entfaltete sich auch eine mächtige Industrie, welche die lange brach gelegenen Kohlen- und Metallschätze der beiden oben genannten großen Gebirge ausbeutete und selbst den früher ganz landwirtschaftlichen Süden ergriff. Schon 1900 schlug man die Zahl der in der Industrie beschäftigten Erwerbstätigen auf fast 25 % des ganzen Volkes an (gegen 36 % arbeiteten in der Landwirtschaft, 19 % im Handel); die Summe der in Fabriken und Bergwerken angelegten Kapitalien ward damals auf 54 Milliarden geschätzt. Das Schulwesen entwickelte sich in großartigem Maßstab; die Universitäten, durch reiche Schenkungen seitens hochherziger Privatleute gewaltig gefördert, bildeten sich mehr und mehr nach deutschem Vorbild um, und selbst die reinen Wissenschaften, die nicht praktisch verwertbar sind, fanden in den letzten Jahren an diesen Universitäten rührige Pflege. Neben diesen günstigen Momenten wies das Volksleben aber auch tiefe Schatten auf: die ungezügelte Jagd nach dem Dollar (wobei die Losung des römischen Kaisers Vespasian galt, der eine Abtrittssteuer als sehr ergiebig einrichtete und lächelnd sagte: „Das Geld stinkt nicht"); die rein auf das Nützliche gerichtete Weltanschauung der Mehrzahl („Amerikanismus"); der rücksichtslose Parteigeist, welcher die Deutschamerikaner so anwiderte, daß sie, seit 1870 ihrer Nationalität trotz des amerikanischen Patriotismus sich mit Stolz bewußt, unter Führung des trefflichen Karl Schurz (1829—1906) eine dritte Partei zwischen den Republikanern und Demokraten bildeten und derjenigen Partei zum Sieg verhalfen, von welcher sie am wenigsten Verderbnis erwarteten; endlich die Bildung großer, äußerst kapitalmächtiger wirtschaftlicher

Digitized by Google

Verbände (Kartelle, Syndikate, Trusts), welche schließlich 81% des in der Industrie arbeitenden Kapitals umfaßten, namentlich die Artikel Stahl und Erdöl in einer Hand vereinigten und sie zugunsten ihrer Aktionäre rücksichtslos verteuerten. Im August 1907 verurteilte das Bundesgericht zu Chicago die Standard Oil Company wegen ungesetzlicher Monopolisierung des Erdöls und dadurch erfolgter Unterbindung des Handels zwischen den einzelnen Staaten zu 29 Millionen Dollars Strafe; diese riesige Gesellschaft, von deren Aktien der „Ölkönig" Rockefeller allein 27% besaß, hatte damals bei 56 Millionen Dollars Kapital eine Jahreseinnahme von 81 Millionen und verteilte 40% Dividende. Sie erlangte zunächst die Umstoßung des Urteils durch das Berufungsgericht, wurde aber schließlich am 15. Mai 1911 vom obersten Bundesgericht für direkt ungesetzlich erklärt und mußte sich binnen sechs Monaten auflösen. Auch die Eisenbahnen gerieten immer mehr in die Hände weniger großer Gesellschaften, welche ebenso von rücksichtsloser Profitwut geleitet wurden. Die vereinigten Staaten wurden so das gelobte Land der Millionäre und Milliardäre; von irgend welcher sozialer Gesetzgebung, mit der die deutschen Monarchien vorangegangen waren, war in dieser Republik keine Rede. Schließlich spitzte sich der Gegensatz der großen Parteien, welche sich längere Zeit vor allem in der Frage der Doppelwährung bekämpft hatten, (deren Vorkämpfer der Demokrat Bryan) an diesem Punkte zu, indem die Republikaner als „Partei des Geldsacks" für die Trusts eintraten (welche nach ihrer eigenen scheinheiligen Behauptung die Preise vernünftig regulierten und so verderblichen Schwankungen nach beiden Seiten vorbeugten); die Demokraten aber schrieben die gesetzliche Beschränkung der Trusts im Interesse der Volksmassen auf ihre Fahne. Der Präsident Roosevelt erhob sich, obwohl Republikaner, gegen die Gesellschaften, konnte aber nichts ausrichten. Die Trusts benutzten ihre kolossalen Geldmittel zur skrupellosen Beeinflussung der Wahlen im republikanischen Sinn; so erlangten sie beim Kongreß 1890 den von Mac Kinley besonders befürworteten hochschutzzöllnerischen Tarif, welcher den europäischen Wettbewerb fast ganz unterdrückte und (nach bedeutender Milderung unter Cleveland 1894) 1897 durch Dingley noch eine Verschärfung erfuhr. Freilich

Digitized by Google

riefen die Trusts bei denjenigen Schichten des Volkes, welchen sie das Leben verteuerten, großen Mißmut hervor, und bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom November 1910 erlitten die Republikaner, unter deren Herrschaft die Trusts so ins Kraut geschossen waren, eine schwere Niederlage; sie verloren selbst ihre Hochburgen New-Jersey, Connecticut und Massachusetts und erhielten nur 177 Sitze, die Demokraten 212 (dazu erstmals zwei Sozialdemokraten). Wirtschaftliche Habgier der Amerikaner war es auch, was dazu führte, daß die an Kokospalmen, Zuckerrohr und Pfeffer überaus reichen Sandwichinseln (16 700 qkm, 154 000 Einwohner) am 16. Juni 1897 als „Territorium Hawaii" der Union einverleibt wurden; sie sollten auch eine Stütze der amerikanischen Herrschaft im stillen Ozean bilden. Aus Habgier warfen die Yankees auch ein Auge auf die spanischen Kolonien in Ostasien und Westindien: hiermit lenken wir zu unserem Ausgangspunkt (S. 441) zurück.

Die Spanier, denen von Columbus' Entdeckungsfahrten her 1492 bis 1810 der größte Teil von Mittel- und Südamerika gehörte, besaßen seit dem Abfall ihrer amerikanischen Kolonien dort noch die Inseln Kuba (119 000 qkm, etwa so groß als Süddeutschland ohne Elsaß-Lothringen, mit 2 000 000 Einwohnern) und Puerto Rico (9300 qkm mit fast 1 Million Einwohner). Die Insel Kuba war aber längst mit dem spanischen Regiment unzufrieden, das der Insel harte Auflagen aufbürdete und ihre Bewohner unter politischer Bevormundung hielt; von 1868 bis 1878 wütete ein Aufstand, der endlich dahin führte, daß der Insel diejenige Selbständigkeit der Gemeinde- und Provinzialverwaltung eingeräumt wurde, die in Spanien selbst bestand; seit 1881 saßen auch 30 kubanische Abgeordnete und 14 Senatoren in den spanischen Cortes. Die Sklaverei wurde 1888 abgeschafft. Da aber der Steuerdruck zugunsten des Mutterlandes und die Willkür der Beamten fortdauerten, so empörte sich die Insel abermals 1895, und trotz der Hinüberwerfung eines Heeres von 200 000 Mann und barbarischer Strenge des Oberbefehlshabers General Weyler gelang es nicht, den Aufruhr zu dämpfen; die Insulaner erklärten lieber sterben als auf ihre Unabhängigkeit und Selbstregierung verzichten zu wollen. Das Angebot des liberalen

Digitized by Google

Ministeriums Sagasta (Oktober 1897), Kuba ein eigenes Parlament und ein eigenes Ministerium zu gewähren, ohne daß die Vertretung der Insel in den Cortes aufhören sollte, kam zu spät. Infolge des Krieges geriet die öffentliche Meinung in den vereinigten Staaten in Gärung, wo man seit der Erklärung des Präsidenten Monroe 1823, daß die vereinigten Staaten einer Ausdehnung europäischer Herrschaft über Amerika nicht ruhig zusehen könnten, mehr und mehr jede europäische Herrschaft in Amerika mit scheelen Augen sah und sich immer mehr in den Schlachtruf: Amerika den Amerikanern! eingelebt hatte. Zweifellos ist, daß auch materielle Interessen, obschon verdeckt, hereinspielten; die kapitalkräftigen und unternehmungslustigen Amerikaner wollten die Hand auf das an Zucker, Tabak und Kaffee sehr ergiebige Eiland legen und seine Schätze ausbeuten. So ward der Präsident Mac Kinley dahin gedrängt, daß er den Spaniern am 23. April 1898 das Ultimatum stellte, entweder Kuba freizugeben oder des Krieges gewärtig zu sein. Natürlich lehnte die spanische Regierung das erste entrüstet ab, und so kam es zum Krieg, der sowohl in Ostasien als auf Kuba geführt wurde. Dort schlug der amerikanische Admiral Dewey an der Spitze einer modern ausgerüsteten Flotte von acht Panzerschiffen die aus zehn veralteten Fahrzeugen („schwimmenden Särgen") bestehende spanische Flotte am 1. Mai vor Manila bei Cavite gänzlich, zerstörte sie und besetzte die Philippinen (296 000 qkm, 7—8 Millionen Seelen.)*) Hier landeten die Amerikaner im Osten der Insel ein Heer von 20 000 Mann unter General Shafter vor Santiago, vernichteten unter ähnlichen Umständen wie bei Cavite die spanische Westflotte unter Admiral Cervera, als er sich aus dem belagerten Hafen von Santiago retten wollte, am 3. Juli und zwangen am 14. Juli die Stadt samt der noch 23 000 Mann starken Besatzung zur Über-

*) Die damalige Anwesenheit der deutschen Flotte unter Admiral Diederichs in Manila reizte die Amerikaner sehr, weil sie vermuteten, daß es dabei auf eine Einmischung abgesehen sei, und der amtliche Besuch, den Prinz Heinrich im Februar und März 1902 den vereinigten Staaten abstattete, sollte zur Zerstreuung dieser Verstimmung dienen.

Digitized by Google

gabe. Damit war die Widerstandskraft der Spanier erschöpft; im Pariser Frieden vom 10. Dezember traten sie die Philippinen, die Suluinseln, Guam, Kuba und Puerto Rico an die vereinigten Staaten ab. Im Jahr 1899 verkauften sie auch die Karolinen, Marianen und Palauinseln an die Deutschen (S. 205), um nicht wegen dieser verhältnismäßig unbedeutenden und für sie jetzt wertlosen Inselgruppen eine Kolonialverwaltung unterhalten zu müssen; von ihrem ganzen einst riesigen Kolonialreich sind ihnen nur die „Presidios" in Nordmarokko (Ceuta, Melilla), die kanarischen Inseln (7300 qkm) mit der gegenüberliegenden afrikanischen Küste, die Inseln Fernando Po (2000 qkm) und Annobom (17 qkm) vor Kamerun und die Küste zwischen Kamerun und dem französischen Kongo verblieben. Die Amerikaner aber hatten, als sie nun die Absicht bezeugten die Philippinen nicht freizugeben, sondern sie zu behalten, mit einem Aufstand der eingeborenen Bevölkerung zu kämpfen, der Tagalen, die von dem in Europa gebildeten Arzt Aguinaldo geführt wurden. Die Tagalen waren schon gegen die spanische Mönchswirtschaft unter die Waffen getreten und wollten nicht bloß die Herren wechseln, sondern frei sein. Der Aufstand ward durch Aguinaldos Gefangennahme im März 1901 im wesentlichen gedämpft; die Amerikaner wurden aber trotz großer Summen, welche sie in die Inseln steckten, des neuen Erwerbes nicht froh, zu dessen Ausnutzung es bei der Trägheit der Tagalen an brauchbaren Arbeitskräften fehlte; das heiße Klima lähmt alle Tatkraft. Im August 1907 wurde etwa 600 000 Philippinos das Recht eingeräumt eine Versammlung zu wählen, deren Beschlüsse aber der Bestätigung durch die vereinigten Staaten unterlagen; wählbar war nur, wer Englisch oder Spanisch in Rede und Schrift beherrschte und Grundbesitz hatte. An den Wahlen beteiligten sich nur etwa 60 000 Männer. Während Puerto Rico unter einen vom Präsidenten der vereinigten Staaten ernannten Statthalter gestellt wurde, der mit einer Kammer von 35 Abgeordneten sich zu verständigen hat, erhielt die Insel Kuba am 28. Februar 1901 innere Selbständigkeit und eine republikanische Verfassung mit einem Präsidenten, sechs Staatssekretären, einem Senat und einem Abgeordnetenhaus. In auswärtigen Dingen und hinsichtlich der

Digitized by Google

Staatsschulden ward die Republik der Aufsicht der vereinigten Staaten unterstellt, denen im Fall innerer Wirren auch das Recht einzuschreiten vorbehalten blieb; auch bestehen enge handelspolitische Beziehungen (Vorzugszölle). Palma, der Vorkämpfer gegen Spanien, ward zum Präsidenten des neuen Freistaats gewählt. Sofort begannen aber auch auf Kuba, wie überall in den Kreolenrepubliken, leidenschaftliche Parteikämpfe, infolge deren der Nachfolger des im September 1901 von einem italienischen Anarchisten ermordeten Mac Kinley, der kraftvolle Präsident Theodor Roosevelt (geb. 1858, neu gewählt 1904), 1906 den Kriegsminister Taft mit Truppen nach Havanna sandte und einstweilen diesem die Regierung der Insel übertrug. Zu Anfang 1909 konnte die amerikanische Besatzung zurückgezogen werden, und der im November 1908 gegen Palma gewählte liberale Präsident Gomez trat sein Amt an. Roosevelt gewann in den vereinigten Staaten eine Stellung, wie sie nicht viele seiner Vorgänger inne hatten; er wies der Nation die Wege zur Weltmacht, indem er nachdrücklich für den Bau einer großen Flotte sich einsetzte. Der Marinehaushalt der vereinigten Staaten, 1907 noch 405 Millionen Mark erfordernd, wuchs 1908 auf 490 Millionen, und wenn das Repräsentantenhaus auch im April 1908 den Bau von vier großen Schlachtschiffen verwarf, so willigte es doch in einen Flottenplan, nach dem bis 1917 jährlich zwei solcher Schiffe erbaut werden sollten. Durch die Niederlage seiner Partei im November 1910 wurde Roosevelt, der 1910 auf der Heimkehr von einer Reise nach dem Sudan in Europa, auch in Berlin, wie ein Fürst empfangen worden war, vorübergehend in den Hintergrund gedrängt.

Die erwähnten Ereignisse in ihrer Gesamtheit bedeuteten nicht mehr und nicht weniger, als daß in der Zeit von 1894 an bis 1898 so ziemlich alle an der Weltpolitik seit langem oder erst neuerdings interessierten Mächte sich den ostasiatischen Dingen mit ganzer Aufmerksamkeit zuwandten. Während bis dahin vor allem England, in zweiter Linie Rußland und Frankreich sich dort betätigt hatten, legten nunmehr alle großen weißen Nationen (selbst Italien machte einen Versuch) sozusagen Beschlag auf den „äußersten Osten". Das empörte die Japaner, welche sofort nach dem Frieden von

Digitized by Google

Shimonoseki mit allem Eifer, wenn auch in wohl berechneter Stille, daran gingen ihre Land- und Seemacht bis zu einer Stärke auszubauen, welche ihnen künftig ein Zurückweichen vor den Weißen ersparen sollte. Für die Stimmung in Japan ist bezeichnend, daß am 18. März 1895 das japanische Herrenhaus, also eine aus hochstehenden und überlegten Männern bestehende Versammlung, den Beschluß faßte, die Regierung des Kaisers zu ersuchen, daß den Soldaten, welche 1868 elf französische Matrosen ermordet hatten und dafür hingerichtet worden waren, ein Ehrendenkmal gesetzt werde. Im Gefühl, daß der Übermacht der Weißen gegenüber die Zusammengehörigkeit der gelben Rasse betont und den Massen zum Bewußtsein gebracht werden müsse, wurde 1899 in Tokyo der „ostasiatische Kulturbund" gestiftet, über den eine chinesische Zeitung in Tientsin, der Hafenstadt Pekings, sich also vernehmen ließ: „China, Japan und Korea sind aufeinander angewiesen wie Zähne und Lippen und sollten sich gegenseitig helfen wie Karren und Deichselstütze (welche den ausgespannten Karren in wagerechter Lage erhält). Wenn sie sich nicht jetzt zusammentun, so werden sie in nicht ferner Zeit die Sklaven anderer sein." Die Zwecke des Bundes waren 1. die Erhaltung mindestens des jetzigen Zustandes in Ostasien, also Abwehr weiterer europäischer Ausdehnung; 2. Hebung des gesamten Bildungsstandes der ostasiatischen Bevölkerung und Förderung aller Talente; 3. Stärkung der nationalen Kräfte. Den Vorsitz des Bundes übernahm der japanische Prinz Konoye; der Sitz war in Tokyo, Zweigvereine in Peking, Hankau, Schanghai, Futschou, Kanton, Söul. Der Umstand, daß alle Ostasiaten eine gemeinsame Schriftsprache haben, förderte die Arbeit des Bundes mächtig.

Obwohl in China der alte Hochmut gegen die „gleißnerischen Däumlinge des Ostens", die Japaner, und die frische Erbitterung über deren Sieg dem Kulturbund im Wege standen, so war doch auch hier das Volksempfinden durch das verstärkte Eindringen der Fremden seit 1897 tief erregt. Das führte zur Stiftung eines geheimen Vereins „der starken Faust", von den Engländern Boxer genannt, der sich die Vernichtung der chinesischen Christen und die Vertreibung der fremden Eindringlinge vom chinesischen Boden zum

Digitized by Google

Ziele setzte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Kaiserin-Witwe Tsuh-Hsi (= gütiger Segen) und eine große Anzahl Prinzen, vor allem Prinz Tuan, diese fremdenfeindliche Bewegung im geheimen förderten; Tuan galt sogar als ihr eigentlicher Organisator. Ein erstes Zeichen der nationalen Reaktion war es, daß am 22. September 1898 der gescheite und strebsame Kaiser Kuang-Hsü, der nach Erlangung der Volljährigkeit (4. März 1889) China durch Annahme der westlichen Kultur nach japanischem Vorgang, durch Errichtung von Universitäten, Verbesserung der Landwirtschaft, Förderung der Eisenbahnen, Patentschutz u. a., reformieren und kräftigen wollte, durch eine von der Kaiserin Tsuh-Hsi geleitete Palastrevolution gezwungen wurde, „wegen seiner geschwächten Gesundheit" die Kaiserin Tsuh-Hsi als Mitregentin anzunehmen. Er mußte dann aus der Zahl der etwa 6000 ebenbürtigen Prinzen in der Person des Sohnes Tuans, des erst 9jährigen Prinzen Pu-Tsuan, sich seinen etwaigen Nachfolger wählen, wodurch es leichter wurde ihn nötigenfalls selbst abzuschütteln: er war damit gewarnt auf der eingeschlagenen Bahn nicht weiter zu gehen, wenn ihm Thron und Leben lieb war. Die geplanten Reformen gelangten nicht zur Ausführung; der Lehrer des Kaisers, der durchaus modern denkende Kantoner Gelehrte Khang Yuwei, auf dessen Kopf Tsuh-Hsi einen Preis von 400000 Mark setzte, rettete sich, von seinem Zögling gewarnt, in letzter Stunde durch Flucht ins Ausland. Im Frühjahr 1900 schlugen dann die Boxer gegen die einheimischen Christen los und metzelten deren etwa 30000 nieder, wobei denn auch gegen 300 Europäer (118 Engländer, 79 Amerikaner, 26 Franzosen, 21 Belgier und Holländer, 10 Italiener, einige Schweizer, Schweden, Norweger und Deutsche) getötet wurden, zum Teile unter furchtbaren Martern. Die Boxer redeten dem Volk ein, daß durch die von den Fremden erbauten Eisenbahnen die Ruhe der Friedhöfe, wo die von den Chinesen hochverehrten Ahnen ruhen, in frevlerischer Weise gestört und durch die Nägel zur Befestigung der Schienen der Rücken der heiligen Drachen verletzt werde, welche unter dem Boden hausen und die Städte beschützen. Es wurde deutlich, daß, wenn es auf die Stimmung der chinesischen Massen ankam, China die Fremden unter Anwendung von Feuer und Schwert ausstieß und die un-

Digitized by Google

geheuren mineralischen Schätze, welche sein jungfräulicher Schoß seit Jahrtausenden ungenützt bewahrt, die riesigen Kohlenlager an der Mündung des gelben Flusses, die von Setschuan und Hunan, das Petroleum, das Kupfer, das Gold und Silber derselben Provinzen, auch ferner unerschlossen bleiben würden. Den fremden Gesandten entging der Ernst der Lage nicht; sie forderten Ende Mai 1900 das auswärtige Amt (Tsungli Yamen) auf, die kaiserliche Regierung zur Unterdrückung der Boxersekte zu mahnen. Statt dessen wurden die Gesandten in ihren Häusern belagert, und nur die rechtzeitige Ankunft von Schutzmannschaften rettete sie vor Ermordung. Diese Mannschaften konnten aber nicht für alle Fälle genügen; es galt deshalb den Weg vom Meer, wo sich die fremden Panzerflotten sammelten, nach Peking freizulegen, und zu diesem Zweck wurden die den Peiho sperrenden Forts von Taku durch Kanonenboote, welche ihres geringen Tiefgangs wegen über die Barre an der Mündung des Flusses weggelangen konnten, beschossen und durch Landungstruppen am 18. Juni 1900 erstürmt. Als erstes Kanonenboot drang in den Strom der deutsche Iltis unter dem tapferen Korvettenkapitän Lans ein. Die Nachricht vom Fall Takus brachte in Peking eine aufreizende Wirkung hervor; der Engländer Sir Robert Hart, der als langjähriger Generalinspektor des chinesischen Zollwesens die Chinesen genau kannte, schrieb damals: „Die Boxerbewegung ist entstanden aus dem Stolz auf die eigene Zivilisation und aus der Verachtung der Fremden; sie hat vom chinesischen Standpunkt aus einen patriotischen Charakter und wird ein Jahrhundert währen.“ Schon am 12. Juni ward der Kanzler der japanischen Gesandtschaft Sugiyama ermordet, und die fremden Gesandten erhielten am 19. Juni die Aufforderung Peking zu verlassen. Sie weigerten sich, weil sie mit Recht befürchteten, außerhalb ihrer Häuser sofort abgeschlachtet zu werden; „mit Feuer, Schwert und Hunger, hatte die Regierung den hohen Beamten Yunglu, Tungfusiang und Lipinhang befohlen, sollt ihr die weißen Teufel umbringen.“ Nun wurde am 20. Juni der deutsche Gesandte Freiherr Clemens v. Ketteler unter dem tückischen Vorgeben, die Prinzen und Minister wollten sich mit ihm im Tsungli Yamen unterreden, aus seinem Hause gelockt und unterwegs durch den

Digitized by Google

kaiserlichen Bannersoldaten Enhai in seiner Sänfte erschossen; der Dolmetscher Cordes entrann verwundet in die englische Botschaft. Jetzt waren die Brücken abgebrochen; es begann eine förmliche Belagerung der Gesandten, welche ihre Frauen und Kinder in der am stärksten befestigten englischen Botschaft in möglichste Sicherheit brachten und dann ihre im gleichen Stadtteil gelegenen Häuser mit Aufgebot aller Kräfte verteidigten. Die österreichische und italienische Gesandtschaft gingen bei der Beschießung in Feuer auf; die andern hielten sich, obschon die Not von Woche zu Woche größer wurde, bis Hilfe kam. Das Verhalten des chinesischen Hofes in dieser ganzen Zeit war widerspruchsvoll, bald ausgesprochen feindlich, bald friedlich, je nachdem die eine oder andere Partei die Oberhand hatte. Der erste Hilfeversuch des englischen Admirals Seymour, der etwa 2000 Mann Truppen aller Staaten zusammenraffte, schlug bei der kleinen Zahl seiner Mannschaft unter Verlust von 400 Mann fehl, so tapfer sich auch besonders die deutschen Matrosen hielten; der Befehl, den Seymour in schwerer Not gab: the Germans to the front! wird für sie ein bleibendes Ehrendenkmal sein. Bloß dadurch, daß die vereinigten Flotten am 23. Juni das hart bedrängte europäische Quartier von Tientsin entsetzten und am 14. Juli auch das chinesische einnahmen, entging Seymour selbst dem Untergang. Dann aber sandten unter Vorantritt des durch Kettelers Ermordung am schwersten herausgeforderten deutschen Reiches, wobei der Reichskanzler Graf Bülow am 11. Juli nach langen Jahren den Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten durch Bayern berufen ließ, alle Mächte so schnell als möglich Truppen nach Tientsin. Anfangs August konnten sich 15000 Mann (7300 Japaner, 3500 Russen, 2200 Engländer, 1800 Amerikaner, 400 Franzosen) gegen Peking in Bewegung setzen; am 14. August, so erzählt der mitbelagerte französische Leutnant Darcy, kam ein Knabe gelaufen mit der Kunde: „Europäer mit schwarzem Gesicht ziehen den Kaiserkanal herauf und nähern sich der englischen Botschaft!“ Es waren indische Truppen Englands, die europäisch bewaffneten Sikhs, welche als Vortrab des internationalen Heeres in Peking einzogen und die schon verloren Geglaubten vor einem schrecklichen Schicksal bewahrten. Es ist bezeichnend, daß bei diesem

Digitized by Google

Heer auch japaniſche Regimenter waren; der Tenno Mutſuhito hatte auch den Mord ſeines Kanzlers zu rächen, und er wollte aller Welt zeigen, daß Japan zu den geſitteten Völkern gehöre, welche den Bruch des Völkerrechts verabſcheuen und ahnden. Der kaiſerliche Hof hatte im letzten Augenblick in fluchtartiger Eile Peking verlaſſen und ſich nach der alten Reſidenz Singanfu zurückgezogen, wo er unter großer Teuerung aller Lebensmittel ein ärmliches Leben führte. „Die Kaiſerin-Regentin, erzählt der franzöſiſche Lazariſtenpater Maurice als Augenzeuge, ſieht aus wie eine Mumie aus Pergament; der Kaiſer iſt düſter, ſchweigſam, voll Furcht vor ſeiner Muhme; er raucht wortlos ſeine Pfeife und fühlt ſich gar nicht als Kaiſer. Aus der Sänfte, in der die Kaiſerin getragen wurde, warf ſie Münzen unter das Volk."

Zum Oberbefehlshaber des internationalen Heeres, das ſchließlich auf 63000 Mann anwuchs (darunter 24000 Deutſche, die ſich freiwillig gemeldet hatten), wurde nach den amtlichen Angaben des engliſchen auswärtigen Amtes auf Vorſchlag Rußlands am 8. Auguſt der deutſche Generalfeldmarſchall Graf Walderſee (1832 bis 1904) ernannt; ob auch die erſte Anregung dazu vom Zaren ausging, iſt bei dem Widerſpruch des Petersburger „Regierungsboten" zweifelhaft. Der Hauptgrund für dieſe Maßregel war der Wunſch, den Chineſen die Einigkeit der Europäer den Gelben gegenüber vor Augen zu führen und China auf dieſe Weiſe raſcher zum Nachgeben zu bewegen. Walderſee ließ ſich zwar bei der Abreiſe nach China durch übereifrige Patrioten voreilig feiern, entledigte ſich aber der überaus heikeln Aufgabe, ein aus Teilen aller Großmächte gebildetes Heer, deſſen einzelne Teile keineswegs ganz auf ihre Selbſtändigkeit verzichtet hatten, zu leiten, mit rühmlicher Energie, unter Feſthaltung des ihm zuſtehenden oberſten Anordnungsrechts, und nicht minder mit rühmlichem Takt, was am Schluß ſeiner Tätigkeit der Zar mit warmen Worten anerkannte. Walderſee ließ von Peking aus, um den Widerſtand der Chineſen zu brechen, ſtrahlenförmige Vorſtöße ausführen, wobei die Deutſchen am 23. und 24. April 1901, von einer franzöſiſchen Abteilung in der Flanke gedeckt, an der großen chineſiſchen Mauer weſtlich von Paotingfu ein chineſiſches Heer beſiegten und ihm 18 alte und einige neue Kanonen abnahmen. Die

Digitized by Google

sozialdemokratische Presse veröffentlichte damals Briefe deutscher Soldaten, laut deren diese Soldaten sich durch Raub und Gewalttat gegen die Chinesen wie Hunnen betragen haben sollten; bei den nachfolgenden Prozessen wurde aber festgestellt, daß diese Briefe fast alle entweder direkt gefälscht waren *) oder in einfältiger Weise bramarbasiert hatten. Der amerikanische Gesandte in Peking, Conger, erklärte seiner Regierung amtlich, daß die Berichte über Missetaten europäischer Truppen so gut wie ganz erfunden seien; insbesondere gelte dies von den Deutschen. Schmerzlich war, daß das deutsche Heer zwei ausgezeichnete hohe Offiziere, den Generalmajor v. Schwarzhoff und den auch wissenschaftlich zu hohen Ehren gekommenen Obersten York v. Wartenburg, durch Unglücksfälle (Feuersbrunst und Erstickungstod im Kohlendunst) verlor.

Schon Ende September 1900 bot der Kaiser Kuang-Hsü dem Kaiser Wilhelm telegraphisch Frieden an und erklärte sich zur Bestrafung der Mörder v. Kettelers bereit; da aber gleichzeitig Prinz Tuan, jener erklärte Europäerfeind, zum Präsidenten des obersten Rats und Tungfusiang, ein nicht minder den „Barbaren" abgeneigter Mann, zum Oberfeldherrn ernannt wurde, so war auf wirkliches Eingehen der Chinesen auf annehmbare Bedingungen nicht zu rechnen, und die russische und amerikanische Politik erwies sich als wenig zuverlässig; beide Mächte schienen durch Absonderung von den andern sich besondere Vorteile seitens der Chinesen sichern zu wollen. Deutschland und England schlossen unter diesen Umständen am 16. Oktober 1900 in London einen Vertrag, gemäß dem beide Mächte mit Rücksicht auf das allgemeine Interesse dafür einzutreten versprachen, daß alle Häfen an den Küsten und Flüssen Chinas allen Nationen gleicherweise offen stehen sollten; jede Zerstückelung Chinas sollte verhütet und alle andern Mächte zur Annahme dieser Grundsätze eingeladen werden. Rußland und Frank-

*) So wollte ein Briefschreiber am 29. September in Schanghai auf Posten gestanden sein, am 11. Oktober in dem etwa 1000 Kilometer entfernten Tientsin. „Morgen marschieren wir nach Peking, um 28000 Boxer zu bestrafen" — Peking war aber schon am 14. August erobert worden!

Digitized by Google

reich erklärten am 29. Oktober ihren Beitritt; Deutschland bezeichnete aber die Mandschurei als nicht zum eigentlichen China gehörig, also von dem Vertrag nicht betroffen, was in England als deutsche Liebedienerei um Rußland und als halbe Preisgabe des Vertrags selbst angesehen wurde; das Vertrauen zur Stetigkeit und Zuverlässigkeit unserer Politik erhielt einen neuen Stoß. Die Russen hatten nämlich schon vor dem Krieg durch ihren Gesandten Cassini sich von China das Recht erteilen lassen, im Anschluß an die (1891—1904 erbaute) sibirische Bahn eine Linie durch die Mandschurei bis Port Arthur zu erstellen, sie zu betreiben und durch militärische Posten zu sichern. Da der Boxeraufstand die kaiserliche Regierung vielfach matt setzte, hielten es die Russen für notwendig, sich selbst die nötigen Bürgschaften für den Weiterbau der mandschurischen Bahn zu verschaffen; der General Grodekow rückte mit 100 000 Mann in die Mandschurei ein, namens des Zaren, „der in Verfolg alter Überlieferungen dem Kaiser von China zur Herstellung der Ordnung brüderliche Hilfe leiste", und besetzte am 27. August 1900 Zizikhar, am 1. Oktober Mukden, die Hauptstadt des Landes, wo die Gräber der zur Zeit in China herrschenden Mandschu-Dynastie sich befinden. Die Friedensverhandlungen schritten inzwischen langsam voran. Endlich Anfang Mai 1901 willigte der Kaiser Kuang-Hsü, bezw. seine Muhme Tsuh-Hsi in die Verbannung der Hauptvertreter der Kriegspartei, Tuan und Tungfusiang, nach Chinesisch-Turkestan, bezw. Kansu, und in die Hinrichtung ihrer Mitschuldigen von niedrigerem Rang; die Thronfolge des jungen Prinzen Pu-Tsuan (S. 452) ward hinfällig. Am 13. Mai unterzeichnete sodann der greise Lihungtschang, der stets ein Gegner des Kriegs gewesen war, im Namen seines Kaisers die Friedensurkunde. Nach ihr sollten 1. Sühnegesandtschaften nach Berlin und Tokyo gehen; 2. sollte China binnen 30 Jahren 450 Millionen Taëls (= 1350 Mill. Mark) für die Kriegskosten bezahlen und 3. zur Sicherstellung dieser Zahlung die Salzsteuer und eine Erhöhung der inländischen und ausländischen Zölle dienen. Nun kehrten die fremden Truppen größtenteils von einem Kriegszug heim, der nach dem Ausdruck des französischen Generals Frey „erstmals den Traum idealistischer Politiker, die vereinigten Staaten der zivilisierten Welt, verwirk-

Digitized by Google

licht hatte.“ Am 4. September 1901 erschien zu Potsdam im Mittelsaal des neuen Palais ein von Kuang-Hsü beauftragter kaiserlicher Prinz Tschun (geb. 1882), ein Bruder des Kaisers, verneigte sich dreimal vor dem auf dem Thron sitzenden und von den Prinzen, Ministern und Hofbeamten umgebenen Kaiser Wilhelm II. und drückte im Namen seines Herrn in würdigen Worten dessen Bedauern über die aufständischen Bewegungen und insbesondere darüber aus, daß dabei v. Ketteler, dieser ausgezeichnete Mann, ermordet worden sei. Der Kaiser stehe zwar diesem Vorgang im vollsten Sinn des Worts fern, nehme aber nach dem seit Jahrtausenden in China bestehenden Gebrauch die Schuld auf seine eigene geheiligte Person. Kaiser Wilhelm antwortete, daß er an die persönliche Unschuld des Kaisers Kuang-Hsü an der Untat gerne glauben wolle, daß aber um so mehr dessen Ratgeber Tadel verdienten und China nicht bloß durch Worte, sondern durch Taten seine Rückkehr zu den Grundsätzen gebildeter Völker beweisen müsse. Ein Teil der fremden Truppen blieb vorerst noch in Petschili, bis die Sicherheit des Friedens unzweifelhaft festgestellt war; erst im Januar 1903 wurden auch die 800 Mann deutscher Truppen, welche noch in Shanghai gestanden waren, nach Hause befördert. Der deutsche Verlust in China belief sich auf 300 Mann, wovon die Hälfte im Kampf gefallen oder verwundet war. Der kaiserliche Hof kehrte, nachdem die Anerkennung des Friedens von allen beteiligten Staaten bis zum 7. September in Peking vollzogen war, unter Bedeckung von 4000 ausgezeichneten Soldaten aus Singanfu am 7. Januar 1902 nach Peking zurück.

Die Erfahrungen dieses schweren Jahres gaben der reformfreundlichen Richtung in China einen erneuten Aufschwung; es lag klar am Tage, daß man das Land aus seinem Schlummer erwecken mußte, wenn es nicht in jedem Fall eines Zusammenstoßes mit den Weißen in ähnlicher Weise wie 1900 erliegen sollte. Die Erfahrungen des russisch-japanischen Kriegs konnten diese Erkenntnis nur verstärken. So verkündigte, da auch die Kaiserin Tsuh-Hsi sich der neuen Sachlage nicht mehr verschließen konnte, Kuang-Hsü am 2. September 1906 in feierlichster Form seinen Willen, dem Reich eine Verfassung zu geben, damit alle Volkskräfte in froher Ent-

Digitized by Google

faltung zum öffentlichen Wohl mitwirken könnten. Gegen die Opiumpest richtete sich der Erlaß vom 20. September 1906, der durch eine von Jahr zu Jahr um 10% steigende Herabsetzung der Einfuhr sie binnen 10 Jahren ausrotten sollte. Im Oktober 1906 wurden Mädchenschulen errichtet und die herkömmliche Verstümmelung der Füße der Frauen verboten. Im September 1907 ward der Verfasser des berühmten, zum Studium der westlichen Kultur ermahnenden Buches: „Lerne!", der Vizekönig Tschangschitung in Wutschang, an die Spitze des Unterrichtswesens gestellt; er scheute sich nicht zu fordern, daß für die Prozessionen und den Ahnenkult bestimmten Gelder und die Klostergüter für den Volksunterricht verwendet werden sollten, und führte die allgemeine Schulpflicht ein. Als am 14. November 1908 die greise Kaiserin Tsuh-Hsi, am 15. der Kaiser Kuang-Hsü, dieser durch ein langwieriges Nierenleiden aufgerieben, aus diesem Leben abschieden, erklärte der Vater des neuen $2\frac{1}{2}$jährigen Kaisers Puji, derselbe Prinz Tschun, der als Sühnegesandter in Berlin gewesen war, in seiner Stellung eines Regenten es als seine feste Absicht, die Reform Chinas unentwegt durchzuführen, und gab diesen Worten durch seine Handlungen Nachdruck. Im Jahr 1909 wurde die uralte Sitte des Zopftragens abgeschafft, die Zahl der Schriftzeichen von 40000 auf 10000, für den gewöhnlichen Gebrauch auf 1600 vermindert, als gemeinsames Längenmaß der Tschi (32 cm) eingeführt und Provinziallandtage zusammenberufen. 1910 erfolgte das Verbot des Verkaufs von Menschen, also des Sklavenhandels (nicht aber der Haussklaverei), die Absendung von Offizieren zum Studium der europäischen Heeres- und Flotteneinrichtungen und am 3. Oktober der Zusammentritt eines Vorparlaments, des sog. Reichsausschusses, der über den Staatshaushalt (rund 890 Millionen Mark Einnahmen und 1000 Millionen Ausgaben) beraten sollte. „In Ihrer Versammlung," sagte der Regent bei der Eröffnung, „soll die Ansicht des Volks zum Ausdruck kommen. Große Hoffnungen eröffnen sich, weil China im Einklang mit den allgemeinen Fortschritten der Welt die Lage aller Volksklassen verbessern will." Den Wünschen des Reichsausschusses gemäß wurde am 8. Mai 1911 ein modernes Ministerium gebildet. Es muß unter einem kaiserlichen Prinzen stehen, der die

Digitized by Google

Würde des Reichskanzlers bekleidet und zwei Vizekanzler, einen Chinesen und einen Mandschu, neben sich hat; er ist dem Kaiser und dem Volke für die Führung der Geschäfte verantwortlich. Die Zahl der Ministerien, deren Inhaber der Kaiser in Gegenwart des Reichskanzlers oder seiner Vertreter zu Audienzen empfängt, ist 12: Äußeres, Inneres, Finanzen, Unterricht, Krieg, Marine, Justiz, Handel, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Kolonien. Zum ersten Reichskanzler wurde der Prinz Ching ernannt. Das Parlament soll 1916 zusammentreten.

Aus dem Boxerkrieg, der zu all diesen Dingen den Anstoß gab, wuchs nun aber ein noch viel größerer Zusammenstoß hervor: der zwischen Japan und Rußland.

Elftes Kapitel

Der russisch-japanische Krieg 1904—1905

Während, wie wir sahen, die andern Mächte bald nach dem Friedensschluß den chinesischen Boden räumten, machten die Russen keine Anstalt aus der Mandschurei wieder herauszugehen. Zwar hatten sie dieses Land angeblich nur besetzt, um im Namen des Kaisers von China die Ordnung herzustellen; aber sie verfuhren ganz wie die Engländer in Ägypten, welche dort seit 1882 die Ruhe aufrecht erhalten und ihr nie so weit trauen, daß sie das Land zu räumen sich entschließen können. Da die Mandschurei an Korea grenzt und Japan Korea, wie ein flüchtiger Blick auf die Karte zeigt, niemals ohne Kampf in andere Hände übergehen lassen kann, so liegt auf der Hand, daß Japan auch das Schicksal der Mandschurei nicht gleichgültig sein konnte; es mußte wünschen, daß sie nicht in der Hand des mächtigen Rußland blieb, sondern dem schwachen China zurückgegeben wurde. Natürlich suchte Japan nach einer Unterstützung, und England, dessen Interessen die Vertiefung des russisch-japanischen Gegensatzes wünschenswert machten, zögerte nicht, dem Reich, das seine Kraft schon 1894 und auch 1900 betätigt hatte, wo die japanischen Regimenter namentlich durch ihre außerordentlichen

Digitized by Google

Marſchleiſtungen ſich hervortaten, die Hand zur Hilfe zu bieten. Am 30. Januar 1902 wurde ein förmliches Bündnis zwiſchen England und Japan geſchloſſen — ein in den engliſchen Annalen ſeit 1854 nicht mehr vorgekommener Fall. Die beiden Mächte vereinbarten die Aufrechterhaltung des beſtehenden Zuſtandes in Oſtaſien; ſollte der Schutz ihrer Intereſſen, der engliſchen in China, der japaniſchen in Korea, zum Krieg mit einem dritten Staat führen, ſo verſprachen ſie einander wohlwollende Neutralität; ſollte aber einer von den beiden den Vertrag ſchließenden Teilen durch zwei Gegner angegriffen werden, ſo ſollte der andere zur Hilfeleiſtung verpflichtet ſein. Das Bündnis ſollte auf fünf Jahre gelten. Da es offenbar den Fall eines gemeinſamen Kriegs der in Europa verbündeten Ruſſen und Franzoſen gegen Japan ins Auge faßte, ſo veröffentlichten Rußland und Frankreich am 16. März 1902 eine Gegenerklärung, daß auch ſie an dem beſtehenden Zuſtand in Oſtaſien, alſo an der Unabhängigkeit Chinas und Koreas, feſthielten und, wenn dieſe Staaten bedroht werden ſollten, gemeinſam die geeigneten Maßnahmen treffen würden. Es war „die Ausdehnung des Zweibundes von Europa auf Aſien“, oder es ſchien wenigſtens das zu ſein.

Nun ließ ſich Rußland auf das Drängen Englands, Japans und der vereinigten Staaten zu einer Erklärung vom 8. April 1902 herbei, daß es die Räumung der Mandſchurei binnen 18 Monaten, alſo bis zum 8. Oktober 1903, vollenden werde. Allein dieſe Friſt verſtrich, ohne daß das Verſprechen erfüllt wurde; Rußland zog nur ſeine Truppen näher an die mandſchuriſche Bahn heran und wollte mindeſtens an dem Caſſinivertrag (S. 457), der ihm die militäriſche Bewachung der Bahn einräumte, unter allen Umſtänden feſthalten; dann aber war die angebliche Räumung nichts als eine Komödie. In den Verhandlungen, welche Japan am 12. Auguſt 1903 mit beſtimmten Vorſchlägen eröffnete, ſtellte ſich der ruſſiſche Miniſter des Auswärtigen, Graf Lamsdorff, auf den Standpunkt, daß Japan kein beſonderes Recht habe Forderungen bezüglich der Mandſchurei zu ſtellen; dieſe ſei ein Teil Chinas, woran der Zar keineswegs rütteln wolle; folglich könne nur der Kaiſer von China und dann weiterhin alle diejenigen

Digitized by Google

Mächte, welche Handelsinteressen in China hätten, über die Mandschurei Bestimmungen fordern und treffen. Aber nicht bloß die Mandschurei stand in Frage; noch wichtiger war, daß Rußland anfing auch nach Korea die Hand auszustrecken. Hierbei waren, ähnlich wie bei dem französischen Kriegszug nach Mexiko 1862, Privatinteressen im Spiel. Der General Kuropatkin und der Fürst Esper Uchtomski (in seinem Blatt Rußwet) haben es ausgesprochen, daß eine Gesellschaft russischer Kapitalisten, zu denen der Staatssekretär Besobrasow und der wirkliche Staatsrat Balaschow Beziehungen unterhielten, Wälder auf der linken Seite des Grenzflusses Yalu, also auf koreanischem Gebiet, ankaufte, wodurch die wirtschaftliche Beschlagnahme Koreas seitens der Russen eingeleitet wurde. Dazu kam das Verlangen, daß Rußland eine Eisenbahn vom Yalu bis Söul solle bauen und den an der Südküste Koreas gelegenen Hafen Masampo solle besetzen dürfen. „Das Holzunternehmen am Yalu kann uns," sagte Kuropatkin zu Anfang 1903 warnend, „in einen Krieg mit Japan hineintreiben, wenn der „Statthalter des fernen Ostens" (Generaladjutant Alexejew) nicht Einhalt tut; die Stimmung in Japan ist über diese Sache äußerst erregt." In dem Verlauf der Verhandlungen erklärte Lamsdorff, daß Rußland Japans Vorzugsstellung in Korea in Beziehung auf Handel und wirtschaftliche Unternehmungen anerkenne, ihm auch das Recht, dort bei Unruhen die Waffen zu brauchen, nicht bestreiten wolle; aber es werde nicht zugeben, daß Japan dort strategische Stellungen besetze und dadurch die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Koreas antaste; auch müsse die Fahrt durch die Meerenge zwischen Korea und Japan (d. h. die Verbindungslinie zwischen Wladiwostok und Port Arthur) frei bleiben. Man sieht: für beide Staaten handelte es sich um Lebensinteressen; Rußland konnte Korea nicht an Japan fallen lassen, ohne seine beiden Kriegshäfen in Ostasien für immer durch einen Keil trennen zu lassen und sich dadurch ein kraftvolles Auftreten zur See dort sehr zu erschweren; noch weniger konnte Japan sich dauernd von Rußland von zwei Seiten her flankieren lassen und Korea auch nur mit Rußland teilen. Darauf lief das äußerste Zugeständnis hinaus, das Rußland am 3. Oktober anbot: es sollte

Digitized by Google

eine neutrale Zone geschaffen werden, jenseits deren im Norden Rußland, im Süden Japan Vorrechte haben sollte; sie sollte durch den 39. Grad nördlicher Breite laufen. Japan verlangte, daß diese Zone viel weiter nördlich nahe der Nordgrenze der Mandschurei entlang laufen sollte; am 11. Dezember 1903 aber hielt Rußland am 39. Grad fest. Als Japan am 13. Januar 1904 nochmals seine Forderungen zusammenfaßte, Herausgabe der Mandschurei, freier Handel dort für alle, Vorherrschaft in Korea, gab Graf Lamsdorff weder eine Antwort noch wollte er eine Frist bezeichnen, bis zu der er antworten werde. Gelegentlich ward sogar ein Ohrenleiden der russischen Kaiserin als Grund dafür vorgeschützt, daß man den Kaiser nicht sprechen und eine Entscheidung von ihm nicht erlangen könne. Es war ersichtlich, daß der Worte genug gewechselt waren: nach der Angabe des früheren französischen Kriegsministers Chanoine in der Revue hebdomadaire vom 27. April 1907, S. 472, „klopfte der japanische Minister des Auswärtigen, Marquis Ito, an die Pforte Frankreichs, um ein ehrenhaftes Abkommen mit Rußland durch französische Vermittlung zustande zu bringen"; aber „die französischen Staatsmänner ließen einen Zusammenstoß zu, der den Zweibund unterhöhlte; sie waren nicht so geschickt wie ihre englischen Kollegen". Man erkannte in Japan wohl die Schwere des Krieges gegen eine Macht, welche den 48 Millionen Japanern 128 Millionen Menschen entgegenzustellen hatte. Aber die Japaner hatten seit 1894 Landheer und Flotte mächtig verstärkt; sie waren sich ihrer Kraft bewußt, und vor allem: die Nation begriff, daß sie in die Lage versetzt war für ihre Zukunft fechten zu müssen. Es war wie mit Preußen, das nach den zwei schlesischen Kriegen und Siegen den siebenjährigen Krieg wagen mußte. Die Anwartschaft, welche das Jahr 1894 gegeben hatte, mußte nun zehn Jahre nachher in dem größten Krieg behauptet werden, den Japans Geschichte kennt. Vom ersten bis zum letzten Mann, vom Kaiser bis zum Packträger, war die Nation entschlossen alles an alles zu setzen. Am 5. Februar, nachdem er drei Wochen auf Antwort gewartet hatte, überreichte der Gesandte Kurino in St. Petersburg das Schriftstück, wodurch seine Regierung die nutzlosen

Digitized by Google

Verhandlungen für abgebrochen erklärte: das vertrat die Stelle einer förmlichen Kriegserklärung, deren Notwendigkeit in solchen Fällen das Völkerrecht nicht unbedingt vorschreibt.

Die überwiegende Meinung in Europa war die, daß die Russen aus diesem Krieg als Sieger hervorgehen würden; waren sie doch der Zahl nach weitaus die Stärkeren, und an sich glaubte man an die Überlegenheit der weißen Rasse über alle farbigen, die gelbe nicht ausgenommen, wie an einen mathematischen Lehrsatz. Sehr bald sollte man sich aber überzeugen, daß die gewohnten Maßstäbe diesmal versagten. Sechsunddreißig Stunden nach dem Abbruch der Verhandlungen griffen in der Nacht vom Montag den 8. Februar zum Dienstag den 9. Februar 10 japanische Torpedoboote die sorglos vor Port Arthur liegende russische Flotte an und brachten den Schlachtschiffen Retwisan und Cäsarewitsch und dem Kreuzer Pallada solche Beschädigungen bei, daß sie sofort in Ausbesserung gegeben werden mußten. Am 9. Februar erschienen 16 japanische Schiffe, von dem Admiral Togo geführt, vor Port Arthur und beschossen diese Festung eine Zeitlang. So war die Vorhand im Krieg bei Japan, und sie blieb bei ihm bis zum Schluß. Zunächst schafften die Japaner Truppen nach Korea und zwangen den Herrscher des „Landes der Morgenröte" Yi Höng, der 1897 auf russisches Zureden zum Zeichen seiner neuen Unabhängigkeit (S. 438 f.) den Königstitel sehr zur Unzeit mit dem Kaisertitel vertauscht hatte*), am 23. Februar 1904 zu einem Vertrag, kraft dessen er in der Verwaltung seines Reiches den Rat des Tenno annehmen, d. h. sich dessen Anordnungen fügen sollte; am Kriege mußte er nicht teilnehmen, was bei dem Mangel eines geschulten und irgendwie zahlreichen koreanischen Heeres auch ohne Wert gewesen wäre. Während der Zar den Kriegsminister Kuropatkin, einen Mann, der als sehr erfahren und besonnen galt, zum Oberbefehlshaber des mandschurischen Heeres ernannte und so rasch als möglich auf der freilich nur eingeleisigen und durch den Baikalsee unterbrochenen sibirischen Bahn (Gesamt-

*) Seine Gemahlin, welche von den Japanern als ihre Feindin betrachtet wurde, war im Februar 1896 von ihnen ermordet worden.

Digitized by Google

länge von Tscheljabinsk bei Orenburg bis Wladiwostok 7609 km) große Truppenmassen nach der Mandschurei geschickt wurden, bildete Japan drei Heere unter Kuroki, Oku und Nodzu; den Oberbefehl über das Ganze erhielt der 1894 bewährte Marschall Oyama. Die Schwierigkeit der Beförderung über See und das noch sehr rauhe Wetter (anfang März hatte man am Baikalsee noch 32°, am Meer noch 19° Celsius Kälte) verhinderten einen ebenso raschen Landvorstoß der Japaner, wie sie zur See schnell am Feind gewesen waren. Erst Ende April hatte Kuroki so beträchtliche Streitkräfte am Yalu vereinigt, daß er eine Schiffbrücke über den Strom schlagen und am 1. Mai unterhalb Widschu den Übergang mit Geschütz und Bajonett erzwingen konnte; die Russen, an Zahl den Japanern weit nicht gewachsen, verloren 28 Kanonen, 8 Maschinengewehre und 2400 Mann. Im Verfolg dieses Sieges besetzte Kuroki am 6. Mai die „Stadt der Winde", Fönghwangtscheng, und schnitt die russische Besatzung in Port Arthur vom Hauptheer ab. Der Statthalter des fernen Ostens, Alexejew, verließ die Festung noch rechtzeitig und rettete sich nach Mukden. Nun ward Oku mit dem zweiten japanischen Heer beauftragt, Port Arthur einzuschließen; er eroberte am 26. Mai nach fünftägigen Kämpfen südlich von Kintschóu die schmalste Stelle der Halbinsel Liaotong; die Russen ließen 68 Kanonen in seinen Händen, und die Japaner, welche große Verluste erlitten, aber nicht abgelassen hatten zu stürmen, schliefen auf dem blutgetränkten Schlachtfeld. Am 30. Mai besetzten sie Dalny, das von den Russen mit einem Aufwand von 18 Millionen Rubel nahe bei Port Arthur neu geschaffene ostasiatische Handelszentrum, und gewannen damit einen vorzüglichen Landungsplatz, wo sie ihre Nachschübe bequem ausschiffen konnten; kurz nachher ritt eine Schwadron japanischer Reiter auch durch die Tore von Niutschwang. Kuropatkin beauftragte nun den General Stackelberg Port Arthur zu entsetzen; dieser ward aber am 15. und 16. Juni bei Wafangu mit einem Verlust von 2000 Mann und 20 Geschützen zurückgeschlagen. Die russische Flotte in Port Arthur lief Gefahr samt der Stadt selbst von aller Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten zu werden; sie machte deshalb am 10. August den Versuch sich durchzuschlagen, was

Digitized by Google

aber nur drei Schiffen gelang; sie wurden in den neutralen Häfen, welche sie aufsuchten — Schanghai, Tsingtau und Saigon — zwar eingelassen, aber sofort dem Völkerrecht gemäß entwaffnet. Zur See waren die Japaner nunmehr allmächtig, vollends, seit auch das in Wladiwostok liegende Geschwader von drei Schiffen durch Admiral Kamimura am 14. August besiegt, der „Rurik" zum Sinken gebracht und die beiden andern Schiffe zur Rückkehr nach Wladiwostok gezwungen waren. Ein Beweis von der verheerenden Wirkung der verwendeten Geschosse ist, daß eine 20 cm Granate des Rurik in diesem Gefecht in die Kasematte des japanischen Panzerkreuzers Iwate schlug und hier ein Geschütz zerstörte und 40 Mann tötete, 37 verwundete.

Der Krieg hatte noch kein halbes Jahr gedauert, und schon hatten die Japaner, von kleineren Erfolgen abgesehen, drei Landschlachten und zwei Seeschlachten gewonnen und die Russen vom Meer abgedrängt. Die Kette ihrer Siege ward nur durch kleinere Unfälle unterbrochen, so durch das Auffliegen des Schlachtschiffs Hatsuse, das auf zwei schwimmende russische Minen auflief, das gleiche Schicksal des Kreuzers Miyako und den Untergang des Kreuzers Joschimo durch den im Nebel erfolgten Zusammenstoß mit einem anderen Schiff. Die japanischen Erfolge waren nicht zufällig, sondern verdient durch den hoch und nieder erfüllenden Geist unbedingter patriotischer Hingabe, die Genügsamkeit, Leistungsfähigkeit und Mannszucht der Truppen, die strategische Befähigung der, wie selbst der Berichterstatter der deutschfeindlichen Times zugab, von General Meckel (S. 436) in Moltkes Heerführung eingeleiteten Feldherrn. In Umfassungsbewegungen und in der Anwendung des Nachtmarsches haben sie besonders Großes geleistet. „Meine Kinder," sagte der Admiral Kamimura vor einem Gefecht, „ich schicke euch an den gefährlichsten Ort, wo ihr dem entsetzlichsten Feuer des Feindes ausgesetzt seid. Glaubt mir aber, wenn ich Kinder hätte, so würden sie mit Neid auf euch blicken, und ich würde mich keinen Augenblick bedenken sie mit euch auszusenden. Geht, geht, meine Kinder, und beweist dem Feind den Mut der Söhne des Landes der aufgehenden Sonne. Verliert ihr die rechte Hand, so arbeitet mit der linken; verliert ihr auch

Digitized by Google

die linke, ſo arbeitet mit den Füßen. Seid deſſen eingedenk, daß ihr nur 70 Mann ſeid und auf jeden von euch eine ungeheure Arbeit und Verantwortung entfällt. Noch iſt es nicht zu ſpät — trete der zurück, der ſich der großen Aufgabe nicht gewachſen fühlt. Zurückzutreten iſt keine Schmach; wohl aber iſt es eine Schmach ſich an dem Unternehmen zu beteiligen, wenn einer auch nur den Schatten des Zweifels daran hegt, daß ſeine Kräfte ausreichen werden.“ Die Rede wurde mit brauſendem Banſai! (Hurra!) aufgenommen, und die 70 gingen alle in den faſt gewiſſen Tod. Es heißt die Japaner nicht in unſtatthafter Weiſe verherrlichen, wenn man vor ſolchen Kriegern Ehrfurcht empfindet. Verglichen mit ihnen war der ruſſiſche Soldat gewiß tapfer und furchtlos; aber die Feldherren, auch Kuropatkin ſelbſt, der in ſeinem dreibändigen Werk über den Krieg die Schuld vorwiegend bei andern ſucht, entbehrten faſt durchgängig des kühnen Wagemutes und der überlegenen Umſicht, und während die japaniſchen Offiziere ſich beſtändig ihrer Mannſchaften annahmen und genau wie ſie von Reis, Tee und Waſſer lebten und keine Frau ihnen folgte, bezeugen ſelbſt die ruſſenfreundlichen franzöſiſchen Berichterſtatter, daß die ruſſiſchen Offiziere dem Vergnügen nachjagten und oft in Kneipen, Tingeltangeln und Bordellen zu finden waren, wo ſie hätten bei ihren Leuten ſein ſollen. Endlich iſt nicht zu überſehen, daß die Japaner den Krieg in ſeiner ſchweren Notwendigkeit für ihr Land begriffen, während den ruſſiſchen Maſſen das Verſtändnis für einen Krieg abging, der dem Anſchein nach nur dem ohnehin ungeheuren Reich des Zaren eine ihrem Wert nach fragliche Provinz hinzufügen ſollte, die man von Moskau erſt nach zwei bis drei Wochen Eiſenbahnfahrt erreichte. Die Panſlawiſten, die zahlreichſte und einflußreichſte Partei, beklagten den Krieg, weil er Rußland von ſeiner hiſtoriſchen Aufgabe die ſlawiſche Welt in Europa zu leiten und zu ſchützen ablenke, und ſchalten über die „Panaſiaten“ vom Schlage des Fürſten Eſper Uchtomski, welche Rußland für eine mehr aſiatiſche als europäiſche Macht anſahen und ſeinen Beruf in der Herrſchaft über Aſien erblickten; eine Herrſchaft, die übrigens nicht ſowohl durch den Krieg als durch Staatskunſt und Kultur zu erſtreben ſei.

Kuropatkin hatte um die Mitte Auguſt etwa 220000 Mann

Digitized by Google

und 600 Kanonen in einer befestigten Stellung bei Liao Yang am Taitseho versammelt. Oyama griff ihn hier am 24. August 1904 an, obwohl er bloß 190 000 Mann und 500 Geschütze hatte; während Port Arthur durch ein viertes Heer unter Nogi belagert ward, standen die drei ursprünglichen Heere hier nun geschlossen dem Feind gegenüber, Oku auf dem linken, Kuroki auf dem rechten Flügel, Nodzu in der Mitte. Nach zwölftägigem Ringen bei einer Hitze, welche 40° Celsius im Schatten erreichte, mußten die Russen wieder weichen, wenn sie nicht überflügelt und abgeschnitten werden wollten. Beide Teile hatten einen Verlust von 20—30 000 Mann. Kuropatkin zog sich, eine Katastrophe abwendend, gegen Mukden zurück und verstärkte sich so, daß er am 9. Oktober mit 237 000 Mann gegen den gleich starken Oyama am Fluß Schaho angriffsweise vorgehen konnte. Aber seine Ankündigung, daß er Port Arthur Luft schaffen werde, erfüllte sich nicht; nach zehntägigem Kampf kam sein Vormarsch zum Stehen; es war keine Niederlage, aber noch weniger ein Sieg. Immer größer ward die Unwahrscheinlichkeit, daß der eigentliche Hauptgegenstand des Krieges, Port Arthur, an dem für Rußland der Anteil am chinesischen Meer hing, seinem Schicksal entgehen werde; unter ungeheuren Verlusten gewann Nogi allmählich den Verteidigern, an deren Spitze General Stössel getreten war, Boden ab. Um der Stadt zur See zu helfen, wurde Mitte Oktober die Flotte des baltischen Meeres unter Admiral Roschdestwensky aus Libau nach dem Osten ausgesandt, obwohl ihre Beschaffenheit keineswegs befriedigend war. Ihre erste Tat war, daß sie mitten in der Nordsee in der Nacht des 24. Oktober bei der Doggersbank (östlich von Hull) englische Fischerfahrzeuge beschoß, welche sie für japanische Torpedoboote hielt, die ihr in die Nordsee entgegengesandt seien; dabei wurden 6 Fischer verwundet und 2 getötet, ein Fischerboot zum Sinken gebracht. Die Erbitterung in England, wo die Stimmung ohnehin den Russen abgeneigt war, erreichte einen hohen Grad; doch wurde der Fall einer 1899 im Haag (S. 406) vorgesehenen „gemischten Untersuchskommission", an der Deutschland teilnahm, überwiesen; von ihr ward Rußland zum Schadenersatz an die Betroffenen verurteilt.

Digitized by Google

Während in der Mandſchurei der gewöhnlich ſtrenge Winter dem Krieg vorerſt ein Ziel ſetzte und die beiden Heere Kuropatkins und Oyamas großenteils in Erdhöhlen einander gegenüberliegend überwinterten, ging die Belagerung von Port Arthur ihren Gang fort. Am 30. November 1904 erſtürmten die Japaner nach verzweifelten Kämpfen, wobei die Krieger ſich mit Felsblöcken warfen und mit Fäuſten und Zähnen bearbeiteten, den Jirviſan, den die Ruſſen den 203-Meterberg nannten; von ihm aus konnten die Sieger die ganze Stadt und den Hafen überblicken und die dort gefangene ruſſiſche Flotte völlig zuſammenſchießen. Weitere Erfolge im Lauf des Dezember beraubten die Feſtung ihrer äußeren Verteidigungslinie; ſie konnte ſich noch einige Zeit halten, aber nur unter Hinopferung der Beſatzung, ohne Ausſicht auf Rettung. Es wird wohl ſo ſein, wie der Augenzeuge Nörregaard (die Belagerung von Port Arthur, Leipzig 1906) meint, daß vom menſchlichen Standpunkt aus die Übergabe gerechtfertigt war, vom militäriſchen noch nicht; indeſſen hat im Auguſt 1907 der Major Teſunada bei der japaniſchen Botſchaft in London, der 1905 als erſter Japaner Port Arthur betrat, die Friſt, während welcher die Feſtung noch hätte widerſtehen können, mit aller Beſtimmtheit auf 1—2 Wochen begrenzt. So bot Stöſſel, als am 1. Januar 1905 auch noch das Fort Wangtai von den Japanern genommen wurde und ein neuer großer Sturm bevorſtand, abends um 9 Uhr die Übergabe an, und am 2. Januar abends 10 Uhr ward ſie unterzeichnet. Durch die Kapitulation wurden 878 Offiziere, 23491 Soldaten und Unteroffiziere, 4500 Schiffsmannſchaften und etwa 15000 Kranke und Verwundete kriegsgefangen; an Geſchützen erbeuteten die Japaner 546, ferner 83000 Granaten und 3000 Kilogramm Pulver; die Flotte ward entweder verſenkt oder gefangen. Die Japaner hatten den Erfolg mit etwa 50000 Toten und Verwundeten erkauft; er war aber nicht zu teuer bezahlt. „Der Fall von Port Arthur,“ ſagte der Pariſer Temps, „iſt von niederſchmetternder Wirkung; für die gelbe Raſſe iſt er ein Sinnbild und faſt eine Prophezeiung. Das Zurückweichen Europas vor ihr iſt nicht mehr bloß eine Möglichkeit; es iſt eine Tatſache.“ Stöſſel und Nogi erhielten vom deutſchen Kaiſer ſofort beide den Orden pour le mérite,

Digitized by Google

die höchste Auszeichnung, über welche Preußen verfügt, obschon der Krieg direkt Preußen nichts anging und eine Auszeichnung fremder Heerführer, die Verdienste um Preußen weder hatten noch der Sachlage nach haben konnten, sehr auffällig war. Der anfängliche Glaube an Stössels Verdienste wurde überdies nachträglich dadurch umgestoßen, daß Stössel nach dem Krieg 1907 amtlich in Untersuchung gezogen, unter Angabe zahlreicher Einzelheiten der sträflichen Pflichtvergessenheit beschuldigt und am 20. Februar 1908 von dem obersten Militärgericht zum Tode verurteilt wurde, weil er Port Arthur übergeben habe, bevor alle Mittel zur weiteren Verteidigung erschöpft waren. In Anbetracht aber der heldenmütigen Verteidigung der Feste unter seinem Oberbefehl, sowie seiner persönlichen Tapferkeit erkannte das Gericht ihm die Ehrenrechte nicht ab und empfahl ihn der Gnade des Kaisers mit der Bitte, die Todesstrafe in zehn Jahre Festungshaft zu verwandeln. Der Kaiser erkannte demgemäß. Der Ruhm Nogis, eines Mitglieds der früheren Kriegerkaste der Samurai, der schon bei dem Bürgerkrieg von 1867 dem Tenno gedient hatte, blieb unangetastet; er hatte zwei Söhne in diesem Krieg verloren und litt nicht, daß sie mit besonderen Ehren begraben würden, weil aller Leben vom Anfang des Kriegs an dem Kaiser dargebracht sei.

Sofort nach der Einnahme von Port Arthur und der Erledigung der notwendigsten Maßnahmen zur Besetzung des Platzes rückte Nogi mit dem größten Teil seines Heeres zur Hauptarmee unter Oyama nach Norden ab. So verstärkt konnte dieser mit 320 000 Mann und 954 Kanonen gegen Kuropatkin angriffsweise vorgehen; und obwohl die Russen 380 000 Mann und 1400 Geschütze zählten, so blieben die Japaner doch in den zehntägigen Kämpfen um Mukden abermals Sieger, indem Nogi den rechten russischen Flügel umfaßte und Oyama so das ganze Heer abzuschneiden drohte. Dieses zog sich in einer Verwirrung zurück, welche zu Szenen gleich denen an der Beresina führte. Die Japaner rückten am 10. März 1905 siegreich in Mukden ein und drangen von da noch weiter nordwärts bis Tieling vor. Das russische Heer verlor jetzt das Zutrauen zu Kuropatkin völlig; der Zar übertrug den Oberbefehl an den General Lenéwitsch und machte Kuropatkin zu dessen Unterfeldherrn.

Digitized by Google

Die letzte Hoffnung der Russen beruhte nunmehr auf der baltischen Flotte, mit der Roschdestwensky (1848—1909) herannahte. Nach einem langen Aufenthalt in der Kamranhbucht auf Madagaskar, wegen dessen der von England gestachelte japanische Gesandte in Paris schließlich Beschwerde einlegte, und nachdem er ein weiteres Geschwader unter Nebogatow an sich gezogen hatte, suchte er durch die Straße von Korea nach Wladiwostok zu gelangen, um hier seine durch die lange Fahrt sehr mitgenommenen Schiffe wieder ganz seetüchtig zu machen und durch die dortigen Schiffe zu verstärken. Aber Togo erwartete ihn in dem Sund mit der ganzen japanischen Flotte und faßte ihn am 27. Mai 1905 bei der Insel Tsuschima in der linken Flanke. Togo wußte, um was es sich handelte; vom Hauptmast seines Schiffes Mikasa kam das Signal: „Das Schicksal des Reiches hängt von dieser Schlacht ab; ich hoffe, daß jeder sein Bestes tut“. So geschah es, und da die Japaner 12, die Russen nur 5 neue Schiffe hatten, auch die Geschütze der Japaner und ihre Mannschaft weit überlegen waren, so erfocht Togo einen völligen Sieg. Von 26 russischen Schiffen wurden am 27. und bei der Verfolgung am 28. Mai 17 zum Sinken gebracht, 5 genommen; nur 4 entkamen nach Wladiwostok oder Manila. 8000 Mann wurden getötet, verwundet oder gefangen; dieses letztere Schicksal hatte der Admiral Roschdestwensky selbst, der überdies schwer am Arm verwundet war. Der Verlust der Japaner betrug nur 113 Tote und 424 Verwundete. Das Kriegsgericht hat Roschdestwensky von jeder Schuld an der Niederlage freigesprochen.

Dieses „Trafalgar des Ostens“ gab auch die Meeresherrschaft in die Hände der Japaner; es konnte ihnen niemand wehren, daß sie nun am 7. Juli ein Heer auf der nördlich von ihrem Archipel gelegenen Insel Sachalin (76000 qkm), deren Südhälfte sie bis 1875 besessen hatten, landeten und die paar tausend Russen, welche dort lagen, binnen wenigen Wochen nach Erschöpfung von Schießbedarf und Lebensmitteln zur Übergabe nötigten.

Wenn die Ziele der Japaner bei diesem Krieg die unbestrittene Schutzherrschaft über Korea und die Zurückeroberung Port Arthurs nebst dem daran hängenden Einfluß auf die Mandschurei gewesen

Digitized by Google

waren, so waren diese Ziele jetzt zweifellos erreicht, und es bestand nicht die geringste Aussicht für die Russen, diese Erfolge des Feindes rückgängig zu machen. Andrerseits wurde der Krieg für die Japaner immer schwieriger, je weiter er sich in den Norden der Mandschurei hinaufzog, und da das russische Heer zwischen Charbin und Tieling wieder auf 400 000 Mann gebracht ward, so war die Möglichkeit eines Rückschlags nicht ganz ausgeschlossen. Überdem hatte der Krieg Russen wie Japanern an Geld und Menschen ungeheure Opfer auferlegt, obschon die Verluste in den oft ein bis zwei Wochen sich hinziehenden Schlachten niemals die Höhe der unseren bei Spicheren oder Mars la Tour erreichten, wo wir 12, bezw. 22 vom Hundert unserer Mannschaften einbüßten. Somit war zur Beendigung des Krieges, dessen wesentliche Ergebnisse unabänderlich feststanden, für beide Teile aller Grund vorhanden; da aber keiner das erste Wort der Nachgiebigkeit sprechen wollte, so erwarben sich der Präsident der vereinigten Staaten, Theodor Roosevelt, der auch hier seine tatkräftige Initiative entfaltete, und, wie Roosevelt selbst am 29. August öffentlich erklärt hat, der deutsche Kaiser Wilhelm II. (der am 23. und 24. Juli mit dem Zaren Nikolaus plötzlich vor Björkö in Finnland zusammenkam) ein großes Verdienst, indem sie ihre Vermittlung in Petersburg und Tokyo eintreten ließen. Sie ward an beiden Stellen gern angenommen, und zu Anfang August trafen zu Portsmouth im nordamerikanischen Staat Newhampshire die Unterhändler zusammen, für Japan Graf Komura und für Rußland der frühere vielgewandte Finanzminister Witte (geb. 1849 in Tiflis). Von den Bedingungen, welche Komura stellte, lehnte Witte zwei rundweg ab, die Zahlung einer Kriegsentschädigung durch Rußland und die Auslieferung der in neutrale Häfen geflüchteten russischen Kriegsschiffe. Das erste, sagte er, wäre ungerecht, weil Japan den Krieg angefangen habe, nicht Rußland; das zweite laufe gegen die russische Ehre. Während der Verhandlungen änderte sich die Lage dadurch, daß am 12. August England das 1902 mit Japan geschlossene Bündnis auf zehn weitere Jahre erstreckte und ihm eine viel weiter tragende Bedeutung verlieh. Beide Reiche verhießen sich nämlich gegen jeden nicht herausgeforderten Angriff einer anderen oder anderer Mächte be-

Digitized by Google

waffneten Beistand (also nicht bloß gegen eine Koalition mehrerer Mächte) und vereinbarten insbesondere, daß in Korea Japan und an der Grenze Indiens England alle Veränderungen vornehmen dürfe, welche sie in ihrem Interesse für geboten halten würden. Dieser Vertrag (den freilich die Blätter der liberalen englischen Opposition als demütigend für England bezeichneten, weil es damit zugestehe, daß es Indien nicht allein schützen könne) sicherte Japan auf zehn Jahre und voraussichtlich auch noch länger gegen jeden russischen Rachekrieg: wenn Rußland mit Japan allein nicht fertig geworden war, wie sollte es gegen Japan und England zusammen aufkommen? So konnte Japan seine Bedingungen in Portsmouth ermäßigen, ohne der Schwäche geziehen zu werden und ohne seine Zukunft zu gefährden; der Friede, den es finanziell mindestens so dringend wie Rußland bedurfte, kam am 5. September 1905 auf folgende Bedingungen zustande. 1. Japan erhält in Korea die vorwaltende Stellung, leistet aber Gewähr für den Schutz russischer Privatinteressen. 2. Es tritt in den Pacht von Port Arthur und Dalny unter denselben Bedingungen wie Rußland ein. 3. Die Mandschurei wird China zurückerstattet; doch muß dieses dort allen Nationen gegenüber den Grundsatz der offenen Türe (Handelsfreiheit) anwenden. 4. Die mandschurische Eisenbahn soll nördlich von Kuang-Tschensi von den Russen, südlich davon von den Japanern verwaltet werden; für jeden Kilometer Bahn dürfen höchstens 15 Soldaten zur Bewachung verwendet werden. 5. Japan erhält die ihm früher gehörige Südhälfte von Sachalin bis zum 50.° zurück; die Schiffahrt durch die La Perouse- und die Tatarenstraße ist frei. 6. Im ochotskischen und im Beringsmeer dürfen die Japaner unter noch genauer zu bestimmenden Bedingungen Fischerei treiben. 7. Beide Nationen gewähren sich einen Handelsvertrag mit der Meistbegünstigungsklausel.

Der Friede von Portsmouth gehört zu den weltgeschichtlichen Ereignissen. Er sicherte Japan 1. die Stellung einer achten Großmacht, welche von den sechs europäischen (Rußland, Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und England) und von den vereinigten Staaten als militärisch und kulturell ebenbürtig anerkannt wird. Die Vorzugsstellung der weißen Rasse auf dem Erd-

Digitized by Google

ball war damit endgültig durchbrochen. 2. Er sicherte Japan ferner die Vormacht im fernen Osten und verschaffte ihm 3. mit der Herrschaft über Korea, das durch Vertrag vom 17. November 1905 ganz unter japanische Vormundschaft trat, eine Stellung auf dem Festland; endlich 4. drängte er Rußland von den chinesischen Meeren ab und beschränkte seine Stellung am großen Ozean. Wenn Kaiser Wilhelm II. den Zaren Nikolaus II. einmal als Admiral des großen Ozeans begrüßt haben soll, so war dieser Traum nun zu Ende.

Was seither im fernen Osten geschah, hat die Ergebnisse des großen Kriegs nur bestätigt. Die Mandschurei kehrte unter das Szepter Kuang-Hsüs zurück; aber China öffnete kraft eines ergänzenden Abkommens mit Japan dort bis Juli 1907 sechzehn Städte allen Nationen — den Vorrang hat natürlich auch im Handel Japan. Durch Verträge, welche im Mai und Juni 1907 Frankreich und Rußland mit Japan schlossen, verbürgten sich diese Mächte ihren ostasiatischen Besitzstand; über die Fischereirechte der Japaner im ochotskischen und im Beringsmeer wurde bald nachher das Nähere vereinbart; die Todfeinde von 1904 schienen die besten Freunde zu sein, und am 11. März 1908 verwilligte die russische Duma die Mittel, um die Gesandtschaft in Tokyo zum Rang einer Botschaft zu erheben. Als auf der zweiten sog. Haager Friedenskonferenz (welche am 15. Juni 1907 eröffnet wurde und auf Deutschlands Antrag ein internationales Oberprisengericht schuf, auch die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg regelte, der von England angeregten Frage allgemeiner Abrüstung aber nicht näher trat) der koreanische Prinz Yi Yong im Auftrag des Kaisers Yi Höng erschien, die Zulassung Koreas zu den Beratungen verlangte, da es ein selbständiger Staat sei, und bittere Klage über die japanischen Gewalttätigkeiten führte, da zwang der japanische Resident in Söul, Marquis Ito, den Kaiser nach 43jähriger Regierung zum Rücktritt, setzte seinen Sohn Yi Tschak auf den Thron und schloß mit ihm einen „Vertrag" vom 24. Juli 1907, kraft dessen der japanische Resident in Söul alle Gesetze erlassen, alle Beamten ernennen und alle wichtigen Staatsangelegenheiten erledigen durfte. Damit war Koreas Selbständigkeit so gut wie vernichtet. Am 29. August 1910 ward sie auch formell aufgehoben, indem das

Digitized by Google

Land zur japanischen Kronkolonie Cho-Sen erklärt und unter die Statthalterschaft des Grafen Tarauchi gestellt wurde. Die Kaiserfamilie wurde der japanischen für ebenbürtig erklärt und erhielt eine besondere Hofhaltung in Tokyo; vornehme Koreaner wurden zu japanischen Peers erhoben. Durch Förderung von Handel und Wandel und Pflege des Unterrichts suchte man die Koreaner über den Verlust ihrer Unabhängigkeit zu trösten; 100 Volksschulen, ein Lehrerseminar und eine höhere Mädchenschule wurden sofort ins Leben gerufen.

Eine schwarze Wolke freilich hängt am Horizont Japans und Ostasiens: der Gegensatz zwischen Japan und den vereinigten Staaten. Er äußerte sich in dem Bestreben der Amerikaner, der japanischen Einwanderung in den Uferstaaten des großen Ozeans Einhalt zu tun, und führte 1907 in Kalifornien zur Einweisung der japanischen Kinder in besondere gelbe, als minderwertig angesehene Schulen, und 1909 zu Beschlüssen gegen Grunderwerb und Bildung von Erwerbsgesellschaften durch Japaner. Zwar verhinderte Roosevelt die Durchführung dieser unfreundlichen Maßnahmen, indem er den Gouverneur von Kalifornien Gillette zur Einlegung seines Vetos bestimmte; ja er vereinbarte sogar am 28. November 1908 in Washington ein nach dem Muster der russisch-französisch-japanischen Verträge entworfenes (von dem Staatssekretär Root und dem Botschafter Takahira unterzeichnetes) Abkommen, laut dessen die vereinigten Staaten und Japan sich ihren derzeitigen Besitz im stillen Ozean gegenseitig verbürgten, den Grundsatz der „offenen Tür" an allen Handelsplätzen für alle Völker verkündigten und bei auftauchenden Verwicklungen sich zu verständigen versprachen. Aber es muß als fraglich gelten, ob dieses Abkommen mehr als papierenen Wert besitzt: im Hintergrund der amerikanisch-japanischen Beziehungen lauert eben doch die Frage, wer Herr des großen Ozeans sein soll. Wie sich dieser Gegensatz entwickeln wird, ist eins der größten Probleme der Zukunft. Eine Fahrt der 22 Schiffe starken amerikanischen Flotte in den großen Ozean (im Jahr 1907/08) ward allgemein als Probe dafür aufgefaßt, ob die vereinigten Staaten im Ernstfall in jenen Gewässern den Japanern mit voller Wucht entgegentreten könnten, und da

Digitized by Google

auch die Australier von Haß und Eifersucht gegen die Gelben erfüllt waren, so fand die amerikanische Flotte bei ihnen eine Aufnahme, über deren Wärme man in England stutzig wurde; es sah danach aus, als ob die Australier mehr zu den Yankees als zu dem offiziell japanfreundlichen England hinneigten.

Der Gegensatz zu Japan ist auch mit ein Anlaß geworden, daß die vereinigten Staaten zielbewußt darauf ausgingen, ihren durch ihre Kapitalmacht erlangten wirtschaftlichen Einfluß auf die Staaten von Zentralamerika zu einer politischen Vorherrschaft auszubauen. Unter dem Einfluß der vereinigten Staaten riß sich 1903 Panama von der Republik Columbien los und erklärte sich für selbständig (87 000 qkm, 400 000 Seelen); 1909 erkannte Columbien dies an und Panama übernahm an der columbischen Staatsschuld $2^1/_2$ Millionen Dollars. Nunmehr konnten die vereinigten Staaten ihre Hand auf den seit 1881 im Bau begriffenen Kanal von Panama legen, der ihrer Flotte die Möglichkeit schaffen sollte, rasch vom atlantischen in den stillen Ozean zu gelangen; er hat für die vereinigten Staaten ungefähr die Bedeutung wie für uns der Kaiser-Wilhelmskanal und soll auch an seinen beiden Enden befestigt werden, wozu England unter Abänderung des sog. Clayton-Bulwer-Vertrags seine Einwilligung gab. Kraft Vertrags vom 8. Februar 1907 übernahmen die vereinigten Staaten die Verwaltung der Zölle der Republik San Domingo, um deren Finanzen zu ordnen. Im August 1910 wurde der Präsident der Republik Nicaragua (124 000 qkm, 330 000 Einwohner), Madriz, der einen Bund der zentralamerikanischen Republiken erstrebte, um sie so selbständig zu erhalten, durch Parteigänger der vereinigten Staaten, die Brüder Juan und José Estrada, mit Hilfe amerikanischer Schiffe und Truppen zur Flucht gezwungen; die Schulden Nicaragua's kamen unter die Verwaltung der vereinigten Staaten. Das gleiche Schicksal ereilte im Mai 1911 den 80jährigen Präsidenten von Mexiko (2 Millionen qkm, 12 Millionen Einwohner) Porfirio Diaz, einen Mann aus indianischem Blut, der erstmals 1877 und seit 1884 immer wieder zum Staatsoberhaupt gewählt, Mexiko mit fester, oft schwerer Hand regiert, ihm 12 000 Kilometer Bahnen (darunter die über den Isthmus von Tehuantepek 1908, 122 Kilo-

Digitized by Google

meter lang) gebaut, Schulen und Lehrer für eine Million Kinder gegeben und einen Barbestand von 62 Millionen Pesos (zu 4 Mk. 31 Pfg.) aufgespeichert hatte. Gegen ihn erhob sich Ende 1910 Madero im Namen der Freiheit der Wahl des Staatsoberhaupts, welche durch Diaz zum leeren Wort gemacht worden sei, und da Diaz mit Japan über Einräumung einer Flottenstation in der Magdalenenbai an die japanische Seemacht verhandelt und dadurch das Mißtrauen der vereinigten Staaten erweckt hatte, sandte Präsident Taft im März 1911 20000 mit äußerster Schnelligkeit mobilisierte Soldaten an die Grenze von Texas und Mexiko, mit dem Hauptquartier in San Antonio, und unterstützte die Aufrührer offen und heimlich so, daß Diaz sich genötigt sah, am 24. Mai sein, ihm erst im Juni 1910 nochmals übertragenes, Amt niederzulegen und das Staatsruder an den Minister des Auswärtigen de la Barra als einstweiligen Präsidenten abzugeben. Er selbst verließ seine Heimat und ging zunächst nach Bad Nauheim. Auch auf Südamerika suchten die vereinigten Staaten ihren Einfluß auszudehnen; es wurden wiederholt „panamerikanische Kongresse" abgehalten, auf denen die Vertreter der vereinigten Staaten das große Wort führten. Doch hat sich Südamerika großenteils seit einiger Zeit so günstig entwickelt, daß es auf eigenen Füßen stehen kann, und der Gegensatz der Rassen und Konfessionen steht einer Anerkennung der Führerschaft der wesentlich angelsächsischen und protestantischen vereinigten Staaten entgegen. Während lange nur Chile sich geordneter Verhältnisse erfreute, haben sich neuerdings auch die meisten andern Staaten aus den ewigen Bürgerkriegen und Putschen herausgearbeitet. Bolivia konnte 1909 die Goldwährung einführen. Argentinien und Chile erhielten am 2. April 1910 durch Eröffnung des Tunnels, der, 5065 m lang, in der Seehöhe von 3140 m den mächtigen Gebirgsstock des Cumbre durchbricht, eine Eisenbahnverbindung, die erste, die das südamerikanische Festland durchquerte und Buenos Ayres und Valparaiso verknüpfte. Erst 1902 war die Fahrstraße über den Cumbre eröffnet worden, auf deren höchstem Punkt das Bild des segnenden Christus errichtet wurde; nun fährt man nicht mehr im sturmumtosten Gebirgswägelchen über den Paß, sondern im behaglich erwärmten Eisen-

Digitized by Google

bahnwagen, im Aufblick zu dem silberleuchtenden Gipfel des 7036 m hohen Bergriesen Aconcagua, bis der Zug im Schoß des Gebirges verschwindet, um auf der Westseite der Anden wieder das Tageslicht zu erblicken.

Zwölftes Kapitel

Die russische Revolution

Der völlige Bankrott des russischen Regierungssystems in dem Krieg gegen Japan, der offenkundig vor aller Welt Augen lag, hatte auf die inneren Verhältnisse des Reiches ähnliche Wirkungen wie die Niederlage Preußens gegen Napoleon 1807 und wie die des altösterreichischen Staates in dem Krieg von 1859 gegen Frankreich und Sardinien. Nicht das russische Volk, so war die allgemeine Empfindung, war besiegt worden, sondern der Absolutismus, der starrsinnig und hochmütig alles zu können gemeint hatte, der deshalb jeden Wunsch nach Anteilnahme des Volkes an der Leitung der Geschicke des Staates als Anmaßung abgelehnt, jede Kontrolle als unnötig von sich gewiesen hatte und nun der Unfähigkeit überwiesen war. Die seit dem Dekabristenaufstand von 1825 auf die Tagesordnung gesetzten Bestrebungen nach Einreihung Rußlands in die verfassungsmäßig regierten Staaten erhielten jetzt ein überwältigendes Gewicht. Nikolaus I. (1825—55) hatte sie als verbrecherisch behandelt und mit rauher Faust unterdrückt. Als er, im Krimkrieg zuschanden geworden, von Schmach und Unwillen verzehrt dahinging, zeigte sich sein Sohn und Nachfolger Alexander II. (geb. 1818, Kaiser 1855—81) dem Geist der neuen Zeit zugänglich. Er gab 1861 dem russischen Bauernstand die Freiheit, gewährte 1863 den Hochschulen eine freie Verfassung und verlieh 1864 den Städten, Kreisen und Landschaften Selbstverwaltung: jede Stadt erhielt ihre Duma, ihren Gemeinderat, jeder der 816 Kreise seinen Kreisrat von 50 Mitgliedern, jede der 78 Landschaften (Gouvernements) ihren Gubernialrat von 70—80 Mitgliedern (russisch semstwo = Landschaft), gebildet aus Adeligen, Bürgern und Bauern und befugt über Wege, Brücken, Post, Schulen,

Digitized by Google

Gesundheitspflege, Feuerpolizei und Nahrungsfürsorge zu beschließen. 1874 ward die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Nach dem russisch-türkischen Krieg von 1877—78 entschloß sich der Zar seinem Volk als Krönung der vorhergegangenen Reformen auch eine Verfassung zu verleihen. Es ist eine bekannte und feststehende Tatsache, daß der Entwurf dieser Verfassung fertig im Pult Alexanders II. lag und der Tag ihrer Bekanntgabe bestimmt war, als dieser Herrscher am 13. März 1881 durch eine Bombe getötet wurde, welche durch eine nihilistische Verschwörung zu seinem Verderben geschmiedet war. Mit diesem Namen *Nihilisten*, der in seinem heutigen Sinn von dem berühmten Schriftsteller Iwan Turgenjew (in seinem Roman „Väter und Söhne" 1862), aufgebracht worden ist, bezeichnete man diejenigen, welche dem russischen Absolutismus in tödlichem Haß gegenüberstanden und ihn und mit ihm die ganze Staats- und Gesellschaftsordnung *zunichte* machen wollten (lateinisch nihil = nichts). Diese fanatische Sekte, welcher auch viele Frauen und Mädchen*) angehörten und welche ihre Bomben gegen das höchste Haupt des Staats wie gegen dessen erste Beamte schleuderte, fand einen Rückhalt an der pessimistischen Stimmung, mit der die gebildete russische Gesellschaft den Absolutismus betrachtete. Unter dem Anschein, als ob der Zar, „das Väterchen", wie das Volk ihn in altüberlieferter Ergebenheit nannte, alle Macht innehabe, war der Absolutismus — da *eine* Person unmöglich alles tun und übersehen kann — in Wahrheit die Herrschaft der zarischen Bureaukratie, der Beamtenschaft, welche unter dem Schutz des Namens des Zaren dem Land ihren Willen auferlegte und wenigstens zum Teil durch Gewalttätigkeit und Bestechlichkeit sich verhaßt machte. Man muß es nun hervorheben, *daß das Zarentum freiwillig seine absolute Gewalt gemäßigt und beschränkt hatte*; daß für die Gesetzgebung der sog. *Reichsrat*, der aus den Ministern und aus Vertrauensmännern des Zaren

*) So Wera Sassulitsch (geb. 1853), die am 5. Februar 1878 den Stadthauptmann von St. Petersburg, Trepow, wegen Mißhandlung eines Nihilisten schwer verwundete und am 1. April von den Geschworenen freigesprochen wurde.

Digitized by Google

gebildet war, eine beratende Stimme hatte; daß die Verwaltung ebenso durch das sog. Ministerkomitee, dem außer den Ministern höhere Beamte, Vertrauenspersonen des Herrschers und der Thronfolger angehörten, sachdienlich beraten wurde; daß endlich das Recht zwar im Namen des Zaren, aber nicht von ihm, sondern durch ordentliche Gerichte gesprochen wurde; und so haben sachkundige Beurteiler noch in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts diesem gemäßigten Absolutismus eine lange Zeitdauer in Aussicht gestellt, falls seine Träger der nötigen Einsicht nicht ermangelten. Aber alle jene Beschränkungen änderten nichts daran, daß dem Zaren wohl Rat erteilt werden konnte und sogar ordnungsmäßig erteilt werden mußte, daß es aber zuletzt doch ganz bei ihm stand, ob er diesen Rat befolgen wollte oder nicht, und daß dieser Rat nur von Beamten oder Notabeln, welche das Vertrauen des Zaren besaßen, erteilt wurde, nicht aber von Männern, welche das russische Volk erwählt hatte. Dieses Volk hatte nur zu gehorchen, nicht aber etwas zu sagen. Die wesentlichen Rechte des freien Bürgers, Sicherheit von Eigentum und Freiheit, waren in Rußland entweder nur schattenhaft oder gar nicht vorhanden; vermöge der „administrativen Verschickung" konnten Männer, die politisch verdächtig waren, ohne richterliches Verfahren durch Polizeiwillkür nach andern Gegenden, besonders Sibirien, verschickt werden. Die altrussische Partei, an deren Spitze Gelehrte und Schriftsteller wie Katkow (1820—87), Constantin Aksakow (1817—60) und sein Bruder Iwan (1823—86) standen, war der Ansicht, daß der Absolutismus das dem russischen Volk naturgemäße Regiment sei und mit der orthodoxen Form des Christentums und dem Satz, daß das Ackerland kraft des „Mir" (Dorfgemeinschaft) nicht dem einzelnen, sondern der Gemeinde gehöre, die drei großen Vorzüge des Ostens vor dem Westen Europas ausmache. Die geistige Ansteckung seitens dieses Westens war aber, seit Katharina II. (1762 bis 1796) sich als Freundin Diderots und Voltaires gab, so gewaltig fortgeschritten, daß das Festhalten am Absolutismus von den gebildeten Russen fast einmütig verdammt und der Blutarbeit der Nihilisten innerlich oder gar öffentlich eine gewisse Sympathie gezollt wurde: mochten die Autokraten, wenn nicht aus

Digitized by Google

Liberalismus, dann aus Angst um ihr Leben ihre Allgewalt fahren lassen!

Alexanders II. Sohn und Nachfolger, der mit der schönen dänischen Prinzessin Dagmar vermählte Alexander III. (geb. 1845, 1881 bis 1894), ein Mann von herkulischer Körperkraft, aber beschränktem Geiste und ausgezeichnet nur als musterhafter Familienvater, ließ nach einigem Schwanken die Absichten seines Vaters eine Verfassung zu gewähren fallen, weil man ihn überredete, daß, wer der Revolution entgegenkomme, sie nicht verhüte, sondern vielmehr erst ihr die Bahn bereite. So wurde die Autokratie aufs neue als unverrückbarer Eckpfeiler des russischen Staatswesens verkündet und die Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise, statt zur Verfassung des Gesamtreiches weiter entwickelt zu werden, wieder rückgängig gemacht; die Beschlüsse der Semstwa (Mehrzahl von Semstwo) wurden 1890 an die Genehmigung der Statthalter gebunden, und die Bauern wurden der Willkür besonderer Vögte unterstellt. Alexander III. ließ sich von seinem jüngeren Bruder, dem Großfürsten Sergius (1857—1905), und seinem Erzieher, dem Rechtsgelehrten Pobjedonoszew (1827—1907), leiten, der, persönlich ein hochgebildeter Mann, der eigentliche Wortführer der altrussischen Partei wurde und als Oberprokurator des heiligen Synods, der vom Zaren bestellten obersten Kirchenbehörde, eine höchst einflußreiche Stellung bekleidete. Unter dem Einfluß der Altrussen begann die Verfolgung der nichtrussischen Nationalitäten, vor allem der Deutschen in den Ostseeprovinzen, gegen welche die lange Jahrhunderte von ihnen geleitete und zu Wohlstand und Bildung emporgehobene esthnische und lettische Urbevölkerung aufgehetzt, denen ihre ständischen Rechte und ihre deutschen Schulen, 1893 selbst die altberühmte, von Gustav Adolf gegründete Universität Dorpat (in Jurjew umgenannt) entrissen wurden; dann auch der seit ihrem Aufstand von 1863 ihres römisch-katholischen Kirchenguts, ihrer nationalen Schulen und ihrer getrennten Verwaltung beraubten Polen; endlich der Finnen, denen Alexander I. 1809 bei der Besitznahme ihres Landes ausdrücklich für sich und seine Nachfolger die Achtung ihrer Landesverfassung eidlich zugesichert hatte.

Als Alexander III., der nihilistischen Mordanschlägen glück-

Digitized by Google

lich entgangen war, am 1. November 1894 einem rasch sich entwickelnden Nierenleiden erlag, folgte ihm sein Sohn Nikolaus II. (geb. 18. Mai 1868), der am 26. November 1894 sich mit Prinzeß Alice von Hessen (geb. 1872), einer Enkelin der Königin Viktoria von England und Nichte der Kaiserin Friedrich, vermählte. Dieser an sich wohlwollende, aber tieferen Gemüts wenigstens nach dem Zeugnis des amerikanischen Botschafters White ermangelnde und willensschwache Monarch (bei dessen Krönung in Moskau am 26. Mai 1896 Tausende von Menschen im Gewühl zertreten wurden) hielt an der herkömmlichen Selbstherrschaft fest und ließ, zum Widerstand gegen die Altrussen zu schwach, die Verfolgung der nichtrussischen Nationalitäten noch schärfer werden. Finnland erlitt unter ihm seit 1899 ein wahres Martyrium, namentlich durch den Statthalter General Bobrikow, der schließlich von einem jungen Finnländer namens Schaumann am 17. Juni 1904 in seiner Amtswohnung erschossen wurde. Das Land verlor 1901 sein selbständiges Heerwesen, indem seine Truppen als 22. Armeekorps dem Reichsheer eingereiht wurden, die selbständige Stellung seines Landtags, den ausschließlichen Gebrauch der finnischen Sprache in amtlichen Erlassen und sollte allmählich zu einem einfachen russischen Regierungsbezirk herabgedrückt werden „wie Tula oder Twer". Diese Nationalitätsverfolgungen waren gleichbedeutend mit der Vernichtung der höheren Kultur im Reiche; nirgends konnten sich die Russen auch nur von ferne mit den Deutschen oder Finnen an Bildung messen. „In Finnland, bezeugte selbst der harte Bobrikow, gibt es Dörfer, welche Büchereien von 15000 Bänden besitzen: wie viele, so folgerte er freilich bezeichnenderweise, revolutionäre Schriften können unter diesen Tausenden über das ganze Land verstreut sein!" Setzt man statt revolutionär aufgeklärt oder gebildet, so wird man den Sachverhalt treffen.

Dieses ganze despotische System erlebte nun in dem Krieg gegen Japan seine völlige Verurteilung. Schon nach den ersten Niederlagen von Port Arthur, am Yalu und auf Liaotong wurde der Minister des Innern Plehwe, einer der starrsten Vertreter der Gewaltherrschaft, am 28. Juli 1904 durch einen Bombenwurf getötet; der an seine Stelle berufene, als liberal geltende Fürst

Digitized by Google

Swjatopolk Mirski vermochte aber gegen die bisher allmächtige Strömung bei dem schwachen Willen des Zaren nichts auszurichten: die orthodoxe Religion, sagte Pobjedonoszew in einem Ministerrat, kennt gemäß der heiligen Schrift nur den Absolutismus; eine konstitutionelle Regierung ist gegen das Wort Gottes! und ihm stimmten die meisten Prinzen des kaiserlichen Hauses, die sog. Großfürsten, bei, die in ihrer Gesamtheit einen hochmütigen, selbstsüchtigen und politisch reaktionären Klüngel bildeten; von einer Verfassung befürchteten sie den Sturz ihrer Macht. Und doch kannte die russische Geschichte die Einrichtung einer Landes- oder Nationalversammlung sehr wohl, des sog. Semski Sobor, der, aus den hohen Adeligen oder Bojaren, den hohen Beamten und hohen Geistlichen als einer Art Oberhaus und aus gewählten Abgeordneten der niederen Geistlichkeit, der Kaufleute, der Städte, der Kosaken als einer Art Unterhaus bestehend, zwischen dem Regierungsantritt Iwáns des Schrecklichen und dem Peters des Großen, also zwischen 1533 und 1689, nicht weniger als 32 mal getagt und nicht bloß eine beratende, sondern eine beschließende Stimme gehabt hatte. „Die besten und verständigsten Leute" wurden in einem amtlichen Schriftstück seine Mitglieder 1613 genannt, in welchem Jahr der Semski Sobor sogar das Recht der Wahl eines Zaren (nach dem Erlöschen des Hauses Rurik) ausgeübt hat. Der damals erwählte Michael Románow ward ausdrücklich verpflichtet, auch künftig bei wichtigen Dingen, so bei Entscheidung über Krieg und Frieden, die Landesversammlung zu befragen. Peter der Große (1689—1725) hat den Semski Sobor in Abgang kommen lassen; aber die mit freisinnigen Ideen gern kokettierende Kaiserin Katharina II. berief 1767 wieder eine solche Versammlung, welche freilich durch wilde Zänkereien und Mangel an politischer Fähigkeit sich selbst um allen Kredit brachte. Nach Herstellung der Volksvertretung verlangte nunmehr das ganze fortschrittliche Rußland, obwohl der bekannte Philosoph und Dichter Graf Leo Tolstoi (1828—1910) in seinem Abscheu vor aller modernen „Pseudokultur" mahnte, man solle bedenken, daß im europäischen Westen die Einführung der Verfassungen nur die Zahl derer, welche sich am Volk bereichern, vermehrt, die Ausbeutung des Volks selbst aber nicht vermindert habe,

Digitized by Google

und solle also den einzig richtigen Weg einschlagen: Rückkehr zu einfachen Verhältnissen, zum Ackerbau, Abstoßung der sogenannten Zivilisation und jeder Regierung! Das Landvolk litt seit dem Anfang der 90er Jahre infolge drückender Steuern, schlechter Ernten und veralteter Wirtschaft bitteren Hunger (statt 330 kg Korn jährlich auf den Kopf wurden 1895 z. B. nur 240 erzeugt), und seine Not steigerte sich durch den Krieg, der alles verteuerte und die Zahl der Arbeiter sehr verminderte, ins Unerträgliche. So machten sich, dem alten Herkommen gemäß, das dem russischen Volk das Recht gewährte, jederzeit seine Anliegen persönlich vor den Zaren zu bringen, am 22. Januar 1905 etwa 9000 Menschen unter Führung des Priesters Gapon (der später freilich sich von der Regierung kaufen ließ und deshalb von den Revolutionären ermordet wurde) in St. Petersburg auf den Weg, um dem Zaren im Winterpalast ihre Not zu klagen. An der über die Newa führenden Troitzkibrücke aber wurden sie, da sie ihren Vormarsch einzustellen sich weigerten und ungebärdig johlten und schrieen, von dem dort aufgestellten Fußvolk unter dem Befehl des Großfürsten Wladimir, eines Oheims des Zaren, mit drei Salven beschossen, wodurch nach amtlichen Angaben 96 Menschen getötet und 233 verwundet wurden; das Bild des Zaren, das dem Zug vorangetragen wurde, ward durch Kugeln durchlöchert. Nach den glaubwürdigen Angaben des Berichterstatters des Temps, der die Spitäler besuchte, wurden bei den Salven und der nachfolgenden Sprengung des Zuges durch Fußvolk und Kosaken sogar 2195 Menschen, darunter auch Frauen und Kinder, getötet oder tödlich verwundet. Fürst Mirski ward nun entlassen und durch den Reaktionär Bulygin ersetzt. Die Antwort auf das Gemetzel vom 22. Januar erfolgte am 17. Februar 1905, wo der Großfürst Sergius bei einer Ausfahrt in der Nähe des Justizpalastes zu Moskau durch eine Bombe in Stücke gerissen wurde. Nun lenkte der Zar ein und verhieß am 3. März 1905 unter Anklang an die alte Formel von 1613 die Berufung würdigster, des Vertrauens werter, vom Volke gewählter Männer zur Beratung der Gesetzesvorlagen; er erklärte sich also bereit, das selbstherrliche Regiment wenigstens so weit abzuändern, daß er

Digitized by Google

eine beratende Landesversammlung zugestand. Die fortgesetzten Niederlagen im Osten, wo am 10. März Mukden in die Hände der Japaner fiel, trugen zu dieser entscheidenden Wendung sehr viel bei. Da der Zar aber am 19. August das aktive Wahlrecht zu dieser „Duma" an den Grundbesitz band, wodurch alle in den Städten zur Miete Wohnenden ausgeschlossen wurden, und die Städte von 412 Abgeordneten nur 28 erhalten sollten, so brach, in Szene gesetzt von der in Rußland gut organisierten sozialdemokratischen Partei, aber unterstützt auch von den gebildeten Schichten, ein allgemeiner Streik aus; die Eisenbahnbediensteten, die Post- und Telegraphenbeamten stellten bis nach Irkutsk in Sibirien ihren Dienst ein; St. Petersburg war Tage lang ohne Gas und ohne Elektrizität; selbst Ärzte, Apotheken, Advokaten streikten. Die Bauern nahmen dem Adel vielfach seine Kornvorräte, um sich satt zu essen, mit Gewalt weg und plünderten die Schlösser; in Esthland, Livland und Kurland erhob sich die alteinheimische Bevölkerung gegen die deutschen Edelleute und Pfarrer, und zahlreiche verbrannte und verwüstete Edel- und Pfarrhöfe, deren Inhaber zum Teil ermordet wurden, gaben Zeugnis von dem wilden Fanatismus einer zugleich nationalen und proletarisch-sozialistischen Bewegung, welche die alte deutsche Kultur der baltischen Provinzen mit dem Untergang bedrohte.

Zar Nikolaus tat unter diesen Umständen zweierlei. Einmal erließ er auf den Rat des namentlich in Finanzsachen vielgewandten, seit Portsmouth (S. 472) zum Grafen und Ministerpräsidenten erhobenen Sergius Witte (geb. 1849 in Tiflis) das Manifest vom 17. Oktober nach dem russischen (= 30. Oktober nach dem gregorianischen) Kalender, worin er 1. die Grundlagen der bürgerlichen Freiheit (Sicherheit der Person, Gewissensfreiheit, Freiheit der Rede, der Schrift und der Vereinsbildung) gewährte, 2. den am 19. August vom Wahlrecht ausgeschlossenen Klassen das Recht indirekter Wahl zugestand und 3. der Duma das Recht verlieh, daß künftig ohne ihre Zustimmung kein Gesetz verkündet werden sollte; damit erhielt sie statt einer bloß beratenden Stimme eine beschließende. Im Zusammenhang mit diesem Manifest wurden die gewaltsamen Maßregeln gegen die nichtrussischen Nationalitäten,

Digitized by Google

besonders gegen die baltischen Deutschen und die Finnen, zurückgezogen; es erstanden in Livland wieder deutsche Schulen, und der finnische Landtag zu Helsingfors übte wieder die gesetzgebende Befugnis aus. In Polen gewann eine demokratische Strömung, welche mit den russischen Demokraten Hand in Hand ging, über den Adel die Oberhand, und eine Versammlung aller Semstwo-Mitglieder und städtischen Räte in Moskau vom 23. November sprach sich für die volle Autonomie Polens aus; „Kreml und Praga sollen sich die Hand reichen". Außer diesen Zugeständnissen wandte der Zar aber auch die ihm zur Verfügung stehenden Gewaltmittel an, was um so notwendiger war, als die Anarchie bereits auch Heer und Flotte ergriff; die Seeleute von Kronstadt und Odessa erhoben offenen Aufruhr und verübten zum Teil entsetzliche Greuel. Mit militärischer Gewalt, wobei die Treue des altberühmten Garderegiments Semenow hell erstrahlte, wurden in Moskau an Weihnachten die aufrührerischen Arbeiter niedergeschlagen, deren Absicht unmittelbar auf soziale Revolution und den Sturz des bereits wankenden Herrscherhauses gerichtet war. In ähnlicher Weise siegte die Staatsgewalt in den großen polnischen Industriestädten Warschau und Lodz und über die 17000 Arbeiter der Kohlengruben von Sosnowice, wo überall Mord und Gewalttaten gegen die Fabrikanten und Aufseher und gegen die Organe der Regierung an der Tagesordnung gewesen waren. Auch in den Ostseeprovinzen schritt der Staat endlich mit Nachdruck gegen die Mörder und Brandstifter ein und stellte die Ordnung wieder notdürftig her.

Zu Anfang 1906 wurden die Wahlen zur Duma auf den April ausgeschrieben, aber vor deren Zusammentritt die Reichsgrundgesetze am 9. Mai vom Zaren bestätigt, wonach neben der auf je fünf Jahre zu wählenden Duma ein hälftig ernannter, hälftig vom Adel, den Universitäten und den Semstwa gewählter Reichsrat mit gleichem Recht stehen und beide Körperschaften die Initiative, das Interpellationsrecht und (im Verein mit der Krone) die Gesetzgebung ausüben, auch Tagegelder von 25 Rubeln beziehen sollten. Ausdrücklich erklärte der Zar, daß die Grundgesetze der Zuständigkeit der Duma nicht unterworfen sein sollten. Die Verfassung war damit als Ausfluß des selbstherrlichen Willens des Zaren

Digitized by Google

charakterisiert und der Duma die Bedeutung einer verfassunggebenden Versammlung entzogen. Die Wahlen erstreckten sich auf alle dem Zaren unterstehenden Länder in Europa und Asien; nur Finnland nahm als selbständiges Land mit eigenem Parlament nicht daran teil. Bei diesen Wahlen, wobei z. B. in St. Petersburg 148000 Wähler vorhanden waren, siegte die Linke weitaus; namentlich erlangten die sog. konstitutionellen Demokraten, welche man nach ihren Anfangsbuchstaben K. D. Kadetten nannte, verhältnismäßig die meisten Sitze, von insgesamt 524 etwa 197, und sie stellten deshalb auch in der Person des Professors Muromzew den Präsidenten der Duma. Die Eröffnung geschah am 10. Mai 1906 im St. Georgsaal des Winterpalastes zu St. Petersburg, und der Zar las mit kräftiger, im Saal widerhallender Stimme eine warme Erklärung vor, welche „die besten Männer Rußlands" zu gemeinsamer Arbeit am Wohl des Vaterlandes einlud und betonte, daß zum Wohl Rußlands die Ordnung ebenso notwendig sei als die Freiheit. An der Spitze der Regierung stand seit 5. Mai nicht mehr Graf Witte, dem Fortschrittliche wie Konservative gleich sehr mißtrauten, sondern Goremykin, unter dem der reaktionäre Durnowo das Ministerium des Innern bekleidete. Die Hoffnung des Zaren, daß die Versammlung in politischer Weisheit einträchtig mit der Regierung zusammenarbeiten werde, erfüllte sich nicht. Einerseits beging die Regierung schwere Fehler, indem sie oft eine kräftige Hand vermissen ließ; als z. B. in Bialystok die Erbitterung des russischen Volkes gegen die des Wuchers und der Schürung jeder Revolution beschuldigten Juden am 14. Juni zu einer Judenverfolgung (Pogrom) und zur Plünderung von 169 Judenhäusern und Tötung von 75 Juden führte, tat die Regierung dem nicht entschieden Einhalt; auch verhinderte der stark reaktionäre Einschlag des Ministeriums, daß die an sich monarchisch gesinnten, wenn auch demokratische Reformen anstrebenden Kadetten allmählich sich nach rechts entwickelten und mit den Oktobristen, welche sich ganz auf den Boden des Manifestes vom 17./30. Oktober stellten, zu einem gemäßigten Zentrum sich zusammenschlossen. Andrerseits ließ es die große Mehrheit der Duma an aller schuldigen und von der einfachsten Klugheit und

Digitized by Google

dem einfachsten Anstand gebotenen Rücksicht auf das Staatsoberhaupt fehlen, dem nicht einmal ein schlichter Dank für seinen Entschluß zur verfassungsmäßigen Gestaltung des Staatswesens ausgesprochen wurde, und die Adresse der Versammlung an den Zaren vom 18. Mai verlangte allgemeine Amnestie (so daß selbst die offenbaren politischen Verbrecher und die Bank- und Kassenräuber, deren Zahl Legion war, begnadigt werden sollten), allgemeines Stimmrecht selbst der Frauen, ein parlamentarisches Ministerium, Ministerverantwortlichkeit, Abschaffung der Todesstrafe, Arbeiterfürsorge und Verteilung der Kirchen-, Kloster- und Krongüter unter die Bauern, denen die vier 1861 ihnen auf den Kopf zugeteilten Dessjätinen Land (zu 1,09 ha) bei ihrer seither beträchtlich gestiegenen Kopfzahl nicht mehr genügten. So radikale Reformen mit einem Schlage zuzugestehen, war keiner besonnenen Regierung möglich; sie paßten schon von vornherein großenteils nicht zu dem dermaligen Kulturstand des Volkes, von dem 70% der Männer, 90% der Frauen weder lesen noch schreiben konnten. Seit durch das Eintreffen der kaukasischen Abgeordneten die sozialdemokratische Partei noch verstärkt war und man den Ministern Schimpfworte wie Räuber und Mörder ins Gesicht schleuderte, war die Aussicht auf eine allmähliche Beruhigung der Verhältnisse noch geringer geworden, und so entschloß sich der Zar, die Duma am 21. Juli 1906 aufzulösen. Ein Teil der Abgeordneten begab sich nach Wiborg in Finnland und forderte von da in einem Aufruf zur Steuer- und Rekrutenverweigerung auf, da die Regierung mit der Auflösung die Bahn des Gesetzes verlassen habe: was eine völlig unhaltbare Behauptung war. Der Aufruf blieb aber ohne Widerhall in den Massen, und Graf Leo Tolstoi, der freilich dem ganzen aus Westeuropa übernommenen Parlamentarismus abhold war, faßte sein Urteil über die erste Duma in die Worte zusammen: „Sie rief drei Eindrücke hervor, einen komischen, einen empörenden und einen ekelhaften".

Die Neuwahlen zur zweiten Duma sollte der nunmehr an die Spitze der Regierung berufene Präfekt von Saratow, Stolypin (geb. 1863) leiten, ein ehrenhafter, selbst in den radikalen Kreisen der Duma geachteter Mann, dessen Losung Ordnung und Freiheit,

Digitized by Google

keineswegs blöde Reaktion war. Am 25. August wurde am Schluß seiner Sprechstunde in seiner Villa zu St. Petersburg eine Bombe zum Platzen gebracht, wodurch 30 Personen getötet und 20 verwundet wurden; Stolypins 15jähriger Tochter wurden beide Beine zerschmettert, seinem Sohn der Hüftknochen gebrochen; er selbst blieb unverletzt. Mit solchen Mitteln arbeitete in Rußland die Revolutionspartei; kein Wunder, daß der tückische und barbarische Mordanschlag ihr alle Sympathien rechtlich denkender Menschen in der ganzen Welt raubte. Natürlich ging die Regierung nun gegen diese Bande von Mördern rücksichtslos vor; in St. Petersburg wurden über 1000 Menschen verhaftet, und Feldgerichte verurteilten jeden ergriffenen Verbrecher zu sofortigem Tod. Um die Bauern zu befriedigen und zu gewinnen, erschien am 9. September 1906 ein Ukas, nach dem die Bauernbank 2 Millionen Dessjätinen Kronland zu einem geringen Preis an die Bauern abgeben und weitere 6 Millionen Dessjätinen Staats- und Adelsland (insgesamt besitzt der Adel noch 57 Millionen) an die Bauern verkauft werden sollten; so hoffte man den „Landhunger" der Bauern zu stillen und sie wie in den andern Staaten zu einem konservativen Element des Staatslebens zu machen. Auch wurde den Bauern im Oktober 1906 freie Berufswahl und am 9. November die Möglichkeit verliehen, aus dem „Mir", der Dorfgemeinschaft, auszutreten und Eigenbesitz zu gründen.

Da aber das 1905 gewährte Wahlrecht beibehalten wurde, so war die zweite am 5. März 1907 berufene Duma in ihrer Mehrheit wieder radikal; ja die äußerste Linke kehrte verstärkt zurück. Aber auch auf der rechten Seite gab es in der Versammlung nunmehr über die Oktobristen hinaus eine äußerste Rechte, die Männer vom „Verein echt russischer Leute" oder, wie sie sich auch nannten, vom Verein des russischen Volks; diese waren fanatische russische Nationalisten, Feinde der Gleichberechtigung aller Stämme und Feinde jeder Art von Beschränkung der Selbstherrschaft des Zaren, also Schüler Pobjedonoszews (der indes aus seinen Ämtern 1905 entlassen worden war und 1907 starb). Das geistige Durchschnittsmaß der Versammlung war, da viele hervorragende Mitglieder der ersten Duma wegen des Wiborger Auf-

Digitized by Google

rufs unter gerichtlicher Anklage standen und deshalb nicht wählbar gewesen waren, ein sehr tiefes; 300 Abgeordnete konnten nicht lesen und nicht schreiben. Die Kadetten rückten allmählich nach rechts (da sonst nichts Gedeihliches zu erwarten war), aber nicht so weit, daß sie offen von dem sog. „Terror" der Bombenwerfer sich loszusagen wagten, in dem sie bezeichnenderweise ein gewisses Gegengift gegen den Absolutismus sahen. Als Stolypin einen Mordanschlag gegen den Zaren entdeckte und am 14. Juni 1907 von der Duma die Erlaubnis forderte, sofort 16 an der Verschwörung angeblich beteiligte sozialdemokratische Abgeordnete verhaften und gegen 39 weitere gerichtlich vorgehen zu dürfen, wurde die Prüfung dieses Verlangens einem Ausschuß überwiesen, und dieser beantragte, die Erlaubnis nicht schlechtweg für alle 55 Abgeordnete zu erteilen, sondern für jeden Fall einzeln die Vorbringung von Beweisen zu fordern. Ehe die Duma selbst einen Beschluß fassen konnte, wurde sie in der Voraussicht, wie dieser Beschluß ausfallen würde, am 16. Juni 1907 ebenfalls aufgelöst, da sie den Staat nicht befestigt, sondern unterwühlt habe. Die Neuwahlen sollten laut Ukas des Zaren vom 14. September nach einer anderen Wahlart stattfinden. Zwar sollten alle, welche das Wahlrecht besessen hatten, es auch künftig ausüben; aber die Wähler wurden in die Kurien der Grundbesitzer, der Bauern, der städtischen Bürger erster und zweiter Klasse, der Arbeiter und der Kosaken eingeteilt, welche zusammen 5161 Wahlmänner wählen sollten. Davon entfielen auf die Grundbesitzer 2618 (also 37 über die Hälfte der Gesamtzahl), die Bauern 1113, die Bürger erster und zweiter Klasse 714 und 570, die Arbeiter 112, die Kosaken 34. Den Wahlmännern stand die Wahl der Abgeordneten zu; nur einige Städte hatten das Recht direkter Wahl. Der Zweck des Ukases war, daß den Grundbesitzern in Stadt und Land die Mehrheit der Abgeordneten verbürgt werde, deren Zahl von 524 auf 442 herabgesetzt wurde. Die dem russischen Reich innerlich noch immer fremd gebliebenen Grenzprovinzen erhielten eine viel geringere Zahl von Vertretern als bisher: Polen statt 37 nur noch 14, wovon 2 Russen sein mußten (für Kowno und Wilna), der Kaukasus noch 10, das asiatische Rußland noch 15. Auf diese Art sollte der allzu große

Digitized by Google

Einfluß, den Polen und Kaukasier ausgeübt hatten, herabgedrückt und eine zu fast $^{10}/_{11}$ nationalrussische und am Grund und Boden des Vaterlandes interessierte Duma geschaffen werden. Die Wahlen, welche am 27. Oktober unter sehr schwacher Anteilnahme vollzogen wurden, ergaben ein ganz anderes Bild als die früheren. Die äußerste absolutistische und nationalistische Rechte, der „Verein der echt russischen Leute" unter Markow und Purischkewitsch, zählte 195 Mann, die gemäßigteren Oktobristen 128; die Linke sank auf 83 herunter, worunter 41 Kadetten und 14 Sozialdemokraten sich befanden. Die Oktobristen waren in die beherrschende Stellung eingerückt; sie konnten entweder für die Rechte oder für die Linke den Ausschlag geben; aus ihren Reihen ging am 14. November der Präsident Chomjakow hervor, der aber im März 1910 wegen allzu großer Rücksicht auf die Linke durch seinen Fraktionsgenossen Gutschkow ersetzt wurde. Die baltischen Deutschen, in der ersten und zweiten Duma ohne Vertretung, hatten in die dritte 7 Abgeordnete durchgesetzt; einer der ihren, Baron Meyendorff, erhielt die Stelle eines Vizepräsidenten. Die dritte Duma erwies sich weit arbeitsfähiger als die beiden ersten; sie gab der Änderung des Wahlrechts ihre Zustimmung, vollzog eine regelmäßige Durchberatung des Staatshaushalts und bewilligte am 14. April 1908 die Summe von 264 Millionen Rubel für die Amurbahn, welche nach dem Verlust der mandschurischen Bahn für die Verbindung Wladiwostoks mit Petersburg unentbehrlich war. Dagegen lehnte sie zweimal die für den Neubau der Flotte geforderten Summen ab, mit der Begründung, daß vorher das Marineministerium, dessen nachlässige Überwachung durch den Großfürsten Alexis an dem Unheil von Tsuschima schuld war, von Grund aus reformiert werden müsse; sie erreichte auch 1911 eine andere Besetzung des Marineministeriums. Ferner schuf sie ein Pachtgesetz, das den Erwerb von Land erleichtern sollte, und gab den Gemeinden ein ganz unbeschränktes Wahlrecht. Im Dezember 1908 begann das Parlament die Beratung des Agrargesetzes, welches die Umwandlung des Gemeindebesitzes (Mir) in Einzelbesitz vorschlug; es gelte, so erklärte Stolypin, die wirtschaftlichen Kräfte des Bauernstandes freizumachen, das lebendige Interesse, das nur eigener Besitz erweckt, zu entwickeln. Auf dieser

Digitized by Google

Grundlage kam auch Ende 1910 ein Gesetz zustande, das die Feldbereinigung, d. h. die Zusammenlegung der von einem einzelnen bebauten Grundstücke, ermöglichte; dadurch wurde eine zweckmäßige Art der Wirtschaft in die Wege geleitet, und man kam so dem Hauptziel, der völligen Umwandlung des Gemeindelandes in Einzelbesitz, näher. Von der 1906 erteilten Möglichkeit, allein zu wirtschaften, machten bald 21 %, in manchen Provinzen 50 % der russischen Bauernschaft Gebrauch. Die Freude am Eigentum übte ihre Wirkung: der Einzelbesitz ward häufiger und besser angebaut; während 1900 nur gegen 79 Millionen Dessjätinen mit Korn und Gemüse angebaut waren, belief sich die Zahl 1910 auf über 89 Millionen. Stolypin wurde durch das Anwachsen der nationalistischen Strömung im Lande und in der Duma mit fortgerissen und legte 1910 ein Gesetz in der Duma vor, welches zwar die Semstwoverfassung (S. 478) in sechs von den neun westlichen Provinzen (dem litauischen und klein- oder weißrussischen Podolien, in Kiew, Volhynien, Minsk, Mohilew, Witebsk, nicht aber in dem überwiegend polnischen Grodno, Wilna und Kowno) einführte und insofern einen liberalen Anstrich hatte. Da aber in diesen Provinzen der Großgrundbesitz, der nach dem Gesetz von 1864 einen großen Teil der Semstwo-Mandate zu besetzen hatte, in den Händen der polnischen Aristokratie war, so bestimmte die Vorlage, daß nur ein Teil der Mandate, auf 24 nur 4, polnisch besetzt sein dürften. Damit wurde auch verhütet, daß die neuen Semstwa, von denen nach der Verfassung jede einen Abgeordneten in den Reichsrat entsandte, nur Polen wählten. Die Duma nahm das Gesetz an, um das russische Element im Westen zu kräftigen; der Reichsrat aber, dessen Mehrheit von dem brutalen Nationalismus nichts wissen wollte, verwarf es am 23. Mai 1911 mit 134 gegen 23 Stimmen. Darauf bediente sich Stolypin des Artikels 87 der Verfassung, der erlaubt, während einer Vertagung der Kammern Gesetze einstweilen in Kraft zu setzen, vorbehältlich, daß binnen zwei Monaten die Unterbreitung solcher Gesetze an die Kammern erfolgen muß. Da eine Vertagung gewöhnlicher Art aber nicht vorlag, so vertagte Stolypin die Kammern besonders zu diesem Zweck vom 25. bis 28. März und setzte in diesen Tagen das Gesetz in vorläufige

Digitized by Google

Geltung. Der Zar lieh ihm nach einigem Schwanken dabei seinen Rückhalt, und obwohl der Reichsrat am 14. April mit 99 gegen 53 Stimmen und die Duma am 11. Mai mit 202 gegen 82 das Verfahren des Ministers ausdrücklich als gesetzwidrig verwarfen, so blieb Stolypin doch im Amt. Er erklärte am 11. März: darin, daß der Zar den patriotischen Beschluß der Duma über die Semstwa im Gegensatz zum Reichsrat aufrecht erhalte, liege eine Befestigung, nicht eine Schwächung der Duma. Allein der Eindruck blieb doch, daß mit einer so willkürlichen Anwendung des Artikels 87 der Absolutismus wiederkehre und die Regierung jederzeit Gesetze vorläufig in Kraft setzen könne, deren Wiederaufhebung, wenn auch an sich vorbehalten, doch in der Praxis recht schwierig sich gestalten würde.

Die Verhältnisse in Finnland wurden dadurch erschwert, daß bei den nach dem allgemeinen Wahlrecht vorgenommenen Landtagswahlen vom März 1907 die Sozialdemokraten von 200 Abgeordnetensitzen 80 erlangten; darunter waren 9 Frauen (im ganzen 19 weibliche Abgeordnete). Der Zar hatte den Eindruck, daß die Gewährung der Freiheit der Revolution den Weg ebne; der Landtag ward deshalb am 6. April 1908 aufgelöst, aber ohne Erfolg. Die Sozialisten wuchsen auf 83 Mann an; die 117 übrigen Sitze verteilten sich auf Altfinnen (50), Jungfinnen (24, von radikaler Haltung), Schweden (30), Agrarier (8), christliche Arbeiterpartei (4). Der neue Landtag verwilligte indessen $2^1/_2$ Millionen Rubel für die Herstellung der von Rußland gewünschten Verbindung des finnischen und russischen Eisenbahnnetzes, um wenigstens in einem weniger wichtigen Punkt Entgegenkommen zu zeigen. Im Juli 1908 verfügte das russische Ministerium, daß alle gemeinsamen Angelegenheiten Rußlands und Finnlands — ein sehr dehnbarer Begriff — vom russischen Ministerrat geprüft werden sollten, ehe sie dem Landtag vorgelegt würden. Hiegegen legte der Landtag Einsprache ein, da der Beschluß die Selbständigkeit Finnlands untergrabe, und ward deswegen am 22. Februar 1909 ebenfalls aufgelöst. Die Neuwahlen vom 1. Mai 1909 ergaben dieselbe Zusammensetzung des Landtags, worauf die Duma am 10. Juni 1910 das Gesetz annahm, welches dem finnischen Landtag bloß noch die provinziellen Angelegenheiten überließ, alle Rußland und Finnland

Digitized by Google

gemeinsamen Dinge aber, als welche Heerwesen, Post, Telegraphie, Presse, Vereinswesen namhaft gemacht wurden, der Reichsgesetzgebung zuwies. Demzufolge sollte Finnland zur Duma 4, zum Reichsrat 1 Abgeordneten entsenden. Der brutale Nationalist Purischkewitsch rief höhnend aus: Finis Finnlandiae! Der Landtag legte gegen das am 13. Juni auch vom Reichsrat unter starkem Druck von oben angenommene, vom Zaren Nikolaus II. am 4. Juli unterzeichnete Gesetz am 23. September feierlich Einsprache ein und wurde am 11. Oktober 1910 abermals aufgelöst, aber ohne jeden Erfolg.

Dreizehntes Kapitel

Die marokkanische Angelegenheit

Zu den Ländern, welche bei der bisherigen Aufteilung der Welt unter die europäischen Großmächte noch nicht zur Verteilung gekommen waren, gehörte das Sultanat Marokko im Nordwesten von Afrika. Es hat eine Größe von 440000 qkm, also etwa den Umfang Norddeutschlands mit Elsaß-Lothringen und Baden, und 8 Millionen Einwohner, wovon 5 Millionen einheimische Berbern und 3 Millionen eingewanderte Araber sind; diese stellen in der Hauptsache die Kaufleute und Industriellen und die regierenden Schichten, die Berbern die Landleute, Handwerker und die Diener. Das Land ist von dem Atlas in einer Länge von 2300 km und einer Breite von 500 km durchzogen; die höchsten Spitzen des Gebirgs erheben sich bis 4500 m über das Meer. Die Gebirge und die Nähe des atlantischen Meeres verschaffen Marokko viel mehr Regen und Feuchtigkeit, als Algier und Tunis haben; wenn die Wassermassen zweckmäßig verwertet würden, so würde der größte Teil des Landes fruchtbar sein. Das Innere der Erde birgt allerlei mineralische Reichtümer, welche noch der Hebung harren. Das Volk ist an sich gastfreundlich, auch gegen Christen (solange sie sich harmlos verhalten), und ist nicht ohne natürlichen Verstand, auch betriebsam. Der europäischen Kultur ist Marokko noch wenig erschlossen und im Gegensatz zur Türkei und Persien,

Digitized by Google

welche von dieser Kultur schon stark ergriffen sind, im wesentlichen noch rein muselmännisch. Fes, eine Stadt von etwa 150 000 Seelen, mit seiner berühmten Universität Kairuin, wo der Koran gründlich studiert und erläutert wird, ist der Mittelpunkt des unverfälschten Islam; um 1900 wohnte dort kaum ein Dutzend Europäer, und Tanger (das römische Tingis) an der Straße von Gibraltar, wo der Sitz der fremden Gesandtschaften sich befindet, galt deshalb in den Augen der rechtgläubigen Moslemin als die unreine „Hündin" unter den maurischen Städten. Die Herrschaft über Marokko stand dem Sultan zu, dessen Geschlecht nachweislich von Ali, dem Lieblingsjünger des Propheten, und dessen Tochter Fatime abstammt; er heißt deshalb Scharif oder Scherif (= der Erhabene, Augustus, der Heilige). Die Autorität des Sultans, an sich bürgerlich und religiös gleich heilig, stieß doch in der Wirklichkeit bei den zahlreichen Stämmen des Landes, deren Kaids oder Oberhäupter der Sultan ernannte, oft auf Widerstand, namentlich wenn ihnen Steuern abverlangt wurden; dann sandte der Makhzên (sprich Machsên), die Regierung des Sultans, eine „Mehalla", eine Truppenschar, die von einer Anzahl dem Makhzên seit Alters verpflichteter Familien bezw. Stämme gestellt wird, zur Erzwingung des Gehorsams durch Raub, Brand und Kopfabschneiden ab. Um 1650 glich das Land in politischer Hinsicht den mittelalterlichen europäischen Staaten: feudale Herren, zum Teil im Besitz kirchlicher Würden, überwucherten die monarchische Gewalt so vollständig, daß das Reich in zahlreiche fast selbständige Gebiete sich auflöste. Da kam das Haus Fileli zur Herrschaft, dessen Streben darauf gerichtet war, diese Entwicklung aufzuhalten, die trotzigen Vasallen zu zähmen und den Sultan von ihnen unabhängig zu machen; die Herrscher aus diesem Zweig der Scherife bestellten auch rechtzeitig aus der Schar aller Anwärter ihren Nachfolger und beugten so Thronstreitigkeiten mit ihren zersetzenden Folgen vor. Muley Hassan (1873—94) war ein kraftvoller Herrscher, den der spanische Schriftsteller Gamazo mit dem Hohenstaufen Friedrich II. vergleicht; zum Unglück starb er, ehe er sein Werk einer monarchia Maroccana vollendet hatte. Sein Sohn Abdul Asis (geb. 1878), von einer tscherkessischen Mutter geboren,

Digitized by Google

war ein stattlicher Mann, der durch englische Reisende mit einem gewissen Interesse für die europäische Zivilisation erfüllt war, Tennis spielte, sich illustrierte Zeitungen vorlesen ließ und den Wunsch äußerte, alle daselbst abgebildeten Dinge auch einmal in Wirklichkeit sehen zu können; es fehlte ihm aber die Kraft des festen Willens und unbeugsamer Zähigkeit. Zu rechnen hatte er bei seinen modernen Bestrebungen vornehmlich mit dem Stand der Ulema's, der Koranausleger, die Priester und Rechtsgelehrte in einer Person und fanatische Muselmänner und Anhänger des Alten waren, und mit den Häuptern der zahlreichen religiösen Bruderschaften, namentlich mit der von Muley-Taieb, die unter dem Scherif von Wazzan steht. Der Sultan hatte neun Minister, unter denen 1904 der des Kriegs, Guebbas, und der des Auswärtigen, Ben Sliman, die einflußreichsten waren. Seit 1902 hatte Abdul Asis mit einem Thronbewerber, dem Roghi Bu Hamara, und einem Abenteurer Raisuli einen inneren Krieg, der sich unter allerlei Scharmützeln und Raubzügen unentschieden hinzog; die Kraft das Feuer auszutreten besaß Abdul Asis nicht.

Bei den Vorteilen, welche im Fall der Europäisierung Marokkos zu erwarten waren, konnte es nicht ausbleiben, daß das Land allmählich Gegenstand der europäischen Einwirkung wurde; aus Deutschland z. B. liefen 1901 schon 312 Schiffe die maurischen Häfen an, und noch größer war der englische Handel. Am 3. Juli 1880 wurde in Madrid von Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, England, Italien, Spanien, den Niederlanden, Portugal, Schweden-Norwegen und den vereinigten Staaten mit dem erwähnten Sultan Muley Hassan ein Vertrag geschlossen, der das Schutzrecht der fremden Gesandten über ihre aus den Einheimischen genommenen Diener und Dolmetscher und deren Angehörige regelte; in Artikel 17 dieser Akte war gesagt, daß das Recht auf Meistbegünstigung allen diesen Vertrag schließenden Mächten seitens des Sultans zugestanden sei. In Deutschland faßte man diese Zusage als allgemein gültig auf, nicht bloß als auf das erwähnte Schutzrecht bezüglich — was hätte sie in bezug auf dieses auch eigentlich zu bedeuten gehabt? —, und man empfand deshalb die seit 1904 hervortretenden Versuche Frank-

Digitized by Google

reichs die Hand auf Marokko zu legen und die andern Mächte sachte hinauszudrängen als der Madrider Abkunft zuwiderlaufend. Die Vorgeschichte des deutsch-französischen Konflikts über Marokko ist noch nicht genügend aufgehellt; wenn der mit Diplomaticus zeichnende, oft wohl unterrichtete Mitarbeiter der Westminster Gazette (April 1905) recht hat, so schlossen 1887 England, Italien, Österreich und Spanien ein Bündnis zur Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes im Mittelmeer, und Frankreich war lange ohne Erfolg bemüht, dieses Abkommen zu sprengen, wäre auch bereit gewesen, an Deutschland, um diese Macht für sich zu gewinnen, einen maurischen Hafen, Casablanca oder Rabat, als Kohlenstation zu überlassen. Erst als anläßlich der Haltung der Deutschen beim Jameson-Ritt 1896 und beim Burenkrieg die große Entfremdung zwischen Deutschland und England, welche durch den Neid der Engländer auf die gewaltige Entwicklung unseres Seehandels längst vorbereitet war, auffällig in Erscheinung trat, reiften die französischen Pläne ihrer Erfüllung entgegen. Der Minister Delcassé, ursprünglich Tagesschriftsteller, der seit 28. Juni 1898 an der Spitze des auswärtigen Amtes stand und systematisch auf die Vereinzelung Deutschlands und womöglich einen Koalitionskrieg gegen uns hinarbeitete, brachte zuerst mit Hilfe des gewandten Botschafters Barère beim Quirinal (der Residenz der italienischen Könige seit 1871) im Jahr 1902 mit Italien, wo Visconti Venosta das Äußere leitete, ein Abkommen zu stande, kraft dessen Frankreich den Italienern die Anwartschaft auf die türkische Provinz Tripolis in Nordafrika zugestand, falls es zur Auflösung der Türkei kommen sollte; Italien aber sicherte den Franzosen freie Hand in Marokko zu. Da der Dreibund seinen Gliedern nur ihren bestehenden Besitz verbürgte, Zuwachs aber nicht ins Auge faßte, so verstieß dieses Abkommen mindestens in nichts wider den Buchstaben des Dreibundvertrages, der den Abschluß von Verträgen mit andern Staaten natürlich nicht untersagte, sofern sie seinen Zwecken nicht zuwiderliefen. Am 8. April 1904 schloß dann Delcassé mit Lord Lansdowne den englisch-französischen Vertrag zur Beseitigung aller zwischen beiden Nationen noch vorhandenen Streitpunkte. Die Hauptsache war, daß England und

Digitized by Google

Frankreich versicherten, den politischen Zustand Ägyptens und Marokkos nicht verändern zu wollen, daß aber Frankreich sich verpflichtete, dem Vorgehen Englands in Ägypten keine Schwierigkeiten mehr zu bereiten und keine Frist für die Räumung des Landes zu fordern, wobei die 1888 ausgesprochene Neutralität des Suezkanals nun auch von England ausdrücklich ohne Vorbehalt zugestanden wurde. Dagegen verhieß England den Franzosen seine Unterstützung in Marokko zur Durchführung der notwendigen administrativen, ökonomischen, finanziellen und militärischen Reformen. Wenn Tripolis der (freilich einem fremden Herrscher gehörige) Preis war, den Frankreich an Italien für Marokko zahlte, so war der Preis gegenüber England Ägypten, ein Land, das staatsrechtlich demselben Herrn unterstellt war wie Tripolis, nämlich dem Sultan: ein Land, auf das jedoch Frankreich seit dem Kreuzzug Ludwigs des Heiligen 1248, dann wieder seit Ludwig XIV. und endlich seit Bonapartes ägyptischer Heerfahrt 1798 gewisse Ansprüche des früher Gekommenen geltend machte; in allerneuester Zeit war der Suezkanal wesentlich das Werk des genialen und tatkräftigen Franzosen Lesseps. Delcassé gab alle diese stolzen Erinnerungen preis, um das unsichere Marokko zu gewinnen und Deutschland zu vereinzeln; England erhielt die Taube in der Hand, Frankreich den Sperling auf dem Dach. In dem Vertrag, der das „herzliche Einvernehmen", die entente cordiale, zwischen den alten Feinden besiegelte, wurden ferner die im Utrechter Frieden 1713 gewährten Fischereivorrechte der französischen Fischer auf Neufundland abgeschafft und als Ersatz die Grenzen Frankreichs in Senegambien durch Yarbutenda, wodurch Frankreich Zutritt zum schiffbaren Teil des Gambia bekam, in Guinea durch die Losinseln (10° n. Br.), im Sudan durch eine Straße von Sokoto nach Zinder erweitert. Betreffs Siams sollte der englische Einfluß westlich vom Menam, der französische östlich davon anerkannt sein. Endlich nahm England den französischen Zolltarif auf Madagaskar an, und die strittigen Besitzverhältnisse auf den neuen Hebriden, wo über $^2/_3$ der Kolonisten Franzosen, $^1/_3$ Australier sind, sollten durch einen gemeinsamen Ausschuß untersucht werden. Declassé schwelgte im Jubel über seinen Triumph; er fand es nicht einmal nötig, das Abkommen im

Digitized by Google

schriftlichen Wortlaut in Berlin mitzuteilen, sondern begnügte sich mit mündlichen Äußerungen gegen unsern Botschafter Fürst Radolin. Höhnisch rief der Daily Telegraph: „Nun ist Berlin nicht mehr der politische Abrechnungsplatz für Europa; die Rolle des ehrlichen Maklers ist ausgespielt." Das Journal des débats, eines der altangesehenen Pariser Blätter, gestand unumwunden zu, daß das Ziel der französischen Politik in Marokko sei, durch „friedliche Durchdringung", pénétration pacifique, an Marokko das Werk der tunification, seiner Verwandlung in ein zweites Tunis, zu vollbringen.

Der Reichskanzler Graf Bülow gab sich zunächst den Anschein, als ob Deutschland das Abkommen vom 8. April 1904 mit völligem Gleichmut aufnehme; er sagte am 12. April im Reichstag, daß kein Grund vorliege vorauszusetzen, daß es eine Spitze gegen eine andere Macht habe und andere Zwecke verfolge als die Beilegung von Streitpunkten zwischen den beiden Nationen; ein gespanntes Verhältnis zwischen England und Frankreich würde den Weltfrieden bedrohen. Deutschland habe in Marokko nur wirtschaftliche Interessen, deren Gefährdung nicht zu befürchten sei. Da der Vertrag für 30 Jahre den Grundsatz der Handelsfreiheit in Marokko aussprach, so schien vorerst in der Tat kein Grund zu Besorgnissen vorhanden. Aber es fragte sich doch sehr, ob das Versprechen der offenen Tür in diesen 30 Jahren stets ehrlich gehalten, und noch mehr, ob es nach Ablauf dieser Jahre, wenn Frankreich diese Zeit zur „Tunifikation" Marokkos gut ausnützte, wieder erneuert werden würde. So legte Deutschland, als Frankreichs russischer Verbündeter durch die Niederlage bei Mukden völlig unfähig zum Eingreifen in europäische Händel geworden war, die Lanze zum Vorstoß für seine Interessen und für seine Ehre ein, welche durch die Declassésche Behandlung Deutschlands als einer quantité négligeable gefährdet war: diese Auffassung hat Bülow am 5. April 1906 im Reichstag ausdrücklich vertreten. Um solche Antastung des Reichs gründlich und deutlich zurückzuweisen, landete der Kaiser Wilhelm II. anläßlich einer Reise ins Mittelmeer am 31. März 1905 in der maurischen Stadt Tanger; es galt aller Welt zu zeigen, daß Deutschland in der marokkanischen Frage sich nicht beiseite

Digitized by Google

drängen lassen werde. Wenn man gesagt hat, diese Landung in Tanger habe die Lage gefährlich gemacht, so ist es vielleicht richtiger zu sagen: weil die Lage gefährlich war, erfolgte die Landung. Der Sultan Abdul Asis ließ den Kaiser, in dem er seinen Beschützer gegen das zudringliche Frankreich sah, durch seinen Oheim Abdel Malek feierlich begrüßen und ihm sechs feurige Berberhengste schenken; zu den Vertretern der deutschen Kolonie in Tanger sagte der Kaiser: „Ich freue mich, in Ihnen die ergebenen Pioniere der deutschen Industrie und des deutschen Handels zu begrüßen, die mir bei dem Versuch helfen alle Zeit in einem freien Land die Interessen des Mutterlandes hochzuhalten". Die Mauren waren zu vielen Tausenden herbeigeströmt, begrüßten den Kaiser mit Begeisterung und führten ihm zu Ehren Reiterspiele auf. Deutschland stellte sich kraftvoll und entschlossen auf den Standpunkt, daß der Vertrag vom 8. April 1904, dem es nicht zugestimmt hatte, der ihm erst jetzt, am 18. April 1905, notgedrungen förmlich mitgeteilt wurde, das deutsche Reich gar nichts angehe, daß es über alle seine Interessen mit dem Sultan Abdul Asis direkt als mit einem unabhängigen Herrscher verhandle.

Der Gegensatz zwischen dieser Politik und der Delcassés war so scharf, daß entweder dieser Minister zurücktreten und neue Bahnen eingeschlagen werden mußten, oder daß Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrach. Die französische Nation war klug genug, um den Krieg mindestens jetzt und aus diesem Anlaß nicht zu wollen, obwohl nach den Ausstreuungen der Delcassé anhängenden Presse eine maßgebende englische Persönlichkeit Englands Kriegshilfe gegen Deutschland und demgemäß die Landung von 100000 Engländern in Schleswig-Holstein in Aussicht gestellt haben sollte. Ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich war 1905, wo wir schon über 60 Millionen Menschen hatten, Frankreich nicht ganz 40, eine für Frankreich doppelt gefährliche Sache: das Ministerium Rouvier entledigte sich also am 6. Juni 1905 — am gleichen Tag, an dem der Kaiser bei der Heirat seines ältesten Sohnes Wilhelm mit der Herzogin Cecilie von Mecklenburg-Schwerin den Grafen Bülow in den Fürstenstand erhob — des unbesonnenen Ministers, der fast von allen Seiten jetzt mit Vorwürfen über-

Digitized by Google

häuft wurde, und trat in Verhandlungen mit Bülow ein, welche an sich schon ein Erfolg für uns waren, da dadurch zugestanden wurde, daß man über Marokko nicht ohne uns verfügen könne. Am 8. Juli wurde ein vorläufiges Einvernehmen erzielt, das den dauernden Grundsatz der offenen Tür enthielt. Der Sultan verlangte aber, von Deutschland beraten, den Zusammentritt einer neuen internationalen Konferenz, um die schwebenden Fragen insgesamt unter Mitwirkung aller Beteiligten zu ordnen, und Bülow lehnte das von Rouvier angebotene besondere Einvernehmen Deutschlands mit Frankreich über Marokko ab; er verlangte, um den Gedanken, als ob Frankreich in Marokko von vornherein Vorrechte habe, gründlich zu zerstören, auch unter Anrufung des internationalen Madrider Vertrags von 1880, eine internationale Regelung. Natürlich gingen die Franzosen an diese Art der Behandlung der Sache sehr ungern heran, und da am 5. September Rußland durch den Frieden von Portsmouth wieder eine gewisse Freiheit des Handelns bekam, so war die Lage eine Zeitlang wieder ziemlich gespannt. Am 28. September aber vereinbarten die Bevollmächtigten Révoil und Rosen in Paris doch das Programm, das auf einer nach der spanischen Stadt Algeciras (gegenüber Gibraltar) zu berufenden Konferenz erledigt werden sollte. Diese Konferenz trat am 16. Januar 1906 zusammen; den Vorsitz führte der spanische Minister des Auswärtigen, der Herzog von Almodovar. Deutschland war auf ihr in einer schwierigen Lage, weil es nur einen zuverlässigen Freund hatte, Österreich-Ungarn, das durch den Grafen Welsersheimb sehr tüchtig vertreten war. Italien war Frankreich gegenüber durch den Tripolisvertrag gebunden; ebenso Spanien, mit dem Frankreich, einem Absatz des Vertrags vom 8. April gemäß, im Oktober 1904 einen geheimen Vertrag geschlossen hatte, der, wie es scheint, Spanien im Norden des Landes, Frankreich in der Mitte und im Süden die Vorhand zuteilte. Rußland, Frankreichs Verbündeter, leistete diesem natürlich durch die Bank Vorspann; England, Frankreichs Freund, tat dasselbe vermöge der in der Abkunft von 1904 ausdrücklich übernommenen Verpflichtung. Frankreich wünschte die Polizei nicht bloß in den marokkanischen Grenzbezirken gegen Algier, wo ihm auch Deutschland ein vor-

Digitized by Google

waltendes Interesse nicht abstritt, sondern in allen Häfen des Reichs gemeinsam mit Spanien auszuüben, das voraussichtlich seiner Übermacht gegenüber doch nicht aufkommen konnte; die Staatsbank, welche das marokkanische Geldwesen auf feste Grundlagen bringen sollte, wollte es so organisiert wissen, daß Frankreich von 15 Anteilen 4 haben, ein französischer Kommissär sie leiten und das französische Bankrecht für sie gelten sollte. Deutschland dagegen wollte die Polizei international gestalten, die Bank in einen französischen, deutschen, englischen und spanischen Teil teilen, sie unter das diplomatische Korps in Tanger stellen und das ägyptische Bankrecht maßgebend sein lassen. Als der französische Widerstand gegen die internationale Polizei unüberwindlich war, zogen sich Deutschland und Österreich darauf zurück, daß wenigstens der französisch-spanische Ring dadurch durchbrochen werde, daß Casablanca eine eigene Polizei erhalte, und zwar sollte der von den Niederlanden oder der Schweiz zu stellende Inspektor der Polizei in Casablanca eine eigene Polizeitruppe selbständig befehligen. Der Ausgleich zwischen den sich gegenüberstehenden Standpunkten war sehr schwer zu finden, und mehr als einmal glaubte man das Scheitern der Beratungen nahe. In Berlin soll im auswärtigen Amt der geheime Rat Herr von Holstein äußerstenfalls zum Krieg geraten haben; sein Rücktrittsgesuch vom 12. März (genehmigt 23. April) wurde damit in Verbindung gebracht. Endlich wurde am 28. März 1906 doch ein Einvernehmen erzielt, das am 8. April von den Großmächten, am 18. Juni vom Sultan Abdul Asis unterzeichnet wurde. Der wesentliche Inhalt der Algecirasakte ist folgender: 1. Frankreich und Spanien stellen dem Sultan auf fünf Jahre 16 Offiziere und 32 Unteroffiziere zur Verfügung, welche in den acht Häfen Tetuan, Tanger, Larasch, Rabat, Casablanca, Masagan, Safi und Mogador die Polizei aus eingeborenen Muselmännern organisieren. 2. Die Oberaufsicht über diese Hafenpolizei hat ein — schließlich von der Schweiz in der Person des Obersten Müller zur Verfügung gestellter — Generalinspektor, der dem Sultan über seine Tätigkeit regelmäßig Rechenschaft zu legen und eine Abschrift jeweils davon dem diplomatischen Korps in Tanger einzusenden hat, damit dieses sich überzeugen kann, daß

Digitized by Google

die Polizei dem Vertrag gemäß tätig ist und die offene Tür für alle Nationen erhalten wird. 3. Frankreich erhält von 16 Bankanteilen 3; das deutsche Konsortium wird bei allen späteren Anleihen mit 50% beteiligt.

Das Urteil über den Vertrag von Algeciras ist sehr verschieden ausgefallen. Die Heißsporne in Deutschland und Frankreich klagten gleichermaßen über eine schwere Niederlage; das französische Hetzblatt La France militaire, das im Hinblick auf den damaligen Vorsprung Frankreichs in der Artillerie und auf die angeblich größere Befähigung seiner Generale und Offiziere eifrig zum Krieg gedrängt hatte, überschrieb einen Artikel tant pis! um so schlimmer! und sagte darin: „Unter dem anmaßenden Hochdruck Deutschlands sind unsere Bevollmächtigten Schritt für Schritt zurückgewichen; Stück für Stück haben sie die Grundlagen unserer marokkanischen Politik, welche auf ein nordafrikanisches Frankreich gerichtet war, zerstören lassen. Frankreich hat es nicht gewagt, in das Weiße von Deutschlands Augapfel zu sehen. Tant pis!" In Deutschland dagegen stellten die Kritiker fest, daß die internationale Polizei, welche Bülow anstrebte, nicht erreicht worden sei, daß der Generalinspektor nicht viel mehr zu tun haben werde, als sein Gehalt mit Würde zu verzehren, und daß Frankreich in der Staatsbank einen größeren Einfluß als irgend eine andere Macht haben werde. Schon diese entgegengesetzte Beurteilung zeigt, daß die recht hatten, welche meinten, daß es in Algeciras weder Sieger noch Besiegte gegeben habe, daß eine mittlere Linie zwischen den Extremen erreicht worden sei. Deutschland hatte nicht alles durchgesetzt, was es ursprünglich wollte; aber erreicht hatte es, daß es bei der Regelung der marokkanischen Frage nicht, wie Delcassé versucht hatte, geringschätzig beiseite geschoben wurde, daß vielmehr Frankreich genötigt worden war, sich dem Senat der Großmächte unterzuordnen und durch diesen das Maß seiner Rechte sich vorschreiben zu lassen; nicht Frankreich, sondern der Zusammenschluß Europas und der vereinigten Staaten Amerikas erschien als die dort maßgebende Autorität. Auch war der Grundsatz der offenen Tür, auf den es uns wesentlich ankam, nicht bloß für 30 Jahre, sondern dauernd festgestellt. Ein Ab-

Digitized by Google

kommen, das keinem alles gibt, was er gewünscht hat, wird immer auf Tadel stoßen. Erwägt man aber, daß Delcassés verwegene und uns beleidigende Politik Europa an den Rand eines Weltkriegs gebracht hatte (dessen Schwere außer allem Verhältnis zum nächsten Anlaß stand), so daß Frankreich in den Monaten vor Algeciras eiligst 195 Millionen Mark ausgab, um für alle Fälle kriegsbereit zu sein: so wird man das Werk der Diplomatie, welche diesen Krieg in ehrenhafter Weise abwandte, weniger herb beurteilen, als dies vielfach geschah.

Es war nicht die Schuld der Algecirasakte, wenn die Mauren, über Frankreichs Absichten mit ihrem Land beunruhigt, am 19. März 1907 in Marrakesch den französischen Arzt Dr. Mauchamp, der die Trikolore auf seinem Haus aufzog, steinigten und am 30. Juli bei den Hafenbauten in Casablanca einige Franzosen, Italiener und Spanier erschlagen wurden. Diese Ereignisse gaben dann freilich den marokkanischen Dingen eine neue Wendung. Die Franzosen besetzten Ende März die Stadt Udschda an der algerischen Grenze, um Genugtuung für Mauchamps Tod zu erlangen; am 7. August ließen sie durch einige Kriegsschiffe Casablanca, dessen Bevölkerung größtenteils an den Morden unschuldig war, in Trümmer schießen, wobei viel europäisches, auch deutsches, Eigentum brutal zerstört ward. Dann landeten sie 3500 Mann Truppen unter General Drude (seit Januar 1908 d'Amade), die mit den umliegenden Stämmen wiederholt scharfe Gefechte hatten. Die Truppenzahl in Udschda und Casablanca stieg allmählich auf 13000 Mann, die Auslagen Frankreichs bis zum März 1908 schon auf über 20 Millionen Fr. In der Verwirrung erhob sich gegen Abdul Asis sein älterer Bruder Muley Hafid im August als Gegensultan. Frankreich hielt zu Abdul Asis und ließ ihm in Rabat am 7. Oktober 1907 den Großkordon der Ehrenlegion überreichen. Im Juli 1908 besetzte d'Amade sogar den Hafen Azemur, durch den allein Muley Hafid mit der Welt in Verkehr stand, und entzog ihm die beträchtlichen Zolleinkünfte dieses Hafens; doch erhielt der General von dem Kriegsminister Picquart sofort den Befehl, diesen, eine direkte bewaffnete Einmischung in den Bruderkrieg bedeutenden, verhängnisvollen Schritt zurückzutun. Am 19. August wurde Abdul

Digitized by Google

Asis' minderwertiges Heer bei der Kasbah (= Citadelle) El Kelaa nordöstlich von Marrakesch durch drei hafidische Abteilungen, die sich vereinigten, angegriffen und völlig zersprengt; Abdul Asis entkam mit Mühe nach Settat und schloß dann, am Sieg verzweifelnd, im November mit Muley Hafid ein Abkommen, nach welchem er gegen ein Jahrgeld von 140000 Mark auf den Thron verzichtete und seinen Wohnsitz in Tanger aufschlug. Deutschland gab die Anregung zur nunmehrigen Anerkennung des Siegers, und Ende November ward nicht ohne Schwierigkeit unter den Mächten ein Einvernehmen erzielt, auf Grund dessen der Älteste des diplomatischen Korps in Tanger am 6. Januar 1909 Muley Hafid seine Anerkennung durch die Großmächte anzeigte. Ein bedenklicher Zwischenfall ereignete sich in Casablanca am 25. September 1908; der deutsche Konsulatssekretär Just wollte drei fahnenflüchtige deutsche Fremdenlegionäre an Bord eines Schiffs bringen; diese wurden aber von französischen Soldaten angehalten und weggeführt, nicht ohne daß es zu Tätlichkeiten kam. Da jeder Teil die Schuld an diesen Tätlichkeiten dem andern zuschob und die Franzosen behaupteten, daß Just auch österreichischen und schweizerischen Ausreißern habe durchhelfen wollen, so verständigten sich beide Regierungen, den ganzen noch unaufgeklärten Handel an das Haager Schiedsgericht zu bringen, das am 22. Mai 1909 seinen vermittelnden Spruch fällte. Der deutsche Sekretär wurde gerügt, weil er in der Tat auch nicht reichsdeutsche Ausreißer habe einschiffen wollen; ebenso erhielt aber die französische Militärbehörde einen Tadel, weil sie den im Namen des deutschen Konsulats über die Ausreißer geübten Schutz nicht soweit irgend möglich geachtet habe. Der deutschen Forderung auf Auslieferung der drei reichsdeutschen Ausreißer ward nicht stattgegeben.

Ehe dieser Spruch erging, erfolgte im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Besuch Eduards VII. in Berlin eine Annäherung des deutschen Reichs und Frankreichs, indem beide am 9. Februar 1909 einen Vertrag über Marokko abschlossen. Danach wurde die Algecirasakte feierlich bestätigt und demgemäß von Frankreich die Unabhängigkeit des scherifischen Reichs erneut anerkannt, ebenso die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen in Marokko.

Digitized by Google

Ausdrücklich verpflichtete sich überdies Frankreich, den deutschen Handels- und Gewerbeinteressen in Marokko nicht entgegenzuwirken, sondern auf diesem Gebiet gemeinsam mit Deutschland vorzugehen. Dafür erkannte Deutschland an, daß Frankreichs besondere Interessen mit der Sicherung von Frieden und Ordnung in Marokko eng verknüpft seien, und verhieß diesen Interessen nicht entgegenzuwirken. Am 17. Februar 1910 bildete sich in Paris die société marocaine des travaux publics, an deren Kapital (2 Millionen Fr.) Frankreich mit 50, Deutschland mit 30, die andern Nationen mit 20% beteiligt waren; im Verwaltungsrat saßen 6 Franzosen, 4 Deutsche, 1 Engländer und 1 Spanier.

Muley Hafid brachte am 12. August 1909 den Roghi Bu Hamara (S. 496) in seine Gewalt und ließ ihn in ein Käfig sperren, seinen Leuten aber Hände oder Füße abhauen: Grausamkeiten, die in Europa großen Abscheu erregten, aber freilich in Marokko landesüblich sind. Der Sultan bedurfte zur Befriedigung der fremden Gläubiger und zur Bezahlung von Entschädigungen für die durch die Beschießung Casablancas zu Schaden gekommenen Europäer 80 Millionen Franken; die Franzosen bezifferten ihre Kriegskosten auf 70 Millionen. Zur Deckung der ersten Summe gewährte Frankreich Muley Hafid eine Anleihe, die durch die sämtlichen nicht schon verpfändeten und unter französischer Aufsicht zu erhebenden Zölle sicher gestellt wurde; die 70 Millionen sollte der Sultan im Lauf von 75 Jahren in Jahresteilen von 2740000 Franken abzahlen. Für seine Hofhaltung wurden ihm jährlich 3 Millionen Franken vorbehalten. Durch diesen Vertrag ward der Sultan fast nackt ausgezogen und auf unabsehbare Zeit von Frankreich abhängig; kein Wunder, daß er ihn erst nach einem Ultimatum angenommen hat (19. Februar 1910). Er besaß nichts mehr, um seinem Lande förderlich sein zu können; dagegen scheinen seine hohen Beamten, besonders der Wesir El Glaui, durch Habsucht und Gewalttaten das Volk zur Verzweiflung getrieben zu haben, wie wenigstens ein offener Brief des Kaids Akka des Stammes Beni Mtir an Europa, der in der Times vom 9. Mai 1911 erschien, offen aussprach. Verachtung eines Fürsten, der der Vasall der Giaurs war, und Haß gegen sein hartes Regiment trieben

Digitized by Google

die Stämme um Fes zu einem Aufruhr, den der Sultan mit seinen von den französischen Offizieren Mangin und Brémond geführten Truppen nicht niederwerfen konnte. Dies und einen Überfall des Stammes der Saër auf französische Posten benutzte das an Briands Stelle getretene radikale Ministerium Monis, um (trotz mahnender Stimmen selbst in der englischen Presse, trotz der in dem eifersüchtigen Spanien sich kundgebenden großen Erregung, trotz der Angriffe des sozialistischen Abgeordneten Jaurès auf die „im Dienst profitgieriger Geldmänner stehende" Regierung), eine einschneidende Maßregel vorzunehmen: unter dem Aushängeschild der Rettung der (gar nicht ernstlich bedrohten) Europäer in Fes und eines angeblichen Hilferufs des Sultans ließ Monis den General Moinier im März 1911 an der Spitze von 21 000 Mann von Casablanca auf Fes vormarschieren und dieses ohne wesentlichen Kampf am 21. Mai besetzen. Dabei ward die Erklärung abgegeben, daß Moinier nach Befreiung des Sultans und Rettung der Europäer Fes wieder räumen werde. Am 14. Juni rückten französische Truppen auch in Mekines ein. Dieses Vorgehen Frankreichs, das auf eine Besitznahme des Landes abzielte, zerriß die Dämme, welche bisher die Wogen zurückgehalten hatten; mit der gleichen Begründung, daß sie ihren bedrohten Angehörigen beistehen müßten, besetzten die Spanier am 8. Juni den Hafen Larasch und bald darauf El Ksar, und entsandte Deutschland am 1. Juli das Kanonenboot Panther nach dem Hafen Agadir im Süden des scherifischen Reichs. Der Panther ward sofort durch den stärkeren Kreuzer Berlin ersetzt.

Vierzehntes Kapitel

Innerer Umschwung in Deutschland
Block-Politik

Die schwere Gefahr, in welcher Deutschland 1905—06 ein volles Jahr lang geschwebt hatte, ging nicht ohne tiefen Eindruck auf die Nation vorüber. Auch die Anhänger der bürgerlichen Linken, welche bisher immer die Forderungen für Heer und Flotte als

Digitized by Google

Ausflüsse des das Volksmark verzehrenden Militarismus bekämpft hatten, rangen sich zur Erkenntnis durch, daß wir ohne eine starke Wehr verloren wären, daß namentlich Englands Politik, anscheinend unter dem zunehmenden Einfluß des überaus klugen und geschickten Königs Eduard VII., darauf ausgehe, Deutschland als gefürchteten Nebenbuhler um Handels- und Flottenmacht zu vereinzeln und „einzukreisen", um dann gelegentlich mit Hilfe anderer über uns herzufallen. Nach einer anderen Auffassung zielte die Politik Eduards VII., obschon er uns nicht liebte, nicht eigentlich darauf, uns niederzuschlagen, da er unsere Flotte als der englischen keinesfalls gewachsen oder gar gefährlich ansah und der Dreibund nach seiner Ansicht eine ernste Probe wegen des österreichisch-italienischen Gegensatzes nicht bestehen würde. Wohl aber hielt er einen Zusammenschluß der drei Kaisermächte aus Gründen monarchisch-konservativer Politik für wahrscheinlich und innerlich begründet, und fürchtete, daß Rußland aus dem Gefühl einen sicheren Rückhalt an Deutschland und Österreich zu haben die Lust und die Kraft zu energischem Vorgehen in Asien, besonders gegen Indien schöpfen werde. Deshalb schloß er 1904 das „herzliche Einvernehmen" mit Frankreich, das ihm die Brücke nach St. Petersburg schlagen sollte, und suchte er allmählich auch Österreich in sein Netz zu ziehen. So oder so begründet, zielte seine Politik auf unsere Vereinsamung ab. Die Art, wie England 1907 auf der zweiten Haager Friedenskonferenz (S. 474) die Frage der gemeinsamen Abrüstung aller Großmächte zur Sprache brachte, legte den Verdacht nahe, daß Deutschland, das eine solche Abrüstung als unausführbar ansah, als Friedensfeind hingestellt werden sollte; aber auch Frankreich weigerte sich aus denselben Gründen wie wir der Sache Folge zu geben. In der Tat ist bei der Verschiedenheit der Verhältnisse, insbesondere der Ordnung der Wehrpflicht, eine Gleichartigkeit der Abrüstung nicht erreichbar. Auch würde die Durchführung der Sache eine unausgesetzte Überwachung der Staaten notwendig machen, und wem soll diese Überwachung übertragen werden? wer soll bei Meinungsverschiedenheiten das Urteil sprechen? In dem allem läge eine Quelle unaufhörlicher Streitigkeiten, gegenseitigen Mißtrauens und gegenseitiger Verbitterung. Am letzten Ende wird die Sicherheit einer

Digitized by Google

Nation immer auf ihrer Wehrkraft beruhen, von deren Entwicklung sich deshalb keine Nation abhalten lassen kann, und auch die bürgerliche Linke des Reichstags gestand zu, daß wir das tüchtigste und dabei verhältnismäßig billigste Heer besitzen, das in brauchbarem Stand zu halten Pflicht aller sei. Unter dem Eindruck dieser Erkenntnis stimmte, als die Reichsregierung für Beendigung des südwestafrikanischen Kriegs 29 Millionen Mark verlangte, die ganze bürgerliche Linke neben der Rechten und den Nationalliberalen am 13. Dezember 1906 mit Ja. Das Zentrum war aber durch den Widerstand gereizt, den der neue (am 3. September an Stelle des Erbprinzen Ernst von Hohenlohe-Langenburg ernannte) Kolonialdirektor Dernburg seinen tyrannischen Mitregierungsversuchen entgegensetzte; es wollte die Regierung seine Macht fühlen lassen, und die Sozialdemokraten standen ihm natürlich zur Seite, da es sich ja um Vereitelung einer Forderung für das deutsche Heer handelte. So wurde die Regierungsforderung mit 177 gegen 168 Stimmen abgelehnt und statt 29 nur 20 Millionen bewilligt. Hierin lag ein unstatthafter Eingriff des Parlaments in die Befehlsgewalt des Kaisers, da durch die Streichung der Gelder auch eine Verminderung der im Feld stehenden Streitkräfte mitten im Krieg herbeigeführt, bezw. dem Kaiser abgedrungen wurde. Aus diesem Grund faßte der Bundesrat kurz vor der Abstimmung den Beschluß, sich so etwas nicht bieten zu lassen, und auch die bayerische Regierung, welche bei den bayerischen Parteiverhältnissen doch sehr mit dem Zentrum rechnen mußte, trat diesem Standpunkt bei, wie Freiherr v. Podewils am 18. Oktober 1907 in der Abgeordnetenkammer zu München erklärt hat, in der Hoffnung, daß in letzter Stunde sich eine Mehrheit für die Regierungsforderung finden werde. Diese Hoffnung verwirklichte sich aber nicht, und sofort nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Abstimmung erklärte deshalb der Reichskanzler den Reichstag im Namen der verbündeten Regierungen für aufgelöst. Wenn auch bei den Neuwahlen von 25. Januar 1907 das Zentrum seine Stellung behauptete und 105 Abgeordnete durchsetzte, auch die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen der Opposition zufiel, so traf doch die Wucht der nationalen Empörung die Sozialdemokratie so ver-

Digitized by Google

nichtend, daß sie 38 Sitze verlor und von 81 Mann auf 43 herabsank; ohne die vergebens von mehreren Bischöfen bekämpfte Hilfeleistung des Zentrums hätte sie sogar noch ein weiteres Dutzend Sitze verloren. Selbst Großstädte, die seit langem sicherer Besitz der Sozialdemokratie schienen, wie Braunschweig, Bremen, Breslau, Dresden I., Elberfeld, Frankfurt, Halle, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, München I, Stettin, wurden ihnen meist schon im ersten Anlauf entrissen. „Wer die Hiebe bekommt," sagte der nationalliberale Führer Bassermann mit glücklichem Witz, „ist unter Kameraden ganz egal": die Kameradschaft des Zentrums und der Sozialdemokratie, welche bisher die Mehrheit des Reichstags gehabt hatte, war in die Minderheit (176 gegen 221) geworfen. Die Konservativen zählten 63 Mann, die Reichspartei 24, die Nationalliberalen 55, die freisinnige Volkspartei 27, die freisinnige Vereinigung 14,*) die deutsche Volkspartei 7, die Antisemiten und Bauernbündler 26. Mit dem Reichstagsvorsitz des Zentrums war es nach elfjähriger Dauer der ultramontanen Vorherrschaft im Reich zu Ende, und am 20. Februar 1907 ward der konservative Graf Udo Stolberg-Wernigerode (1840—1910) mit 214 Stimmen gegen 164, welche auf den ultramontanen Oberlandesgerichtspräsi-

*) Zur freisinnigen Vereinigung gehörten seit 1903 auch die früheren Anhänger des sog. nationalsozialen Vereins, den der geistvolle Politiker und Schriftsteller Friedrich Naumann (geb. 1860 zu Störmthal bei Leipzig, 1883—94 Pfarrer) 1896 gegründet hatte, um das nationale und soziale Element in engster Verbindung gleichermaßen zur Geltung zu bringen und unter dem Schlachtruf: Demokratie und Kaisertum! die Arbeiter von der Sozialdemokratie loszulösen. Als dies sich nicht erreichen ließ, löste auf Naumanns Antrag der Verein sich am 30. August 1903 wieder auf, und die meisten Mitglieder traten der freisinnigen Vereinigung bei, welche früher unter Bambergers Führung die Manchesterpartei reinsten Wassers gewesen war, seit den 90er Jahren aber eine völlige Wandlung zu einer entschieden sozialreformerischen Partei durchgemacht hatte (ihr Organ war die Wochenschrift „Die Nation"). Die „Agrarier" und „ostelbischen Junker" wurden von ihr stets ebenso leidenschaftlich bekämpft wie von Naumann; auch dies ein Grund zum Zusammenschluß.

Digitized by Google

denten Spahn fielen, zum Vorsitzenden der deutschen Volksvertretung gewählt. Der neue „Block“ (wie man nach französischem Vorbild den Zusammenschluß der Konservativen und Liberalen nannte) bewilligte die Erhebung des Kolonialdirektorpostens zum Staatssekretariat, die 29 Millionen für Südwestafrika, die 8,9 Millionen für den Bau der dortigen Südbahn von Kubub bis Keetmanshoop und ein Darlehen von 5 Millionen zur Wiederaufrichtung der verheerten Farmen. Auf das Ausland machte der Wahlausfall einen tiefen Eindruck; „das deutsche Volk hat,“ so schrieb der Daily Telegraph, „ein so glänzendes Beispiel moralischer Kraft und patriotischer Einsicht gegeben wie selten ein anderes Volk.“ Wenn das Zentrum und die Sozialisten zusammen noch 5 400 000 Stimmen im Gegensatz zu 4 960 000 der Konservativen und Liberalen aller Schattierungen erlangt hatten, so war auch dies nur geschehen, weil sie im Wahlkampf hoch und heilig beteuerten, daß ihre Abstimmung vom 13. Dezember beileibe nicht böse gemeint gewesen sei und ihnen nichts ferner gelegen habe als unsere Truppen in Südwestafrika wehrlos zu machen. Wenn unsere Lage in der Welt sich sehr besserte, wenn von Einkreisung und Isolierung Deutschlands nicht mehr so unverhohlen gesprochen wurde wie früher, wenn der Zar am 3. August 1907 zu Kaiser Wilhelm nach Swinemünde kam, Eduard VII. am 14. August nach Wilhelmhöhe, so durfte nicht bloß unsere Diplomatie, es durfte unser Volk selbst an dieser Wendung sich ein Hauptverdienst zuschreiben.

Auf die Sozialdemokratie hatte die schwere Wahlniederlage eine erhebliche Wirkung. Bisher herrschte in dieser Partei, insbesondere durch die Wucht des Einflusses ihrer Führer Liebknecht (1826—1900) und Bebel (geb. 1840 in Köln), der orthodoxe Marxismus; d. h. die Ansichten, welche Karl Marx (1818—1883) in seinem Buche „Das Kapital“ 1867 vorgetragen hatte, nach welchem die kapitalistische Wirtschaft notwendig zur Aussaugung und Verelendung der Massen führt, eine Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit nicht denkbar ist und schließlich die unterhöhlte Gesellschaft einem gewaltsamen Zusammenbruch anheimfallen muß, wurden von den Parteitagen als Evangelium der Partei behandelt. Die

Digitized by Google

sich immer stärker regende kritische Richtung, welche die Lehren von der Verelendung und der unausbleiblichen Katastrophe angesichts der sich stetig hebenden Lebenshaltung der Massen bestritt, eine allmähliche Evolution des Sozialismus statt der plötzlichen Revolution lehrte und eine Revision des Parteiprogramms forderte (daher Revisionisten), wurde an die Wand gedrängt, besonders auf dem stürmischen Dresdener Parteitag von 1903 (S. 292), obwohl bedeutende Männer wie der Führer der bayerischen Sozialdemokraten v. Vollmar (geb. 1850) und der Schriftsteller Bernstein (geb. 1850) zu den Revisionisten gehörten. Nach der Reichstagswahl von 1907 aber, welche der Revisionist Bernhardt offenherzig „das Jena der Phrase" nannte, predigte Bebel auf dem Parteitag in Essen vor allem Einigkeit der Partei und begrub das Kriegsbeil gegen die Revisionisten; im Reichstag schlugen sozialistische Redner wie Noske in Militärfragen selbst patriotische Töne an, um die diesmal abgefallenen „Mitläufer" wieder zur Partei herüberzuziehen. Die Revisionisten waren besonders zahlreich in Süddeutschland, und hier stimmten 1908 sogar die sozialistischen Landtagsabgeordneten in Bayern, Hessen, Baden und Württemberg für die Gesetze über den Staatshaushalt, welcher doch nach dem orthodoxen Marxismus lediglich auf die Interessen der Unternehmerklasse zugeschnitten sein sollte. Der Nürnberger Parteitag vom 3. bis 18. September 1908 beschloß, daß eine Genehmigung des Staatshaushalts nur in Ausnahmefällen statthaft sein solle, wenn es gelte, ein noch weniger arbeiterfreundliches Budget zu verhindern. Der Mehrheit von 258 Abgeordneten der sozialdemokratischen Vereine stand aber eine revisionistische Minderheit von 119 Stimmen gegenüber, und 66 süddeutsche Vertreter gaben eine Erklärung zu Protokoll, wonach sie den Parteitag nur in gesamtdeutschen Fragen als oberste Instanz anerkannten, in Landesfragen aber die Landesparteien, und die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Budgets dem pflichtmäßigen Ermessen der Landtagsfraktionen vorbehielten. Auf dem Leipziger Parteitag (12.—18. September 1909) neigte sich das Zünglein der Wage etwas auf die Seite der Revisionisten; aber in Magdeburg (18.—23. September 1910) wurde der Nürnberger Beschluß mit

Digitized by Google

289 gegen 80 Stimmen bestätigt und den Budgetbewilligern mit Ausschluß gedroht. Übrigens sind die Revisionisten nur in der vorsichtigen Taktik, welche die bürgerlichen Massen nicht erschrecken und mit der bürgerlichen Linken so weit wie möglich zusammengehen will, von den Radikalen verschieden, nicht aber im Endziel, der Sozialisierung aller Verhältnisse, und weil sie sich gemäßigt geben, sind sie im Grunde gefährlicher als die „wilden Männer" der äußersten Linken.

Die Hauptfrage war nun, ob der politische Verstand der im konservativ-liberalen Block zusammengeschlossenen Parteien hinreichend entwickelt war, daß sie auf einer mittleren Linie sich dauernd zusammenfanden; extreme Forderungen von rechts oder links mußten den Block alsbald sprengen und dem Zentrum die verlorene Machtstellung wieder in die Hände spielen. Um die Regierung im Sinn einer mittleren Linie einheitlich zu gestalten, wurde am 22. Juni 1907 vom Kaiser auf Bülows Rat der Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky, der der Reichstagsauflösung wegen der sozialpolitischen Verdienste des Zentrums widerstrebt hatte, durch den preußischen Minister des Innern v. Bethmann Hollweg und der dem Zentrum sehr gefügige preußische Kultminister Studt durch den Unterstaatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten Holle ersetzt (der freilich bald schwer erkrankte und im Juli 1909 durch den Oberpräsidenten Trott zu Solz (geb. 1855) ersetzt wurde). Das preußische Ministerium des Innern übernahm der Oberpräsident von Ostpreußen Graf Friedrich von Moltke. Dem Reichstag, der am 22. November 1907 wieder zusammentrat, legte der Reichskanzler drei Gesetzesentwürfe vor, von welchen jeder auf seinem Gebiet einen wesentlichen Fortschritt bedeutete. Der erste schrieb vor, daß wegen Majestätsbeleidigung nur noch in Fällen unzweifelhaft bewußter und gewollter Beleidigung des Staatsoberhauptes gerichtlich eingeschritten werde. Der zweite über die Börse gab den durch das Börsengesetz vom 22. Juli 1896 abgeschafften Terminhandel wenigstens für Bergwerks- und Fabrikaktien, nicht aber für Korn und Mehl wieder frei, hob das sog. Börsenregister wieder auf und suchte so die enge Einschnürung der Börsentätigkeit, welche wirtschaftlich sich nicht bewährt hatte, zu

Digitized by Google

lockern. Der dritte Entwurf enthielt ein Vereinsgesetz für das ganze Reich, das alle Vereine, welche nicht ungesetzliche Zwecke verfolgen, kurzweg gestattete, auch den Frauen den Beitritt freigab und die Fälle, wo die Polizei das Recht des Einschreitens hatte, genau umgrenzte. Der Entwurf hatte nicht bloß den großen Wert, daß er an Stelle vieler, voneinander weit abweichender deutscher Vereinsgesetze im ganzen Reich ein einheitliches Recht schuf; er brachte auch für die meisten Staaten, besonders Preußen und Sachsen, eine liberalere Gestaltung dieses Rechts und enthielt nur für Württemberg und einige kleinere Staaten in einigen Punkten einen Rückschritt; aber auch für diese Staaten bedeutete er in manchen Punkten wieder eine Verbesserung. § 7 des Entwurfs sprach das Verbot des Gebrauchs fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen aus, womit es vornehmlich den Polen unmöglich gemacht werden sollte, in früher und an sich rein deutschen Gegenden (S. 308) polnische Versammlungen zu halten, für welche die Regierung der Natur der Sache nach keine des Polnischen kundigen Überwachungsbeamten zur Hand haben konnte. Der Reichstag begann die Beratung dieser Vorlagen Ende 1907; sie wurden schließlich alle von den Blockparteien in festem Zusammenhalt erledigt. Der § 7 des Vereinsgesetzes, der vom Zentrum, Polen und Sozialisten als eine angebliche Ungeheuerlichkeit bekämpft wurde, fand selbst bei dem Führer der deutschen Volkspartei, dem Schwaben Friedrich Payer, Verständnis als eine notwendige Maßregel gegen ein Volk, das sich in seine Zugehörigkeit zu Preußen und dem Reich nun einmal nicht fügen wolle. Der § ward aber auf Wunsch der Linken dahin abgeändert, daß 1. die Verhandlungen wissenschaftlicher Vereinigungen und die von Wahlversammlungen in der ganzen Zeit vom Beginn des Wahlgeschäfts bis zu seinem Ende von dem Verbot nichtdeutscher Sprachen nicht betroffen sein sollten, und 2. in Reichsteilen, wo die nichtdeutsche eingesessene Bevölkerung über 60% beträgt, noch zwanzig Jahre lang der Gebrauch fremder Sprachen gestattet wurde, falls die Versammlungen drei Tage vorher angezeigt würden. Diese Klausel kam 42 polnischen, 3 dänischen und 2 kassubischen Kreisen zugute. Das Vereinsgesetz ging am 5. April 1908 mit 194 gegen 168, das Börsengesetz mit 203

Digitized by Google

gegen 168 Stimmen durch; die zwei großen Gruppen Block und Antiblock stimmten dabei so gut wie geschlossen mit Ja und Nein. Außerdem genehmigte der Reichstag Ostmarkenzulagen für die dortigen Beamten, sechs Kolonialbahnen (besonders die 700 Kilometer lange Bahn von Dar-es-Salaam bis Tabora in Ostafrika), ein Bank- und ein Postscheckgesetz und den sog. kleinen Befähigungsnachweis, nach welchem Gesetz bloß derjenige Lehrlinge halten darf, der die Meisterprobe abgelegt hat (nicht aber kapitalistische Spekulanten).

Die Linke des Reichstages fühlte ihr Zusammenarbeiten mit der Regierung und der Rechten im „Block" dadurch sehr erschwert, daß man in Preußen an die Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts für den Landtag nicht herangehen wollte, und Naumann und seine Freunde drohten ihre ganze Haltung von dieser Frage abhängig zu machen. Die Konservativen lehnten es aber ab, „sich terrorisieren zu lassen", und Fürst Bülow gab am 10. Januar 1908 im Abgeordnetenhaus auf eine Anfrage der freisinnigen Parteien über die Absichten der Regierung die Antwort, daß die Regierung anerkenne, daß das geltende Wahlsystem Mängel aufweise, und daß sie seit längerer Zeit erwogen habe, wie diesen Mängeln abgeholfen werden könne. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundsätzliche Änderung möglich sein werde, lasse sich noch nicht ersehen; aber die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würde dem Staatswohl nicht entsprechen und sei also abzulehnen; auch könne die Regierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch eine geheime Stimmabgabe nicht in Aussicht stellen. Jede gesunde Reform werde den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrecht erhalten, sowie auf eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen. Deshalb werde geprüft, ob dieses Ziel erreicht werden könne lediglich unter Zugrundlegung von Steuerleistungen, oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, Alter, Besitz, Bildung u. dergl., zweckmäßig abgestuft werden könne (also Annahme des Pluralsystems wie in Belgien und Sachsen). Dieser Bescheid erregte bei der Linken ziemliche Mißstimmung, war aber angesichts der weit größeren Stärke der konservativen Partei

Digitized by Google

im Landtag nicht auffallend; hier wurde schon diese Kundgebung des Ministeriums mit Mißbehagen aufgenommen.

Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus, die am 4. Juni 1908 vorgenommen wurden, zeigten, daß bei den gesetzlich derzeit zur Wahl berufenen Volksteilen die Wahlrechtsfrage keine große Bewegung hervorzurufen vermochte. Die Konservativen, welche bei genau demselben Wahlrecht am 1. November 1863 nur 37 Abgeordnete durchgebracht hatten, wuchsen von 143 auf 151 an, die Freikonservativen von 59 auf 60; die Nationalliberalen, welche das Pluralsystem und eine den großen Städten zugute kommende Neueinteilung der Wahlkreise gefordert hatten, sanken von 76 auf 65; sie büßten namentlich in Hannover mehrere Wahlkreise an den Bund der Landwirte ein, dessen Abgeordnete sich zur konservativen Partei hielten. Das Zentrum stieg von 97 auf 105, die freisinnige Volkspartei von 24 auf 28; die freisinnige Vereinigung, die mit besonderem Nachdruck das Reichswahlrecht verlangte, blieb sich gleich (8 Sitze). Die Polen wuchsen von 13 auf 15; die Dänen behaupteten ihre 2 Kreise; die Sozialdemokratie, die vorher nicht vertreten war, eroberte 6 von den 12 Berliner Wahlkreisen und als 7. den von Linden (Vorort von Hannover). Als am 26. Januar 1909 im Abgeordnetenhause über eine Reihe von Anträgen auf Abänderung des Wahlrechts verhandelt wurde, fielen alle Anträge durch, der auf Einführung der direkten und geheimen Wahl aber nur mit 169 gegen 165 Stimmen.

Im Laufe des Sommers arbeitete Herr v. Sydow (geb. 1851), der als Nachfolger des Freiherrn v. Stengel am 21. Februar 1908 das Unterstaatssekretariat im Reichs-Postamt mit dem Staatssekretariat der Finanzen vertauscht hatte, Pläne aus, welche der aufs neue hervorgetretenen schweren Finanznot des Reiches endlich gründlich steuern sollten. Er kam nach eingehenden Beratungen mit den Finanzministern der einzelnen Staaten zu folgenden Vorschlägen. 1. Das Reich übernimmt von den Brennern den Ankauf und Verkauf des Branntweins, woraus 100 Millionen Mark erhofft wurden. 2. Die Brausteuer wird um 2 Mark für den Hektoliter Bier erhöht; Ertrag auch 100 Millionen. 3. Auf Flaschenweine im Preis von mehr als einer Mark, einerlei ob sie im Inland oder

Digitized by Google

Ausland abgefüllt sind, wird eine Steuer gelegt; Ertrag 20 Millionen. 4. Der Tabak wird mit einer Fabrikatsteuer nach dem Banderolesystem (Anbringung eines Stempelstreifbandes) belegt; daraus ergeben sich 77 Millionen. 5. Eine Steuer auf Gas und Elektrizität sollte 50 Millionen, 6. eine auf Zeitungsanzeigen und Plakate 33 ergeben. 7. Eine ansteigende Reichsnachlaßsteuer auf alle Nachlässe über 20000 Mark (mit 0,5% Steuer für 20—30000 Mark, 3% für mehr als eine Million) sollte in Verbindung mit einiger Inanspruchnahme der ohne Testament hinterlassenen Vermögen durch das Reich 92 Millionen abwerfen. So rechnete v. Sydow einen Ertrag von annähernd 475 Millionen aus den neuen Steuern heraus, ein riesenhafter Betrag, der aber nach Auffassung der Sachverständigen angesichts der fortwährend sich steigernden Ausgaben für die Flotte und für soziale Leistungen des Reichs nur dem zu erwartenden Bedürfnis entsprach; ja dieses ward sogar auf 500 Millionen angeschlagen, und die fehlenden 25 Millionen sollten durch formelle Neuregelung des Steuerwesens, d. h. Erhöhung der Matrikularbeiträge, beschafft werden. In Erwägung, daß ohne Belastung des Massenverbrauchs diese gewaltigen Summen gar nicht aufzubringen waren, daß aber der Heranziehung der besitzlosen Massen aus Gründen der Gerechtigkeit auch eine starke Heranziehung der besitzenden Minderheit zur Seite gehen müsse, hatte der Staatssekretär Vorschläge direkter und indirekter Steuern in kluger Weise miteinander verbunden; er durfte so auf Unterstützung der Reichsfinanzreform durch die Linke rechnen, in welchem Fall der Block zur Mehrheit weitaus ausreichend war. v. Sydow vermied es aber, den ganzen Feldzug von Anfang an nur mit dem Block machen zu wollen; er zog vielmehr zu vertraulichen Vorbesprechungen auch das Zentrum hinzu, da die Aufgabe, um deren Lösung es sich handelte, nicht eine Aufgabe einzelner Parteien und Parteigruppierungen, sondern eine solche des ganzen Reiches war und im Interesse aller Reichsglieder lag. Hatte doch das fortgesetzte Schuldenmachen des Reichs allmählich die Reichsschuld auf fünf Milliarden gesteigert und die entsprechenden Geldaufnahmen von Einzelstaaten und Gemeinden den Kursstand der deutschen Anlehen unter den Stand der Papiere weit weniger reicher

Digitized by Google

und festgegründeter Staaten herabgedrückt, und im Ausland sagte man höhnend und schadenfroh, daß Deutschland hart vor dem finanziellen Zusammenbruch stehe und also nicht mehr zu fürchten sei.

Es war unter diesen Umständen ein nicht bloß wissenschaftlich und technisch großartiges, sondern auch ein politisch bedeutsames Ereignis, daß der wackere schwäbische Graf Ferdinand v. Zeppelin (geb. 1838), der 1870 als kühner Erkundungsreiter zuerst den französischen Boden betreten hatte, seine langen Bemühungen um die „Eroberung der Luft" durch einen Ballon nach dem „starren" System mit Erfolg gekrönt sah und am 1. Juli in zwölfstündiger Luftfahrt, öfters gegen mächtige Winde, von Manzell am Bodensee über Schaffhausen und Zürich nach Luzern und zurück fuhr. Wo Menschen wohnten, vernahm man dieses Ereignis mit ehrfürchtigem Staunen. Es war wieder eine jener großen Taten des deutschen Genius wie die Erfindung des Schießpulvers, des Buchdrucks und des Telegraphen; die Welt mußte sich bewundernd vor dem kühnen Grafen neigen, der mit zäher Energie, von vielen als Phantast betrachtet, im stillen wohl gar bemitleidet, unter Drangabe seines Vermögens, durch keinen Fehlschlag entmutigt, seinem klar erkannten Ziel nachgestrebt hatte, bis er das widerstrebende Element bezwang. Hatte der Deutsche Ferdinand Braun aus Fulda (geb. 1850, Professor in Straßburg) und in seinen Spuren 1895 der Italiener Marconi die Luft durch die drahtlose Telegraphie zur Übermittlerin menschlicher Gedanken gemacht, so eröffnete sich nun die Aussicht auf Bahnen, die keiner Abnutzung unterliegen und keiner Erneuerung bedürfen, die Entfernungen des Erdballs zu überwinden. Die Möglichkeit, das Luftschiff auch zu kriegerischen Zwecken zu verwenden, bedrohte, so schien es damals vielen, das seemächtige und bisher unnahbare England mit einem Angriff durch festländische Kriegsvölker, vor denen es sich im Gefühl zur See selbst über zwei Gegner jederzeit übermächtig zu sein völlig sicher gefühlt hatte. Freilich war uns eine herbe Enttäuschung beschieden. Zeppelin verlor auf einer zweiten (auf 24 Stunden berechneten) Fahrt, die ihn von Manzell über das Rheintal nach Mainz und von da zurück bis Stuttgart führte, am 5. August 1908 südlich von dieser Stadt bei dem Dorf Echterdingen sein Luftschiff:

Digitized by Google

es ward durch einen jäh aufspringenden Wirbelsturm vom Anker losgerissen, gegen den Boden geschleudert und durch eine Explosion verbrannt. Aber das Unglück ward dem tapferen Mann und uns zum Heil; in einer patriotischen Erhebung ohnegleichen, wobei die einzelnen, alle Klassen des Volks und die Städte wetteiferten, wurden über 6 Millionen Mark (in genauer Summe 6 005 476 Mark 72 Pfennige) durch freiwillige Gaben zusammengebracht, mit deren Hilfe der Graf sich nun der Vervollkommnung seines Systems widmen konnte; das Reich übernahm sein neu erbautes Schiff nach einer gelungenen Probefahrt und bezahlte ihm selbst eine halbe Million als Ehrensold. Die mächtige patriotische Erhebung Deutschlands hinterließ in der ganzen Welt den tiefsten Eindruck; man sprach wieder von etwas anderem als unserem bevorstehenden Bankerott.

Um so niederdrückender war das Ereignis, das dem Wiederzusammentritt des Reichstags am 4. November unmittelbar vorausging. Ein englischer Privatmann — so beschrieb die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 30. Oktober den Sachverhalt —, der seinen Landsleuten beweisen wollte, daß der deutsche Kaiser ein warmer Freund Englands sei, stellte eine Anzahl von Äußerungen des Kaisers über sein Verhältnis zu England, welche bei verschiedenen Anlässen und gegen verschiedene Personen gefallen waren,*) zusammen und legte sie dem Kaiser mit der Frage vor, ob er die Veröffentlichung genehmige. Der Kaiser ließ den Entwurf des Artikels an den Reichskanzler Fürsten Bülow gelangen, der, in Norderney zur Kur sich befindend, ihn leider nicht selber las, sondern ihn dem auswärtigen Amt mit der Weisung überwies ihn einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Da dieses Amt unbegreiflicherweise Bedenken nicht erhob, so ward die Erlaubnis zum Druck erteilt, und am 28. Oktober 1908 brachte das Londoner Blatt Daily Telegraph den Artikel.**) Er erregte ungeheures Aufsehen in

*) Das englische Original gibt sich als Darlegung einer einzigen Unterhaltung des Kaisers mit einer Person.

**) Er ist im englischen Wortlaut abgedruckt in meiner politischen Jahresübersicht für 1908, S. 76—82.

Digitized by Google

der ganzen Welt, da nach ihm der Kaiser und u. a. erklärt hatte: 1. in breiten Kreisen der mittleren und unteren Schichten des deutschen Volkes herrsche gegen England eine nicht freundliche Gesinnung; er, mit seinem unablässigen Bestreben die Beziehungen Deutschlands zu England zu verbessern, spreche gewissermaßen als Vertreter einer Minderheit der besten Elemente. 2. Er habe, als der Burenkrieg auf seiner Höhe war und Rußland und Frankreich an Deutschland das Ersuchen richteten, sich mit ihnen zu verbinden, um England zur Beendigung des Kriegs aufzufordern, die Burenrepubliken zu retten und England bis in den Staub zu demütigen, geantwortet, daß Deutschland weit entfernt sei Englands Sturz herbeiführen zu wollen und sich stets von einer Politik fernhalten werde, welche es mit einer Seemacht wie England in Verwicklungen bringen könne. 3. Er habe im Dezember 1899 seiner Großmutter, der Königin Viktoria, einen von ihm selbst ausgearbeiteten Feldzugsplan gegen die Buren übersandt, nachdem er ihn dem Generalstab zur Kritik unterbreitet hatte, und dieser Plan sei dem ganz gleich gewesen, der von Lord Roberts angenommen und glücklich durchgeführt wurde. 4. Die deutsche Flotte sei zunächst zum Schutz des sich immer vergrößernden Handels bestimmt; aber Deutschland müsse auch für alle Eventualitäten im fernen Osten vorbereitet sein, und es könne geschehen, daß bei dem Aufsteigen Japans und bei Chinas möglichem Erwachen England einmal an dieser Flotte froh sein werde, wenn beide Länder dort gemeinsam in den großen Debatten der Zukunft ihre Stimme erheben würden. Der erste Satz war geeignet, alle von wohlmeinenden Engländern und Deutschen seit drei Jahren unternommenen Bestrebungen, durch gegenseitige Besuche von Journalisten, Bürgermeistern und Geistlichen ein besseres Einvernehmen beider Nationen zu schaffen, gründlich zu stören und zum Scheitern zu bringen. Der zweite enthielt, wenn er auch sachlich den englischen Staatsmännern sicher nichts Neues sagte, doch eine öffentliche Bloßstellung der französischen und russischen Politik und mußte allen Mächten jeden Gedanken, daß man sich auf unsere Verschwiegenheit auch nur halbwegs verlassen könne, für lange Zeit austreiben; er schien ferner zu beweisen, daß wir (und nicht andere) das Zusammen-

Digitized by Google

gehen der vereinigten Festlandsmächte gegen England, das politisch sehr viel für sich gehabt hätte, unmöglich gemacht hätten, und er ward endlich als plumper Versuch aufgefaßt, das 1904—07 geschaffene Einvernehmen Englands mit Frankreich und Rußland zu stören; er hatte deshalb die genau entgegengesetzte Wirkung. Der dritte Satz verletzte die gesamte deutsche Nation, welche — wie übrigens ganz Europa — seinerzeit aus Gerechtigkeitsgefühl für die Buren die entschiedenste Zuneigung bekundet hatte und damit auch gesunden politischen Erwägungen gefolgt war, in allen ihren Gefühlen aufs tiefste. Der vierte Satz endlich mußte in China und Japan, vielleicht auch in den vereinigten Staaten, welche nach der Herrschaft im stillen Ozean trachten, als Drohung empfunden werden und deshalb sofort auf unsere Handelsbeziehungen störend einwirken, für später aber zu unserer Verdrängung aus dem stillen Ozean anreizen. So war der Aufsatz des Daily Telegraph geeignet unermeßlichen Schaden zu stiften, und was das Urteil in England angeht, das günstig gestimmt werden sollte, so ist der Artikel des Schriftstellers Stead, der immer als Friedensapostel gegolten hatte, in der Daily Mail bezeichnend; selbst er schrieb: „Wenn die Mehrheit der Deutschen uns abgeneigt ist, so kann ein Automobilunfall oder ein anderes Unglück uns des einzigen Freundes berauben, den wir in Deutschland haben; England hat also keine andere Wahl als neue „Dreadnoughts" („Fürchte Nichts!" = Linienschiffe von mehr als 20000 Tonnen Wasserverdrängung) zu bauen, um sich gegen Pläne zu sichern, wie sie der Kaiser gütigst enthüllt hat." Durch Deutschland hallte ein Schrei des Unwillens über die Veröffentlichung des Aufsatzes, der zugleich vor aller Welt zum so und so vielten Male erwies, daß der Kaiser oft ohne Rücksicht auf die deutsche Volksseele, ohne Kenntnis derselben und ohne Zurateziehung des verantwortlichen Reichskanzlers rein persönliche Politik machte. Der Reichskanzler erklärte dem Kaiser, nachdem das Unglück geschehen war, daß er, wenn er den Aufsatz vorher gelesen hätte, die Veröffentlichung widerraten haben würde; er betrachte sich aber (nach der Reichsverfassung mit Recht) als allein verantwortlich, decke die ihm untergebenen Beamten und bitte um seinen Abschied. Der Kaiser gab

Digitized by Google

diesem Gesuch keine Folge; er genehmigte aber auf Antrag Bülows, daß der ganze Hergang veröffentlicht werde. Aus dieser Veröffentlichung ergab sich wenigstens das, daß der Kaiser in diesem Fall nicht sofort nach persönlichem Antrieb vorgegangen war, sondern in ganz korrekter Weise von seinen ersten Ratgebern über das verhängnisvolle Schriftstück Rat begehrt hatte. Freilich änderte das nichts an der ernsten, ja trostlosen Tatsache, daß der Kaiser selbst das Schriftstück gelesen und an der Drucklegung seinerseits nichts Gefährliches gefunden hatte, und auch nichts an der zweiten, ebenso trostlosen, daß der mit der Prüfung des Artikels betraute geheime Regierungsrat Klehmet, ein Beamter des in Berchtesgaden in Urlaub abwesenden Staatssekretärs des Auswärtigen, v. Schön, den Aufsatz hatte ohne Warnung passieren lassen. Unter diesen Umständen trat der Reichstag zusammen, und sofort brachte der nationalliberale Führer Bassermann eine Anfrage über den Vorfall ein, ein Beispiel, dem alle anderen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, folgten. Die Anfragen wurden am 10. und 11. November verhandelt. Der Reichskanzler Fürst Bülow verhehlte nicht, daß, wenn es so weiter gehe wie bisher, weder er noch ein anderer Reichskanzler die Verantwortung tragen könne; er erklärte offen, daß die Einreichung seines Abschiedsgesuches ihm sehr leicht, dessen Zurücknahme aber sehr schwer gefallen sei. Im übrigen bestritt er die Genauigkeit des englischen Artikels namentlich im Punkt des Feldzugsplans, von dem der deutsche Generalstab amtlich nichts wisse und der nur aus „aphoristischen" (abgerissenen) Bemerkungen über Kriegführung im allgemeinen bestanden habe; er versicherte, daß England wie Japan gegenüber ganz Deutschland einmütig sei in wohlwollenden Gesinnungen. Dies bekräftigten sämtliche Redner mit allem Nachdruck; sie übten auch, was in monarchischen Staaten ein unerhörter Vorgang, aber jetzt nicht mehr zu verhindern war, die freimütigste Kritik an der persönlichen Politik des Kaisers und forderten Bürgschaften dafür, daß es künftig anders werde und anders bleibe. Mit sehr wenigen Ausnahmen war der Ton der Verhandlung ein ernster, würdevoller, der auch im Ausland einen tiefen Eindruck hervorrief. Als der Kaiser, der die ganze Zeit über zuerst beim österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand war oder

Digitized by Google

beim Fürsten Max Egon von Fürstenberg in Donaueschingen jagte, endlich wegen des Todes seines Generaladjutanten Grafen v. Hülsen-Häseler nach Berlin zurückkehrte, erstattete ihm der Reichskanzler, der vorher sich der Zustimmung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten (12. November), des Bundesrats selbst und des preußischen Staatsministeriums versichert hatte, am 17. November im neuen Palais zu Potsdam Bericht. Darauf erschien im Reichsanzeiger folgende amtliche Mitteilung: „Der Kaiser hörte den Vortrag des Reichskanzlers mit großem Ernst an und gab seinen Willen dahin kund: unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik erblicke er seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Demgemäß billigt Seine Majestät die Ausführungen des Reichskanzlers und versichert ihn seines fortdauernden Vertrauens." Der Reichstag verhandelte dann am 2. und 3. Dezember über die Anträge der „freisinnigen Fraktionsgemeinschaft" (zu der sich 1907 die freisinnige Volkspartei, die freisinnige Vereinigung und die deutsche Volkspartei ohne Aufgabe ihrer Sonderorganisationen zusammengeschlossen hatten), des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten, welche alle im wesentlichen verlangten, daß die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, bezw. seiner Stellvertreter gesetzlich genau umschrieben und äußerstenfalls ein strafrechtliches Vorgehen ermöglicht werde. Die Anträge wurden schließlich der auf 28 Mitglieder verstärkten Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Fünfzehntes Kapitel

Balkanwirren 1908—1911

Die politische Lage Europas war bisher schon eine unruhige gewesen, da der wachsende Zusammenschluß Englands, Frankreichs und Rußlands einerseits und der nur mühsam unterdrückte Gegensatz Italiens und Österreichs in den Fragen Welschtirols, der Adria und des Balkans (S. 334) andrerseits alle bisherigen Verhältnisse

Digitized by Google

zu unterwühlen drohte. Eine Zusammenkunft, welche der englische König Eduard VII. und Zar Nikolaus II. am 9. Juni 1908 auf der Reede von Reval abhielten, wurde — ohne daß über die dabei gefaßten Entschlüsse etwas Sicheres bekannt geworden wäre — als ein Anzeichen gedeutet, daß beide Herrscher über die Behandlung der makedonischen Frage einig geworden seien. Daß dabei keine Maßregeln gegen Deutschland ins Auge gefaßt wurden, hat der russische Minister des Auswärtigen Iswolski (der im Mai 1906 dem Grafen Lamsdorff nachfolgte) nach der Mitteilung des Fürsten Bülow im deutschen Reichstag vom 7. Dezember 1908 ausdrücklich erklärt. Die Türken aber sahen darin das Anzeichen, daß ihr einstiger treuer Freund England und ihr alter Feind Rußland gegen sie einig geworden seien, und das beschleunigte den Sturz des absoluten Regiments am goldenen Horn und den Sieg des Verfassungsgedankens (S. 157). Dieses Ereignis wirkte wieder weiter, indem die Frage entstand, ob auch in der Herzegowina und in Bosnien, welche staatsrechtlich noch dem türkischen Reiche angehörten, wenn schon sie tatsächlich seit 1878 österreichisch waren, Wahlen zu dem türkischen Parlament vorgenommen werden sollten. Wenn dies geschah oder auch nur angeregt wurde, so war Österreichs Stellung in jenen Ländern naturgemäß erschüttert. Noch im Februar 1908 hatte der auswärtige Minister Franz Josephs, Freiherr v. Ährenthal, in den Delegationen mitgeteilt, daß der Sultan die Fortsetzung der bosnischen Bahnen von Uwatsch nach Türkisch-Mitrowitza zugestimmt habe, wodurch eine direkte Verbindung Österreichs mit Saloniki, dem großen Handelsemporium am ägäischen Meere, gewonnen werden würde. Dieser (den Verträgen von 1878 durchaus gemäße) Plan erregte aber in Rußland, Serbien, Montenegro und selbst in Italien als ein Versuch Österreichs die Balkanhalbinsel wirtschaftlich zu beherrschen großes Mißbehagen und rief den Plan hervor, durch eine Querbahn von dem serbischen Radujewatz über Mitrowitza nach Dulcigno an der montenegrinischen Küste den österreichischen Einfluß zu durchkreuzen. Ährenthal hielt es für klug dieser Querbahn amtlich nicht entgegenzutreten; aber der Vorgang mag doch in Wien die Stimmung gesteigert haben, sich der „okkupierten" Provinzen fester zu versichern; eine Stimmung,

Digitized by Google

welche namentlich der Thronfolger Franz Ferdinand genährt haben soll. Eine sich immer kühner auch in Ungarn, besonders in Kroatien, hervorwagende sogenannte großserbische Agitation, welche alle Serben des Königreichs, Ungarns, Bosniens, der Herzegowina, Montenegros und der Türkei zu einem großen Staat zusammenschließen möchte, wie ihn um 1350 der serbische König Stephan Duschan beherrscht hatte, trieb die österreichischen Staatsmänner noch stärker zur Abwehr an. Als die erwähnte Verfassungsfrage dazu kam, entschloß man sich in Wien zu einem entscheidenden Schritt: am 5. Oktober richtete der Kaiser an die Ministerpräsidenten von Österreich und Ungarn ein Schreiben, daß er sich bewogen gefunden habe, die Rechte seiner Souveränität und die in seinem Hause geltende Erbfolge auch auf Bosnien und die Herzegowina auszudehnen; d. h. diese Länder wurden (unter Gewährleistung ihrer Rechte, Sitten und Religionen) für Bestandteile der Doppelmonarchie erklärt, das tatsächliche Verhältnis also auch zu einem rechtlichen gemacht — freilich ohne Befragung und Zustimmung des rechtmäßigen Souveräns und der Großmächte, von welchen Österreich 1878 den Auftrag der Besetzung der zwei Länder empfangen hatte, durch eine einseitige Maßnahme Österreich-Ungarns. Um den Sultan mit diesem gewaltsamen Schritt auszusöhnen, kündigte der Kaiser gleichzeitig an, daß Österreich die Orte im Sandschak Novibasar, die es im April 1879 in Gemeinschaft mit türkischen Truppen besetzt hatte, dem Sultan zurückgebe, was auch sofort ausgeführt ward; der Sandschak kehrte damit unter die ausschließliche Hoheit Abdul Hamids zurück. Am gleichen 5. Oktober 1908 erklärte Fürst Ferdinand, der bereits im September den durch Bulgarien laufenden Teil der (rechtlich der Türkei gehörigen, aber an eine Gesellschaft verpachteten) Eisenbahn von Sofia nach Stambul in Besitz genommen hatte, sich in der Kirche der alten Hauptstadt Tirnowa zum Zaren (König) von Bulgarien und sprach die Unabhängigkeit seines bis dahin dem Sultan untergebenen und tributpflichtigen Landes aus. Ob ein Zusammenhang zwischen den in auffallender Weise zusammentreffenden Beschlüssen in Wien und Sofia bestanden hat, ist ungewiß; es ward jedenfalls von Wien aus bestritten. Die türkische Regierung erließ zunächst

Digitized by Google

einen Protest gegen das österreichische und bulgarische Vorgehen, enthielt sich jedoch militärischer Gegenwehr; die muselmännische Bevölkerung ward aber sehr erbittert, mehr noch gegen Österreich-Ungarn als gegen Bulgarien, und gab ihren Gefühlen Ausdruck durch einen Boykott aller österreichischen Waren, infolgedessen die Dampfer des österreichischen Lloyd ihre Ladungen nirgends mehr löschen konnten.

Von den Großmächten hätte Rußland gegen die Aufhebung des Meerengenvertrags, der Bosporus und Dardanellen für fremde Kriegsschiffe sperrt, dem österreichischen Vorgehen zugestimmt; es hätte dann einen entsprechenden Erfolg eingeheimst. Da aber sein guter Freund England davon doch nichts wissen wollte, warf Iswolski, der mit Ährenthal 1909 in Mähren Besprechungen gehabt hatte, seine Politik plötzlich herum und trat dem Standpunkt Englands und Frankreichs bei, daß, was Europa 1878 beschlossen habe, auch nur Europa abändern könne, daß also das einseitige Vorgehen Österreich-Ungarns eine rechtlich gültige Lage nicht zu schaffen vermöge; eine solche könne nur durch einen neuen europäischen Kongreß erzielt werden. Auf einen solchen wollte sich aber Österreich erst dann einlassen, wenn vorher durch Sonderverhandlungen der nächst Beteiligten wenigstens die Hauptfragen erledigt seien, ganz so, wie das 1878 auch geschehen war (S. 143). Die englische Presse benahm sich gegen Österreich so unfreundlich, daß die Wiener Blätter bittere Klage führten und besonders die „neue freie Presse" England beschuldigte, es hetze jetzt, wie früher schon oft, die festländischen Völker absichtlich gegeneinander und „wolle ein Feuer anblasen, um seinen Kochtopf daran zu rücken". Man traute seinen Augen und Ohren nicht: derselbe Minister Edward Grey, welcher unter völliger Preisgabe der Traditionen der englischen Politik am goldenen Horn noch im März Makedonien hatte von der Türkei losreißen wollen und überhaupt den Zerfall der Türkei in selbständige Landschaften unter Englands Ägide betrieb, gebärdete sich jetzt als den eifrigsten Freund der konstitutionell gewordenen Türkei, der man wieder die nötige Lebenskraft zutraute, um sich gegen die zersetzenden Tendenzen zu behaupten und um als Englands Schachfigur verwendbar zu sein. Italien benahm sich zweideutig; der Minister Tittoni bezeichnete im Parlament am

Digitized by Google

4. Dezember die Lage, welche Österreich geschaffen habe, als schwierig und ungewiß und als störend für die Politik Italiens; doch beteuerte er das Festhalten am Dreibund. Frankreich zeigte sich diesmal ehrlich friedliebend, da sein russischer Bundesgenosse militärisch seit 1905 noch nicht wieder schlagkräftig geworden war und es allein die Knochen seiner Grenadiere für Bosnien nicht riskieren wollte; der Minister Pichon fand sich mit Bülow im Bestreben nach Ausgleichung der Gegensätze zusammen. Am ungebärdigsten betrugen sich die Serben und ihre Volksgenossen, die Montenegriner; sie wetterten in allen Tonarten über Österreich-Ungarn, das den Traum von einem beim Zusammenbruch der Türkei zu errichtenden großserbischen Reich rauh durchkreuzt hatte, verständigten sich über ein eventuelles Zusammenwirken und gingen darauf aus, das Kriegsfeuer zu entfachen, in der Hoffnung, Rußland 1909 ebenso gegen Österreich mit fortzureißen, wie das 1877 gegen die Türkei geglückt war (S. 124 ff.). Die serbische Skupschtina forderte am 3. Januar 1909 1. eine Gebietsentschädigung für Serbien als Ausgleich für Österreichs Vergrößerung und 2. die Gewährung der Autonomie für die beiden Landschaften, wodurch diese der österreichischen Leitung entschlüpfen mußten und die Verwirklichung des großserbischen Gedankens in späterer Zukunft offen gehalten wurde. Der serbische Kronprinz Georg, der vor allem den Brand schürte und der ernster zu nehmen war, als ihn entstellende Berichte ungarischer Blätter schilderten, reiste im November nach St. Petersburg, und wenn auch Iswolski ihn vor überstürztem Beginnen warnte und darauf verwies, daß Rußland selbst seinerzeit Österreich den Besitz von Bosnien und der Herzegowina vertragsmäßig zugesichert hatte (S. 126), so war es doch bezeichnend, daß Zar Nikolaus II. den Prinzen überhaupt ankommen ließ und das auf den 2. Dezember 1908 fallende 60jährige Jubiläum des Kaisers Franz Joseph seitens des Zarenhofes fast unbeachtet blieb. Offenbar war es der russischen Politik darum zu tun, Rußland wieder als den mächtigen Freund und Beschirmer der Balkanslawen erscheinen zu lassen; die Mürzsteger Politik (S. 156) des Zusammengehens mit Österreich auf dem Balkan war über Bord geworfen. Deutschland hielt dem Bund von 1879 gemäß treu zu Österreich und ließ nirgends einen Zweifel

Digitized by Google

bestehen, daß, im Fall sein Verbündeter von Rußland angegriffen werden sollte, es ihm mit gesamter Heereskraft helfen werde.

Diese Festigkeit trug ihre Früchte; nach so vielem Gerede, daß Deutschland eingekreist und vereinzelt sei, ward die uns abgeneigte Welt wieder mit Grauen inne, welche ungeheure Kraft in den 60 Millionen Deutscher schlummerte, und selbst der Pariser Temps, der uns bisher unausgesetzt „des immer noch festgehaltenen bismarckischen Strebens nach Unterjochung Europas" bezichtigt hatte*), richtete zu Anfang des Januar warnende Worte an England, „nicht auf einen Krieg hinzudrängen, bei dem sein eigenes Wagnis freilich sehr gering wäre, und Deutschland eine neue Orientierung seiner Politik im Sinne europäischer Gleichheit nicht aus Handelsrivalität zu erschweren." Das oben S. 505 erwähnte Abkommen Deutschlands und Frankreichs über Marokko vom 9. Februar 1909 zeigte der Welt, daß diese beiden Mächte nicht gesonnen seien, sich jetzt zu zerfleischen, und der Besuch, den König Eduard VII. am 10. Februar mit seiner Gemahlin Alexandra von Dänemark endlich — im neunten Jahr seiner Regierung! — seinem Neffen in Berlin abstattete, konnte als Beweis gelten, daß der schlaue und zähe Mann seine Politik als gescheitert erkannte und der lange auf die Sehne gelegte Pfeil nicht vom Bogen fliegen werde. Schließlich verstand sich auch Ährenthal zu etwas, was er besser gleich zu Anfang getan hätte: er verließ den unbilligen Standpunkt, daß Österreich dem Sultan keine Gegenleistung schulde als die Rückgabe von Novibasar, daß es also die zwei Länder ihrem bisherigen rechtlichen Eigentümer nehmen und deren Schulden ihm großmütig lassen könne; er ging auf die Forderung der Türken nach einer ausgiebigen finanziellen Abfindung ein. Am 26. Februar 1909 ward auf dieser Grundlage in Konstantinopel ein Protokoll unterzeichnet, das folgende Punkte enthielt: 1. Österreich-Ungarn verzichtet auf alle Rechte über Novibasar, wogegen die Türkei den vom Kaiser Franz Joseph in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen Zustand anerkennt. 2. Den

*) Siehe in meiner „Politischen Jahresübersicht für 1908", S. 86 einen hiefür bezeichnenden Text.

Digitized by Google

Muselmännern in beiden Ländern wird Freiheit der Religionsübung und Gleichheit in bürgerlichen und politischen Rechten mit den Christen gewährleistet. 3. Als Ersatz für die Staatsgüter in beiden Ländern zahlt Österreich-Ungarn dem Sultan binnen 14 Tagen $2^1/_2$ Millionen türkische Pfund (zu 18 Mark 44 Pfg., also etwas über 46 Millionen Mark). 4. Österreich wird binnen zwei Jahren mit der Türkei einen Handelsvertrag abschließen; es stimmt ferner einer Erhöhung der türkischen Wertzölle von 11 auf 15% zu und stellt die Aufhebung des Vorrechts seiner Untertanen auf besondere Gerichte (sog. Kapitulationen) und die Aufhebung der besonderen österreichischen Postämter in der Türkei in Aussicht, sobald die anderen Mächte dasselbe tun. Noch im April 1908 hatte Italien durch Kriegsdrohungen den Sultan gezwungen, die Errichtung italienischer Postämter da zu gestatten, wo die anderen Großmächte solche Ämter unterhielten, in Konstantinopel, Valona, Saloniki, Smyrna und Jerusalem; jetzt ward die Beseitigung aller solcher fremdherrlichen Anstalten auf türkischem Boden in Aussicht genommen. Der 26. Februar 1909 ist ein bedeutsamer Tag in der Geschichte Österreich-Ungarns; er machte es endgültig zu einer Balkanmacht, was es schon 1718—39 durch Prinz Eugens Sieg bei Belgrad vorübergehend gewesen war, und er ermöglichte die Herstellung der — für Europa und uns im besonderen wichtigen — Freundschaft zwischen dem Kaiserstaat und dem osmanischen Reich. Der Großwesir Hüssein Hilmi, der frühere Generalinspektor von Makedonien, welcher am 13. Februar an Stelle des von Kammer und Heer mit Mißtrauen betrachteten greisen Kiamil getreten war, erließ sofort den Befehl, den Boykott als unpatriotisch einzustellen; die Lastträger in Saloniki nahmen die Arbeit für den Lloyd unter Hochrufen auf die Türkei und Österreich wieder auf.

Serbien wurde am 2. März von Rußland, dem sich die Gesandten von England, Frankreich und Italien anschlossen, aufgefordert, auf seine Ansprüche zu verzichten; es antwortete, daß es die Angelegenheit den Großmächten überlassen wolle. Dabei ward es von der Hoffnung geleitet, daß Österreich dadurch zur Annahme des Kongresses werde gedrängt werden und daß auf diesem die oben erwähnten Forderungen wenigstens zum Teil durchgesetzt werden

Digitized by Google

könnten. Die serbischen Rüstungen wurden nicht eingestellt, und ein serbisches Blatt verstieg sich zu der lächerlichen Drohung, daß Serbien mit seiner nationalen Kraft den morschen Kaiserstaat zertrümmern werde. Österreich traf entsprechende Gegenmaßregeln, die aber wegen ihrer großen Kosten ein baldiges Biegen oder Brechen notwendig machten. Angesichts der Gefahr, daß durch die Halsstarrigkeit eines kleinen, eine größere Vergangenheit nicht vergessenden Volkes Europa gegen seinen Willen und gegen alle Vernunft in einen furchtbaren Krieg hineingerissen wurde, trat Deutschland — so hat die „norddeutsche allgemeine Zeitung" vom 1. April den Sachverhalt „authentisch und endgültig" festgestellt — in einer den überlieferten freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland entsprechenden (also keineswegs, wie russische und französische Blätter grollend sagten, drohenden) Weise an Rußland mit dem Gedanken heran, daß die Mächte auf den von Österreich auszusprechenden Wunsch einzeln in Noten ihre Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrags geben, also die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina anerkennen sollten. Damit „sollte Serbien der Vorwand entzogen werden, seine Unnachgiebigkeit mit dem Hinweis auf die Haltung der Mächte gegenüber der Einverleibung zu begründen." Der russische Minister Iswolski sah in diesem durch den deutschen Gesandten Graf Pourtalès ihm unterbreiteten Vorschlag Deutschlands die Möglichkeit, seinen Staat aus einer schlimmen Sackgasse herauszuführen; Rußland mußte entweder um Serbiens willen Krieg mit Österreich und auch mit Deutschland führen, was geradezu wahnwitzig war, oder es mußte Serbien der Züchtigung durch Österreich überlassen und damit sein Ansehen auf dem Balkan schwer schädigen. So nahm der Zar auf den Rat Iswolskis am 26. März den Vorschlag Deutschlands an. Die andern Mächte folgten nach, und nun mußte Serbien knirschend sich unterwerfen. Am 31. März ließ es in Wien durch seinen Gesandten Simitsch eine von den Mächten ihm vorgeschriebene Erklärung vom 30. abgeben, laut deren es anerkannte, daß die Einverleibung der zwei Landschaften seine Rechte nicht berühre, daß es seinen Protest dagegen aufgebe und künftig mit Österreich-Ungarn auf freundschaftlichem Fuß leben

Digitized by Google

wolle; demgemäß werde es sein Heer auf den Stand vom Frühjahr 1908 zurückführen. Damit war die Balkankrise, soweit sie durch Österreich-Ungarns Vorgehen veranlaßt war, im wesentlichen abgeschlossen; der Kronprinz Georg, die Seele der Kriegspartei, verzichtete am 27. März auf sein Thronfolgerrecht, das an seinen Bruder Alexander überging. Um Montenegro und auch Italien (vgl. S. 340) etwas zu bieten, willigte Österreich auf Anregung Italiens vom 5. April in die Aufhebung des Artikels 29 des Berliner Vertrags, der Österreich die Handhabung der See- und Gesundheitspolizei an der montenegrinischen Küste zuteilte, und der Fürst von Montenegro, Nikita, nahm auf einstimmiges Ersuchen der von ihm 1905 seinem Volk gewährten Skupschtina am 28. August 1910 den Königstitel an.

Mit Bulgarien verhandelte die Pforte seit Monaten über einen Ausgleich; sie verlangte als Ersatz für den Tribut, zu welchem das Fürstentum 1878 verpflichtet worden war, und für den in Bulgarien gelegenen Teil der orientalischen Eisenbahn 150 Millionen Franken, während Bulgarien nur 82 Millionen geben wollte. Rußland schlug sich ins Mittel und bot an, daß die türkische Forderung an der Summe abgezogen werde, welche ihm die Türkei noch von 1878 her (als nicht ganz abgezahlte Kriegsschuld) zu entrichten hatte; durch diesen Vorschuß gedachte es Bulgarien sich zu verpflichten. Am 16. März schlossen Iswolski und der türkische Minister des Auswärtigen Rifaat in St. Petersburg ein Abkommen auf dieser Grundlage ab; die Türkei ging dabei auf 125 Millionen Fr. herunter, worin die Entschädigung für die an Bulgarien übergehende Orientbahnstrecke inbegriffen war, und verpflichtete sich „Bulgariens Unabhängigkeit nicht länger zu widerstreben".

Nicht lange nach dem Abschluß dieses Vertrags brach in Konstantinopel am 13. April 1909 ein Soldatenaufstand los, der an der Unzufriedenheit der hauptstädtischen Truppen über das auf die Truppen in der Provinz sich stützende jungtürkische Regiment Nahrung fand, aber am letzten Ende doch von Abdul Hamid hervorgerufen war; dieser hoffte sich mit Hilfe dieses Aufruhrs wieder in den Besitz seiner früheren unbeschränkten Gewalt zu setzen. Die Meuterer ermordeten etwa 200 Offiziere, welche sich der Bewegung nicht an-

Digitized by Google

schlossen. Allein sofort erhoben sich die Heeresteile, welche 1908 die Gewährung der Verfassung erzwungen hatten, das 2. Korps in Adrianopel und das 3. in Saloniki, zur Rettung der Freiheit. Mit einer Raschheit und Tatkraft, welche die höchste Achtung erweckten, rückte der General Mahmud Schefket an der Spitze von 30000 Mann auf die Hauptstadt los und nahm sie am 24. April trotz heftiger Gegenwehr der Meuterer mit Sturm, wobei 1100 Mann getötet, 1800 verwundet wurden. Darauf ward nach kurzem Schwanken, ob man sich damit begnügen solle, Abdul Hamid durch Entziehung jeder Macht unschädlich zu machen, der Scheich ül Islam, Zia-eddin, das geistliche Oberhaupt der Muselmänner, zu einem Ausspruch aufgefordert, ob ein mit Mord befleckter und meineidiger Mann noch länger Kalif sein könne; und als das Urteil verneinend lautete, wurde der Sultan am 27. April durch Beschluß der aus dem Senat und der Kammer bestehenden Nationalversammlung abgesetzt und nach Saloniki in ein wohl verwahrtes Landhaus gebracht. Zum Sultan ward Abdul Hamids 64jähriger Halbbruder Reschad (geb. 3. November 1844) als ältestes Glied des Herrscherhauses ausgerufen; er nahm den Namen Mohammed V. an. Er war bisher in völliger Abschließung von allem tätigen Leben gehalten worden, ohne politische Erfahrung und also ein gefügiges Werkzeug in der Hand der Jungtürken. Auf ihre Veranlassung verließ er am 27. Oktober 1909 den Palast der Sultane in Stambul, machte eine Reise nach Brussa in Bithynien zu den Gräbern seiner Ahnherrn und nahm auch auf Betreiben Mahmud Schefkets, der anfangs 1910 Kriegsminister wurde, 1910 an den Manövern teil. Das jungtürkische Regiment betätigte in der Leitung des Staates große Energie. Das Heerwesen wurde unter erneuter Beiziehung des Generals v. d. Goltz (S. 151) noch weiter verbessert; auf Grund des Gesetzes vom 20. Oktober 1909 wurden auch die Christen zum Kriegsdienst herangezogen; das Heer ward am 1. August 1910 in 14 Korps (statt bisher in 7) eingeteilt mit den europäischen Standorten Konstantinopel, Adrianopel, Saloniki, Rodosto, Kirkilissi, Üsküb, Monastir. Am 13. August 1910 ward auch die Flotte durch zwei in Berlin um 18 Millionen Mark angekaufte, uns entbehrliche, aber noch durchaus brauchbare Linienschiffe (Weißenburg und Friedrich der

Digitized by Google

Große) verstärkt. Den Versuch Frankreichs, anläßlich eines Anleihegesuchs der Türkei die türkische Finanzverwaltung unter französische Aufsicht zu stellen, wehrte der geschickte und zähe Finanzminister Dschawid 1910 stolz ab, und die Türkei erhielt durch Vermittlung der deutschen Diplomatie, die seit Juni 1910 unter der kraftvollen und zielbewußten Leitung des Schwaben v. Kiderlen-Wächter stand, am 10. November 1910 von der deutschen Bank die benötigten 11 Millionen türkische Pfund (etwa 270 Millionen Mark). Das freundschaftliche Verhältnis der Türkei zu uns ward durch diesen klugen Schachzug (dem am 28. September eine ähnliche Hilfe für Ungarn vorausgegangen war) sehr befestigt. Freilich ist nicht zu leugnen, daß die Jungtürken durch ihre scharfe Betonung des Zentralismus und der führenden Stellung der eigentlichen Osmanen die andern Nationalitäten vor den Kopf stießen. Die Gesetzesbestimmung, welche alle auf Rassen- und Religionsunterschieden beruhenden Vereine schlechtweg verbot, ging am 20. Juli 1909 in der Kammer nur mit 90 gegen 69 Stimmen durch. Bulgaren, Griechen, Albanesen, Araber, aus deren Vertretern die auf provinzielle Selbstregierung hinarbeitende „liberale Union" bestand, protestierten „gegen das Bestreben der führenden Nationalität, unter dem Aushängeschild des Parlamentarismus die frühere Unterdrückung der anderen Stämme fortzusetzen; gleiche Opfer setzen auch gleiche Rechte voraus" (Erklärung des bulgarischen verfassungsmäßigen Klubs von Saloniki am 13. September 1909). Die Albanesen, von Montenegro insgeheim aufgewiegelt und unterstützt, griffen im Frühjahr 1910 und wieder 1911 zu den Waffen, um ihre alten, freilich mit einem modernen Staatswesen kaum vereinbaren, Rechte zu wahren, wurden aber von Torgut Schefket Pascha größtenteils mit Gewalt unterworfen; die Malissoren und die römisch-katholischen Mirditen im westlichen Teil des Landes erwehrten sich aber des türkischen Angriffs. Graf Ährenthal gab durch einen Artikel im Wiener „Fremdenblatt" vom 8. Juni 1911 der Pforte den Rat, mildere Saiten aufzuziehen und das albanesische Volk, statt es mit Härte und Schonungslosigkeit zu beugen, lieber zu versöhnen. Die hohe Pforte zeigte sich diesem Rat auch zugänglich und verhieß denen Straflosigkeit, die sich binnen einer bestimmten Frist unterwerfen

Digitized by Google

würden. Der Sultan erschien persönlich von Saloniki her, wo er am 8. Juni einzog, in Albanien und hielt am 16. Juni auf dem altberühmten „Amselfeld“ bei Prischtina vor 100 000 Albanesen ein Selamlik (Empfang mit Gottesdienst und Parade), spendete auch 50 000 Pfund zur Befreiung von Albanesen aus der Schuldhaft und zum Ausgleich in Fällen von Blutrache. Mit Montenegro aber trat eine scharfe und gefährliche Spannung ein. Auch in Arabien, auf dessen Küsten England um des Seewegs nach Indien willen gern von Aden aus die Hand legen möchte, entstand eine autonomistische Bewegung unter der Bevölkerung, welche auf ihre große Vergangenheit stolz war und sich den Türken kulturell weit überlegen fühlte. Die Festung Sana wurde 1910 und 1911 von aufrührerischen Scharen unter den Führern Idris und Jahia belagert, aber am 5. April 1911 durch die Türken entsetzt, die dann am 14. Juni in Assyr eine Niederlage erlitten. Die Altgläubigen murrten über das Aufkommen westlicher Sitten, vermöge deren am Beiramfest 1909 die bisher von der Welt fast ganz abgesperrten Frauen des Hofes beim Empfang des Sultans erschienen. Im April 1911 entstand über diesen Dingen eine Krisis in der jungtürkischen Partei selbst, deren konservativer Flügel mehr Rücksicht auf die Stellung des Sultans und die muselmännischen Sitten verlangte. Eine Spaltung wurde aber zunächst noch verhütet.

Der Gegensatz, der sich 1908—09 zwischen Österreich und Rußland anläßlich der bosnischen Frage aufgetan hatte, führte zu einer Unterbrechung der regelmäßigen geschäftlichen Beziehungen beider Reiche, die auf die Dauer unhaltbar war. Da man Krieg in St. Petersburg natürlich nach Erledigung des Streits noch weniger führen wollte als vorher, blieb vernünftigerweise nichts anderes übrig als einzulenken; es wurden Verhandlungen angeknüpft, und am 20. März 1910 erging von St. Petersburg aus eine amtliche Erklärung, wonach beide Reiche betreffs der Balkanfragen vollkommen übereinstimmten, insofern beide Erhaltung des bestehenden Zustandes und Förderung der neuen Verhältnisse in der Türkei und des Wohls der übrigen Balkanstaaten erstrebten. Darauf wurden die korrekten diplomatischen Beziehungen hergestellt. Als Bekräftigung der neuen Lage erschien es, daß der unruhige

Digitized by Google

Iswolski anfangs Oktober 1910 das Amt des auswärtigen Ministers mit der Stelle des Botschafters in Paris vertauschen mußte und Sasonow, ein überlegter Mann, für den lediglich die russischen Interessen maßgebend waren, zu seinem Nachfolger ernannt wurde. Er war in Berlin zugegen, als Zar Nikolaus II. anläßlich eines langen Aufenthalts, den er mit seiner kranken Gemahlin bei seinem hessischen Schwager in Friedberg nahm, am 4. November 1910 nach Potsdam zum Besuch Kaiser Wilhelms II. kam, und hier wurde ein Abkommen getroffen, dessen Bedeutung der Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 10. Dezember im Reichstag dahin zusammenfaßte, daß das alte vertrauensvolle Verhältnis der beiden Reiche bekräftigt und Sicherheit geschaffen sei, daß keine der beiden Regierungen sich in eine Kombination einlassen werde, die eine agressive Spitze gegen den andern Teil haben könnte. Dieses Abkommen, „eine Art neuer Rückversicherungsvertrag", wie der Daily Graphic sich ausdrückte, muß, wenn ehrlich durchgeführt, die Bürgschaften für Deutschlands wie Rußlands Sicherheit mächtig stärken. Durch die Zurückziehung der seit 1879 bestehenden massenhaften Truppenanhäufungen an der russischen Westgrenze erfuhr das Abkommen zum großen Ärger der französischen Revanchehelden eine deutliche Bekräftigung. Von besonderem Wert war, daß in Potsdam im Anschluß an das allgemeine Ergebnis auch ein besonderes Einvernehmen über die Teile Asiens, wo gleichzeitig russische und deutsche Interessen bestehen, erzielt wurde. Deutschland erkannte an, daß Rußland als Persiens Grenznachbar eines besonderen Einflusses in Nordpersien bedürfe, und stimmte deshalb allen russischen Ansprüchen auf Zugeständnisse für den Bau von Eisenbahnen, Wegen und Telegraphen daselbst zu. Rußland dagegen versprach, dem deutschen Handel in Persien nicht nur keine Hindernisse in den Weg zu legen, sondern auch die Herstellung einer Zufuhr für unsern Handel von Bagdad nach Chanekin in Persien zu erleichtern. Damit wird der Wert der Bagdadbahn für unsern Handel noch wesentlich gesteigert werden; durch sie werden unsere Waren nicht bloß den Zutritt zu Kleinasien, Mesopotamien, Syrien und Arabien, sondern auch zu Persien erlangen. Daß durch den Vertrag vom März 1911 der Ausbau der Bagdadbahn bis zum persischen

Digitized by Google

Golf gesichert wurde, da England seinen Widerspruch dagegen angesichts der klugen Nachgiebigkeit der Bahngesellschaft fallen ließ, ist schon oben S. 151 auseinandergesetzt worden.

Sechzehntes Kapitel

Reichsfinanzreform von 1909 · Sturz Bülows Erste Jahre der Reichskanzlerschaft v. Bethmann Hollwegs.

Wir haben oben S. 516 erzählt, daß die verbündeten Regierungen im Herbst 1908 an den Reichstag eine Reihe von Steuervorlagen gelangen ließen, welche der Finanznot des Reiches abhelfen sollten. Diese Steuervorlagen des Bundesrats stießen auf großen Widerstand. Über die Anzeigensteuer zeterten die Zeitungen; über die Gas- und Elektrizitätssteuer die städtischen Verwaltungen, welche diese Dinge meist in eigenem Betrieb hervorbringen, und die auf Gas und elektrische Kraft angewiesenen Industriellen. Über die Nachlaßsteuer, welche (im Gegensatz zur Erbschaftssteuer, welche von den einzelnen Erbanteilen erhoben wird) die Nachlässe im Augenblick des Todes ihres Hinterlassers als noch ungeteiltes Ganzes treffen sollte, entrüsteten sich die Landwirte, mit der Behauptung, daß diese Steuer dem Familiensinn widerstrebe und daß sie diejenigen, welchen nur Grund und Boden hinterlassen werde, weit schwerer treffe als die, welche bares Geld erben; vom Geld lasse sich leicht etwas für den Staat abziehen, vom Grund und Boden nicht, ohne daß er verkauft werde. Daß die kleinen und mittleren Bauerngüter bis zu 20 000 Mark Wert steuerfrei bleiben sollten und von den übrigen nicht eine sofort ganz zu zahlende Steuer verlangt wurde, sondern nur eine in Jahresraten zu entrichtende, wurde nicht hoch angeschlagen. Die Freisinnigen wollten an eine Erhöhung der indirekten oder Verbrauchssteuern nur schwer heran, die Sozialdemokraten gar nicht; das Zentrum wollte höchstens $^2/_3$ des Bedarfs durch Verbrauchsabgaben, unter allen Umständen $^1/_3$ vom Besitz aufgebracht wissen. Die Nationalliberalen verlangten

Digitized by Google

ebenfalls Belastung des Besitzes; vor der Nachlaßsteuer bevorzugten sie eine Reichsvermögenssteuer, welche aber der Bundesrat verwarf, da sie zur Vernichtung der Finanzhoheit der Einzelstaaten und damit zum Einheitsstaat führe.

In all dem Wirrwarr der Meinungen und Standpunkte hoben sich doch vor allen zwei Gedanken heraus: einmal, daß ohne eine erhebliche Belastung der großen Massen durch indirekte oder Verbrauchs-Steuern die gewaltigen Summen, deren das Reich bedurfte, schlechterdings nicht zu erhalten seien; und dann, daß den Massen eine solche Belastung nur dann zugemutet werden könne, wenn die verhältnismäßig kleine Minderzahl der Besitzenden auch ihrerseits einen erheblichen Teil der Last übernehme. Aus diesem Grunde hielten die verbündeten Regierungen, denen die hier an sich vor allem in Betracht kommende Reichsvermögenssteuer aus dem schon angegebenen Grunde unannehmbar schien, daran fest, daß die Ausdehnung der seit 1906 bestehenden Reichserbschaftssteuer auf die Eltern und auf die Kinder von Erblassern der gebotene Weg sei, auf dem eine beträchtliche Summe zu erlangen und der Vorwurf zu entkräften sei, als ob die Last nur auf die schwächeren Schultern gelegt werden solle; damit würde nur den Sozialdemokraten Wasser auf ihre Mühle getrieben werden. Um aber die gegen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer erhobenen Bedenken nach Möglichkeit zu entkräften, schlug Bülow am 15. Juni eine abgeänderte Fassung der Steuer vor. Darnach sollte das bewegliche Vermögen an Möbeln, Geräten, Büchern und Bildern zur Vermeidung von Steuerschnüffelei nicht angerechnet werden; das Gattenvermögen, das der überlebende Teil habe miterwerben helfen, sollte steuerfrei bleiben; wer im Felde falle, dessen Erbe sollte ebenfalls von der Steuer nicht betroffen werden; weiterhin sollten Erbschaften im Gesamtbetrag von nicht mehr als 20000 Mark nicht herangezogen werden, ebenso nicht Einzelanteile von nicht mehr als 10000 Mark. So wurde noch ein Ertrag von 55 Millionen herausgerechnet; als Ersatz für die ausfallenden Millionen wurden Steuern auf Feuerversicherungsprämien im Betrag von über 5000 Mark und ein Effektenstempel vorgeschlagen, wovon 35 und 10 Millionen erhofft wurden. Insgesamt hätte das 100 Millionen Besitzsteuern ergeben,

Digitized by Google

neben 400 Millionen an indirekten Abgaben. Am 16. Juni trat Bülow in seiner letzten großen Rede für diese Lösung der Frage ein, betonte ihre unbedingte sozialpolitische Notwendigkeit und rief den Konservativen, welche von der Ausdehnung der Erbschaftssteuer durchaus nichts wissen wollten, das prophetische Wort zu: „Die konservative Partei gräbt sich ihr eigenes Grab, wenn sie die Zeichen der Zeit nicht versteht, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt!“ Es war ein Kassandraruf. Die Konservativen blieben dabei (in Widerspruch mit der deutschen Finanzgeschichte, welche die Erbschaftssteuer auf Kinder seit alters kennt), daß sie dem deutschen Wesen widerspreche und den Familiensinn untergrabe, daß sie — welche zu zahlen den Landwirten ganz allmählich in zehnjährigen Stückteilen gestattet werden sollte! — die Hinterbliebenen gerade in dem Augenblick schwer treffe, wo sie des Ernährers beraubt würden. Niemand war im Zweifel, daß Bülow, wenn er in der Minderheit blieb, seine Entlassung als Reichskanzler eingeben werde, und niemand konnte annehmen, daß der Kaiser sie ihm in einer solchen Lage abschlagen werde. Ja man flüsterte sich zu, daß der Kaiser, von der Novemberkrisis des Jahres 1908 her doppelt über Bülow verstimmt, weil dieser versäumlicher Weise den verhängnisvollen Artikel nicht vorher gelesen hatte und weil er des Kaisers in der Debatte sich nicht nach Gebühr angenommen habe, gern die Gelegenheit ergreifen werde sich des lästig gewordenen Beraters zu entledigen. Es wird behauptet, daß diese Erkenntnis die Konservativen wesentlich mit bestimmt habe Bülow zu stürzen, obwohl die schweren Folgen auf der Hand lagen: Zerstörung des konservativ-liberalen Blocks, Abschwenken der Konservativen nach der Seite des Zentrums, das längst sehnsüchtig auf der Lauer lag den Block, der es für die Regierung entbehrlich machte, zu sprengen und den verhaßten Kanzler zu beseitigen, und damit Rückkehr der Herrschaft des Zentrums, welche die Wahlen vom Januar 1907 gebrochen hatten. Daß Bülow einen wenn auch im einzelnen unverbindlichen Vorstoß gegen das geltende Wahlrecht in Preußen unternommen hatte (S. 515), stand mit im Schuldbuch, das die Konservativen über ihn führten, der doch ihnen vielfach sehr nahe stand und den Ausspruch getan hatte, auf seinen Leichenstein solle man

Digitized by Google

die Worte schreiben: hier liegt ein agrarischer Reichskanzler! Die Erschütterung des Dreiklassenwahlrechts bedeutete nach der Ansicht der Konservativen die Auslieferung Preußens an die Demokratie und Sozialdemokratie; Anfangs Juni 1911 hat die „Deutsche Tageszeitung" offen zugestanden, daß man in Bülow den Bahnbrecher des Parlamentarismus gesehen und bekämpft habe. Das Zentrum zerstreute die letzten Bedenken der Konservativen, indem es für die Fortdauer der bestehenden Branntweinsteuer (der sog. Liebesgabe) eintrat, nach der die Brenner, welche ein gewisses Kontingent Branntwein brennen dürfen, statt 70 Pfg. Steuer für den Liter nur 50 bezahlen. So wurde am 24. Juni die vorgeschlagene Ausdehnung der Erbschaftssteuer mit 194 gegen 186 Stimmen, also mit acht Stimmen Mehrheit, verworfen. Das Zentrum stimmte mit seinen Anhängseln geschlossen mit Nein, ebenso fast die ganze konservative Partei bis auf 6 Mann und die antisemitisch-agrarische „wirtschaftliche Vereinigung". Mit Ja stimmten die Reichspartei, die Nationalliberalen, die freisinnige Fraktionsgemeinschaft und die Sozialisten. Sofort erbat Bülow seinen Abschied, den ihm der Kaiser auch erteilte, dessen Bekanntgabe er aber bis nach Schluß des Reichstags hinausgeschoben wünschte.

Nun mußte die konservativ-klerikale Mehrheit Ersatz für die Erbschaftssteuer schaffen, und sie tat es, indem sie Reichssteuern auf Liegenschaftsumsätze, auf Zinsbogen (Talons), Schecks, Beleuchtungskörper, Zündwaren und Schaumwein annahm und den Kaffee- und Teezoll sowie die Tabak- und Biersteuer erhöhte. So wurde der Bedarf von 500 Millionen aufgebracht. Es wäre gewiß ungerecht zu leugnen, daß die Mehrheit damit ein patriotisches Werk tat, und die sich bessernde wirtschaftliche Lage hat dann mitgeholfen, daß die Reichsfinanzen durch die aus den neuen Steuern fließenden Erträge im Laufe des nächsten Jahres tatsächlich gesundeten; das Rechnungsjahr 1910 schloß sogar mit einem Überschuß von 117 Millionen ab, wovon 57,7 aus Zöllen, Steuern und Gebühren flossen. Aber andererseits kann auch nicht bestritten werden, daß die als Besitzsteuer ausgegebenen Steuern auf Liegenschaftumsätze und Schecks keineswegs bloß die Besitzenden trafen;

Digitized by Google

und vor allem war die Zertrümmerung des Blocks ein trauriges Ergebnis der konservativen Politik, wodurch die Hoffnung vernichtet wurde, daß die Rechte und die Linke sich allmählich durch Abschleifung ihrer Gegensätze näher kommen würden und daß durch eine Politik der mittleren Linie auf nationaler Grundlage das Reichsschiff eine sichere Fahrtrichtung gewinnen werde. Daß die Linke durch ihr oft ungestümes Drängen nach Zugeständnissen, namentlich im Punkt des Wahlrechts, nach barer Bezahlung ihres Wohlverhaltens das nie sehr feste Gefüge des Blocks auch ihrerseits hat sprengen helfen, kann nicht in Abrede gezogen werden. Am 10. Juli 1909 nahm der Reichstag die Finanzreform als Ganzes mit 226 gegen 127 Stimmen an, und die verbündeten Regierungen erklärten durch den Mund des Staatssekretärs des Innern v. Bethmann Hollweg, daß sie dem Gesetz trotz ihrer grundsätzlich abweichenden Ansichten über einzelne Punkte zustimmten, da nicht gewiß sei, ob ein anderer Reichstag die notwendigen Summen, welche man jetzt haben könne, überhaupt bewillige. Das Mittel einer Reichstagsauflösung gegen die Konservativen (und das Zentrum) ward nicht ernstlich in Betracht gezogen; es hätte eine Frontstellung der Regierung ergeben, welche in Deutschland unerhört war.

Bülow setzte seinen Namen nicht mehr unter das Gesetz, das so ganz anders ausgefallen war, als er für richtig hielt. Gemahl der Italienerin Donna Laura Minghetti, verlegte er seinen Wohnsitz für den größten Teil des Jahres nach der Villa Malta in Rom. Am 14. Juli ward an seiner Stelle v. Bethmann Hollweg (geb. 1856) zum Reichskanzler ernannt. Für ihn übernahm das Innere der preußische Handelsminister Delbrück (geb. 1856), an dessen Stelle der verunglückte Staatssekretär der Finanzen, v. Sydow (geb. 1851), trat; dessen Amt kam an den Unterstaatssekretär Wermuth (geb. 1855).

Die Art, wie die Finanzreform zustande gekommen war, erzeugte in den Massen, welche sich unbillig belastet glaubten, eine tiefe Verstimmung, und alle Liberalen, die Nationalliberalen eingerechnet, besonders auch der 1909 neu gestiftete „Hansabund", trugen ihr Möglichstes dazu bei, das Werk des sog. „schwarzblauen

Digitized by Google

Blocks",*) „der Ritter und der Heiligen", als unsozial und von selbstsüchtiger Gesinnung eingegeben hinzustellen; hat doch selbst der sonst freikonservative Professor Hans Delbrück in seinen „preußischen Jahrbüchern" 1909 die Ablehnung der Erbschaftssteuer durch die konservativen Landwirte darauf zurückgeführt, daß sie ihr Vermögen nicht in vollem Betrag zu fatieren pflegten und bei der Erbschaftssteuer dessen überwiesen zu werden fürchteten. Infolge der immer mehr sich ausbreitenden Verbitterung gewannen die Sozialdemokraten als schärfste Oppositionspartei im Laufe von zwei Jahren nicht weniger als neun Wahlkreise von den Nationalliberalen, Freisinnigen und Konservativen zurück und wuchsen von 43 wieder auf 52 Mann an. Die Konservativen verloren die ostpreußischen Wahlkreise Lyck und Labiau an die Nationalliberalen und die Volkspartei. Um den Stoß gegen rechts mit um so mehr Wucht führen zu können, schlossen sich die im Reichstag schon seit 1908 zu einer Fraktionsgemeinschaft vereinigten Gruppen der freisinnigen Vereinigung, der freisinnigen und der deutschen Volkspartei endgültig zur „fortschrittlichen Volkspartei" zusammen, welche am 6. März 1910 ihren ersten Parteitag in Berlin abhielt, und fast überall gingen die Nationalliberalen und Volksparteiler für die 1912 bevorstehenden Reichstagswahlen ein Bündnis miteinander ein; ja in einzelnen Reichsteilen, wo das Zentrum besonders stark war, wie in Baden und Bayern, wurde der Gedanke populär, ihm den Großblock „von Bassermann bis Bebel" entgegenzustellen, den Zusammenschluß aller Liberalen und der Sozialisten, vornehmlich bei den Stichwahlen.

Der neue Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg entstammte einer Frankfurter Bankierfamilie, welche auch künstlerische Interessen pflegte (bekannt ist das Bethmannsche Museum mit der Ariadne von Dannecker). Sein Großvater Moritz war 1858—62 Kultusminister in der liberalen Ära, ein Gegner der Konservativen und Bismarcks; der Vater Felix war Gutsbesitzer auf Hohenfinow in Oberbarnim und Landrat dieses Kreises. Bethmann selbst war 1905 preußischer Minister des Innern geworden und 1907 als Reichs-

*) Schwarz = Zentrum; blau = Konservative, die Partei des „blauen Bluts", d. h. des Adels.

Digitized by Google

staatssekretär des Innern und Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums an Posadowskys Stelle getreten. Er galt für einen ernsten Mann von umfassender Bildung, der es liebte, den Verhältnissen, die er meistern sollte, philosophisch auf den Grund zu gehen und der deshalb mit Unrecht von manchen als weltferner Theoretiker angesehen wurde; in Wahrheit war er ein zäher Realpolitiker, der nur erreichbare Ziele verfolgte. In sozialpolitischer Hinsicht besaß er hohes Verständnis für die Zeiterfordernisse, ohne mit dem Kopf durch die Wand zu gehen. Als Redner verstand er auf weite Kreise zu wirken und auch den Kennern der Stoffe, die er behandelte, Achtung abzugewinnen. Ob er freilich der Mann sein werde, die innere schwierige Lage, die er antraf, zu entwirren, erschien zunächst zweifelhaft, und der auswärtigen Politik war er bisher ganz fremd gewesen. Für sie fand er aber in dem Bukarester Gesandten, dem Württemberger v. Kiderlen-Wächter (geb. 1852) im Juni 1910 einen ausgezeichneten Staatssekretär (S. 533). Bethmann gab bei seinem ersten Auftreten im Reichstag am 9. Dezember 1909 kein ins einzelne gehendes Programm seiner bevorstehenden Tätigkeit; aber er protestierte dagegen, daß der bei der Finanzreform entstandene Gegensatz anhaltend die politische Lage beeinflusse; das Land wolle nicht dauernd von Sensation und Verärgerung leben; es verlange Stetigkeit und Festigkeit nach Innen und Außen, damit es in seiner werktätigen Arbeit nicht gestört werde. Der Reichstag solle nicht alles unter die Schlagworte Radikalismus und Reaktion stellen. „Ich habe die Überzeugung, daß es einen Zwang zum Schaffen gibt, den die Volksgemeinschaft jedem ihrer Glieder auferlegt, und die Gewißheit, daß dieser Zwang auch die gegenwärtigen Irrungen und Wirren überdauern wird." So wenig dieser Standpunkt zunächst bei der herrschenden Gereiztheit zwischen der Rechten und der Linken Beifall fand, so richtig hat er sich erwiesen.

Zwar der erste Versuch des Reichskanzlers zu positiver Arbeit, der auf die am 10. Januar 1908 von der Staatsregierung*) ver-

*) Nicht, wie oft gesagt wird, vom König. Die Zusage ward in einer Rede Bülows gegeben, in der er ausdrücklich namens der Staatsregierung sprach. Eine andere Regierung ist dadurch nicht gebunden. (Vgl. S. 515).

Digitized by Google

heißene Reform des preußischen Wahlrechts gerichtet war, schlug fehl. Das geltende Gesetz (vom 21. Mai 1849) gewährte zwar allen Preußen männlichen Geschlechts, welche das 24. Lebensjahr zurückgelegt hatten, das Wahlrecht, teilte sie aber nach der Gesamtleistung eines jeden an direkten Staats-, Kreis- und Gemeindesteuern in drei Klassen. Die, welche das erste Drittel der Steuer bezahlten, die Höchstbesteuerten, bildeten die erste, die das zweite Drittel Zahlenden die zweite, alle übrigen (auch die, welche gar keine direkte Steuer zahlten) die dritte Klasse. Für die, welche gar keine direkte Steuer zahlten, wurden auf den Kopf 3 Mark angerechnet, um die Grenze nach oben gegen die zweite Klasse etwas zu verschieben. Jede Klasse wählte in öffentlicher Abstimmung die gleiche Anzahl von Wahlmännern (auf 250 Seelen einen); die Gesamtheit der Wahlmänner entschied auch in öffentlicher Handlung durch Mehrheit, wer Abgeordneter sein solle. Danach galt in Preußen das allgemeine, aber ungleiche, öffentliche und indirekte Wahlrecht (Dreiklassensystem). Nach dem Gesetz von 1849 sollte die Abstimmung gemeindeweise erfolgen, damit in jeder Gemeinde die drei Klassen der Höchst-, Mittel- und Nieder- (oder gar nicht)-Besteuerten reinlich auseinanderträten und jede genau ihr Drittel an der Gesamtzahl der Wahlmänner erhalte. Da aber in den beiden ersten Klassen nur etwa 15, in der dritten 85 % der Wähler enthalten waren, so wurde das Wahlrecht, weil es den Staat der kleinen Minderheit der Besitzenden überantworte, herb kritisiert (als plutokratisch, d. h. die Herrschaft des Reichtums, griechisch plutos, befestigend): obschon man zugestehen muß, daß dieses „plutokratische" Abgeordnetenhaus den sozialen Aufgaben gegenüber durchaus verständnisvoll sich gezeigt und z. B. den Gesetzen von 1865, 1892, 1905 und 1909 zugestimmt hat, welche das Bergrecht mustergültig ordneten, den Arbeiterschutz vorschrieben, die Mutung auf Steinkohlen und Salz dem Staat vorbehielten, das sog. Wagennullen (einfache Nichtanrechnung mangelhaft geladener Kohlenwagen am Lohn) verboten und Arbeiterausschüsse zur Vertretung der Arbeiterwünsche einführten. Als Miquel 1891 die Einkommenssteuer mit Fassionspflicht durchsetzte, wurden die vorhandenen Vermögen aus Furcht vor den harten Strafen mehr

Digitized by Google

ihrem wahren Bestand gemäß angegeben, und damit wuchs der Einfluß der Reichsten, von denen z. B. Krupp in Essen allein in der ersten Klasse saß, also $^1/_3$ der Wahlmänner ernannte. Um den verschärften plutokratischen Charakter des Gesetzes wieder abzuschwächen, wurde 1899 die Drittelung der Wähler nicht mehr nach den ganzen Gemeinden, sondern nach den Urwahlbezirken eingeführt, die nicht unter 750, nicht über 1500 Seelen haben, also 3—6 Wahlmänner wählen sollten. Bisher hatten z. B. in den Städten die Reichsten ihr volles Drittel der Wahlmänner gewählt; nunmehr machte sich die Tatsache geltend, daß in diesen Städten es arme und reiche Quartiere gibt. In den reichen waren die Besitzenden so zusammengedrängt, daß sie im eigenen Fett erstickten; selbst der Reichskanzler wählte wohl im Bezirk Wilhelmsstraße in der dritten Klasse. In den ärmeren Stadtteilen aber konnten schon Leute mit 20—30 Mark Gesamtsteuerleistung in die erste Klasse aufsteigen; hier kam die Wirkung der Drittelung nach den Urwahlbezirken fast der Einführung des Reichstagswahlrechts gleich: nur dadurch konnten die Sozialdemokraten bei den Wahlen vom 16. Juni 1908 erstmals in den preußischen Landtag einziehen, während sie früher zwar in der dritten Klasse der größeren Städte öfters beträchtliche Erfolge gehabt hatten, aber durch die Wahlmänner der zwei oberen Klassen stets wieder niedergestimmt worden waren (vgl. Sachsen S. 285). Nun hatte der Ministerpräsident Fürst Bülow am 10. Januar 1908 feierlich die Absicht der Staatsregierung bekundet, das Wahlrecht, das auch nach den früheren Verfassungen noch Mängel aufweise, zu reformieren, ohne daß er aber über das Wie irgend bestimmte Andeutungen gemacht hätte. In Einlösung dieser ganz allgemeinen Zusage brachte v. Bethmann Hollweg am 4. Februar 1910 einen darauf abzielenden Gesetzesentwurf ein. Die beigegebene ausführliche Denkschrift bestritt zwar, daß das bestehende Wahlrecht die öffentliche Meinung so sehr fälsche, wie oft behauptet wurde; sie wies nach, daß z. B. von 433 Abgeordneten, die 1903 gewählt wurden, 356 auch in der dritten Abteilung der kleinen Leute die Mehrheit erhalten hätten. Gleichwohl wurden folgende Verbesserungen vorgeschlagen: 1. die direkte und öffentliche Wahl der Abgeordneten, also Wegfall der indirekten Wahl

Digitized by Google

durch Wahlmänner. Von nun an sollte festgestellt werden, welchen prozentualen Anteil jeder Kandidat an den Stimmen der drei Abteilungen erhalten habe; das Ergebnis sollte durch 3 geteilt und der als gewählt bezeichnet werden, der 50% der Stimmen habe (z. B. $\frac{80 + 60 + 15}{3} = 51{,}6\,\%$). 2. Die sog. Maximierung, wonach Steuerleistungen über 5000 Mark jährlich bei der Einteilung der Wähler in die Klassen nicht mehr angerechnet, also wirkungslos sein sollten; dadurch gingen 13000 der reichsten Wähler ihrer ausschlaggebenden Stellung in der ersten Wählerklasse verlustig. 3. Berücksichtigung nicht bloß der Steuerleistung, sondern auch der Bildung, gereiften Berufserfahrung und verdienstvollen öffentlichen Tätigkeit, so daß solche Eigenschaften zum Aufsteigen in die nächsthöhere Wählerklasse berechtigen sollten. An der Drittelung nach Urwahlbezirken ward nicht gerüttelt, obwohl sie in den Industriegegenden des Westens die Wahl der durchgängig nationalliberalen Industriellen sehr erschwerte und nur dem Zentrum und den Sozialdemokraten zugute kam. Der Vorschlag der Regierung bot den Sozialdemokraten und Volksparteilern gleichwohl zu wenig; diese wollten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht; den Konservativen, die das Dreiklassenwahlrecht als das Bollwerk des zwischen Reich und Arm ausschlaggebenden Mittelstandes priesen und es als wohlbewährten Schutzdamm gegen den Umsturz betrachteten, ging er schon viel zu weit; die Nationalliberalen wünschten Drittelung nach den Gemeinden, dafür Erhöhung der Zahl der Wähler der ersten Klasse auf mindestens 10 und der zweiten Klasse auf mindestens 30 und Pluralsystem. In den langen Verhandlungen schlug das Herrenhaus dem Wunsch der Großindustrie gemäß unter Zustimmung der Regierung vor, die Drittelung in Orten unter 10000 Seelen nach Gemeinden, in großen Städten nach Bezirken von höchstens 20000 Seelen vorzunehmen. Allein am 27. Mai 1910 wurden im Abgeordnetenhaus mit wechselnden Mehrheiten alle Anträge abgelehnt, der der Regierung wie die der Parteien, und der Feldzug endigte mit einem gänzlichen Fehlschlag.

Nun wählte sich Bethmann neue Mitarbeiter, indem er am 19. Juni 1910 die preußischen Ministerien des Innern, der Land-

Digitized by Google

wirtschaft und der Finanzen neu vergab, an den Oberpräsidenten von Schlesien, Dallwitz (geb. 1855), an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Freiherrn v. Schorlemer-Lieser (geb. 1856), einen ebenso entschiedenen Katholiken als ausgesprochenen Gegner des Zentrums, den Schöpfer der auf Pflege des konfessionellen Friedens und staatlichen Gesinnung gerichteten „deutschen Vereinigung", und an den Magdeburger Oberbürgermeister Lentze (geb. 1860). Die Minister v. Moltke, v. Arnim und v. Rheinbaben traten zurück. Kurz vorher war auch im Staatssekretariat für die Kolonien ein Wechsel erfolgt, indem am 9. Juni Dernburg durch den Unterstaatssekretär v. Lindequist (geb. 1862), einem erprobten Afrikaner, ersetzt wurde. Wenn auch Dernburgs Verwaltung wegen seiner angeblichen Begünstigung des Großkapitals bei der Ausbeutung der 1908 in Südwestafrika entdeckten Diamantenlager und wegen seines nach der Meinung Vieler zu weit gehenden Eintretens für die Neger getadelt wurde, so hat er doch in seiner vierjährigen Amtstätigkeit die Kolonien sehr gehoben, namentlich ein groß angelegtes Eisenbahnnetz (S. 515) in die Wege geleitet und den offenen Sinn für die Wichtigkeit unserer Kolonien in der Nation geweckt; auch hat er, selbst Bankmann, die Zurückhaltung des Kapitals gegenüber den kolonialen Aufgaben überwunden und es zur Mitarbeit vermocht.

War die erste Unternehmung Bethmanns fehlgeschlagen, so waren ihm bald bessere Erfolge beschieden. Als Pius X. am 26. Mai 1910 in einer Enzyklika zu Ehren des heiligen Borromäus, Erzbischofs von Mailand (1538—84), die Reformatoren als „Feinde des Kreuzes Christi" bezeichnete, als „Leute von irdischem Sinn, deren Gott der Bauch war, verderbteste Fürsten und Völker", da erhob Bethmann, die allgemeine Empörung der protestantischen Welt teilend, welche selbst den wackeren katholischen König von Sachsen Friedrich August III. (geb. 1865, König 1904) zu einem Schreiben an den Papst veranlaßte, durch den preußischen Gesandten beim Vatikan v. Mühlberg im Namen des schwer bedrohten konfessionellen Friedens entschiedenen Protest und erwirkte am 11. Juni 1910 die Zusicherung des Staatssekretärs Merry del Val, daß die deutschen Bischöfe angewiesen seien, das Rundschreiben

Digitized by Google

nicht amtlich zu veröffentlichen. Am 13. Juni folgte die weitere Erklärung, daß es dem Papst ganz fern gelegen habe, die deutschen Nichtkatholiken oder die deutschen evangelischen Fürsten zu kränken. Zwar suchte ein Teil der ultramontanen Presse den Wert dieser Erklärungen durch allerlei Fechterkünste, welche auch auf Protestanten Eindruck machten, nachträglich abzuschwächen; er erreichte aber damit nichts, als daß er das Zutrauen in die Ehrlichkeit des Vatikans erschütterte, was diesem selbst nicht nützen konnte. Der römische „Messagero" schrieb: „Die Demütigung des Vatikans ist vollkommen. Wir sind dankbar. Sursum corda!", und der Berliner Kirchenrechtslehrer Professor Dr. Kahl bezeichnete den Rückzug des Vatikans als ein in der Kirchengeschichte einzigartiges Ereignis.

Als der Reichstag Ende 1909 wieder zusammengetreten war, setzte der Staatssekretär Wermuth am 15. April 1910 die Wertzuwachssteuer durch, welche durch die Besteuerung des unverdienten Gewinns an Grundstücken, der in großen Städten ja oft ein ganz enormer ist, sozial sehr versöhnend wirkt. Von dieser Steuer sollten dem Reich 50 % den Einzelstaaten 10 und den Gemeinden 40 zufallen; der Ertrag sollte vor allem den Veteranen zugute kommen. Dann ging das dritte Quinquennat (1. April 1911 bis 30. März 1916) mit einer allmählichen Erhöhung des Friedensbestands des Heeres von 506 000 auf 515 321 Mann am 24. Februar 1911 durch; dabei stellte der Kriegsminister General v. Heeringen fest, daß wir für unser Heer nur 15½ % der gesamten Ausgaben verwenden, Frankreich 34 %. Drittens wurde am 26. Mai 1911 vom Reichstag die am 23. Dezember 1910 eingebrachte elsässische Verfassungsvorlage, die öfters verloren gegeben war, samt dem dazu gehörigen Wahlgesetz in dritter Lesung mit 211 Stimmen des Zentrums, aller Liberalen, einiger Reichsparteiler und der Sozialisten, gegen 93 Stimmen der Konservativen, der wirtschaftlichen Vereinigung, der Polen und der Mehrzahl der Elsaß-Lothringer — aber nicht aller! — angenommen. Danach ist der Kaiser noch ausgesprochener als bisher der Träger der Staatsgewalt in dem Reichsland; er allein, ohne Mitwirkung des Bundesrats, aber unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers, ernennt den Statthalter und ruft ihn ebenso ab, und seine Zustimmung zu den Gesetzen

Digitized by Google

ist notwendig, damit sie Gültigkeit erlangen. Ihm steht auch das Recht zu, die eine Hälfte der Mitglieder (19) der neu zu errichtenden ersten Kammer zu ernennen, während die andere Hälfte (auch 19) teils auf Grund von kirchlichen und staatlichen Ämtern, teils von Wahlen der Gemeinderäte von Straßburg, Metz, Colmar und Mülhausen, der vier Handelskammern, des Landwirtschaftsrats und der Handwerkerkammer zu Straßburg berufen wird. Von Amts wegen sitzen in der Kammer die Bischöfe von Straßburg und Metz; der Präsident des Oberkonsistoriums der Kirche augsburgischer Konfession; der Präsident des reformierten Synodalvorstands; der Präsident des Oberlandesgerichts zu Colmar; ein Vertreter der Universität Straßburg, gewählt vom Plenum der Universität und den ordentlichen Professoren; ein gewählter Vertreter der israelitischen Konsistorien. Die Einwirkung des Bundesrats und des Reichstags auf die reichsländische Gesetzgebung fällt gänzlich weg. Elsaß-Lothringen erhält drei Stimmen im Bundesrat, deren Trägern der Statthalter vorschreibt, wie sie stimmen sollen, die aber nicht gezählt werden, wenn durch sie ein — sonst in der Minderheit gebliebener — preußischer Vorschlag die Mehrheit erhielte. Diese Bedingung stellten die Mittelstaaten, aus Sorge, daß die drei Stimmen Preußens ziffernmäßigen Einfluß allzusehr verstärken könnten. Die zweite Kammer besteht aus 60 in 23 Wahlkreisen nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht zu erwählenden Abgeordneten; die ursprüngliche Bedingung der Regierung, daß Wähler mit 35 und 45 Jahren eine bezw. zwei Mehrstimmen erhalten sollten, ward angesichts der Abneigung, die in dem Reichsland mit seinen französischen Überlieferungen gegen jede Ungleichheit des Wahlrechts herrschte, schließlich fallen gelassen, um so mehr, als sie zunächst vorwiegend dem älteren noch französisch empfindenden Geschlecht zugute gekommen wäre. Diese Verfassung fand keineswegs ungeteilte Zustimmung. Schmerzlich kam mehrfach in der Presse das Bedauern darüber zum Ausdruck, daß das Reichsland nicht 1871 einfach mit Preußen vereinigt und so seine Verschmelzung mit dem führenden Staat längst erfolgt war; der tapfere Schwabe Theobald Ziegler (geb. 1846), Professor der Philosophie in Straßburg, trat im schwäbischen Merkur vom 10. Januar nochmals,

Digitized by Google

wenn auch ohne Hoffnung auf Erfolg, für diese Lösung ein. Verschiedene unerfreuliche Vorgänge in Mülhausen und Metz bewiesen, daß die Französlinge gerade in den letzten Zeiten ihr Haupt wieder kecker als früher erhoben, und in dem Landesausschuß führten die Vertreter dieser Richtung, die Wetterle, Preiß und Blumenthal, eine so freche Sprache gegen den Staatssekretär Zorn v. Bulach, einen Mann aus altem elsässischem Adel, und den Unterstaatssekretär Mandel, daß die Regierung dieses unerquickliche Schauspiel am 1. Mai durch den raschen Schluß der Tagung beenden mußte. Die Konservativen und auch manche Liberale nahmen teils an dem allgemeinen unbeschränkten Wahlrecht namentlich aber an der Bestimmung schweren Anstoß, daß die elsässischen Stimmen wohl gegen, nicht aber für Preußen in die Wagschale fallen sollten: das enthalte eine unstatthafte Abbröckelung an Preußens Macht und damit an der des Kaisers. Aber all dem hielt der Reichskanzler am 23. Mai im Reichstag die Erwägung entgegen, daß der Rubikо schon von Bismarck 1877 überschritten worden sei, als er Elsaß-Lothringen die Autonomie gab; jetzt könne man nicht mehr zurück, nur noch vorwärts, und nur indem man diese Autonomie ausgestalte, werde man die Verstimmung der Elsaß-Lothringer über ihre Zurücksetzung (sie betrachteten sich immer noch, s. S. 8, als „Deutsche zweiter Klasse") beseitigen und die Verschmelzung des Landes mit dem Reich fördern. Nur aus diesem Grunde sei er — was in seiner ursprünglichen Vorlage nicht enthalten war — darauf eingegangen einem Glied des Reiches, das nicht Bundesstaat sei, Bundesratsstimmen zu geben, und es sei eine weitherzige und selbstbewußte Politik, die Vorlage an jener Klausel nicht scheitern zu lassen. Diese Erwägungen gaben denn auch den Ausschlag, daß der Reichstag dem Verfassungsentwurf, wie erwähnt, mit mehr als Zweidrittelsmehrheit zustimmte. Der Grimm der Französlinge, welche am 3. Juni 1911 zu Straßburg eine „elsaß-lothringische Nationalpartei" gründeten, um die volle Autonomie zu erkämpfen, welche der Reichstag versagt habe, scheint zu beweisen, daß der Beschluß vom 26. Mai diesen zweifellos reichsfeindlichen Partikularisten das Konzept verdorben hat; ihr Weizen blüht um so mehr, je unzufriedener das Reichsland ist.

Digitized by Google

Der letzte große Erfolg v. Bethmann Hollwegs war die am 30. Mai mit 232 gegen 58 Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Volksparteiler erfolgte Annahme der sog. Reichsversicherungsordnung, die eine Zusammenfassung aller Bestimmungen über die Unfall-, Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung enthielt, also ein großartiges Werk der Kodifikation war und die bestehenden Einrichtungen überdies in mehreren wichtigen Punkten weiter bildete. Sie gewährte 1. den Witwen und Waisen der Versicherten eine wenn auch sehr bescheidene Unterstützung, die gleichwohl 66 Millionen erforderte; 2. erweiterte sie den Kreis der Versicherten auf die Heimarbeiter, die häuslichen Dienstboten und die landwirtschaftlichen Arbeiter, im ganzen auf 7 weitere Millionen Personen; 3. erhöhte sie das Krankengeld für besser entlohnte Arbeiter um 50 Pfg. für den Tag, und 4. befreite sie die Krankenkassen von dem Druck der Sozialdemokratie (welche in der Verwaltung dieser Kassen den Ton angegeben und ihre Agitatoren untergebracht hatte) dadurch, daß sie die Wahl der Vorstände durch beide Gruppen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, vorschrieb und den Nachweis ordnungsmäßiger Vorbildung für alle Kassenbeamten aufstellte. Bedauerlich war, daß die von vielen Seiten gewünschte Herabsetzung der Alters- und Invaliditätsgrenze vom 70. auf das 65. Jahr scheiterte, weil die Regierungen für die dazu erforderlichen 9 Millionen Mark keine Deckung hatten und mit Recht an dem Grundsatz festhielten: keine neuen Ausgaben ohne Deckung! Die Außerachtlassung dieses Grundsatzes hatte großenteils zu der Verwirrung der Reichsfinanzen von 1909 beigetragen. Wenn so die Reichsversicherungsordnung auch nicht allen Wünschen genügte, so enthielt sie doch einen bedeutenden sozialpolitischen Fortschritt und war das größte gesetzgeberische Werk seit der Verabschiedung des bürgerlichen Gesetzbuches. Der für die drei Versicherungen notwendige Gesamtbedarf ward schon 1907 auf 859,5 Millionen Mark berechnet. Die Vertretung der Angelegenheit im Reichstag lag in den Händen des nunmehrigen Staatssekretärs des Innern Delbrück; ihr eigentlicher Vater war aber der Reichskanzler selbst, der als Staatssekretär sie in die Wege geleitet hatte. Es war darum wohl verdient, daß der Kaiser am 1. Juni 1911 an ihn ein Hand-

Digitized by Google

schreiben richtete und anerkannte, daß das glückliche Zustandekommen der elsaß-lothringischen Verfassung und der Reichsversicherungsordnung „nicht zum mindesten Ihrem persönlichen Eingreifen, Ihrer staatsmännischen Kunst und zielbewußten Arbeit zu verdanken ist.“ Der Monarch bezeugte ihm deshalb seinen kaiserlichen Dank und verlieh ihm zum Zeichen seiner Anerkennung und seines Wohlwollens sein Bildnis.

Druckfehler und Zusätze.

311, Z. 16 v. o. 1909 v. Trott zu Solz.

307, Z. 8 v. u. Auch Hessen führte 1911 nach langen Verhandlungen zwischen der ersten und zweiten Kammer das allgemeine direkte Wahlrecht mit einer Zusatzstimme für alle 50 Jahre alten Wähler ein.

Digitized by Google

Zeittafel

1871. Frankfurter Friede. Kommune in Paris. Dreikaiser-Verhältnis. Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultministerium. Beginn des Kulturkampfs. Kanzelparagraph. Ministerium Hohenwart in Österreich.
1872. Schulaufsichts- und Jesuitengesetz. Kreisordnung in Preußen.
1873. Preußische Maigesetze. Thiers gestürzt; Mac Mahon Präsident; Scheitern der royalistischen Restauration in Frankreich. Republik in Spanien. Österreichisches Abgeordnetenhaus auf unmittelbare Wahlen gegründet.
1874. Kirchengesetze in Österreich. Alfons XII. in Spanien; Karlistenkrieg. Attentat auf Bismarck in Kissingen. Weltpostverein.
1875. Sieg der Republik in Frankreich; Verfassung. Sperrgesetz in Preußen. Zivilehe in Deutschland; Aufhebung aller Orden in Preußen außer derer für Krankenpflege. Ankauf der Suezkanalaktien durch England. Aufstand in Bosnien und der Herzegowina.
1876. Gerichtsreformgesetze in Deutschland. Ende des Karlistenkriegs. Aufstand in Bulgarien. Die Linke kommt in Italien ans Ruder.
1877. Bulgarischer Krieg; Plewna, Osman Pascha. Transvaal englisch.
1878. Tod Pius IX.; Leo XIII. König Humbert I. von Italien. Stellvertretungsgesetz. Berliner Kongreß. Attentate; Sozialistengesetz. Bosnien und Herzegowina österreichisch.
1879. Grevy Präsident. Zolltarif in Deutschland. Falks Rücktritt. Ministerium Taaffe. Deutsch-österreichisches Bündnis. Ketschwayo besiegt. Afrikanderbond.
1880. Samoavorlage gescheitert. Deutscher Schulverein.
1881. Sieg der Buren am Majubaberg. Karl von Rumänien König. Tod Alexanders II. von Rußland; Alexander III. Unterwerfung der Turkmenen unter Rußland. Franzosen in Tunis. Kaiserbotschaft an den Reichstag. Italiener in Assab. Gladstones irische Landbill.
1882. Engländer in Ägypten. Konfessionslose Volksschule in Frankreich. Tod Gambettas. Milan von Serbien König. Teilung der Prager Hochschule.
1883. Dreibund. Krankenversicherung in Deutschland.
1884. Deutsche Unfallversicherung. Deutsche Kolonien. Berliner Afrikakonferenz. Dreikaiserzusammenkunft in Skiernniewice. Gladstones Wahlreform. Londoner Vertrag zwischen der südafrikanischen Republik und England. Paul Krüger. Russen in Merw.

Digitized by Google

1885. Kongostaat. Deutsche Postdampferlinien. Ostrumelien mit Bulgarien vereinigt. Listenwahl in Frankreich (bis 1889). Friede von Tientsin; Tonkin französisch. Abtretung von Diego Suarez seitens der Königin Ranavolo III. an Frankreich. Karolinenstreit. Alfons XII. von Spanien stirbt. Gordons Tod in Chartum. Italien besetzt Massaua. Birma englisch.

1886. Erste Polenvorlage. Abschaffung des Kultureramens in Preußen. Alfons XIII. Alexander von Bulgarien gestürzt. Boulanger Kriegsminister. Gladstones erste Homerule-Vorlage.

1887. Septennatswahlen in Deutschland. Ende des Kulturkampfs; Wiederzulassung beschaulicher Orden; Anzeigepflicht von der Kirche anerkannt. Erste Erneuerung des Dreibunds. Deutscher Rückversicherungsvertrag mit Rußland. Ferdinand von Bulgarien. Grevy zum Rücktritt gezwungen. Carnot Präsident.

1888. Tod Kaiser Wilhelms I. Kaiser Friedrich. Kaiser Wilhelm II. Panamaskandal in Frankreich (bis 1893). Demokratische Ortsverwaltung in England eingeführt; Grafschaftsräte. Übertragung des Bahnbaus von Ismid bis Angora an die deutsche Bank.

1889. König Alexander von Serbien. Gesetz über Alters- und Invaliditätsversicherung in Deutschland.

1890. Sturz Bismarcks. Caprivi Reichskanzler. Vertrag über Sansibar und Helgoland. „Colonia Eritrea" Italiens.

1891. Deutsche Handelsverträge mit Österreich und anderen Staaten. Französische Flotte in Kronstadt. Zweite Erneuerung des Dreibunds.

1892. Zedlitzsches Schulgesetz in Preußen. Kleinstellengesetz in England. Ralliés in Frankreich. Münzreform und Barzahlung in Österreich.

1893. Gladstones zweite Homerule-Vorlage. Zweijährige Dienstzeit in Deutschland. Bund der Landwirte. Miquels Steuerreform. Taaffes Sturz. Dahomey französisch. Vertrag Frankreichs mit Siam.

1894. Bismarck beim Kaiser. Perier Präsident. Dreyfusprozeß. Chinesisch-japanischer Krieg. Zivilehe in Ungarn. Caprivis Sturz; Hohenlohe Reichskanzler. Zar Nikolaus II.

1895. Faure Präsident. Ministerium Salisbury in England. Kaiser-Wilhelmskanal. Friede von Shimonoseki. Pamirvertrag zwischen Rußland und Afghanistan. Aufstand auf Kuba.

1896. Jamesons raid. Menelik's Sieg über die Italiener bei Abba Garima. Badeni schafft eine fünfte Kurie des österreichischen Abgeordnetenhauses. Deutsches bürgerliches Gesetzbuch. Aschanti englisch.

1897. Griechisch-türkischer Krieg. Lueger Bürgermeister von Wien. Russisch-österreichische Vereinbarung über den Balkan. Madagaskar französisch. Kiautschou deutsch. Badenis Sprachenverordnungen; sein Sturz.

Digitized by Google

1898. Erstes deutsches Flottengesetz. Zweite Polenvorlage. Abschaffung aller nichtmagyarischen Ortsnamen. Kitcheners Sieg bei Omdurman. Faschoda. Bismarcks Tod. Wilhelm II. in Jerusalem. Militärstrafprozeß-Reform. Spanisch-amerikanischer Krieg; Pariser Friede; Ende des spanischen Kolonialreichs. Los von Rom! in Österreich.

1899. Loubet Präsident. Karolinen, Marianen, Upolu und Sawaii deutsch. Dreyfus begnadigt. Erste Haager Konferenz. Burenkrieg. Unterdrückung Finnlands.

1900. Lord Roberts Sieg bei Paardeberg über Cronje. Viktor Emanuel III. Einführung des bürgerlichen Gesetzbuchs. Zweites deutsches Flottengesetz. Bülow Reichskanzler. Boxerunruhen; Europäer in Peking; Waldersee Generalissimus.

1901. Common wealth von Australien. Eduard VII. Roosevelt Präsident der Vereinigten Staaten. Friede von Peking. Französisches Vereinsgesetz (gegen die Orden). Vollendung der sibirischen Bahn.

1902. Friede von Pretoria; Ende der Burenstaaten. Alfons XIII. volljährig. Dritte Polenvorlage. Dritte Erneuerung des Dreibunds. Englisch-japanisches Bündnis. Obstruktion im Reichstag; Zolltarif in Deutschland.

1903. Sturz Crailsheims in Bayern. Unterdrückung der Orden in Frankreich durch Combes. Irische Landankaufsbill. Chamberlains Plan eines Reichzollvereins. Alexander von Serbien ermordet; König Peter. Ungarische Krisis. Papst Pius X.

1904. Aufstand der Hereros und Witbois. Russisch-japanischer Krieg. Engländer in Lasa. Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Englisch-französischer Vertrag über Ägypten und Marokko; entente cordiale. Loubet in Rom; Bruch zwischen Frankreich und der Kurie. Erste Reichssteuerreform in Deutschland. Direkte Wahl in Baden. Roosevelts Wiederwahl.

1905. Fall von Port Arthur und Mukden. Wilhelm II. in Tanger. Tsuschima. Erweiterung des englisch-japanischen Bündnisses. Friede von Portsmouth. Neue Handelsverträge Deutschlands. Russische Revolution; Oktobermanifest Nikolaus II.; Gewährung des allgemeinen Wahlrechts. Zweijährige Dienstzeit in Deutschland. Aufhebung der Union zwischen Schweden und Norwegen. Sturz der Liberalen in Ungarn. Trennung von Kirche und Staat in Frankreich.

1906. Wahlsieg der englischen Liberalen; Ministerium Bannerman. Direkte Wahlen in Bayern. Konferenz von Algeciras. Diäten für den Reichstag. Zweite Reichssteuerreform. Verfassungsreform in Württemberg. Erste Duma. Auflösung des deutschen Reichstags. Parlament in Persien.

Digitized by Google

1907. Reichstagswahlen; konservativ-liberaler Block. Ende des südwestafrikanischen Kriegs. Allgemeines Wahlrecht in Österreich. Zweite Haager Konferenz. Zweite und dritte Duma in Rußland; Abänderung des Wahlrechts. Verträge Frankreichs und Rußlands mit Japan. Russisch-englischer Vertrag über Persien, Afghanistan und Tibet.

1908. Ermordung Karls I. von Portugal. Vierte Polenvorlage; Zwangsverkaufsrecht. Reichsvereinsgesetz. Zusammenkunft Eduards VII. und Nikolaus II. in Reval. Türkische Revolution; Herstellung der Verfassung. Sieg Muley Hafids über seinen Bruder Abdul Asis bei El Kelaa. Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in Österreich. Bulgarien erklärt seine Unabhängigkeit. Artikel des Daily Telegraph über Äußerungen Kaiser Wilhelms II.; Erklärung des Kaisers vom 17. November. Vertrag zwischen Japan und den vereinigten Staaten über den stillen Ozean. Wahl Tafts zum Präsidenten der vereinigten Staaten.

1909. Eduard VII. in Berlin. Deutsch-französischer Vertrag über Marokko; Anerkennung der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in Österreich-Ungarn durch die Großmächte und Serbien. Sturz Abdul Hamids; Mohammed V. Sultan. Dritte Reichsfinanzreform in Deutschland; Sprengung des Blocks; Rücktritt Bülows; v. Bethmann Hollweg Reichskanzler. Absetzung des Schahs Mohammed Ali Mirza; Achmed Mirza Schah.

1910. Herstellung der Beziehungen zwischen Rußland und Österreich. Kaiserin Taitu in Abessinien gestürzt. Borromäusenzyklika. Georg V. in England. Scheitern der preußischen Wahlreform. Südafrikanischer Einheitsstaat. Sieg der „nationalen Arbeiterpartei" unter Graf Khuen-Hedérvary in Ungarn über die Unabhängigkeitspartei. Aufhebung der Selbständigkeit Finnlands. Montenegro Königreich. Korea japanisch. Reichsausschuß in China. Eisenbahnerstreik in Frankreich durch Briand unterdrückt. Portugal Republik. Zusammenstoß von Oberhaus und Unterhaus in England; zweimalige Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Zusammenkunft Wilhelms II. und Nikolaus II. in Potsdam. Sieg der Demokraten in den vereinigten Staaten.

1911. Wertzuwachssteuer, elsaß-lothringische Verfassung, Reichsversicherungsordnung in Deutschland. Franzosen in Fes, Spanier in Larasch, Deutsche in Agadir. Allgemeines direktes Wahlrecht in Hessen.

Digitized by Google

Tabellen

1. Deutſche Kaiſer.

1870—1888 Wilhelm I.
1888 Friedrich (III. bezw. I.).
1888 Wilhelm II.

2. Kaiſer von Öſterreich, König von Ungarn.

1848 Franz Joſeph.

3. Zaren von Rußland.

1855—1881 Alexander II.
1881—1894 Alexander III.
1894 Nikolaus II.

4. Sultane der Türkei.

1861—1876 Abdul Aſis.
1876 Murad († 1904).
1876—1909 Abdul Hamid II.
1909 Mohammed V.

5. Könige von Italien.

1861—1878 Victor Emanuel II.
1878—1900 Humbert.
1900 Victor Emanuel III.

6. Könige von Spanien.

1871—1873 Amadeus.
(1873—1874 Republik.)
1874—1885 Alfons XII.
1886 bezw. 1900 Alfons XIII.

7. Könige von Portugal.

1861—1889 Ludwig I.
1889—1908 Karl I.
1908—1910 Manuel II.

8. Könige von England.

1837—1901 Victoria I.
1901—1910 Eduard VII.
1910 Georg V.

9. Könige von Dänemark.

1863—1906 Chriſtian IX.
1906 Friedrich VIII.

10. Könige von Schweden.

1859—1872 Karl XV.
1872—1907 Oskar II.
1907 Guſtav V.

11. Könige von Norwegen.

1905 Haakon VII.

12. Präſidenten der franzöſiſchen Republik.

1871—1873 Thiers.
1873—1879 Mac Mahon.
1879—1887 Grevy.
1887—1894 Carnot.
1894—1895 Perier.
1895—1899 Faure.
1899—1906 Loubet.
1906 Fallières.

13. Präſidenten der vereinigten Staaten.

1868—1876 Grant.
1876, bezw. 1877—1881 Hayes.
1877—1881 Garfield.
1881—1885 Arthur.
1885—1889 Cleveland (Demokrat).
1889—1893 Harriſon.
1893—1897 Cleveland.
1897—1901 Mac Kinley.
1901—1909 Rooſevelt.
1909 Taft.

Digitized by Google

14. Deutsche Reichskanzler.

1871—1890 Bismarck.
1890—1894 Caprivi.
1894—1900 Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst.
1900—1909 Fürst Bülow.
1909 v. Bethmann Hollweg.

15. Preußische Kultusminister.

1862—1872 Mühler.
1872—1879 Falk.
1879—1881 Robert v. Puttkamer.
1881—1891 Gustav v. Goßler.
1891—1892 Graf v. Zedlitz und Trützschler.
1892—1899 Bosse.
1899—1907 Studt.
1907—1909 Holle.
1909 v. Trott zu Solz.

16. Preußische Finanzminister.

1869—1878 Camphausen.
1878—1879 Hobrecht.
1879—1882 Bitter.
1882—1890 Scholz.
1890—1901 Miquel.
1901—1910 Georg v. Rheinbaben.
1910 Lentze.

17. Preußische Minister des Innern.

1862—1878 Graf Friedrich Eulenburg.
1878—1881 Graf Botho Eulenburg.
1881—1888 Robert v. Puttkamer.
1888—1892 Herrfurth.
1892—1894 Graf Botho Eulenburg.
1894—1895 Ernst v. Köller.
1895—1899 v. der Recke.
1899—1901 Georg v. Rheinbaben.
1901—1905 Hans Freiherr v. Hammerstein.
1905—1907 v. Bethmann Hollweg.
1907—1910 Graf Friedrich v. Moltke.
1910 v. Dallwitz.

18. Preußische Kriegsminister.

1859—1873 Graf v. Roon.
1873—1883 v. Kameke.
1883—1889 Paul Bronsart v. Schellendorf.
1889—1890 Verdy du Vernois.
1890—1893 v. Kaltenborn-Stachau.
1893—1896 Walter Bronsart v. Schellendorf.
1896—1903 Heinrich v. Goßler.
1903—1909 v. Einem, genannt Rothmaler.
1909 v. Heeringen.

19. Österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen.

1866—1871 v. Beust.
1871—1879 Graf Andrassy.
1879—1881 Freiherr v. Haymerle.
1881—1895 Graf Kalnoky.
1895—1906 Graf Goluchowski.
1906 Freiherr v. Ahrenthal.

20. Österreichische Ministerpräsidenten.

1868—1871 Fürst Carlos Auersperg.
1871 Graf Hohenwart.
1871—1879 Fürst Adolf Auersperg.
1879—1893 Graf Taaffe.
1893—1895 Fürst Windischgrätz. Graf Kielmannsegg.
1895—1897 Graf Badeni.

Digitized by Google

1897 Gautsch v. Frankenthurn.
1898 Graf Thun-Hohenstein.
1899 Graf Clary. Wittek.
1900—1904 v. Körber.
1904—1906 Gautsch v. Frankenthurn.
1906 Prinz Konrad Hohenlohe.
1906—1908 Freiherr v. Beck.
1908—1911 Freiherr v. Bienerth.
1911 Gautsch v. Frankenthurn.

21. Ungarische Ministerpräsidenten.

1867—1871 Graf Andrassy.
1871—1872 Graf Lonyay.
1875—1890 Kalman Tisza.
1890—1892 Graf Szapary.
1892—1895 Wekerle.
1895—1899 Banffy.
1899—1903 Szell.
1903—1905 Stephan Tisza.
1905—1906 Fejérvary.
1906—1910 Wekerle.
1910 Graf Khuen-Hedérvary.

22. Russische Minister des Auswärtigen.

1856—1882 Gortschakow.
1882—1895 v. Giers.
1895—1896 Graf Lobanow.
1897—1900 Graf Murawiew.
1900—1906 Graf Lamsdorff.
1906—1910 Iswolski.
1910 Sasonow.

23. Englische Ministerpräsidenten.

1868—1874 Gladstone.
1874—1880 Disraëli.
1880—1885 Gladstone.
1885—1886 Salisbury.
1886 Gladstone.
1886—1892 Salisbury.
1892—1894 Gladstone.
1895—1902 Salisbury.
1902—1905 Balfour.
1905—1908 Campbell Bannerman.
1908 Asquith.

24. Wichtigere französische Ministerpräsidenten.

1875—1876 Buffet.
1876—1877 Jules Simon.
1877 Herzog Albert v. Broglie.
1877—1879 Dufaure.
1879—1880 Freycinet.
1880—1881 Ferry.
1881—1882 Gambetta.
1882 Freycinet.
1883—1885 Ferry.
1885—1886 Brisson.
1887 Rouvier.
1890—1893 Freycinet.
1896—1898 Meline. Brisson.
1899—1902 Waldeck-Rousseau.
1902—1905 Combes.
1905—1906 Rouvier.
1906—1909 Clemenceau.
1909—1911 Briand.

Digitized by Google

Register

Aargauer Nachrichten 234.
Abba Garima 337.
Abdel Malek 500.
Abdul Asis, Sultan von Marokko 495. 500—505.
— — Sultan der Türkei 115. 117. 121. 122. 129.
— Hamid, Sultan der Türkei 123. 130—158. 173. 236. 282. 531. 532.
— Kerim 123. 133.
Abdullah, Mahdi 171.
Abdurrachmân, Emir von Afghanistan 382. 383.
Abessinien 171. 334—338.
— ital.-franz.-engl. Handelsvertrag 337.
Abgeordnetenhaus, preußisches 516.
— in Österreich 93.
— in der Türkei 129.
— in Württemberg 304—307.
Abgeordnetenkammer in Frankreich 88. 343. 347. 353. 357. 358.
Abkunft von Bordeaux 84.
Abolitionisten 443.
Abrahamowicz 317.
Abrüstung 508.
Absolutismus in Rußland 479 ff.
Abul Abbas II., Khedive 172. 174.
Accessionsvertrag 298.
Achenbach 50. 211.
Achmedabad 384.
Achmed Farid Pascha 174.
— Mirza, Schah von Persien 388.
— von Witu 263.
Achtstundentag 365.
Addis Abeba 337.
Aden 152. 534.
Administrative Verschickung 480.
Adolf, Großherzog von Luxemburg 429. 430.
Adrianopel 133. 138. 139. 157. 532.
Adriatisches Meer 146. 523.
Adua 337.
Afghanistan 131. 381—383.
Afrikander Bond 396. 398. 403. 418.
Agadir 507.
Aghrim 371.
Agliardi 315.
Agrargesetz in Rußland 491. 492.
Aguinaldo 449.
Ägypten 116. 119. 168—175. 344. 388. 389. 498.
Ahrenthal 315. 524. 526. 528. 533.
Aigues Mortes 339.
Akka 506.
Aksakow 90. 480.
Alabama 443.
Alaschkerd 143.
Alava 98.
Albanesen, Albanien 139. 154. 533. 534.
Albert, König von Belgien 426.
— König von Sachsen 228.
— von Sachsen-Koburg-Kohary, engl. Prinzgemahl 431.
— Prinz von Wales 263. 330.
Alberti 331.
Albi 360.
Albrecht, Prinz von Preußen 11. 206. 207.
Aldershot 140.
Alessandria 336.
Alexander von Battenberg-Bulgarien 148—150. 212. 221.
— I., Kaiser von Rußland 481.
— II., Kaiser von Rußland 91. 110. 111. 113. 125. 126. 129 ff. 142. 160. 330. 478. 479.

Digitized by Google

Alexander III., Kaiser von Rußland 113. 134. 149. 162. 163. 221. 229. 238. 240. 265. 350. 481.
— I., König von Serbien 159.
— Kronprinz von Serbien 531.
Alexandra, Prinzessin von Dänemark, Königin von England 330. 378. 528.
Alexandrette 151.
Alexandria 169. 201.
Alexandrówo 161.
Alexejew 462. 465.
Alexinatz 124. 125.
Alexis, Großfürst von Rußland 491.
Alfons XII., König von Spanien 97—101. 202.
— XIII., König von Spanien 101.
Algeciras. Konferenz von, Algecirasakte 501—504.
Algier 266. 501. 504.
Alice, Prinzessin von Hessen, Kaiserin von Rußland 350. 482.
Alkoholmonopol 44.
Alldeutsche 316. 319.
Alleghanie 441.
Allianz, heilige 91.
Almansa 97.
Almodovar 501.
Altbreisach 5.
Altenburg 11.
Alters- und Invaliditätsgesetz in Deutschland 185. 231. 550.
— in England 369.
— in Frankreich 353.
Altkatholiken in Deutschland 23. 36. 43. 45. 231.
— in Spanien 102.
Altona 176. 177.
Altrussen 480. 481. 482.
Alttschechen 313. 323.
Alttürken 120.
Amade 504.
Amadeo, Herzog von Aosta 95. 97.
Amalie, Königin von Portugal 432. 433.
Amerikanismus 445.
Amnestie in Deutschland 220.
— in Frankreich 90. 353.
Amoy 434.
Amselfeld 534.
Amur 131.
Amurbahn 491.
Analphabeten in Italien 335.
Anarchisten 175. 275. 315. 351.
Anatolien 151.
Anchialos 156.
Ancona 335.
Andenbahn 477. 478.
Andrassy, Vater 92. 109. 110. 117. 138. 145. 146. 161. 315.
— Sohn 327. 328.
Angora 151.
Angra Pequena 196. 198. 201.
Annam 345.
Annobom 449.
Ansiedelungsgesetz 309.
Ansiedelungskommission 211. 265. 308—310.
Antananarivo 344.
Antimilitarismus in Frankreich 354.
Antimodernisteneid 341.
Antirevolutionäre in Holland 427.
Antisemiten in Deutschland 187. 235. 272.
— in Frankreich 352.
— in Österreich 316. 317. 322. 324. 510.
— in Rußland 487.
Antivari 138. 139. 146.
Antrick 290.
Anzeigensteuer 517. 536.
Anzeigepflicht der Bischöfe 33. 73. 77. 94.
Appenzell 421.
Apponyi 328.
Äquatorialprovinz 169. 262. 398.
Araber in Marokko 494.
Arabien 152. 174. 534. 535.
Arábi Pascha 169.
Aralsee 131.
Arbeiterausschüsse 543.
Arbeiterfürsorge 233. 550.
Arbeiterpartei, englische 366. 368. 378. 419.
— sozialdemokratische 55.
— sozialistische Deutschlands 56.
Arbeiterschutzgesetz 262.

Digitized by Google

Arbeiterschutzkonferenz 233. 284. 261.
Arbeiterverein, allgemeiner deutscher 55.
— Verband deutscher 55.
Arbeitslosigkeitversicherung in Deutschland 188.
— in England 369.
Arbeitswillige 282. 428.
Arda 139.
Ardahan 133. 139. 142. 147.
Argentinien 431. 477.
Arizona 443.
Arkansas 443.
Armenien 133. 134. 152. 158.
Armstrong 116.
Arnim 13. 21. 91. 546.
Aromunen 156.
Arrondissement 343.
Asch 318.
Aschanti 389.
Asiatischer Feldzug 133.
Asid ul Mulk 388.
Asquith 366. 368.
Assab-Bai 336.
Assam 383. 384.
Association of repeal 373.
Assuan 173.
Assyr 534.
Atlas 494.
Atschin 429.
Auersperg 93.
Augusta, Kaiserin von Deutschland 47. 67.
Auguste Viktoria, Kaiserin von Deutschland 227.
Ausgleich 13. 92. 94. 319. 329.
Ausnahmegesetz 59.
Äußerster Osten 450.
Australien 201 379—381. 420. 476.
Austritt aus der Kirche 33.
Automobilsteuer 301 365.
Autonomisten im Elsaß 7.
Avellan 273. 350.
Aversum 3.
Aymé 226.
Azemur 504.
Baalbek 282.
Baden 3. 11. 44. 75. 294. 301. 302—303. 512.
Baden-Powell 408.
Badeni 315—318.
Bagamoyo 171. 204.
Bagdadbahn 151. 535.
Bagida 198.
Bagirmi 173. 346.
Bahr-el-Gazal 398.
Bähr 66.
Bajesid 139. 143.
Balhaut 349.
Baikalsee 464.
Baker 170.
Baku 130.
Balaschow 462.
Balesa 337.
Balfour 368. 377. 378. 416.
Bali 429.
Balkan 133—138. 523—534.
Ballestrem 272.
Baltische Deutsche 350. 482. 486. 491.
— Provinzen 350.
Bälz 436.
Bamberger 10. 71. 176. 177. 195. 267.
Banderolesystem 517.
Banffy 315. 326.
Bangkok 346.
Bankgesetz 10. 515.
Bannerman 174. 364. 378. 406. 417.
Baratieri 337.
Barboschi 132.
Barcelona 96. 101. 102.
Bardovertrag 166. 343.
Barère 497.
Bari 335.
Barjatinski 130.
Baroß 325.
Barra, da la 477.
Baschibosuk 118.
Basel 421. 422.
Basken 96. 100.
Bassermann 510. 522.
Batak 118.
Batavia 434.

Digitized by Google

Batum 139. 142. 147.
Bauer 66.
Bauernbanken in Rußland 485.
Bauernbefreiung in Rußland 478.
Bauernbund 288. 304. 510.
Bayern 3. 12. 207—210. 230. 281. 292. 293. 294. 301. 303. 304.
Beaconsfield (Disraëli) 118. 140. 141. 143. 144. 169. 382.
Bebel 55. 56. 511. 512.
Beck 320—323.
Beecher-Stowe 443.
Befähigungsnachweis, kleiner 515.
Beg 117.
Behanzin 346.
Beiramfest 534.
Beirut 152.
Bekundung des Personenstands 44.
Belesa 337.
Beleuchtungskörpersteuer 539.
Belfort 1.
Belgien 199. 200. 267. 423—427. 496.
Bell 16.
Bengalen 383. 384.
Beni Mtir 506.
Bennigsen 13. 48. 51. 65. 267. 269. 279.
Ben Sliman 496.
Benzler 9. 298.
Berber 102. 494.
Berber, Stadt 174.
Berg, Schloß 210.
Bergen 332.
Bergmann 217.
Beringsmeer 473.
Berlepsch 233.
Berlin (siehe auch Deutschland-Preußen) 528. 535.
Berlin, Kreuzer 507.
Berliner Konferenz 199.
— Kongreß 143—148. 312.
— Memorandum 118.
Bern 422.
Bernhardt 512.
Bernstein 512.
Besitzsteuern 537.
Besobrasow 462.
Bessarabien 139. 142.
Bethmann Hollweg 188. 513. 535. 540. 546. 549—550.
Betschuanaland, Betschuanen 198. 396.
Beust 92. 93. 109.
Beuthen 309.
Bey von Tunis 165. 343.
Bhutan 387.
Bialystok 487.
Bienerth 323. 324.
Biersteuer 3. 301. 539.
Bingen-Alzey 177.
Birma 346. 384. 385.
Birmingham 361.
Biron 31.
Biscaya 96. 98.
Biserta 166
Bismarck, Herbert 197. 243. 258. 270.
— Margarete 270.
— Otto, Dreiklassensystem 543. Eisenbahnen 189. Elsaß-lothringische Verfassung 542. Kolonien 194 ff. Kulturkampf 16 ff. Letzte Jahre 270 Militärgesetze 11—14. 212. 277. Polenpolitik 210. Reichsversicherungsordnung 550. Sozialisten 54 ff. 232 ff. Sozialreform 175. 180. 185. Sturz 235—259. Tod 281. Wirtschafts- und Zollreform 46 ff.
— Wilhelm 258.
Bismarckarchipel 201. 204.
Bitter 68. 194.
Bjökö 481.
Bleichröder 242.
Block im deutschen Reichstag 511. 517. 538—540.
— schwarzblauer 540—541.
Bloemfontein 390. 391. 404. 413.
Blowitz 110. 111.
Blumenau 431.
Blumenthal, Abgeordneter 549.
— General 224.
Bobrikow 482.
Bödiker 185.
Böhmen 92. 312. 313. 317.
Böhmischer Landtag 313. 323.
Bojaren 483.

Digitized by Google

Boisdeffre 273.
Bolivia 477.
Bologna 341.
Boma 200.
Bombay 384.
Bonapartiſten 79. 85. 100. 211. 344.
Bondelzwarts 297.
Bonjean 83.
Bonifatiusverein 317.
Bonn 20. 44.
Booth 444.
Bordeaux 1. 79.
Boris, Prinz von Bulgarien 150.
Borku 346.
Borneo 434.
Boroughs 363.
Borromäus-Enzyklika 546. 547.
Börſengeſetz 273. 513. 514.
Börſenregiſter 513.
Börſenſteuer 301.
Bosnien 108. 114. 115. 126. 139. 146. 167. 312. 325. 524—531.
Bosporus 145.
Boſſe 179. 183. 269.
Botha 408. 414. 415. 417. 418.
Böttticher 243. 254.
Boulanger 211. 347—349.
Bourgeois 353.
Bourgeoiſie 55.
Boxeraufſtand 451. 452—458.
Boycott, boykottieren 375. 526. 529.
Boyneſluß 371.
Brabant 424.
Braga 434.
Bramann 217.
Branntweinmonopol 194. 516.
Branntweinſteuer 3. 301. 539.
Braſilien 430. 431.
Braun 518.
Braunſchweig 11. 205—207.
Braufteuer 516.
Brazza 347.
Breitling 306. 307.
Bremen 3. 176. 178.
Brémond 507.
Breſci 340.
Briand 354. 358—360.
Briefmarke, einheitliche 289.
Bright 375.
Britiſch-Betſchuanaland 296.
Broglie 85. 88.
Brotwucher 292.
Brunsbüttel 279.
Bruſſa 532.
Brüſſel (ſiehe auch Belgien) 425.
Bryan 444. 446.
Buchara 130. 131.
Bucher 62. 186.
Budapeſt (ſiehe auch Ungarn) 95. 314.
Buddhismus 437.
Budgetbewilligung durch Sozialdemokraten 512. 513.
Buenos Ayres 477.
Bu Hamara, Roghi 496. 506.
Bukareſt ſiehe Rumänien.
Bukareſter Friede 149.
Bukoba 204.
Bulgaren, Bulgarien 114. 115. 118. 133 ff. 146. 148—150. 155—157. 159. 525. 531.
Bulgariſche Greuel 122.
— Krieg 129—148.
Bull 174.
Bulle: Gravissimo officii munere 359.
— De salute animarum 52.
Buller 408. 412. 413.
Bülow, Bernhard 157. 181. 207. 286. 308. 405. 499. 500. 509. 513. 515. 519. 521. 522. 524. 527. 537—540. 544.
Buluwayo 397.
Bulygin 484.
Bund der Landwirte 274. 279. 291. 516. 536.
Bundesrat, deutſcher 15. 523.
— ſchweizeriſcher 421.
Bundesratsausſchuß für auswärtige Angelegenheiten 454. 523.
Bundesverſammlung, ſchweizeriſche 421.
Buol 278.
Buren, Burenſtaaten 198. 390 bis 420. 520. 521.
Burger, Schalk 414.

Digitized by Google

Bürgerliches Gesetzbuch in Deutschland 15. 279.
— — in der Schweiz 421.
Burke 375.
Bürklin 277.
Burns 364.
Burnes 382.
Busch 193. 230. 239.
Buschiri 203. 231. 263.
Butros 174.
Bwana Heri 262.

Cadix 96.
Cadorena 103.
Cadresgesetz 109.
Caillaux 353.
Cairoli 107. 108. 167.
Campbell-Bannerman s. Bannerman.
Camphausen 49.
Canalejas 102.
Canossa, Gang nach 27. 75.
Cánovas del Castillo 100—101.
Caprivi 202. 257. 260—264. 274. 275.
Caprivizipfel 262. 396.
Carlos, Don 95—98.
Carnot 275. 348. 351.
Cartagena 96. 98.
Casablanca 497. 502—507.
Casárewitsch, Schlachtschiff 464.
Caserio 275. 350.
Cassinivertrag 457. 461.
Castel Gandolfo 103.
Castel Porziano 338.
Castelár 95. 96. 98.
Castilien 96.
Castro 432.
Catalonien 96. 99.
Cavagnari 382.
Cavaignac 352.
Cavendish 375.
Cavite 448.
Cecilie, Kronprinzessin von Deutschland 500.
Celebes 434.
Cervera 448.
Ceuta 449.
Chalkidike 139.
Chamberlain 375. 378. 399. 402. 403. 405. 419.
Chambord 84. 86. 87.
Chanekin 535.
Chanoine 463.
Charbin 472.
Charleroi 425.
Chartered Company of South Africa 397. 400.
Chartum 169. 171.
Chef de l'exécutive 80.
Chelmsford 395.
Cherbourg 344.
Cherbuliez-Valbert 208.
Chile 477.
China 279. 345 385—387. 434. 437—460. 461 ff. 478. 520. 521.
Chinesisch-japanischer Krieg 438.
Ching 460.
Chiwa 130. 131.
Chomjakow 491.
Cho-Sen 475.
Chotek 314.
Christian IX., König von Dänemark 330. 331.
Christliche Demokraten in Belgien 425.
Christlichsoziale Partei in Deutschland 61. 187.
— in Österreich 317. 322. 324.
Christusorden 203.
Cilli 315.
Civita Vecchia 103.
Clary 318.
Clayton-Bulwervertrag 476.
Clemenceau 345. 353.
Clementine, Prinzessin von Belgien 427.
Cleveland 444. 446.
Cobden 181.
Cochin-China 345.
Colenso 408.
Colley 393.
Colmar 548.
Columbien 476.
Combes 358.
Common wealth von Australien 380.

Digitized by Google

Commune de Paris 81.
Compiège 350.
Concha 99.
Conger 456.
Connaught 370.
Connecticut 447.
Conseil général 81.
Consorteria 106.
Conſtans 349.
Constitutio dogmatica de ecclesia Christi 20.
Contrerces 96.
Copper 297.
Cordes 454.
Cornelius, Hottentott 297.
Cortes in Portugal 433.
— in Spanien 95. 98. 447.
Corti 145.
Counties 363.
Courbet 345.
Crailsheim 292. 293.
Cremieux 83.
Crispi 107. 168. 337—339.
Cromer 173. 174. 389.
Cronje 400. 408. 409. 411. 412.
Cuba 101.
Cumberland 40. 205—207.
Cumbre 477.
Curtius 225.
Cuxhaven 177.
Cypern 143. 167. 209. 381. 389.

Daëns 426.
Daghestan 130.
Dagmar, Prinzessin von Dänemark, Kaiserin von Rußland 330. 481.
Dahome 346.
Daily Mail 521.
Daily Telegraph 409. 410.
— Aufsatz vom 28. Oktober 1908 519—523.
Daimio 435. 436.
Dalai Lama 385—387.
Dalgety 380.
Dallwitz 546.
Dalny 465. 473.
Damaskus 152. 282.
Dane 383.
Dänemark 229. 330—331. 496.
Dänen im Reichstag, preuß. Landtag 71. 193. 235. 514. 516.
Darboy 83.
Darcy 454.
Dardanellen 145.
Dar-es-Salaam 515.
Davis 443.
Davitt 374.
Deák 325.
Deakin 420.
Debeerskompagnie 394.
Decazes 109—112.
Dekabristenaufstand 479.
Deklaranten 32.
Delagoabai 395.
Delarey 414. 416.
Delbrück, Clemens 188. 540. 550.
— Hans 247—250. 541.
— Rudolf 4. 62.
Delcassé 172. 354. 357. 497—500.
Delegationen 94. 524.
Deligrad 124.
Delyannis 153.
Demeester 428.
Demmel 24.
Demokraten in den vereinigten Staaten 443—447.
Demokraten, konstitutionelle in Rußland siehe Kadetten.
Denschawai 174.
Depretis 106. 107.
Derby 110. 122. 140. 393.
Dermod 370.
Dernburg 509. 546.
Deroulède 268. 349.
Derschatta 320.
Derwische 171. 336. 337.
De salute animarum (Bulle) 52.
Detroit 133.
Deutsche Bank 533.
Deutsche Kolonialgesellschaft 196.
Deutscher Nationalverband 324.
Deutsche in Rußland 481. 486. 491.
— in Ungarn 325. 326.
Deutsch-englischer Vertrag über Afrika 262. 263. 396.
— über China 456.
Deutsch-französischer Vertrag über Marokko 505. 528.

Digitized by Google

Deutschfreisinnige Partei 74. 177. 194. 213. 214. 235. 267. 272.
Deutschkonservative Partei 4. 32.
Deutschland 3—79. 90. 91. 159 bis 167. 175—259. 260—311. 396. 398. 400. 401. 422. 439. 453 bis 458. 496. 499. 501. 505. 507 bis 523. 527. 535. 536—551.
Deutschliberale in Österreich 311. 312. 313. 314. 316. 323.
Deutsch-Ostafrika 201. 205. 262. 515.
Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft 199. 203.
Deutsch-österreichisches Bündnis 162 ff.
Deutschsüdwestafrika 197. 198. 205. 262. 396.
Dewet 414. 415.
Dewey 448.
Dhomokos 154.
Diamantenherzog 205.
Diäten der Reichstagsabgeordneten 284. 300.
Diaz 476. 477.
Diderot 38.
Diederichs 279. 440. 448.
Diego Suarez 344.
Dienstzeit, zweijährige, dreijährige 14. 248. 271. 300.
Dieß-Daber 31.
Diktaturparagraph 6. 8.
Dillon 407.
Dingaan 390.
Dingley 446.
Diplomaticus 497.
Disraëli siehe Beaconsfield.
Dissidenten 327.
Dissenters in England 367.
Disziplinargewalt, kirchliche 33.
Dobrudscha 139.
Dodds 346.
Doggersbank 468.
Döllinger 20. 23. 24.
Donau, neutral 147.
Donaueschingen 523.
Dormitio Mariae 281.
Dorobanzen 134.
Dorpat 481.
Dost Mohammed, Emir von Afghanistan 381. 382.
Dotationen 5.
Doumer 352.
Drakensberge 413.
Dreadnought 365. 521.
Dreibund 108. 167. 315. 333. 508. 527.
Dreikaiserverhältnis 91. 163. 168.
Dreiklassenwahlrecht in Preußen 310. 515. 539. 543. 544.
— in Sachsen 285. 543—545.
Dresden 52. 270.
Dresdner Parteitag 292. 512.
Dreyfus 352.
Drina 123.
Drittelung der Wahlstimmen 543 bis 545.
Drogheda, Statuten von 370.
Drontheim 333.
Drude 504.
Drumont 352.
Dschawid Pascha 533.
Dschibuti 337.
Dublin 375. 377. 378.
Ducheßne 344.
Dufaure 89. 342.
Dulcigno 138. 524.
Duma 478. 485. 486.
— erste 487. 488.
— zweite 489. 490.
— dritte 491—493.
Dumaauflösung 488. 490.
Dumdumkugel 406.
Duncker 56.
Durban 418.
Durnowo 487.
Duschan 525.
Dzieduszycki 321.

Eberbach-Buchen 302.
Echterdingen 518.
Edhem Pascha 154.
Eduard VII., König von England 366. 378. 384. 415. 505. 508. 511. 524. 528.
Effektenstempel 537.
Ehrlicher Makler 142. 145. 499.

Digitized by Google

Einkommensteuer in England 365.
— in Frankreich 353.
— in Österreich 314.
— in Preußen 272. 543.
— in Württemberg 306.
Einkreisungspolitik 508. 511.
Eisenacher Kongreß von 1860 55.
Eisenbahnamt 48.
Eisenbahnbetriebsgemeinschaft 284. 293.
Eisenbahnerstreik 354.
Eisenbahnerwerbung durch das Reich, Preußen 48. 189. 190. 191. 285.
— in der Schweiz 421. 423.
Eisenbahngemeinschaft 284.
Eisenbahnverstaatlichung in Österreich 314.
— in Ungarn 325.
Eisenbahnzeitung 31.
Eisenkolb 316. 320.
Eisenzoll 48. 64.
Eisernes Tor 325.
Elben 189. 190.
Eleonore, Königin v. Bulgarien 150.
Elfstundentag 428.
El Glaui 506.
Elisabeth, Königin von Belgien 426.
— Königin von England 370.
— Kaiserin von Österreich 315.
El Kelaa 505.
El Ksar 507.
Elliot, Gesandter 115. 120.
— Major 297.
Elsaß-Lothringen 1. 5—9. 547—549.
Elsaß-Lothringische Nationalpartei 549.
Elsäßer im Reichstag 4. 63. 71. 185. 193. 213. 235. 272. 547 bis 549.
Emanzipation der Katholiken 373.
Emin Pascha 169. 171. 204. 262.
Emma, Königin der Niederlande 429.
Ena, Königin von Spanien 102.
Endschumen 387.
Engadinbahn 422.
Engels 55.
England 42. 110. 115. 118 ff. 127. 138. 159. 164. 168. 196. 199. 262. 337. 347. 361—379. 380 bis 420. 432. 435. 440. 460. 468. 476. 496. 498. 501. 519 bis 521. 523. 526. 529. 536.
Englisch-französischer Vertrag vom 21. März 1899 389.
— — von 1904 497—499.
— -japanisches Bündnis 461. 472.
— -russischer Vertrag von 1907 387.
Enhai 454.
Entente cordiale 498. 499. 508.
Enzyklika vom 15. Mai 1871 104.
— vom 25. April 1878 106.
— vom 8. September 1907 (Pascendi dominici gregis) 340. 341.
— zu Ehren des hl. Borromäus 546 547.
Eparch 115.
Epirus 139. 147.
Erbschaftssteuer in Deutschland 517. 536—539. 541.
— in England 365. 366.
Erfurter Parteitag 291.
Ergänzungssteuer 273.
Ergene 139.
Eritrea 336—338.
Erlaß vom 4. Januar 1882 182.
Ernst August, Herzog von Cumberland 40. 205—207.
Erzerum 122. 133. 138.
Eschenheimer Gasse 183.
Essener Parteitag 512.
Estella 98. 99.
Esthen, Esthland 481. 485.
Estrada 476.
Eugenie, Kaiserin von Frankreich 395.
Eulenburg, Botho 50. 179. 269. 275.
— Friedrich 30. 48.
Evangelischer Bund 76. 317.
Evora 431.
Exequatur 103.
Exkommunikation 33. 341.
Exklusive 339.
Exmittierung 379.
Expatriierungsgesetz 42. 77.

Digitized by Google

Fabri 196.
Fabrikinspektion 234.
Fahlgras 297.
Fahrkartensteuer 301.
Falk 25 ff. 32 ff. 52 ff. 66—68.
Fallières 350. 352. 354.
Fameck 9.
Faschoda 172. 346. 398.
Faure 351.
Favre 80.
Fehim Pascha 157. 158.
Fehrenbach 303.
Fejérvary 328.
Feilitzsch 209 303.
Feldgerichte 489.
Fenier 374. 375.
Ferdinand (von Koburg-Kohary) Fürst, Zar von Bulgarien 150. 163. 525.
— Prinz von Koburg-Kohary (Portugal) 431.
— I., König von Spanien 96.
Ferghana 131.
Ferman 117.
Fernando Po 449.
Ferré 83.
Ferrér 102.
Ferry 165. 265. 342. 345.
Fes 495. 507.
Feuerversicherungssteuer 537.
Feustel 66.
Fidschi-Inseln 379.
Fife 400.
Fileli 495.
Finanzreform in Deutschland 516 bis 518. 536—540.
Finanzzölle 64—66.
Finnen, Finnland 350. 481. 482. 486—488. 493. 494.
Finsch 204.
Flamen, flämische Sprache 425.
Flaschenweinsteuer 517.
Fleischabgaben 300.
Fleischhauer 307.
Florenz 104. 335.
Floriba 442. 443.
Flotte, deutsche 5.
Flottengesetz von 1898 280.
— von 1900 280. 300.
Flottenverein, deutscher 280.
Flottenvorlage in Rußland 491.
Förgwangtscheng 465.
Forckenbeck 48. 64. 71. 176. 220. 221.
Formosa 345. 438.
Forscht 321.
Förster 20.
Fortschrittliche Volkspartei 541.
Fortschrittspartei 4. 57. 59. 66. 71. 74. 179.
Fourriesburg 413.
Fox 388.
Frachturkundensteuer 301.
France militaire 503.
Franchi 52. 53.
Franckenstein 18. 64—66. 215. 216.
Franckensteinsche Klausel 65—66. 299.
Franco 433.
François 204.
Frankfurter Friede 1.
Frankreich 1. 42. 79—90. 99. 102. 108. 159. 172. 199. 211. 265. 333. 334. 341. 343—361. 398. 409. 439. 440. 457. 461. 496. bis 507. 508. 520. 523. 526. 527. 529. 533.
Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich 314. 522. 525.
— Joseph, Kaiser von Österreich 92. 106. 126. 156. 163. 229. 270. 314. 318. 323. 326. 357. 524. 527.
Französisch-Kongo 347.
Französlinge in Elsaß-Lothringen 549.
Frauenstimmrecht siehe Wahlrecht der Frauen.
Freemantle 198.
Freibodenstaaten 443.
Freiburg 302.
Freie Universitäten in Holland 427.
Freie Vereinigung 303.
Freihäfen in China 314.
— in Deutschland 3. 176. 177.
Freihandel 48. 62. 176.
Freikonservative 4. 58. 59. 63. 74. 211. 232. 516.

Digitized by Google

Freischisch 165.
Freisinnige Fraktionsgemeinschaft 523. 539.
Freisinnige Vereinigung 272. 290. 510. 516. 523.
Freisinnige Volkspartei 272. 280. 303. 510. 516. 523.
Fremdenlegionäre 505.
French 411.
Frère 395.
Frère-Orban 424.
Frey 457.
Freycinet 170. 342. 343.
Friedberg 535.
Friedensgesetze 72.
Friedenskonferenz 406. 468. 474.
Friedensrichter in England 363.
Friedhofsinterdikt 9.
Friedrich der Große, Linienschiff 532.
— Großherzog von Baden 52. 228. 236. 237. 251—253. 258. 303.
— VIII., König von Dänemark 331.
— Kronprinz von Deutschland 57. 74. 143. 217—219.
— II., Kaiser von Deutschland 219—225.
— Kaiserin von Deutschland 218. 220. 230. 239. 268.
— Wilhelm, Kurfürst von Hessen 39.
— Wilhelm IV., König von Preußen 241.
— August, König von Sachsen 546.
— Wilhelm- und Viktoriafonds 226.
Friedrichsruh 142. 271. 278.
Fueros 98. 99.
Fundamentalartikel 92.
Fürstenberg 523.
Futschenfu 434.
Futschon 451.

Galatz 147.
Galimberti 67.
Galizien 314. 323.
Gallikaner 78.
Gama, Vasco da 434.
Gambetta 42. 85. 88. 165. 342. 343.
Gandamak 382.
Gapon 484.
Garantiegesetz 103. 104.
Garfield 444.
Garmisch 14.
Gas- und Elektrizitätssteuer 517. 536.
Gasser 208.
Gastein 68 91. 161.
Gatacre 409.
Gautsch von Frankenthurn 318. 320.
Gavone 37.
Geay 358.
Geck 303.
Gefficken 220. 229—231. 239.
Gehlsen 31.
Gemeindesteuergesetz 273.
Generalakte der Berliner Konferenz 200.
Generalrat 81. 89.
Genf 315. 422.
Gent 424.
Georg V., König von England 367. 369.
— König von Griechenland 153 bis 155.
— Prinz von Griechenland 153.
— V., König von Hannover 39. 40. 205. 207.
— Kronprinz von Serbien 527. 531.
George, Lloyd 365. 366.
Georgia 443.
Gerhardt 217.
Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten 34. 35. 73.
Gerlach 17.
Gervais 265. 350.
Gesetzbuch, bürgerliches in Deutschland 15. 279.
— in der Schweiz 421.
Geßmann 324.
Gewerbeordnung 233.
Gewissensfreiheit in Rußland 485.
Gibraltar 101. 433. 495.
Giftbaum der Börse 191.

Digitized by Google

Gilbert 405. 411.
Gillette 475.
Giolitti 336.
Gisela, Prinzessin von Bayern 51.
Gladstone 119 122. 123. 169. 361. 375. 376. 377. 393.
Gladstone, Sohn 418.
Gleiwitz 309.
Gneist 75.
Goa 397.
Goblet 348.
Godeffroy 194.
Gödelt 197.
Gök-Tepe 131.
Goldwährung 10.
Goltz, von der, General 151. 532. — Professor 284.
Goluchowski 154. 315.
Gomez 450.
Gönner 802.
Gontant de Biron 109. 111. 112.
Gordon 168 171.
Goremykin 487.
Gorst 174.
Gortschakow 111. 112. 126. 142. 144. 160.
Goßler 72. 179.
Gotthardbahn 422.
Götzen 204.
Granada 96.
Grant 444.
Granville 170. 197. 198.
Gravissima officii munere (Bulle) 359.
Graz 318.
Greater Britain 403.
Gregor XVI, Papst 288.
Grévy 89. 164. 342. 348.
Grey 156. 526.
Griechen, Griechenland 115. 147. 153. 156.
Grivitzaschanze 135.
Grobler 409.
Grodekow 457.
Grodno 492.
Großblock in Baden 302. — im deutschen Reichstag 541.
Großfürsten, russische 483.
Großserbien 117.
Grundrechte 18.
Gründungsschwindel 31.
Guam 286. 449.
Gudden 210.
Guebbas 496.
Guicciardini 334.
Guinea 346. 498.
Gurko 133—186.
Gustav V., König von Schweden 333.
Gustav-Adolfsverein 317.
Güterwagengemeinschaft 294.
Gute Städte in Württemberg 305. 306.

Haager Friedenskonferenz 406. 474. 509. — Schiedsgericht 468. 505.
Habibullah, Emir von Afghanistan 383.
Haftpflichtgesetz in der Schweiz 423.
Hahnke 254.
Haidar Pascha 151.
Hainan 440.
Hakatisten 308.
Hakodate 435.
Hamburg 3. 176.
Hamburger Nachrichten 240. 264. 281.
Hammerstein 237.
Handelsvertrag, deutsch-abessinischer 337. — deutsch-russischer 274. — japanisch-russischer 473.
Handelsverträge 267. 273. 289.
Hänel 50. 221.
Hangkong 434.
Hankau 451.
Hannover, Provinz 177.
Hannoversche Frage 205—207.
Hannöverscher Kurier 240.
Hanoi 345.
Hanotaux 109. 111.
Hansabund 540.
Hansemann 204. 308.
Haakon VII., König von Norwegen 333.
Hardinge 385. 387.
Harnack 237.

Harrar 337.
Harrison 444.
Hart 453.
Hartington 375.
Hase 17.
Hastings 402.
Hatsuse, Schlachtschiff 466.
Haushaltungsgesetz, englisches 366.
Hausmeierei 183. 253.
Havanna 450.
Hawaii 447.
Haymerle 315.
Hatzfeldt 110.
Hebriden 380. 498.
Hedin 385.
Hedschasbahn 152. 174.
Heemskerk 428.
Heeresvorlage 12. 212. 248. 270 bis 272.
Heeringen 547.
Hefele 19.
Heidelberger Ministerkonferenz 293.
Heigel 209
Heilbronn 231.
Heinrich II., König von England 370.
— VII., König von England 370.
— VIII., König von England 78.
— V., König von Frankreich (Graf Ludwig Philipp von Paris) 84. 85.
— Prinz von Mecklenburg, Prinz der Niederlande 430.
— Prinz von Preußen 226. 441. 448.
— VII., Prinz von Reuß 68.
Heinze, lex 283. 284.
Helena, Prinzessin von Montenegro, Königin von Italien 340.
Helgoland 262. 263.
Helldorf-Bedra 247.
Helsingfors 486.
Henckel von Donnersmarck 165.
Henle 440.
Henry 352.
Herbertshöhe 204.
Herbst 312.
Hereró 294—297.
Herrenhaus in Österreich 322.
— in Preußen 71.
Herrfurth 222. 269.
Herrmann 52.
Herzegowina 108. 115. 126. 139. 146. 312. 325. 524—531.
Hessen 11. 45. 75. 284. 512.
Hicks Pascha 171.
Hidejoschi 435.
Hinterindien 345. 385.
Hindukusch 383.
Hinzpeter 225. 226.
Hirsch 55. 56.
Hirsch, Telegraphenagentur 245.
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine 56.
Hitotsbaschi 436.
Hitze 61.
Hobbes 79.
Hobrecht 50. 51. 68.
Hoche 372.
Hödel 57.
Hofmann 8. 45. 62.
Hohenberg, Herzogin 314.
Hohenlohe-Langenburg, Ernst 509.
— — Hermann 8. 275. 282.
— Schillingsfürst, Fürst Chlodwig 8. 28. 111. 112. 180. 223. 275. 401.
— — Gustav, Kardinal 26. 27. 276.
— Konrad 320.
Hohenwart 92.
Hohkönigsburg 9.
Hölder 66.
Holland 404. 416. 427—430. 434. 435. 496.
Holle 311. 513.
Hollmann 401.
Holnstein 51.
Holstein 502.
Holtenau 279.
Homburg 101.
Homerule 367. 368. 374—378.
Hondo 438.
Hongkong 434.
Honved 328.
Hottentotten 196. 296. 297.
Huber 20.
Hülsen-Häseler 523.
Humbert, König von Italien 106. 228. 336. 338—340.

Digitized by Google

Hunan 453.
Hüne 272.
Hunnenbriefe 456.
Huſſein Avni Paſcha 121.
— Hilmi 529.
Hyacinth, Kreuzer 388.

Ibar 123.
Iberiſche Union 101.
Ibrahim Manſur, Sultan von Atſchin 429.
Idris 534.
Ignatjew 114. 115. 120. 125.
Iltis 202. 453.
Immediatbericht 230. 239. 241.
Imid 151.
Imperialismus 394. 420. 421.
Imperial legislative council 384.
Indian councils act 384.
Initiative, geſetzgeberiſche 422.
Interdikt 9.
Internationale afrikaniſche Geſellſchaft 199.
Invalidenfonds 5.
Invaliditäts- und Altersverſicherung 185. 231.
Iren im engliſchen Parlament 366. 368. 378. 419.
Iriſches Parlament 372. 375.
Irland, Iriſche Frage, 363. 367. 370—379. 410.
Iro 316.
Irredentiſten 108. 334.
Iſabella, Königin von Spanien 96. 97.
Iſandula 395.
Iſker 133.
Islam 127.
Island 331.
Ismail, Khedive von Ägypten 116. 119. 169. 388.
Ismid 151.
Iſſed Paſcha 157. 158.
Iſtrien 108.
Iswolski 524. 526. 527. 530. 531. 535.
Italia irredenta 108. 334. 523.
Italien 103—108. 156. 165. 166 f. 171. 267. 333—343. 423. 496. 497. 501. 523. 524. 526. 529. 531.
Italiener in Öſterreich 92. 320. 321.
— in der Schweiz 421.
Italieniſch-franzöſiſcher Zollkrieg 334.
Ito 463. 474.
Iwate, Panzerkreuzer 466.

Jacobini 41. 68. 69. 213. 215.
Jäger 66.
Jahia 534.
Jakob I., König von England 371.
— II., König von England 371.
Jakub Chan, Emir von Afghaniſtan 382.
Jaluit 201.
Jameſon 397. 400—402.
Jameson's raid 400. 401.
Jangtſekiang 386.
Janina 157.
Janſon 425.
Jantzen 197.
Janus 23.
Japan 434—441. 451—457. 460 bis 476. 477. 520. 521.
Japaniſch-amerikaniſches Abkommen 475.
Jaurès 507.
Java 434.
Jeſaſu 435.
Jeruſalem 281. 529.
Jeſid 387.
Jeſſo 435.
Jeſuitengeſetz in Deutſchland 28 ff. 43. 53. 77. 242. 298.
— in Frankreich 343. 356.
— in Italien 27.
Jingo 263. 394. 400.
Jirviſan 469.
Johann Albrecht, Herzog v. Mecklenburg 207.
Johannes, Negus von Abeſſinien 171. 336.
Johannesburg 394. 398. 400. 413.
Johnſtone 121.

Digitized by Google

Jolly 45.
Joschimo, Kreuzer 466.
Joubert 393. 408.
Jubalard 199.
Juden in Rumänien 146.
— in Rußland 487.
Jühlke 199.
Juliane, Prinzessin der Niederlande 430.
Jungtschechen 313. 323.
Jungtürken 120. 157. 158. 531 bis 533. 544.
Jurjew 481.
Just 505.
Justh 329.
Justizgesetz 14. 15.

Kabinettsorder vom 8. September 1852 241. 242. 254. 255.
Kabul 382.
Kadetten 487. 490. 491.
Kaffee- und Teezoll 65. 539.
Kaffern 390.
Kahl 547.
Kaids 495.
Kairo siehe Ägypten.
Kairo zum Kap 172. 200. 397.
Kairuin 495.
Kaiserije 151.
Kaiserbotschaft 180. 181.
Kaisertelegramm an Krüger 401. 402.
Kaiser-Wilhelmskanal 280.
— -Wilhelmsland 201. 205.
Kalahiri 297. 396.
Kalifornien 443. 475.
Kalnoky 315.
Kambodscha 345.
Kamerun 197. 198. 201. 205. 347.
Kaminski 20.
Kamimura 466.
Kämmel 247.
Kammer der Standesherrn in Württemberg 304—307.
Kamranhbucht 471.
Kanada 420. 443.
Kanarische Inseln 449.
Kandahar 382.
Kanea 153.
Kanem 346.
Kanena 204.
Kanitz 284.
Kanton 434. 451.
Kanzelparagraph in Deutschland 25. 77.
— in Italien 388.
Kap der guten Hoffnung 388. 389.
Kapitulationen 529.
Kapkolonie 197. 389. 392. 398. 408. 409. 418.
Kaprebellen 417.
Kapstadt 197. 390. 418.
Kapverdische Inseln 397.
Kara Balkan 139.
Karageorgiewitsch 159.
Kara Lom 134.
Karasberge 297. 489.
Karatheodory Pascha 145. 153.
Kardorff 62. 290.
Karl, Großherzog von Baden 302.
— Friedrich, Großherzog von Baden 302.
— Herzog von Braunschweig 205.
— Prinz von Dänemark 333.
— I., König von Portugal 357. 432. 433.
— v. Rumänien-Hohenzollern 132 bis 137. 149.
— Alexander, Großherzog von Sachsen-Weimar 257.
— VII., König von Spanien, Kronprätendent 96—99.
— I., König von Württemberg 41. 228.
Karlisten 95—99.
Karlsruhe 302.
Karlsstad, Vertrag 332.
Karolinen 101. 202. 205. 286. 449.
Kars 133. 136. 139. 142. 147.
Kartätschenprinz 252.
Kartell 214. 235.
Karthäuser 355.
Kaschmir 385.
Kasgil 171.
Kaspisee 131.
Kassâla 171. 337.
Kassel 226.

Digitized by Google

Kaffuben 21. 515.
Katama 338.
Katharina II., Kaiserin von Rußland 480. 483.
Katheder-Sozialisten 61.
Katholikentag 266.
Katholische Abteilung 22. 77.
Kathrein 317.
Katkow 90. 480.
Kattowitz 309.
Kaufmann, Leopold 44.
— General 131.
Kaukasus 130. 488. 490. 491.
Kaulbars 150.
Kawirondobucht 262.
Keetmanshoop 511.
Kehl 5.
Keim 280.
Kekewich 408.
Kelung 345.
Kennemann 308.
Kestell 415.
Ketschwäyo 395.
Ketteler, Bischof 19.
— Gesandter 453. 456. 458.
Khalil Pascha 116.
Khang Yuwei 452.
Khuen-Hedervary 329.
Kiamil Pascha 158. 529.
Kiautschóu 279. 440.
Kiderlen-Wächter 533. 542.
Kiew 245. 492.
Kilimandscharo 199.
Kimberley 392. 394. 397. 408. 411.
Kinderarbeit in Fabriken 262.
Kintschóu 465.
Kioto 435. 436.
Kirchenausschuß, evangelischer 299.
Kirchenstaat 86.
Kirchenvermögen 43.
Kirchlicher Gerichtshof 34.
Kirkilissi 532.
Kischinew 125.
Kismaju 199.
Kissingen 37. 52. 270 274.
Kitchener 171. 172. 383. 411. 413 bis 417.
Klassenkampf 55.
Klein 66.
Kleinasien 535.
Kleinasiatische Bahnen 151.
Kleinstellengesetz in England 364.
Klehmet 522.
Klementine, Prinzessin von Koburg 150.
Klerikale in Belgien 424—426.
— in Holland 427. 428
— in Österreich 312. 323. 324.
Knaschewatz 123.
Knorr 401.
Koalition in Ungarn 327. 328. 329.
Koalitionsministerium 315. 320.
Koblenz 37.
Koburg 11.
Koeboesrand 412.
Kokand 130. 131.
Köller 9. 330.
Köln, Bistum 35.
Kölnische Zeitung 109.
Kolonialgesellschaft, deutsche 196. 207.
Kolonialkonferenz in London 418.
Komarow 382.
Kommandosprache im ungarischen Heer 327.
Kommunards, Kommune 81—83. 90.
Kommunisten — Kommunismus 81. 82.
Komura 472.
Kondominium, englisch-französisches 170.
Konfessionslosigkeit in Ungarn 326.
Konföderierte Staaten von Amerika 443.
Kongo 199. 346.
Kongoakte 200. 398.
Kongogesellschaft 199.
Kongostaat 198—201. 262. 397. 398. 426. 427.
Kongregationen in Frankreich 342. 343.
Kongreß in Frankreich 343.
— in den vereinigten Staaten 442.
Konia 151.
Königgrätz 12.
Konklave 104.
Konkordat in Baden 44.
— in Frankreich 356.

Digitized by Google

Konkordat in Österreich 40. 93.
Konoye 451.
Konservative in Deutschland 4. 30. 46. 58. 59. 63. 71. 74. 179. 211. 213. 214. 232. 235. 269. 272. 274. 279. 283. 287. 302. 307. 311. 510. 515. 516. 537 bis 539. 541. 547. 549.
— in England 362—365. 401.
— in Frankreich 343.
— in Holland 427—428.
— in Italien 334.
— in Österreich 314.
Konstantin, Kronprinz von Griechenland 153. 154.
Konstantinopel, siehe auch Türkei 529. 531. 532.
Konstantinopeler Friede 155.
— Konferenz 127. 128.
— Protokoll 149.
— Protokoll über Bosnien und Herzegowina 528. 529.
Konterbande 411.
Konzentrationslager 414. 415.
Kopenhagen siehe Dänemark.
Kopp 73.
Koran 120.
Körber 318. 320.
Korea 437. 438. 460. 462. 464. 468. 471. 473.
Kornzoll 267.
Korytowski 321.
Kosaken 483. 490.
Kościelski 265.
Kossowo 155.
Koffuth 327. 328. 329.
Köster 280.
Koweit 151.
Kowno 490. 492.
Krankenversicherung in Deutschland 183. 550.
— in England 369.
— in Österreich 314.
— in der Schweiz 423.
Kranker Mann 119.
Krasnoje 245.
Krasnowodsk 131.
Kraton 429.
Krätzig 22.
Kreisordnung für die östlichen Provinzen 30.
Kreistage 30.
Krementz 20. 73.
Kreta 153. 155.
Kreutz 66.
Kreuznach 11.
Kreuzzeitung 31. 32.
Kriegsentschädigung 5.
Kriegsschäden 5.
Kriegsschatz 5.
Krimkrieg 114.
Kristoffy 328.
Kroaten im Reichsrat 320. 321.
— in Ungarn 325. 525.
Kroatien 325. 525.
Krondomänen des Kongostaates 426.
Kronenwährung 314.
Kronstadt 265. 350. 486.
Krüdener 133.
Krüger 198. 393. 396. 398. 401. 402. 414.
Krügersdorp 400.
Krügertelegramm 401. 402.
Krumir 165.
Krupp 116. 544.
Kuang-Hsü, Kaiser von China 438. 441. 452. 456—459.
Kuang-Tschensi 473.
Kuangtschouwan 440.
Kuba 279. 447—450.
Kubub 511.
Kullmann 37.
Kulturbund, ostasiatischer 451.
Kulturexamen 33. 47. 72. 73.
Kulturkampf 16—53. 66—79.
Kultusvereine 359. 360.
Kunstetat in der bayerischen Kammer 292.
Kurden 152.
Kurie = Vatikan.
Kurienwahl 93. 316.
Kurino 463.
Kurland 485.
Kuroki 465. 468.
Kuropatkin 462. 464. 465—470.
Kurum 382.
Kussuri 347.

Digitized by Google

Kutzowalachen 156.
Kuyper 416. 427. 428.

Labiau 541.
Labouchère 407.
Labour party 366.
Ladak 385.
Lado 169.
Ladochowski 35.
Ladysmith 408. 412. 413.
Laienschulen in Frankreich 344.
Laings Nek 393.
Lamentabili sane exitu (Syllabus) 340. 341.
Lamia 154.
Lamsdorff 461. 462. 463. 524.
Lamy 347.
Landbill 375. 378.
Landesausschuß in Elsaß-Lothringen 6.
Landgemeindeordnung 31.
Landliga 374.
Landlord in Irland 371. 374.
Lans 453.
Lansdowne 366. 368. 497.
Landsmann-Minister 320. 321.
Landsturm 13. 215.
Landwehr 14. 215.
Langson 345.
Lanza 103.
Laosstaaten 346.
La Perouseſtraße 473.
Lappen 332.
Larasch 502. 507.
Lariſſa 147. 154.
Lasa 385. 386.
Lasker 10. 14. 31. 48. 71. 176. 187.
Laſſalle 55. 56. 58. 185.
Lateran 103.
Lätitia Bonaparte 97.
Lauenburg 256.
Laurier 420.
Lavigerie 266.
Lecomte 80.
Lee 444.
Lefèbvre de Béhaine 52. 53. 60.
Le Flô 110.
Legitimiſten 79. 85.
Leibeigenſchaft, Aufhebung 478.
Leinſter 370.
Leipzig 15.
Leipziger Parteitag 512.
Lenéwitſch 470.
Le Nordez 358.
Lentze 546.
Leo XIII., Papſt 46. 51. 68. 73. 74. 76. 105. 106. 165. 202. 203. 229. 266. 333. 338. 339. 350. 357.
Leonhardt 15. 68.
Leoniniſche Stadt 338.
Leopold, Großherzog v. Baden 302.
— I., König von Belgien 423.
— II., König von Belgien 199. 200. 398. 425. 426.
— Erbprinz von Hohenzollern 95.
Lerne leiden, ohne zu klagen 223.
Leroy-Beaulieu 192.
Leſſeps 170. 348. 349.
Letten 481.
Leutwein 204. 295.
Levetzow 277.
Lex Heinze 283. 284.
Liakhoff 387.
Liao Yang 468.
Liatong 438. 439. 440. 465.
Liberale in Belgien 424—426.
— in England 361—368. 418. 419.
— in Holland 427. 428.
— in Italien 344.
— Union in der Türkei 533.
— Unioniſten in England 376. 377.
— Vereinigung 176.
Liberal-konſervative in Portugal 432. 433.
Lidj Jjaaſſu, Negus von Abeſſinien 338.
Lieber 267. 278. 279.
Liebert 204.
Liebesgabe 539.
Liebknecht 55. 56. 511.
Liechtenſtein 324.
Liegenſchaftsumſatzſteuer 539.
Liga für Einheit und Freiheit 157.
Ligue de la patrie française 349.

Digitized by Google

Lihungtschang 438. 457.
Liman 245.
Limburg, Bistum 35.
Limerick, Vertrag 371.
Limoges 82.
Limpopofluß 390.
Lincoln 443.
Lindequist 204. 295. 546.
Lingeh 388.
Linkungtao 438.
Lipinhang 453.
Liſſabon 433.
Liſtenwahl in Frankreich 343. 347. 349.
Livadia 125.
Livland 481. 485.
Lloyd, norddeutſcher 201.
— öſterreichiſcher 526.
Lobanow 154.
Lobengula 397.
Lodz 486.
Logue 379.
Löber 209.
Loiſy 341.
Lombok 429.
Lome 198.
London (ſiehe auch England) 361. 363.
Londoner Memorandum 142.
— Protokoll 129.
— Vertrag vom 27. Februar 1884 393.
Lorenzelli 358.
Loſinſeln 498.
Los von Rom 316.
Loubet 351. 353. 356.
Louiſiana 442. 443.
Louis Napoleon, Prinz von Frankreich 84.
Louis Philipp, König von Frankreich 83.
Lourenço Marquez 395. 397.
Löwe, Gruppe Löwe 59.
Löwe-Calbe 64.
Loyola 27.
Lucanus 254.
Lucheni 315.
Lüderitz 196.
Lüderitzland 197. 198.
Ludwig, Prinz von Baden 218.
— II., König von Bayern 12. 14. 23. 161. 207—210.
— Prinz von Bayern 292.
— XIV., von Frankreich 208.
— Napoleon, Prinz 395.
— Philipp, Graf von Paris 84. 85.
— II., König von Portugal 432.
— Philipp, Prinz von Portugal 433.
Lueger 316. 324.
Luiſe, Großherzogin von Baden 318.
Luitpold, Prinzregent von Bayern 209. 210. 228. 231. 282. 292.
Lüttich 425.
Lutz 21. 24. 52. 209. 210. 231. 292.
Luxemburg 429.
Luxemburger Frage 112.
Lyck 541.
Lydenburg 390. 391. 413.
Lynch 410.
Lyon 82. 351.

Macao 434.
Machadodorp 413.
Mackenzie 217.
Mac Kinley 444. 446. 448. 450.
Mac Mahon 82. 85. 87. 89. 90. 105. 164. 342.
Madagaskar 344. 471. 499.
Madero 477.
Madeyski 315.
Madras 384.
Madrid ſiehe Spanien.
Madrider Vertrag über Marokko 497. 501.
Madriz 476.
Mafeking 396. 397. 400. 408. 413.
Máffia 335.
Mafia, Inſel 263.
Magalhaes 434.
Magdalenenbai 477.
Magdeburger Parteitag 512.
Maggersfontein 409. 412.
Magnatenhaus 326.
Magnus 225.

Digitized by Google

Magyaren, Magyarisierung 94. 163. 312. 315. 325—329.
Mahdi 171. 336.
Mahmud Nedim 115. 120.
— Schefket 122. 532.
Mähren 92. 312. 317.
Maigesetze 32 ff.
Mailard 106.
Majestätsbeleidigung 513.
Majubaberg 393.
Majumba 426.
Majunke 37. 76.
Makedonien 139. 140. 143. 153. 155—157. 524. 526.
Makhzên 495.
Malaga 96. 97. 98.
Malissoren 533.
Mallinckrodt 17. 28. 37.
Malou 425.
Manchester 361.
Manchestertheorie 61.
Manchestertum 181. 182.
Mancini 167.
Mandale 385.
Mandel 549.
Mandschurei 457. 458—474.
Mandschurische Bahn 457. 461. 473.
Mangin 507.
Manifest Nikolaus II. 485.
Manila 279. 448.
Mannheim 302.
Manono 205.
Manteuffel 7. 8. 13.
Manuel II., König von Portugal 433.
Manzell 518.
Marchand 172.
Marchet 320.
Marconi 518.
Mareb 337.
Margarete, Prinzessin von Preußen 268.
Maria, Großherzogin von Luxemburg 430.
— Anna, Großherzogin v. Luxemburg 430.
— da Gloria, Königin von Portugal 431.
Maria Pia, Königin von Portugal 432. 433.
Maria Laach 9.
Marianen-Inseln 205. 286. 449.
Marianische Schülerverbindungen 311.
Marie, Prinzessin von Dänemark (Orleans) 163.
— Christine, Königin von Spanien 101.
Maritza 133. 139.
Markow 491.
Markrechnung 10.
Marokko 101. 102. 494—507.
Marrakesch 504. 505.
Marsavertrag 343.
Marschall-Bieberstein 401. 408.
Marschallinseln 201. 205.
Marseillaise 266. 350.
Marseille 82.
Martin 358.
Martinez Campos 99. 101.
Martinique 346.
Marx, Marxismus 54. 55. 56. 511.
Maryland 443.
Masagan 502.
Masampo 462.
Maschin, Draga 159.
Maschona 397.
Masella 51—53. 60.
Massachusetts 447.
Massaua 336.
Massuren 21.
Matabele 198. 397.
Matrikularbeiträge 49. 64—66. 273. 299. 517.
Mauchamp 504.
Maud, Königin von Norwegen 333.
Maurice 455.
Maurokordatos 158.
Mawerdi 121.
Max, Prinz von Baden 259.
Maximilian II., König von Bayern 207.
Maximierung 545.
Maybach 50. 190. 191. 233.
Meckel 436. 466.
Mecklenburg 15. 294. 307.
Medina 152.

Digitized by Google

Medschlis 387.
Medun 123.
Meerengenvertrag 147. 526.
Mehalla 495.
Mehemed Ali 133. 134. 136. 145.
Mehemed Ruschdi 121.
Mehladgabe in Italien 335.
Mekines 507.
Mekka 152.
Mekna 165.
Mekong 345. 346.
Melchers 20. 35. 60.
Melikow 133.
Melilla 449.
Meline 357.
Melunapaß 154.
Menam 498.
Menelik, Negus von Abessinien 172. 336. 337.
Mercedes, Donna 101.
Merenberg 430.
Mermillod 67.
Merry del Val 357. 546.
Merw 382.
Mesopotamien 535.
Metammeh 171.
Methuen 408. 409. 416.
Metin 363.
Metz 1. 548. 549.
Mexiko 442. 443. 476. 477.
Meyendorff 491.
Meyerling 314.
Mfumbiro 262.
Michael, Großfürst v. Rußland 136.
Michaelis 10.
Michelis 20.
Michelsen 332.
Midhat Pascha 120. 124. 127 bis 129.
Miguel, Dom, Prinz von Portugal 431.
Mikado 435.
Mikasa 471.
Milan, König von Serbien 123. 124. 149. 158.
Militärgesetz von 1874 12.
— in der Schweiz 421.
Militärreform 280.
Militärstrafgesetzbuch 12.
Militärverträge 11.
Millenium 326.
Millerand 355.
Milner 404. 406. 416. 417.
Minghetti, Minister 106.
— Donna Laura 540.
Ministerkomitee in Rußland 480.
Minsk 492.
Minto 384.
Miquel 269. 272. 273. 289. 543.
Mir 480. 489. 491.
Mirditen 533.
Mirski 483. 484.
Missionare in China 440.
Mississippi 441. 443.
Mitläufer der Sozialdemokratie 512.
Mitrowitza 524.
Mittellandkanal 288.
Miyako, Kreuzer 466.
Mjumba 426.
Modder 408. 412. 413.
Moderniſten 340. 341.
Mogador 502.
Mogod 165.
Mohammed V., Sultan der Türkei 532.
— Achmed, Mahdi 171.
— Ali Mirza, Schah von Persien 387. 388.
Mohilew 492.
Moinier 507.
Möller 6.
Moltke, Friedrich 513. 546.
— Hellmut 12. 109. 217. 265. 268.
— Kuno 274.
Molukken 434.
Mommsen 182. 221.
Monarchie, ihr Wesen 182.
Monarchisten in Frankreich 74. 79. 85. 100. 211. 344. 347.
Monastir 155. 158. 532.
Mönchsorden 87. 102.
Monis 354. 507.
Monroedoktrin 380. 448.
Montagnini 359.
Montenegro 114. 123. 129. 138. 146. 159. 525. 527. 531. 533. 534.

Digitized by Google

Montgomery 443.
Montmartre 80.
Monza 340.
Morawa 123 125.
Morenga 297.
Morley 362. 368.
Morningpost 401.
Moselikatse 390.
Moskau (siehe auch Rußland) 482. 484. 486.
Moslems in Bosnien 529.
Motu propio v. 1. September 1910 341.
Möwe 197. 198.
Mühlberg 546.
Mühler 21. 25.
Mukden 457. 465. 468. 470.
Mukhtar Pascha 134.
Muley Hafid, Sultan von Marokko 504—507.
— Hassan, Sultan von Marokko 495. 496.
— -Taieb 496.
Mülhausen 548. 549.
Müller, Oberst 502.
Mun 266.
München (siehe auch Bayern) 282.
Munster 370.
Münster, Bistum 35.
— Graf 10.
Münzeinheit in Deutschland 10. 11.
Murad V., Sultan der Türkei 121.
Murawiew 410.
Muromzew 487.
Murray 42.
Murri 426.
Murviedro 99.
Mürzsteger Abrede 156. 527.
Musaffer-ed-din, Schah von Persien 387.
Mustahafiz 154.
Mustapha Kamel Pascha 174.
Mutsuhito, Kaiser von Japan 436. 455.
Mwanga 262.

Nachlaßsteuer 517. 536.
Nachtigall 197.
Nankluft 296.
Napoleon III., Kaiser von Frankreich 84. 545.
Nasi 335.
Natal 390. 394. 418.
Natalie, Königin von Serbien 158.
Nathan 336.
Nationale Arbeitspartei 329.
Nationalgarde 80.
Nationalistische Bewegung in Ägypten 169. 173.
Nationalitäten in Österreich 311. 312. 317—324.
— in Rußland 350. 481. 482. 485. 486.
— in der Türkei 533.
— in Ungarn 94. 325—329.
Nationalkonvention 418.
Nationalliberale 4. 46. 48. 49. 51. 57. 59. 65. 71. 74. 177. 179. 190. 194. 211. 213. 214. 232. 235. 267. 272. 287. 302. 307. 310. 510. 516. 536. 539. 541. 549.
Nationalpartei, elsaß-lothringische 549.
Nationalrat, schweizerischer 421.
National scouts 416.
Nationalsozialer Verein 510.
Nationalverein in Johannesburg 399. 400. 402.
Nationalversammlung, französische 1. 79. 80.
Naumann 510. 515.
Navarra 96. 98.
Neapel 335.
Nebogatow 471.
Necessidades 433.
Né elèttori, né elètti 104. 341.
Negerfrage in den deutschen Kolonien 546.
— in den vereinigten Staaten 444.
Negrier 345.
Negus Negesti 336.
Nepal 385. 387.
Neuchâtel 422.
Neue freie Presse 526.
Neuer Kurs 264 ff.
Neufundland 498.
Neuguinea 201. 204. 380.

Digitized by Google

Neuguinea-Gesellschaft 201.
— -Kompagnie 204.
Neukaledonien 83. 90.
Neukonservative 82.
Neumayer 324.
Neunstundentag 426.
Neuschwanstein 210.
Neuseeland 380.
Neustadt (Oberschlesien) 37.
— (Pfalz) 304.
Newesinje 115.
New-Jersey 447.
Nguru 199.
Nicholsons Nek 408.
Nicaragua 476.
Nicotera 107.
Niederlande siehe Holland.
Niederländisch-Indien 429.
Nies 440.
Niger 200. 347.
Nihilisten 479. 481.
Nikita, Fürst, König von Montenegro 123. 531.
Nikolaus I., Kaiser v. Rußland 478.
— II., Kaiser von Rußland 150. 156. 350. 406. 439. 457. 470. 472. 482. 485. 487. 493. 494. 511. 524. 527. 535.
— Großfürst 125. 132—135. 138. 140.
Nikopoli 133.
Nikschitz 129.
Nil 168. 169. 173. 199. 346. 397.
Nina 53.
Ningpo 430.
Nisam 154.
Nisard 357.
Nisch 138. 139.
Niutschwang 438. 465.
Nobiling 57.
Nodzu 465. 468.
Nogi 468—470.
Non expedit 104. 341.
Nonkonformisten 367.
Non papabile 339.
Noradunghian 158.
Norddeutsche allgemeine Zeitung 42. 187. 234. 519. 530.
Norderney 519.
Norddeutscher Bund 3.
Nordkarolina 443.
Nord-Ostseekanal 280.
Nordschleswig 161. 330.
Nörregaard 469.
Northumberland 362.
Norwegen 331—333.
Noske 512.
Notabelnwirtschaft 8.
Notenbanken 10.
Nothomb 109.
Notparagraph (§ 14) 319.
Novibasar 147. 525. 528.
Nowikow 114.
Numerus clausus 322.
Nürnberger Parteitag 512.
Nyassasee 262. 397. 432.

Oberhaus, englisches 364—369. 377.
Oberprisengericht 474.
Oberschlesien 21. 309.
Obkircher 302.
Obligationenrecht 14.
O'Brien 368.
Obstruktion im Reichsrat 317. 319. 323. 324.
— im Reichstag 283. 284. 290.
— im engl. Parlament 375.
— in Ungarn 327.
Ochotskisches Meer 473.
O'Connell 373.
Odessa 486.
Offene Tür 173. 337. 475. 503.
Ohlen 66.
Oktobermanifest 485.
Oktobristen 487. 489. 491.
Oktroi 192.
Oku 465. 468.
Oldenburg 294.
Olot 98.
Olympia, Ausgrabungen 224.
Omdurman 172.
Opiumhandel 459.
Opiumkrieg 434.
Oppeln 309.
Oppenheim 63.
Oppert 110.
Optanten in Elsaß-Lothringen 6.

Digitized by Google

Optanten in Nordſchleswig 331.
Orangemen, Orangiſten 372. 376. 377.
Oranjeflußkolonie 413. 417. 418.
Oranjefreiſtaat 390—417.
Orden, geiſtliche, in Belgien 424. 425.
— in Deutſchland 41. 43. 45. 73. 77. 287.
— in Frankreich 342. 343. 354 bis 360.
— in Italien 105.
— in Portugal 434.
Orleaniſten 79. 85. 344.
Ortsporto 301.
Oskar II., König von Schweden und Norwegen 223. 332—333.
Osmân Digna 171.
— Paſcha 133. 135—137.
Osmanen ſiehe Türkei.
Osmanije 151.
Osservatore romano 266.
Oſtaſien 201. 434—474.
Oſtaſiatiſcher Kulturbund 451.
Oſtbengalen 383. 384.
Öſterreich 40. 90 ff. 109. 125. 138. 154. 159. 161. 244—247. 267. 311—324. 330. 333—334. 496. 501. 523—531. 534.
Oſtindien 434.
Oſtmark 211. 265.
Oſtmarkenverein 308—310.
Oſtmarkenzulage 515.
Oſtrumelien 146. 149. 153.
Oſtſeeprovinzen 481. 485.
Otaviminen 296.
Otto, König von Bayern 209.
— König von Griechenland 153.
Oubril 144.
Ovambo 296.
Oyama 465. 468—470.

Paardeberg 412.
Papſttum 16 ff. 338—342.
Pacâk 321.
Padua 336.
Pairsſchub 30. 313. 322.
Palau-Inſeln 205. 286. 449.
Palizzolo 335.
Pallada, Kreuzer 464.
Pall-Mall-Gazette 263.
Palma 450.
Pamir 383.
Pampelona 99.
Panama, Republik 476.
Panamakanal 202. 476.
Panamaſkandal 349.
Panamerikaniſcher Kongreß 477.
Panaſiaten 467.
Pangani 204.
Panſlawismus 90. 113. 147. 467.
Panther, Kanonenboot 507.
Paotingfu 455.
Pape 15.
Paris ſiehe Frankreich.
Paris, Ludwig Philipp, Graf 84. 85.
Pariſer Friede von 1856 140.
— — zwiſchen den vereinigten Staaten und Spanien 449.
— Kongreß 114.
Parität 46.
Parker 444.
Parlamentsheer 213.
Parochi 338. 339.
Parnell 374.
Partikulariſmus 18.
Pascendi dominici gregis (Enzyklika) 340. 341.
Pâtel 230.
Patriotenliga 268. 349. 352.
Pattai 324.
Payer 514.
Pecci = Leo XIII.
Pedro I., Kaiſer von Braſilien 430. 431.
— II., Kaiſer von Braſilien 430. 431.
— V., König von Portugal 432.
Peel 63.
Peer von England 367.
Peiho 453.
Peking 438. 440. 451. 453—458.
— Friede von 458.
Pembroke 362.
Pendſchab 381. 384.
Pénétration pacifique 499.

Digitized by Google

Perczel 327.
Perier 351.
Pernerſtorfer 323.
Perry 435.
Perſien 387. 388. 535.
Perſönliches Regiment 521. 522.
Pescadoresinſeln 345.
Peter der Große, Kaiſer von Rußland 483.
— König von Serbien 159.
Peters 198. 262. 263.
Petſchili 345. 440. 458.
Pfalz, bayeriſche 37.
Pfeil 199.
Pfingſtprogramm von 1899 318.
Pforte, hohe ſiehe Türkei.
Pharſalos 154.
Philä 173.
Philippe 83.
Philippinen 279. 434. 448. 449.
Philippinos 449.
Philippopel 138.
Philippowitſch 146.
Pichon 527.
Picquart 353. 504.
Pietro 213.
Piou 266.
Pirot 138. 139.
Piſchin 382.
Pitt 372.
Pius VII., Papſt 104.
— IX., Papſt 19. 26. 29. 35. 36. 41. 46. 76. 103. 104. 232.
— X., Papſt 340. 356—360. 426. 546. 547.
Placet 94. 103. 231.
Plehwe 482.
Plener 315.
Pleß 301.
Plewna 133. 135—137.
Pluralſyſtem 286. 425. 515. 545.
Pobjedonoszew 90. 481. 483. 489.
Podewils 293. 303. 509.
Podolien 492.
Pogrom 487.
Point du jour 82.
Polen in Deutſchland, Polenfrage 21. 26. 90. 210. 265. 278. 308 bis 310. 514.
Polen in Öſterreich 312. 314. 320. 321. 323.
— im Reichstag (preußiſchen Landtag) 4. 59. 63. 71. 185. 193. 213. 235. 272. 514. 516. 523. 547.
— in Rußland 350. 481. 486. 490—492.
Polignac 110.
Polonyi 328.
Porſch 272.
Porta Pia 103.
Port Arthur 438. 439. 440. 464. 465—470. 473.
Porto Alegre 431.
Port Said 170.
Portsmouth, Friede von 472—474.
Port Sudan 174.
Portugal 101. 199. 200. 395. 397. 430—434. 435. 496.
Poſadowsky-Wehner 188. 513.
Poſen 21. 308.
Poſen-Gneſen, Bistum 35.
Poſt (Zeitung) 109.
Poſtämter in der Türkei 529.
Poſtdampferlinien 201.
Poſtgeſetz 283.
Poſtſcheckgeſetz 515.
Potſcheffſtrom 390. 391.
Potsdam 458. 523. 535.
Pourtalès 530.
Prade 320.
Prag (ſiehe auch Böhmen) 92. 312. 318. 323.
Prager Friede 330.
Pragmatiſche Sanktion 96.
Präſident der Republik in Frankreich 84. 87.
Preiß 549.
Prempeh von Aſchanti 389.
Prendergaſt 385.
Preſidios 449.
Preßgeſetz für Indien 384.
Pretoria 391. 395. 400. 401. 413. 418.
— Abkunft von 393.
— Friede von 417.
Pretorius 393.

Digitized by Google

Preußen 5. 11. 12. 16—32. 33 bis 66. 67—79. 189—191. 205 bis 207. 210. 211 241 ff. 268. 269. 284—286. 288. 289. 308 bis 311. 330. 514. 515. 543 bis 545.
Preußische Jahrbücher 247. 248.
Preysing 209.
Prinsloo 413.
Prischtina 534.
Progressisten in Portugal 432.
Propaganda der Tat 175.
Proportionalwahl 285. 306. 307.
Proporz 418.
Protestler 6. 7.
Provinzialordnung 31.
Pückler 305.
Puerto Rico 279. 447. 449.
Pufferstaat 346. 385.
Puji, Kaiser von China 459.
Purischkewitsch 491. 494.
Putbus, Fürst 31.
Pu-Tsuan 452. 457.
Puttkamer, Max 66.
— Maximilian 8.
— Robert 68. 70. 179. 222.

Queensland 380.
Quinquennat 14. 271. 272. 547.
Quirinal (siehe auch Italien) 105.
Quote 319.

Rabah, Sultan 346. 347.
Rabat 497. 502.
Radetzky 135.
Radikale in Italien 336.
Radolin 499.
Radowitz 109.
Radujewatz 524.
Raffauf 245.
Raja 116. 117. 136. 145.
Raisuli 496.
Ralliés 266.
Rami Pascha 157.
Rampolla 260. 338. 339.
Ranavalo III., Königin von Madagaskar 344.
Ras 336.
Raßwet 462.
Rechenberg 204.
Rechtseinheit 14. 15.
Redif 154.
Redmond 368. 379.
Referendum in England 368. 370. — in der Schweiz 422.
Reformkomitee in Johannesburg 400.
Reformpartei, deutsch-soziale 187.
Regeneradores 432.
Reichensperger, August 17.
— Peter 17.
Reichsämter 50.
Reichsausschuß in China 459.
Reichsbank 10.
Reichseisenbahnamt 189.
Reichseisenbahngesetz 189.
Reichserbschaftssteuer 301. 537.
Reichsfinanzreform, kleine 299.
Reichsgericht 15.
Reichsglocke 31. 260.
Reichsgrundgesetze in Rußland 486.
Reichsheer 11.
Reichskonferenz, englische 419.
Reichsland 5. 547.
Reichsminister 50.
Reichnachlaßsteuer 517.
Reichspartei, deutsche 4. 71. 190. 213. 214. 235. 272. 510. 539.
Reichspost 16.
Reichsrat in Österreich 93. 311. 319. — — Auflösung 319. 322. 324. — in Rußland 479. 486. 492. 493.
Reichstadt 126.
Reichstag, erster 4.
Reichstagsauflösung 57. 214. 232. 272. 293. 509.
Reichsvermögenssteuer 537.
Reichsversicherungsamt 185.
Reichsversicherungsordnung 188. 550—551.
Reinkens 24. 43.
Reis 16.
Religionsdiener 33.
Religionsfreiheit 287.
Religionsunterricht in Italien 336.
Reklamesteuer 517. 536.
Renftle 20.

Digitized by Google

Renkin 201.
Rennes 352.
Rentzsch 66.
Repräsentantenhaus in den vereinigten Staaten 442.
Reptilienfonds 37.
Republikaner in Frankreich 79. 89. 343. 347. 350.
— in den vereinigten Staaten 443—447.
Reschad, Prinz 532.
Reservatrechte 3. 281.
Retwisan, Schlachtschiff 464.
Reumont 72.
Reuß 15.
— Heinrich VII., Prinz von 68. 69. 270.
Reval 524.
Revanche 165. 344. 345.
Revisionisten 292. 512. 513.
Révoil 501.
Rheinbaben 289. 546.
Rhodes 198. 394. 397. 398. 399. 402. 403. 408.
Rhodesia 198. 397.
Ribeiro 432.
Ribot 360.
Richmond 444.
Richter 75. 187. 194. 213. 267. 272. 280. 290.
Rickert 71. 176. 272.
Rif 102.
Rifaat Pascha 531.
Ristisch 159.
Roberts 382. 411—413. 520.
Robinson 400.
Rocha, da 203.
Rochefort 83.
Rockefeller 446.
Rocky Mountains 442.
Rodosto 138. 532.
Roggenbach 230.
Roghi 506.
Rohrhurst 303.
Rom siehe Italien.
— Einnahme 103.
Roma intangibile 339.
Romanow 483.
Römer 66.
Rommel 179.
Roon 30. 31. 40.
Roosevelt 444. 446. 450. 472. 475.
Root 475.
Roschdestwensky 468. 471.
Rosebery 367.
Rosen 337. 501.
Rossel 83.
Roth 234.
Rothschild 366.
Rottenburg, Bistum 40.
— Unterstaatssekretär 202. 243. 247.
Roustan 166.
Rouvier 358. 500. 501.
Royalisten in Frankreich 79.
Royal Niger Company 200.
Rückversicherungsvertrag 164. 238. 245. 264. 281. 535.
Rudini 334. 337.
Rudolf, Erzherzog von Österreich 314.
Rumänen im Reichsrat 320. 321.
— in Ungarn 325.
Rumänien 132. 133. 138. 146. 273.
Rundschau, deutsche 229.
Ruo 397.
Rurik, Panzerschiff 466.
Russisch-japanischer Krieg 460—474.
— -türkischer Krieg 1877—1878 129—148.
Rußland 90. 98. 99. 111. 114 bis 125. 129—147. 159. 229. 244 bis 246. 264. 265. 273. 350. 382—383. 385—388. 409. 439. 440 457. 460—474. 478—494. 501. 520. 523. 524. 534.
Rustschuk 133. 138.
Ruthenen 314. 320. 321. 326.

Saarbrücken 5.
Saballs 98.
Sachalin 471. 473.
Sachsen 11. 12. 189. 285. 514.
Sacrifizio dell' intelletto 20.
Saddok, Bey von Tunis 165.
Saër 507.
Safi 502.

Digitized by Google

Safvet Pascha 127.
Sagasta 101. 448.
Sahara 347.
Saigon 345. 466.
Salisbury 140. 142. 144. 167. 171. 173. 263. 363. 376. 378. 397. 407. 416.
— Fort 397.
Salm-Horstmar 280.
Salomonsinseln 201. 205. 286.
Saloniki 118. 139. 143. 155. 524. 529. 532. 534.
Salzwedel 37.
Samarkand 130. 131.
Sambesi 262. 397.
Samoa 194—196. 205. 286.
Samurai 435. 436. 470.
Sana 152. 534.
Sandown-Bai 263.
Sandschak Novibasar 147. 525. 528.
Sandwichinseln 447.
St. = Saint, San, Sankt.
San Antonio 477.
San Domingo 476.
Saint Etienne 82.
San Giuliano 334.
Saint Hilaire 166.
San Marino 339.
St. Pauli 176. 177.
St. Petersburg (siehe auch Rußland) 484. 487. 489. 527.
San Remo 217.
San Stefano, Vorfriede von 139.
Saint Vallier 166.
Sansibar 198. 203. 262. 263.
Santiago 448.
Sardar Assad 388.
Sarto = Pius X., Papst.
Sasonow 535.
Sassulitsch 479.
Savorgnan de Brazza 347.
Sawaii 205.
Schädler 303.
Schäffle 93.
Schaho 468.
Schamyl 130.
Schanghai 434. 451. 466.
Schankstättengesetz in England 365.
Schantung 279. 440.
Schaepman 427.
Schari 346.
Schaumann 482.
Schaumweinsteuer 539.
Schauß 66.
Scheckſteuer 539.
Schefket Pascha 122. 532. 533.
Scheich ül Islam 121. 532.
Scheiterhaufenbrief 237.
Schele 204.
Schell 341.
Scherif 495.
— von Wazzan 496.
Scherr 23.
Scheurer-Kestner 352.
Schiffsreeder 5.
Schimmelmann 67.
Schipkapaß 133—135. 138.
Schir Ali, Emir von Afghanistan 131. 382.
Schire 397. 432.
Schlesien 289.
Schleswig 10. 330.
Schlettstadt 9.
Schlözer 72.
Schmidt, Hauptmann 99.
— -Bingen 278.
— -Elberfeld 74.
Schmoller 61.
Schnäbele 348.
Schneegans 6.
Schnitzer = Emin Pascha.
Schoa 337.
Schollaert 426.
Scholz 194.
Schön 522.
Schönerer 316.
Schorlemer-Alst 17. 35. 37.
— -Lieser 310. 546.
Schottland 363. 370.
Schrader 272.
Schröder 235.
Schuckmann 204.
Schulaufsicht 21. 25. 77.
Schulaufsichtsgesetz 25. 26. 45. 77. 305.
Schulgesetz in Belgien 424—426.
— in Preußen 268.
— in England 363.

Digitized by Google

Schulmeister, der preußische 12.
Schulpflicht, allgemeine in China 459.
— in England 363.
— in Italien 107. 335.
Schulstreik 309.
Schulte 23.
Schulverein, deutscher 313.
— tschechischer 313.
Schumla 133.
Schurz 445.
Schutzzoll 48. 62—66. 446.
Schuwalow 142. 144.
Schwäbischer Merkur 189.
Schwägerin, Heirat derselben in England 365.
Schwartzkopf 311.
Schwarz-blauer Block 540—541.
Schwarzenberg 94.
Schwarzflaggen 345.
Schwarzhoff 456.
Schweden 229. 331—333. 496.
Schweinitz 126.
Schweitzer 56.
Schweiz 234. 267. 420—423.
Schweninger 258.
Schwimmende Särge 280. 448.
Scriba 436.
Sedan 79. 103.
Seehandelsgesellschaft, deutsche 194. 195.
Seitz 204.
Sekokuni 392.
Selchow 30.
Selfgovernment 362. 363.
Sella 105.
Semenow 486.
Semon 217.
Semski Sobor 483.
Semstwos 478. 481. 492. 493.
Senat in Frankreich 88. 343. 353.
— in den vereinigten Staaten 442.
Senden-Bibran 401.
Senegal 172.
Senegambien 347. 498.
Septennat 13. 212—217. 271.
Seraskierrat 121.
Serben im Reichsrat 320. 321. 325.
— in Ungarn 326.
Serbien 114. 116. 123 ff. 129. 138. 146. 149. 156. 158. 273. 524. 525. 527—531.
Sereth 132.
Sergius, Großfürst von Rußland 481. 484.
Serrano 98. 99.
Serres 158.
Servaes 66.
Setschuan 453.
Settat 505.
Sevilla 96.
Seydewitz 64.
Seymour 169. 454.
Sezessionisten 71. 74. 177.
Sezessionskrieg 444.
Shafter 448.
Shepstone 392.
Shimoda 435.
Shimonoseki, Friede von 438. 451.
Shintoreligion 437.
Shogun 435. 436.
Siam 345. 346. 385. 499.
Sibirien 480.
Sibirische Eisenbahn 439. 464.
Siebenbürger Sachsen 94. 326. 328.
Sikhs 381. 454.
Sikkim 385—387.
Silistria 132. 133. 138.
Simitsch 530.
Simnitza 132.
Simon 88.
Simplon 422.
Simson 4. 15.
Simultanschule in Baden 45.
— in Preußen 268. 311. 313.
Sinaihalbinsel 174.
Singanfu 455. 458.
Sipechohdar 388.
Sirdar 170.
Siwin 134.
Sizilien 167. 335.
Skala, gleitende 63.
Skierniewice 163.
Sklavenfrage in den vereinigten Staaten 443. 444.
Sklaverei in China 459.
— in Cuba 447.

Digitized by Google

Sklavenhandel in Afrika 169. 200. 346.
Skobelew 90. 131. 135. 136.
Skupschtina, montenegrinische 531.
— serbische 117. 159. 527.
Skutari 157.
Slawen in Österreich 311—324.
Slawische Vereinigung 324.
— Wohltätigkeitsgesellschaft 113. 114.
Slawonien siehe Slowenen.
Sliwnitza 149.
Slowaken 325. 326.
Slowenen 92. 312. 315. 320. 321.
Smit 393.
Smuts 414.
Smyrna 529.
Sobranje 148.
Soden 204.
Sofia 135. 143. 525.
Softas 120. 128.
Sokoto 498.
Solms 202.
Somaliland 199. 262. 336.
Sonntagsruhe 234. 262. 354.
Sophie, Herzogin von Alençon 208.
Sosnowice 486.
Söul 438. 451. 462. 474.
Sozialdemokraten in Australien 381.
— in Belgien 425.
— in Deutschland 4. 54—57. 59. 66. 71. 175. 185. 213. 215. 220. 232. 235. 272. 279. 285. 290. 291. 302. 303. 307. 509 bis 513. 523. 536. 537. 539. 541. 550.
— in Finnland 493.
— in Frankreich 31. 354.
— in Holland 428.
— in Österreich 320. 323. 324.
— in Rußland 488. 490. 491.
— in der Schweiz 423.
— in Spanien 97. 98.
Sozialismus 54—56.
Sozialistengesetz 58—60. 232. 252.
Sozialreform in Deutschland 175. 233 ff.
— in Frankreich 353.
Spahn, Martin 242. 298. 510.
Spahn, Peter 278. 281.
Spala 240.
Spanien 95—103. 202. 203. 273. 279. 286. 434. 442. 447—450. 496. 501. 507.
Spanisch-amerikanischer Krieg 279. 447—449.
Sperrgesetz 42.
Spion Kop 412.
Spizza 129.
Sprachenverordnungen in Österreich 312. 317. 318.
— in Preußen (Deutschland) 308. 310. 514.
— in Ungarn 325.
Squire 362.
Staatsbankrott 432.
Staatshaushaltgesetz 320.
Staatskatholiken 36.
Staatspfarrer 78.
Staatssekretäre 50.
Staatssozialismus 185.
Staatssprache in Ungarn 94.
Stackelberg 465.
Stambul-Konstantinopel.
Stambulow 150.
Standard Oil Company 446.
Ständerat, schweizerischer 421.
Standesherren in Württemberg 304. 307.
Stanley 171. 199.
Statthalterschaft im Elsaß 7.
Stauffenberg 48. 176. 221.
Stead 521.
Steijn 407. 414.
Stellvertretungsgesetz 50.
Stempelsteuer in England 365.
Stengel 299. 516.
Stephan 16.
Stephanie, Erzherzogin von Österreich 314.
Steuern, direkte, indirekte 64. 273. 516. 517. 537.
Steuernachlaß 178.
Steuerreform 60. 272. 289.
Steuervorlage von 1905 301.
— von 1908 516 ff.
Stevensonstraße 262.

Digitized by Google

Stimmrecht der Frauen siehe Wahlrecht der Frauen.
Stöcker 61. 187. 221. 227. 237.
Stockholm siehe Schweden.
Stoffel 13.
Stolberg 162.
— Friedrich 37.
— -Wernigerode 50. 510.
Stolypin 488—493.
Stormberg 409.
Storthing 332.
Stosch 47.
Stöffel 468—470.
Strafgesetzbuch, allgemeines 14.
Straßburg 1. 7. 548.
Straßburger Universität 6. 9. 298. 548.
Strauß 38.
Straz 308.
Streik 283. 485.
Streikgesetze in Holland 428. 429.
Stroßmayer 325.
Studt 311. 513.
Suakin 173. 174.
Subventionsstaaten 423.
Südafrika 389—420.
Südafrikanischer Einheitsstaat 418 bis 420.
Südafrikanische Republik 390—420.
Südamerika 430. 431. 477.
Südkarolina 443.
Südstaaten 443. 444.
Südtirol 334. 523.
Südwestafrika 204. 294—297. 509. 511. 547.
Südwestafrikanische Gesellschaft 203.
Sühneprinz 458.
Sudan 168. 170—173. 499.
Suezkanal 119. 169. 170. 174. 349. 388.
Sugiyama 453.
Suleiman Pascha 134. 135.
Sulfikar 382.
Suluinseln 449.
Sumatra 429. 434.
Suzeränität Transvaals 393. 401. 405.
Svampa 341.
Swiftsure 97.
Swinemünde 292. 511.
Swinemünder Telegramm 292.
Sydow 516. 517. 540.
Syllabus von 1864 (Pius IX.) 288.
— vom 3. Juli 1907 (Pius X.) 340. 341.
Synod, heiliger 481.
Synodalverfassung 52.
Syrien 535.
Szapary 325.
Szell 326.

Taaffe 312—314.
Tabah 174.
Tabakmonopol 49. 192—194.
Tabaksteuer 65. 517. 539.
Tabora 204. 515.
Täbris 387.
Taft 444. 450. 477.
Tagalen 449.
Tagegelder der Reichstagsabgeordneten 284. 300.
Taikun 435.
Taine 301.
Taitsehо 468.
Taitu 338.
Takahira 475.
Takuforts 453.
Talienwan 440.
Talonsteuer 537.
Tanganjikasee 397. 398.
Tanger 495. 499. 500. 502. 505.
Tantièmensteuer 301.
Tarauchi 475.
Tardieu 334.
Taschi Lama von Shigatse 386.
Taschkend 130.
Tassama 338.
Tatarenstraße 473.
Teheran 388.
Tehuantepecbahn 476.
Teixeira de Souza 433.
Teke-Turkmenen 131.
Telleborg-Saßnitzer Dampffähre 333.
Tell-el-Kebir 170.
Telephon 16.
Temperenzler 365.

Digitized by Google

Tenneſſee 443.
Tenno = Mikado 435. 436.
Terminhandel 513.
Temps 402. 469. 484. 528.
Terror 490.
Teſtakte 373.
Teſunada 469.
Tetuan 502.
Teufelsinſel 352.
Tewfik, Khedive von Ägypten 169. 388.
Texas 442. 443. 477.
Thermopylä 154.
Theſſalien 139. 147. 153. 154.
Thibo, König von Birma 385.
Thiers 7. 80. 83. 84. 85. 105.
Thomas 80.
Thormählen 197.
Thun-Hohenſtein 318.
Tibeſti 346.
Tibet 385—387.
Tiedemann 62. 308.
Tieling 470. 472.
Tientſin 345. 451 454.
Tigre 336. 337.
Tilak 383.
Timbuktu 347.
Times 110. 400. 466. 506.
Timok 123.
Ting 438.
Tirnowa 136. 148. 525.
Tirpitz 280.
Tisza, Kalman 94. 325.
— Stephan 327. 328.
Tittoni 334. 526.
Toblach 217.
Togo, Admiral 464. 471.
— Kolonie 197. 198. 201. 205.
Tokugawa 435.
Tokyo (ſiehe auch Japan) 436. 439. 451. 457. 472. 474.
Toleranzantrag 286—288.
Tolſtoi 483. 488.
Tonkin 345.
Toplica 139.
Tories 364—368. 376—378.
Totleben 136. 140.
Toulon 273. 350.
Touloufe 82.
Transformismus 106.
Transkaſpiſche Bahn 131.
Transvaal 390—417.
Transvaalkolonie 413. 417. 418.
Trapani 335.
Trapezunt 115.
Treibel 20.
Treitſchke 11. 19. 66.
Trek 390.
Trennung von Staat und Kirche in Frankreich 354—360.
— in Portugal 434.
— in der Schweiz 422.
Trepow 479.
Triennat 213.
Trient 108.
Trier 37.
Trieſt 108. 201. 314. 334.
Tripolis 334. 497. 498.
Troitzkibrücke 484.
Trotha 295.
Trott zu Solz 311. 513. 551.
Truckſyſtem 425.
Truſts 446. 447.
Tſchadſee 346. 347.
Tſchal-Tepe 139.
Tſchangſchitung 459.
Tſchantabun 346.
Tſchechen 92. 94. 163. 312. 317. 320. 321. 323.
Tſcheljabinsk 465.
Tſcherkaßki 133.
Tſcherkeſſen 118.
Tſchernajew 123. 124.
Tſchifu 444.
Tſchitral 385.
Tſchulalongkorn, König von Siam 346.
Tſchun 458. 459.
Tſinanfu 440.
Tſingtau 279. 440. 466.
Tſuh-Hſi, Kaiſerin von China 438. 452. 457—459.
Tſungli Yamen 453.
Tſuſchima 471.
Tuan 452. 456. 457.
Tugela 408. 413.
Tungfuſiang 453. 456. 457.
Tunifikation 499.

Digitized by Google

Tunis 108. 112. 165. 166. 343. 499.
Turban 75.
Turgenjew 479.
Türkei 114—159. 282. 314. 524 bis 529. 531—534.
Turkestan 130.
Tweebosch 416.
Tyrone 371.
Tyrrel 341.

Überweisungsgesetz 273.
Uchteta 165.
Uchtomski 462. 467.
Ubschda 504.
Uganda 262. 263. 397.
Uitlander 399. 404. 405.
Ukami 199.
Ulemas 387. 496.
Ulster 370. 371. 376. 377.
Ultramontane 6. 7. 21. 30. 104. 210.
— in der Schweiz 422.
Ulundi 395.
Umsturzvorlage 282.
Unabhängigkeitspartei in Ungarn 327—329.
Unbefleckte Empfängnis, Dogma 231. 232.
Unfallversicherung in Deutschland 178. 179. 180. 550.
— in Österreich 314.
Unfehlbarkeit des Papstes 17. 19. 24. 93. 276.
Ungarn 94. 95. 319. 320. 325 bis 329.
Union, nordamerikanische 441.
Unionisten 366. 377. 419.
Universalepiskopat 19.
Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser 277.
Unterhaus, englisches 361. 364 bis 369. 377.
Unterrichtsgesetz in Frankreich 344.
Unterwalden 421.
Upolu 205.
Urbitza 123.
Uriasbrief 270.
Urville 9.
Usagara 199.
Usegua 199.
Utah 443.
Utraquisierung 315.
Utrecht 390.
Utschalli 336.
Uwatsch 524.

Vaalfluß 390.
Valkranz 412.
Valona 529.
Valparaiso 477.
Vancouver 442.
Varzin 31. 126 270.
Vassos 153.
Vaterland, bayerisches 288.
Vatikan 9. 16 ff. 32 ff. 68 ff. 102. 103. 338—342. 354—360. 424. 425. 546. 587.
Vatikanum 19. 20.
Venezuela 431.
Venosta 497.
Venter Spruit 412.
Verantwortlichkeit des Reichskanzlers 523.
Verband echt russischer Leute 489. 491.
Verbrauchsteuern 536. 537.
Verdy du Vernois 246.
Vereeniging 417.
Verein zur Förderung des Deutschtums 308—310.
— vom heiligen Land 281.
— für Sozialpolitik 61.
Vereinigte Staaten von Nordamerika 195. 279. 286. 291. 441—450. 461. 475—477. 496.
Vereinsgesetz in Deutschland 283. 310. 514.
— in Frankreich 355—360.
Vereinsverbot 283.
Verfassung in China 458.
— in Elsaß-Lothringen 547 bis 549.
— in Japan 437.
— in Rußland 479. 484. 486.
— in der Türkei 127. 128. 157. 158.
Verfassungspartei in Ungarn 328.

Digitized by Google

Verfassungsreform in Württemberg 304—307.
Verrottete Burgflecken 361.
Versailles 1. 3. 79. 80. 90.
Verwaltungsgerichtsgesetz 31.
Veteranenversorgung 547.
Vetobill 368. 369.
Vetokonferenz 367.
Vetsera 314.
Victor, E. M. 197.
— Emanuel II., König von Italien 103—106.
— — III., König von Italien 340. 341. 356.
Viktoria, Königin von England 110. 217. 221. 381. 411. 415. 520.
— Prinzessin von Preußen 221.
Viktoriasee 204. 263.
Virchow 37. 75. 221.
Virginien 443.
Viviani 354.
Vogel 66.
Vogt 226.
Volhynien 492.
Völk 66.
Volkspartei, deutsche 66. 71. 213. 235. 267. 272. 305. 510. 523. 550.
— deutsche in Österreich 316.
— fortschrittliche 541.
— katholische in Österreich 317.
— — in Ungarn 327. 328.
Volksraad der Buren 399. 404. 405.
Volksschule in China 459.
— in England 364.
— in Holland 427.
— in Österreich 313.
— in Preußen 21.
Volksschulgesetz in Württemberg 305. 307.
Volksschulregulativ von 1854 25.
Volksschulunterhaltungspflicht 310. 311.
Volksseele, kochende 293.
Volkswirtschaftsrat 186.
Vollmar 512.
Vranja 139.
Wadai 173. 346.
Waddington 89. 90. 144. 165. 342.
Wadelai 169.
Wafangu 465.
Wagener 28. 31.
Wagennullen 543.
Wagner, Richard 207.
Wahl, geheime in Preußen 516. 545.
Wahlmänner 543.
Wahlrecht in Baden 301. 302.
— in Bayern 301. 303. 304.
— in Belgien 425.
— in Dänemark 331.
— in Deutschland 247—252. 302.
— in Elsaß-Lothringen 548.
— in England 361. 362.
— in Frankreich 343. 347—3
— in Hessen 551. (307.)
— in Holland 428.
— in Irland 373—375.
— in Italien 107.
— in Norwegen 333.
— in Österreich 314. 320—322.
— in Portugal 431. 432.
— in Preußen 515. 516. 538. 543.
— in Rußland 485. 490. 491.
— in Sachsen 285.
— in Schweden 333.
— in der Schweiz 422. 423.
— in Spanien 101.
— in Ungarn 328. 329.
— in den vereinigten Staaten 441.
— in Württemberg 304.
Wahlrecht der Frauen in Dänemark 331.
— in England 365.
— in Finnland 493.
— in Neuseeland 381.
— in Norwegen 333.
— in Südaustralien 381.
— in Victoria 381.
Wahrhaft russische Leute 489. 491.
Waldeck 11.
Waldeck-Rousseau 355.
Waldemar, Prinz von Dänemark 150. 163.
Waldersee 227. 455.
Wallon 87.

Digitized by Google

Wallonen 424.
Wales 363. 370.
Wangtai 469.
Wardani 174.
Warna 133.
Warschau 273. 486.
Washington 441.
Wassergesetz von 1905 289.
Waterberg 295.
Watkin 362.
Watson 381.
Weber 24.
Wedel 9.
Wehrenpfennig 66.
Wehrpflicht, allgemeine in Belgien 425. 426.
— in Japan 436.
— in Italien 105.
— in Portugal 432.
— in Rußland 196.
— in der Türkei 532.
Wehrpflicht, Gesetz über Änderung 215.
Weihaiwei 438. 440.
Weiskirchner 323. 324.
Weißenburg, Linienschiff 532.
Weizsäcker 294. 305. 307.
Wekerle 326. 328.
Welfen 17. 18. 185. 206. 213. 214. 235. 272.
Welfenfonds 40. 207.
Wellington 373.
Welschtirol 108.
Welsersheimb 501.
Weltpolitik 276.
Weltpostverein 16.
Werder 125.
Wermuth 540. 547.
Werner 97.
Wernz 356.
Wertzuwachssteuer in Deutschland 547.
— in England 365.
Westpreußen 21. 308.
Wetterle 549.
Weyler 447.
Whigs 122. 364—367. 376.
White 226. 408. 482.
Wiborg 488.
Wid 133.
Widdin 133. 188.
Widschu 465.
Wien siehe Österreich.
Wiener Gemeinderat 317.
Wilde im Reichstag 59. 214. 235.
Wilhelm, Herzog von Braunschweig 11. 205 206.
— I, Kaiser von Deutschland 1. 7. 27. 35. 36. 44. 56. 72. 91. 101. 106. 110. 160. 180. 207. 217—219. 396.
— II., Kaiser von Deutschland 9. 225—259. 263. 274. 277. 281. 331. 401. 409—411. 414. 440. 456. 458. 472. 499. 513. 519 bis 523. 535. 538.
— Kronprinz von Deutschland 500.
— III., König von England 371.
— IV., König von England 371.
— Großherzog v. Luxemburg 430.
— III., König der Niederlande 429.
— II., König von Württemberg 228. 293. 306.
Wilhelmine, Königin der Niederlande 429.
Wilhelmshöhe 511.
Wilna 490. 492.
Wilson 348.
Windischgrätz 315.
Windthorst 17. 28. 42. 187. 213. 215. 242—244. 251. 267.
Wir Deutsche fürchten Gott usw. 216.
Wirtschaftskonzessionen in England 365.
Wirtschaftsreform 60 ff.
Wissmann 204. 262.
Witboi, Hendrik 296.
— Isaak 297.
Witbois 296.
Witebsk 492.
Witvan 297.
Witte 472. 485. 487.
Wittek 318. 324.
Wittich 259.
Wittu 262. 263.
Witwatersrand 394. 398.

Digitized by Google

Witwen- und Waisenversicherung 188. 300.
Wladimir, Großfürst von Rußland 484.
Wladiwostok 439. 465. 466. 471.
Wolf 316.
Wöller-Brohm 197.
Wollmann 20.
Wolseley 170.
Wörmann 197. 199. 201.
Wreschen 309.
Wurmbrand 315.
Württemberg 3. 12. 40. 190. 192. 289. 294. 512. 514.
Wyndham 378.
Wynes 362.

Yakowitza 136.
Yalu 438. 462. 465.
Yamagata 438.
Yankee 447.
Yap 202. 203.
Yarbutenda 498.
Yeddo (siehe auch Tokyo) 435.
Yi Höng, König von Korea 437. 464. 474.
Yildis Kiosk 158.
Yingkau 438.
Yi Tschak, Kaiser von Korea 474.
Yi Yong, Prinz von Korea 474.
York von Wartenburg 456.
Younghusband 386.
Yunglu 453.

Zaimis 155.
Zanardelli 107.
Zandriviervertrag 390.
Zaptieh 156.
Zedlitz und Trützschler 243. 269.
Zensur in der Türkei 158.
Zentralasiatische Bahn 131.
Zentralblatt, literarisches 250.
Zentralbodenkreditbank 31.
Zentralkomitee in Paris 80. 81.
Zentralverband deutscher Industrieller 63.
Zentrum 4. 14. 17 ff. 51. 58. 59. 61. 63. 69. 74. 179. 185. 194. 213—215. 232. 235. 269. 272. 277. 278. 283. 286. 292. 298. 302. 303—307. 308. 310. 509. 510. 514.—517. 523. 536—539. 547.
Zeppelin 518. 519.
Zia-ed-din 532.
Zichy 327.
Ziegler 548.
Zigarettensteuer 301.
Zinder 498.
Zinn 66.
Zirngiebl 20.
Zivilehe in Deutschland 44. 77.
— in der Schweiz 421.
— in Ungarn 315. 326.
Zizikhar 457.
Zola 352.
Zölibat 24.
Zollkrieg 334.
Zollreform 60. 66. 175. 176.
Zolltarifnovelle (1885) 63—66.
Zolltarif (1879) 63.
— (1891) 267.
— (1902) 290. 291. 300.
Zollverein 3. 176. 177.
Zonentarif 325.
Zopf in China 459.
Zorn von Bulach 9. 549.
Zoutpansberg 390.
Zuchthausgesetz 282.
Zulukaffern 390. 394. 395.
Zündwarensteuer 539.
Zürich 114. 422.
Zuständigkeitsgesetz 179.
Zwangsenteignung in Preußen 310.
— in Irland 379.
Zwangsinnungen in Österreich 314.
Zweibund 350.

Digitized by Google

Als eine fortlaufende Ergänzung seiner „Geschichte der neuesten Zeit“ erscheinen von Gottlob Egelhaaf jährlich die „Politischen Jahresübersichten“.

Bisher erschienen:

Politische Jahresübersicht für 1908

1909. 96 Seiten geh. Mk. 1.50, geb. Mk. 2.25.

Politische Jahresübersicht für 1909

1910. 122 Seiten geh. Mk. 2.—, geb. Mk. 2.75.

Politische Jahresübersicht für 1910

1911. 124 Seiten geh. Mk. 2.—, geb. Mk. 2.75.

Schon bald nach Erscheinen von Egelhaafs Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart, die jetzt in dritter, verbesserter Auflage vorliegt, ist dem Verfasser aus dem Kreise seiner Leser wiederholt der Wunsch nahegelegt worden, daß er ein Jahrbuch, das jeweils sofort über die politischen Ereignisse eines Jahres berichte, herausgeben möge. Für ein größeres Jahrbuch schien kein Bedürfnis zu bestehen, da wir ja die altbewährten großen Geschichtskalender haben. Wohl aber entspräche vielleicht ein gedrängter Bericht mit Anhang einiger wichtiger Dokumente manchen Wünschen, und so sollte die Politische Jahresübersicht als ein Versuch eines solchen periodisch gedachten Unternehmens gelten. Der Versuch ist geglückt und drei Jahrgänge liegen jetzt vor. Der vierte Jahrgang, für 1911, soll anfangs Februar 1912 erscheinen.

Carl Krabbe Verlag Erich Gußmann in Stuttgart

Digitized by Google

Im Frühjahr 1911 erschien:

Bismarck

Sein Leben und sein Werk

von

Gottlob Egelhaaf

Mit einem Bismarckbild

Ein starker Band geh. M. 7.50,
in Leinenband M. 9.—, in Halbleder M. 10.—.

Der Verfasser, der sich u. a. durch seine „Geschichte der neuesten Zeit" einen guten Ruf als Historiker und durch die „Politischen Jahresübersichten seit 1908" allgemein anerkannte Verdienste erworben hat, ist bei der Abfassung seines neuesten Werkes von dem Gedanken ausgegangen, daß wir recht wenig nicht zu knapp und nicht zu reichlich gehaltene Darstellungen von

Digitized by Google

wissenschaftlichem Wert über das Leben, Wesen und Wirken des ersten deutschen Reichskanzlers besitzen. Diesem, auch von mancher anderen Seite schon lange empfundenen Mangel will Egelhaaf durch sein Bismarckbuch abhelfen. Die Bismarckliteratur, welche im letzten Jahrzehnt einen riesigen Umfang angenommen und neben vielem Wertvollem auch manch Unbedeutendes und Überflüssiges gezeitigt hat, erfährt durch das vorliegende Buch des Stuttgarter Historikers eine begrüßenswerte Bereicherung. Bismarcks Jugendjahre, seine Gymnasiasten- und Studentenzeit, seine Betätigung als Landwirt und Deichhauptmann, die schon den großen Staatsmann späterer Tage ahnen ließ, seine Ehe mit Johanna von Puttkamer, sein Auftreten als Mitglied des Vereinigten Landtags, als Gesandter Preußens beim Bundestag, als Botschafter in Petersburg und Paris, sein Wirken als preuß. Minister und Reichskanzler und sein Verhalten nach seiner Entlassung werden uns auf Grund der einschlägigen Literatur in großzügiger objektiver Darstellung vergegenwärtigt. Das mit einem vorzüglichen Porträt des verewigten Fürsten geschmückte, vornehm ausgestattete Buch ist mit einem Personen- und Sachregister versehen; auch sind einige wichtige Dokumente (Entlassungsgesuch Bismarcks, vom 18. März 1890, Schreiben des Kaisers an Bismarck vom 20. März 1890) eingefügt. Möchten recht viele Deutsche aus dem Studium dieses Werkes, das zugleich ein Stück Geschichte der neuesten Zeit des Deutschen Reiches darstellt, Nutzen ziehen. **Deutsches Literaturblatt.**

Das Buch, geschrieben mit der Begeisterung des Patrioten, der Gründlichkeit des Gelehrten, der Wissenschaftlichkeit des Forschers, dem Weitblick des Politikers und der Großzügigkeit des Künstlers, ist eine Bismarckbiographie ersten Ranges. Kurz und knapp in der Darstellung, bewältigt es den umfassenden Stoff, ohne der Klarheit der Schilderung Eintrag zu tun, und versteht trefflich, die Probleme im Leben und Charakter unseres ersten Kanzlers in oft überraschender Weise zu behandeln und wichtige Aufschlüsse über Werdegang und Entwicklung des Deutschen Reiches zu geben. Und gerade darin besteht nicht zuletzt sein hoher Wert zumal angesichts der gegenwärtigen Zeitlage. — Es sei dem eingehenden Studium warm empfohlen und als prächtiges Weihnachtsgeschenk vorgemerkt.
Deutsch-protestantische Bücherschau.

Carl Krabbe Verlag Erich Gußmann in Stuttgart

Digitized by Google

Von dem Verfasser dieses Werkes sind erschienen:

Analekten zur Geschichte

284 Seiten Mk. 5.—. Stuttgart, Kohlhammer 1886.

Inhalt: 1. Die kriegerischen Leistungen des Perikles. 2. Das Charakterbild des Agesilaos bei Ernst Curtius. 3. Die Schlacht bei Chaironeia. 4. Der Vertrag der Römer mit Hasdrubal. 5. Vergleichung der Berichte des Polybios und Livius über den italischen Krieg 218—217 bis zur Schlacht am Trasimenersee. 6. Der Abfall Capuas zu Hannibal. 7. Das Schicksal von Nuceria und Acerrae 216. 8. Der Vertrag Hannibals mit Philippos V. 9. Die Schlacht bei Nola 215. 10. Hannibals Sendschreiben an die Rhodier. 11. Die Schlacht im Teutoburger Walde. 12. Zur Würdigung Karls des Großen. 13. Ein Vorspiel des Bauernkriegs aus Oberschwaben (nach den Akten des Stuttgarter Staatsarchivs). 14. Zur Überlieferung der Hildesheimer Stiftsfehde. 15. Karls V. Stellung zur lutherischen Sache auf dem Wormser Reichstag. 16. Karl V. und die deutsche Nation.

Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation

Gekrönte Preisschrift des Allgemeinen Vereins für deutsche Literatur. 1. Auflage Berlin 1884, 3. Auflage 1893. 513 Seiten gebd. Mk. 8.—.

Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert

1. Band 1889. 2. Band 1892. 680 und 624 Seiten Mk. 16.—
Stuttgart, Cotta.

Gustav Adolf in Deutschland

1901. 144 Seiten Mk. 1.20.
Halle, Niemeyer. (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte.)

Grundzüge der Geschichte

3 Teile (Altertum, Mittelalter, Neuzeit)

Teil I. 8. Aufl. 1905. 276 Seiten geb. Mk. 2.30. Teil II. 7. Aufl. 1907. 182 Seiten geb. Mk. 1.80. Teil III. 8. Aufl. 1909. 386 Seiten geb. Mk. 3.—.
Leipzig, Reisland.

Kaiser Wilhelm I.

1. Aufl. 1885, 3. Aufl. 1888. 205 Seiten geb. Mk. 1.50. Stuttgart, Krabbe.

Bismarcks Sturz. Der Stand des Problems

1909. 48 Seiten geh. Mk. —.50.
Stuttgart, Greiner & Pfeiffer. 1. Heft der Gegenwartsfragen.

Bismarck. Sein Leben und sein Werk

und

Politische Jahresübersichten

siehe die vorhergehenden Seiten.

Digitized by Google

jeku net
3.00

Digitized by Google

Date Due

Demco 293-5

Digitized by Google